

DIE REVOLUTIONÄRE ILLUSION

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 33

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels † und Theodor Eschenburg
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

Die revolutionäre Illusion

Zur Geschichte
des linken Flügels der USPD

Erinnerungen von Curt Geyer

Herausgegeben von
WOLFGANG BENZ und HERMANN GRAML

Mit einem Vorwort von Robert F. Wheeler

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

© 1976 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart.
Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.
Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding.
Printed in Germany, ISBN 3 421 01781 6

Inhalt

Vorbemerkung zur Edition	7
Vorwort: Curt Geyer und die USPD	9
1. Kapitel	
– Die sozialdemokratische Tradition des Elternhauses	23
– Schuljahre: Unter dem Einfluß von Naturwissenschaften und Marxismus	25
– Studium und Dissertation über Verfassungskämpfe in Sachsen 1848	31
– In der Leipziger Arbeiterbewegung – Eintritt in die Redaktion der Leipziger Volkszeitung	35
– Kriegsausbruch 1914: Sozialismus zwischen Klassenbewußtsein und Nationalismus	41
– Opposition gegen die Parteileitung und Übertritt zur USPD	49
2. Kapitel	
– Rückkehr nach Leipzig und Heirat	58
– Wachsender Einfluß in der Leipziger Arbeiterbewegung	60
– Vorrevolutionäre Situation in Deutschland unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution	62
– Revolution – Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat	71
– Im Führungskreis des linken USPD-Flügels – Der Rätekongreß im Dezember 1918	80
– Die USPD zwischen West- und Ostorientierung	84
– Die Januarkämpfe in Berlin – Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts	87
– Der mitteldeutsche Generalstreik	94
– Der Zweite Rätekongreß im April 1919	108
– Der Einmarsch General Maerckers in Leipzig – Die Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrats	112
– Sommer 1919: Nationalversammlung, Versailler Frieden, enttäuschte revolutionäre Hoffnungen	114
3. Kapitel	
– Erfolge der Gegenrevolution – USPD in „revolutionärer Verteidigung“	123
– Die Niederlage der Weimarer Koalition im Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung	132
– Die USPD und das Machtproblem: Auseinandersetzung mit Hugo Haase und Rudolf Hilferding	136
– Die Organisierung der „Revolutionären Betriebsräte“	143
– Beginn des Konflikts um den Anschluß an die Kommunistische Internationale	144
– Der Leipziger Parteitag der USPD (3. November–6. Dezember 1919)	151

– Mein Weggang von Leipzig	160
– Kampf um das Betriebsrätegesetz	163
– Aufstieg rechtsradikaler Kräfte	165
– Der 13. Januar 1920	167
– Richtungsstreit in der USPD	175
– Der Kapp-Putsch	179
– USPD und SPD nach der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920	190

4. Kapitel

– Übersiedlung nach Hamburg: Leiter der Hamburger Volkszeitung	194
– Probleme der USPD nach dem Leipziger Parteitag	196
– Lenins Fehlurteil über die Lage in Deutschland	199
– Der zweite Weltkongreß der Komintern und die 21 Bedingungen	201
– Krise im Verhältnis zwischen USPD und Lenin	207
– Aufstand des rechten Flügels der USPD gegen das „Joch von Moskau“. Die Reichskonferenz im September 1920	213
– Der Parteitag der USPD in Halle (12.–19. Oktober 1920)	216
– Die Spaltung der USPD – Verhandlungen über die Verschmelzung des linken Flügels der Partei mit der KPD	225
– Der Berliner Vereinigungsparteitag: Anschluß der USPD-Linken an die KPD (4.–7. Dezember 1920)	230
– In der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands: Moskauer Pressionsmanöver – Diktatur des Geldbeutels	234
– Paul Levis Kampf um die Autonomie der westeuropäischen Komintern- Parteien	241
– Lenins Forderung nach der Fortsetzung der Revolution in Deutschland	244

5. Kapitel

– Vertreter der KPD in Moskau	250
– Erste Begegnung mit Lenin	256
– Konflikt im EKKI über die Lage in Deutschland	262
– Die Krise des Sowjetregimes und die „Neue Ökonomische Politik“	269
– Der Kronstadter Aufstand	273
– Die „März-Aktion“ in Deutschland: Ablenkungsmanöver und revolutionäres Experiment	277
– Ernüchterung und Rückkehr nach Deutschland	282
– Bruch mit der KPD	285

Anhang

Die „Einundzwanzig Bedingungen“ für die Aufnahme in die Dritte Inter- nationale (Juli/August 1920)	292
Verzeichnis der Schriften Curt Geyers	297
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	299
Abkürzungen	300
Personenregister	301

Vorbemerkung zur Edition

Curt Geyer hatte 1963 mit der Niederschrift seiner Erinnerungen begonnen. Am Schluß des ersten Kapitels (in der ersten Fassung) ist vermerkt: „Geschrieben in Kew, 5.–15. Juni 1963.“ Geyer hat das Manuskript selbst noch einmal überarbeitet; die zweite Fassung ist mit der ersten weitgehend textgleich, sie unterscheidet sich hauptsächlich durch Weglassung einiger privater Passagen und durch stilistische Verbesserungen. Das Vorwort zur endgültigen Fassung ist vom Februar 1965 datiert.

1971 wurde dem Institut für Zeitgeschichte ein lückenhaftes Manuskript, das aus Teilen beider Fassungen bestand, übergeben. Einige Zeit später fand sich noch ein vollständiges Exemplar der endgültigen Fassung in Durchschlagskopien, das uns die Erbin Curt Geyers, Frau Maria Saekel-Jelkmann, London, im März 1973 überließ. Die Edition folgt ausschließlich diesem Exemplar von 494 Schreibmaschinenseiten mit gelegentlichen handschriftlichen Verbesserungen Geyers. Die Erinnerungen, die Geyer offensichtlich auch noch fortsetzen wollte, waren von Anfang an zur Veröffentlichung bestimmt, das Manuskript hatte noch zu Lebzeiten des Verfassers einem deutschen Verlag vorgelegen. Ein von Geyer selbst geschriebener Werbetext beginnt mit den Worten: „Die Erinnerungen Curt Geyers, von denen der erste Band vorliegt, bilden einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik von ihren Anfängen bis zu ihrem Untergang“ (in untypischer Bescheidenheit hatte Geyer das Wort „wertvoll“ wieder gestrichen). Geyer hatte außerdem eine Inhaltsübersicht beigefügt sowie eine in der dritten Person gehaltene Würdigung seiner Person und eine Liste seiner Veröffentlichungen. Bemerkenswert ist, daß diese selbstverfaßte Liste zahlreiche Fehler aufweist, sowohl in den Titeln als auch bei den Erscheinungsjahren. Eine berichtigte Bibliographie der selbständigen Schriften Curt Geyers ist im Anhang abgedruckt.

Zu den Steckpferden Geyers in seinen letzten Lebensjahren gehörte eine Druckerpresse auf dem Dachboden über seiner Wohnung. Mit ihrer Hilfe konnte er wenigstens das Titelblatt seiner Memoiren selbst zum Druck befördern: Es lautet: „Erinnerungen/Band I/Die revolutionäre Illusion und ihr Zerfall. 1891–1922/Curt Geyer.“ Geschmückt ist dieses Titelblatt mit einer Vignette, die einen bücherlesenden Geier zeigt.

Das Manuskript der Erinnerungen wurde für den Druck leicht gekürzt und gelegentlich behutsam stilistisch oder grammatikalisch korrigiert. Sofern es sich nicht um sachlich unbedeutende Weglassungen von Wiederholungen, Pleonasmen u. dgl. handelt, sind alle Kürzungen im Druck kenntlich gemacht worden. Bei Kürzungen, die eine ganze Seite oder mehr umfassen, wurde außerdem in Fußnoten der Inhalt regestartig referiert. Um den Anmerkungsapparat nicht unnötig zu vergrößern, wurden falsche Schreibweisen von Personen-, Orts- und anderen Namen stillschweigend berichtigt, ebenso verfuhr die Herausgeber im allgemeinen bei weniger wichtigen Daten und Zahlenangaben. Die Abkürzungen von Parteien wurden stillschweigend modernisiert (USPD statt U. S. P. D. usw.). Zusätze der Herausgeber wurden stets in eckige Klammern gesetzt.

Sämtliche Zwischenüberschriften stammen (unter Verwendung der von Geyer verfaßten Inhaltsübersicht) von den Herausgebern; das Manuskript hat außer der Einteilung in fünf titellose Kapitel keine Untergliederungen.

Der Kommentar verfolgt in erster Linie die Absicht, dem mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und den Anfängen der Weimarer Republik weniger vertrauten Leser die Lektüre zu erleichtern. Nicht zuletzt deshalb sind die biographischen Notizen in den Fußnoten zahlreich und oft ausführlich. Freilich waren in manchen Fällen Einzelheiten nicht zweifelsfrei oder überhaupt nicht zu ermitteln. Grundsätzlich wurden weniger bekannte Personen nach Möglichkeit ausführlicher gewürdigt als solche, über die man sich in gängigen Nachschlagewerken leicht informieren kann.

Die Verifizierung von Zitaten oder das Erbringen von Belegen für erwähnte Zeitungsartikel war nicht immer möglich, in einigen Fällen hätte der Zeitaufwand in keinem Verhältnis zum möglichen Erfolg gestanden; manche Zeitungen waren nicht zu beschaffen, andere Publikationsorgane sind wiederum derart ungefähr zitiert, daß Recherchen aussichtslos schienen.

Zahlreiche sachliche Irrtümer oder von falschen Voraussetzungen ausgehende Folgerungen bedurften einer Korrektur bzw. der Konfrontation mit gesicherten Fakten. Persönliche Werturteile des Verfassers durften hingegen, auch wenn sie offensichtlich falsch sind, nicht Gegenstand kommentierender Anmerkungen sein.

Die Kommentierung ist dichter an Stellen, wo es galt, vom Verfasser als bekannt vorausgesetzte Fakten und Ereignisse zu referieren, um die Zusammenhänge herzustellen. Weniger ausführlich kommentiert wurde der Text, wenn Erlebnisschilderungen überwiegen, wie auf weiten Strecken in den beiden letzten Kapiteln.

Die „Einundzwanzig Bedingungen“ für die Aufnahme in die Dritte Internationale werden als Schlüsseldokument im Anhang abgedruckt. Die Kenntnis des Wortlauts schien den Herausgebern für das Verständnis der beiden letzten Kapitel unerlässlich.

Vielen Archiven und Bibliotheken und zahlreichen Personen, die freundliche Auskünfte gaben oder Material zur Verfügung stellten, gilt unser herzlicher Dank. Ausdrücklich genannt werden sollen hier nur Frau Maria Saekel-Jelkmann, die ihre Zustimmung zur Bearbeitung des Manuskripts und zum Druck in der vorliegenden Form gab, und cand. phil. Hans Woller, der bei der Erstellung des Kommentars wie bei der Drucklegung wertvolle Hilfe leistete.

Wolfgang Benz Hermann Graml

Vorwort

Curt Geyer und die USPD

In der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung ist kein Abschnitt für das Verständnis ihrer Entwicklung von so großer Bedeutung wie die aus dem Ersten Weltkrieg folgende Periode der Revolutionen. In diesen entscheidenden Jahren – 1917 bis 1921 – kam es zu der irreparablen Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten. Der Riß zeigte sich zuerst in der deutschen Arbeiterbewegung und hatte dort auch am Ende die verheerendste Wirkung. Die Sozialdemokratische Partei (SPD) brach auseinander, als die Differenzen über die Einstellung zum Krieg nicht mehr überbrückt werden konnten, und nach Kriegsende wurde die Kluft zwischen den nun getrennten Flügeln noch tiefer, jetzt auf Grund noch schärferer Differenzen über die Revolution in Deutschland und über den russischen Bolschewismus. Im Rückblick ist deutlich zu sehen, daß damals über die Polarisierung der deutschen Arbeiterbewegung entschieden wurde, die wir heute vor uns haben: auf der einen Seite eine westlich orientierte reformistische Sozialdemokratische Partei, auf der anderen Seite eine östlich orientierte revolutionäre Kommunistische Partei. Jene folgenreichen Krisenjahre der Kriegs- und Nachkriegszeit liefern den Stoff für Curt Geyers Erinnerungen.

Curt Theodor Geyer kam aus einer sozialdemokratischen Familie. Am 19. November 1891 geboren, war er der zweite Sohn Friedrich Geyers, eines führenden sächsischen Sozialdemokraten. Unter den gegebenen Umständen war es fast selbstverständlich, daß sich der jüngere Geyer schon früh in der Arbeiterbewegung seiner Heimatstadt Leipzig betätigte und daß er dann die Arbeit für die SPD zu seinem Hauptberuf machte, allerdings erst, nachdem er – im wilhelminischen Deutschland keine kleine Leistung für den Sohn eines Zigarrenmachers und Sozialisten – im Alter von 23 Jahren an der Leipziger Universität in Geschichte promoviert hatte. Im Jahre 1914, nach dem Abschluß seiner historischen und ökonomischen Studien, trat Geyer in die Redaktion der Leipziger Volkszeitung ein und begann eine journalistische Karriere, die bis zu seinem Tode – 53 Jahre später – dauern sollte.

Kaum hatte er seine Tätigkeit bei der Leipziger Volkszeitung aufgenommen, da erschütterte der Ausbruch des Ersten Weltkriegs die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung bis in ihre Grundfesten. Unter Berufung auf die Gebote nationaler „Notwehr“ ignorierte die SPD, wie die meisten anderen Arbeiterparteien Europas, den warnenden Rat des sozialistischen Internationalismus und stellte sich für die Dauer des Krieges der kaiserlichen Regierung zur Verfügung.¹ Jedoch war die Entscheidung der deutschen Sozialdemokraten nicht einhellig getroffen worden, auch wenn damals viele diesen Eindruck hatten. Als die SPD-Fraktion am 3. August 1914 darüber beriet, ob sie am folgenden Tag für das Kriegskreditgesetz der Regierung stimmen solle, entschieden sich zwar 78 Abgeordnete für die Bewil-

¹ Für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg siehe Susanne Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf, Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974; Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918*, Princeton 1966.

ligung der Kredite, aber 14 Abgeordnete opponierten; zur oppositionellen Minderheit gehörte auch Friedrich Geyer, Reichstagsmitglied seit 1886. Und es war wiederum Curts Vater, der am 21. Dezember 1915 – als die Öffentlichkeit den Riß in der SPD zum ersten Mal deutlicher wahrnehmen konnte – im Reichstag für 19 Abgeordnete sprach, die gegen die Parteidisziplin handelten, um ihrem Gewissen zu folgen und gegen die Kriegskredite zu stimmen. Im Laufe des folgenden Jahres verzeichnete dieser oppositionelle Flügel in der SPD beträchtlichen Zuwachs. Zusammen mit der kleineren und radikaleren Gruppe, die sich um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sammelte (Gruppe Internationale, später Spartakusgruppe), entwickelte die Opposition eine zunehmend hörbare und sichtbare Alternative zur offiziellen Linie der Parteiführung, die nach wie vor Regierung und Kriegsanstrengung unterstützte. Die Reaktion der Mehrheit in der Parteiführung ließ nicht lange auf sich warten. Die opponierenden Abgeordneten wurden aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen, opponierende Redakteure aus der sozialdemokratischen Presse entfernt und schließlich Abgeordnete wie Redakteure aus der Mutterpartei ausgeschlossen. Als Antwort auf den Ausschluß gründeten die opponierenden Sozialdemokraten Ostern 1917 eine Alternativorganisation, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD).²

Gewöhnlich als wenig mehr denn eine Koalition recht verschiedenartiger Kriegsgegner angesehen, erhob die USPD selbst den Anspruch, jene sozialistischen Prinzipien hochzuhalten, die von der SPD durch ihre Kollaboration mit der kaiserlichen Regierung vorgeblich preisgegeben worden waren. Aber die USPD war mehr als eine bloße Dachorganisation für Kriegsgegner und sie repräsentierte auch mehr als eine Rückkehr zu den Werten der heroischen sozialdemokratischen Bewegung des 19. Jahrhunderts. In Wahrheit handelte es sich bei der USPD um eine neue und – wie sich im Laufe der folgenden Jahre immer klarer herausstellen sollte – um eine durchaus eigenständige Arbeiterpartei. Unter organisatorischen Gesichtspunkten präsentierte sich die USPD von Anfang an als Antithese zur SPD; sie gab sich, als Reaktion gegen die drückende Bürokratisierung und Zentralisierung der alten Partei, eine weitgehend dezentralisierte und demokratische Organisationsstruktur, in der gerade auch lokale Initiativen Anerkennung fanden. Außerdem erwies sich die USPD – und das war von gleicher Bedeutung – sowohl auf innenpolitischem wie auf internationalem Felde als eine militante und sogar revolutionäre Partei. Auf ihrem Gründungsparteitag wurde die erste Massenaktion gegen den Krieg organisiert: der Metallarbeiterstreik vom April 1917. Unabhängige Sozialdemokraten entfalteten in der deutschen Marine eine internationalistische Agitation, die noch im gleichen Jahre zu einer erfolglosen Kieler „Meuterei“ beitrug. Auch unterstützte die Partei die Zimmerwald-Bewegung – die internationale sozialistische Oppositionsorganisation – und ihre Forderung nach einer internationalen Massenaktion zur Beendigung des Krieges. Vor allem aber waren die politischen Streiks vom Januar 1918, an denen sich im ganzen Reichsgebiet etwa eine Million Arbeiter beteiligten, das Werk der USPD.

Curt Geyer trat dieser neuen Partei kurz nach ihrer Gründung bei. Für den jungen Geyer war dies zweifellos ein logischer und natürlicher Entschluß. Sein Vater war

² Siehe Robert F. Wheeler, *USPD und Internationale, Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Berlin 1975; David W. Morgan, *The Socialist Left and the German Revolution. A history of the German Independent Social Democratic Party 1917–1922*. Ithaca 1975.

ein führender Unabhängiger Sozialdemokrat, der am Gründungsparteitag teilgenommen hatte und dort in den Kontrollausschuß gewählt worden war. Curt selbst hatte sich im Sinne der Opposition betätigt, seit er 1915 Redakteur des Fränkischen Volksfreund in Würzburg geworden war. Der Beitritt zur USPD kostete ihm seine Stellung; die Führung der SPD benützte ihre finanzielle Kontrolle über die Würzburger Zeitung, um Geyers Entfernung zu erzwingen. In dieser Hinsicht glich sein Geschick dem vieler anderer sozialdemokratischer Journalisten, die ihre Posten verloren, weil sie es gewagt hatten, abweichende Meinungen zu äußern. Aber wenn ihn die oppositionelle Aktivität auch um seinen Redakteursstuhl brachte, so fand er durch sie andererseits seine Frau. Während einer Versammlung der Opposition in Frankfurt am Main lernte Geyer Anna Elbert kennen, die gleich ihm aus einer sozialdemokratischen Familie stammte. Sie heirateten kurz vor Geyers Rückkehr nach Leipzig im Frühsommer 1917 und dem Wiederbeginn seiner Arbeit für die Volkszeitung, die inzwischen das faktische Zentralorgan der USPD geworden war. Von seinem politischen Journalismus abgesehen, war Curt – wie Anna – auch als Redner in der Leipziger USPD aktiv, doch vermochten beide vor der Revolution von 1918 offenbar nur einen begrenzten persönlichen Einfluß in der Arbeiterbewegung zu erreichen.³

Die deutsche Novemberrevolution kam der USPD nicht völlig unerwartet; auch war die Partei an den Ereignissen nicht gänzlich unbeteiligt. Eine Reichskonferenz im September rechnete für den kommenden Winter mit revolutionären Entwicklungen.⁴ Mit der Parlamentarisierung der deutschen Regierung im Oktober intensivierten die Unabhängigen Sozialdemokraten ihre Agitation für eine sozialistische Republik. Aber in Leipzig wie fast allenthalben in Deutschland liefen die Dinge den revolutionären Plänen der Partei davon.⁵ Das hat die Unabhängigen Sozialdemokraten allerdings nicht daran gehindert, in den von der Revolution geschaffenen Institutionen eine aktive Rolle zu spielen. Oft bedeutete das Mitwirkung sowohl in den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten wie auch – zusammen mit Sozialdemokraten – in den Regierungsinstitutionen des Reiches und der Länder. Als sich die Führung der USPD entschloß, mit der SPD in der provisorischen Reichsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten, zusammenzuarbeiten, stieß diese Kooperation jedoch bei einem erheblichen Teil der neuen Partei auf scharfe Kritik. Es war eine Sache, auf mittlerer und unterer Ebene mit Sozialdemokraten zu arbeiten, etwas ganz anderes aber, sich mit jenen Führern der SPD zu verbinden, denen die Verantwortung für den „Verrat“ an der alten Partei während des Krieges zugeschrieben wurde. Eine Kombination von äußerem Druck und wachsender Entfremdung zwischen USPD und den sozialdemokratischen Koalitionspartnern führte denn auch nach knapp zwei Monaten zum Ausscheiden der USPD aus der provisorischen Regierung, erst auf Reichs- und dann auch auf Länderebene.

³ Weder Curts noch Annas Name erscheint auf einer „Liste der in Leipzig und Umgebung wohnenden Personen, die als Führer und Agitatoren der radikalen Sozialdemokratie hervorgetreten sind“, die im Mai 1918 vom Polizeiamt der Stadt Leipzig zusammengestellt wurde. Dieses Verzeichnis umfaßte 55 Namen (Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel 133, Neu. Pol. Dir. 2282).

⁴ Siehe Wheeler, USPD und Internationale, S. 42.

⁵ Für Leipzig vgl. Horst Beutel, Die Novemberrevolution von 1918 in Leipzig und die Politik der Leipziger USPD-Führung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität, 7 (1957/58), S. 385 ff., und Gerhard Puchta, Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig, ebenda, S. 363 ff.

Die Kooperation zwischen den beiden Arbeiterparteien war von Anfang an mit fundamentalen Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der deutschen Revolution belastet. Die SPD-Führung sah die Novemberereignisse als das Ende eines Übergangs, während sie für die USPD lediglich einen Anfang darstellten. Die Sozialdemokraten konzentrierten ihre Anstrengungen auf die Bewahrung jener Errungenschaften, die zumeist Produkte oder Nebenprodukte der „Palastrevolution“ vom Oktober gewesen waren: Ministerverantwortung, Wahlreform, Anerkennung der Gewerkschaften, Acht-Stunden-Tag. Den Unabhängigen Sozialdemokraten ging es hingegen darum, den Arbeitern die Kontrolle über Regierung und Industrie zu verschaffen, d. h. um die Errichtung eines sozialistischen Staates. Diese grundlegenden Differenzen wurden noch durch die offenkundige Bereitschaft der SPD verschärft, zur Durchsetzung ihrer Konzeption mit den Institutionen des alten Regimes zusammenzuarbeiten, also mit der Armee, der Bürokratie und der Industrie. Da die USPD die deutsche Revolution als unvollendet betrachtete, hatte sie die SPD anfänglich einfach als Bremse der weiteren Entwicklung angesehen, doch wuchs bald die Zahl der Unabhängigen, die den sozialdemokratischen Führern vorwarfen, die wenigen Gewinne der Revolution verraten zu haben. Daß die Regierung sowohl zur Unterdrückung der Rätebewegung im Jahre 1919 wie zur Niederhaltung von Protest und Unzufriedenheit vor und nach dem Kapp-Putsch die Armee und Freikorps einsetzte, hat jenem Vorwurf vor allem Nahrung gegeben. Solche Auffassungen waren keineswegs auf eine Handvoll Unzufriedener in der USPD beschränkt, wie die Reichstagswahlen vom Juni 1920 zeigten. Die verbreitete Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem Kurs der SPD führte zu schweren Verlusten an Wählern, die sich der USPD als einer radikalen Alternative zuwandten. Stieg der Stimmenanteil der USPD auf 18,8 Prozent (verglichen mit 7,6 Prozent bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919), so ging der Anteil der SPD auf 21,6 Prozent zurück (verglichen mit 37,9 Prozent im Januar).

In den anderthalb Jahren, die diesen Wahlen vorhergegangen und von einem immer wieder aufflammenden Bürgerkrieg charakterisiert gewesen waren, hatte sich allerdings auch die USPD gewandelt. Indem sie zur Verteidigung der Revolution auf die Straße ging, war die neue Partei radikaler und zugleich homogener geworden. Hatte sich die USPD auf ihrem Parteitag im März 1919 in den Fragen der Arbeiterräte und der Diktatur des Proletariats noch in zwei ziemlich gleich starke Lager geteilt gezeigt, so legte der Parteitag im Dezember des gleichen Jahres die Unabhängigen Sozialdemokraten eindeutig auf beide Ziele fest. Die verbleibenden Differenzen betrafen das Problem der Internationale. Außerdem handelte es sich um Meinungsverschiedenheiten über Methoden, nicht über Ziele, und im Sommer 1920 bestand tatsächlich eine Möglichkeit, auch in dieser Frage Konsens zu erreichen. Bei alledem nahm die Stärke der neuen Partei ständig zu. Während die SPD mehr als ein Drittel ihrer Wählerschaft einbüßte und die winzige Kommunistische Partei (KPD) nahezu 40 Prozent ihrer ohnehin schon bescheidenen Mitgliederzahl verlor, entwickelte sich die USPD bis zum Sommer 1920 zu einer politischen Massenorganisation mit fast 5 Millionen Wählern und über 800 000 Mitgliedern.⁶

⁶ Siehe Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 1969, S. 347, und Wheeler, *Die „21 Bedingungen“ und die Spaltung der USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der Basis*, in: *VfZ* 23 (1975), S. 149.

Curt Geyer war in dieser dynamischen politischen Bewegung in seinem Element. Sowohl auf lokaler wie auf nationaler Ebene spielte er bei der Entwicklung der USPD eine wichtige Rolle. Geyers Aufstieg in der Arbeiterbewegung hing, wie der Aufstieg der USPD, eng mit der deutschen Novemberrevolution zusammen, und in vieler Hinsicht spiegelt seine Aktivität zwischen 1918 und 1921 den Verlauf jener politischen Erschütterung.

Bis zum November 1918 hatte sich Curt Geyers politische Tätigkeit im wesentlichen auf den Journalismus beschränkt. Die Revolution schob ihn über Nacht ins politische Rampenlicht. Dem „Engeren Ausschuß des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrats“ angehörend, fungierte Geyer als Delegierter sowohl auf dem regionalen Kongreß der sächsischen Arbeiter- und Soldatenräte in Dresden wie auf den beiden Reichskongressen der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin. Auf beiden Reichskongressen im Vorstand der USPD-Fraktion, entwickelte er sich zum führenden Sprecher der revolutionären Rätebewegung. Gleichzeitig begann er eine zunehmend wichtigere Rolle im politischen Leben Leipzigs zu spielen. Ende Februar 1919 zum Vorsitzenden des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats gewählt, zeichnete vor allem Geyer für die Beteiligung Leipzigs am Mitteldeutschen Generalstreik im Frühjahr 1919 verantwortlich. Doch hielt ihn seine Aktivität in der Rätebewegung nicht von der Teilnahme an den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung ab, in die ihn und seinen Vater der 29. Wahlkreis (Groß-Leipzig) entsandt hatte. Seine Frau Anna, die ebenfalls politisch tätig war, wurde in die sächsische Volkskammer und in die Leipziger Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Curt und Anna Geyer fanden jedoch traditionelle parlamentarische Politik zu zahm. Sie wurden zunehmend mit jener Gruppe in der Arbeiterbewegung identifiziert, die für die Diktatur des Proletariats, verwirklicht in einem Rätesystem, eintrat. Zwar konnte Geyer auf Grund des Mitteldeutschen Generalstreiks nicht am ersten Nachkriegsparteitag der USPD im März 1919 teilnehmen, doch unterhielt er enge Verbindungen mit ähnlich denkenden Unabhängigen in ganz Deutschland und mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Dr. Paul Levi. Geyers radikale Aktivität verstimmte allerdings das konservativere Leipziger USPD-Establishment. Da 1917 die sozialdemokratische Organisation in Leipzig nahezu intakt zur USPD übergegangen war, stammte die Nachkriegsführung der Partei zum größten Teil noch aus der Vorkriegszeit. Sie reagierte ungnädig auf das Treiben „junger Grünschnäbel“ wie Geyer, und in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 kam es zur Krise.⁷

Curt Geyer hatte schon früh die Eingliederung der USPD in die Kommunistische oder Dritte Internationale befürwortet, die im März 1919 in Moskau gegründet worden war. Und es setzte die Leipziger Parteiführung – die fast geschlossen für das Verbleiben der USPD in der wiedererstandenen Sozialistischen oder Zweiten Internationale eintrat – in nicht geringe Verlegenheit, daß es Geyer und seinen Freunden zunächst gelang, die lokale Partei für ihren Kurs zu gewinnen.⁸ Ferner

⁷ Siehe z. B.: LVZ v. 9. 9. 1919 (Wilhelm Heyer), 15. 9. 1919 (Richard Lipinski), 11. 11. 1919 (Hermann Liebmann) und insbesondere ein Flugblatt „An die Parteifunktionäre!“ von Ende 1919/Anfang 1920 mit der Überschrift: „Streng vertraulich!“ Es enthält eine scharfe Kritik an Geyer und stammt, obwohl ohne Unterschrift, mit Sicherheit aus der Anti-Geyer-Gruppe innerhalb der USPD-Führung in Leipzig. Es befindet sich in der Bibliothek des Dimitrov-Museums, Leipzig. Vgl. S. 163.

⁸ Schon am 1. August 1919 nahm eine Kreisversammlung der USP-Groß-Leipzig eine Resolu-

hatte er an der lokalen, regionalen und nationalen Parteiführung freimütige Kritik in der Frage Räte oder Parlamente geübt. Treibende Kraft in der revolutionären Betriebsrätebewegung, verfocht Curt Geyer seine radikale Position in der Leipziger Volkszeitung und in einer direkten Konfrontation mit dem Parteivorsitzenden Hugo Haase während der Reichskonferenz der USPD im September. Schließlich stellte sich auch die Frage, welchen Kurs die Leipziger Volkszeitung steuern sollte, die seit dem Spätsommer 1919 in ständigem Wechsel die gegensätzlichsten Auffassungen zu den verschiedenen Streitpunkten vertrat. Statt die Sache von einer Mitgliederversammlung der Leipziger Organisation entscheiden zu lassen, setzte die konservative Parteiführung für Anfang November eine Urabstimmung an. In der entscheidenden Endphase dieser Debatte hat Geyer allerdings keine sonderliche Aktivität entfaltet, was angesichts der Bedeutung der Leipziger Organisation – die relativ stärkste der USPD – recht bemerkenswert ist. Die alte Führungsgruppe hingegen legte sich beim Kampf gegen Geyers Position voll ins Zeug und blieb mit 5811 gegen 4790 Stimmen siegreich.⁹

Eine Erklärung für Geyers offenbare Indifferenz gegen das Ergebnis dieses lokalen Konflikts dürfte in seiner wachsenden Absorbierung durch die Probleme der gesamten USPD und durch den auf Ende November bis Anfang Dezember festgesetzten Parteitag in Leipzig zu suchen sein. Diesmal kamen Curt und Anna zu der Debatte nach Hause. Sie wurden Zeugen einer glatten Verwerfung der Position der alten Leipziger Führung. Der Parteitag erklärte sich einstimmig für die Diktatur des Proletariats, verwirklicht durch das Rätesystem, und die alte Garde konnte nur in letzter Sekunde die Billigung der sofortigen Union mit Moskau verhindern, wobei aber in dem komplizierten Kompromiß, der zur Frage der Internationale ausgehandelt werden mußte, immerhin die Zustimmung zu den Prinzipien der Kommunistischen Internationale und die Forderung nach Verhandlungen über den Zusammenschluß aller revolutionären Parteien und der Dritten Internationale formuliert war. Geyer hat, als er den Parteitag für die ultraradikale Hamburger Volkszeitung analysierte, von dem Sieg gesprochen, den der „linke Flügel“ der Partei in Leipzig errungen habe.¹⁰

Die innenpolitische Situation in Deutschland sorgte jedoch dafür, daß die Linke während der folgenden Monate nur wenig Gelegenheit fand, den Sieg auszukosten. Curt und Anna Geyer zum Beispiel verbrachten ihre Zeit meist auf der Flucht oder in Verstecken – das Ergebnis des „Reichstags-Blutbads“ und des Kapp-Putsches. Am 13. Januar 1920 nahmen Truppen, die das Reichstagsgebäude in Berlin bewachten, eine Massendemonstration unter Feuer, die von der USPD gegen das „Betriebsrätegesetz“ organisiert worden war: 42 Demonstranten sind getötet, 105 verwundet worden. Danach wurde im größten Teil des Reiches der Ausnahmezustand verhängt, fast die ganze Presse von USPD und KPD verboten oder unter

tion an, die der Partei empfahl, eine Reichskonferenz einzuberufen, „die Stellung nimmt zu dem Anschluß an die dritte Internationale zu Moskau“. Am 20. Oktober bei der letzten einer Reihe von Parteimitgliederversammlungen von Groß-Leipzig stimmten 947 von 1468 anwesenden Unabhängigen Sozialdemokraten für die Beteiligung der USPD an der Kommunistischen Internationale. Siehe Wheeler, USPD und Internationale, S. 100 und 140.

⁹ Vgl. Sozialdemokratischer Verein der U.S.P. Groß-Leipzig, Halbjahresbericht des Vorstandes und Sekretariats, Oktober 1920, Leipzig 1920, S. 4–5, 14–15.

¹⁰ „Nach dem Parteitag“, Hamburger Volkszeitung, 8., 9. und 10. Januar 1920.

Vorzensur gestellt und eine Anzahl der Führer der Linken wie Ernst Däumig (Vorsitzender der USPD) und Paul Levi (Vorsitzender der KPD) festgenommen. Kaum hatte diese Welle der Unterdrückung abzuebben begonnen, als am 13. März die Marinebrigade Ehrhardt mit der Besetzung Berlins den Kapp-Putsch eröffnete. Anna und Curt Geyer befanden sich gerade auf einer Vortragsreise in Nordbayern. Im Laufe der nächsten zehn Tage arbeiteten sie sich via Frankfurt am Main, Gotha, Leipzig und Gera langsam nach Berlin zurück.

Curt Geyer vertrat damals noch immer Leipzig in der Nationalversammlung, doch war es bezeichnend für die Änderung in seiner Lage, daß er die Stadt nur noch als Zwischenstation auf dem Wege nach Berlin passierte. Er verfügte jetzt über keine feste lokale Machtbasis mehr und neigte dazu, seine Rolle gleichsam als die einer intellektuellen Wespe auf dem linken Flügel der Partei aufzufassen. Er kam nicht mehr regelmäßig nach Leipzig und verbrachte seine Zeit meist in dem ihm politisch mehr entsprechenden Berliner Milieu oder in Hamburg, wo er bei der Hamburger Volkszeitung eine neue journalistische Heimat gefunden hatte. So war es nicht überraschend, daß Curt Geyer, als die Leipziger USPD an die Nominierung ihrer Kandidaten für die Reichstagswahl im Juni ging, vom dritten auf den neunten Listenplatz zurückgesetzt wurde, obwohl er bereits Mandatsträger war.¹¹ (Sein Vater, der weiterhin in Leipzig lebte, behielt den ersten Platz.) Immerhin trug ihm sein Ansehen beim linken Flügel der Partei einen sicheren Platz auf der Reichsliste der USPD ein, und nachdem sein Freund Wilhelm Herzog im Mai nach Moskau abgereist war, siedelte Geyer nach Hamburg über, um dort die Redaktion der Volkszeitung zu übernehmen.

Die USPD errang in den ersten Reichstagswahlen der Weimarer Republik einen gewaltigen Erfolg. Nicht weniger als 4 896 095 Deutsche hatten den Kandidaten dieser Partei ihre Stimme gegeben. Sie lag nun nur noch knapp hinter der SPD, und während die Wählerschaft der Sozialdemokraten seit den Wahlen zur Nationalversammlung drastisch abgenommen hatte, befand sich die USPD offensichtlich im Aufstieg. Es hatte den Anschein, als sei die USPD im Begriff, die SPD als führende Kraft der deutschen Arbeiterbewegung abzulösen. Nur vier Monate später war jedoch diese so offensichtlich dem Erfolg zusteuernde Organisation in wütend miteinander streitende Heerhaufen zerfallen. Den Anlaß hatten die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale gegeben.

Anfang Juli war eine offizielle Delegation, aus vier Unabhängigen Sozialdemokraten bestehend, nach Rußland gereist, um mit der Kominternführung über das künftige Verhältnis zwischen USPD und Kommunistischer Internationale zu sprechen. Ende August kehrte sie zurück, und zwar mit „21 Bedingungen“, die der zweite Kongreß der Komintern für eine Aufnahme der USPD festgelegt hatte. Dieses Dokument provozierte in der USPD eine Debatte, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung keine Parallele hat. Im Sommer 1920 trat zwar bereits eine überwältigende Mehrheit der Unabhängigen für eine Verbindung ihrer Partei mit der Dritten Internationale ein. Eine große Anzahl war aber nicht bereit, diesen Schritt zu den „21 Bedingungen“ zu tun. Die Kominternführung sah in den Bedingungen ein Instrument, die Dritte Internationale in eine militante und hand-

¹¹ Vgl. den Bericht über die Hauptversammlung der USP-Groß-Leipzig am 11. April 1920 in LVZ v. 12. 4. 1920.

lungsfähige Organisation zu verwandeln. Daher lag bei den Bedingungen der Nachdruck auf organisatorischer Zentralisierung und ideologischer Konformität. Viele Unabhängige erblickten in ihnen jedoch den Versuch, die internationale Arbeiterbewegung einer Diktatur der Bolschewiki zu unterwerfen. Es ist sogar sehr deutlich zu sehen, daß nur wenige USPD-Mitglieder an ihnen wirklich Geschmack fanden; selbst die entschiedensten Anhänger Moskaus neigten dazu, sie lediglich als ein notwendiges Übel zu betrachten. Gleichwohl übte das revolutionäre Rußland auf die Unabhängigen Sozialdemokraten eine so starke Anziehungskraft aus, daß im Oktober auf dem Parteitag in Halle eine Mehrheit der Delegierten die „21 Bedingungen“ annahm. Die Abstimmung führte zu einer dreifachen Spaltung: rund 45 Prozent der Mitgliedschaft folgten der Majorität von Halle und bildeten die USPD-Linker; rund 40 Prozent blieben in der gegen die Bedingungen opponierenden Rest-USPD; etwa 15 Prozent entschieden sich weder für die eine noch für die andere Seite und schieden meist ganz aus der politischen Arbeiterbewegung aus.¹² Schon zwei Monate nach dem Parteitag von Halle gab es die USPD-Linker nicht mehr. Noch im Dezember schloß sie sich mit der kleinen KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) zusammen. Die „neue“ Organisation konnte zunächst behaupten, 450 000 Mitglieder zu zählen, von denen 90 Prozent aus der alten USPD stammten. Jedoch gingen den Kommunisten die meisten der neuen Rekruten wenige Monate später wieder verloren, und zwar im Gefolge der gescheiterten „Märzaktion“ in Mitteldeutschland.¹³ Es war paradox, daß einerseits gerade die Forderung nach einer revolutionären Umwälzung so viele Unabhängige Sozialdemokraten zur Annahme der „21 Bedingungen“ und schließlich zur Vereinigung mit den Kommunisten geführt hatte, andererseits ausgerechnet das revolutionäre Fiasko vom März 1921 – ein Aufstand, der vor allem in früheren Hochburgen der USPD ausbrach – zum Anlaß einer Massenabwanderung von der VKPD wurde. Diese Enttäuschung kam sowohl im jähen Rückgang der Mitgliederzahl zwischen Januar und Juni wie in der Gründung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) zum Ausdruck. Die meisten Angehörigen der KAG – die aus opponierenden Reichstagsabgeordneten und Funktionären bestand – kehrten am Ende wieder zur USPD zurück, die Masse der Abwanderer vergrößerte jedoch lediglich die ohnehin wachsende Schar enttäuschter früherer Unabhängiger, die seit Halle der Arbeiterbewegung den Rücken gekehrt hatten. Die Rest-USPD sollte die Spaltung auch nur um knapp zwei Jahre überleben. Von der ständig schlimmer werdenden Inflation hart bedrängt, kamen die Führer der Partei nach der Ermordung des Außenministers Rathenau zu der Einsicht, daß Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit sei, und im September 1922 erfolgte der Zusammenschluß mit der SPD zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD). Unter den entschiedensten Befürwortern dieser Wiedervereinigung fanden sich ironischerweise etliche frühere Radikale, darunter auch Curt Geyer.¹⁴ Seine Rückkehr zu der Partei, die er fünf Jahre zuvor verlassen hatte, war um so bemerkenswerter, als er in der alten USPD zu den führenden Verfechtern der Zusammenarbeit mit der KPD und zu den schärfsten Gegnern jeder Kollaboration mit der

¹² Vgl. Wheeler, Die „21 Bedingungen“ und die Spaltung der USPD, a. a. O., S. 147–148.

¹³ Vgl. die VKPD-Mitgliederzahlen im Januar und im Sommer 1921, ebenda, S. 154 (Tabelle).

¹⁴ Vgl. Protokoll der [Reichstags-]Fraktion der USPD, insbesondere die Sitzung vom 24. Juni 1922, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam.

SPD gehört hatte. Zwischen dem Sommer 1920 und dem Sommer 1922 hatte sich jedoch Geyers politische Orientierung in entscheidenden Punkten gewandelt. Als Redakteur der Hamburger Volkszeitung hatte er am ultraradikalen Kurs dieses Blattes festgehalten, und er war auch für die Annahme der „21 Bedingungen“ eingetreten, obwohl sein Vater und andere Unabhängige des linken Flügels öffentlich Vorbehalte zum Ausdruck gebracht hatten. Wieder in Berlin, nahmen er und seine Frau aktiv an der Debatte teil. Auf der Reichskonferenz der USPD, die Anfang September 1920 stattfand, fungierte Curt Geyer, obwohl bereits von heimlichen Zweifeln geplagt, als Sprecher der an Moskau orientierten harten Gruppe. Danach wirkte er an zwei neuen Publikationen mit, die von jenen Kräften in der Partei ins Leben gerufen worden waren, die auf die Annahme der Bedingungen hinarbeiteten: an der theoretischen Zeitschrift „Kommunistische Rundschau“ und an der Tageszeitung „Die Internationale“. Anna redigierte einen eigenen Informationsdienst und wurde von Berlin-Stadt als Delegierte zum Parteitag nach Halle geschickt, weil sie die Annahme der Bedingungen befürwortete. Alle drei Geyers billigten die Resolution, die zur Akzeptierung der „21 Bedingungen“ aufrief und in Halle mit 236 zu 156 Stimmen angenommen wurde. Curt sah sich ins Zentralkomitee der USPD-Linken gewählt und zeichnete in dieser Stellung – seinem ersten offiziellen Amt in der Partei – mitverantwortlich für die Fusion mit der KPD. Auf dem Gründungskongreß der VKPD erhielten dann im Dezember 1920 alle drei Geyers gewichtige Positionen in der neuen Organisation. Friedrich wurde Mitglied der Revisionskommission, Anna übernahm die Nachrichtenagentur der VKPD, und Curt, der als Delegierter für Hamburg teilgenommen hatte, kam in die Zentrale. Außerdem gehörten Vater und Sohn Geyer weiterhin dem Reichstag an, jetzt als Abgeordnete der VKPD.

In den ersten Monaten des Jahres 1921 reiste Curt Geyer nach Rußland; zum ersten Mal in seinem Leben verließ er Deutschland. Drei Monate lang fungierte er als Vertreter der deutschen Kommunisten im Exekutivkomitee der Komintern (EKKI). Infolgedessen befand er sich nicht in Deutschland, als die Krise in der VKPD-Führung offen ausbrach und es zur „Märzaktion“ kam. Am 22. Februar 1921, Geyer erstattete an diesem Tage auf einer offiziellen EKKI-Sitzung¹⁵ Bericht über die deutsche kommunistische Bewegung, trat in Berlin der Zentral-Ausschuß (ZA) der VKPD zu einer dreitägigen Beratung zusammen. Am Ende des Treffens waren die Vorsitzenden der VKPD Paul Levi und Ernst Däumig, dazu die Zentrale-Mitglieder Otto Braß, Adolph Hoffmann und Clara Zetkin zurückgetreten; mit Levi, Däumig und Braß fühlte sich Geyer eng verbunden. Der Streit ging um die Spaltung der Sozialistischen Partei in Italien durch die Komintern. Während sich Levi und seine Freunde dieser Aktion widersetzen, fand sie im Zentral-Ausschuß die Unterstützung einer knappen Mehrheit. Wenige Wochen später hatte die neue VKPD-Führung die sogenannte „Offensivtheorie“ Heinrich Brandlers – der jetzt zu den Vorsitzenden der Partei gehörte – gebilligt und sich an dem erfolglosen Aufstand im Raume Halle–Merseburg beteiligt. Levis scharfe öffentliche Kritik an dieser „Aktion“ trieb die Krise in der VKPD auf ihren Höhepunkt. Da Geyer im Anfangsstadium dieses Konflikts, noch vor seiner Abreise nach Rußland, Levi

¹⁵ Ein Protokoll dieser Sitzung befindet sich im Nachlaß Paul Levi, P 55/5, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (eine gekürzte Fassung im Bundesarchiv Koblenz, R 43 I/2668, S. 46 ff.)

unterstützt hatte und auch in Moskau für Levis Auffassung eintrat, ist es nicht verwunderlich, daß er schließlich ebenfalls dem Streit zum Opfer fiel. Nach Deutschland zurückgekehrt, legte er dem Zentral-Ausschuß, der vom 3. bis 5. Mai tagte, eine Resolution vor, die sich für Levi aussprach. Die Resolution wurde niedergestimmt, Curt Geyer zum Ausscheiden aus der Zentrale gezwungen.¹⁶

Geyer schloß sich nun Levi und der um Levis neue Zeitschrift „Unser Weg“ gesammelten Oppositionsgruppe noch enger an. Die Konsequenz war sein Ausschluß aus der VKPD, der Ende August auf dem Parteitag in Jena erfolgte. Danach half er die KAG als politische Heimstatt für jene Kommunisten zu organisieren, die sowohl die „Märzaktion“ ablehnten wie den zunehmenden russischen Einfluß in der VKPD mißbilligten. Aber die KAG war stets nur als Provisorium gedacht und erwies sich im übrigen als wenig erfolgreich bei der Werbung um Massenunterstützung. Es konnte daher nur eine Frage der Zeit sein, bis die Mehrheit der KAG-Mitglieder, unter ihnen die drei Geyers, wieder im Schoße der Rest-USPD Zuflucht suchte und fand; im März 1922 war es soweit.¹⁷ Daß nun die verlorenen Söhne und Töchter in die Partei zurückkehrten, die sie anderthalb Jahre zuvor gespalten hatten, trug allerdings wenig zur Stärkung der USPD bei. Der Zuwachs vermehrte in der Partei vor allem die Zahl der Generäle, weniger die der Soldaten und verschlimmerte damit eine auch durch die Inflation verschärfte strukturelle Schwäche der USPD, nämlich ihre Kopflastigkeit. Am Ende taten sich 1922 mit Geyer und Levi gerade diejenigen, die 1920 am entschiedensten eine Union KPD – USPD verfochten hatten, mit dem rechten Flügel der Rest-USPD zusammen, um nun eine Union SPD – USPD durchzusetzen.

Als der größte Teil der Rest-USPD im September 1922 tatsächlich mit der SPD fusionierte, gehörte denn auch die Familie Geyer zu den Heimkehrern. Vater und Sohn nahmen bis 1924 weiterhin ihre Reichstagsmandate wahr, jetzt wieder für die SPD, nachdem sie seit 1920 nacheinander USPD, VKPD, KAG und abermals USPD vertreten hatten. Curt beschränkte seine politische Aktivität seit 1924 weitgehend auf journalistische Tätigkeit; bis zum Verbot des Vorwärts im Jahre 1933 fungierte er als Redakteur (Ressort Innenpolitik) dieser Berliner Tageszeitung der SPD. Seine konservative Entwicklung dauerte an, er brach mit dem orthodoxen Marxismus und stand in der SPD schließlich rechts von der Mitte.¹⁸ Nachdem die Nationalsozialisten die Macht übernommen hatten, blieb Geyer noch länger als ein halbes Jahr in Deutschland und organisierte Untergrundgruppen, bis er und Anna sich dann doch zur Flucht nach Prag gezwungen sahen.

Nahezu ein Jahrzehnt spielte Curt Geyer eine aktive Rolle in der sozialdemokratischen Emigration, vor allem als Chefredakteur des erst in Prag und nach 1938 in Paris erscheinenden Neuen Vorwärts;¹⁹ er benutzte dabei das Pseudonym Max Klin-

¹⁶ Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), Chronik, II, Berlin 1966, S. 110; Arnold Reisinger, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Berlin 1971, S. 143; Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 209 f.

¹⁷ Vgl. Morgan, The Socialist Left, S. 412–414. Fritz Geyer blieb jedoch in der KPD bis Januar 1922. Siehe Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, 20. Januar 1922. Diese Wochenschrift erschien von Oktober 1921 bis März 1922 als Organ der KAG.

¹⁸ Mitteilung von Herrn Fritz Heine (28. Oktober 1975), der Geyer Mitte der zwanziger Jahre kennenlernte und ihn als „Mitte rechts“ innerhalb der SPD bezeichnete.

¹⁹ Für Geyers politische Tätigkeit nach 1933 siehe Werner Röder, Die Deutschen Sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien, Hannover 1968, S. 28–29, insbesondere 146 ff.

ger. 1938 wurde er auch in den Exilvorstand der SPD (SOPADE) berufen. Kurz vor dem Einmarsch der deutschen Truppen floh er mit seiner Frau und seiner Tochter aus Paris, und zwar zunächst nach Marseille, wo er besonders gefährdeten Emigranten half, den Kontinent zu verlassen. Die Familie Geyer setzte ihre Flucht – allerdings nicht gemeinsam – zu Fuß fort, über die Pyrenäen, und erreichte schließlich Lissabon. Hier trennten sich die Wege von Curt und Anna Geyer endgültig. Aus persönlichen Gründen emigrierten Anna und ihre Tochter in die Vereinigten Staaten, während er nach England ging.

In London entfernte sich Geyer noch weiter vom orthodoxen Marxismus. 1942 schied er aus dem Exilvorstand der SPD aus und verband sich für kurze Zeit mit der anti-deutschen Vansittart-Gruppe. Nachdem er auch mit dem „Vansittartismus“ gebrochen hatte, zog er sich aus der Emigrationspolitik weitgehend zurück, wenngleich er die persönliche Verbindung zu mehreren sozialdemokratischen Emigranten und auch zu SOPADE-Mitgliedern aufrechterhielt. Nach dem Kriege blieb er in England und erwarb die britische Staatsangehörigkeit. 1947 kehrte er zum Journalismus zurück, und zwar als Londoner Korrespondent der Süddeutschen Zeitung. Diese Tätigkeit übte Geyer bis 1963 aus, danach beschäftigte er sich bis zu seinem Tode, der ihn im Sommer 1967 während eines Urlaubs in der Schweiz ereilte, vornehmlich mit der Niederschrift seiner Memoiren. In jenen Jahren deckte sich seine politische Orientierung im allgemeinen mit den Zielen der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands.

Geyers Erzählung ist gewiß nicht ohne Mängel; schließlich handelt es sich um Erinnerungen mit all den zu dieser Literaturgattung gehörenden Vorzügen und Schwächen. Als er die Memoiren schrieb, war seine politische Orientierung weit entfernt von der politischen Haltung, die seine Aktivität in den dargestellten Jahren bestimmte, und die Distanz hat sein Urteil über Menschen und Ereignisse zweifellos erheblich beeinflusst. Selbstverständlich hat er ein Recht auf seine Meinung und das Recht wie den Anlaß zur Meinungsänderung. Doch sagen uns jene Abschnitte der Erinnerungen, in denen er zu analysieren oder zu werten versucht, oft mehr über seine persönliche Entwicklung als über den gerade behandelten Gegenstand. Am schwächsten sind die Memoiren jedoch dann, wenn Geyer wiedergibt, was er von anderen erfahren hat, womöglich lange Zeit nach den geschilderten Vorgängen. Sein „Bericht“ über die Eisenbahnfahrt, während der es Rudolf Hilferding gelungen sei, Arthur Crispian und Wilhelm Dittmann, bis dahin Befürworter der Annahme der „21 Bedingungen“, zu leidenschaftlichen Gegnern der Annahme zu „bekehren“, ist ein gutes Beispiel für die übertreibende Verwandlung in einer Wiedergabe aus zweiter Hand.

Hingegen gewinnt Geyers Darstellung ihre stärkste Eindringlichkeit, wenn er Ereignisse beschreibt, an denen er persönlich beteiligt war. Auch hier müssen freilich zwei Fehlerquellen im Blick behalten werden: Geyers Egozentrik und sein Gedächtnis. Wie so viele Autoren von Memoiren verrät Geyer die Neigung, sowohl seine eigene Bedeutung wie die Bedeutung der von ihm für wichtig gehaltenen Personen und Faktoren zu überschätzen; dem entspricht natürlich eine Tendenz zur Unterschätzung der nicht zu jener Kategorie gehörenden Personen und Faktoren. Das Resultat besteht zum Beispiel darin, daß sich Geyer als „den“ Führer der Revolution in Leipzig zeichnet und jene Funktionäre ignoriert, die an der Spitze der Arbeiter- und Soldatenräte standen. In gleicher Weise stellt er sich als „der leitende Propagandist für den Eintritt der USPD in die Dritte Internationale“ vor, obwohl in die-

ser Hinsicht Walter Stoecker offensichtlich die größere Rolle gespielt hat.²⁰ Daß Geyer dieser gewöhnlichen Versuchung der Memoirenschreiber ebenfalls erlegen ist, dürfte eine Ursache in seinen intellektuellen Präntionen gehabt haben. So geht aus seinen Erinnerungen klar hervor, daß ihn innerhalb wie außerhalb der Arbeiterbewegung vor allem „intellektuelle“ Typen anzogen und ihm die Arbeiter selbst fast aus dem Blickfeld gerieten. Vermutlich lag die gleiche Ursache auch seiner Abneigung gegen die Taktiken und Praktiken des innerparteilichen Nahkampfs zugrunde, den er für unter seiner Würde hielt, ob 1917 in Würzburg, 1919 in Leipzig oder 1921 in Berlin. Es ist bezeichnend, daß Paul Levi – der „Intellektuelle“, der Geyer wahrscheinlich am stärksten beeinflusste – Geyers hohe Meinung von sich selbst nicht teilte und anscheinend Curts Frau Anna als die Überlegene ansah.²¹

Geyer gleicht den meisten Autoren von Memoiren ferner darin, daß ihm gelegentlich sein Gedächtnis Streiche spielt. In seinem Fall wird das Problem vielleicht noch durch seinen Hang zu unzweideutigen Formulierungen besonders akzentuiert. Im Laufe der Jahre verwischen sich zeitliche und sonstige Grenzen. So wird Rosa Luxemburgs Entlassung aus dem Gefängnis von Geyer um einige Wochen vorverlegt, seine Übernahme der Leitung des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrats um zwei Monate, und seine Kontrolle der Leipziger Volkszeitung läßt er doppelt so lange währen wie sie tatsächlich dauerte; in ähnlicher Weise vermengt er etliche Vorgänge auf dem Leipziger Parteitag der USPD. Auf die gleiche Wurzel gehen wohl einige übermäßige Vereinfachungen zurück, wenn er etwa jedermann, der in der USPD rechts von ihm selbst stand, von Ledebour bis Crispian, Haase, Hilferding und Kautsky, zum „rechten Flügel“ rechnet oder wenn er vom „Austromarxismus“, von der „Führungsgruppe der linken USPD“ und von der „Diktatur Lenins“ spricht. Schließlich macht Geyer auch noch eine Anzahl eindeutiger und simpler Fehler, was ebenfalls als ganz natürlich gelten muß, wenn jemand mehr als vierzig Jahre nach den erlebten Geschehnissen schreibt, was aber wiederum durch Geyers Stil zu einem besonderen Problem wird. Die Aprilstreiks von 1917, die ihren Ausgang von Leipzig nahmen und an denen rund 250 000 Arbeiter beteiligt waren, können gewiß nicht als ein „glorifiziertes Parteitreffen“ abgetan werden, aber mit dieser Bezeichnung sucht er die gegen den Krieg gerichtete Aktivität in Leipzig zu charakterisieren. Karl Radek war, entgegen der Behauptung Geyers, nie ein Mitglied der Gruppe Internationale. Geyer schreibt, er habe bei der Nominierung der Leipziger USPD-Kandidaten für die Nationalversammlung „ganz erheblich mehr Stimmen als Lipinski“ erhalten; in Wirklichkeit erhielt er 235 Stimmen und Lipinski 232.²² Er sagt, Georg Ledebour sei „tief gekränkt und empört“ gewesen, weil er nicht zum Volksbeauftragten ernannt worden sei; in Wirklichkeit wurde Ledebour nominiert, lehnte aber ab.²³ Nach Geyer weigerte sich Däumig, den Vorsitz der USPD zusammen mit Haase

²⁰ Vgl. Wheeler, USPD und Internationale, S. 122 ff., 128 ff., 136, 145, 147, 156, 166 ff. usw., und Helmuth Stoecker, Walter Stoecker – Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers 1891–1920, Berlin 1970, S. 203 ff.

²¹ Vgl. Brief Levis an Clara Zetkin, 7. März 1920 im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, P 83/3. Rudolf Hilferding, von dessen Intelligenz Geyer auch viel hielt, nannte ihn einen „nutzbaren Windbeutel“.

²² Vgl. Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrats Leipzig für das XIX. Armeekorps, Ausgabe A, Nr. 3, S. 34.

²³ Aus Enttäuschung über die Politik der USPD-Führung wollte Ledebour sogar Ende Dezember/Anfang Januar aus der USPD austreten und eine neue Partei gründen. Er entschloß sich jedoch, nach Diskussionen mit Vertretern der Revolutionären Obleute, nur sein Amt als Par-

zu übernehmen; in Wirklichkeit war es Haase, der sich weigerte, weil es Däumig zuvor abgelehnt hatte, den Wahlkampf für die Nationalversammlung zusammen mit Haase zu führen. Die Spaltung der KPD wird auf das Frühjahr 1919 datiert, ereignete sich aber im Herbst, und die KAPD wurde im April 1920 gegründet. Geyer gibt zu verstehen, daß die Leipziger Urabstimmung vom November 1919 von ihm selbst vorgeschlagen worden sei (was nicht richtig ist), daß sie eine „überraschend hohe Beteiligung“ gefunden habe (nur 25 Prozent der Mitglieder beteiligten sich) und daß sie der von ihm bekämpften örtlichen Führung nur eine „minimale Mehrheit“ gebracht habe (sie erhielt 53,4 Prozent der abgegebenen Stimmen). Geyer glaubt, Eduard Bernstein sei aus der USPD wegen des Leipziger Aktionsprogramms ausgeschieden; tatsächlich hat er die Partei schon ein Jahr früher verlassen. Geyer meint, die Führung der USPD habe ihren Beschluß, den auf den Kapp-Putsch folgenden Generalstreik abubrechen, ohne Däumig gefaßt; Däumig war jedoch anwesend und stimmte für die Fortsetzung des Streiks. Was die Spaltung der USPD betrifft, so täuscht sich Geyer, wenn er annimmt, die Mehrheit für die Dritte Internationale sei in Halle kleiner gewesen als auf dem Leipziger Parteitag; es war umgekehrt. Er täuscht sich ferner, wenn er behauptet, mit ihm seien 60 Prozent der USPD zur USPD-Linken übergegangen; es handelte sich eher um 45 Prozent. Auch hat die USPD-Linke keineswegs über die alten USPD-Zeitungen mit den „größeren Auflagen“ verfügt, und die VKPD ist aus den Wahlen zum Preußischen Landtag nicht als die „erheblich stärkere Partei“ hervorgegangen (die VKPD erhielt 7,4 Prozent der Stimmen, die Rest-USPD 6,6 Prozent). Man kann ihm ferner darin nicht zustimmen, daß die SPD aus der Spaltung „keinen Gewinn“ gezogen habe – die Ergebnisse der Landtagswahlen beweisen, wie die SPD profitierte. Seine Einschätzung der Stärkeverhältnisse in der VKPD-Zentrale ist ebenfalls unrichtig; es gab dort keine Parität (7 zu 7) zwischen der alten KPD und der USPD-Linken, wie er sagt, sondern eine knappe Mehrheit für die USPD (8 zu 6).²⁴ Schließlich wird noch Geyers Angabe, Karl Radek habe sich an der EKKI-Sitzung vom 22. Februar 1921 nicht aktiv beteiligt, durch das Sitzungsprotokoll widerlegt, das einen lebhaft debattierenden Radek zeigt.

Auf solche Erinnerungsfehler muß hingewiesen werden, da Geyer überredend und sogar verführerisch zu schreiben versteht. Aber die Kritik berührt keineswegs den Wert der Memoiren. Die Erinnerungen bieten eine der seltenen Gelegenheiten, die revolutionäre Situation in Deutschland während des Ersten Weltkrieges und in der Anfangsphase der Weimarer Republik durch die Augen eines Repräsentanten der innerparteilichen Opposition zu sehen: erst in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD war er jeweils Kritiker der Parteiführung. Es erhöht noch den Wert der Erinnerungen, daß es zu jener Periode relativ wenige Quellen gibt. So sind die Archive der USPD offenbar vernichtet worden oder verlorengegangen, und die Masse des KPD-Materials, die sich im Ostberliner Institut für Marxismus-Leninismus befindet, ist nur beschränkt zugänglich. Selbst an Memoiren herrscht Mangel, zumal an Memoiren von Vertretern des linken Flügels der Arbeiterbewegung. Wenige „Radikale“ hatten die Neigung oder die Chance, ihre Erlebnisse niederzu-

teivorsitzender niederzulegen. Siehe Protokoll der Sitzung der revolutionären Obleute, und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins am 1. Januar 1919, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 17 (1975), S. 1010–1014.

²⁴ Geyer hat Gäbel zur alten KPD gerechnet; er war aber Mitglied des Zentralkomitees der USPD (Linke).

schreiben. Von den existierenden Erinnerungen können sich, was Breite und Tiefe angeht, allein die im Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte liegenden Erinnerungen Wilhelm Dittmanns mit dem Geyerschen Bericht messen; Geyers Darstellung seiner Erfahrungen vor, während und nach der deutschen Revolution verdanken wir eine eindrucksvolle Fülle neuer und detaillierter Informationen zu den Vorgängen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Besonders interessant ist seine Schilderung, wenn er von seiner Beteiligung an der Antikriegsbewegung in Nordbayern erzählt, von der Revolution in Leipzig, vom mitteldeutschen Generalstreik im Jahre 1919, von der Weimarer Nationalversammlung, vom „Reichstags-Blutbad“ im Januar 1920 und seinen Folgen, vom Widerstand gegen den Kapp-Putsch, von der Spaltung der SPD, von der VKPD-Zentrale und vom EKKI in Moskau.

Robert F. Wheeler

1. Kapitel

Die sozialdemokratische Tradition des Elternhauses

Mein Vater Friedrich August Geyer,¹ ein alter Freund und Mitarbeiter August Bebel,² seit dem Jahr 1890 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Leipzig-Land, hatte den Ehrgeiz, seinen beiden Söhnen die beste damals mögliche Schulerziehung und Bildung angedeihen zu lassen. Er brachte für diesen Zweck beträchtliche finanzielle Opfer. In seiner Haltung wurde er bestärkt, als die beiden Söhne schon in ihren ersten Schuljahren überdurchschnittliche Intelligenz bewiesen. Der Satz „Wissen ist Macht“ gehörte in den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung zu den Hauptlehren, die den Arbeitern von ihren Führern eingeprägt wurden, und mein Vater hielt sich daran. Diese Vorstellungen entsprachen dem Bildungsstreben des deutschen Bürgertums von damals. Ich habe diesen Satz immer wieder in meinem Elternhaus gehört und in der populären sozialdemokratischen Propagandaliteratur der Frühzeit gelesen.

Mein Vater stammte aus kleinen Anfängen, aus einer sächsischen Kleinbürgerfamilie. Er war Zigarrenmacher und erlebte in seiner Jugend noch die Zeit, in der diese Arbeiterkategorie zur Elite der gelernten Arbeiter gehörte – was nicht nur in ihrem Verdienst, sondern auch in ihrem Standesgefühl und ihrem Gebaren zum Ausdruck kam. In dem kleinen Städtchen Großenhain pflegte er sonntags mit seinen Kollegen in Frack und Zylinderhut auf der Promenade spazieren zu gehen. Dabei gewann er die Hand meiner Mutter, einer Großenhainer Bürgerstochter, die nach den damaligen Anschauungen sozial über ihm stand. Mit dem höheren Status der Mutter war es übrigens nicht weit her. Ihr Vater war Spinnmeister in einer Baumwollspinnerei, ihre Mutter kam aus einer Bauernfamilie in dem Dorf Lenz bei Großenhain. Die Familie besaß ein eigenes Haus an der Promenade. Trotzdem ging es knapp zu. Meine Mutter wurde zunächst als Kochlehrling zur Köchin eines Großenhainer Geistlichen geschickt, deren Stelle sie später selber übernahm. Der Zigarrenmacher, der mit schmetternder Stimme rührende Lieder singen konnte, war wegen seiner politischen Neigungen bei den Bürgern als „Roter“ in Verruf. Auf Grund seines fleißigen Selbststudiums hielt er sich schon damals für einen der Führer in der aufkeimenden Arbeiterbewegung. Als er sich mit der Köchin des Archidiakonus von Großenhain verheiratete, war der Skandal groß und der Zigarrenmacher Geyer fand in Großenhain keine Arbeitsstelle mehr. Mit einer kleinen Mitgift meiner Mutter und dem Geld eines Kompagnons gründete er eine kleine Zigarrenfabrik in dem Städtchen. Die Zigarrenfabrik Friedrich Geyer & Co. beschäftigte selbst in ihren besten Zeiten nie mehr als ein Dutzend Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Einkommen des Fabrikanten hielt die Familie nur notdürftig über Wasser. Die Familie übersiedelte nach Leipzig, wo dem Vater eine Redakteurstelle am „Volksstaat“, einem Vorläufer der Leipziger Volkszeitung, angeboten worden war. Dieser

¹ Friedrich Geyer (1853–1937), 1885–1897 Mitglied der zweiten Kammer des Sächs. Landtags, 1886–1887 und 1890–1924 MdR, 1918/19 sächs. Finanzminister.

² August Bebel (1840–1913), Drechsler, ab 1867 Vors. d. Verbands deutscher Arbeitervereine, 1866 Mitgründer der Sächs. Volkspartei, 1869 Mitgründer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, seit 1880 Vorstandsmitglied, 1892–1913 Vorsitzender der SPD.

Posten wurde sehr dürftig bezahlt, aber das Einkommen ergänzte die Einkünfte aus der Zigarrenfabrik. Mein Vater besaß die Freundschaft und das Wohlwollen August Bebels und wurde bald zur Seele der Leipziger Arbeiterbewegung. Später fand er eine andere journalistische Beschäftigung als Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Der Tabakarbeiter“, die in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ hergestellt wurde. Diese Anstellung behielt er bis kurz vor seiner Pensionierung. In dieser Gewerkschaftszeitung verdiente ich mir in sehr frühen Jahren meine journalistischen Sporen. Der Vater hielt den Status des Zigarrenfabrikanten trotz seiner vorwiegend journalistischen Tätigkeit aufrecht und in den Parlamentsferien reiste der Herr Reichstagsabgeordnete bei Konsumvereinen umher, um seine gar nicht üblen Zigarren abzusetzen, deren Qualität ich schon im zarten Alter von vier Jahren ausprobiert hatte – mit katastrophalen Folgen.

Im Jahre 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, eroberte der Vater den Wahlkreis Leipzig-Land für die Sozialdemokratische Partei. Er hat ihn bis zum Jahre 1924 mit stets steigenden Mehrheiten vertreten. Vor dem Jahre 1890 vertrat er einen sächsischen Industriewahlkreis im Landtag. Der Wahlkreis Leipzig-Stadt als Zentrum der Universitäts- und Handelsstadt dagegen blieb mit geringer Unterbrechung in der Hand der Nationalliberalen. Der Abgeordnete für Leipzig-Land war somit der einzige Vertreter der gesamten Organisation der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs im Reichstag. Seine Autorität in der Partei war unbestritten, aber auch darüber hinaus genoß er großes Ansehen. [. .]

Das Parlament hielt den Vater an fünf Tagen in der Woche in Berlin fest, wo er ein möbliertes Zimmer gemietet hatte. Die Folge davon war, daß mein älterer Bruder und ich uns selbst erzogen. Dabei stand die ziemlich reichhaltige Bibliothek des Vaters zu unserer vollen Verfügung. Wenn jemand da gewesen wäre, um mich zu erziehen, so hätte ich vermutlich für ein schwer erziehbares Kind gegolten. Ich war sowohl hypersentimental als auch jähzornig. Der Vater war für mich eine Respektperson, aber er war selten zu Hause. Wieviel meine Mutter von meiner sentimentalen Veranlagung verstanden hat, vermag ich nicht zu sagen. Bei meinen Zornesausbrüchen ließ sie mich einfach in Ruhe, bis ich wieder zugänglich wurde. Es hat mich in meinen Mannesjahren große Mühe und viel Selbstdisziplin gekostet, dieser Veranlagung Herr zu werden. An einige seltene Rückfälle in unbewachten Augenblicken denke ich nicht gern zurück. [. .]

Bei meinen Jähzornsanfällen schrie ich und stampfte mit den Füßen. Der Jähzorn überfiel mich hauptsächlich, wenn andere nicht so wollten wie ich. Ich erinnere mich an einen Wutausbruch, als mein älterer Bruder etwas nicht tun wollte, wozu ich ihn zu veranlassen suchte. Es war ein gutes Stück Machtwille hinter diesem Jähzorn. Die meisten dieser Anfälle endeten auf die gleiche Weise. Im dunklen Korridor unserer Wohnung stand der Eingangstür gegenüber ein riesiges schwarzes, bis an die Decke reichendes Bücherregal, vor das ein grüner Vorhang gezogen war. Das Regal war vollgestopft mit den grünen Bänden der stenographischen Berichte des Reichstags, mit gebündelten Zeitschriften, Zeitungsjahrgängen und Broschüren. Im untersten Fach dieses Regals hatte ich mir eine Ecke freigemacht. Wenn ich als kleiner Knabe mit Gott und aller Welt und mit mir selber zerfallen war, kroch ich schließlich heimlich in diese Ecke hinter dem grünen Vorhang. Dort saß ich still und zusammengekauert, die Knie bis ans Kinn hochgezogen. Ich hörte, wie man mich suchte und wie nach mir gerufen wurde, aber ich rührte mich nicht. Zunächst tobte ich innerlich über die anderen und die Ungerechtigkeit der Welt. Diese Stimmung ging dann all-

mählich in Selbstbemitleidung über. Schließlich wurde mir weinerlich zumute, und damit kehrte ich langsam wieder zur Normalität zurück und entschloß mich, nicht mehr darauf zu warten, daß man mich finden, bedauern und bitten würde, sondern selber aus dem Schmollwinkel hervorzukommen, als ob nichts geschehen wäre.
[. . .]³

Auf dem großen Bücherregal auf dem Vorplatz standen neben den anderen Schriften die Bände der sozialdemokratischen Unterhaltungszeitschrift „Die Neue Welt“.⁴ Sie enthielten Romane in Fortsetzungen und daneben Anekdotisches mit bildender Absicht. Ich verschlang alles, da ich lesen gelernt hatte, als ich noch nicht vier Jahre alt war. Ich erinnere mich besonders an einen Roman von Minna Kautsky, der Mutter von Karl Kautsky, mit dem Titel „Der Stefan vom Grillenhof“⁵ und an einen zweiten, dessen Titel mir entfallen ist, der aber ebenfalls sozialistische Tendenz hatte. Aber da waren auch Pierre Lotis „Islandfischer“, Victor Hugos „1792“ und „Der lachende Mann“ und Gerstäckerromane wie „Die Flußpiraten des Mississippi“ und „Die Regulatoren in Arkansas“. [. . .]⁶

Schuljahre: Unter dem Einfluß von Naturwissenschaften und Marxismus

Zwischen meinem sechzehnten und neunzehnten Jahr besuchte ich die neu gegründete Leipziger Oberrealschule, die damals als hypermodern angesehen wurde. Das sachliche Wissen, das sie vermittelte, war sehr groß. Aber noch entscheidender für mich wurde der persönliche Einfluß der beiden Hauptlehrer, des Literatur- und Geschichtslehrers Dr. Robert Riemann und des Mathematik- und Physiklehrers Dr. Beck. Der erstere, ein Sohn des Musiktheoretikers Professor Hugo Riemann, trat nach der Revolution in die Sozialdemokratische Partei ein und veröffentlichte Freidenkerschriften, der zweite war viele Jahre lang der zweite Vorsitzende des Deutschen Monistenbundes. Mit dem ersteren verband mich bald ein freundschaftliches Verhältnis, gegründet auf mein vorlautes Wesen und seine eigene Diskutiersucht. Wir rieben uns aneinander und lernten uns schätzen. Meine Beziehungen zu dem zweiten sind nie über die Grenzen größten Respekts hinausgegangen. Das kam daher, daß er uns moderne Mathematik und Physik als moderne Metaphysik vermittelte, geradezu mit dem Charakter einer Ersatzreligion, wie ich später erkannte. Der Ernst, mit dem er dies unternahm, machte auf seine Schüler großen Eindruck. Wir nannten ihn „der Meister“, seine Autorität war bei uns gänzlich unbestritten.

³ Kürzung von 2½ Seiten (Ms. S. 5–7), auf denen die Wohnung der Familie Geyer in der Südstraße und deren Umgebung beschrieben wird.

⁴ „Die Neue Welt. Illustriertes Unterhaltungsblatt für das Volk“, 1876–1881 in Leipzig, 1882–1886 in Stuttgart erschienen, später in Berlin als Beilage zahlreicher Parteizeitungen mit dem Untertitel „Illustrierte Beilage für Wissenschaft, Belehrung und Unterhaltung“ bis Dez. 1919 fortgesetzt.

⁵ Minna Kautsky (1837–1912). Der Roman Stefan vom Grillenhof, den auch Marx und Engels schätzten, erschien 1879 in der Zeitschrift „Neue Welt“, selbständig Leipzig 1881. Vgl. Minna Kautsky. Auswahl aus ihrem Werk. Hrsg. von Cäcilia Friedrich, Berlin (O) 1965.

⁶ Kürzung der Seiten Ms. 8–17 mit Schilderungen kindlicher Furcht vor Dunkelheit und Gespenstern, der Beschreibung der Leipziger Schrebergartenidylle und verschiedener Schulerlebnisse.

Meine Familie lebte in sehr bescheidenen Verhältnissen, mit einem Einkommen, das das Einkommen eines damaligen Amtsrichters nur um ein wenig überstieg. Mein Bruder sollte Jura studieren. Für mich war nach dem Abitur zunächst kein Studium vorgesehen. Mein Vater erblickte schon frühzeitig in mir, seinem jüngeren Sohn, den Fortsetzer seiner politischen Betätigung: denn schon früh hatte er mein Interesse an Parteidingen und Politik erkannt und gesehen, welche Art von Literatur ich mit Eifer in mich hineinschlang, angefangen von den billigen Parteiausgaben der sozialistischen Klassiker, die ich am Ende allesamt beinahe auswendig kannte, bis zu den Bänden von Karl Marx' Hauptwerk „Das Kapital“. Ich gehöre zu denen, die dies Buch wirklich durchgelesen haben – was bei der abstrusen Terminologie keine leichte Arbeit war – und die wirklich begriffen haben, was es vermitteln wollte. So unterzog ich mich schon in frühen Jahren neben der Schulerziehung, die mir außerordentlich leicht fiel, einer regelrechten Selbsterziehung in sozialistischer Ideologie und Parteigeschichte. Neben den Schriften der Klassiker standen die Schriften von Friedrich Engels' unmittelbaren Schülern Bernstein⁷ und Kautsky⁸ und das wissenschaftlich-politische Hauptorgan der Partei „Die Neue Zeit“.⁹ Erst Jahrzehnte später habe ich begriffen, daß und mit welchen Mitteln einer lebendigen sozialen und politischen Bewegung von den Epigonen der Klassiker eine Ideologie aufgeprägt wurde, die unweigerlich in Konflikt mit der lebendigen Bewegung und ihren Notwendigkeiten kommen mußte – schon weil klassische Theorie und Ideologie versteinert blieben, während die Welt und die sozialen Zustände sich änderten. Der Dualismus zwischen der Doktrin und der Bewegung begann bereits hervorzutreten, als ich noch ein Knabe war, aber sein Wesen ist mir erst viele Jahre später bewußt geworden. Ich war ein absolut gläubiger Marxist, besonders was die materialistische Geschichtsauffassung anbelangte, und ich wußte wirklich, was Marxismus ist. Die moderne Soziologie war damals erst im Entstehen. Auch wenn ich mich im Kreise außermarxistischer Gesellschaftswissenschaft umsah, fand ich nichts, was mich bewogen hätte, an der unbedingt evidenten Wahrheit der marxistischen Geschichtsphilosophie zu zweifeln. Dazu kam, daß die politische Entwicklung und das gesellschaftliche Leben unter dem wilhelminischen Regime genügend Illustrationsmaterial boten, das als Beweis für die Richtigkeit der marxistischen Theorie benutzt werden konnte. Ich will hier einflechten, daß die Erscheinung, die wir „Klassenjustiz“ nannten, mich schon in frühen Jahren in höchste Empörung versetzte. Mein brennender Gerechtigkeitsidealismus und Glaube an die Gleichheit des Rechts und meine ebenso brennende Empörung über offenkundige Ungerechtigkeit in jeder Form gehörten in der Jugend zu den Wurzeln meines Radikalismus.

Die dem Marxismus zu Grunde liegende Anschauung des naturwissenschaftlichen

⁷ Eduard Bernstein (1850–1932), seit 1872 („Eisenacher“) Sozialdemokrat, 1881–1890 Redakteur des „Sozialdemokrat“ in Zürich u. London, Verwalter des literarischen Nachlasses Engels', Mitte der 90er Jahre Begründer des Revisionismus, 1902–1928 (mit Unterbrechungen) MdR, 1917 Beitritt zur USPD, 1919 Rückkehr zur SPD.

⁸ Karl Kautsky (1854–1938), schloß sich 1875 der österr. Sozialdemokratie an, 1880 Mitarbeiter am „Sozialdemokrat“ in Zürich, Freundschaft mit Eduard Bernstein, 1881 Bekanntschaft mit Marx und Engels, 1883–1917 Herausgeber der „Neuen Zeit“, einflußreichster Theoretiker der Sozialdemokratie in der Ära der II. Internationale, Gegner Bernsteins im Revisionismusstreit um 1900, 1917 Mitglied der USPD, Nov./Dez. 1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, 1922 Rückkehr in die SPD, 1924–1938 lebte K. in Wien, 1938 Emigration nach Amsterdam.

⁹ „Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens“ (ab 1901: „Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie“), 1883 von Karl Kautsky und J. H. W. Dietz in Stuttgart gegründet, 1883–1917 von Kautsky geleitet, erschien bis 1923 (zuletzt in Berlin).

Materialismus wurde in meiner Entwicklung verstärkt durch den Einfluß eines führenden Monisten als Lehrer für Mathematik und Physik. So, wie er uns die höhere Mathematik präsentierte, mußte man unvermeidlich der Anschauung zuneigen, die Heinrich Hertz, der Entdecker der elektrischen Wellen, in die Worte gekleidet hat: „Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß diese mathematischen Formeln unabhängige Existenz und eigene Intelligenz besitzen, daß sie klüger sind als wir sind, sogar als ihre Entdecker, daß sie uns mehr geben, als ursprünglich in sie hineingelegt wurde.“ Diese Auffassung, daß die Mathematik eine selbständige außer-menschliche Existenz besitzt und nicht einfach eine menschliche Erfindung darstellt, hat mein Denken lange beeinflusst, bis ich mich am Anfang meiner dreißiger Jahre phänomenalistischen Anschauungen zuwandte und mich vom Gesetzesbegriff der älteren Naturwissenschaften unter dem Einfluß der modernen Quantentheorie völlig abwandte. In meiner Schulzeit waren die Hauptsätze der Thermodynamik für mich geradezu metaphysische Glaubenssätze, die einen Weg darstellten, der aus den Schranken menschlicher Erkenntnis hinausführte in die tieferen Geheimnisse des Weltalls.

Ich habe während der Abfassung dieser Erinnerungen nochmals eine Sammlung der letzten Aufsätze von Henri Poincaré,¹⁰ dem großen französischen Mathematiker, herausgegeben von Wilhelm Ostwald, gelesen. Hier fand ich wieder, was unser Mathematik- und Physiklehrer, der ein großer Verehrer von Poincaré war, uns zu vermitteln suchte: den Sinn für die tieferen Geheimnisse des Weltalls, zusammen mit dem Schutz für die Strenge der Wissenschaft gegen außerwissenschaftliche spekulative Entgleisungen, sowie das ganze Gedankengebäude des deutschen Monistenbundes,¹¹ dessen zweiter Vorsitzender mein Mathematiklehrer und dessen Präsident Wilhelm Ostwald¹² war, an dessen Energielehre ich damals so fest glaubte wie mein Lehrer – an der Schwelle des Zeitalters der Relativitätstheorie, deren Ausbau Poincaré nicht von Einstein, sondern von Minkowski¹³ erwartete. Ostwald besaß in Großbothen bei Leipzig, am Zusammenfluß der Zwickauer und der Freiburger Mulde, ein kleines Landgut. Meine Schulfreunde und ich sind auf unseren Wanderungen oft daran vorbeigekommen, nicht ohne daß wir jedes Mal in eine Diskussion seiner Theorien verfallen wären.

All das gehörte zu meinen Grundanschauungen gegen Ende meiner Schulzeit, und es wirkte befestigend zurück auf meinen absoluten Glauben an die Selbstevidenz des historischen Materialismus. So, wie ich an ein naturwissenschaftliches Gesetz glaubte, nicht als Erfahrungstatsache, sondern als dem Kosmos inhärent, so glaubte ich mit dem Marxismus das endgültige gesellschaftliche Gesetz und das Gesetz geschichtlicher Bewegung gefunden zu haben, und es kam meiner Ansicht nach nur darauf an, im Einklang mit dem gesellschaftlichen Gesetz seine unbedingte Richtigkeit durch

¹⁰ Jules Henri Poincaré (1854–1912), Mathematiker und Physiker (Vetter des Politikers Raymond P.), wissenschaftstheoret. Hauptwerke: *Wissenschaft und Hypothese*, 1902 (dt. 1904); *Der Wert der Wissenschaft*, 1905 (dt. 1906).

¹¹ Der Deutsche Monistenbund, 1906 in Jena gegründet (1933 aufgelöst, 1946 wiedergegründet), vertritt eine auf dem Entwicklungsgedanken Ernst Haeckels basierende aufklärerische, religionsfeindliche naturwissenschaftliche Weltanschauung.

¹² Der Chemiker, Physiker und Philosoph Wilhelm Ostwald (1853–1932) führte als Hauptvertreter der natur- und kulturphilosophischen Energetik alles Sein und Geschehen auf Erscheinungsformen von Energie zurück.

¹³ Hermann Minkowski (1864–1909), Mathematiker, lieferte math. Grundlagen der speziellen Relativitätstheorie.

entsprechende politische Stellungnahme und politisches Handeln aufzuweisen. Das gesellschaftliche Gesetz schien mir eindeutig auf die sozialistische Revolution hinzuweisen, und ich beschloß, in den Gang der Geschichte einzugreifen im Sinne dessen, was meiner Ansicht nach mit unerbittlicher, unentrinnbarer Notwendigkeit kommen mußte. Das bedeutete praktisch Politik und Journalismus in der Sozialdemokratischen Partei als Lebensaufgabe und Existenzgrundlage, wie mein Vater erwartete. Inzwischen hatten Freunde ihn überredet, auch mich bis zur Promotion studieren zu lassen.

Die Erhaltung von zwei Söhnen bis in ihre zwanziger Jahre hinein, die Schulgelder und die Universitätsgebühren bedeuteten für meine Eltern eine große Belastung. Der leidtragende Teil dabei war vor allem meine Schwester, für die nach der Absolvierung der Schulpflicht nichts weiter erzieherisch getan wurde. Auf Taschengeld vom Vater konnte ich schon während meiner Schulzeit nicht rechnen. In meinen letzten beiden Realschuljahren hatte ich mir bereits ansehnliche Taschengelder selber verdient, indem ich Privatstunden für schwächere Schüler gab. Schon während meiner Oberrealschulzeit begann ich zu schreiben, zunächst Dinge belehrenden und feuilletonistischen Inhalts und gelegentlich eine zusammenfassende Darstellung der abgelaufenen Woche im Reichstag für den „Tabakarbeiter“. Das gehörte zu den Berufspflichten meines Vaters, der die Sitzungen ja miterlebt hatte. Ich aber las täglich darüber in den großen Zeitungen, und wenn er am Wochenende müde war, überließ er mir die Aufgabe, die ich rascher, und ich glaube besser, erledigte als er, wofür er zu zahlen hatte. Diese journalistischen Exerzitien habe ich auch während meiner Studienzeit fortgesetzt, als ich bereits begonnen hatte, politische Artikel zu schreiben.

In meinen Freundeskreisen hielt ich natürlich mit meinen geschichtsphilosophischen Überzeugungen nicht hinterm Berge. Ich gehörte in der Oberrealschule mit drei Mitschülern einem Freundeskreis an, der viel zusammen wanderte. Auf den Wanderungen pflegte ich zu predigen. Der eine der drei anderen dachte wie ich, der zweite war nicht interessiert, der dritte wehrte sich, fand aber keine gültigen Erwiderungen auf meine Dialektik. Eines Tages erklärte er, daß er mir alles zugebe, was ich über den unvermeidlichen Gang der Geschichte gesagt habe – aber dennoch bleibe dem Menschen noch die freie Wahl, ob er diesen Gang wünschen oder nicht wünschen wolle. Die Richtigkeit der Theorie, die er nicht widerlegen konnte, verpflichtete ihn noch nicht, die Richtung einzuschlagen, in die sie weise. Das Argument kam einer Seite meines Wesens entgegen, die damals unter dem Druck der theoretischen Überzeugungen unbedingt Not litt, und in meinem Unterbewußtsein arbeitete es weiter. [...]

Ich will hier einfügen, daß von Anfang an bei mir neben dem reinen marxistischen Determinismus, der eine ganze Reihe von prominenten sozialdemokratischen Politikern – ich nenne als Beispiel nur Rudolf Hilferding¹⁴ – an wirklicher politischer Aktivität verhindert hat, eine starke voluntaristische Komponente stand, die allen meinen wichtigen politischen Entscheidungen in der Zukunft die Richtung gegeben hat. Diese Komponente war es auch, die mich veranlaßte, das Machtproblem in Staat,

¹⁴ Rudolf Hilferding (1877–1941), ursprünglich Mediziner, marxist. Theoretiker („Das Finanzkapital“, 1910), 1907–1915 Redakteur am Vorwärts, 1917 Mitglied der USPD, 1918–1922 Chefredakteur der „Freiheit“, 1924–1933 MdR, 1923 und 1928/29 Reichsfinanzminister, 1924–1933 Hrsg. der Zeitschrift „Die Gesellschaft“ (Nachfolgeorgan der „Neuen Zeit“). 1933 Emigration nach Frankreich.

Gesellschaft und Revolution bei meinem theoretischen Nachdenken immer stärker in den Vordergrund zu stellen, namentlich als ich dann an der Universität Zeit und Gelegenheit hatte, ihm ernsthaft nachzugehen.

Damit versuchte ich – wenn auch in sehr subjektiver Weise – der revolutionären Illusion, die zur Tradition der Sozialdemokratischen Partei gehörte, einen realen Hintergrund zu geben. In meiner Jugend waren die Überlieferungen der Revolution von 1848/49 unter den älteren Parteimitgliedern noch sehr lebendig, sie färbten nicht nur die Hoffnungen der Partei, sondern auch ihre Sprache. Die sozialdemokratische Ideologie beruhte nicht nur auf diesen Erinnerungen und den Marxschen Revolutionsprophezeiungen. Sie wurde außerdem auf das Stärkste beeinflusst durch die Revolutionen in anderen Ländern. Dem Beispiele von Karl Marx folgend, bestritten Bebel und Liebknecht¹⁵ nach dem deutsch-französischen Kriege ihre Hauptagitation mit der Verherrlichung des Aufstandes der Pariser Kommune,¹⁶ was sie in heftigen Konflikt nicht nur mit Bismarck, sondern auch dem liberalen Bürgertum brachte. Noch nach dem Ende des Sozialistengesetzes konnte man Spuren dieser Agitation feststellen. Ich habe oft meinen Vater erzählen hören, wie er mit seinen Leipziger Parteifreunden in ihrer Lieblingskneipe in vorgerückter Stunde das Lied anzustimmen pflegte: „Wir sind die Petroleure / das weiß ja jedermann / drum zünden wir die Häuser / mit Petroleum an. / Rechts Petroleum, links Petroleum, Petroleum um und um / laßt die Humpen, frisch voll pumpen / dreimal hoch Petroleum.“

Hinter diesem auf Bismarck gezielten Spottlied – *pour épater le bourgeois* – stand die offizielle Stellungnahme der ersten, der Marxschen Internationale zum Kommuneaufstand. Diese Tradition hatte Bismarck zur Begründung des Parteiverbots gedient. Sie wurde nach dem Fall des Sozialistengesetzes in radikalen Parteikreisen weitergetragen, gemeinsam mit den vielen Erzählungen aus der illegalen Zeit, die sich mit der Untergrundbewegung und der Überlistung der Polizei beschäftigten. Das alles war mir von früher Jugend an lebendig durch Erzählungen meines Vaters, die ich später durch eifrige Lektüre der Erinnerungsliteratur ergänzte. Der Fall des Sozialistengesetzes [1. 10. 1890] unterstützte die revolutionäre Illusion: denn die Partei glaubte, sie habe Bismarck und das Kaiserreich besiegt. Daß sie in die Periode ihrer neuen Legalität eintrat in einem konsolidierten Reiche mit aufsteigender Wirtschaft und stabilen, zur Versteinigung neigenden gesellschaftlichen Verhältnissen und daß die Entwicklung sich anders vollzog, als die Parteitradition vorausgesagt hatte, wurde von dem radikalen Teil der Partei nicht durchschaut, und so wurde die Revolutionserwartung weiter getragen. Der Glaube, daß die Revolution das Parteiziel darstelle, wurde späterhin auf das Stärkste unterstützt durch die revolutionären Vorgänge der Jahre 1904 und 1905 in Rußland, die nicht nur die ausgesprochene Linke, sondern auch das Zentrum der Partei beeinflussen.

Der Schulfreundeskreis, dem ich angehörte, huldigte der Wandervogelromantik der

¹⁵ Wilhelm Liebknecht (1826–1900), Mitgründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenach 1869), als „Parlamentarier und Chefredakteur des Vorwärts“ neben Bebel einflußreichster SPD-Führer.

¹⁶ Anlässlich der Beratungen über die Annexion Elsaß-Lothringens hatte Bebel am 25. Mai 1871 im Reichstag die Pariser Kommune verteidigt; während der Beratungen über das Sozialistengesetz kam Bismarck am 17. September 1878 darauf zurück: „Sein Verhältnis zur Sozialdemokratie habe sich seit 1871 gewandelt, als die Kommuneverherrlichung Bebels ihn die Gefährlichkeit und Staatsfeindlichkeit der Bewegung habe einsehen lassen.“ (Wolfgang Pack, *Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878–1890*, Düsseldorf 1961, S. 89.)

Zeit, wanderte aber nur in der Umgebung Leipzigs. Ich hatte mir angewöhnt, in den Schulferien allein Fußwanderungen im Sächsischen Erzgebirge zu unternehmen, und zwar mit Hilfe der Schülerherbergen, für deren Benutzung man dem Verbandsverbande einen sehr niedrigen Jahresbeitrag zahlte. Die Kosten dieser Wanderungen waren so außerordentlich gering, daß ich niemals aus Geldmangel auf eine geplante Wanderung zu verzichten brauchte. Die Wanderungen kamen nicht nur meinem romantischen Naturempfinden entgegen – der Blick von der Kammhöhe des Erzgebirges hinab ins Egertal in der Nähe von Klösterle sprach mich stets mit der gleichen gefühlsmäßigen Qualität an wie einige Bilder von Moritz von Schwind –, sondern gaben mir zugleich einen Einblick in die Armseligkeit des Lebens auf dem Obererzgebirge und stützten damit meine sozialistischen Anschauungen.

Auf literarischem Gebiet hatte ich mich gegen Ende meiner Schulzeit von einer schwärmerischen Goetheverehrung abgewandt. Von meinem vierzehnten Jahre an verkehrte ich in einem literarischen Zirkel, der allwöchentlich seine Zusammenkünfte in dem damals noch existierenden und wie ein Museum erhaltenen Café Schönkopf auf dem Brühl abhielt. Die Mitglieder des Zirkels waren alle direkt oder indirekt mit der Leipziger Arbeiterbewegung verbunden. Die Seele dieser Zusammenkünfte waren zwei Brüder, der eine untersetzt männlich, der andere jünglingshaft schwärmerisch, Söhne eines Schuhmachermeisters in einem kleinen Flecken in der Umgebung Leipzigs. Haus und Werkstatt dieses Schuhmachers, die der Zirkel manchmal besuchte, hätten aus den Zeichnungen Ludwig Richters stammen können. Die beiden hielten sich für angehende große Dichter – sie waren es weder noch sind sie es geworden – und sie betrieben zusammen mit den drei Töchtern des Leipziger Theaterkassierers, der in einer romantischen Mansarde auf dem Brühl wohnte, einen regelrechten Kätchen-Schönkopf-Kult.¹⁷ Ich war in diesem Kreise von Nutzen, ich hatte nämlich wirklich ungefähr alles von Goethe gelesen. Später ließ ich diesen Zirkel links liegen. Erstens war ich über ihn hinausgewachsen, und zweitens trieben meine literarischen Neigungen, sehr sonderbar für den orthodoxen Marxisten, in die Richtung der Neuromantik.

Wenn ich zurückblicke, wie ich am Ende der Schulzeit war, sehe ich einen jungen Mann voller innerer Widersprüche. Einer Komponente der Bequemlichkeit, Faulheit und sogar Weltmüdigkeit standen ein Drängen nach Aktivität und auch ein außerordentlich starker Geltungsdrang und ein Wille zur Berühmtheit gegenüber. Am Schluß meiner Schulzeit wurde mir nahegelegt, Mathematik oder Chemie zu studieren, und darin lag für mich eine gewisse Lockung. Aber der Zug zur Journalistik und zur Politik, der mir als Sohn eines Politikers und lokalen politischen Führers angeboren war und den mir Leben und Schicksal meiner Familie immer stärker vermittelten, war stärker als alles andere. Ich gehörte zu der ersten Generation der Söhne sozialdemokratischer Parteiführer, die der Tradition des Vaters folgten und nicht gegen sie rebellierten. Diese Haltung hatte bei mir eine stark intellektuelle Grundlage. Es lockten mich nicht nur Ansehen und Stellung des Vaters, ich war vielmehr auf das Stärkste im Banne des marxistischen Gedankengebäudes. Die Schule, die ich zuletzt besucht hatte, war bestrebt, ihre Schüler für den intellektuellen Bedarf der aufsteigenden deutschen Großindustrie auszubilden. Das soziale Idealbild, das sie uns im ganzen vermittelte mit dem Anspruch, daß ihm gleicher Status und minde-

¹⁷ Anna Katharina Schönkopf (1746–1810), Tochter eines Leipziger Gastwirts, in die sich Goethe als Student verliebte.

stens gleiche gesellschaftliche Bedeutung gebühre wie dem höheren Beamtentum, war der Ingenieur. Dies Idealbild wirkte sehr stark auf mich, es entsprach einer mit meinem theoretischen Marxismus in Zusammenhang stehenden technischen Fortschrittsgläubigkeit. Aber ich verarbeitete dies Ideal auf meine eigene Art und Weise: es schwebte mir vor, nicht ein industrieller, sondern ein sozialer Ingenieur zu werden und selbstverständlich in der Sozialdemokratischen Partei.

Studium und Dissertation über Verfassungskämpfe in Sachsen 1848

Da war ich nun Student an der Leipziger Universität und auf meiner Visitenkarte stand: stud. cam. et hist. Staatswissenschaften und Geschichte, neuere und neueste Geschichte erschienen mir für meinen ins Auge gefaßten Beruf als die geeignetsten Fächer. Um ein regelrechtes Philosophiestudium habe ich mich nicht bemüht, denn ich konnte mit einigem Recht behaupten, daß ich die Geschichte der Philosophie von den alten Griechen bis zur Gegenwart sehr eingehend kannte und daß ich mit den neueren und neuesten philosophischen Systemen wenigstens einigermaßen vertraut war. Auch habe ich mich nicht um Logik gekümmert, denn schließlich war ich ein Mathematiker. Es kam hinzu, daß ich den Wert dieser Systeme auf Grund meiner orthodox-marxistischen Anschauungen für sehr relativ hielt. Das Entscheidende in meiner Mentalität beim Beginn des Studiums war, daß ich – noch vor Beginn meiner politischen Aktivität – meine theoretischen Grundanschauungen abgeschlossen glaubte und daß ich keinen Zweifel an ihnen gestattete.

Ich legte deshalb Wert auf Vorlesungen und Seminarübungen, in denen praktische Dinge zu lernen waren; deshalb trat ich in Karl Büchers¹⁸ Seminar und in das Seminar des Ordinarius für Verwaltungslehre und Statistik bei Professor Schmid ein. Büchers Vorlesungen über Volkswirtschaftslehre sagten mir gar nichts, dagegen zog ich aus seinen Vorlesungen über Volkswirtschaftspolitik praktischen Nutzen. Bücher selbst war damals schon ziemlich müde. In stärksten Kontakt kam ich mit Professor Johann Plenge,¹⁹ der im Auftrage Büchers das Seminar leitete und der ganz offensichtlich danach strebte, die Nachfolge Büchers an der Leipziger Universität anzutreten. Er sonderte mich unter den Seminarmitgliedern aus, in der Hoffnung, daß er mich als Bundesgenossen für seine Ideen und durch mich noch andere Bundesgenossen gewinnen könnte. Unser Nachhauseweg am Abend nach dem Seminar war für fünfundzwanzig Minuten zu Fuß der gleiche, und jedesmal hämmerte er mir seine Idee ein. Sein Gedankengang war so: die moderne Wirtschaft drängt zur Organisation, zu bewußter Wirtschaftslenkung, und diese Tendenz berührt sich an vielen Punkten mit sozialistischen Anschauungen; denn der Kern und das Ziel aller sozialistischen Anschauungen ist nicht der Klassenkampf, der nur ein Mittel darstellt und zur Kampf- und Übergangsperiode gehört, sondern nach einem sozialistischen Sieg die integral organisierte, bewußt gelenkte Wirtschaft. Aber dazu – so ging sein Gedankengang weiter – gehören erfahrene Volkswirtschaftler, die nicht nur willens, sondern auch auf Grund ihrer Ausbildung und Erfahrung in der Lage sind, diese

¹⁸ Karl Bücher (1847–1930), Volkswirt, seit 1892 Ordinarius in Leipzig, Hauptvertreter der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie, Begründer der Zeitungswissenschaft.

¹⁹ Johann Plenge (1874–1963), 1910 a. o. Prof. in Leipzig, 1913 Prof. in Münster, 1920 Gründer des staatswiss. Instituts in Münster, 1928–1933 Direktor des Forschungsinstituts für Organisationslehre und Soziologie in Münster.

Aufgabe zu übernehmen. Er stellte mir vor, daß die Sozialdemokratische Partei in ihrem unteren wie in ihrem höheren Funktionärkreis keine derartigen volkswirtschaftlichen Organisatoren und Wirtschaftsleiter besitze. Die Verwirklichung der sozialistischen Ziele erfordere demnach die Ausbildung solcher Wirtschaftsleiter. Was an den Handelshochschulen geschehe, sei nicht in der richtigen Richtung und gänzlich ungenügend. Und nun kam sein Plan: eine Akademie an einer großen Universität, geleitet von einem Direktor, der diese Entwicklung zum Sozialismus auf wirtschaftsorganisatorischer Grundlage klar vor Augen habe und dessen Lehrplan der Ausbildung dieser Kräfte dienen sollte. Es war klar, daß er mit einem solchen Plan die Nachfolge Büchers an der Leipziger Universität antreten wollte.

Unter den vielen Einwänden, die ich dagegen vorbrachte, stand an erster Stelle, daß er dafür weder die staatliche Genehmigung noch die nötigen Mittel erhalten würde. Auf diesen Einwand entgegnete er, daß in wenigen Jahren die wirkliche Macht bei der Großindustrie liegen werde und daß sie selbst an der Ausbildung qualifizierter Wirtschaftsleiter interessiert sei, da die Praxis und die Familiengeschichte der großen Industriefamilien lehre, daß wirtschaftsorganisatorisches Talent sich bei den großindustriellen Familien nicht vom Vater auf die Söhne vererbe. Man muß die rheinisch-westfälische Großindustrie dafür interessieren, so sagte er, und wenn es gelänge, würde sie sicher erheblich zur Finanzierung eines solchen Instituts beitragen. Er wisse wohl aus den Seminarübungen und unseren Gesprächen, wie orthodox meine marxistischen Anschauungen seien und wie ich ihnen alles unterstelle: „Aber stellen Sie sich das vor, das muß Sie doch locken, den Sieg des Sozialismus mit dem Gelde der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie vorzubereiten.“ Es lockte mich nicht, weil ich an den Sieg des Sozialismus mit ganz anderen Mitteln glaubte und weil ich wußte, wie groß die Klassenspanne zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft war, wie erbittert der Widerstand, ja Haß gegen alles Sozialistische. Plenges Plan erschien mir daher mit der sozialen Wirklichkeit unvereinbar und selbst seine große Überzeugungskraft konnte mich nicht erschüttern. Aber ich gab zu, daß er im Rahmen der gegenwärtigen Volkswirtschaft ein ernsthaftes Problem aufzeigte, nämlich das des großindustriellen Nachwuchses. Was ich nicht zugab war, daß er auch ein ernsthaftes Entwicklungsproblem der Sozialdemokratischen Partei anrührte, obgleich mir unter seinem Einfluß klar wurde, daß dies Problem wirklich bestand. Aber da es schlecht in meine Vorstellungen hineinpaßte, stellte ich ihm die Anschauung entgegen, daß das Proletariat, diese Kraftquelle der Zukunft, nach dem Siege im Handumdrehen die nötigen qualifizierten Kräfte aus sich selbst entwickeln werde. Diese Anschauung fand in den Schriften sowohl der Klassiker als auch der Epigonen und der radikalen sozialdemokratischen Schriftsteller der Zeit viele Stützen. Späterhin, als Plenge Leiter seines Instituts in Münster war und ich Reichstagsabgeordneter, habe ich manchmal an diese Gespräche gedacht, denn da hatte ich nicht nur die deutschen Arbeiterräte, sondern vor allem auch den Kriegskommunismus in Sowjetrußland aus der Nähe gesehen. Als indessen im Jahre 1915 – ich war bereits Redakteur in Würzburg – Plenges Absicht der Verdrängung Büchers in Leipzig zu häßlichen persönlichen Auseinandersetzungen führte, die in die Öffentlichkeit drangen, nahm ich in einem sehr ausführlichen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ Stellung gegen Plenge und seine Lieblingspläne und stellte mich auf die Seite Büchers, den ich bei dieser Gelegenheit besuchte.

Das Seminar für Verwaltungslehre und Statistik war das trockenste, was man sich vorstellen kann, aber hier stürzte ich mich mit Eifer in die Arbeit. Ich wollte lernen,

was der eigentliche Inhalt staatlicher Verwaltung ist und wie sie funktioniert, immer unter dem Gesichtspunkt der Frage, wo die Macht konzentriert ist und wie sie ausgeübt wird. Allerdings hatte eine Seminararbeit, die ich dort schrieb und die das Bodenproblem großstädtischer Friedhöfe bei rasch wachsender Bevölkerung behandelte, mit dieser Frage wenig zu tun. Wie starr meine damaligen Anschauungen waren, geht aus folgender Episode während meiner mündlichen Doktorprüfung durch Professor Schmid hervor. Er hatte mich über den Volkszählungsbogen examiniert, und ich monierte die Frage nach der Religion; denn der gegenwärtige nicht demokratische Staat habe kein Recht zu dieser Frage. Das interessierte ihn, und in einem angeregten Gespräch legte er mich darauf fest, daß ich bereit wäre, einem voll demokratisierten Staat eine Allmacht zuzugestehen, die an Hobbes' Leviathan erinnerte. Nach 1933 – als ich die totalitären Tendenzen in der sozialistischen Doktrin untersuchte – war diese Erinnerung für mich ein interessanter Illustrationsfall.

Für meine geschichtlichen Studien wurde ich Mitglied im Seminar des Historikers Brandenburg,²⁰ des Reichsgründungshistorikers, sowie im Kulturhistorischen Institut von Lamprecht.²¹ Das Institut, im Obergeschoß des Hauses zum Goldenen Bären in der Universitätsstraße untergebracht, war ein sehr angenehmer Arbeitsplatz mit seiner reichhaltigen Bibliothek und seinen Arbeitskojen. Ich habe dort oft meiner Lesewut gefrönt und manches abstruse Buch gelesen. Bei den Übungen, die Professor Salomon²² in Lamprechts Institut über politische Parteigeschichte abhielt, habe ich nichts Neues gelernt. Die bedeutendsten Referate, die in diesem Semester in Salomons Seminar gehalten wurden, kamen von dem Dichter Hasenclever²³ und mir. Er referierte über Lassalles Leben, ich über Jean Baptiste von Schweitzer. Es war alles Stoff aus zweiter und dritter Hand. Hasenclever hielt sich vorzugsweise an Oncken, ich an Gustav Mayer.²⁴ Am stärksten erinnere ich mich daran, daß Hasenclever zu seinem Referat in einer roten Weste erschien. Wir beide hielten uns gegenseitig für die einzig wirklichen Intellektuellen unter den Teilnehmern an dieser Übung.

Brandenburgs Seminar war entschieden in viel stärkerem Maße ein Arbeits- und Schulungsplatz. Bei ihm nahm ich ebenfalls an einer Übung über neuere Parteigeschichte teil. Er trug mir eine Arbeit über die grundlegenden Differenzen zwischen Lassalleanern und Eisenachern auf. Ich konzentrierte mich dabei auf die Differenzen in der nationalen Frage zwischen den militant großdeutschen Anschauungen von Bebel und Liebknecht und den kleindeutschen oder preußischen der Lassalleaner, aus denen sich Unterschiede zwischen beiden in der Frage Einheit oder Freiheit und in der Beurteilung des Reiches ergeben. Einiges darin überraschte Brandenburg, der einer der Führer der Leipziger Nationalliberalen war, und so kam in diesem sonst trockenen Seminar eine wirkliche Diskussion zwischen ihm und mir zustande. Er hatte angenommen, daß ich als Marxist – als der ich an der ganzen Universität bekannt war – jede Ableitung aus rein politischer Ideologie und rein politischen Moti-

²⁰ Erich Brandenburg (1868–1946), 1899–1937 Ordinarius in Leipzig.

²¹ Karl Lamprecht (1856–1915), 1891–1915 Ordinarius in Leipzig, löste mit seinem Hauptwerk „Deutsche Geschichte“ in den 90er Jahren den heftigen Methodenstreit der dt. Geschichtswissenschaft aus.

²² Felix Salomon (1866–1928), 1901 a. o. Prof. für Neuere Geschichte, ab 1915 Prof. für westeuropäische Geschichte in Leipzig.

²³ Walter Hasenclever (1890–1940), expressionistischer Lyriker und Dramatiker, Pazifist, Selbstmord in der Emigration.

²⁴ Hermann Oncken, Ferdinand Lassalle. Zwischen Marx und Bismarck, Stuttgart 1904 (1966⁵); Gustav Mayer, Jean Baptiste von Schweitzer und die Sozialdemokratie, Jena 1909.

ven ablehnen oder vermeiden würde. Er stürzte sich sofort auf die nationale Problematik. Ich hatte sie in den Vordergrund gestellt, weil sie mir eben bei meinen partei-geschichtlichen Privatstudien aufgegangen war und weil einige Erzählungen meines Vaters ebenfalls in diese Richtung wiesen. Von da ab behielt mich Brandenburg im Auge. Er gab mir als Thema für meine Doktordissertation: „Öffentliche Meinung und Verfassungsentwicklung in Sachsen 1848 bis 1849.“ Ich habe später die Dissertation unter dem Titel „Verfassungskämpfe in Sachsen“ als Buch veröffentlicht.²⁵

Bei der Vorbereitung des Buches kam mir zugute, daß mein Vater ein ansehnliches Konvolut von Zeitungen und Flugschriften aus diesen Jahren besaß, das er auf den Rat eines Freundes in jungen Jahren außerordentlich billig erstanden hatte. Darunter befand sich nicht nur die letzte Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung von Karl Marx, sondern auch, was für mich von größter Wichtigkeit war, ein vollständiges Exemplar der Dresdner Zeitung bis zu ihrem Untergang im Maiaufstand des Jahres 1849. Dies Organ, das den linken Flügel der Demokratischen Partei in Sachsen wie in der Paulskirche vertrat und gegen Schluß völlig unter Bakunins²⁶ Einfluß geriet, stellte unter den 1848/49 in Sachsen erscheinenden oder neugegründeten anderen Tageszeitungen für mich das wichtigste Arbeitsmaterial dar. [. . .]

Die Arbeit an der Dissertation hat entschieden mein geschichtliches Wissen als Grundlage für spätere aktuelle Politik erweitert – sie hat mir zum ersten Male gezeigt, wie politische Parteien in Sturmzeiten im täglichen Kampfe in Parlament und Presse um Verfassung und Freiheit miteinander ringen und sich dabei verändern, spalten oder neu zusammenschließen. Die stürmische Atmosphäre dieser Parteikämpfe um Demokratie und Verfassung entsprach meinem eigenen radikalen politischen Temperament. In späteren Jahren ist mir manchmal aufgegangen, daß Stil und Methode meiner Volks- und Parlamentsreden durch die genaue Kenntnis dieser Auseinandersetzungen von 1848 und 1849 beeinflußt waren. Ich erinnere mich, daß ich im Jahre 1917 als Redakteur an der Leipziger Volkszeitung eines Vormittags binnen weniger Stunden ein umfangreiches Wahlflugblatt für eine Reichstagsnawahl zu schreiben hatte, das stürmisch und aufpeitschend sein sollte (ich war der einzige, der so rasche Fabrikation leisten konnte). Ich ging nach meiner Wohnung und nahm mir ein Flugblatt aus dem Jahre 1849 vor, las es mit allen seinen kräftigen Beschimpfungen durch und kopierte dann den aggressiv-abrupten Stil mit modernem Inhalt.

[. . .]

Ich will einige Worte hinzufügen über die endgültige Abfassung der Arbeit. Ich bewohnte im gemieteten Hause meiner Eltern in der Leipziger Gartenvorstadt Marienbrunn – neben dem Napoleonstein, dem Völkerschlachtdenkmal und dem Südfriedhof – eine enge Dachkammer, in der gerade genug Platz für den Arbeitstisch, einen Stuhl, das Bett und ein Bücherregal war. Der Arbeitstisch stand in der Mansardenfensternische und auf dem Arbeitstisch ein riesiges, aufstellbares, abgearbeitetes Schreibpult aus dunklem Eichenholz. An diesem Pult schrieb ich meine Dissertation. Das Pult war ein Stück Parteigeschichte. Es war der Arbeitstisch des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Julius Motteler²⁷ gewesen, als dieser im Exil unter dem

²⁵ Vgl. Bibliographie der Schriften Curt Geyers im Anhang.

²⁶ Michail Alexandrowitsch Bakunin (1814–1876), russischer Anarchist.

²⁷ Julius Motteler (1836–1908), leitete während des Sozialistengesetzes als „Roter Feldpostmeister“ Druck und Versand des „Sozialdemokrat“ in Zürich und London, 1874–1878 und 1903 bis 1907 MdR.

Sozialistengesetz von London aus die Expedition des verbotenen „Sozialdemokrat“ nach Deutschland leitete. Er war ein enger Freund meines Vaters. Er und seine Frau, die in der Leipziger Partei allgemein „die Tante“ genannt wurde, sahen in mir eine Hoffnung des Nachwuchses, und die Tante schenkte mir nach dem Tode Mottelers das Pult als Andenken, zusammen mit Stempeln und Siegeln aus der Expedition des illegalen „Sozialdemokrat“. An diesem Pulte schrieb ich also meine Arbeit über die Sturmjahre 1848 und 1849, und ich war mir dabei immer der Tatsache bewußt, daß ein Zusammenhang zwischen diesen Jahren, der illegalen Zeit des Sozialistengesetzes und der aktuellen politischen Situation bestand. Als ich die Arbeit abgeschlossen hatte, wußte ich, was ich konnte – weit über meine bisherige journalistische Kleinarbeit hinaus.
[. . .]²⁸

In der Leipziger Arbeiterbewegung Eintritt in die Redaktion der Leipziger Volkszeitung

Die politische Blindheit, von der ich geredet habe, erklärt sich zum Teil durch den Kult des Marxismus unter den Leipziger sozialdemokratischen Arbeitern. Er wurde aufrechterhalten und verstärkt durch die Leipziger Volkszeitung, deren theoretische und politische Haltung bestimmt war durch ihre Hauptmitarbeiter Franz Mehring und Rosa Luxemburg.²⁹ Unter diesem Einfluß waren die Leipziger Arbeiter sehr „radikal“, das heißt, sie glaubten alle, daß der Sieg der Revolution automatisch eintreten werde, und ferner gebärdeten sie sich bei den inneren Auseinandersetzungen in der Gesamtpartei sehr radikal. Aber ihre Grundhaltung war alles andere als aktivistisch. Sie warteten auf das, was geschehen werde, und waren damit zufrieden. Ihre Belesenheit war erstaunlich, ebenso ihr Stolz darauf, „aufgeklärte Arbeiter“ zu sein. Sie hingen der marxistischen Lehre mit beinahe religiösem Eifer an, glaubten, daß

²⁸ Auf den gekürzten Seiten (Ms. 35–41) schildert Geyer die äußeren Umstände der Abfassung seiner Dissertation, seine Neigung zur Neuromantik und seine Verehrung für Hermann Hesse einerseits und seine Theoriegläubigkeit andererseits. Gegenüber dem Anwachsen des Nationalismus vor dem Ersten Weltkrieg hoffte er auf den Radikalismus einer Mehrheit in der SPD: „In der orthodoxen Anschauung, die auf dem Glauben an den Automatismus des Sieges, herbeigeführt durch die ‚inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems‘ beruhte, waren der Nationalismus und seine Chance, die große Mehrheit des Volkes zu ergreifen, etwas, das ‚nicht sein kann weil nicht sein darf‘. Obgleich ich die Schriften der Klassiker, vor allem Friedrich Engels', kannte, in denen die nationalistische Note mit größter Stärke hervortritt, war ich damals in diesem Punkte gewissermaßen seelenblind, obwohl ich die Träume der Paulskirche vom großdeutschen Reich und Friedrich Engels' machtpolitische Konzeption Großdeutschlands kannte . . . Ich glaubte an die Theorie, die Theorie mußte stimmen, und so war ich blind gegenüber dem, was ich bei einem geringeren Maß fanatischen Glaubens hätte sehen können. So aber hielt ich hartnäckig an der These fest: Der künftige Gang der Geschichte wird bestimmt durch die Klassenkämpfe im Innern der Nationalstaaten, und die Außenpolitik ist eine abgeleitete Funktion der inneren, marxistisch gesehenen Entwicklung.“

²⁹ Die „Leipziger Volkszeitung – Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes“ war, 1894 gegründet, eine der bedeutendsten Tageszeitungen der Sozialdemokratie, in der vor allem auch die Parteilinke zu Wort kam. 1917–1922 war die LVZ neben der (im Nov. 1918 gegründeten) Berliner „Freiheit“ das auflagenstärkste und wichtigste Organ der USPD. – Franz Mehring (1846–1919), Mitgründer der Spartakusgruppe und der KPD, war von 1901 bis 1907 Chefredakteur. Rosa Luxemburg (1871–1919) war 1901/02 leitend in der Redaktion tätig gewesen.

sie damit im Besitze der absoluten Wahrheit und der letzten wissenschaftlichen Erkenntnisse seien. Damit hielten sie sich für etwas Besseres als die unaufgeklärten Arbeiter und die Bürger. Ihr Glaube gab ihnen vor sich selber den Status, den ihnen die Gesellschaft des Kaiserreichs verweigerte. In dieser Hinsicht glichen sie viel mehr einer religiösen Sekte, in der die Gläubigen die Lebensform erreicht haben, die sie anstreben. Von diesem Gefühl der Befriedigung und Sättigung aber ging kein Weg zum politischen Aktivismus außer dem Wunsch, die Sozialdemokratie und ihre Organisation immer größer zu machen.

Keine der aktivistischen Tendenzen, die sich vor dem Ersten Weltkrieg in der Sozialdemokratie regten, konnte sie aus dieser Unbeweglichkeit aufrütteln, weder die sächsische Wahlrechtsfrage³⁰ noch der Versuch Karl Liebknechts,³¹ eine antimilitaristische Bewegung auf die Beine zu stellen. Sie stimmten zu. Sie demonstrierten auch auf der Straße, wenn sie dazu aufgefordert wurden, aber absolut innerhalb der Grenzen der Legalität, getreu der Parole: Laßt euch nicht provozieren.

Rosa Luxemburg war sicher, Riesenversammlungen und große Ovationen zu erhalten, wenn sie in Leipzig sprach, sowie allgemeine Zustimmung für ihre journalistische Aktivität in der Leipziger Volkszeitung – aber keine praktische Nachfolge, wenn sie versucht hätte, ihre Pläne zur Weckung der Massenaktivität in Leipzig praktisch zu verwirklichen. Karl Liebknechts Antimilitarismus fand selbst bei der Leipziger Arbeiterjugend wenig Anklang.

Mit dem Beginn meiner Studienzeit hatte ich mich in der Leipziger Arbeiterjugend in ziemliche Aktivität gestürzt. In einem engsten Freundeskreis diskutierten wir oft, wie man sich eine revolutionäre Erhebung gegen das kaiserliche System vorstellen könnte. Das Ergebnis war immer: Im Augenblick überhaupt nicht – aber wenn erst die immanenten Widersprüche des Kapitalismus sich weiter entwickelt hätten, würde sie von selbst kommen. Ich trichterte der Arbeiterjugend in vielen Reden die niederen und höheren Lehren des Marxismus ein und mit ihnen die führenden Ideen des linksradikalen Flügels der Sozialdemokratie. Dazu gehörte in erster Linie der Glaube an den Automatismus des Sieges. Rosa Luxemburg hatte in ihrem Buch „Die Akkumulation des Kapitals“³² etwas versucht, wovon Marx schließlich vorsichtig die Finger gelassen hatte, nämlich mathematisch zu beweisen, daß der Kapitalismus in sich selbst ersticken müsse, daß er mit imperialistischen Methoden versuche, diesem Schicksal zu entinnen, aber daß auch der Imperialismus als das letzte Wort des Kapitalismus mit mathematischer Gewißheit und Naturnotwendigkeit untergehen müsse. Dieser Versuch, die Bewegung künftiger Geschichte abzuleiten aus den angeblich unentrinnbaren Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft führte in diesen Jahren zu der grotesken Auslegung, die der damalige Chefredakteur der Leip-

³⁰ Im März 1896 war in Sachsen nach preußischem Vorbild das hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie gerichtete Dreiklassenwahlrecht eingeführt worden. 1909 wurde es in ein Pluralwahlrecht umgewandelt, das dem einzelnen Wähler je nach Besitz und Bildung bis zu vier Stimmen gab.

³¹ Karl Liebknecht (1871–1919), Sohn Wilhelm Liebknechts, Rechtsanwalt, 1907 vom Reichsgericht wegen der Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus“ zu eineinhalb Jahren Festung verurteilt, 1908–1916 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, 1912–1917 MdR, Mitgründer des Spartakusbundes, im Januar 1919 ermordet.

³² Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913. Neuausgabe Leipzig 1921 mit dem Untertitel: „Oder was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben“. Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin (O) 1975.

ziger Volkszeitung, Dr. Paul Lensch,³³ ihm gab. Er verkündete, daß der Kapitalismus im eigenen Fett ersticken werde. Also wozu dann Aktivismus?

Neben dieser Lehre vom Imperialismus als letztem Wort des Kapitalismus, der die einzig mögliche Weltpolitik der kapitalistischen Epoche darstelle, stand der Glaube an die Rolle der Arbeitermassen in der Geschichte, nämlich, daß sie instinktiv, auf Grund ihrer Klassenlage, alles besser verstünden als selbst die Theoretiker und daß der Masseninstinkt deshalb den besten Leitstern der Politik darstelle. Mit Hilfe des Vertrauens auf das Vermögen der Massen, eine bestimmte Situation und ihre Funktion in der Entwicklung richtig zu erfassen, bildete Rosa Luxemburg in diesen Jahren ihre Angriffstheorie aus. Da die Massen, wenn sie handeln, richtig handeln, mußten sie eben zum Handeln gebracht werden, eben durch Handeln, beginnend mit Massenstreiks und Zusammenstößen mit behördlichen Organen. Was das letztere anbetrifft, so kann ich nur sagen, daß in diesen Jahren die Leipziger Arbeiter ziemlich polizeifromm waren. Diese mystische Auffassung von der Masse ging Hand in Hand mit der Überzeugung, daß instinktiv und automatisch die Arbeiterschaft der Todfeind von Nationalismus und Imperialismus sei und also immun dagegen. Dieser Masseninstinkt gestattete auch, alle Probleme des sozialistischen Aufbaus und der Staatsorganisation in einer Revolution beiseite zu schieben mit Hilfe des Glaubens, daß die Arbeiter, die eine so glänzende sozialdemokratische Organisation geschaffen hatten, wohl in der Lage sein würden, innerhalb achtundvierzig Stunden einen fertigen Apparat zur Leitung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten aufzustellen. Mehr oder weniger – mit gewissen Nuancen – folgte ich diesen Lehren bei meinen Vorträgen in der Arbeiterjugend. Sie führten mich selbst weiter in der Richtung des Glaubens an folgende Reihenfolge: Kapitalismus – Imperialismus – Krieg – Weltrevolution und zur Bejahung der Ansichten Lenins in seiner Schrift „Staat und Revolution“.³⁴

Das war alles sehr theoretisch und spekulativ. Die Leipziger Sozialdemokratie war alles andere als eine Partei, die mit zitternder Ungeduld auf die Revolution wartete. Ich war mit ihr aufgewachsen. Ich wußte, wie unrevolutionär die Maifeiern waren und wie spießhaft es in den Parteikneipen zuing, die mein Vater an Sonntagnachmittagen mit Vorliebe aufsuchte. Den Kern der Partei und der Funktionäre bildeten die Lagerhalter des Konsumvereins. Der Konsumverein und sein Personal wurden von den kleinen wie den großen Geschäftsleuten mit ingrimmigem Haß bekämpft und unter diesem Druck waren radikale Anschauungen für die Lagerhalterpartei ganz natürlich. Aber revolutionär war sie gar nicht, großzügig auch nicht. Von meiner frühesten Jugend an erfuhr ich durch gelegentliche Ausbrüche meines Vaters die Erbärmlichkeiten und die Intrigen und die Kleinlichkeit des Vereinslebens in der Partei. Eine Begebenheit während der Reichstagswahl des Jahres 1907 ist mir noch lebendig in Erinnerung.

Der Wahlkreis Leipzig-Stadt war im Jahre 1903 von dem Sozialdemokraten Julius Motteler erobert worden. Er gehörte zur alten Garde, er war von Beruf Kaufmann. Mit seinem dichten grauen Haar und den grauen englischen Koteletten und seiner

³³ Paul Lensch (1873–1926), Redakteur der LVZ 1902–1913, 1912–1918 MdR, ursprünglich zur Parteilinken gehörend (er lehnte 1914 die Kriegskredite ab), tendierte er immer stärker nach rechts und verließ 1922 die SPD.

³⁴ In „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution“, erschienen 1917 (dt. [anonym] 1918), formulierte Lenin die Rolle des Staates innerhalb seiner Revolutionstheorie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus und postulierte die „Diktatur des Proletariats“.

in England erworbenen zurückhaltenden Vornehmheit sprach er manche Teile der Leipziger Kaufmannschaft sympathisch an. Vor der Wahl von 1907 beschlossen die Leipziger Parteifunktionäre, geführt von der Lagerhalterpartei, ihn abzusägen, angeblich wegen Überalterung. Sie stellten einen Konsumvereinslagerhalter als Kandidaten auf. Mein Vater war empört und prophezeite Unheil. Die Partei verlor den Wahlkreis in eklatanter Niederlage.

Am Abend und in der Nacht des Wahltages war ich mit meinem Vater in einem der großen Leipziger Versammlungssäle, in denen die Parteigenossen an den Biertischen das Ergebnis der Wahl abwarteten. Ich saß mit dem Vater auf dem Podium. Die Niederlage der Partei im ganzen Reich³⁵ war schon früh sichtbar. Ich habe niemals die Stimmung dieses schlecht erleuchteten Versammlungssaales vergessen. Sie wurde düsterer und düsterer und manche weinten. Von Zeit zu Zeit hielt mein Vater, dessen Wiederwahl frühzeitig feststand, ermutigende Ansprachen. (Späterhin habe ich im gleichen Saal einige meiner revolutionärsten Reden gehalten.) Dann kam das Ergebnis von Leipzig-Stadt: 25 000 Stimmen für den Nationalliberalen [Johannes Junck], 15 000 für den Sozialdemokraten. Es fiel wie ein Donnerschlag auf die Versammlung. Ehe mein Vater zu einer tröstenden Rede ansetzte, nahm er mich beiseite und sagte: „Hier ist eine Mark. Sieh zu, wie du am raschesten zu Motteler kommst und erzähle ihm das Ergebnis. Er wird sich freuen.“ Ich folgte dem Befehl, aber meine Jugend war angewidert durch die Intrige in der Partei, die zu diesem Ergebnis und zu dieser Äußerung meines Vaters geführt hatte. Ich fuhr zu Motteler, wurde auf das Freundlichste von der „Tante“ empfangen und berichtete ihm dann. Er nahm mit einem tiefen Atemzuge davon Kenntnis, war aber zu vornehm, um sich zu äußern.

Vor den Reichstagswahlen von 1912 zog die Leipziger Organisation die Lehre aus den Erfahrungen von 1907 und berief als Kandidaten den Kaufmann Max Cohen³⁶ aus Frankfurt am Main. Wie seine weitere politische Entwicklung bestätigte, gehörte er zur Rechten in der Partei, er war kein Radikaler. Aber er hatte offenbar das Bedürfnis, dem Radikalismus der Leipziger Arbeiter entgegenzukommen, während die Vornehmheit und Exklusivität seiner Frau ihm Ansehen beim Bürgertum verlieh. Dies Bedürfnis führte zu einem Zwischenfall, an den ich mich ebenfalls wohl erinnere.

Kurz vor dem Wahltermin sprach Cohen im größten Leipziger Versammlungssaal. Der kreisrunde Raum war bis zum Bersten gefüllt. Ich saß auf dem Podium neben meinem Vater, auf der anderen Seite meines Vaters, am Ende des langen Vorstandstisches, saß der überwachende Beamte, der Polizeidirektor von Leipzig in Person. Cohen sprach von einem erhöhten Rednerpult vor dem Vorstandstisch aus. Er sprach über die Reaktion in den Ländern und sagte schließlich: „Diese Fürsten und Herzöge und Großherzöge, diese Wilhelme und Auguste, und wie weiter diese . . .“ Die natürliche Fortsetzung war selbstverständlich: „Herren alle genannt werden.“ Aber

³⁵ Trotz hoher Stimmengewinne verlor die SPD bei den Reichstagswahlen 1907 aufgrund des Mehrheitswahlrechts mit Stichwahlsystem und der Wahlkreiseinteilung insgesamt fast die Hälfte ihrer Mandate.

³⁶ Max Cohen(-Reuß) (1876–1963), seit 1902 SPD-Mitglied, 1909–1914 Stadtverordneter in Frankfurt/M., unterlag dem nationalliberalen Kandidaten Johannes Junck, wurde aber in einer Nachwahl im Dezember 1912 MdR für den Wahlkreis Reuß ä. L., den er bis 1918 im Reichstag vertrat. 1918 Mitglied des Berliner Vollzugsrats, 1918/19 stellv. Vorsitzender des Zentralrats, Vorsitzender des (II.) Zentralrats, 1920–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, 1934 Emigration nach Frankreich.

er suchte nach dem Worte „diese“ sichtlich nach einem Kraftwort und stieß dann hervor: „Lumpen alle genannt werden.“ Er machte damit auf die Zuhörer keinen Eindruck, wohl aber geriet der Polizeidirektor in größte Verlegenheit. Er wandte sich an meinen Vater und fragte: „Herr Geyer, haben Sie das gehört?“ Mein Vater sagte mit unbewegtem Gesicht: „Was meinen Sie, ich habe gerade nicht zugehört.“ – „Aber Sie müssen doch gehört haben, daß Ihr Kandidat eben die deutschen Fürsten Lumpen genannt hat!“ Mein Vater blieb dabei, daß er gerade nicht hingehört habe. Nachdem die Versammlung aus war, beklagte sich der Polizeidirektor bei meinem Vater: „Daß mir das passieren muß! Wir sind doch immer so gut miteinander ausgekommen, Herr Geyer, und haben nie große Schwierigkeiten gehabt. Aber das ist doch unerhört, das haben viele Tausende gehört, und ich muß amtliche Anzeige wegen Majestätsbeleidigung erstatten.“ Mein Vater blieb dabei, er habe nichts gehört, vielleicht habe sich der Herr Polizeidirektor auch geirrt. Als wir allein waren, sprach mein Vater seine Empörung über Cohens unechte, gemachte Provokation der Polizei aus. Die Parteileitung teilte seine Empörung. Der Vorfall wie die Klagen des Polizeidirektors warfen ein interessantes Licht auf den Radikalismus der Leipziger Arbeiter, für die es selbstverständlich war, daß der Polizei keinerlei Anlaß zum Einschreiten gegeben werden dürfe.

[. .]

Nach der zweiten Stichwahl der Reichstagswahl von 1912 berichtete ich nachts meinem Vater, der bereits im Bett lag, das Endergebnis, eine sozialdemokratische Fraktion von 110 Abgeordneten.³⁷ Er sagte: „Das ist zuviel.“ Als ich ihn fragte, warum, setzte er mir auseinander, daß diese Fraktion, deren Stärke durch ein Wahlabkommen mit den Fortschrittlern erreicht worden war, notwendig eine Verstärkung der rechten Tendenz in der Partei mit sich bringen müßte.

Einer meiner besten Freunde, die ich mir durch die Tätigkeit in der Arbeiterjugend gewann, war ein kleiner Buchhalter, einige Jahre älter als ich und verwachsen. Er hieß Oskar Wagner. In seinem Zimmer hatte er eine Bibliothek sozialistischer Bücher und Schriften und allgemeinwissenschaftliche Bücher, die einem Professor Ehre gemacht hätte. Er war einer der gebildetsten und vor allem der besten Menschen, die ich je kennengelernt habe. Er besaß in höchstem Maße das, was eine kleine Elite unter den sozialdemokratischen Arbeitern Leipzigs auszeichnete, nicht nur den Drang nach Bildung, sondern die Verwirklichung des „liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, jene Humanität und Moralität, die sie veranlaßte, ihr Leben nach ihren Grundsätzen zu führen. Er liebte die Partei wie ein Sektierer seine Sekte. Er übertrug diese absolute Ergebenheit auf mich persönlich, er wurde zum Treuesten meiner Gefolgschaft; denn wirkliche Gefolgschaft war es, die ich damals sammelte. Er vermittelte mir die Stimmungen der Arbeiter im Betrieb wie die Stimmungen unter der breiteren Masse der unteren Parteifunktionäre. Häufig war ich in seiner Wohnung in einem der industriellen westlichen Vororte Leipzigs, in die mich meine Tätigkeit in der Arbeiterjugend ohnehin führte.

Neben dieser Tätigkeit und neben dem Studium hatte ich bereits am Ende meiner Schulzeit begonnen, systematisch englisch zu lesen und zwar mit Hilfe der billigen Tauchnitzausgaben. Hier stieß ich nun auf die englische politische Welt, die mir am

³⁷ Bei den Hauptwahlen am 12.1.1912 erhielt die SPD 64 Mandate, bei den anschließenden Stichwahlen gewann sie weitere 46 Sitze und zog mit 110 Abgeordneten (34,8% der abgegebenen Stimmen) als stärkste Fraktion in den Reichstag. Die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei erhielt insgesamt 41 Mandate.

Ende meiner Studienzeit am stärksten vermittelt wurde durch den Schlüsselroman „Der neue Machiavelli“ von H. G. Wells.³⁸ Dieser Roman stellt eigentlich ein Compendium der englischen politischen Gesellschaft und des parlamentarischen Lebens in einer alten entwickelten Demokratie dar und daneben eine Psychologie des Parteiens Lebens und -getriebes. Der Eindruck, den dieser Roman auf mich machte, war sehr stark. Er hat viele Jahre vorgehalten, und was ich daraus gelernt habe, hat mir später die Loslösung von der marxistischen Doktrin erleichtert. Zwei weitere Bücher, „Politik und menschliche Natur“ von Graham Wallas und „Die Demokratie in England“ von dem schwedischen Professor Gustav Steffen verstärkten diesen Eindruck.³⁹

Diese formativen Jahre näherten sich ihrem Ende, als meine Dissertation angenommen war und der Termin für die mündliche Prüfung für den 5. Mai 1914 festgesetzt wurde. Die bis zu diesem Termin verbleibenden vier Wochen verwandte ich zum Büffeln, was mir bei der Prüfung wirklich zugute kam. Die Prüfenden waren die Professoren Brandenburg, Bücher und Schmid. Neben anderen Dingen befragte mich Bücher eingehend über das deutsche Steuersystem, vor allem die indirekten Steuern. Ich zählte ihm die Liste der indirekten Steuern der Reihe nach auf. Er nickte beifällig mit dem Kopf und sagte mit mildem Lächeln: „Sie haben eine vergessen.“ Ich dachte nach und sagte dann: „Ich glaube nicht, Herr Professor.“ – „Doch. Sie haben die Tabaksteuer vergessen.“ Und das freute ihn als großer Spaß. Mein Vater war Spezialist für die Tabaksteuer im Reichstag, und ich wußte natürlich alles darüber. Nach der letzten Prüfung durch Professor Schmid eröffnete mir der Dekan der Universität noch am gleichen Abend, daß ich die Doktorprüfung summa cum laude bestanden habe. [...]

Nun trat die Frage an mich heran, was ich weiter tun sollte. Es war vereinbart worden, daß ich als Volontär in die Redaktion der Leipziger Volkszeitung eintreten sollte. Die Frage für mich war, ob ich weiteres Studium und die Arbeit in den Seminaren aufgeben und mich völlig in den Journalismus stürzen oder gleichzeitig weiterstudieren sollte, möglicherweise bis zu einer Habilitationsschrift. Ich nahm mir das letztere vor, aber schon nach vier Wochen kam ich davon ab.

Neben der Redaktionsstätigkeit an der Leipziger Volkszeitung betrieb ich indessen noch ein Privatstudium. Ich war mir im klaren darüber, daß mir bei aller Kenntnis neuester Geschichte noch ein erhebliches Maß von Personenkenntnis und genauer Kenntnis der umstrittenen politischen Problematik der jüngsten fünf bis zehn Jahre fehlte. Ich stürzte mich deshalb auf die stenographischen Berichte des Reichstags, die mein Vater besaß, und las genau nicht nur vergangene Debatten nach, sondern auch die Anlagen dazu. Ebenso las ich auf das genaueste zehn Jahrgänge der „Preußischen Jahrbücher“ von Hans Delbrück und der „Grenzboten“,⁴⁰ um die Personen,

³⁸ „The New Machiavelli“ war 1911 erschienen, zur Wirkung des Romans vgl. Patrick Parrinder (Ed.), H. G. Wells. The critical Heritage, London 1972, S. 181 ff.

³⁹ Gemeint ist wohl: Gustav Steffen, Das Problem der Demokratie, Jena 1912.

⁴⁰ Der Historiker Hans Delbrück (1848–1929) war von 1889–1919 Herausgeber der 1858 gegründeten „Preußischen Jahrbücher. Berliner Monatsschrift für Politik, Geschichte und Literatur“, die er in national- und sozialpolitisch orientierter konservativer Richtung profilierte. Delbrück war 1882–1885 Abgeordneter der Freikonservativen Partei im preuß. Abgeordnetenhaus, 1884–1890 auch MdR. – „Die Grenzboten – Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst“ 1841 in Brüssel zur Pflege der Beziehungen zwischen dem flämischen und dem deutschen Liberalismus gegründet, erschienen von 1842–1923 in Leipzig. Die Zeitschrift war seit 1898 konservativ.

die Ansichten und Argumente der anderen Seite kennenzulernen. Das war eine große Anstrengung, die viel Selbstdisziplin erforderte. Aber dieser Akt des Perfektionismus hat mir nichts geschadet. Ich war danach absolut sicher, daß mir in journalistischer Arbeit nichts begegnen konnte, was ich nicht kannte und daß ich nun als Wissender inmitten der aktuellen Politik stand. Erst später habe ich die Weisheit des Spruches verstanden: „Ein Journalist weiß alles. Er lernt alles von Fall zu Fall.“ In der Leipziger Volkszeitung arbeitete ich unter dem Chefredakteur Hans Block⁴¹ neben den politischen Redakteuren Eugen Prager,⁴² Dr. Paul Hertz⁴³ und Alfred Herre.⁴⁴ Der letztere war ein Arbeiterjournalist, kein Intellektueller. [. . .]

Kriegsausbruch 1914: Sozialismus zwischen Klassenbewußtsein und Nationalismus

Ich erlebte den Kriegsausbruch als Volontär an der Leipziger Volkszeitung. Seit Jahren hatte ich die weltpolitischen Krisen, die ihm vorangingen, mit wachsendem Verständnis verfolgt. Ich kannte die Diskussionen der Internationalen Sozialistenkonferenz über das Problem des Verhaltens sozialistischer Parteien im Kriegsfall. Vor allem kannte ich die einzig klare außenpolitische Linie, welche die Partei, der Tradition der Klassiker folgend, herausgearbeitet hatte, nämlich die Feinderklärung gegen Rußland. Sie wurde begründet mit der Existenz des zaristischen Despotismus, aber ihre wahren Wurzeln lagen tiefer. In den frühen Schriften von Friedrich Engels war bereits sein Haß und der von Karl Marx gegen die slawischen Völker hervorgetreten. Auch hatte in der praktischen Politik der Partei in den letzten Jahren die Begründung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg⁴⁵ für die Heeresvorlagen, welche die panslawistische Gefahr und die Bedrohung durch den russischen Koloß ins Feld führte, keinen Widerspruch von der Mehrheit der Reichstagsfraktion und der Parteitagsmehrheit erfahren. Dennoch blieb für mich die Frage vollständig offen, ob das Klassenbewußtsein der Arbeiter oder der Nationalismus sich als stärker erweisen würde. Da war weiter die Tatsache, daß die Partei sich ihren Anhängern gegenüber seit Jahren als die Partei gegen den Krieg oder, wenn man so will, als die Kriegsverhinderungspartei ausgegeben hatte.

⁴¹ Hans Block (1870–), Buchhändler, 1893–1899 Redakteur der „Rhein.-Westfäl. Arbeiterzeitung“, 1899–1906 „Sächsische Arbeiterzeitung Dresden“, 1906–1911 „Vorwärts“, 1. 4. 1911–1922 (?) Redakteur der LVZ, Mai 1923 Pressechef in der Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei.

⁴² Eugen Prager (1876–), Handlungsgehilfe, 1904–1906 Mitarbeiter der „Volkswacht“ Breslau, 1906–1907 Redakteur am „Offenbacher Abendblatt“, 1907–1911 an der „Rhein. Zeitung“ Köln, 1911–1914 „Tribüne“ Erfurt, April 1914–Mai 1919 LVZ, Mai 1919–April 1922 „Freiheit“ Berlin, bis 1922 Mitglied der USPD, ab 1. 1. 1925 Redakteur bei der SPD-Reichstagsfraktion.

⁴³ Paul Hertz (1888–1961), seit 1905 SPD-Mitglied, zwischen Studium (Dr. rer. pol.) und Kriegsdienst 1914 kurze Zeit Redakteur der LVZ, 1917–1922 Mitglied der USPD (rechter Flügel), 1918–1922 politischer Redakteur der „Freiheit“, 1920–1933 MdR, 1933 Emigration über Prag und Paris nach USA, 1933–1938 Mitglied des emigrierten SPD-Vorstands, dann der Gruppe „Neu Beginnen“, 1951–1961 Senator (für Marshall-Plan bzw. für Wirtschaft und Kredit) in Berlin.

⁴⁴ Alfred Herre (1875–1953), Metallarbeiter, 1899–1901 Lokomotivheizer, 1905–1921 und 1924 bis 1929 (?) Redakteur d. LVZ, 1921–1922 Schulleiter d. Heimvolkshochschule Tinz.

⁴⁵ Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident 1909–1917.

Kurz vor dem Kriegsausbruch war die Problematik direkt an mich herangetreten. Ich mußte für die Zeitung das im Jahre 1914 erschienene Buch J. J. Ruedorffers „Grundzüge der Weltpolitik“⁴⁶ kritisch besprechen. In diesem Buch wurde ausführlich dargelegt, daß die Sozialdemokratische Partei durch ihre politische Praxis stillschweigend, im Widerspruch zu ihrer auf das Klasseninteresse gegründeten internationalistischen Ideologie, anerkannt habe, daß die nationalen Bande stärker seien als die Klassenbande und daß die Regierungen auf den Internationalismus ihrer sozialistischen Parteien keine Rücksicht zu nehmen brauchten, wenn sie an das Nationalgefühl der Nation appellieren mußten. Die einzige Wirkung des sozialistischen Internationalismus sei, daß die Regierungen sorglich auf die Deckung durch das Nationalgefühl zu achten hätten. Und weiterhin, daß der nationale Drang nicht mehr nur das Empfinden der Gebildeten, des Adels und des Bürgertums beherrsche, sondern im Volke unaufhörlich wachse und nur schlummernd auf den Ruf der Ereignisse warte. Das alles erschien mir vom Standpunkt meiner marxistischen Dogmatik und meines Glaubens an den sozialdemokratischen Radikalismus als gänzlich ungeheuerlich – aber dann auch wieder zu Nachdenken und Überprüfung provozierend. Ich beschränkte mich darauf, in der Polemik darauf zu verweisen, daß man der kaiserlichen Regierung nach allen Erfahrungen in internationalen Krisen mit gerechtfertigtem Verdacht auf die Fäuste sehen müßte und beschuldigte den Verfasser, daß er der Regierung empfehle, das Volk durch einen nationalistischen Rausch zu täuschen. Ich erblickte in diesem Buch einen Generalangriff auf die marxistische Psychologie und brachte dies zum Ausdruck. Dies Buch gehörte zu den Erschütterungen, die meiner starren Dogmatik versetzt wurden. Für die Diskussion zwischen der äußersten Linken und dem Zentrum der Sozialdemokratischen Partei über die Frage, wie sich die Masse der deutschen Arbeiterschaft, die Sozialdemokraten eingeschlossen, beim Ausbruch eines Krieges verhalten würde, unterstützte das Buch Ausführungen, die Karl Kautsky über die psychologischen Möglichkeiten der Massenhaltung in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hatte.⁴⁷ In dieser Diskussion lehnten meine Freunde und ich den Gedanken, daß die Massen den Krieg bejahen könnten, geradezu mit Entrüstung ab.

Als sich nach dem Attentat von Sarajewo [28. 6. 1914] die ersten ernsthaften Anzeichen der Kriegsgefahr zeigten, diskutierten wir in der Redaktion über eben diese Frage, ob nämlich der Krieg einen Rückschlag gegen alles bedeuten würde, was der Radikalismus erwartete und gelehrt hatte, oder den Beginn der Revolution. Die Älteren neigten zu der ersteren Ansicht, nur die Jüngeren, mich eingeschlossen, zu der letzteren. Ich wußte aber auf Grund einer Befragung meiner engeren Freunde im wehrpflichtigen Alter, daß keiner von ihnen auch nur von weitem daran dachte, sich einem Mobilmachungsbefehl zu entziehen. Vor mir selber stand die Frage nicht. Ich war vor Jahren wegen außerordentlicher Kurzsichtigkeit als dauernd dienstunfähig ausgemustert worden.

Die letzten Tage vor Kriegsausbruch in der Redaktion sind tief in mein Gedächtnis eingegraben: die wachsende Spannung und Erregung, der Ansturm der Telegramme mit ihren Widersprüchen, die erregten Telefonanrufe unseres Berliner Korrespondenten, das Hin und Her im letzten Augenblick zwischen dem Zustand drohender

⁴⁶ J. J. Ruedorffer: Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, Stuttgart 1914. Hinter dem Pseudonym Ruedorffer verbarg sich Kurt Riezler (1882–1955); vgl. Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingel. u. hrsgg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 21.

⁴⁷ Karl Kautsky, Die Aktion der Masse, in: Die Neue Zeit 30/I (1911), S. 43–49, 77–84, 106–117.

Kriegsgefahr und dem Mobilmachungsbefehl, alles hatte damals traumhafte Wirklichkeit, man grupperte Nachrichten und grupperte sie um, bis schließlich der Mobilmachungsbefehl [1. 8. 1914] veröffentlicht wurde.

Nachdem die Nummer mit dieser Nachricht abgeschlossen war, ging ich von der Tauchaer Straße zu Fuß nach dem Augustusplatz, dem größten Platz Leipzigs, zwischen dem Neuen Theater und der Gemäldegalerie. Der ungeheure Platz war erfüllt von einer kriegsbegeisterten, jubelnden Menschenmenge. Ich habe später diesen Platz ähnlich dicht angefüllt gesehen nur bei meinen dort abgehaltenen revolutionären Massenversammlungen. Es war unschwer zu erkennen, daß diese Masse alle Parteien und Klassen umfaßte, unsere eigenen Parteimitglieder eingeschlossen. Am Rande traf ich mehrere meiner Freunde, die gleich mir fassungslos dieser Explosion von kriegerischer Volksleidenschaft zusahen. Wir waren tief erschüttert; denn unsere Welt, so wie unsere Doktrin sie uns gezeigt hatte, schien über unseren Köpfen zusammenzufallen. Der Kontrast war riesengroß. Zwei Tage zuvor hatte die Partei eine Straßendemonstration für den Frieden veranstaltet mit riesiger, alles Gewohnte überschreitender Beteiligung. Die Demonstranten fluteten am Abend und beim Einbruch der Nacht durch sämtliche Straßen der inneren Stadt, diesmal über alle Polizeianweisungen hinweggehend. In dieser Demonstration marschierte die Arbeiterjugend, zum Teil mit Fackeln, und während die Menschenmassen riefen: „Nieder mit dem Krieg, wir wollen Frieden“, sang die Arbeiterjugend die verbotenen Zeilen des Parteiliedes: „Wohlan, wohlan und sei's zum Tod; denn unsere Fahn' ist rot.“ Wohl hätte man diesen Abend als Stütze der Anschauung ansehen können, daß die Massenreaktion eine Revolution gegen den Krieg sein würde. Und nun diese begeisterte spontane Kundgebung für den Krieg durch alle Bevölkerungsschichten. Es war eine erstklassige Lektion über Massenpsychologie. Ich verbrachte den Abend und den folgenden Tag damit, meine Freunde aufzusuchen, die sofort einrücken mußten, von ihnen Abschied zu nehmen und zu versprechen, daß wir in Verbindung bleiben würden.

Mein Vater, der nach Berlin fuhr, warnte mich vor Illusionen über eine radikale Haltung der Reichstagsfraktion. Er gehörte zu den vierzehn, die am 4. August in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite opponierten.⁴⁸ All die Differenzen doktrinärer und ideologischer Art sowie die des politischen Willens, wurden in der Folgezeit auf die Frage: Für oder wider Bewilligung von Kriegskrediten polariert.

Ich sah mich plötzlich in einer anderen Welt. Alle Illusionen, Glied einer machtvollen Richtung für den revolutionären Sozialismus zu sein, deren Sieg durch die Geschichte selbst garantiert war, verflogen. Die Massen, an die ich geglaubt hatte und die ich zu kennen glaubte, gingen ihren eigenen Weg. Das Ergebnis war keineswegs, daß ich in Verzweiflung fiel und wie Rosa Luxemburg ausrief: „O, nun ist alles verloren“, sondern das Gefühl: „Nun erst recht!“ – verbunden mit dem Glauben, daß ich selbst einer der wenigen sei, die berufen seien, den Kampf mit der Woge des Nationalismus aufzunehmen. Ich habe früher bereits berichtet, daß bei mir neben

⁴⁸ In der Fraktionssitzung am 3. (nicht 4.) August 1914 stimmten 78 Abgeordnete für, 14 gegen die Kriegskredite. Namentlich stehen zweifelsfrei nur 12 Mitglieder der SPD-Fraktion fest, darunter F. Geyer, Haase, Ledebour, Liebknecht. Vgl. dazu: E. Matthias u. E. Pikart (Bearb.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, Düsseldorf 1966, T. 1, S. CLXXXVII, u. T. 2, S. 3. Im Plenum des Reichstags stimmte die SPD am 4. 8. 1914 geschlossen für die Kriegskredite.

dem marxistischen Determinismus eine starke voluntaristische Komponente vorhanden war, die mich veranlaßte, dem Problem der Macht nachzugehen. Sie trat nun in den Vordergrund; denn meine Überlegungen gingen dahin, daß die Massen nicht stark genug geführt worden waren und daß dies geändert werden mußte. Über die Zielrichtung dieser starken Führung war ich mir völlig im klaren, sie mußte zur sozialistischen Revolution hinführen. Sie erschien im Augenblick entfernter als jemals zuvor – aber im Verlaufe des Krieges würden Situationen entstehen, in denen die Möglichkeit revolutionärer Aktivität nicht mehr so entfernt scheinen würde.

Es war eine Flucht in die revolutionäre Illusion mit allen Konsequenzen, weit über meine bisherige Bejahung des Glaubens an die Revolution hinaus. Ich empfand, daß ich damit zunächst sehr allein stand, aber gerade das verstärkte meinen Entschluß, den ich für mich selber feierlich formulierte, diesem Ziel zu dienen. Aber natürlich nicht in der Masse mit der Masse, sondern als Wecker und Führer des Massenwillens. Das verstärkte das Gefühl, ein Außenseiter zu sein, der sich gegen die Bewegung stellte, die im Augenblick das ganze Volk erfaßt hatte. Ich könnte sagen: aber ich beschloß, mich außerhalb zu stellen und die Partei der Revolution zu ergreifen, so wie die Veteranen von 1848 und 1849, Marx und Engels und ihre Freunde im Exil in England ständig in der Erwartung einer Wiederbelebung der Revolution in Deutschland gelebt hatten. Es war eine Flucht aus der Realität der Gegenwart, und so trieb ich im Laufe der nächsten beiden Jahre immer stärker in Anschauungen hinein, wie sie von Leo Trotzki in seiner Schrift „Der Krieg und die Internationale“ [Zürich 1914] niedergelegt wurden.

Ich erlebte, daß ein Teil meiner Freunde stark patriotisch bewegt war, so alle meine alten Schulfreunde. Ich, der ich von vornherein gemeinsam mit meinen nächsten politischen Freunden der kaiserlichen Regierung die Kriegsschuld zuschrieb, stand dem völlig kühl gegenüber. Vor mir stand niemals die Frage, ob ich mit der großen Masse konform gehen sollte. Dagegen überlegte ich mir, ob ich eine abwartende Haltung einnehmen könnte. Mit meinen marxistisch philosophischen Anschauungen wäre es vereinbar gewesen, wenn ich mir gesagt hätte: Nichts hängt von individuellen Entscheidungen ab, warum soll ich mich also entscheiden – und darüber hinausgehend: warum soll gerade ich mich entscheiden? Ich konnte versuchen, die massenpsychologischen Vorgänge bei Kriegsausbruch mit der Doktrin zu vereinbaren, was in jeder Hinsicht die bequemere Entscheidung gewesen wäre und im Einklang mit dem indolenten Zug meines Wesens. So fragte ich mich: Warum ich? Die Antwort der voluntaristischen Seite meines Wesens bestand in der Gegenfrage: Wenn ich mich der Aufgabe offener Opposition entziehe, kann das nicht jeder andere auch mit dem gleichen Recht? Ich stellte dann folgende Überlegung an: Wenn wir die Frage der Kriegsschuld aufwerfen und die Schuld der kaiserlichen Regierung zuschreiben, anerkennen wir, daß der Gang geschichtlicher Ereignisse von Personen und individuellen Entscheidungen abhängt, also hängt er auch von unseren eigenen individuellen Entscheidungen ab. Im Grunde genommen handelte es sich darum, ob ich den Ereignissen gegenüber die Haltung eines Historikers und Soziologen oder die eines Politikers einnehmen sollte. Bei diesen durcheinander gehenden Erwägungen, die alle mehr oder weniger mit der marxistischen Dogmatik zusammenhingen, stellte ich mir eine einzige Frage nicht – nämlich die Frage, ob ich nicht viel zu klein und unbedeutend wäre, als daß von meiner Entscheidung irgend etwas abhängen könnte. Ich glaubte vielmehr an mich. Ich erinnere mich sehr genau des Augenblicks, an dem ich am Arbeitstisch in der Dachkammer meines Elternhauses sitzend, laut zu mir

selber sagte: „Ich muß es tun.“ Ich fand dabei bestätigt, daß Freiheit eine innere Bewußtseinsatsache ist; denn so sehr auch diese Entscheidung in meinem Wesen vorgebildet war, wußte ich, daß ich eine bewußte freie Entscheidung traf und daß sie mich noch stärker an den Weg band, den ich eingeschlagen hatte.

Mit der gesamten Redaktion und der Leipziger Parteileitung nahm ich sofort Partei für die Opposition. Bemühungen zu ihrer Sammlung setzten alsbald ein. Redaktion und Parteileitung kamen mit Karl Liebknecht zusammen, dessen Aufgeregtheit aber kaum Besprechungen praktischer Absichten gestattete. Gemeinsam war uns allen die Überzeugung, daß der Krieg nicht in sechs Wochen zu Ende sein werde, wie allgemein geglaubt wurde, und daß er nicht mit einem leichten Siege Deutschlands enden werde. Im Osten war die russische Gefahr zunächst deutlich genug. Einige Monate nach Kriegsausbruch erhielt Frau Hanna Hertz einen aufschlußreichen warnenden Brief von ihrer Schwester aus London, daß die englische Kriegsanstrengung erst allmählich in Gang komme, aber schon immens sei und daß man dort von einem Siege der Alliierten nach vier Jahren Krieg rede. Ich verkehrte damals häufig in der Wohnung von Paul und Hanna Hertz, in der auch Eugen Prager ein Zimmer gemietet hatte.

Von Anfang an stand vor uns ein großes Problem. Wir fühlten uns als die erbitterten Feinde des kaiserlichen Systems und seines Militarismus. Sollten wir seinen Sieg oder seine Schwächung durch eine Niederlage wünschen? Von der Rechten der Partei her war in den vorausgegangenen Diskussionen aus Anlaß der Internationalen Kongresse gewarnt worden: Die Niederlage des Systems ist die Niederlage des deutschen Heeres, und die Niederlage des deutschen Heeres ist die Niederlage Deutschlands und des deutschen Volkes. Wir zogen uns vorsichtig auf eine Abschätzung des Für und Wider durch den Austromarxisten Gustav Eckstein⁴⁹ zurück, der einen Ausgang ohne Sieger und Besiegte als am günstigsten für die Partei und die Zukunft des Sozialismus herausrechnete.

[. . .]

Auf der anderen Seite entwickelten ich und meine Freunde in der Frage der Kriegsziele eine große Empfindlichkeit für alles, was nach Verrückung von Grenzpfählen aussah. Wir waren während des ganzen Verlaufs des Krieges unbedingte Gegner jedes Annexionismus und die eigentlichen status quo-Politiker. Das tiefere Motiv für diese unsere Haltung lag darin, daß wir weiterhin den Gang der Geschichte bestimmt zu sehen glaubten durch Klassenauseinandersetzungen, nicht Völkerkämpfe, und daß wir nicht wünschten, daß die Klassenauseinandersetzungen innerhalb der Nationalstaaten durch Grenzveränderungen und darauf beruhende nationalistische Erregungen gestört würden.

Zunächst kam für die Zeitung der sofortige Absturz der Auflage und für ihre Redakteure der Zwang, unter der Zensur⁵⁰ arbeiten zu müssen. Das war etwas ganz anderes als zuvor und ging mir gegen den Strich. Ich schied als Volontär aus und

⁴⁹ Gustav Eckstein (1875–1916), Journalist, Mitarbeiter des Vorwärts, Lehrer an der Parteihochschule Berlin, Redakteur der „Neuen Zeit“.

⁵⁰ Nach der Verkündung des Kriegszustandes wurde das gesamte öffentliche Leben von den Militärbefehlshabern (stellv. kommandierende Generale in den Armeekorpsbereichen) überwacht. Die Presse wurde unter Zensur gestellt, die von eigenen Presseabteilungen der stellv. Generalkommandos ausgeübt wurde. Vgl. Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918. Bearb. v. Wilhelm Deist, Düsseldorf 1970, T. 1, S. XL f., und S. 63 ff. – Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 36 f.

konzentrierte mich auf eine längere Arbeit über die Geschichte Indiens unter besonderer Herausarbeitung der Verbrechen des englischen Kolonialismus und Imperialismus. Sie erschien in Fortsetzungen in der Leipziger Volkszeitung.⁵¹ Gegen Ende des Jahres 1914 lud mich Dr. Adolf Braun⁵² ein, zu ihm an die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg zu kommen, um mich auf die Übernahme der Chefredaktion des Würzburger „Fränkischen Volksfreund“ vorzubereiten.

Adolf Braun war ein Austromarxist und mit den führenden Austromarxisten in Wien versippt und verschwägert. Sein Bruder war Heinrich Braun,⁵³ der die Generalstochter Lily Braun geheiratet hatte. Seine Schwester war die Frau von Victor Adler,⁵⁴ dem Führer der österreichischen Sozialdemokratie. Er war ungeheuer belesen, aber kein eigentlicher Denker. Er hielt die „Fränkische Tagespost“⁵⁵ auf dem Niveau einer selbständigen und intellektuell geleiteten Parteizeitung. Der Grundzug seines Wesens war seine absolute Hingabe an die Bewegung, der er diente. Sie kam auch in seiner spartanischen Lebensführung zum Ausdruck. Seine Bücher, die sich vor allem mit Gewerkschaftsproblemen befaßten, waren klar, durchsichtig und solide, aber nüchtern. Er war zuvor Redakteur des „Vorwärts“ in Berlin gewesen, wurde aber aus Preußen ausgewiesen und durfte preussisches Gebiet nicht mehr betreten. Deshalb übernahm er die „Fränkische Tagespost“. Er betätigte sich daneben als Talentsucher unter den jüngeren Intellektuellen in der Partei. So hatte er Paul Hertz in die „Leipziger Volkszeitung“ gebracht, und bei einem Besuche in Leipzig war er auf mich aufmerksam gemacht worden.

Ich nahm die Einladung an und fuhr zu ihm nach Nürnberg. Seine pädagogische Absicht war, mich zusehen zu lassen, wie er seine eigene Zeitung leitete und mir klar zu machen, was die eigentlichen Aufgaben eines Redakteurs sind, der eine Zeitung führt. Der Zweck der Übung war auch, der Bezirksleitung von Unterfranken die Zusage geben zu können, daß ich trotz meiner Jugend dem Posten in Würzburg gewachsen sein würde. Er fand sehr bald heraus, daß ich das alles eigentlich von selber wußte und wie fundiert bei mir die journalistische Arbeit war. In diese Zeit an der „Fränkischen Tagespost“ fiel der Lusitaniafall.⁵⁶ Er ließ mich einen Leitartikel darüber diktieren, dem er große Anerkennung zollte. Weiter setzte er mich an die Aufgabe, über die großen Friedenskonferenzen der Vergangenheit zu schreiben, um die Lehre einzuhämmern, daß jedem Krieg schließlich eine Friedenskonferenz folgen

⁵¹ Indien und England, LVZ v. 4., 5., 8., 9., 11., 12. und 13. Januar 1915.

⁵² Adolf Braun (1862–1929) betrieb als Angehöriger des linken Flügels der SPD die Wiedervereinigung zwischen SPD und USPD. 1919–1928 MdR, 1920–1927 Mitglied des SPD-Parteivorstands.

⁵³ Heinrich Braun (1854–1927), Mitgründer der „Neuen Zeit“, Gründer und Herausgeber sozialpolitischer Zeitschriften: „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“, „Sozialpolitisches Zentralblatt“, „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“ u. a. Verheiratet mit der sozialdemokratischen Schriftstellerin Lily Braun, geb. von Kretschmann (1865–1916).

⁵⁴ Victor Adler (1852–1918), Arzt, wurde 1881 Sozialdemokrat, seit 1889 (Hainfelder Parteitag) bis zu seinem Tod Führer der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, 1918 Staatssekretär des Auswärtigen.

⁵⁵ Die 1878 gegründete „Fränkische Tagespost“ war neben der „Münchener Post“ die bedeutendste Tageszeitung der SPD in Bayern. Adolf Braun war von 1902–1907 und 1912–1920 Chefredakteur.

⁵⁶ Am 7. 5. 1915 hatte ein deutsches U-Boot das britische Passagierschiff „Lusitania“ torpediert. Unter den 1198 Toten befanden sich 139 Amerikaner, was zu großer Erregung in den USA und einem scharfen Notenwechsel zwischen Washington und Berlin führte. Der U-Bootkrieg wurde daraufhin vorübergehend eingeschränkt.

müsse. Ferner schrieb ich über das Problem, ob Politik amoralisch sein dürfe. Ich hatte die umfangreiche Bibliothek der Zeitung zur Verfügung, in der ich fleißig herumstöberte. Ich habe dort eine ganze Menge gelesen, was ich bisher noch nicht kannte.

Mit den Parteisekretären Hans Vogel⁵⁷ und Hans Dill,⁵⁸ die im gleichen Hause ihre Büros hatten, kam ich in diesen Tagen in ein sehr freundschaftliches Verhältnis. Sie waren nicht „radikal“, aber die dauernde Fehde und die Eifersüchteleien in der Partei in Bayern zwischen München und Nürnberg brachten sie in die Nähe des Radikalismus. Daneben aber und nicht zuletzt gewann ich die Stadt Nürnberg lieb, mit ihren berühmten alten Häusern, die von großer bürgerlicher Vergangenheit sprachen, ihren Kirchen und der Burg. Das war etwas ganz anderes als die eintönige Farblosigkeit der Arbeitsstadt Leipzig.

Mit Adolf Braun verband mich bald eine enge Freundschaft. Auf meiner Seite beruhte sie auf der Bewunderung und dem Respekt vor seiner Integrität und seiner Hingabe an die Bewegung. Er behandelte mich beinahe wie einen Sohn mit voller Anerkennung für meine journalistischen Fähigkeiten. Dies enge Verhältnis ist später getrübt worden, als wir im Verlaufe der inneren Parteiauseinandersetzungen in verschiedener Richtung zogen, wurde aber im Jahre 1922 voll wieder aufgenommen.

Ich konnte früher nach Würzburg gehen, als ich angenommen hatte. Am Abend vor meiner Abreise nach Würzburg saß ich mit ihm in seinem Lieblingskaffeehaus zusammen. Bei dieser Gelegenheit kramte er aus der Tasche einen der kleinen Zettel, auf die er Gedanken für Artikel oder Reden oder über Probleme mit einem dicken Füllfederhalter niederzuschreiben pflegte. Er schrieb auf den Zettel und gab ihn mir dann schweigend über den Tisch hinweg. Er hatte geschrieben: „Nur die uneigennützigste Arbeit für ein großes Ziel gibt wahre Befriedigung.“ Es war ein Zitat von Helmholtz. Er brachte nicht nur sein eigenes Wesen zum Ausdruck und das, was er von mir erwartete. Diesen Geist der Pflichterfüllung gegenüber einer frei gewählten Aufgabe hatte ich bereits in meinem Elternhaus kennengelernt. Er kennzeichnet das Leben vieler Intellektueller, die sich wie Adolf Braun dem Dienst an der Arbeiterbewegung gewidmet hatten und den niedrigen Lebensstandard hinnahmen, den ihnen die Bewegung dafür gewährte.

Ich fuhr nach Würzburg und wurde von dem Geschäftsführer der Zeitung, Beilicke, dem Bezirkssekretär, dem Landtagsabgeordneten Endres⁵⁹ und dem Vorsitzenden der Würzburger Parteioorganisation, Bauer,⁶⁰ am Bahnhof in Empfang genommen. Sie führten mich sofort in ein hinter der Kirche Stift Haugk gelegenes kleines und düstere Bierlokal, um mich in die Besonderheiten der Zeitung und der Partei und den Würzburger Stil im allgemeinen einzuführen. Die Zeitung wie die Würzburger Organisation waren innerhalb der Gesamtpartei nicht von hervorragender Bedeutung, und es ging dort viel gemütlicher zu als in Leipzig oder anderen sächsischen

⁵⁷ Hans Vogel (1881–1945), Holzbildhauer, 1912–1918 MdL Bayern, 1919–1933 MdR, 1931 mit Otto Wels Vorsitzender der SPD, ab 1933 im Exilvorstand der SPD in Prag, Paris und London.

⁵⁸ Hans Dill (1887–1973), Porzellanmaler, Parteisekretär, 1919–1932 MdL Bayern, 1930–1933 MdR, Emigration nach ČSR, 1938 nach Kanada.

⁵⁹ Fritz Endres (1877–1963), Kupferschmied, Arbeitersekretär, 1912–1918 und 1920–1933 MdL Bayern, 1919/20 bay. Justiz- bzw. Innenminister, 1919–1920 MdR.

⁶⁰ Johann Bauer (1853–1916), Zigarrenmacher, 1906–1914 Mitglied des Würzburger Gemeindekollegiums.

Industriestädten. Von allen den Lehren, die mir erteilt wurden, war die amüsanteste, daß ich mich nicht dazu verführen lassen solle, unserem großen Gegner in Würzburg, dem katholischen Priester Liborius Gerstenberger,⁶¹ galante Beziehungen öffentlich vorzuwerfen; denn, so wurde mir gesagt, die anderen könnten sonst vielleicht einigen unserer Leute ähnliches nachsagen, wofür mir einige warnende Beispiele erzählt wurden. Ich sperrte Mund und Nase auf, aber die Warnung war eigentlich unnötig, da ich in meinem jugendlichen doktrinären Überschwang ohnehin das Prinzip, den politischen Kampf nicht mit persönlichen Angriffen zu vermischen, für eines der Grundgesetze hielt, die in der sozialdemokratischen Presse hochgehalten würden, in der „bürgerlichen“ aber nicht. In den nächsten Jahren habe ich dann anhand der immer schärfer werdenden inneren Parteiauseinandersetzungen gelernt, daß der löbliche Grundsatz auch in der sozialdemokratischen Presse nicht hochgehalten wurde, auch nicht bei Auseinandersetzungen von Parteigenossen mit Parteigenossen.

So war ich also in Würzburg als Chefredakteur des „Fränkischen Volksfreundes“⁶² in der Semmelstraße installiert. Chefredakteur hieß: ich hatte einen Lokalredakteur und einen Redakteur für bayerische Angelegenheiten. Der letztere wurde später eingezogen, so daß wir beiden verbleibenden Redakteure die Zeitung machten. [. . .]

Die Zeitung mußte so hergestellt werden, daß von zehn Uhr morgens an die Postzüge für das von Aschaffenburg bis Bamberg reichende Verbreitungsgebiet bedient werden konnten, die Würzburger Auflage erschien dann nach elf Uhr morgens. Nur zwei Setzmaschinen, die eine von älterem Typ, standen zur Verfügung. Der Hauptinhalt der Zeitung wurde am Nachmittag und Abend vor dem Erscheinungstage hergestellt; am Morgen des Erscheinens, und zwar redaktionell von fünf Uhr morgens an, entstanden die erste Seite als Hauptnachrichtenseite und eventuell der Leitartikel. Demnach dauerte die Redaktionsarbeit von fünf Uhr bis gegen elf Uhr morgens und dann wieder von vier Uhr nachmittags bis sechs oder sieben Uhr. Sobald ich um neun Uhr mit dem Umbruch fertig war, sah ich zu, wie in einer kleinen Handstereotypie von den Matern der beiden letzten Seiten die Walzen für die Rotationsmaschine gegossen wurden. Des Personalmangels wegen mußte der Metteur diese Arbeit verrichten. Mit einigen der Setzer freundete ich mich an und lernte von ihnen die Grundbegriffe ihrer Kunst. In Zusammenarbeit mit ihnen und dem Metteur konnte ich der Zeitung ein modernes Gesicht geben. Diese Erfahrungen sind mir später am „Vorwärts“ in Berlin zugute gekommen, wo ich inoffiziell Chef vom Dienst war und ziemlich regelmäßig den Umbruch von Abendblatt und Morgenblatt leitete. In der „Leipziger Volkszeitung“ dagegen konnte ich keinen Gebrauch davon machen, dort wurde die traditionelle Form der Zeitung festgehalten und alles den Metteuren überlassen.

Gegen elf Uhr morgens ging ich von der Zeitung zum Café Hirschen und traf dort andere Würzburger Journalisten, vor allem den Chefredakteur vom „Generalanzeiger“ Theo Kaufmann.⁶³ Wir fanden aneinander Gefallen, wir verglichen unsere

⁶¹ Liborius Gerstenberger (1864–1925), Geistl. Rat, Verlagsdirektor und Hauptschriftleiter des „Fränkischen Volksblatts“, 1895–1919 MdL Bayern, 1895–1925 MdR (Zentrum/BVP).

⁶² Der „Fränkische Volksfreund – Sozialdemokratisches Organ für Unterfranken und den Reichstagswahlkreis Bamberg“ war 1908 gegründet worden, die Auflage betrug 1910 5000, 1914 7000 Exemplare.

⁶³ Theodor Kaspar Kaufmann (1880–1955), ab 1906 Theater-Kritiker, 1910–1941 Chefredakteur des „Würzburger General-Anzeiger“.

Leitartikel und vor allem unsere Theaterkritiken, die wir beide schrieben, solange das Stadttheater noch in Betrieb war. Neben dem rein politischen Teil übernahm ich die Berichterstattung über wichtigere Stadtratssitzungen, denn ich konnte stenografieren und der Lokalredakteur nicht. [. . .]⁶⁴

Ich schloß eine enge Freundschaft mit dem zweiten Vorsitzenden der Parteiorganisation, dem Buchhändler Felix Freudenberger.⁶⁵ Er gehörte einer in Würzburg und Frankfurt wohnenden weitverzweigten jüdischen Familie an. Sein Bruder war Gymnasialprofessor in Würzburg, ein Vetter der Inhaber des größten Herrenkonfektionsgeschäfts in Würzburg. Felix Freudenberger war hochgebildet, seine Frau war die Tochter eines Rabbiners, er selber war Stadtrat in Würzburg. Ich besuchte ihn täglich in seiner Buchhandlung in der Augustinerstraße, wo wir unsere Ansichten und Meinungen über den Krieg und den Gang des Krieges, über die Haltung der Regierung und die Lage in der Partei austauschten. Mit Ausnahme von einigen Wochenenden, an denen ich nach Nürnberg fuhr, um die persönlichen Beziehungen zu Adolf Braun aufrecht zu erhalten, nahm ich regelmäßig an dem traditionellen Sonntagsnachmittagsspaziergang der Großfamilie Freudenberger teil. [. . .]⁶⁶

Wenn der Geschäftsgang in der Buchhandlung Freudenberger keine Gespräche gestattete, saß ich in einer Ecke auf einem Stuhl und beobachtete die Kundschaft, was sie verlangte und was die Kunden sprachen. Neben meinem Verkehr im Café Hirschen war dies ein ausgezeichnetes Mittel, um Menschen kennenzulernen, noch viel besser als die sommerlichen Abendbesuche auf dem Brauhauskeller oder in den Weinhäusern „Stachel“ oder „Kette“. Die Buchhandlung setzte übrigens bei katholischen Landpfarrern in der Umgebung von Würzburg in großen Mengen die illustrierte Sittengeschichte von Eduard Fuchs ab.

[. . .]

Opposition gegen die Parteileitung und Übertritt zur USPD

Wir teilten beide die Ansichten der Parteilinken, was politisch natürlich bedeutete, daß wir der Reichsregierung nicht über den Weg trauten und daß wir die offiziellen Berichte über die Kriegslage niemals für bare Münze nahmen. Für mich war das ohnehin selbstverständlich, weil ich die täglichen Zensuranweisungen des militärischen Zensors, eines Obersten, erhielt und weil bei den Gesprächen mit den Würzburger Journalisten beim Frühschoppen im Café Hirschen manches erzählt wurde. Je stärker sich der innere Kampf in der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Reichstagsfraktion entwickelte, desto stärker geriet dieser Konflikt in den Mittelpunkt meiner Gespräche mit Freudenberger. Wir waren beide entschiedene Gegner der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage.

Was die Kriegszensur anbetrifft, so zog ich mir immer stärker den Unwillen des Zensors zu, je klarer es wurde, daß ich in der Zeitung die Opposition in der Sozialdemo-

⁶⁴ Kürzung von rund 2 Seiten (Ms. S. 64–66), die Schilderungen Würzburgs und seiner Umgebung enthalten.

⁶⁵ Felix Freudenberger (1874–1927), ab 1911 Mitglied des Würzburger Gemeindegremiums, 1914 Magistratsrat, 1919–1924 4. Bürgermeister, 1919 MdL Bayern.

⁶⁶ Kürzung von etwa 1½ Seiten (Ms. S. 67–68), auf denen Geyer von seiner damals entstehenden Vorliebe für science fiction Literatur erzählt.

kratischen Partei unterstützte. Einem dreitägigen Verbot im Jahre 1915 folgten Vorladungen, Verwarnungen und Verbotsdrohungen. [. . .]⁶⁷

Die Partei in Würzburg hatte wenig Gesicht. In Abwesenheit der meisten Männer im Kriegsdienst bestand die Parteimitgliedschaft aus älteren Leuten und Frauen und nur wenigen unabhkömmlichen Industriearbeitern. Abgesehen von politischen Informationsabenden nahm ich meine Tätigkeit aus der Leipziger Arbeiterjugend wieder auf, indem ich den Parteimitgliedern Bildungsvorträge hielt und ihnen dabei das Hintergrundmaterial zu den jeweiligen Kriegsnachrichten lieferte. Dadurch wie durch den Einfluß der Zeitung konnte ich jederzeit auf Mehrheiten für meine Ansichten rechnen; am Ende meiner Zeit mehr als zuvor. Es war wie überall: das Absinken von Ernährung und Lebenshaltung stärkte die innerparteiliche Opposition. Der Bezirkssekretär und der Ortssekretär, die sich um eine Nuance von mir und Freudenberger unterschieden, wußten, daß sie keine Aussicht hatten, sich gegen uns beide durchzusetzen. Es gab deshalb in Würzburg in der Partei keine wirklichen heftigen Auseinandersetzungen mit Kampfabstimmungen, solange ich noch in Würzburg war. Anders lagen die Dinge in Aschaffenburg und vor allem in Schweinfurt, wo den Kern der Parteiorganisation die Arbeiter der Kugellagerfabrik Fichtel & Sachs bildeten. Das Verbreitungsgebiet der Zeitung als ganzes genommen war schließlich am Ende meiner Laufbahn in Würzburg in eine betonte innerparteiliche Kampfposition geraten – keineswegs von mir ungewollt.

Mein Vater und meine Leipziger Freunde hatten natürlich erwartet, daß ich die Zeitung im Sinne der Opposition führen würde, und selbstverständlich hatten sie damit recht. Es hätte einen Bruch in meiner Persönlichkeit und in meinen Überzeugungen bedeutet, wenn ich anders gehandelt hätte, aber bei allem hätte ich mich im Parteikonflikt nicht so stark in der Zeitung zu engagieren brauchen, wie ich es tat. In meinem jugendlichen Eifer und getrieben von meinem Selbstbewußtsein brachte ich es nicht fertig, auftauchende Fragen zu übergehen oder nur kurz darüber zu berichten, sondern ich stellte zu allem ausdrücklich meine Meinung fest, zum mindesten, als der Konflikt sich zuspitzte. Daß ich dabei die Zeitung von Kriegsbegeisterung und Siegesjubiläum fernhielt, teilte ich mit Adolf Braun und der „Fränkischen Tagespost“ und anderen Zeitungen.

In meinen Anfängen in Würzburg schrieb ich zunächst in meiner freien Zeit allgemeinere Aufsätze für die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Fränkische Tagespost“. Ein Thema, das ich ausführlich behandelte, war die Behauptung, daß Englands Haltung auf den Handelsneid Deutschland gegenüber zurückzuführen sei. Ich zeigte unter Ausbreitung beträchtlichen statistischen Materials, daß die tatsächliche Entwicklung bis zum Kriegsausbruch nicht nach einem Konkurrenzverhältnis hin tendiert hatte, sondern eher zu einer klar erkennbaren Arbeitsteilung der beiden untereinander und auf den internationalen Märkten. Für die „Fränkische Tagespost“ verfaßte ich, gestützt auf ein Buch von Professor Gustav Steffen, eine Abhandlung über die imperialistischen Tendenzen bei den Großmächten unter besonderer Berücksichtigung der Frühzeitigkeit und Intensität des englischen Imperialismus [. . .]

Aber diese Art von Arbeit trat völlig zurück, als der Parteikonflikt sich zuspitzte. Ich war mir bewußt, daß ich als Leiter einer Zeitung in diesem Konflikt eine wichtige

⁶⁷ Kürzung von einer knappen Seite (Ms. S. 70–71), hauptsächlich Mitteilungen über das Privatleben des Würzburger Zensors.

Position in der Hand hielt. Die Auflage war extrem niedrig und die Zeitung konnte nur noch von Anleihen beim Parteivorstand leben – aber sie trug meine Ansichten von Aschaffenburg bis Bamberg, und meine Anschauungen gingen konform mit denen der Opposition. Im Juni 1915 druckte ich aus der „Leipziger Volkszeitung“ das Pronunciamento von Haase,⁶⁸ Bernstein und Kautsky, „Das Gebot der Stunde“⁶⁹ genannt, als Leitartikel im „Fränkischen Volksfreund“ nach. Ergebnis: drei Tage Verbot. Am 21. Dezember verteidigte ich die Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag durch eine von meinem Vater geführte Oppositionsgruppe.⁷⁰ Am 1. Mai 1916 besprach ich ausführlich die Verhaftung Karl Liebknechts.⁷¹

In den Anfängen des Parteikonflikts stimmten meine Ansichten noch mit denen Adolf Brauns in Nürnberg überein. Aber dann begannen sie abzuweichen. Er hielt es für seine Pflicht, an der Erhaltung der Einheit der Partei zu arbeiten, und deshalb nahm er eine vermittelnde Position zwischen der Mehrheit und der Opposition ein. Ich dagegen steuerte mit wachsender Entschiedenheit den oppositionellen Kurs. Das nahm mich bald vollständig in Anspruch. Ich hielt Versammlungen nicht nur in Würzburg, sondern im gesamten Verbreitungsbezirk der Zeitung. Häufig war ich in Schweinfurt, weil ich wußte, daß dieser Industrieort für die innerparteiliche Entwicklung in Nordbayern von besonderer Bedeutung war. Dort, wie an allen Orten, wo ich Versammlungen abhielt, gewann ich persönliche Freunde und Vertraute, die

⁶⁸ Hugo Haase (1863–1919), Rechtsanwalt, 1897–1906 und 1912–1919 MdR, 1911–1916 einer der beiden Parteivorsitzenden der SPD, 1912–1915 zugleich Vors. der Reichstagsfraktion, 1917 Mitgründer und Vorsitzender der USPD, Nov.–Dez. im Rat der Volksbeauftragten.

⁶⁹ Der Aufruf „Das Gebot der Stunde“, am 19. Juli 1915 in der LVZ veröffentlicht, verurteilte in scharfer Form Annexionen und Eroberungen und appellierte an die SPD, eine Politik des raschen Friedens auf der „Grundlage freier Vereinbarung“ zu treiben: „Mit den schönsten Überlieferungen der Sozialdemokratie steht die Zukunft unseres Volkes auf dem Spiel, seine Wohlfahrt und seine Freiheit. Hat unsere Partei nicht die Macht, die Entscheidungen zu treffen, so fällt doch uns die Aufgabe zu, als treibende Kraft die Politik in der Richtung vorwärtszudrängen, die wir als die richtige erkannt haben.“ Abgedr. u. a. bei Eugen Prager, Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S. 72–74. Die Mehrheit von Partei- und Fraktionsvorstand distanzierte sich öffentlich von diesem Aufruf, die LVZ wurde vom 23. Juni bis 1. Juli 1915 verboten.

⁷⁰ Entgegen dem Grundsatz, daß die Beschlüsse der Fraktion im Plenum des Reichstags geschlossen vertreten werden mußten, hatte am 21. Dezember 1915 erstmals eine Minderheit von 20 Abgeordneten der SPD im Plenum gegen die Kriegskredite gestimmt. Weitere 22 Abgeordnete der Fraktionsminderheit hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen. Verhandlungen des Reichstags, 21. 12. 1915, Sten. Ber., S. 507 f. – Wortlaut der Erklärung Friedrich Geyers im Namen von 20 Abgeordneten der SPD auch in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin (O) 1958, S. 263–264. – S. a. Fraktionssitzungen der SPD am 20. und 21. 12. 1915, in: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Düsseldorf 1966, T. 2, S. 101 ff. – Das von der Fraktionsmehrheit scharf verurteilte Verhalten der Minderheit führte zunächst zum Rücktritt Haases vom Fraktionsvorsitz und dann – anläßlich einer weiteren Bewilligung von Kriegskrediten durch die Mehrheit am 24. März 1916 – zur Spaltung der SPD-Reichstagsfraktion. Die 18 Abgeordneten bildeten die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) im Reichstag. (Karl Liebknecht und Otto Rühle waren schon im Januar 1916 aus der SPD-Fraktion ausgeschieden.) Vgl. Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie, T. 2, S. 166 ff.

⁷¹ Karl Liebknecht war wegen einer Friedensdemonstration am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin verhaftet worden und in erster Instanz zu zweieinhalb Jahren, im Berufungsverfahren vom Oberkriegsgericht am 23. 8. 1916 zu vier Jahren einem Monat Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte (Verlust des Reichstagsmandats) für 6 Jahre verurteilt worden.

ebenso dachten wie ich. Darüber hinaus knüpfte ich Verbindungen an mit den Chefredakteuren unserer Zeitungen in Hof und Bayreuth.⁷² Die persönliche Bekanntschaft führte schließlich zur Koordination der politischen Arbeit. Zu dritt hielten wir eine Beratung in Bamberg ab, bei der wir die innerparteiliche Lage in Nordbayern prüften und übereinkamen, unsere Zeitungen auf der gleichen Linie zu führen. In Aschaffenburg war der Sekretär des Gewerkschaftskartells August Karsten⁷³ politischer Berichterstatter für den „Fränkischen Volksfreund“ und zugleich der Agent für den Vertrieb der Zeitung. Unsere Ansichten stimmten überein, wir hielten uns gegenseitig durch häufige Briefe auf dem Laufenden.

Selbst zur Zeit der Bamberger Besprechung war das Ziel dieser Aktivität nicht Vorbereitung einer Parteispaltung, sondern Stärkung der innerparteilichen Opposition mit der Hoffnung, noch während des Krieges oder nach dem Kriege eine Parteimehrheit für die Opposition zu gewinnen. Der gemeinschaftliche Einfluß der drei Zeitungen, die Parteiversammlungen, die wir abhielten, und die Entschließungen für die Minderheit der Reichstagsfraktion, die in den Versammlungen angenommen wurden, waren schließlich nicht mehr zu übersehen. Die Landesleitung Bayern sah sich der Tatsache gegenüber, daß ganz Nordbayern ins oppositionelle Lager überging.⁷⁴

Im Sommer 1916 wurde von der Rechten der Partei der Gedanke eines Kriegsparteitages in die Debatte geworfen, der sofort abgehalten werden sollte. Es war klar, daß auf einem solchen Parteitag die Fraktionsmehrheit eine Parteitagsmehrheit erhalten würde und daß dies als Grundlage für disziplinäres Vorgehen in der Partei gegen die Opposition benutzt werden würde. Gegen diesen Gedanken polemisierte nicht nur die „Leipziger Volkszeitung“. Auch Adolf Braun in Nürnberg hatte seine Bedenken, weil er sofortige Spaltung auf einem solchen Parteitag befürchtete. Er regte an, daß ich mich im „Fränkischen Volksfreund“ ebenfalls gegen die Parteitagsidee wenden sollte, was er mir nicht zweimal zu sagen brauchte, da ich auch von Leipzig aus vor diesen Plänen gewarnt worden war. Die drei nordbayerischen Zeitungen nahmen Stellung gegen die Parteitagsidee.

Zur gleichen Zeit veranstaltete Adolf Braun gemeinsam mit dem früheren Mitredakteur der „Neuen Zeit“, Emanuel Wurm,⁷⁵ eine Einigungs- und Verständigungskonferenz in Nürnberg mit der Hoffnung, aus dem rechten Flügel der Opposition und dem linken der Parteimehrheit eine Fraktion zu bilden, die stark genug

⁷² Chefredakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung – Organ für Jedermann aus dem Volke“ in Hof war Max Blumtritt (1877–1931). Chef der „Fränkischen Volkstribüne“ in Bayreuth war der spätere Reichstagsabgeordnete Fritz Puchta (1883–1945).

⁷³ August Karsten (1888–), 1914–1917 Gemeindebevollmächtigter in Aschaffenburg, 1919 bis 1924 Bürgervorsteher in Peine, 1920–1933 MdR (USPD/SPD).

⁷⁴ Bei der Parteispaltung im April 1917 gingen lediglich die SPD-Ortsvereine Aschaffenburg, Schweinfurt und die Würzburger Sektionen Heidingsfeld und Randersacker mehrheitlich zur USPD über. Der Wahlkreis Hof mit der „Oberfränkischen Volkszeitung“ schloß sich im Oktober 1917 der USPD an; im Verbreitungsgebiet der Bayreuther „Fränkischen Volkstribüne“ gab es jedoch keine USPD-Organisationen. In ganz Nordbayern war das Parteiklima im wesentlichen von Adolf Braun und seiner gemäßigten Einigungspolitik bestimmt. Vgl. Guido F. Knopp, Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917–1920. Unter besonderer Berücksichtigung der „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie“. Phil. Diss., Würzburg 1975.

⁷⁵ Emanuel Wurm (1857–1920), Chemiker 1890–1907 und 1912–1920 MdR, seit 1917 USPD, 1902–1917 Redaktionsmitglied der „Neuen Zeit“. 1918/19 Staatssekretär im Kriegsernährungsamt.

wäre, um sowohl die Linke als auch die Rechte an einer offenen Spaltung der Partei zu verhindern. Ich weigerte mich, an dieser Konferenz teilzunehmen. Sie fand nicht den Anklang, den Adolf Braun erhofft hatte.⁷⁶ Ihr Mißerfolg machte es nur noch klarer, daß die beiden Richtungen in der Partei gewillt waren, hartnäckig an ihrem Kurs festzuhalten, auf Biegen oder Brechen. Die weiteren Entwicklungen dieses Jahres, in dem der Einfluß der Opposition unter dem Druck des herannahenden Hungerwinters und der zunehmenden Kriegsmüdigkeit wuchs, machten Brauns Einigungs- und Versöhnungsbemühungen noch hoffnungsloser.

Die nordbayerische Opposition, an deren Führung ich beteiligt war, stand etwa auf der Linie des Zentrums der späteren USPD. Ich persönlich, der ich in Partei- und Organisationstradition aufgewachsen war, hielt trotz meiner radikaleren Ansichten nicht viel von den kleineren noch radikaleren Gruppen und Richtungen, die damals hervortraten und die im ganzen als Vorläufer der kommunistischen Partei anzusehen sind. Versuche, die von einzelnen dieser Gruppen gemacht wurden, mich zu den ihren zu zählen, fanden keine Gegenliebe. Eines Tages besuchte mich Dr. Hermann Duncker⁷⁷ mit solchen Absichten. Ich legte ihm dar, daß die immer größer werdende Zersplitterung der Opposition sie nur schwächen könne, und ich verwies ihn auf die Erfolge der geschlossenen nordbayerischen Opposition. [. .]

Immerhin, man kann nicht sagen, daß die Wogen des innerparteilichen Kampfes in Nordbayern bis dahin sehr hoch gegangen wären. Anders stand es in Frankfurt, wo die Opposition unter Führung des Sekretärs Robert Dißmann⁷⁸ damals bereits begann, eigene Organisationen aufzuziehen und Versammlungen abzuhalten. Dißmann war ein besonderer Freund des Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour,⁷⁹ der wiederum ein Freund meines Vaters war. Dißmann lud mich ein, in Frankfurter Versammlungen zu sprechen, was ich auch wiederholt tat. Im rein Persönlichen hatte

⁷⁶ Zu der Nürnberger Konferenz am 23. Juli 1916 hatten Adolf Braun, Martin Segitz und Erhard Auer im Auftrag bayerischer SPD-Landtagsabgeordneter etwa ein Dutzend nichtbayerischer Sozialdemokraten eingeladen. Emanuel Wurm galt aufgrund einer falschen Pressemeldung als Mit-Initiator der Konferenz, er nahm überhaupt nicht teil und distanzierte sich energisch von dem Unternehmen. (Vgl. Brief an A. Braun, abgedruckt in: Fränkische Tagespost v. 1. 8. 1916.) Über den Kreis der Teilnehmer an der Nürnberger Konferenz ist wenig bekannt; das Konferenzkommuniqué war sehr allgemein formuliert: „Die freie Zusammenkunft von Parteigenossen verschiedener Richtung, die am Sonntag in Nürnberg stattfand, war eines Sinnes in der Notwendigkeit, den Streit in der Partei zu begrenzen . . . Die versammelten Parteigenossen haben eine Reihe von Vorschlägen erwogen, deren Verwirklichung in der nächsten Zeit geplant ist . . .“ (Fränkische Tagespost v. 25. 7. 1916.) Die SAG-Fraktion reagierte auf die Einigungsbemühungen in Nürnberg mit einer sehr ablehnenden Erklärung. Vgl. Knopp, Einigungsdebatte und Einigungsaktion, S. 7 ff.

⁷⁷ Hermann Duncker (1874–1960), 1893 Beitritt zur SPD, 1903 Redakteur der LVZ, 1911 an der Zentralschule der SPD, ab 1914 Mitglied der Gruppe Internationale, dann des Spartakusbundes, 1919 zusammen mit seiner Frau Käthe Mitglied der Zentrale der KPD, 1923–1933 maßgeblich in der Schulungsarbeit der KPD tätig, 1933 verhaftet, 1936 Emigration, 1947 Rückkehr, 1948 Direktor der Bundeshochschule des FDGB in Bernau.

⁷⁸ Robert Dißmann (1878–1926), 1905 Sekretär des Metallarbeitervereins in Frankfurt, 1912 Bezirkssekretär der SPD, 1917 der USPD für Hessen-Nassau, 1919 Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Vereins, 1920–1926 MdR.

⁷⁹ Georg Ledebour (1850–1947), vom Liberalismus zur SPD, 1900–1918 und 1920–1924 MdR, 1917 Mitgründer der USPD, 1919 Beteiligung am Januaraufstand, nach der Wiedervereinigung von USPD und SPD 1922 führte L. die Rest-USPD weiter, trennte sich 1923 von ihr, gründete 1924 die Splitterpartei „Sozialistischer Bund“ und ging 1931 zur SAPD, 1933 Emigration in die Schweiz.

dies zur Folge, daß ich dort meine erste Frau kennenlernte. Auswärtige Redner wurden von zwei hübschen Mädchen betreut, die begeisterte Anhängerinnen der Opposition waren, Toni und Anna. Toni Sender⁸⁰ war Direktionssekretärin in einem Frankfurter Großunternehmen, Anna Elbert Sekretärin an der Frankfurter Ortskrankenkasse. Ihr Vater, ein aus Würzburg gebürtiger Bildhauer, war damals Verwalter der Gartenstadt Riederwald.⁸¹ Er war ein prominenter Frankfurter Parteigenosse, der während der Revolutionstage vorübergehend das Frankfurter Polizeipräsidium im Auftrag der USPD übernahm.⁸² Ich wurde abwechselnd von beiden Mädchen betreut, und beide versprachen mir, mich in Würzburg zu besuchen. Anna kam zuerst, sie besuchte ihre katholischen Großeltern in Würzburg. Ich fuhr mit ihr nach Nürnberg, wo ich sie Adolf Braun vorstellte, der mir sozusagen seinen väterlichen Segen gab, obgleich wir bereits zu dieser Zeit mehrfach sachlich aneinandergeraten waren. Die Sache endete mit unserer Heirat im Juli 1917. Die beiden Mädchen waren in der Partei ziemlich bekannt, bei der Minderheit der Reichstagsfraktion führten sie den Scherznamen: Ledebours Nichten.

Aber dies band mich noch stärker an die radikalere Entwicklung, welche die Dinge in Frankfurt nahmen, und es führte dazu, daß die Aufmerksamkeit stärker auf mich gelenkt wurde und daß ich eine Reihe von Verbindungen zu oppositionellen Reichstagsabgeordneten aufnahm. Ich hatte in Leipzig einige organisatorische Erfahrungen gesammelt. Die Ausdehnung des oppositionellen Einflusses im Verbreitungsgebiet des „Fränkischen Volksfreunds“ hatte keine besonderen organisatorischen Probleme gezeitigt. In Frankfurt wurde mit allen organisatorischen Mitteln gekämpft. Robert Dißmann gab mir in unseren Unterhaltungen sozusagen Unterricht in allen Tricks der Menschenbehandlung in der Organisation und in allen Kunstgriffen, die man schlechthin als höhere organisatorische Demagogie bezeichnen kann.

Die Differenz zwischen mir und Adolf Braun wurde markanter. Nachdem er erkannte, daß seine wiederholten väterlichen Warnungen von mir nicht beherzigt wurden und ich mich immer stärker exponierte, schloß der Verkehr zwischen uns allmählich ein. Bei einem meiner letzten Besuche bei ihm in Nürnberg traf ich in der Redaktion Dr. Adolf Müller,⁸³ den Chefredakteur der „Münchener Post“. Ich machte aus meinen radikalen Anschauungen kein Hehl. Er dagegen vertrat mir gegenüber die Idee des evolutionären Weges zum Sozialismus: Wachsen, mehr und mehr das Vertrauen des Volkes gewinnen, größere Fraktionen in den Parlamenten, bis wir die

⁸⁰ Toni Sender (1888–1964), seit 1906 Mitglied der SPD und der Gewerkschaft, seit 1917 USPD, 1918 Redakteurin der Zeitung „Volksrecht“, 1919–1924 Stadtverordnete in Frankfurt, 1920 bis 1933 MdR, 1933 Emigration über CSR und Belgien nach New York, wo sie zuletzt den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften bei den UN vertrat. Vgl. Toni Sender, *The autobiography of a German rebel*, New York 1939.

⁸¹ Die „Riederwald-Kolonie“ war keine Gartenstadt sondern eine 1911 errichtete, vom „Volks-, Bau- und Sparverein“ getragene Arbeitersiedlung im Osten Frankfurts. – Hans Elbert (1864 bis 1928), Bildhauer, lebte seit 1890 in Frankfurt und war dort in der Gewerkschaftsbewegung und in der SPD bzw. USPD aktiv, 1901 Geschäftsführer der Riederwald-Kolonie, außerdem ehrenamtlicher Wohnungsinspektor der Stadt Frankfurt.

⁸² Frau Resi Ehlen, St. Petersburg (Florida), eine Tochter Elberts, teilte mit, daß ihr Vater ehrenamtlicher stellvertretender Polizeipräsident in den ersten Wochen nach der Revolution gewesen sei. Möglicherweise war Elbert Mitglied der Präsidial-Kommission, der 3 Vertreter der SPD und 2 Vertreter der USPD angehörten. Vgl. Erhard Lucas, Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19, Frankfurt 1969, S. 65 f.

⁸³ Adolf Müller (1865–1943), 1893–1918 Chefredakteur der Münchener Post, 1899–1918 MdL Bayern (SPD), 1919–1933 deutscher Gesandter in Bern.

weitere Entwicklung in unserem Sinne praktisch beeinflussen könnten. Ich fragte ihn, was er sich vorstelle und was geschehen würde, wenn die anderen unsere Stimmzettel nicht so bewerten würden wie wir selber und eventuell zur Gewalt gegen sozialdemokratische Parlamentsmehrheiten greifen würden. Auch könnten wir Parlamentsmehrheiten erzielen, ohne damit gesellschaftliche Machtpositionen zu gewinnen, die auf Grund der gegebenen Gesellschaftsstruktur in der Hand der anderen bleiben und auch ohne Gewalt erfolgreich gegen unsere Stimmzettelmacht eingesetzt werden könnten. Er gab mir darauf zwei Antworten. Die eine: Wenn wir so weit sind, daß wir an Mehrheiten denken können, werden die anderen klüger geworden sein und es sich überlegen, Gewalt zu gebrauchen. Die andere war etwas metaphysischer: Wenn wir unter demokratischen Verhältnissen so stark geworden sein werden, daß wir regieren können, wird sich vorher die gesellschaftliche Struktur geändert haben. Es war mir klar, daß er von der Haltung der Parteimehrheit im Kriege eine Demokratisierung und die Einbeziehung der Partei in den Staat und das Ende jener autoritären Intoleranz erwartete, die sie bisher davon ausschloß. [. . .]

Ich nahm im September 1916 an der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Berlin teil, auf der die verschiedenen Richtungen zu Worte kamen.⁸⁴ Als ich die Rede Friedrich Eberts⁸⁵ und seine Polemik gegen den Reichstagsabgeordneten Gustav Hoch⁸⁶ gehört hatte, der im Sinne Adolf Brauns sprach, war ich völlig überzeugt, daß er die sehr unbequem anwachsende Minderheit aus der Partei herausbringen wollte, und zwar mit allen Mitteln und um jeden Preis, ehe sie noch durch die steigende Kriegsmüdigkeit im Volke und unter dem Einfluß wachsender Ernährungsschwierigkeiten zur Mehrheit werden würde, was bei objektiver Prüfung aller Umstände nicht nur als möglich, sondern auch als wahrscheinlich erschien. Ich hatte bisher Zweifel gehabt, ob das Drängen einiger Abgeordneter der Fraktionsminderheit auf Gründung einer neuen Partei sinnvoll sei. Aber von diesem Zeitpunkt an war ich fest überzeugt, und zwar stärker als mein Vater, daß die Rechte die Parteisplaltung erzwingen würde. Ich intensivierte deshalb meine Verbindung zu den Führern der Opposition in Berlin und im Reiche. In meinen Versammlungen beschuldigte ich die Rechte der Spaltungsabsichten, ohne indessen für die Gründung einer neuen Partei Propaganda zu machen.

Die Gegenwirkung von Nürnberg und München setzte danach ein. Mich berührte besonders ein Versuch, der meinen Einfluß auf die Schweinfurter Organisation brechen sollte. Es wurde eine Parteiversammlung arrangiert, in der Adolf Braun das Referat halten sollte. Ich war natürlich anwesend und setzte zunächst durch, daß ich ein Gegenreferat erhielt. Die Schlußabstimmung in dieser Versammlung bedeutete eine eklatante Niederlage für ihn. [. . .]

Die inneren Parteiauseinandersetzungen in Nordbayern begannen nun ziemlich erbittert zu werden. Trotz der Geschlossenheit Nordbayerns waren wir immer eine Minderheit in der bayerischen Gesamtorganisation. Wir wußten es und fanden es auf

⁸⁴ Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. – Eine Polemik Eberts gegen Hoch ist im Protokoll nicht nachweisbar.

⁸⁵ Friedrich Ebert (1871–1925), 1913 Vorsitzender der SPD, Nov. 1918 Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten (zusammen mit Hugo Haase), 1919–1925 Reichspräsident.

⁸⁶ Gustav Hoch (1862–1942), 1894 Redakteur der „Volksstimme“ in Frankfurt/M., 1902–1919 Stadtverordneter in Hanau, 1898–1903 und 1907–1928 MdR, gehörte zum linken Flügel der SPD, 1942 nach Theresienstadt deportiert.

einer bayerischen Parteikonferenz in Nürnberg⁸⁷ bestätigt, auf der Erhard Auer⁸⁸ den Kampf gegen uns führte, in einer persönlichen Form, wie ich sie bei den Auseinandersetzungen niemals angewandt hatte. Unter anderem zitierte er Sätze aus einigen Briefen von mir an August Karsten in Aschaffenburg. Ich warf Auer danach vor, daß diese Briefe in seinem Auftrage gestohlen worden seien. Er leugnete es gar nicht, und auf die Mehrheit der Delegierten machte es keinen Eindruck.

Im Winter 1916 auf 1917 war das Leben in Würzburg unter dem Einfluß der bis in den April anhaltenden bitteren Kälte erheblich härter geworden. Ich war inzwischen in eine andere Wohnung gezogen. Meine Wirtin hatte nicht genug Kohle, ich selbst konnte keine erhalten. Mein kleines Schlafzimmer glich im härtesten Winter einem Eiskeller. Schließlich nahm ich mit Zustimmung der Geschäftsleitung täglich nach Redaktionsschluß in meiner Aktentasche zwei Braunkohlenbriketts mit, wohl in Zeitungspapier gewickelt, mit denen ich dann einen kleinen Kachelofen in meinem Schlafzimmer anheizte. Der halbstündige Weg zwischen meiner Wohnung und der Zeitung, den ich morgens um vier Uhr dreißig zu Fuß antreten mußte, war in der bitteren Kälte, die man infolge unzureichender Ernährung besonders hart empfand, kein Vergnügen.

Die Dinge spitzten sich nach der Februarrevolution in Petersburg 1917 zu. Auf einer Tagung vom 6. bis 8. April erfolgte die Gründung der USPD in Gotha,⁸⁹ die selbstverständlich unter dem Eindruck des russischen Geschehens stand. Nach der offenen Parteispaltung nahm der Kampf um die Organisation und die Zeitungen an Intensität zu. Ich hatte an der Gründungsversammlung der USPD nicht teilgenommen, ließ aber in der Organisation wie in der Zeitung keinen Zweifel, daß ich im Geiste

⁸⁷ Die Landeskonzferenz der bayerischen SPD, an der außer den Reichstags- und Landtagsabgeordneten alle wichtigen Funktionäre teilnahmen, tagte am 31. März und 1. April 1917. Ein auch von Geyer verteilter Antrag der nordbayerischen Opposition, der sich gegen die Haltung des Parteivorstands der Minderheit gegenüber richtete, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. In einer Resolution, in der „alle Bestrebungen zur Errichtung von Sonderorganisationen“ verurteilt wurden, sprach sich die Mehrheit der Delegierten für die Einheit und Geschlossenheit der Partei in Bayern aus. Vgl. Vorwärts v. 4. 4. 1917; s. a. Knopp, Einigungsdebatte und Einigungsaktion, S. 26 f.

⁸⁸ Erhard Auer (1874–1945), Angehöriger des rechten SPD-Flügels, 1907–1933 MdL Bayern, 1919–1920 MdR, 1918/19 bay. Innenminister, 1918–1933 Führer der bay. SPD.

⁸⁹ Am 7. Januar 1917 waren die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ und die „Gruppe Internationale“ erstmals zu einer gemeinsamen Konferenz in Berlin zusammengekommen, bei der die Politik des SPD-Parteivorstands verurteilt und über Fragen der Taktik im Reichstag, Eigentumsrechte an Parteizeitungen und organisatorische Probleme der Opposition verhandelt wurde. Der Parteivorstand der SPD wertete am 18. Januar 1917 diese Konferenz als Bruch der Parteidisziplin, beschloß die organisatorische Trennung der Mehrheit von der Minderheit und forderte am 22. Januar die Anhänger der Opposition zum Austritt aus der SPD auf. Im März lud daraufhin der Vorstand der SAG zu der Konferenz in Gotha ein. Die Gegensätze zwischen den beiden Hauptrichtungen der Opposition, dem durch Haase, Dittmann, Ledebour repräsentierten Vorstand der Arbeitsgemeinschaft einerseits und der Gruppe Internationale andererseits, zogen sich, wie schon bei der Januarkonferenz, durch alle Diskussionen und Abstimmungen des Gründungsparteitags. Als Namen für die neue Partei standen zur Debatte „Opposition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, „Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Opposition“, „Internationale Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ und der mit 77 gegen 42 Stimmen angenommene Name „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitags der U.S.P.D. vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin. Hrsg. von Emil Eichhorn, Berlin 1921.

der USPD wirken wollte. Ich machte mir keine Illusionen darüber, daß ich die Würzburger Position behaupten könnte. Mein Freund Freudenberger, der in manchen Dingen erheblich radikaler dachte als ich, schreckte dennoch vor dem Gedanken zurück, die Würzburger Organisation im Kampfe in die USPD zu überführen. Das tat unserer Freundschaft keinen Abbruch; denn ich fühlte wohl, daß er die Imponderabilien der Situation und die Mentalität der Würzburger Bevölkerung im allgemeinen und das Trägheitsmoment besser einschätzte als ich. Er schlug mir vor, wir sollten vorsichtig laviieren unter Vermeidung einer Kampfposition gegen die USPD. Aber ich war entschlossen, über den Rubikon zu gehen, und jede Verhüllung oder das Verschweigen meiner wirklichen Anschauungen hätte mich in Konflikt mit mir selber gebracht. Die russische Revolution schien alle meine Anschauungen und Erwartungen zu bestätigen und feuerte meinen Drang nach Aktivität an. Ich sah voraus, daß ich die Position in Würzburg nicht für die USPD halten konnte, und vor allem hatte ich ein Verlangen nach einem breiteren Wirkungsfeld, mehr im Zentrum des Geschehens. Was die Zeitung anbetraf, so kannte ich ihre wirtschaftliche Lage und die Verschuldung des Verlages an den Parteivorstand sehr genau.

Ende April erschien denn auch Otto Braun⁹⁰ als Vertreter des Parteivorstandes in Würzburg, um die Exekution vorzunehmen. Er gehörte damals wegen dieser Funktion zu den bestgehaßten Leuten bei der Opposition. Eine Sitzung von Verlag, Zeitungskommission⁹¹ und Organisationsleitung wurde veranstaltet. Vor der Sitzung hatte ich ein kurzes vertrauliches Gespräch mit Otto Braun, der mich fragte, ob ich auf meiner Haltung bestehen wolle, es würde keinerlei Schwierigkeiten geben, wenn ich die Anschauungen des linken Flügels der Mehrheitspartei vertreten würde. Ich sagte ihm, ich hätte meinen Entschluß gefaßt, ich verstehe die Lage durchaus, und ich würde ihm deshalb in der Sitzung keinerlei Schwierigkeiten machen. Das schien ihm neu zu sein und ihn angenehm zu überraschen. Tatsächlich hat der Vorfall kein Ressentiment in meine Beziehungen zu ihm gebracht. Wir schüttelten uns die Hände, und dann lief die Sitzung nüchtern ab. Im Einvernehmen mit dem Chefredakteur der Zeitung wurde dessen vierteljährliche Kündigung beschlossen mit der Maßgabe, daß er seine Tätigkeit sofort einstellen sollte.

Ich brach meine Zelte in Würzburg ab und ging nach Leipzig zurück. Ich wußte, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“, die eine Art von Zentralorgan der USPD war, und die Leipziger Parteiorganisation mein nächstes Wirkungsfeld sein würden. Ich war fünfundzwanzigeneinhalb Jahre alt, als ich Würzburg verließ.

⁹⁰ Otto Braun (1872–1955), 1911 Hauptkassierer der SPD, 1920–1933 MdR, 1920–1933 mit kurzen Unterbrechungen preuß. Ministerpräsident.

⁹¹ Alle lokalen SPD-Zeitungen hatten als Kontrollorgan eine gewählte Pressekommission, die die Koordination der Arbeit der Redaktion mit der örtlichen Parteiorganisation gewährleisten sollte. Mit Hilfe der Pressekommission konnte ebenso Einfluß auf die Redakteure genommen werden wie umgekehrt die Redaktionen über dieses Instrument auch auf die Parteiarbeit einwirkten.

2. Kapitel

Rückkehr nach Leipzig und Heirat

Nach meiner Rückkehr nach Leipzig wohnte ich zunächst bei meinen Eltern. Da inzwischen meine Schwester die Dachkammer bezogen hatte, schlief ich nachts auf einem Diwan im Arbeitszimmer meines Vaters. Ich stand in lebhaftem Briefwechsel mit Anna Elbert.¹ Bei meinem letzten Besuch in Frankfurt waren wir übereingekommen, im Sommer zu heiraten, obgleich wir uns klar darüber waren, daß es sehr knapp zugehen würde. Ich wurde mehrfach zu ihren Eltern in der Riederwaldsiedlung eingeladen. Ihr Vater hatte in Frankfurter Schachkreisen einen Namen als starker Spieler. Bei einem der Besuche erzählte ich beiläufig, daß ich auch Schach spielte, was ihn veranlaßte, mich sofort ans Schachbrett zu setzen. Anna sah zu in freudiger Erwartung, daß ich abgeschlachtet werden würde, aber ich gewann die Partie, was bei ihm Verblüffung, bei ihr lautes Triumphgeschrei hervorrief. Übrigens habe ich nicht so rasch wieder eine Partie gegen ihn gewonnen. Auch bei meinem letzten Besuch in Frankfurt vor meiner Heirat spielte ich mit ihm Schach. Mitten in einer Partie knurrte er: „Wollen meine Tochter heiraten?“ Ich antwortete: „Ich hoffe, daß Sie nichts dagegen haben“, worauf er erwiderte: „Das ist Eure Angelegenheit. Sie müssen ja wissen, was Sie tun.“ Von Ersparnissen war weder bei mir noch bei ihr die Rede, aber sie besaß viel Wäsche und sehr viele schöne und elegante Kleider. In Frankfurt galt sie zusammen mit ihrer jüngeren Schwester als eine der Frankfurter Schönheiten. Sie erzählte voll Stolz, welches Aufsehen sie erregt hatte, als sie im Frankfurter Opernhaus im brennend roten Abendkleid langsam die große Treppe heruntergestiegen war. Sie verkehrte in Frankfurter literarischen Kreisen und war mit Hermann Wendel² befreundet. Mit ihrem kastanienroten Haar und ihrer vollen Figur war sie eine auffallende Erscheinung. Ihre betonte Eleganz gab bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen, an denen sie auf das Lebhafteste teilnahm, ihren Gegnern stets Anlaß zu bissigen und selbst ungezogenen Bemerkungen.

[. . .]

Vor ihrer endgültigen Übersiedlung nach Leipzig besuchten wir zu Pfingsten 1917 gemeinsam Weimar. Ausgerechnet vor Goethes Gartenhaus hatten wir unseren ersten soliden Krach. Es war das erste Mal, daß ihr Selbstbewußtsein energisch mit dem meinen zusammenstieß. Es war auch nicht das letzte Mal. Sie hatte eine viel zu starke Vorstellung von ihrer Persönlichkeit, als daß sie mir erlaubt hätte, eine bestimmende Rolle zu übernehmen.³

Anna war zweieinhalb Jahre jünger als ich, aber sie war abgeschlossener und reifer. Das, was man den stillen Machtkampf in einer Ehe nennen kann, war vom ersten

¹ Anna Geyer, geb. Elbert (1893–1973), Besuch der Mittel- und Handelsschule und Gaststudium an der Universität in Frankfurt a. M., 1919 MdL Sachsen (USPD), dann Redakteurin am „Volksblatt“ Halle, Mitarbeit am „Vorwärts“, 1933 Emigration zunächst nach Prag und Paris, dann nach USA.

² Hermann Wendel (1884–1936), sozialdemokratischer Schriftsteller, Redakteur der Frankfurter „Volksstimme“, 1912–1918 MdR, 1933 Emigration nach Frankreich.

³ Der nachfolgende Absatz steht im Original (Ms. S. 92) an späterer Stelle; er wurde wegen des Zusammenhangs und um Wiederholungen zu vermeiden hier eingefügt. Vgl. Anm. 6.

Tage an im Gange. Sie war ehrgeizig für sich selbst, und sie setzte ihren Ehrgeiz daran, mich politisch aufsteigen zu sehen. Sie paßte schlecht in die graue Leipziger Arbeiterwelt. Aber der Kontrast ihrer Erscheinung mit dem, was man im Leipziger Arbeiterparteileben gewohnt war, gab ihr einen Vorteil, als sie später in Versammlungen redete. In der Leipziger Parteihierarchie war sie ein krasser Außenseiter, obgleich sie aus einer angesehenen Frankfurter Parteilfamilie stammte und gewissermaßen ein Veteran des Kampfes gegen die rechtssozialistische Kriegspolitik war. Sie verstand sich schön anzuziehen, mit einem Zug ins Künstlerische im Stile der damaligen Mode. Einer ihrer Hüte von damals ist mir heute noch als Symbol von Eleganz in Erinnerung. Und doch fehlte etwas, was ich intellektuell nicht erfassen und was ich nicht benennen konnte. Ich blicke heute aus sehr großer zeitlicher Entfernung auf diese Anfänge einer Ehe zurück, die bis zum Jahre 1940 weitergeführt wurde, unter mancherlei, zum Teil heftigen Krisen.

Nach ihrer Übersiedlung nach Leipzig nahmen wir zunächst eine möblierte Einzimmerwohnung in Leipzig-Thonberg, einer Vorstadt in der Nähe des Völkerschlachtdenkmal, nicht allzu weit von der Wohnung meiner Eltern entfernt. Ihr Vater hatte ihr beim Abschied dreihundert Mark in die Hand gedrückt. Außerdem brachte sie ebenso viele Bücher mit wie ich selbst besaß, ihre Unterbringung in der gemieteten Wohnung war ein Problem. Der Juli des Jahres 1917 war nicht gerade eine Zeit für traditionelle Hochzeitsreisen, so gingen wir zusammen mit einem meiner Freunde, der eine Freundin besuchen wollte, nach Dresden. Wir hatten dort ein sehr merkwürdiges Erlebnis. Wir besuchten das Café „Italienisches Dörfchen“ am Elbufer, einen Lieblingsplatz der Dresdner Gesellschaft. Anna trug ein weißes, bis zum Halse geschlossenes Kleid und dazu einen außerordentlich breiten weißen Hut, der ihre schöne Haarfarbe besonders hervorhob. Als wir durch das Café gingen, erhoben sich viele Gäste zu unserer Verblüffung neugierig von ihren Plätzen. Wir setzten uns an einen Tisch, und vom Nebentisch hörte ich, was die Sensation war: „Die Frau Kronprinzessin besucht Dresden.“ Die Dresdner Bürger glaubten, in ihr die Kronprinzessin zu sehen, die vor vierzehn Jahren in einem großen Skandal ihren Mann, den späteren König Friedrich August von Sachsen, verlassen hatte und bei Nacht und Nebel aus Sachsen geflüchtet war.

In meinen Ferien besuchten wir Frankfurt. Wir fuhren in einem Nachtzug, natürlich dritter Klasse. Es war kalt, und ich war viel zu leicht angezogen. Das Ergebnis war eine Rippenfellentzündung, verbunden mit einer Bronchitis, die ich lange Zeit nicht loswerden konnte, besonders da ich sie einfach mit Codein zu unterdrücken suchte. Nach unserer Rückkehr wurde die möblierte Wohnung zu unbequem. Wir nahmen noch weiter draußen, praktisch am Stadtrand, im zweiten Stock eines neu gebauten Hauses eine Mietswohnung von zweieinhalb Zimmern, die wir auf das Notdürftigste möblierten. Die Kosten der Wohnung wie die ständig steigenden Lebenshaltungskosten erforderten es, daß Anna eine Stellung als Sekretärin in einem Versicherungsbüro annahm. Wir aßen mittags zusammen in einem scheußlichen Privatmittagstisch in der inneren Stadt. Um dies vorwegzunehmen: in dem Hungerwinter 1917 auf 1918, in dem die Ernährungsverhältnisse in den sächsischen Industriegebieten die schlechtesten im ganzen Reich waren, haben wir redlich mit der Masse der Leipziger Bevölkerung mitgehungert und mitgefroren.

[. . .]

Der Weg zur Arbeit brachte mich jeden Morgen in Berührung mit der Leipziger Arbeiterwelt, und zwar nicht nur in der völlig überfüllten Straßenbahn. Auf beiden

Seiten der langen und engen Straße, die von den Vorstädten zum Stadtinneren führte, ergossen sich die grauen Ströme der Arbeitenden stadtwärts, die Bürgersteige völlig ausfüllend. Die Hauptmasse schwenkte halbwegs zum Stadtinneren nach rechts, nach Osten ab und wurde von den Großdruckereien für Buch- und Kunstdruck aufgenommen. [. ..]

Wachsender Einfluß in der Leipziger Arbeiterbewegung

Meine Stellung in der Leipziger Arbeiterbewegung war anders als die eines von außerhalb der Bewegung gekommenen Intellektuellen. Nicht nur meine Herkunft, sondern auch meine vorhergehende intensive Tätigkeit in der Leipziger Arbeiterjugend trugen dazu bei. Diese Tätigkeit übertrug ich nun auf die Parteiorganisation, in weit ausgedehnterem Maße als in Würzburg. Ich war zwar „der Doktor“ oder der „Doktor Geyer“ – aber ich wurde von den sozialistischen Arbeitern als einer der ihren angesehen, der von vornherein dazugehört hatte. Die Schwierigkeiten, denen die meisten von außerhalb der Bewegung gekommenen Intellektuellen begegneten, obwohl sie tatsächliche Opfer an Einkommen und gesellschaftlichem Status für ihre Tätigkeit in der Sozialdemokratischen Partei brachten, bestanden in Leipzig für mich nicht. So war es mir möglich, meine Anschauungen immer stärker der Organisation der USPD im Leipziger Bezirk aufzudrücken. Ich kann heute nicht mehr sagen, wie viele Mitgliederversammlungen ich damals pro Woche abgehalten habe, aber es waren jedenfalls so viele, daß ich beträchtlich weniger Zeit zum Nachdenken und zu freien Überlegungen hatte als zuvor in Würzburg. Neben meiner Vortrags- und Versammlungstätigkeit stand ein zentraler Rednerausbildungskursus, den ich leitete. Auf diese Weise wuchs ich in eine Stellung hinein, die über die der meisten Mitglieder der Leipziger Parteileitung hinausging, und erwarb ein Ansehen und ein Vertrauen, das in dieser Form nur wenige der führenden Mitglieder der Leipziger USPD besaßen. Es war eine besondere Position, gewissermaßen eine Kronprinzenposition; denn zu allem kam hinzu, daß ich der Sohn meines Vaters war und daß dessen große Beliebtheit sich auf mich übertrug. [. . .] Aber diese Position mußte einigen der Mitglieder der Leipziger Parteileitung mißfallen. Dieses Mißfallen ist später in der Form von Differenzen über sachlich politische Fragen zum Ausdruck gekommen. Damals war ich mir über diese Konsequenz keineswegs im klaren. Mein Gefühl der Solidarität mit ihnen und der Loyalität ihnen gegenüber war so stark, daß mir daneben keine kühl abwägende Analyse meiner eigenen Stellung und der möglichen Konsequenzen möglich gewesen wäre. Aus großer Distanz zurückblickend weiß ich heute, daß ich mir damals schon – also etwa von der Mitte des Jahres 1917 bis zur Mitte des Jahres 1918 – nicht nur Freunde, sondern auch Gegner in den führenden Kreisen der Leipziger Partei gemacht habe.

Diese Parteiorganisation hatte eine repräsentative Verfassung. Die Grundlage bildeten die eingetragenen Parteimitglieder, die ihren Willen in den Mitgliederversammlungen der einzelnen Wohnbezirke zum Ausdruck bringen konnten. Zwischen ihnen und der gewählten Parteileitung wie dem von dieser kontrollierten Sekretariat stand „die Capora“. Dieser Name, der durch Jahrzehnte unverändert gebraucht wurde, war die sächsische Verballhornung der Worte „die in corpore versammelten Funktionäre“, die natürlich aus den unbeholfenen Anfängen der Partei stammten. Die Funktionäre, etwa 1500 an der Zahl, waren die eigentlichen Parteiarbeiter, die

kleinere Werbe- und Organisationsfunktionen ehrenamtlich versahen. Aus ihnen wurde „die kleine Capora“ gebildet, die in Zusammenarbeit mit der Parteileitung das eigentlich entscheidende Organ darstellte. In beiden Körperschaften gewann ich beträchtlichen Anhang, obgleich dies an diesem Zeitpunkt noch nicht offen in Erscheinung trat. Dies beruhte nicht nur auf meiner Kronprinzenstellung, sondern sehr stark auch auf einer für die Leipziger Arbeiterbewegung eigentümlichen Haltung intellektueller Führung gegenüber. Die alte, von Marx und Engels gepflegte Hochachtung vor der Wissenschaft war hier besonders lebendig, und die Leipziger Parteifunktionäre haben stets mit Hochachtung zu den Intellektuellen aufgesehen, die ihre Zeitung redigierten – auf Schönlink,⁴ Stampfer,⁵ Mehring, Dr. Lensch. Obgleich ich nur einer der Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ war, kam ich immer stärker in die Position des führenden Intellektuellen der Leipziger Organisation. Aber mir wurde nicht nur die Hochachtung entgegengebracht, die diese Männer erhalten hatten, sondern ich wurde zugleich von den Leipziger Funktionären als einer der ihnen angesehen. So wuchsen die Voraussetzungen heran, unter denen ich später bewußt nach der Führung griff und sie verwirklichte.

[. . .]⁶

Rein körperlich gesehen, litten wir alle unter der Unterernährung. Der Leipziger Industriebezirk wie ganz Sachsen überhaupt gehörte zu den Gebieten, in denen die Lebensmittelversorgung am niedrigsten war. Das verbundene Einkommen von Anna und mir war nach späteren Begriffen sehr niedrig – aber auch wenn es höher gewesen wäre, hätten wir angesichts der strengen Kriegsrationierung und der allgemeinen Warenknappheit nicht viel damit anfangen können. Es war für uns Ehrensache, innerhalb der Rationierung zu leben und das hieß vom Ersatz. Wir teilten die Not und den Hunger der Leipziger Arbeiterbevölkerung, aber wir hatten nicht die Vergünstigungen, die für Munitionsarbeiter durchgesetzt worden waren. Besonders fehlten uns Obst und frisches Gemüse. Eines Tages entdeckte Anna in einem Geschäft im alten Rathaus eine Glasflasche mit Apfelmus. Das hatten wir seit vielen Monaten nicht gegessen. Wir kauften die Flasche und aßen sie am gleichen Abend aus. Solange es Kartoffeln gab, wechselte das Abendessen zwischen Kartoffelbrei mit weißer Sauce und Kartoffelbrei mit brauner Sauce. Ein baltischer Student, mit dem ich bereits vor Kriegsausbruch befreundet war, kam nahezu täglich anderthalb Stunden weit angelaufen, um in den Genuß dieses Menus zu kommen. Er verrichtete kriegswichtige Arbeit in einer chemischen Fabrik – das heißt, er trug Packkisten von den Waggons zum Lagerhaus. Mein körperlicher Zustand war sehr schlecht, und ich erlitt zwei Anfälle der spanischen Grippe. Der erste war leichter, immerhin war mein Zustand so, daß bei einer Nachmusterung der untersuchende Arzt sagte: „Gehen Sie nachhause, legen Sie sich ins Bett, kommen Sie in acht Wochen wieder.“ Der zweite Grippeanfall überfiel mich morgens in der Straßenbahn, als ich zur Redaktion fuhr. Ich stand im Mittelgang einer völlig überfüllten Straßenbahn – fast ausschließlich Frauen – und ich fiel plötzlich um. Einige hilfreiche Frauen sagten sofort „Grippe“ und ließen mich niedersetzen. Ich fuhr noch nach der Redaktion, mußte aber nach-

⁴ Bruno Schönlink (1859–1901), 1893–1901 leitender Redakteur der LVZ.

⁵ Friedrich Stampfer (1874–1957), 1900–1902 Redakteur der LVZ, 1917–1933 Chefredakteur des „Vorwärts“, 1920–1933 MdR, 1933 Emigration, stand auf dem rechten Flügel der SPD.

⁶ Die gekürzten Passagen (Ms. S. 89–92) enthalten außer einigen Bemerkungen über seine junge Ehe Schilderungen der fränkischen Mainlandschaft, in der sich Curt Geyer in jener Zeit zum Besuch von Verwandten seiner Frau öfters aufhielt.

hause zurückkehren und mich ins Bett legen. Von diesem Anfall erholte ich mich schwer, ich hatte ihn gerade bis auf die letzten Spuren überwunden, als die vorrevolutionären Wochen begannen, so daß ich wieder eine Rednertätigkeit in größtem Stil aufnehmen konnte. Anfang Oktober 1918 wurde ich wieder nachgemustert und diesmal k. v. Feld geschrieben – aber an diesem Zeitpunkt hätte ich selbstverständlich einem Einberufungsbefehl keine Folge geleistet. Ich erhielt auch keinen. Ich will mich nicht mit einer Chronik des politischen Geschehens zwischen dem Sommer 1917 und dem November 1918 aufhalten. Die Zeitung mußte unter der Vorzensur sehr vorsichtig lavieren; dennoch war es möglich herauszuarbeiten, daß die Kluft zwischen der SPD und der USPD sich nicht schloß, sondern sich im Gegenteil erweiterte. Die Hauptstreitpunkte waren zunächst die Friedensresolution⁷ und die Weigerung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, offen auf jede Annexion Belgiens zu verzichten, wodurch unserer Ansicht nach die Friedensresolution entwertet wurde. Dazu kamen die auf der Stockholmer Sozialistenkonferenz⁸ hervortretenden Differenzen. Seit der russischen Revolution vom Februar 1917 und erst recht seit der russischen Oktoberrevolution stand die Parole: „Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen“ im Mittelpunkt unserer Parteipropaganda. Sie gab der Partei das Gesicht der ausgesprochenen Friedenspartei, aber ein erheblicher Teil ihrer Führer verband mit dieser Friedenspropaganda das revolutionäre Ziel. Sie hatten das Beispiel der Bolschewiki vor Augen, welche die Friedensparole benutzt hatten, um ihre Revolution zu entfesseln und zum Siege zu führen. Im Grunde war es diese Doppelgesichtigkeit der USPD, die ihrer späteren Spaltung zugrunde lag.

Vorrevolutionäre Situation in Deutschland unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution

Das Geschehen in Rußland war ein mächtiger Antrieb für die revolutionären Illusionen auf der Linken der deutschen Arbeiterbewegung. Es war in gewissem Sinne eine Wiederholung des Prozesses, der durch die Fernwirkung der russischen Revolution von 1905 hervorgerufen worden war. Aber waren es damals die Anschauungen und Lehren Rosa Luxemburgs gewesen, welche die Doktrin der Linken beeinflussten, so waren es jetzt die Lehren Lenins und Trozki von der Weltrevolution, die zwangs-

⁷ Ausgehend von einer Forderung des Zentrumsabgeordneten Erzberger im Hauptausschuß des Reichstags am 6. Juli 1917 brachten am 17. Juli anlässlich einer Kriegskredit-Debatte Zentrum, SPD und Fortschrittliche Volkspartei eine Resolution im Reichstag ein, in der ein Friedensschluß ohne Annexionen verlangt wurde. Die Friedensresolution bildete den Ausgangspunkt der Zusammenarbeit der drei Parteien im Interfraktionellen Ausschuß und in der späteren „Weimarer Koalition“. Die Nationalliberalen hatten sich nach anfänglicher Zusammenarbeit wieder zurückgezogen und stimmten gegen die Resolution, die USPD übte Stimmenthaltung.

⁸ Auf Initiative der holländischen und skandinavischen Sektionen der alten (II.) Internationale sollte mit dem Ziel einer gemeinsamen Erklärung aller sozialistischen Parteien der kriegführenden und neutralen Länder im Sommer 1917 eine Konferenz in Stockholm stattfinden, die aber von den alliierten Regierungen einerseits und den Bolschewiki andererseits verhindert worden war. Statt dieser von der europäischen Arbeiterbewegung mit großen Hoffnungen erwarteten Friedenskundgebung tagte vom 5.–12. September 1917 in Stockholm die dritte Konferenz der Zimmerwalder Bewegung, dem internationalen Zusammenschluß der oppositionellen Gruppen und Parteien der Arbeiterbewegung. Vgl. Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, S. 78 ff.

läufig dem Weltkriege nachfolgen würde. Die Lehren Lenins über das revolutionäre Machtproblem waren einfach – sie hatten keinen Raum für komplizierte Probleme des Übergangs und der Umschaltung in einer Revolution, sondern rieten ganz einfach: zerschlagt alle bisherigen Staatsorgane und schafft völlig neue. Theoretisch geriet ich in diesen Monaten immer stärker in den Bann dieser Anschauungen. Und doch war in dieser Erwartung der Revolution auf Grund des russischen Vorbildes und der Lehren der Bolschewiki etwas von dem Warten auf das große Wunder.

Bei verschiedenen Gelegenheiten veranstaltete die Leipziger Parteileitung im Einklang mit den Anweisungen des USPD-Parteivorstandes politische Demonstrationen. Nahezu alle diese Demonstrationen waren nicht viel mehr als glorifizierte Parteitreffen, einige von ihnen hatten nur den Umfang großer Mitgliederversammlungen. Es war klar, daß es uns nicht gelang, die Masse der Arbeiterbevölkerung, die damals vorwiegend aus Frauen, Munitionsarbeitern und unabkömmlichen Arbeitern bestand, wirklich in Bewegung zu bringen, was immer auch ihre Gefühle über den Krieg und die Not und den Hunger waren. Damals begegnete ich den Fragen, die mich späterhin bei der kritischen Überprüfung der marxistischen Doktrin theoretisch stark beschäftigt haben: Warum kommen die Massen nicht in Bewegung? Was bringt die Massen in Bewegung? Was müssen wir tun, um sie in Bewegung zu bringen? Im Grunde lief dies auf die Frage hinaus: „Wie macht man eine Revolution?“ Die Antwort auf diese Frage schien uns gegeben durch das Beispiel der bolschewistischen Revolution, nämlich in geeigneter Situation die Forderung des Friedens zu benutzen, um mit ihr in die Macht zu reiten und dann die Macht für sozialistische Zielsetzungen zu gebrauchen. Wir rückten damit nicht nur näher an die bolschewistische Doktrin heran und nährten die durch sie vermittelten Illusionen, wir begannen auch, in den Bolschewiki unsere natürlichen Verbündeten zu sehen. Damit kam die Ostorientierung des radikalen Flügels der USPD in Gang, und mit ihr das Bekenntnis zum revolutionären Defätismus.⁹ Ich habe bereits erwähnt, daß wir uns in den ersten Kriegswochen in die Erwägung geflüchtet hatten, daß der Krieg ohne Sieger und Besiegte, ohne Annexionen und Entschädigungen enden müßte. Zwischen dem revolutionären Defätismus auf der äußersten Linken und dem unbedingten Siegeswillen bei den Vertretern der äußersten Rechten in der Sozialdemokratischen Partei gab es viele Nuancen und Meinungsschwankungen je nach der Kriegslage. Noch nach dem Ausbruch der Februarrevolution in Rußland bis zur Oktoberrevolution, welche die Bolschewiki an die Macht brachte, lag der Haltung der USPD die Erwägung zugrunde, daß Wilhelm II. nicht als Sieger durch das Brandenburger Tor zurückkehren dürfe, weil dies nach der Ansicht aller führenden USP-Mitglieder den Beginn einer europäischen Reaktionsperiode, die Verewigung des Scheinkonstitutionalismus der deutschen Verfassung und der Machtstrukturen des wilhelminischen Kaiserreichs und vor allem den endgültigen Sieg der nationalistischen Ideen über die Volksmassen bedeutet hätte. Aber sollte man darum den Sieg der anderen wünschen, den Sieg des englischen und französischen Nationalismus? Dieses Problem wurde namentlich unter den jüngeren intellektuellen Anhängern der USPD sehr vorsichtig, aber immer wieder diskutiert, ohne daß von der Bildung einer ein-

⁹ Lenin hatte nach Kriegsausbruch eine Politik des Defätismus propagiert: „Die Sozialisten müssen den Massen klar machen, daß es für sie kein Heil ohne die revolutionäre Niederwerfung der ‚eigenen‘ Regierungen gibt und daß ihre Kriegsverlegenheiten eben zu diesem Zwecke ausgenutzt werden müssen.“ Vgl. W. J. Lenin, Sozialismus und Krieg, in: Lenin, Werke, Bd. 21, Berlin (O) 1974, S. 317.

heitlichen Meinung unter ihnen gesprochen werden konnte. [. . .] Obwohl ich schon vor dem Ersten Weltkrieg nicht verkannte, wie stabil die Machtverhältnisse im wilhelminischen Kaiserreich waren, hatte ich mich doch dem Glauben an die Revolution verschrieben. Während der ersten beiden Kriegsjahre jedoch hätte ich nicht gewagt, mir selber zu sagen: die deutsche Niederlage ist die Voraussetzung einer deutschen Revolution. Auch ich habe damals wie die Mehrheit der Kriegsopposition auf die Frage, wie der von uns geforderte Frieden aussehen sollte, mit der Formel geantwortet: ohne Sieger und Besiegte. Unter innenpolitischem Gesichtspunkt – und die Kriegsopposition von damals wie die USPD in ihren ersten Anfängen war vorwiegend innenpolitisch orientiert als Vertreterin intransigenter Opposition gegen das wilhelminische System – schien uns, daß das Scheitern des deutschen Angriffs, ein Kriegsausgang, der die Realisierung aller deutschen Machtforderungen und Annexionswünsche verhinderte, dem Prestige des Kaisertums und der herrschenden Volksschichten genügend Abbruch tun würde, um den Boden für revolutionäre Entwicklungen vorzubereiten. Auf dieser Grundlage konnte die USPD in ihrem Vorläuferstadium wie in ihren ersten Anfängen eine vollwertige Antwort geben auf die Frage, wie sie sich den Frieden vorstellte, nachdem sie einmal die Forderung des Friedens auf ihr Banner geschrieben hatte.

Aber nach der russischen Oktoberrevolution vom Jahre 1917 war in dieser Hinsicht die Ideologie der USPD nicht mehr einheitlich. Die Friedensforderung und die sozialrevolutionäre Zielsetzung fielen auseinander, als die entschiedensten Anhänger der sozialrevolutionären Richtung sich dem Standpunkt annäherten, daß die Friedenssehnsucht der Massen – auch wenn es ein Frieden nach einer Niederlage sein würde – benutzt werden müßte, um revolutionäre Bewegungen mit sozialrevolutionärer Zielsetzung gegen das bestehende Regime in Gang zu bringen. Das war die Lehre, welche die Propaganda der Sowjetregierung während der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk,¹⁰ deren oberster Sprecher Leo Trotzki war, den deutschen Arbeitern, die sich zur USPD bekannten, und ihren Führern einhämmerte.

Diese Entwicklung war in Berlin deutlicher als in Leipzig, diese Anschauungen beherrschten in Berlin die sogenannten „revolutionären Obleute“,¹¹ jene Organisation von Betriebsvertretern, die später eine entscheidende Rolle bei den Berliner revolutionären Vorgängen spielte. In unserer Zeitung wie in der Leipziger Parteileitung hatten wir bisher Leipzig für den Vorort der USPD gehalten. Daß wir es nicht waren und daß die Führung in Berlin konzentriert wurde, konnten wir aus Anlaß des

¹⁰ Die Friedensverhandlungen mit Rußland hatten am 20. 12. 1917 begonnen, waren am 10. 2. 1918 unterbrochen worden und erst nach dem deutschen Vornarsch (18. 2. 1918) abgeschlossen worden. Der Diktatfriede von Brest-Litowsk vom 3. 3. 1918 wurde im Reichstag gegen die Stimmen der USPD ratifiziert. Vgl. Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/München 1966. – Leo Trotzki (1879–1940), führender Organisator der Oktoberrevolution, als Volkskommissar für Äußeres (1917–1918) anfänglich Leiter der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, stand als Gegner des Friedensschlusses in Opposition zu Lenin.

¹¹ Die Revolutionären Obleute entstanden unter Führung von Richard Müller (neben den später E. Däumig und G. Ledebour traten) als oppositionelle Gruppe gegen die Burgfriedenspolitik der SPD und der Gewerkschaften. Die Revolutionären Obleute kamen überwiegend aus der Dreher-Branche des Berliner Metallarbeiterverbandes, hatten den Schwerpunkt in Berlin und verstanden sich innerhalb der USPD als (locker organisierte) Sondergruppe, die einen strikten Rätekurs steuerte. Vgl. Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, S. 71 ff.

Januar-Generalstreiks von 1918¹² erkennen, der die Reichsregierung von einem Diktatfrieden gegen Sowjetrußland abhalten sollte. Bei dieser Gelegenheit trat die Ostorientierung scharf hervor. Den Anweisungen der USPD-Zentrale folgend, riefen auch wir in Leipzig zum Generalstreik auf, aber es war klar, daß das Zentrum revolutionärer Aktivität und Vorbereitungen in Berlin lag. Der Streik verhinderte den Frieden von Brest-Litowsk nicht, aber er schuf als erste große Aktion eine Kampftradition und er stellte engere Verbindungen zwischen der Organisation der Obleute und der zentralen Parteileitung der USPD und den Bolschewiki her. Die von den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ausgehende politische Friedenspropaganda für die Völker aller kriegführenden Mächte schuf eine wichtige Grundlage für unsere kommenden revolutionären Organisationen. Heute bin ich mir theoretisch und praktisch vollkommen darüber im klaren, wo die Grenzen der Wirksamkeit von Propaganda liegen und daß es Ereignisse und Erlebnisse sind, die große Volksmassen in Bewegung bringen. Dann kann Propaganda wirksam werden – der Prozeß verläuft nicht umgekehrt.

Die Stimmungen in der deutschen Arbeiterschaft von damals im allgemeinen wie auch in Leipzig waren durchaus abhängig von der jeweiligen Kriegslage. Die revolutionäre Aufwallung, die sich im Januarstreik gezeigt hatte, verebbte beim Beginn der Märzoffensive.¹³ Der Zusammenhang der Stimmung der Soldaten an der Front mit der Stimmung in der Heimat war sehr eng. Solange von der Front die Anschauung ausging, daß Frieden durch den Sieg möglich wäre, blieb die Propaganda des Friedens ohne Sieger und Besiegte auf breiteste Volksmassen ohne Eindruck.

Nach dem Ende der Märzoffensive folgten die Monate der Erwartung neuer Offensiven. In diesen Monaten suchte die Reichsregierung die Stimmung zu heben mithilfe der sogenannten Durchhalte-Propaganda. Ich fuhr im Auftrag der Redaktion zu einer der Sitzungen, die in Dresden für die Chefredakteure der sächsischen Zeitungen veranstaltet wurden, und hörte mir dort einen optimistischen Vortrag eines Majors an, der das Thema „Wir schaffen’s“ – nämlich den Frieden durch den Endsieg – abhandelte. [. .]

In diesen Wochen nach der Märzoffensive trat in Leipzig die zum Kampfe gegen die Friedensresolutionsmehrheit des Reichstages gegründete Vaterlandspartei¹⁴ besonders stark hervor und wurde sehr aktiv – die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk [3. März 1918] und von Bukarest¹⁵ schienen zu zeigen, daß die Friedensresolution überholt und nicht mehr als Richtlinie der Politik des Reiches anzusehen sei. Der Führer der Vaterlandspartei in Leipzig war mein früherer Lehrer, Professor Erich Brandenburg. Das Leipziger Bürgertum, das in seiner großen Mehrheit nationallibe-

¹² Vom 28. 1. – 4. 2. 1918 kam es von Berlin ausgehend in zahlreichen Städten zum ersten politischen Massenstreik in Deutschland, bei dem für einen Frieden ohne Annexionen, für die Demokratisierung, gegen den Belagerungszustand und für bessere Ernährung demonstriert wurde.

¹³ Die erste deutsche Offensive des Jahres 1918 erfolgte zwischen 21. 3. und 6. 4. mit drei Armeen in der Picardie.

¹⁴ Die Deutsche Vaterlandspartei propagierte unter dem Vorsitz von A. v. Tirpitz und Wolfgang Kapp seit September 1917 die alldeutschen Annexionsziele (Belgien, Luxemburg, Holland, Teile Polens und Frankreichs, baltische Ostseeprovinzen, Gebiete in Westrußland und der Ukraine) und ein großes deutsches Kolonialreich in Afrika. Die Partei, die sich als Sammlungsbewegung für eine „kraftvolle Reichspolitik“ verstanden hatte, löste sich Ende 1918 auf.

¹⁵ Im Frieden von Bukarest (7. Mai 1918) hatte Rumänien Gebietsabtretungen hinnehmen und weitgehende wirtschaftliche und handelspolitische Zugeständnisse an Deutschland machen müssen.

ral war, trat angesichts der neuen Hoffnungen auf den Endsieg auf den Boden der Vaterlandspartei. Diese veranstaltete eine Massenversammlung im großen Saal des Leipziger Zoo mit Professor Brandenburg als Redner. Das war für mich eine willkommene Gelegenheit. Ich besuchte die Versammlung mit einer beträchtlichen Anzahl unserer Parteianhänger und Mitglieder der Arbeiterjugend. Wir bildeten in dieser Versammlung eine sehr starke Minderheit. Ich verlangte das Wort nach Brandenburgs Rede und erhielt es, als ich darauf hinwies, daß uns öffentliche Versammlungen nicht erlaubt waren. Ich begann die Illusionen der Siegeshoffnungen aufzuzeigen und zu widerlegen und Brandenburgs Anschauungen anzugreifen. Seine empörte Gefolgschaft hörte einige Zeit zu, dann schrie sie mich nieder. Wir sprengten darauf regelrecht die Versammlung. Ich hatte damit die öffentliche Aufmerksamkeit auf mich gezogen und sie wandte sich von mir nicht mehr ab.

Dann kam die Julioffensive [15.–17. Juli 1918], deren Anfangserfolge beim Leipziger Bürgertum Siegesjubiläum hervorriefen, der mit dem Siegesjubiläum der ersten Kriegswochen durchaus vergleichbar war. Am Abend des dritten Tages dieser Offensive hatte ich an einer Parteisitzung teilgenommen und hatte mir dann die letzten Telegramme angesehen, die es deutlich machten, daß die Offensive steckengeblieben war und eine gefährliche Gegenoffensive eingesetzt hatte. Aber an diesem Tage standen die Leipziger Bürger unter dem Eindruck der Tatsache, daß deutsche Truppen wieder die Marne überschritten hatten. Im Siegesjubiläum flossen Bier und Wein in Strömen. Die Straßenbahn war überfüllt mit braven Leipziger Bürgern, alle angetrunken, sie lachten und sangen und schlugen sich gegenseitig auf die Schultern. Ich hing im Mittelgang eingekeilt an der Strippe, als auch mir plötzlich jemand auf die Schulter schlug. Ich sah mich um, es war mein Hauswirt, ein nationalliberaler Stadtverordneter, der ebenfalls an der Strippe hing. Auch er war völlig betrunken und strahlte über das ganze dicke Gesicht. Er gröhlte: „Herr Doktor, wir siegen, wir siegen! Jetzt ist der Krieg bald aus, und wir sind die Sieger. Wir sind wieder über der Marne, wir sind wieder über der Marne, wissen Sie, was das heißt, natürlich wissen Sie, was das heißt, wir haben's geschafft. Erst der Sieg, dann der Frieden! Nun werden wir alle reich, ich werde reich, Sie, Herr Doktor, werden reich, jedermann wird reich“, und in dieser Tonart redete er während der ganzen Zwanzigminutenfahrt auf mich ein. Ich habe mich oft gefragt, welche Gefühle er gehabt haben muß, als er am anderen Morgen in der Zeitung die offiziellen Beschwichtigungsnachrichten las. Der Vorfall ist mir visuell und wörtlich so stark im Gedächtnis geblieben, weil er den kommenden Stimmungszusammenbruch erklärt. [...]

Ich verfolgte in den nächsten Tagen genau die Telegramme. Sie vermittelten den Eindruck eines Rückschlags und eines strategischen Rückzugs der Offensivtruppen, der nicht einmal bis zu ihrer Ausgangsstellung zurückführte, aber nicht mehr. Dann kam der 8. August.¹⁶ Am nächsten Tage blieb ich zuhause, weil ich noch unter Grippenachwirkungen litt. Anna holte ein Abendblatt, sie kam zurück und sagte: „Das verstehe ich nicht, was ist denn geschehen?“ Ich sah mir die Zeitung an und wog die offiziellen Formulierungen ab: ernste Lage, bedauerlich, unerwarteter Einbruch, kein Grund zur Panik. Panik! Was war denn geschehen? Am anderen Tage ging ich auf die Zeitung, sah mir die Telegramme an und sprach mit den Kollegen.

¹⁶ In der Schlacht bei Amiens (8.–11. August 1918) brachen britische Panzer tief in die deutschen Linien ein. Ludendorff nannte den 8. August den „schwarzen Tag des deutschen Heeres“.

Wir waren uns darüber einig, daß die Kriegslage sich entscheidend geändert habe und daß die Hoffnung der Regierung, doch noch zum Frieden durch Sieg zu kommen, endgültig dahin sei. Es ist für die damaligen Stimmungen und Erschöpfungszustände bezeichnend, daß wir zunächst nicht an Revolution dachten, sondern daran, daß die kaiserliche Regierung sich nun zum Frieden würde bequemen müssen. Wir sahen den Frieden wirklich herannahen. Am Nachmittag dieses Tages ging ich mit Anna vor dem Eingang zum Südfriedhof im Sommersonnenschein spazieren. Wir redeten über die Befreiung vom Druck des Krieges durch den nun unvermeidlich gewordenen Frieden, und dann begannen wir uns vorzustellen, was sein würde und wie es sein würde, in der primitivsten Form, und wie es uns und jeden berühren würde. Anna sagte träumerisch: „Es wird also wieder so etwas Märchenhaftes wie Schokolade geben“, und dann zählten wir auf, was wir am meisten entbehrt hätten. Es war wirklich kein revolutionäres Gespräch.

Aber bald hatten wir das Gefühl der herannahenden Katastrophe, nachdem wir von der Erregung in Berlin und der Stimmung im Reichstag unterrichtet worden waren. Es war offenkundig, daß mindestens ein Regimewechsel erfolgen würde und daß die Kriegsdiktatur zu zerbrechen begann.¹⁷ Auf mich und meinen Vater machte es größten Eindruck, als wir in einem Brief meines Bruders, der an der Ostfront in der Nähe von Luck stand, das Wort „Revolution“ lasen. Mit dünnen Worten stand darin, daß die Truppe überzeugt sei, daß nun die Revolution in Deutschland gänzlich unvermeidlich sei. Das ließ uns aufhorchen und aufwachen!

Es war nicht ganz einfach, einem größeren Kreis als unseren engsten Parteifunktionären das Verständnis dafür zu vermitteln, daß die kritische Stunde gekommen war und daß der Augenblick wirklicher politischer Aktivität der Arbeiterschaft herannahte. Die Wandlung in der Situation war so drastisch, daß die nackten Berichte darüber, so wie sie die Zeitung über die Vorgänge und Beratungen und den kommenden Regierungswechsel in Berlin geben konnte, einer Erläuterung und propagandistischer Auswertung bedurften. Wir standen vor der Aufgabe, die arbeitende Bevölkerung aus dem lethargischen Gefühl zu wecken, daß es immer so weitergehen werde, und ihr zu sagen, daß für sie die Stunde des aktiven Eingreifens herannahe. In der unter Zensur erscheinenden Zeitung war dies nicht möglich, große öffentliche Versammlungen wurden uns nicht erlaubt, so blieb uns nur der Weg, erlaubte und anmeldungspflichtige Mitgliederversammlungen abzuhalten, und zwar so viele wie möglich. Ein erheblicher Teil dieser Versammlungen wurde von mir gehalten. Die Erfahrungen, die ich dabei machte, zeigten mir, daß offenbar die Frontsoldaten im Westen und Osten die Lage und die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen weit deutlicher erkannten als unsere Arbeiterbevölkerung, selbst als unsere Parteimitglieder in Leipzig. Mit allem, was ich über die Vorgänge vor und hinter den Kulissen in Berlin wußte, vermittelten die meisten dieser Versammlungen mir einen merkwürdigen und enttäuschenden Eindruck. Vor fünfzig bis hundertfünfzig eben von der Arbeit gekommenen müden Menschen in einem kleinen Saal von großen Dingen, vom Sturz

¹⁷ Angesichts der sich im Sommer 1918 abzeichnenden militärischen Niederlage forderte die Oberste Heeresleitung die Beteiligung der Mehrheitsparteien (SPD, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei) an der Reichsregierung, um Waffenstillstandsverhandlungen die Wege zu ebnen. Mit der am 3. Oktober 1918 gebildeten Regierung Max von Baden vollzog sich der Übergang vom konstitutionellen zum parlamentarischen System in Deutschland. Vgl. Heinrich Potthoff, Der Parlamentarisierungserlaß vom 30. September 1918, in: VfZ 20 (1972), S. 319–332 (dort weitere Literaturangaben).

der Monarchie und Revolution zu reden, selbst in verhüllten Ausdrücken, erschien dabei als eine nicht adäquate Aufgabe. In manchen der Versammlungen erlebte ich, daß die Zuhörer mir einfach nicht glauben wollten, als ich ihnen die tatsächlichen Berliner Vorgänge um die Neubildung der Reichsregierung, die Panik der Obersten Heeresleitung und den völligen Stimmungszusammenbruch der bürgerlichen Parteiführer und deren Entsetzen vortrug. Eine dieser Versammlungen – sie waren alle polizeilich überwacht – ist mir besonders im Gedächtnis geblieben. Sie fand in einem südlichen Vorort Leipzigs in einem kleinen Saal eines kleinen Gasthofs statt. Meine Absicht war, die Zuhörer aufzurütteln und sie auf revolutionäre Ereignisse vorzubereiten. Nach meiner Rede erbat ein älterer Arbeiter das Wort – eines unserer geschätzten Parteimitglieder – und nach einigen Komplimenten für mich kam die Frage, ob ich nicht eine sehr gefährliche Rede gehalten hätte. Ich antwortete, das beste Zeichen dafür, daß ich die Lage und die Auflösung des alten Systems richtig dargestellt hätte, sei die Tatsache, daß der überwachende Polizeibeamte nicht eingzugreifen gewagt habe. Der Beamte sah mich erstaunt an, dann beugte er sich wieder über seine Notizen und nahm auch diese Äußerung von mir in sie auf. In allen diesen Versammlungen war es ganz offensichtlich, daß Anweisung an die Polizei ergangen war, sie nicht zu stören. Es war eine merkwürdige Lage. Es war ganz offensichtlich eine vorrevolutionäre Situation – aber die Leute, die sie zu einer revolutionären verwandeln sollten, mußten mühevoll zum Verständnis der Situation gebracht werden, während die Staatsgewalt selbst es begriffen hatte und deutlich zu resignieren begann. Da aber von Tag zu Tag die Ereignisse sich überstürzten, wurde unseren Mitgliedern klarer und klarer, daß es wirklich so weit war. Besonders nach der Amnestie für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg¹⁸ – Frau Luxemburg war vor ihrer Verhaftung eine Hauptmitarbeiterin der Zeitung gewesen – wurde es deutlich spürbar, daß auf der einen Seite die Niedergeschlagenheit des Bürgertums, auf der anderen die Unruhe der Leipziger Arbeiter, die allmählich in Bewegung kamen, anwuchs. Noch ein Vierteljahr zuvor hatten wir mit kleinsten Mitteln arbeiten müssen. Ich erinnere mich, daß der Lokalredakteur der Zeitung, der spätere sächsische Innenminister Hermann Liebmann,¹⁹ der neben mir das jüngste und aktivistischste Mitglied der Parteileitung war, und ich selber einst zehntausend Handzettel, die zu einer Demonstration aufriefen, selber drucken mußten. Jeder druckte fünftausend, und zwar jeder auf einer ganz kleinen Handdruckerei in Privatwohnungen, er in einem nördlichen, ich in einem südlichen Arbeitervorort. Den Satz hatte uns nach Arbeitsschluß heimlich und verbotenerweise ein Setzer in der Zeitung hergestellt. Die Geschäftsleitung hätte nicht gewagt, sich darauf einzulassen.

Jeden Tag diskutierten wir in der Redaktion der Zeitung, wie wir uns verhalten sollten. Die Auflage der Zeitung war seit dem Sommer langsam gestiegen, gemessen jedoch an der Zahl unserer Parteimitglieder und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter war sie viel zu niedrig. Ein rechtssozialistischer Versuch, ein Konkurrenz-

¹⁸ Karl Liebknecht war am 23. Oktober 1918 aus dem Zuchthaus Luckau entlassen worden, die LVZ feierte ihn in einem Artikel „Wir grüßen Dich, Liebknecht“ vom 23. 10. 1918. Rosa Luxemburg konnte trotz der preußischen Amnestie für politische Gefangene erst am 9. November das Breslauer Gefängnis verlassen; sie hatte sich seit 10. Juli 1916 in „Sicherheitshaft“ befunden.

¹⁹ Hermann Liebmann (1882–1935), seit 1912 Redakteur bei der LVZ, USPD-Mitglied, 1918 bis 1923 Stadtverordneter in Leipzig, 1918–1933 MdL, 1923–1924 sächsischer Innenminister.

organ ins Leben zu rufen, war ein kläglicher Mißerfolg geblieben.²⁰ Als nun der Bevölkerung klar wurde, was vor sich ging und bevorstand, wuchs unsere Auflage rasch an. Die Bevölkerung, die sich von den großen bürgerlichen Zeitungen Leipzigs in die Irre geführt fühlte, wandte sich uns zu. Ich schlug nun vor, und zwar jeden Tag aufs neue, nicht auf weitere offizielle Lockerung oder Aufhebung der Vorzensur zu warten, sondern aus eigenem revolutionären Recht die Zensur abzuwerfen und ohne Vorzensur frei zu erscheinen. Wenn die Zeitung frei wäre, könnte sie das vornehmste Propagandamittel zur Aufrüttelung der Arbeiterbevölkerung werden. Ich stieß auf den hartnäckigen Widerstand des Chefredakteurs Hans Block, hinter dem nicht so sehr die Parteileitung als die geschäftliche Leitung der Zeitung stand, die Beschlagnahme oder Zerstörung ihrer Maschinen befürchtete. Vergebens wies ich darauf hin, daß wir uns dagegen schützen könnten und daß dies den Übergang zur revolutionären Aktion erleichtern würde. Eines der Gegenargumente gegen meine Vorschläge war übrigens, daß wir schon hinreichend frech geworden seien und daß es erstaunlich sei, was die Vorzensur alles durchlasse. Das bezog sich weniger auf die Leipziger als auf die Berliner militärische Zensurbehörde, die schon Wochen vor der Revolution in ziemlicher Auflösung war. Nun galt der Grundsatz, daß alles, was die Berliner Vorzensur passierte, auch anderswo gedruckt werden konnte, ohne der örtlichen Zensur unterbreitet zu werden, auch konnte man dafür nicht belangt werden. In diesen Tagen ließ die Berliner Vorzensur ein Gedicht passieren mit dem Refrain: „Kronen werden auf dem Pflaster rollen.“ Wir druckten es in Fettdruck an der Spitze des Blattes und mußten im Laufe des Nachmittags und Abends diese Nummer in vielen tausenden von Exemplaren für den Straßenverkauf nachdrucken.²¹ Aber das genügte mir nicht. Ich wollte den revolutionären Akt aus eigenem Recht, aber ich konnte ihn nicht durchsetzen, obgleich ich in der Redaktion sehr kräftige Unterstützung fand. Als am 2. November allgemein die Zensur eingeschränkt wurde und wir öffentliche Versammlungen abhalten konnten, war es grotesk, daß die Zeitung, die schon ganz offen revolutionäre Propaganda betrieb, sich formal mit bürokratischer Exaktheit an die Vorschriften der Zensurbehörde hielt. Für mich war diese Vorsicht noch grotesker, wenn ich sie an den Reden maß, die ich in diesen Versammlungen hielt.

Ein weiterer Punkt, der nicht in der Parteileitung, sondern in der Redaktion, das heißt unter den Intellektuellen der Partei diskutiert wurde, war die Frage, welche Form der kommenden Revolution gegeben werden sollte. Mein Vater und ich hatten etwa September oder Anfang Oktober in einem lockeren Gespräch versucht, in die

²⁰ Die „Freie Presse“ erschien vom 1. 7. 1917 – 30. 9. 1922 als SPD-Organ in Leipzig. Bis Ende 1917 war sie in Altenburg gedruckt worden, am 1. 10. 1922 wurde sie wieder mit der LVZ vereinigt.

²¹ Gemeint ist sicherlich folgendes Gedicht, das in der LVZ vom 12. Oktober 1918 auf Seite 1 veröffentlicht wurde:

Es dämmert
Herunter die Fetzen
vom morschen Thron!
Herunter die Götzen
von Babylon.
Oh Krone, ob Fetisch
es gilt uns gleich!
Es tagt majestätisch
ein neues Reich!

Auf tönernem Rande
du goldnes Vieh:
Großmoloch der Schande,
herab aufs Knie!
Moloch wie Mammon:
im Blut, im Kot!
Ihr Kinder Ammon,
es dämmert rot!

Es dämmert, es dämmert,
bald wird es Licht;
es hämmert, es hämmert:
das Weltgericht!
Horch! horch! das Geläute!
Dröhnender Schlag!
und morgen und heute
ist jüngster Tag!

M. v. Stern

Zukunft zu sehen und uns schlüssig zu werden, was wir tun würden, wenn wir regierten. Für Sachsen schien uns die Lage ziemlich unproblematisch zu sein und für Groß-Leipzig erst recht. Bei einer demokratischen Neuwahl des sächsischen Landtags, die nach dem Machtübergang kurzfristig verordnet werden konnte, würde sich eine Mehrheit aus Unabhängigen und Rechtssozialisten ergeben und also eine sozialistische Regierung. In Groß-Leipzig würde eine unabhängige Mehrheit selbstverständlich sein, so daß die Form unseres Regimes nach dem Sturz des alten nicht von erstrangiger Bedeutung sein würde. Wir legten diesen Betrachtungen die Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen zugrunde. Besonders mein Vater, der die Tradition unaufhörlicher Kämpfe um ein wirklich freies demokratisches Landtagswahlrecht in Sachsen verkörperte, neigte diesen Anschauungen zu. Aber in diesen Tagen wandelten sich Situationen wie Anschauungen blitzschnell, und besonders nach der Haftentlassung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ging von den Berliner Obleuten eine starke Propaganda für die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten nach sowjetischem Vorbild und zugleich für ein Bündnis zwischen der kommenden deutschen und der russischen Revolution, praktisch für enge Zusammenarbeit der USPD und der revolutionären deutschen Arbeiter mit den Bolschewiki aus. Liebknechts Propaganda brachte das Problem auf die Formel: „Die russische Revolution ist in Gefahr, wenn ihr die deutsche nicht zu Hilfe kommt – Weltrevolution oder Untergang, auf zur Tat!“ Diese Frage wurde sehr schnell in der USPD umstritten, besonders nachdem unmittelbar vor dem 9. November die russische Botschaft aus Berlin ausgewiesen worden war und die Regierung Max von Baden die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abbrach.²² Von vornherein wurde das Problem „Westorientierung oder Ostorientierung“ aufgeworfen.

Einige Tage nach der Haftentlassung Rosa Luxemburgs bat mich der Chefredakteur Hans Block um eine vertrauliche Unterredung. Er sagte, es sei anzunehmen, daß Rosa Luxemburg und ihr Mitarbeiterkreis auf die Bildung von Arbeiterräten statt demokratischer Lösungen drängen würden und daß solche Anschauungen auch im Parteivorstand der USPD Anhänger besäßen, während andere, besonders der Führer der Partei, Hugo Haase, Bedenken dagegen hätten. Für ihn gehe es um den Kurs der Zeitung, wir müßten damit rechnen, daß die Gruppe Luxemburg, die früher die Seele der Zeitung gewesen war, Einfluß auf die Zeitung in diesem Sinne zu gewinnen suchen werde. Er wußte natürlich, daß ich das Haupt der radikalen Richtung in der Leipziger USPD war, und da mein Einfluß auf den Kurs der Zeitung ohnehin schon groß war, wollte er wissen, wie ich zu der Frage stand. Ich sagte ihm wahrheitsgemäß, ich selbst hätte mich nicht festgelegt, auch die Parteileitung habe sich nicht festgelegt, bei der Entscheidung dieser Frage werde vieles davon abhängen, welchen Gang die Ereignisse nehmen würden und besonders wie die Dinge in Berlin behandelt werden würden. Aber ich sagte ihm: „Nicht Rosa Luxemburg wird die Zeitung führen, sondern wir“ – was in der Praxis der nächsten anderthalb Jahre be-

²² Die sowjetrussische Botschaft in Berlin war bald nach ihrer Errichtung im April 1918 ein Dorn im Auge der deutschen Behörden geworden, da sie als revolutionäre Propagandazentrale fungierte, in der reger Verkehr mit USPD-Abgeordneten herrschte. Nachdem am 13. 10. 1918 auf deutscher Seite der Entschluß zum Abbruch der Beziehungen gefaßt war, wurde am 4. November ein Zwischenfall herbeigeführt (Zerbrechen einer Kurierkiste mit Flugschriften des Spartakusbundes, die von der deutschen Polizei hineinpraktiziert worden waren), der den unmittelbaren Anlaß zur Ausweisung des Botschafters Joffe bot. Am 6. 11. 1918 mußte das Botschaftspersonal abreisen. S. Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, S. 334 ff.

deutete, daß ich sie führte. Zehn Tage später hätte ich ihm mit Entschiedenheit gesagt: „Ich werde für die Diktatur der Arbeiterräte eintreten“ – aber da war ihm das ohnehin klar, und er trat selbst dafür ein.

Revolution – Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat

Aber zehn Tage später war ich bereits der Führer der revolutionären Bewegung in Leipzig, nicht nur in den Augen meiner persönlichen Anhänger und der Leipziger Arbeiter, sondern auch in den Augen des Leipziger Bürgertums – dank der Serie von öffentlichen Riesenversammlungen, die ich in allen Leipziger Vororten in den größten Sälen abhielt. Es waren echt revolutionäre, aufgewühlte Versammlungen. Ich wußte, daß ich als Redner Versammlungen faszinieren konnte, selbst kleine Versammlungen, am besten aber Massenversammlungen. Ich warf meine ganze Kraft in diese revolutionären Versammlungen und alle meine politisch-historischen Kenntnisse. Ich sprach völlig frei, etwa anderthalb Stunden lang, aber ich hatte jede meiner Reden vorher sorgfältig durchdacht und disponiert. Ich legte sie dabei nicht im Wortlaut fest, auch die Stellen nicht, die besonders wirken sollten. Ich konnte mich darauf verlassen, daß ich die wirksamste Formulierung finden würde durch die Eingebung des Augenblicks, in dem erhöhten Selbstgefühl, das die rednerische Beherrschung einer Massenversammlung verleiht. Diese Versammlungen leiteten tatsächlich die Revolution in Leipzig ein, sie waren der Auftakt zu weiteren Massenversammlungen, die ich nach der Revolution abhielt und zu riesigen Massendemonstrationen auf der Straße an kritischen Zeitpunkten.

Die größte dieser Versammlungen fand in einem der westlichen Arbeitervororte Leipzigs statt. Die Polizeiüberwachung funktionierte noch – in einer gewissen Art. Der überwachende Beamte saß wie zuvor auf der Bühne an einem Ende des Vorstandstisches, vor dem ich frei stand und redete. Ich wurde nie gestört. Diese große Versammlung im Westen wurde von dem Leipziger Polizeidirektor persönlich überwacht, demselben, der einst die Versammlung des Reichstagskandidaten Cohen überwacht hatte. Meine Rede enthielt eine Paraphrase über das Thema „Kronen werden aufs Pflaster rollen“, und da ich den Polizeidirektor gespannt zuhören sah, lenkte ich zielbewußt allmählich in die Worte ein, die Max Cohen damals gebraucht hatte: „Diese Könige und Großherzöge, diese Herzöge und Fürsten und wie diese . . .“ Ich machte dieselbe Kunstpause wie Cohen damals. Ich sah, mit welcher Spannung der Polizeidirektor die nächsten Worte erwartete. Und dann fuhr ich fort: „und wie diese Herren alle genannt werden.“ Während ich weiter redete, sah ich zu dem Polizeidirektor hinüber, um seine Reaktion zu sehen. Er hielt die Hand vors Gesicht, um sein Lächeln zu verbergen. Ebenso gut wie ich erinnerte er sich an die Szene von damals. Aber eigentlich wollte ich ihn nicht amüsieren, ich hatte vielmehr vor, ihn zur Zielscheibe einer Demonstration zu machen. Ich griff die Politik und die Person Wilhelms II. mit den härtesten Verurteilungen und mit den schärfsten Ausdrücken an. Ich sah wohl, daß er am Ende nicht mehr alles schweigend hinnehmen werde trotz guter Vorsätze und Instruktionen. Als er schließlich aufstand und sagte: „Aber, Herr Doktor, ich muß Sie doch bitten, sich etwas zu mäßigen“ hatte ich ihn, wo ich wollte. Ich richtete mich auf, deutete mit ausgestrecktem Arm und Zeigefinger auf ihn und rief: „O nein, Herr Polizeidirektor, das ist vorbei. Was in dieser Versammlung gesagt wird, bestimme ich und nicht die Polizei, und wann sie beendet wird,

bestimme ich, nicht Sie!“ Die Versammlung stand auf und rief wie ein Mann: „Ja-wohl.“ Und brachte mir eine Ovation. Er setzte sich resigniert nieder – es war das Ende der polizeilichen Überwachung unserer Versammlungen in den vorrevolutionären Tagen.

Die Macht lag wirklich auf der Straße, und die Leipziger Parteileitung beschloß, nicht mehr zu warten, sondern die Macht selber zu übernehmen und sich zunächst in einer Überraschungsaktion der wichtigsten Einrichtungen zu bemächtigen. Der Vorsitzende des Bezirksverbands Leipzig, Richard Lipinski,²³ sollte Garnisontruppen, die in Leipzig-Connewitz in einem Versammlungslokal untergebracht waren, auffordern, sich hinter uns zu stellen. Die Mehrheit dieser Truppen bestand aus unseren Parteimitgliedern. Mein Vater sollte den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung unter Kontrolle stellen. Hermann Liebmann mit fünfundzwanzig Mann, bewaffnet mit Pistolen, das Generalkommando überfallen und absetzen, und ich sollte mit ebenfalls fünfundzwanzig Mann und gleicher Bewaffnung das Hauptpostgebäude, Telegraph und Telephon besetzen, alle Verbindungen sperren und nur kontrollierte Mitteilungen durchlassen. Wir kamen nicht mehr zur Durchführung dieses vorgefaßten Planes, wir wurden selber von den Dingen überrascht; denn inzwischen hatte die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten durch Abteilungen revolutionärer Matrosen von Kiel in den Großstädten begonnen. So kam auch für uns selbst überraschend der Tag des Machtüberganges in Leipzig.

Am Morgen des 8. November kam Chefredakteur Hans Block in die Räume der politischen Redaktion der Zeitung, laut lachend schwenkte er ein Telegramm in der Hand und sagte: „Das ist doch kaum glaublich, das ist doch mehr eine Operette.“ Neugierig fragten wir, was im Telegramm stehe. Er sagte: „Stellt Euch vor, Revolution in Bayern, der König geflohen und Kurt Eisner²⁴ Ministerpräsident.“ Er schüttelte sich abermals vor Lachen und fuhr fort: „Eine Schlawinerregierung in München, denkt Euch, Schwabing regiert!“ Wir waren genauso überrascht; denn wir kannten alle die solide Stärke der rechtssozialistischen Partei in München und die zahlenmäßige und politische Schwäche der kleinen Gruppe um Kurt Eisner – aber es war kein Zweifel, in München hatte die Revolution gesiegt und Kurt Eisner regierte in Bayern.

Monate später gab mir Wilhelm Herzog²⁵ eine Schilderung der Münchner Vorgänge ohne diese amüsante Note, mit der wir die Nachricht aufgenommen hatten. Wilhelm Herzog, der in allen Ereignissen und Situationen in erster Linie die feierlichen und großartigen Züge sah, erzählte eindrucksvoll, wie sich die provisorische Regierung Bayerns in der Nacht in einem halbdunklen Saal des Landtagsgebäudes versammelte, wie jeder einzelne von ihnen im Bann der großen historischen Stunde stand und wie tief bewegt Eisner war, als er als Führer der Regierung die erste Ansprache an den provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat hielt und die Republik ausrief. Ich konnte

²³ Richard Lipinski (1867–1936), Buchhändler, 1891–1901 Redakteur der LVZ, 1903–1906 und 1920–1933 MdR, 1918/19 sächs. Ministerpräsident, 1920–1923 Innenminister.

²⁴ Kurt Eisner (1867–1919), 1899–1905 Redakteur des „Vorwärts“, 1907–1910 der „Fränkischen Tagespost“ Nürnberg, 1917 Führer der Münchner USPD, 1918/19 bayerischer Ministerpräsident, am 21. 2. 1919 ermordet.

²⁵ Wilhelm Herzog (1884–1960), Schriftsteller, 1914/1915 und 1918–1929 Hrsg. der pazifistischen Zeitschrift „Das Forum“, 1918–1919 Redakteur der Tageszeitung „Die Republik“, 1920 Redakteur der Hamburger Volkszeitung, 1929 Emigration (Schweiz, Frankreich, Trinidad, USA), 1952 Rückkehr nach Deutschland. Vgl. W. Herzog, Menschen, denen ich begegnete, Bern 1959, S. 55 ff.

nicht mit einer gleich pathetischen und würdevollen Erzählung über die Revolution in Leipzig aufwarten; denn da ging es weit nüchterner zu.

An diesem Tage hatten wir in der Zeitung die Revolution in Bayern natürlich zu unserer Hauptnachricht gemacht. Die Zeitung war abgeschlossen und im Druck und die Redakteure nachhause gegangen. Es war gegen zwei Uhr mittags, ich war noch allein in der Redaktion und las. Plötzlich kam aufgeregt der Redaktionssekretär zu mir und sagte: „Genosse Geyer, kommen Sie doch bitte ans Telephon, Sie werden offenbar verlangt, aber da ist etwas, was ich nicht verstehen kann.“ Zur Kennzeichnung der damaligen Zustände in unseren Redaktionen muß ich erzählen, daß die Redaktion einen einzigen Telephonanschluß und einen einzigen Apparat besaß, und der hing an der Wand in einer Ecke des Redaktionssekretariats.

Ich ging ans Telephon und hörte, wie eine aufgeregte weibliche Stimme flüsternd sagte: „Genosse Geyer, Genosse Geyer, sind Sie am Apparat?“ Ich erkannte die Stimme, es war eine unserer Funktionärinnen, die einen meiner Kurse besucht hatte. Sie war Telephonistin im Haupttelephonamt. Ich sagte ebenfalls flüsternd: „Ja, Martha, ich bin hier.“ Sie flüsterte weiter: „Seien Sie ganz still, hören Sie gut zu“, und dann hörte ich, wie sie den Leipziger Oberbürgermeister, Dr. Rothe,²⁶ mit dem kommandierenden General verband. Ich hörte folgendes Gespräch: „Herr General, eben zieht eine Abteilung revolutionärer Matrosen mit roter Fahne vom Hauptbahnhof durch die innere Stadt, offenbar um das Rathaus zu besetzen. Was soll ich tun?“ – „Herr Oberbürgermeister, Sie haben doch Ihre Schutzmannschaft.“ – „Herr General, Sie wissen so gut wie ich, daß ich mich darauf nicht verlassen kann. Ich ersuche Sie deshalb, mir militärische Hilfe zu schicken.“ – „Herr Oberbürgermeister, das kann ich leider nicht, denn Sie wissen, daß ich nach den neuesten Anweisungen nur auf direkte Anweisung der Landesregierung handeln kann. Im übrigen kann ich mich auf die Garnisontruppen ebensowenig verlassen wie Sie sich auf Ihre Schutzleute, Sie kennen doch die Situation.“ – „Aber was soll ich denn tun, Herr General?“ – „Ich kann Ihnen nicht raten, was Sie tun sollen, Herr Oberbürgermeister, Sie müssen Ihre eigenen Entschlüsse fassen und sehen, wie Sie sich durch die Situation hindurchfinden.“ – Die Macht lag tatsächlich auf der Straße.

Ich will nicht über meine Erregung und über meine Gefühle reden. Ich hängte den Hörer ein, informierte den Redaktionssekretär und nahm dann sofort den Hörer wieder auf, um in einer Reihe von Gesprächen Lipinski, meinen Vater und andere Mitglieder der Parteileitung zu alarmieren. In kurzen Worten verabredeten wir, welche Aufgaben ein jeder übernehmen sollte. In der Praxis genügten wenige Worte, um die Garnisontruppen im Süden und Norden der Stadt hinter die Parteileitung der USPD zu stellen. Der Bezirksverbandsvorsitzende Richard Lipinski fuhr zum Generalkommando, und der kommandierende General legte höchst bereitwillig und offenbar erleichtert die Macht und das Kommando über die Truppen in die Hände der USPD-Parteileitung. Wir zogen kleine Abteilungen der Garnisontruppen nach der inneren Stadt zur Besetzung der wichtigsten Ämter und Gebäude und wiesen die Truppen an, Soldatenräte zu wählen. Keiner der Offiziere protestierte oder hob auch nur eine Hand zum Widerstand, sie hatten es alle erwartet. Der Oberbürgermeister

²⁶ Karl Rothe (1865–1953), Jurist, 1896–1917 Direktor der Leipziger Hypothekenbank, 1899 bis 1917 Stadtverordneter (ab 1909 Vorsteher), 1918–1930 Oberbürgermeister von Leipzig, 1945 bis 1948 Stadtverordneter (LDP) und Stadtrechtsrat. Vgl. Karl Rothe, 50 Jahre im Dienste einer Großstadt 1899–1948, nach hinterlassenen Aufzeichnungen bearb. v. Edith Rothe (Ms., Archiv IfZ).

Dr. Rothe war der einzige, der protestierte, als ihm mein Vater im Amtszimmer des Oberbürgermeisters erklärte, daß er sich fortan den Weisungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu fügen habe. Es blieb dem Oberbürgermeister nichts anderes übrig, als sich grollend zu fügen. Seine eigenen Schutzleute hätten ihn verhaftet, wenn er es nicht getan hätte. Die Frage, welche provisorischen Organe die Macht übernehmen sollten, wurde in der Parteileitung gar nicht mehr diskutiert. Es war uns allen selbstverständlich, daß wir einen Arbeiter- und Soldatenrat bilden würden. Zu diesem Zweck beriefen wir die kleine „Capora“, die engere Funktionärsversammlung sofort nach dem Volkshaus ein.

Ich ging von der Zeitung zum Hauptbahnhof, um von dort zum Volkshaus zu fahren. Die Straßen begannen sich mit ungeheuren Menschenmengen zu füllen. Wie überall riß die Menge Offizieren, die sich auf die Straße wagten, die Epauletten und Rangabzeichen ab. Ich übernahm die Hauptpost. Über dem Hauptbahnhof und der Kreishauptmannschaft wehten bereits rote Fahnen, ebenso auf dem Turm des Rathauses. Ich hörte später, es hätte massiver Drohungen bedurft, um den Oberbürgermeister zu zwingen, dem Hausmeister die Hissung der roten Fahne zu befehlen. Als ich im Volkshaus ankam, wehte auf dem Turm eine riesige rote Fahne.

Die Funktionärsversammlung unserer Partei trat in einem der kleineren, schlecht beleuchteten Versammlungsräume des Volkshauses zusammen. Alles ging genau nach der steifen Geschäftsordnung solcher Funktionärsversammlungen. Die Versammlung erklärte sich durch einstimmige Abstimmung zum provisorischen Leipziger Arbeiterrat, jeder unserer engen Funktionäre war damit Arbeiterratsmitglied. Dann wurden nach den Vorschlägen der Parteileitung, die sich rasch unter sich verständigte, die Kommissare für die Überwachung und Kontrolle aller städtischen und aller Landesbehörden in Leipzig sowie aller städtischen Einrichtungen gewählt, angefangen von der Polizeidirektion bis Feuerwehr, Gas, Wasser und Elektrizität und Müllabfuhr. Nahezu alle unsere Stadträte und Stadtverordneten hatten solche Funktionen zu übernehmen. Da inzwischen der Soldatenrat einen Vorsitzenden gewählt hatte, wurde dieser Vorsitzende aufgefordert, zur Sitzung des Arbeiterrats zu kommen.

Bei allen diesen Anordnungen, die nach unseren vorgefaßten Plänen selbstverständlich waren, hörte ich mit gespanntesten Sinnen und größter Aufmerksamkeit zu. Ich sah mir dabei unsere Funktionäre und ihre Gesichter an. Es war die nüchternste und kühl geschäftsmäßigste Funktionärssitzung, die man sich vorstellen kann. Als aber der Vorsitzende des Soldatenrats [Erich Geschwandtner] erschien, konnte man sehen, daß wir mitten in der Revolution waren. Der Vorsitzende war ein Mann von etwa dreißig Jahren, mit kühnem Bart und wirrem, dunklem Schopf. Er hatte über die Uniform an der Hüfte eine fünfzehn Zentimeter breite rote Schärpe geschlungen, und an der Seite trug er am langen Gehenk einen riesigen Kavallerieschleppsäbel, der ihm an die Beine schlug und hinter ihm herklirrte. In längerer tönender Rede versicherte er den Arbeiterrat der unbedingten Loyalität des Soldatenrats und der Leipziger Garnisonstruppen. Die Frage des Oberbefehls über die Garnisonstruppen wurde nicht erwähnt. Uns war ganz klar, daß praktisch der Oberbefehl bei der USPD-Parteileitung lag, und die Soldatenräte hatten darüber nicht nachgedacht. Später übernahm ich mit dem Arbeiterrat auch den Oberbefehl. Den Mann mit der roten Schärpe und dem Kavallerieschleppsäbel ersetzten wir übrigens sehr bald durch einen bewährten, angesehenen Genossen aus der Parteihierarchie.

Die gewählten Kommissare begaben sich sofort an die ihnen zugewiesenen Posten.

Die Polizeidirektion übernahm unser Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung. Eine seiner ersten Handlungen war, daß er die Auslieferung der geheimen Personalakten der politischen Polizei verlangte. Mein Vater und ich studierten unsere Akten mit großem Vergnügen, es stand in ihnen nur, was eigentlich jeder wußte. Über mich stand in dem Aktenstück, daß ich sehr großen Anhang hätte. An persönlichen Dingen stand darin nur: „Wird sich voraussichtlich mit Fräulein X. Y. verloben.“ Diesem Eintrag folgten keine weiteren persönlichen Notizen, es handelte sich um eine verflossene Liebschaft, die Polizeiaufpasser waren also beträchtlich hinter der Zeit zurück.

Nachdem die Kommissare ernannt waren, tagte der provisorische Arbeiterrat in Permanenz weiter, und da die eigentlichen Geschäfte erledigt waren, durften die Mitglieder über die Situation reden. Ich habe selten so viele und so bunt gemischte Kannegießerei gehört. Ich saß dabei und hörte zu. Ich hatte ein unbestimmtes Gefühl, daß dies nicht gerade eine autoritative Körperschaft sei. Auch hatte ich mir persönlich unter einem Arbeiterrat etwas anderes vorgestellt. Wir hatten einfach ein Parteiorgan zum Arbeiterrat ernannt. Ich hatte auch das Gefühl, es müßte mehr geschehen, als das, was wir getan hatten.

Während dieser uferlosen Reden erschien ein Mann und sagte, vor dem Tore des Volkshauses halte ein Lastwagen mit mehreren Soldaten und einem Major, und der Major wolle den Dr. Geyer sprechen. Ich ging hinaus, der Major nahm mich beiseite und sagte: „Herr Geyer, was machen Sie. Ich habe mir das Volkshaus angesehen, Ihre Tore sind offen, Sie sitzen da drin ohne den geringsten Schutz, nicht einmal Wachen haben Sie ausgestellt. Ich hätte in den Hof einfahren und Sie mit Hilfe meiner vier Mann alle hochnehmen können. Sie brauchen bewaffnete Wachen und für die brauchen Sie Gewehre. Ich habe hundertfünfzig Gewehre und Munition auf dem Wagen, für fünfzehnhundert Mark gehören Ihnen die Gewehre und der Lastwagen.“ – Ich sagte ihm sofort: „Ich mache das Geschäft, warten Sie, ich hole das Geld.“ Ich sprach mit dem Parteikassierer, wir borgten das nötige Geld in den Gewerkschaftsbüros des Hauses und beim Verwalter des Restaurants, zahlten die fünfzehnhundert Mark, der Major verschwand, die Soldaten auch, allerdings mit dem Lastwagen, und die Gewehre waren unser. Ich schämte mich vor mir selber über die Lektion, die mir erteilt worden war. Ich nahm nunmehr, ohne auf einen Auftrag zu warten, die Sicherung in die Hand, ich ließ die Tore schließen, stellte bewaffnete Wachen aus und forderte vom Soldatenrat ein Kommando zum Schutze des Arbeiterrats an. Bei dieser Gelegenheit wurde mir übrigens klar – und in den nächsten Tagen bei anderen Gelegenheiten noch klarer –, daß ich bei Freund und Feind als der Führer der Revolution angesehen wurde.

Einige Tage später hielt die Partei eine große Versammlung im Alten Theater, auf der mein Vater redete. Während seiner Rede wurde ich hinausgerufen. Ein höherer Bankbeamter – ich kannte ihn als einen der nationalliberalen Führer – erzählte mir, am anderen Morgen wäre Freitag, das heißt Zahltag, und die Leipziger Banken hätten nicht genügend Barmittel, um die Industriefirmen mit den Lohngeldern zu versehen. Er fragte, was wir zu tun gedächten, wenn die Arbeiter kein Geld bekämen, und ob ich nicht mit den Banken und den Leitungen der Industrieunternehmen darüber verhandeln wollte. Ich erkannte sofort, daß ein Druck auf uns ausgeübt werden sollte und daß man uns zu Verhandlungen bringen wollte, die zur Einschaltung des Bürgertums führen sollten. Ich sagte lächelnd, wenn sich am Morgen herausstellen würde, daß nicht genügend Barmittel vorhanden seien, würde ich primitives

Stadtgeld drucken lassen, wir würden nicht die erste Stadt sein, die Stadtnotgeld drucke. Er wisse auch, daß ich in Leipzig für diesen Zweck genügend Druckereibetriebe requirieren könnte. Er war etwas verlegen und meinte, das könnten wir natürlich tun, und verschwand wieder. Am anderen Morgen waren durchaus genügend Barmittel bei den Banken vorhanden.

Aber ich hatte eine Warnung erhalten, und ich kannte das Leipziger Bürgertum, vor allem das Großbürgertum viel zu gut, als daß ich geglaubt hätte, sie würden auf die Dauer unsere provisorische Ordnung hinnehmen. Sie hatten in dem Leipziger Oberbürgermeister, Dr. Rothe, einem sehr selbstbewußten und sehr klassenbewußten energischen Mann, ihren natürlichen Führer. Der Widerstand ließ nicht sehr lange auf sich warten, und es fiel mir zu, ihn mit diktatorischen Mitteln zu brechen.

Ich nahm meine umfassende Versammlungstätigkeit sofort wieder auf. In Massenversammlungen sprach ich über das Thema, daß dem Machtübergang nunmehr die Vorbereitung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung folgen müsse, gestützt auf die bestimmende Teilnahme der Arbeiter in den Betrieben an der Leitung der Unternehmungen. Ich war aber auch nach wie vor Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, und zugleich war ich Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats. Mein Tag war vollständig ausgefüllt bis in die tiefe Nacht.

Die Parteileitung der USPD erkannte sehr rasch, daß wir den Leipziger Arbeiterrat nicht so formlos lassen konnten, wie er ins Leben getreten war. Von ihm ging die Kontrolle aller Verwaltungen aus, und er mußte deshalb in eine entsprechende Form gebracht werden, er mußte einen Exekutivausschuß haben, den wir das Präsidium nannten, und dieser Exekutivausschuß wieder einen Vorsitzenden. Im Präsidium war der Soldatenrat vertreten, den Vorsitzenden nannten wir: Präsident des Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig. Wir übertrugen den Vorsitz zunächst einem unserer Parteifunktionäre, aber es war bald klar, daß der „Präsident“ Autorität haben mußte, und so wurde ich zum Präsidenten des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt.²⁷ In dieser Funktion war ich die übergeordnete Instanz aller Verwaltungsorgane, ich war tatsächlich der Chef der Exekutive, der gemeinsam mit dem Ausschuß zugleich Verordnungsgewalt besaß. Obgleich der Arbeiterrat unmittelbar aus der Parteiorganisation hervorgegangen war, bekam er nun eigenes Leben als Träger der Macht. Die Parteileitung trat in den Hintergrund. Ich war Mitglied der Parteileitung, aber bei aller Loyalität erkannte ich bald, daß ich die Führung ergreifen mußte

²⁷ Am Abend des 9. November hatten sich 600 Arbeiter- und Soldatenräte als „Großer Rat der Arbeiter- und Soldatenräte“ konstituiert. Als Vollzugsorgan war der „Engere Ausschuß“ gebildet worden, dem je 10 A- und S-Räte, außerdem Friedrich und Curt Geyer, der Reichstagsabgeordnete Karl Ryssel, Hermann Liebmann sowie drei Gewerkschaftsvertreter und zwei Schriftführer angehörten (LVZ v. 11. 11. 1918). Als gleichberechtigte Vorsitzende des Großen Rats fungierten zunächst Richard Lipinski für die Arbeiter- und Erich Geschwandtner für die Soldatenräte. Lipinski wurde, nachdem er am 15. November die Ministerien des Äußern und Inneren in Dresden übernommen hatte, durch Friedrich Seger ersetzt. An die Stelle Geschwandtners, der wegen der Weitergabe vertraulicher Beschlüsse des A- und S-Rats am 21. November vorübergehend verhaftet und abgesetzt worden war, trat Johannes Schöning. Der Vorsitz im Engeren Ausschuß und im Großen Rat war identisch. (Die von Geyer verwendeten Bezeichnungen Präsidium und Präsident gab es mindestens offiziell nie.) Curt Geyer wurde erst am 21. Februar 1919 als Nachfolger Segers zum Vorsitzenden des Leipziger A- und S-Rates gewählt, die Bekanntgabe der Wahl erfolgte erst am 4. 3. 1919 in der LVZ. Vgl. Gerhard Puchta, Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig vom November 1918 bis vor dem 2. Rätekongreß Anfang April 1919, in: Wiss. Zeitschr. d. Karl-Marx-Universität Leipzig 7 (1957/58), S. 363–384.

und nicht jeden Entschluß von vorheriger Zustimmung der Parteileitung abhängig machen konnte. Damit begann der zunächst geheime, später offene Konflikt und Machtkampf zwischen mir und der Parteileitung.

Es war auch selbstverständlich, daß alle richtungsweisenden Reden in größeren Versammlungen und Demonstrationen von mir gehalten wurden. Das waren zum Teil sehr turbulente Versammlungen. Am Tage der Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen riefen wir für den Abend zu einer Massendemonstration auf dem Augustusplatz, dem größten Platz Leipzigs zwischen dem Neuen Theater und der Gemäldegalerie, auf. Auf diesem Platz standen vor dem Opernhaus, damals Neues Theater genannt, drei riesige Flaggenmasten, jeder mit einem etwa zwei Meter hohen Sockel. Ich sprach, wie üblich, von dem Sockel des mittleren Flaggenmastes, von allen drei Masten wehten riesige rote Fahnen.²⁸ Am Morgen dieses Tages wurde mir mitgeteilt, daß ein von den Alliierten gesuchter Militär, den sie als Kriegsverbrecher ansahen, in einem Leipziger Vorort wohne. Die Belgier beschuldigten ihn schwer. Ich ließ ihn verhaften und zu dieser Massenversammlung bringen. Er stand neben mir, als ich im Fackellichte sprach. Ich deutete auf ihn und sagte: „Das ist einer jener Männer, denen wir diese Waffenstillstandsbedingungen zu verdanken haben.“ Ich stellte ihn so öffentlich an den Pranger, dann sagte ich ihm vor der Massenversammlung, er sei aus Leipzig ausgewiesen, und ich gab Befehl, ihn zum Bahnhof und zum Zug nach Halle zu bringen, was geschah. Es war ein grausamer Akt.

Inzwischen war eine sächsische Landesregierung gebildet worden, in der mein Vater Finanzminister war.²⁹ Er übernahm die Dienstwohnung des Finanzministers in Dresden. Meine Schwester begleitete ihn als Hausdame. Für sie wurde ein besonderes Zimmer eingerichtet, neben der Dienstwohnung meines Vaters, die Einrichtung dafür, Toilettentisch, Bett, Bettbezüge und Daunendecken, Tische und Stühle, wurden aus den Beständen des ehemals königlichen Schlosses geholt. In den Augen der leitenden Beamten galt ich als sachverständiger Berater meines Vaters, wenn ich nach Dresden kam, pflegte der Staatssekretär die laufenden Probleme mit mir zu besprechen.

Die Stellung dieser ersten Regierung wurde untermauert durch die Bildung eines Landesarbeiterrats, und damit entstand für den Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat die Frage, ob er diesen Landesarbeiterrat als übergeordnete Instanz anerkennen sollte oder nicht. In Leipzig war das parteipolitische Verhältnis sehr einfach, die USPD hatte hier eine gewaltige Mehrheit gegenüber den Rechtssozialisten. In Sachsen war sie gegenüber den Mehrheitssozialisten, die besonders in Dresden und Ost-

²⁸ Die Waffenstillstandsverhandlungen wurden vom 8.–11. November geführt. Die Versammlungen am Sonntag den 10. November, die in die Demonstration auf dem Augustusplatz einmündeten, waren mit der Tagesordnung „Weltrevolution und Arbeiterschaft“ bereits Tage vorher geplant gewesen; anstelle der 12 vorgesehenen Veranstaltungen wurden 17 abgehalten, bei denen ebenso viele Vertreter der Leipziger Parteiprominenz (unter ihnen Curt und Anna Geyer) als Redner auftraten. Vgl. LVZ v. 11. 11. 1918 „Eine Siegesfeier der Revolution“ (als Redner auf dem Augustusplatz werden nur Friedrich Geyer, Lipinski und Ryssel erwähnt).

²⁹ Die am 15. November 1918 gebildete sächsische Regierung setzte sich aus folgenden „Volksbeauftragten“ zusammen: Lipinski (USPD), Vorsitz, Inneres und Äußeres; F. Geyer (USPD), Finanzen; Fleißner (USPD), Militärwesen; Schwarz (SPD), Arbeit und Wohlfahrt; Gradnauer (SPD), Justiz; Buck (SPD), Kultus und Unterricht. Nach dem Rücktritt der USPD-Minister wurde diese Regierung am 21. 1. 1919 durch ein Kabinett aus Mehrheitssozialdemokraten unter Gradnauer ersetzt.

sachsen stark waren, in der Minderheit.³⁰ Während der Tagung des Landesarbeiterrats in Dresden erhielt ich eine Lektion über die Verhältnisse außerhalb Leipzigs. Der Dresdner Arbeiterrat veranstaltete eine Massenversammlung, ich ging hin, um nach dem Referat in der Diskussion zu sprechen. Ich hatte kaum wenige Minuten geredet, als ich glatt niedergeschrien wurde. Aus den Beratungen des Landesarbeiterrats erwuchs ein Konflikt. Ich war durchaus bereit, eine Neuwahl des Leipziger Arbeiterrats auf Grund eines für ganz Sachsen geltenden Wahlrechts vornehmen zu lassen, was später auch geschah, aber ich war nicht bereit, den Landesarbeiterrat als übergeordnete Instanz anzuerkennen, was das Machtproblem offen aufwarf. Als angedeutet wurde, daß die sächsische Regierung ihre Autorität und die des Landesarbeiterrats durchsetzen könnte, antwortete ich mit einem Ultimatum und der Drohung, Leipziger Garnisontruppen gegen Dresden in Bewegung zu setzen. Es kam zu schwierigen Verhandlungen. Ich saß in meinem Hotelzimmer und beharrte auf meiner Autonomie-Forderung. Richard Lipinski ging zwischen mir und den rechtssozialistischen Ministern hin und her und verhandelte. Es endete mit einem gentlemen's agreement, das dem Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat die Autonomie zubilligte, und außerdem versprach die sächsische Landesregierung, auf die Reichsregierung einzuwirken, keine direkten Schritte gegen Leipzig zu unternehmen. Das Abkommen ist an einem sehr kritischen Punkte, über den ich später berichten werde, durchaus eingehalten worden. Es stellte angesichts der Entwicklung im Reiche bereits beim Abschluß eine Anomalie dar. Ich wußte das sehr wohl, aber da ich an eine zweite revolutionäre Welle glaubte, wollte ich die Leipziger Position so lange wie möglich behaupten. Ich war dabei im Einklang mit der Parteidoktrin der USPD, die sich theoretisch gegen die Nationalversammlung und demokratisch gewählte Parlamente und für das Räteystem erklärte. Der parteipolitische Gegensatz dieser Tage zwischen West- und Ostsachsen ist übrigens nie voll ausgeglichen worden. Als später viele sächsische Sozialdemokraten nach Prag in die Emigration gingen, sagten die erstaunten Prager, die Sachsen wären in die feindlichen Stämme der Westsachsen und Ostsachsen getrennt in Prag aufgetreten.

[. . .]

Die Grenzen der Revolution wurden rasch sichtbar, aber auch die Spannung zwischen den beiden Fraktionen in der Regierung der Volksbeauftragten.³¹ Wir stellten

³⁰ Bei der Bildung des Landes-Arbeiter- und Soldatenrats am 19. November 1918 kam es wegen des Beteiligungsschlüssels der einzelnen Kreishauptmannschaften zum Konflikt zwischen SPD und USPD. Die Leipziger Delegation plädierte für je 10 Vertreter der Bezirke Leipzig, Chemnitz und Dresden. Bautzen und Zwickau sollten ohne Vertretung bleiben. Auf den Antrag der SPD, Bautzen und Zwickau in gleicher Stärke zu beteiligen, reagierten die USPD-Vertreter mit dem Antrag, Dresden und Leipzig mit je 10, Chemnitz mit 8, Zwickau mit 6 und Bautzen mit 4 Vertretern zu beteiligen. Außer für Leipzig sollten die Vertretungen paritätisch aus USPD und SPD zusammengesetzt werden. Aufgrund des Verlangens, auch die Leipziger Delegation paritätisch zu besetzen, erklärten die USPD-Vertreter eine weitere Zusammenarbeit für unmöglich. Vgl. auch LVZ v. 22. 11. 1918, „Der Zentralrat der A. und S. für Sachsen“.

³¹ Das politische Kabinett, der „Rat der Volksbeauftragten“, setzte sich aus 6 Mitgliedern zusammen. Aufgrund der Koalitionsabsprachen vom 10. 11. 1918 traten neben die 3 Mehrheitssozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Landsberg drei Vertreter der USPD: Hugo Haase als Vorsitzender und Vertreter des koalitionsbereiten Flügels der USPD, Wilhelm Dittmann, ebenfalls ein Vertreter des Koalitionsflügels, und Emil Barth für die Revolutionären Obleute. Dittmann und Barth waren aufgrund der Weigerung Liebknechts und Ledebours delegiert worden. Mit Liebknecht sollten der Spartakusbund, mit Ledebour die radikale Linke der USPD bzw. die Revolutionären Obleute an der sozialistischen Koalition beteiligt werden. Vgl. Regierung der Volksbeauftragten, I, S. XXXI f.; vgl. Anm. 41.

in Leipzig mit Sorgen fest, daß nicht nur Liebknecht sich von der Beteiligung ausgeschlossen hatte, sondern daß von vornherein auch wesentliche Spannungen zwischen dem Parteivorstand der USPD und dem Großberliner Arbeiter- und Soldatenrat bestanden, der in den ersten Tagen als der Träger der Souveränität des neuen Regimes anerkannt wurde.³² In der Frage „Nationalversammlung oder Rätessystem“ nahm ich selbst gemeinsam mit der Leipziger Parteileitung keine extreme Stellung ein – noch nicht. Wir wollten die Räteherrschaft so lange aufrechterhalten, bis die Regierung der Volksbeauftragten mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte die ersten entscheidenden Schritte zur Durchführung des Sozialismus und zu ihrer Sicherung ergriffen haben würde. Als Ende November die Regierung der Volksbeauftragten beschloß, die Nationalversammlung am 16. Februar wählen zu lassen, war dies für uns weniger eine Frage des Prinzips als der Zweckmäßigkeit, die Frist bis zur Wahl erschien uns als zu kurz. Nach dem ersten Rätekongreß und den nachfolgenden Wochen wurde mir klar, wie die inneren Machtverhältnisse in der am 9. November gegründeten Republik wirklich waren.³³ Ich glaubte nun, daß zum Schutze gegen einen Rückschlag des Pendels die Räteherrschaft aufrechterhalten werden müßte, bis wirklich entscheidende Schritte in der Richtung des Sozialismus durchgeführt und gesichert worden waren und nicht nur die Änderung der politischen Verfassung. Die Frage „Nationalversammlung oder Rätediktatur“ und später die allgemeinere Form: „Parlamentarische Demokratie oder Rätessystem“ wurde für mich zu einer Prinzipienfrage. Dabei erkannte ich sehr früh, daß ich in Leipzig wohl die formlose Bewegung in der Arbeiterschaft hinter mir hatte, die Welle, die mich in den ersten Stunden und Tagen in die führende Position getragen hatte, aber daß dabei die Parteileitung mir nicht geschlossen folgte. Je stärker ich in den Mitgliederversammlungen der Partei die Doktrin der Rätediktatur vertrat und herausarbeitete, um so deutlicher war zu erkennen, daß eine Opposition aus führenden Kreisen – nicht aus den Kreisen der Mitglieder – gegen das prinzipielle Bekenntnis zur Rätediktatur auftrat. Es war besonders ein früherer Landtagsabgeordneter, der mir nach meinen Reden entgegentrat. Ich war überrascht und erblickte darin so etwas wie eine Ketzerei; denn im Arbeiter- und Soldatenrat wie in allen Mitgliederversammlungen fand ich für diese Weiterentwicklung der Rätedoktrin ungeteilte Zustim-

³² Am 10. 11. 1918 hatten 3000 gewählte Vertreter der Berliner Arbeiter und Soldaten in einer Versammlung im Zirkus Busch den „Rat der Volksbeauftragten“ als provisorische Reichsregierung bestätigt. Obwohl nur aus lokalen Vertretern zusammengesetzt, spielte der Arbeiter- und Soldatenrat Großberlin vorübergehend unangefochten die Rolle des Inhabers der Souveränitätsrechte für ganz Deutschland. Der in der gleichen Versammlung am 10. 11. 1918 als „Aktionsschuß“ gewählte „Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin“ (14 Soldaten, 7 Revolutionäre Obleute als Vertreter der USPD, 7 Vertreter der SPD) verstand sich als oberstes Kontrollorgan und beanspruchte alle legislativen und exekutiven Rechte gegenüber Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden. Nach dem I. Rätekongreß waren die Kontrollbefugnisse auf Berlin beschränkt, die überregionalen Funktionen gingen auf den Zentralrat (vgl. Anm. 38) über. Vgl. Zentralrat, S. XIV ff. und Regierung der Volksbeauftragten I, S. XX ff.

³³ Der Rat der Volksbeauftragten hatte in der Kabinettsitzung am 29. November 1918 beschlossen, die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung „vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, am 16. Februar 1919“ abzuhalten. Dieser Beschluß wurde am 30. November veröffentlicht (vgl. Regierung der Volksbeauftragten I, S. 224 f.). Auf Antrag des Delegierten Cohen (SPD) beschloß der Rätekongreß am 19. 12. 1918 die Festsetzung des Wahltermins auf den 19. Januar. Vgl. Allg. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, Sten. Ber. Sp. 282.

mung. Diese Frage wurde von vornherein zum Ausgangspunkt des inneren Machtkampfes in der Führung der Leipziger USPD-Organisation und später der Auseinandersetzung der beiden großen Richtungen in der USPD. Damals sah ich diesen Tatbestand keineswegs mit meiner heutigen Objektivität an. Die übergeordnete Idee war für mich die sozialistische Revolution, die Durchführung eines integralen Sozialismus, was die politische Macht der Arbeiterklasse voraussetzte, also ihre Diktatur. Der völlig formlose und auslegbare Begriff der marxistischen Doktrin „Diktatur der Arbeiterklasse oder des Proletariats“ nahm bei mir die konkrete Form an „Diktatur der Arbeiterräte“, und ich glaubte mit demselben Eifer daran wie ein gläubiger Katholik an seine Dogmen.
[...]

Im Führungskreis des linken USPD-Flügels Der Rätekongreß im Dezember 1918

Von unserem Leipziger Standpunkt der unbestrittenen Vormachtstellung der USPD aus blickten wir auf die weit turbulenteren und zum Teil für uns undurchsichtigen Vorgänge in Berlin mit Sorgen und Mißbilligung. Als daher der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat der Wahlkreisorganisation Leipzig-Stadt Friedrich Seger³⁴ und mich als Delegierte in den ersten Rätekongreß entsandte, kamen wir auf der Fahrt nach Berlin überein, nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Führung der USPD-Fraktion des Rätekongresses von der Berliner Organisation übernommen würde. Wir fanden bei unserer Ankunft in Berlin ein völliges Durcheinander in der Frage vor, ob und unter welchen Bedingungen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Rätekongreß zugelassen werden sollten. Der einfachste Weg wäre natürlich gewesen, wenn der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat sie delegiert hätte, damit sie sich wie andere ihrer Freunde an der Bildung der USPD-Fraktion beteiligen konnten. Dieser Weg hätte gefunden werden können, aber Liebknecht lehnte ihn ab, weil er eine Sonderstellung für sich beanspruchte, so wie er es bereits bei den Vorverhandlungen zur Bildung der Regierung der Volksbeauftragten getan hatte. Rosa Luxemburg war bereit, den einfachen Weg zu gehen, aber ohne Liebknecht wollte sie ihn nicht betreten. Nach der Konstituierung der USPD-Fraktion konnten wir lediglich ihre Zulassung zum Kongreß beantragen. Sie wurde abgelehnt, und nun erlebten wir staunend drohende Aufmärsche vor dem Tagungslokal, plötzliches Auftreten von lärmenden Demonstranten mit Fahnen im Sitzungssaal, von Soldaten auf der Tribüne des Kongresses und Demonstrationen in der USPD-Fraktion.³⁵

³⁴ Friedrich Seger (1867–1928), Schneider, Redakteur, 1915–1918 MdL Sachsen, 1919–1928 MdR (USPD/SPD), einer der drei Vorsitzenden des 1. Rätekongresses.

³⁵ Der (I.) Rätekongreß tagte vom 16.–21. 12. 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin als Delegiertenversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die Einladung war vom Berliner Vollzugsrat ausgegangen. Von den 489 Delegierten (jeder Delegierte vertrat 200 000 Personen bzw. 100 000 Soldaten) waren 403 Arbeiter- und 86 Soldatenvertreter. Die SPD-Fraktion hatte mit 292 Mitgliedern die absolute Mehrheit, der USPD-Fraktion gehörten 94 Delegierte an (mit denen auch die 10 „Vereinigten Revolutionäre“ aus Hamburg und Bremen stimmten). Der Demokratischen Fraktion gehörten 31, der Soldatenfraktion 27 Mitglieder an. Bei 35 Delegierten ist die Fraktions- bzw. Parteizugehörigkeit unklar. S. Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Sten. Berichte. Hrsg. u. Verleger: Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin 1919; vgl. Zentralrat, S. XXII ff.

Für den Plan, die Führung nicht der Berliner Organisation zu überlassen, fanden Seger und ich Zustimmung vor allem bei den Delegierten aus dem Ruhrgebiet und aus Mitteldeutschland. So wurde ich, siebenundzwanzig Jahre alt, zum Vorsitzenden der USPD-Fraktion des Kongresses gewählt und vertrat damit die Fraktion im „Ältestenrat“, das heißt dem Ausschuß, der den Gang der Geschäfte vorbereitete. Die Debatten und Beschlüsse des Kongresses gehören der Geschichte an, ich verbreite mich darüber nicht. Die Verhandlungen wurden wie auch die des Zweiten Rätekongresses stenographisch aufgenommen. Ich hatte die beiden Bände auch noch in der Emigration in meiner Bibliothek, bis die gesamte Bibliothek im Jahre 1940 in Paris in die Hände der Gestapo fiel.

In den Fraktionssitzungen der USPD, an denen mit Ausnahme ihrer beiden Führer alle bekannten späteren Kommunisten teilnahmen, bereitete sich die Abspaltung der Kommunisten als selbständiger Partei von der USPD bereits vor. Die Beschlüsse der Fraktion hätten dazu keinen Anlaß geboten, aber von vornherein trat hervor, daß die Mitglieder des Spartakusbundes sich als die berufenen intellektuellen Führer der deutschen Arbeiterschaft und der Revolution ansahen, während wir auf der beträchtlich breiteren und realistischeren Grundlage einer wirklich existierenden Partei mit wirklich existierenden Parteioorganisationen und Zeitungen standen.

Einer der späterhin in der Literatur umstrittenen Entschlüsse der USPD-Fraktion war die Eventualentschließung, daß die USPD-Fraktion sich nicht an der Bildung des Zentralrats,³⁶ das heißt der Körperschaft, welche die Regierung der [Volks-] Beauftragten überwachen sollte, beteiligen würde, wenn diese Körperschaft nicht zu gleichen Teilen aus Vertretern der beiden sozialistischen Parteien, sondern proportional der Stärke ihrer Vertretungen auf dem Kongreß zusammengesetzt werden sollte. Ich wurde beauftragt, diese entscheidende Erklärung abzugeben, falls der Kongreß die Frage durch Abstimmung statt durch Vereinbarung gegen uns entscheiden sollte. Praktisch bedeutete diese Eventualentschließung, daß wir in diesem Falle die drei unabhängigen Volksbeauftragten aus der Reichsregierung abberufen würden. Die Eventualentschließung war einstimmig gefaßt worden. Als deshalb der Kongreß gegen uns entschied, gab ich auftragsgemäß die schwerwiegende Erklärung ab. Sie schloß die Vorstellung ein, daß die USPD als revolutionäre Kraft die Revolution weiterführen und steigern würde im Kampfe gegen die Sozialdemokratische Partei und die Regierung der Volksbeauftragten. Mir war der Charakter dieser Kampfansage klar, anderen auch. Ich kam deshalb nicht gleich dazu, sie abzugeben, denn als ich mich erhob, kam es vor unseren Bänken angesichts des ganzen Kongresses zu einer heftigen persönlichen Auseinandersetzung zwischen mir und Ernst Toller,³⁷ der den Münchner Arbeiter- und Soldatenrat vertrat. Wir hatten uns bis dahin ausgezeichnet verstanden, aber nun beschwor er mich mit erhobener Stimme, die Eventualerklärung nicht abzugeben. Man müsse die Lage neu prüfen. Als ich auf den einstimmigen Beschluß der Fraktion verwies und erklärte, ich könne mich auf

³⁶ Der „Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik“ war als oberstes Räteorgan und Kontrollinstanz des Rats der Volksbeauftragten und der preußischen Regierung gedacht. De facto betrachtete sich der Zentralrat – dessen 27 vom Rätekongreß am 19. 12. 1918 gewählte Mitglieder ausnahmslos der SPD angehörten – als Provisorium zur Sicherung des Übergangs zur parlamentarischen Republik. Vgl. Zentralrat, S. XI ff.

³⁷ Ernst Toller (1893–1939), Schriftsteller. Nach der Ermordung Kurt Eisners im Februar 1919 de facto Führer der Münchner USPD, im April 1919 Vorsitzender des Zentralrats der (1.) Münchner Räterepublik, im Juli 1919 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt.

meine eigene persönliche Verantwortung hin nicht darüber hinwegsetzen, machte er mir laute und heftige Vorwürfe. Die Mitglieder des Fraktionsvorstandes unterstützten mich gegen ihn, und ich³⁸ gab schließlich die Erklärung ab. Die Situation der USPD-Volksbeauftragten wurde dadurch unmöglich. Sie zogen etwa vierzehn Tage nach den Schießereien vor dem Marstall in Berlin die Konsequenz des Rücktritts.³⁹

Da dies in späteren Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien eine Art Schuldfrage war, habe ich öfters darüber nachgedacht, ob Toller nicht vielleicht recht hatte. Als ich ihn sehr viel später und viel gereifter wiedersah, kamen wir bei gemeinschaftlicher Prüfung der Frage zu einem Unentschieden. Man konnte argumentieren, daß die Mitglieder und die Anhängermasse der Sozialdemokratischen Partei bei verschiedenen Gelegenheiten keineswegs die Politik Eberts gebilligt hatten, daß also bei den Schießereien am 29. Dezember 1918 eine Ablehnung des Einsatzes militärischer Kräfte durch den Zentralrat möglich gewesen wäre, wenn wir uns beteiligt hätten, und sicherlich, daß für diesen militärischen Einsatz kein Mehrheitsbeschluß der Volksbeauftragten zustandegekommen wäre. Aber das war ein post festum-Argument. Ich war immer überzeugt, daß der Gang der Ereignisse im wesentlichen nicht anders gewesen wäre, wenn wir uns beteiligt hätten. Weder die rechtssozialistische Führung noch wir stolperten über Zwirnsfäden.

[. . .]

Der Rätekongreß wurde für den weiteren Gang der Ereignisse nicht nur durch seine Beschlüsse bedeutsam. Er wurde zu einem Treffpunkt für eine Reihe der jüngeren Führer der USPD, die sich bis dahin kaum dem Namen nach kannten. Wie ich selbst in Leipzig, so waren sie in ihren Bezirken in der Propaganda der USPD hervorgetreten und waren dann in der Revolution von den ihnen folgenden Volksmassen auf die Schultern gehoben worden. Sie waren fast ausnahmslos Söhne älterer Sozialisten, die junge Generation, die über die Köpfe der Parteihierarchie hinweg nach der Führung griff. In gewissem Sinne war es der entscheidende Zug der USPD-Fraktion des ersten Rätekongresses, daß sie eine Versammlung der Söhne war. Intellektuelle wie Organisatoren gehörten zu dieser Sammlung. Zwischen ihnen wurden nicht nur Abreden darüber getroffen, künftig in enger Verbindung zu bleiben, sondern auch persönliche Freundschaften geschlossen, die selbst dann noch weiter wirkten, als die Wege dieser jungen Politiker auseinandergegangen waren. Auf diese Weise bildete sich auf dem ersten Rätekongreß die radikal und aktivistisch denkende Führungsgruppe, die der Parteirichtung der linken USPD in ihren Aktionen allmählich feste Gestalt gab. [. . .]

Die junge Führungsgruppe nahm noch während des Rätekongresses und unmittelbar

³⁸ Nach dem Sten. Bericht des I. Rätekongresses, a. a. O., Sp. 300, wurde die Erklärung der USPD-Fraktion, sich an der Wahl zum Zentralrat nicht zu beteiligen, von Otto Braß abgegeben. Vgl. auch Zentralrat, S. XXVII f. u. S. 22 f.

³⁹ Nach Differenzen über die Löhnung und die Räumung von Schloß und Marstall zwischen dem Stadtkommandanten Otto Wels (SPD) und der Volksmarinedivision, bei der nach der Erschießung eines Matrosen am 23. Dez. Wels im Marstall festgesetzt worden war, riefen die SPD-Volksbeauftragten Truppen des Generalkommandos Lequis zu Hilfe, um die Befreiung von Wels und die Räumung von Schloß und Marstall zu erzwingen. Die schweren Kämpfe am 24. Dezember, bei denen es 67 Tote gab, lösten den Rücktritt der drei USPD-Volksbeauftragten Haase, Dittmann und Barth am 29. 12. 1918 aus (sie wurden durch die Mehrheitssozialdemokraten Noske und Wissell ersetzt). Vgl. Regierung der Volksbeauftragten, I, S. LXXV, und II, S. 18 ff. u. 73 ff.

danach engste Beziehungen auf zu den Mitgliedern des Vollzugsrates Großberlin⁴⁰ um Ernst Däumig und Richard Müller,⁴¹ den beiden vornehmsten Propagandisten des Rätegedankens, wie zu den Führern der Revolutionären Berliner Obleute. Nach dem Abschluß des Rätekongresses verabschiedeten sich die Mitglieder dieser Führungsgruppe voneinander mit der Frage: „Werden wir uns in der Nationalversammlung wiedersehen?“ Sie sahen sich alle in der Nationalversammlung wieder.

Die Bildung dieser Führungsgruppe, unter deren Einfluß die USPD im Laufe eines Jahres zu einer wirklichen Massenpartei heranwuchs, und noch mehr die Tatsache, daß in allen großen Industriegebieten der radikale Teil der Arbeiterschaft in ihr seine natürliche Führung erblickte, bedeutete eine bittere Enttäuschung für die alten Spartakusanhänger. Den Vorstellungen ihrer intellektuellen Führerin, Rosa Luxemburg, folgend, hatten sie geglaubt, daß sich die deutsche Arbeiterschaft, von ihnen inspiriert, zu spontanen revolutionären Aktionen erheben und in diesen Aktionen die Spartakusgruppe als ihre politische und intellektuelle Führung anerkennen würde. Der Zug, so glaubten sie, würde von selber in Bewegung kommen, und dann könnten sie sich mit ihrer Lokomotive vor den fahrenden Zug rangieren. Liebknechts erste Erfolge in Berlin konnten ihn in diesem Glauben bestärken, aber Rosa Luxemburg sah weiter als er, und die Bedeutung des Hervortretens dieser jungen Führungsgruppe in der USPD, die nicht aus dem Spartakusbund hervorging, blieb ihr nicht verborgen. Die Vorgänge während des ersten Rätekongresses und die Fraktionssitzungen der USPD-Fraktion des Kongresses enthielten eine deutliche Lehre, bereits vor dem dramatischen Zusammenbruch der neu gegründeten Kommunistischen Partei und der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs. Eine neue junge Führungsgruppe übernahm die Führung des radikalen Teils der deutschen Arbeiter in den entscheidenden Industriegebieten und hielt sie fest. Die Intellektuellen der Spartakusgruppe standen daneben, während diese Gruppe die Massen anzog und führte, wie sich in Aktionen und bei Wahlen zeigte. Alle Versuche, dieser Führungsgruppe in der USPD die Führung wieder zu entreißen und sie auf die Spartakusanhänger und das führende Personal der neu gegründeten Kommunistischen Partei⁴² zu übertragen, so wie sie systematisch von Moskau aus unternommen wurden, endeten in Mißerfolg. Als die führende Gruppe der linken USPD späterhin den Anschluß an die Kommunistische Internationale vertrat, suchte sie nicht die Bundesgenossenschaft der KPD, die sie für einen zu vernachlässigenden Faktor hielt, sondern die Bundes-

⁴⁰ Vgl. Anm. 32.

⁴¹ Ernst Däumig (1866-1922), 1912-1916 Redakteur am „Vorwärts“, 1917 Mitgründer der USPD (linker Flügel), einer der Führer der Revolutionären Obleute, 1919 Mitvorsitzender der USPD, 1920 Mitvorsitzender der VKPD, 1921 Mitgründer der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“, die sich im Februar 1922 wieder der (Rest-)USPD anschloß. S. a. S. 159. Richard Müller (1880–), Metallarbeiter, 1918/19 Vors. des Vollzugsrats der Berliner A- und S-Räte und der Revolutionären Obleute.

⁴² Am 29. Dezember 1918 hatten Delegierte des Spartakusbundes die organisatorische Trennung von der USPD beschlossen. Vom 30. 12. 1918 bis 1. 1. 1919 tagte der Gründungsparteitag, aus dem die „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ hervorging. Die neue Partei umfaßte außer dem Spartakusbund auch die Bremer Linksradikalen (Internationale Kommunisten Deutschlands). Schon im Januar bzw. März 1919 wurde die KPD durch die Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jopiches ihrer Führer beraubt und geriet in die Illegalität. Vgl. Hermann Weber (Hrsg.), Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt/Wien 1969.

genossenschaft mit der Sowjetregierung. Sie war keineswegs bereit, die Führung freiwillig abzugeben.

Die USPD zwischen West- und Ostorientierung

Unmittelbar nach dem Kongreß trat der weitere Differenzpunkt in der USPD hervor, der am Ende parteispaltende Kraft annahm. Es ging um das Verhältnis zur Sowjetregierung und um das Verhältnis der USPD zur russischen bolschewistischen Partei. Die diplomatischen Beziehungen der deutschen Regierung zur Sowjetregierung waren abgebrochen, weil die Regierung Max von Baden mit sozialdemokratischer Zustimmung sich gegen die von den Bolschewiki und der Sowjetregierung ausgehende revolutionäre Propaganda in Deutschland zur Wehr gesetzt hatte. Zwischen damals und dem Dezember 1918 lag die deutsche Revolution, und trotzdem blieben die Beziehungen abgebrochen. Die Sowjetregierung hatte sich sofort nach der Revolution um Wiederanknüpfung bemüht. Zunächst hatte Lenin der Regierung der Volksbeauftragten einen Transport russischen Getreides angeboten zur Milderung der durch die Ententeblockade hervorgerufenen Not und als Zeichen der Solidarität mit der deutschen Revolution. Hugo Haase hatte abgelehnt mit der Begründung, daß das russische Volk selbst schwer Not leide, in Wahrheit aber aus politischen Gründen. Er vertrat die Ansicht, die später am stärksten und längsten von Rudolf Breitscheid⁴³ vertreten wurde, daß eine Interessensolidarität zwischen der deutschen Revolution und den siegreichen Ententemächten gegen den deutschen Militarismus bestehe. Diese vermeintliche Interessensolidarität nicht aufs Spiel zu setzen durch Beziehungen zur Sowjetregierung – das war das eigentliche Motiv in der Haltung Haases und des Parteivorstandes der USPD.

Aber Lenin ließ nicht locker. Er ließ nun Haase sondieren, ob die deutsche Revolutionsregierung sich für die Fortsetzung des Kampfes im Westen entschließen könnte, und bot für diesen Fall die Hilfe der Sowjetregierung an. Ob bei dieser Sondierung das formelle Angebot eines Kriegsbündnisses gemacht wurde, steht dahin – Rudolf Hilferding hat es in späteren Jahren in Gesprächen mit mir stets behauptet und hat schließlich auch diese Version im „Neuen Vorwärts“ in Paris im Jahre 1939 nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes unmittelbar vor Kriegsausbruch veröffentlicht.⁴⁴ Man kann innere Gründe dafür anführen, daß seine Version richtig war. In den letzten vorrevolutionären Tagen hatte in Deutschland eine von Karl Radek⁴⁵ betriebene Propaganda für die Verwandlung des Krieges in einen revolutionären Krieg und seine Fortsetzung an der Elbe eingesetzt. Die späteren Versuche der So-

⁴³ Rudolf Breitscheid (1874–1944), 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, 1908 Mitgründer der Demokratischen Vereinigung, 1912 SPD, 1917 USPD, 1915–1922 Hrsg. d. Wochenschrift „Sozialistische Auslandspolitik – Der Sozialist“, Nov. 1918 – Jan. 1919 preuß. Innenminister, 1920–1933 MdR (USPD/SPD), 1933 Emigration nach Frankreich, 1941 an die Gestapo ausgehert, 1944 im KZ Buchenwald umgekommen.

⁴⁴ Dr. Richard Kern [d. i. Rudolf Hilferding], Der Kurs der russischen Außenpolitik. Pg. Stalin und Towaritsch Hitler, Neuer Vorwärts, Nr. 324 v. 2. 9. 1939.

⁴⁵ Karl Radek (1883–1939), ursprüngl. polnischer Sozialdemokrat, seit 1907 in Deutschland, SPD-Mitglied, Mitarbeiter u. a. der LVZ, im Krieg in der Schweiz (Anhänger der Zimmerwälder Linken), 1917 im Auslandsbüro der russ. Bolschewiki in Stockholm, ZK-Mitglied der russ. KP, Ende 1918 in Berlin, russ. Delegierter beim Gründungsparteitag der KPD, Mitglied des EKKI, 1927 Ausschuß, 1929 Wiederaufnahme in die KPdSU, 1936 verhaftet.

wjets, den wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus ihren eigenen Interessen und revolutionären Zielsetzungen im Westen dienstbar zu machen, und die Zusammenarbeit der Reichswehr unter General von Seeckt⁴⁶ mit der Sowjetregierung für die geheime Rüstung deuten in die gleiche Richtung. Jedenfalls war die Frage Westorientierung oder Ostorientierung aufgeworfen. Das wiederum stand in Zusammenhang mit der Frage, wie die USPD als Partei sich zu den westeuropäischen sozialistischen Parteien verhalten sollte, deren Haltung zur Unterstützung ihrer kriegführenden Regierungen noch entschiedener gewesen war als die der Mehrheitssozialisten bei der Unterstützung der Reichsregierung.

Die Frage wurde im Dezember 1918 auf einer Sitzung im Abgeordnetenhaus besprochen. Die linke Führungsgruppe, die sich auf dem Rätekongreß gebildet hatte, empfand Haases völlig ablehnende Haltung als gänzlich unnatürlich. Wir wußten alle, daß mindestens in Berlin beträchtliche sowjetische Geldmittel für die Bewaffnung der Revolutionären Obleute verwendet worden waren. Auch wir in Leipzig hatten den Besuch eines Beauftragten der Berliner Sowjetbotschaft erhalten, mit dem wir uns freundschaftlich über die Interessensolidarität zwischen uns und der russischen Revolution und über die Aufnahme von Parteibeziehungen unterhalten hatten. In dieser Sitzung drängte ich als Wortführer der linken Führungsgruppe also darauf, den Bolschewiki nicht die kalte Schulter zu zeigen, und betonte, daß sie uns näher stünden als die sozialistischen Parteien der Ententeländer. Ich geriet in eine wütende Auseinandersetzung mit Rudolf Hilferding, der sich vor Haase stellte und dessen vorsichtig abwägende Argumentation beträchtlich verschärfte. Freundliche Beziehungen zu Sowjetrußland aufzunehmen hätte natürlich geheißen, den antibolschewistischen Ententeregierungen ins Gesicht zu springen. Ich vertrat die Anschauung, daß durch freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetregierung und Parteibeziehungen zu den Bolschewiki der Weltrevolution, an welche die Linke fest glaubte, neuer Elan gegeben werden könnte. Die Gesamtheit der Anschauungen, die dahinter standen, hat später Ernst Däumig, der sie von vornherein mit noch größerer Entschiedenheit als ich vertrat, in dem Schlagwort zusammengefaßt: „Ex oriente lux.“ Hilferding dagegen sagte den baldigen Zusammenbruch der Sowjetregierung voraus und prägte schließlich den Satz: „Wir dürfen das solide Schiff unserer Partei nicht an den sinkenden Kahn der Bolschewiki binden.“

Später habe ich begriffen, daß es nicht nur ein Unterschied der Einschätzung der Dauerhaftigkeit des Sowjetregimes war, was mich in dieser Frage von Hilferding trennte. Bei ihm wirkte nicht so stark wie bei Breitscheid die Rücksichtnahme auf die westeuropäischen sozialistischen Parteien, als die Rücksichtnahme auf die Menschewiki, die von den Bolschewiki unterdrückte sozialdemokratische Partei Rußlands. Der Austromarxismus – und Hilferding war stets einer seiner vornehmsten und typischsten Vertreter – hielt enge Beziehungen zu ihnen und ihre dogmatischen Anschauungen begegneten sich. Beide verkörperten jene Richtung der marxistischen Schulen, die sich von anderen aktivistischeren durch ihr Abwarten einer geschichtlichen Entwicklung unterschieden, als deren Träger „die Arbeiterklasse“ angesehen wurde, ohne diese Entwicklung durch Handlungen unterstützen zu wollen. Auf Grund dieser Mentalität erschien das parlamentarisch-demokratische System als die

⁴⁶ Hans von Seeckt (1866–1936), Generaloberst, März 1920 – Okt. 1926 Chef der Heeresleitung, Organisator der Reichswehr, 1930–1932 MdR (DVP), 1934–1935 militär. Berater Tschiang Kai-scheks.

geeigneter Staatsform als eine Rätediktatur, die wie jede Diktatur notwendig aktivistisch sein mußte.

Die Unterstützung der Idee der Rätediktatur in Deutschland und damit die dogmatische Absage an die Demokratie durch Hilferding und seine Freunde und erst recht ein Parteibündnis mit den Bolschewiki wäre natürlich ein schwerer Schlag gegen die Menschewiki gewesen, die damals auf den Sturz der Sowjetregierung durch eine demokratische Revolution in Rußland hofften und deren Söhne und Enkelsöhne in der Emigration auch heute noch darauf hoffen.

Die weitere Entwicklung der Richtungsgegensätze in der USPD ließ diese Dinge noch schärfer hervortreten, besonders nachdem sich der Richtungsstreit auf die Frage konzentriert hatte, ob die Partei in die kommunistische Internationale eintreten sollte oder nicht. Diese meine erste Auseinandersetzung mit Rudolf Hilferding war eine Ouvertüre zu dem, was später kam; denn er und ich waren die intellektuellen Wortführer unserer Richtungen. Er hatte die „Freiheit“⁴⁷ zur Verfügung, ich zunächst die „Leipziger Volkszeitung“ und eine Reihe kleinerer Parteizeitungen der USPD, später die „Hamburger Volkszeitung“.

In dieser Besprechung wurde nichts beschlossen – aber es blieb bei der Haltung Haases.

Als mich beim Schluß des Rätekongresses meine neuen Freunde gefragt hatten: „Werden wir dich in der Nationalversammlung wiedersehen?“ hatte ich bezweifelt, daß ich in Leipzig als Kandidat an aussichtsreicher Stelle aufgestellt werden würde. Wir konnten sicher sein, drei Sitze zu erhalten, und die natürliche Reihenfolge für die Kandidaten für diese drei sicheren Plätze auf der Liste sah so aus: Friedrich Seger, der Vorsitzende der Wahlkreisorganisation Leipzig-Stadt; dann mein Vater, der bisherige Reichstagsabgeordnete für Leipzig-Land, und an dritter Stelle Richard Lipinski, der tatkräftige und umsichtige Vorsitzende und Organisator des Bezirksverbandes, der bereits bei einer Ersatzwahl während des Krieges im Reichstagswahlkreis Oschatz-Wurzen kandidiert hatte.

Über die Kandidatenliste für die Nationalversammlung wie für die [sächsische] Volkskammer (Landtag) entschied die große Funktionsversammlung der Partei. Meine Freunde stellten meine Kandidatur für beide Parlamente auf. Ich erwartete ein sicheres Landtagsmandat. Die Übertragung eines Landtagsmandats an den Präsidenten des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates erschien aus sachlichen Gründen geboten. Zu meiner eigenen großen Überraschung liefen die Dinge anders. Die Abstimmungen für den ersten und zweiten Platz auf der Nationalversammlungsliste verliefen so, wie die Parteileitung vorgeschlagen hatte und wie zu erwarten war. Aber bei der Abstimmung über den dritten Platz erhielt ich ganz erheblich mehr Stimmen als Lipinski. Der Bekanntgabe des Ergebnisses, das von der Mehrheit der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde, folgten Augenblicke der Konsternation am Tische der Parteileitung, an dem ich saß. Ich sah die ungeheure Enttäuschung Lipinskis, der mir am Tische gegenüber saß. Die Versuchung war riesengroß. Ich mußte mich blitzschnell entscheiden, ob ich die Kandidatur annehmen wollte. Bei all der führenden Position, die mir inzwischen zugefallen war, brachte ich den Beschlüssen der Parteileitung ein Maß der Loyalität entgegen, das

⁴⁷ Die „Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands“ erschien als zentrales Parteiblatt der USPD vom 15. 11. 1918 bis 30. 9. 1922 (bis 28. 2. 1919: „Die Freiheit“).

mir selbst später nicht erwiesen wurde. Ich schlug vor, die Abstimmung zu wiederholen, um den wirklichen Willen der Funktionärsversammlung festzustellen und eine Zufallsabstimmung auszuschließen. Die Wiederholung der Abstimmung ergab eine noch größere Mehrheit für mich. Nun nahm ich die Kandidatur an. Aber ich bot Lipinski eine persönliche Vereinbarung an. Wenn als Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung nur drei unserer Kandidaten gewählt werden sollten, wollte ich auf das Mandat verzichten zu seinen Gunsten gegen ein sicheres Landtagsmandat. Er lehnte ab mit der Erklärung, die Funktionäre hätten ihren Willen mit so entschiedener Mehrheit gezeigt, daß er respektiert werden müsse. Zuvor hatten die Funktionäre beschlossen, Doppelmandate müßten vermieden werden. Mit der Annahme der Kandidatur für die Nationalversammlung an sicherer Stelle fiel ich also für die Landtagswahlliste aus, an deren Spitze die Funktionäre nun Lipinski stellten. An ebenso sicherer Stelle der Landtagswahlliste wurde als Vertreterin der Frauen Anna aufgestellt. Mein Vater und ich Nationalversammlungsabgeordnete, Anna Landtagsabgeordnete (Volkskammermitglied) – das war das überraschende Ergebnis dieser Kandidatenaufstellung. Sofort wurde aus den Reihen der Minderheit das Wort „Dynastie Geyer“ geprägt, das dann bei inneren Parteiauseinandersetzungen wie in der breiten Öffentlichkeit eine Rolle gespielt hat.

Für mich persönlich bedeutete diese überraschende Aufstellung eine Stärkung meines Selbstgefühls und meines Führerehrgeizes. Die Schilderhebung wurde durch den offiziellen Beschluß der Parteifunktionäre bestätigt. Meine Stellung in der Parteileitung und der Parteileitung gegenüber wurde befestigt durch die Tatsache, daß ich eine große Mehrheit der Parteifunktionäre hinter mir wußte. Diese Kandidatenaufstellung bewirkte, daß ich fortan in der öffentlichen Meinung in Leipzig, bei den Zeitungen und den bürgerlichen Parteien als der erklärte Führer der USPD in Leipzig angesehen wurde. Ich war auch Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung“, Präsident des Arbeiter- und Soldatenrates und nach der Wahl Mitglied der Nationalversammlung. Natürlich wirkte die Kandidatenaufstellung auf meine Autorität in der Redaktion zurück, noch stärker als zuvor bestimmte ich den Kurs der Zeitung. Die Häufung von Funktionen – die übrigens weder in der USPD noch in der Sozialdemokratischen Partei ungewöhnlich war – erforderte in den nächsten Monaten ein Höchstmaß von Arbeitsleistung, von Hin- und Herfahren zwischen Weimar und Leipzig. Es war ein gehetztes Leben, das ich in diesen Monaten führte.

Der Weg in die Nationalversammlung bedeutete für mich nicht nur die direkte Fühlung mit meinen neuen Freunden, sondern überhaupt den Weg in die Reichspolitik, zur zentralen Beeinflussung der Politik der Partei. Nach der Wahl der Nationalversammlung trat die Unabhängige Fraktion neben den Parteivorstand mit mindestens derselben Autorität als zentrales Organ der Partei. [. . .]

Die Januarkämpfe in Berlin – Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts

Aber noch vor dem Wahltermin sandte mich der Arbeiter- und Soldatenrat auf eine wichtige Mission nach Berlin. Am 1. Januar 1919 besiegelten die Kommunisten durch die Gründung der Kommunistischen Partei ihre endgültige Loslösung von uns. Der Parteigründung folgte wenige Tage später der Spartakusaufstand in Berlin nach. Es handelte sich nicht um eine kaltblütig beschlossene Aktion der neuen Partei.

Die Vorgänge sind hinreichend bekannt. Die Absetzung des der USPD angehörenden Polizeipräsidenten von Berlin, Emil Eichhorn,⁴⁸ durch die Regierung der rechtssozialistischen Volksbeauftragten nach dem Ausscheiden der USPD aus der Reichsregierung, wurde von den radikalen Berliner Arbeitern als eine Provokation und eine Machtprobe empfunden. Die Berliner Organisation der USPD, die Revolutionären Obleute und die Kommunisten beschlossen Straßendemonstrationen. Dann aber gründeten Karl Liebknecht und der frühere Reichstagsabgeordnete der USPD Ledebour mit einem Dritten [Paul Scholze] einen revolutionären Aktionsausschuß, erklärten kurzerhand die Reichsregierung für abgesetzt und leiteten die Straßendemonstrationen in einen bewaffneten Aufstand über, bei dem die Masse der Kämpfenden nicht etwa von der Kommunistischen Partei gestellt wurde, die dazu zahlenmäßig viel zu schwach war, sondern von den Revolutionären Obleuten.⁴⁹

Ich will hier ein Wort über die beiden Führer des Aufstandes sagen. Karl Liebknecht befand sich seit seiner Haftentlassung Ende Oktober [23. 10. 1918] in einem fortwährenden Exzitationsstadium. Das war nicht erstaunlich, da ihm in der Haft die weiteren Entwicklungen im Reiche und in Berlin natürlich nicht völlig bekannt geworden waren. Er fühlte sich als eigentlicher Führer der Revolution in Deutschland und von Anfang an wollte er stets anders als die anderen und wirkte so von Anfang an verhängnisvoll auf die Ereignisse ein. Daß die Massen der Berliner Arbeiter ihn jubelnd begrüßten, als das Regime ihn in Freiheit setzte, gab ihm falsche Vorstellungen ein. Er wollte nicht nur anders als die Unabhängigen und der Berliner Vollzugsrat, sondern er wollte auch ständig anders als seine nächste politische Freundin Rosa Luxemburg, die intellektuelle Führerin des Spartakusbundes, die ihn nur mit Mühe auf einem noch einigermaßen vernünftigen Kurs festhielt. Sie allein hätte niemals den Spartakusbund von der USPD losgelöst. Er unternahm den Aufstand gegen den ausgesprochenen Willen Rosa Luxemburgs und der kommunistischen Parteileitung.

Georg Ledebour wiederum war das, was man in England einen crank nennt, ein von brennendem Ehrgeiz erfüllter, eingebildeter Mann, der seine Schwäche, sein Hinken aufgrund einer Hüftgelenksluxation, durch äußerste Streitsucht überkompensierte. Selbst seine nächsten Freunde konnten ihn bisweilen kaum ertragen. Ich weiß das recht gut, denn er war ein Freund meines Vaters. Er hatte einige Zeit in England gelebt, war ein Anglomane und hatte einige abstruse Ideen über England mitgebracht. So schwärmte er beständig von der Selbstverwaltung der englischen Gemeinden als Grundlage der Freiheit, obgleich es bekanntlich bis heute keine wirkliche Selbstverwaltung der Gemeinden in England gibt. Von der deutschen Geschichte und

⁴⁸ Emil Eichhorn (1863–1925), 1881 Beitritt zur SPD, Redakteur in Dresden und Mannheim, 1901–1909 MdL in Baden, 1903–1912 und 1919–1925 MdR, 1917 USPD, 9. 11. 1918 – 12. 1. 1919 Polizeipräsident von Berlin, nach der USPD-Spaltung Mitglied des ZK der linken USPD, Dezember 1920 KPD, 1921 KAG-Gruppe im Reichstag, dann wieder KPD (rechter Flügel).

⁴⁹ Nach dem Ausscheiden der USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten traten am 3. 1. 1919 die Unabhängigen auch aus der preußischen Regierung aus. Mit Ausnahme Eichhorns gaben alle Unabhängigen wichtige Ämter im Reich und in den Länderregierungen auf. Eichhorn weigerte sich am 4. Januar, seine Entlassung durch den preußischen Ministerpräsidenten hinzunehmen. Nach der Besetzung des Vorwärtsgebäudes und anderer großer Berliner Zeitungsbetriebe in der Nacht vom 5. zum 6. 1. 1919 durch die Aufständischen wurde Noske als Befehlshaber der Truppen in Berlin und Umgebung vom Rat der Volksbeauftragten und dem Zentralrat mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Vermittlungsversuche der gemäßigten USPD-Führung zwischen Regierung und Aufständischen waren fehlgeschlagen, am 13. Januar waren die Noske-Truppen nach beträchtlichem Blutvergießen Herren der Lage.

der Rolle des Freiherrn vom Stein schien er weniger zu wissen. Er war von den Liberalen zur Sozialdemokratie gekommen, in gewissem Sinne war er ein Epigone des Kronprinzenliberalismus von 1888.⁵⁰ Er hielt sich für den eigentlichen Gründer der USPD, war tief gekränkt und empört, daß er nicht zum Volksbeauftragten ernannt wurde⁵¹ und fand, daß alle alles verkehrt machten und daß nur er wüßte, was zu geschehen habe. Über den Aufstandsversuch habe ich später, und zwar weit über das hinaus, was ich selber gesehen hatte, eingehende und intime Berichte über die Vorgänge hinter den Kulissen erhalten. Das Merkwürdige an diesem Aufstand war, daß die Reichsregierung für abgesetzt erklärt, aber keinerlei militärische Aktion zu ihrer praktischen Absetzung unternommen wurde. Ernst Däumig, der von diesem Aufstandsversuch abgeraten hatte, erbot sich, mit einer Truppe der Revolutionären Obleute die Reichskanzlei vom Tiergarten aus anzugreifen und die Volksbeauftragten zu verhaften, was eine ziemlich aussichtsreiche Aktion gewesen wäre. Aber Ledebour lehnte diesen Vorschlag Däumigs ab mit den Worten: „Ach, was wollen Sie denn, Sie verstehen davon gar nichts.“ Er fühlte sich bereits als Herr der Reichsregierung und fürchtete im geheimen, daß ihm seine Führerrolle von dem Führer einer siegreichen militärischen Aktion bestritten werden könnte. Ähnlich erging es anderen, die sich dann mit schlimmen Vorahnungen von der Aktion zurückzogen. Die Parteileitung der USPD und Rosa Luxemburg mit ihren Freunden standen händeringend daneben.

Es ist begreiflich, daß wir im Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat nicht erkannten, was eigentlich in Berlin vor sich ging. Obgleich wir erbittert über Liebknecht und die Abspaltung der Kommunisten waren, fühlten wir uns mit den Berliner Revolutionären Obleuten solidarisch, wir wußten aber nicht, wie unsere Parteizentrale und wie unsere Freunde in der Führung der revolutionären Obleute dazu standen.

So wurde beschlossen, mich mit einem Mitglied des Soldatenrats als militärischen Adjutanten im Flugzeug nach Berlin zu schicken und je nach Lage und der Stellung unserer Parteileitung den Aufständischen eventuell die Unterstützung durch Leipziger Garnisontruppen anzubieten. Ich will gleich bemerken, daß dies das einzige Mal war, daß der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat eine militärische Intervention über Leipzig hinaus ins Auge faßte und glaubte, größere Truppentransporte unternehmen zu können. Wir requirierten ein Flugzeug und flogen verhältnismäßig spät am Nachmittag von Leipzig ab. Die Maschine war ein offener Dreisitzer, der Pilot verflieg sich und machte eine Bruchlandung auf einem Sturzacker im Havelland in der Nähe von Brandenburg. In den Stößen der Maschine beim Landen schlug mich eine Kante des Flugzeugs von unten gegen das Kinn, daß ich fast die Besinnung ver-

⁵⁰ Der Kronprinz, der nach dem Tode Wilhelms I. den Thron bestieg, hatte den Zusammenschluß der Linksliberalen zur Deutschen Freisinnigen Partei (1884) begrüßt; ein Kurswechsel in der deutschen Politik im liberalen Sinne kam aber schon infolge der schweren Krankheit und kurzen Regierungszeit Friedrichs III. nicht zustande. – Ledebour hatte sich 1891 der SPD angeschlossen, nachdem er sich ab 1884 für die „Demokratische Partei“, die zwischen Freisinn und SPD stand, als Redakteur und Herausgeber der „Demokratischen Blätter“ engagiert hatte.

⁵¹ Ledebour hatte den Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten abgelehnt, weil er „mit politisch kompromittierten Persönlichkeiten, die sich durch Begünstigung der bisherigen Kriegspolitik im Inlande und Auslande als Politiker vollkommen diskreditiert haben, nicht auf einer Ministerbank sitzen“ wollte (Sten. Ber. I. Rätekongreß, Sp. 95). Außerdem hatte Ledebour eine Koalitionsregierung, in der sich SPD und USPD die Waage hielten, grundsätzlich abgelehnt. Vgl. Ursula Ratz, Georg Ledebour 1850–1947, Berlin 1947, S. 180.

lor und daß mir noch lange danach der Kopf dröhnte. Die Maschine war gründlich entzwei. Sie hatte sich über den Propeller überschlagen, der vollkommen zerbrochen war. Wir pilgerten ins nächste Dorf. Der Pilot verlor sich in der Richtung der Bahnstation, er war froh, uns los zu sein, mein Begleiter und ich übernachteten im Dorfgasthaus. Der Gastwirt witterte in meinem Begleiter den Offizier und war sehr devot. Am anderen Morgen fuhren wir mit der Bahn nach Berlin. Unser erster Besuch galt dem USPD-Parteivorstand am Schiffbauerdamm. Anwesend war nur das Parteivorstandsmitglied Frau Zietz.⁵² Sie weinte. Ich fragte nach der Haltung des Parteivorstands. Sie erklärte, die Partei versuche zu verhandeln, um so einen Abbruch der Kämpfe herbeizuführen. Ich fragte nach Crispian⁵³ und Dittmann,⁵⁴ sie wußte nicht, wo wir sie erreichen konnten. Der Besuch hinterließ bei mir den Eindruck, daß die Parteileitung nicht wußte, was sie wollte. Deshalb fragte ich Frau Zietz schließlich: „Fassen Sie eventuell Unterstützung des Aufstands von außerhalb ins Auge? Wir sind die Nächsten.“ Sie lehnte mit Entschiedenheit ab: „Nein, nein, wir wollen keine Kämpfe, wir wollen den Abbruch der Kämpfe herbeiführen.“

Von da ging ich zur Redaktion der „Freiheit“. Hier wurde mir gesagt: „Eine dilettantische Aktion, die niemals hätte unternommen werden sollen und die wahrscheinlich in den nächsten Stunden zusammenbrechen und zu Ende sein wird mit all dem politischen Schaden, den sie angerichtet hat.“ Ich fragte nach mehr Einzelheiten, aber auch hier wußte man nicht, wo sich die Führung der Aufständischen befand. Ich fragte nach Eichhorn und erhielt die Antwort: „Er hält noch das Polizeipräsidium besetzt.“ Dann fragte ich nach Liebknecht, Antwort, das wisse man nicht, schließlich nach Ledebour, worauf mir mit offen verächtlicher Miene gesagt wurde: „Sie kennen doch Ledebour, er ist doch nicht ernst zu nehmen.“ Danach machte ich mich mit meinem Begleiter auf den Weg nach dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Wir hatten eine Vorstellung von Bürgerkrieg, und wir glaubten, wir müßten zu Fuß durch eine kämpfende Stadt wandern, aber nein, wir fuhren unbehelligt in einem Taxi zum Portal des Polizeipräsidiiums. Man war versucht zu fragen: „Wo findet hier der Bürgerkrieg statt?“ Wir legitimierten uns bei den Wachen am Portal des Präsidiiums und wurden dann zu Eichhorn geführt. Er gehörte zu meinen Berliner Freunden und Bekannten, so daß ich offen mit ihm reden konnte. Wir sprachen in seinem großen Amtszimmer. Die Fensterflügel der drei großen Fenster waren herausgenommen, an jedem Fenster stand auf einem hohen Holzblock ein schußbereites Maschinengewehr, die Bedienungsmannschaft darum herum. Alle drei Gewehre zielten auf den Alexanderplatz. Ich sagte ihm offen: „Wir haben daran gedacht, Euch militärische Unterstützung zu schicken, aber nach allem was ich bisher

⁵² Luise Zietz (1865–1922), seit 1908 Mitglied des SPD-Parteivorstands, seit 1917 Mitglied des Vorstands und Sekretärin der USPD, MdR 1919–1922.

⁵³ Arthur Crispian (1875–1946), 1902 Redakteur der Königsberger „Volkszeitung“, 1912 der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart, Nov. 1918 württ. Innenminister, 1919 MdL Württemberg, 1919 Mitvorsitzender der USPD, 1922 Mitvorsitzender der SPD, 1920–1933 MdR, 1933 Emigration in die Schweiz (vgl. S. 153).

⁵⁴ Wilhelm Dittmann (1874–1954), 1899–1904 Redakteur der „Norddeutschen Volksstimme“ (Bremerhaven) und der „Bergischen Volksstimme“ (Solingen), 1904–1908 Sekretär der SPD in Frankfurt/M., 1917 Mitgründer der USPD, Nov. – Dez. 1918 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, 1920 USPD-Delegierter auf dem II. Weltkongreß der Komintern in Moskau, 1922 Vorsitzender der Rest-USPD, 1922–1923 Vorstandsmitglied der SPD, 1912–1918 und 1920–1933 MdR, 1933 Emigration in die Schweiz, 1951 Rückkehr nach Deutschland, Mitarbeiter des SPD-Archivs.

gehört und gesehen habe, wäre das wohl sinnlos. Der Parteivorstand verhandelt zwecks Feueereinstellung.“ Er meinte: „Sie möchten gerne verhandeln, aber man wird sie nicht anhören. Wir müssen entweder den Kampf und das Polizeipräsidium aufgeben oder kämpfen.“ – „Mit welchen Aussichten?“ – „Das hängt davon ab, wie Liebknecht sich benimmt“, – und dann erzählte er mir, daß er seit dem letzten Abend und den ganzen Vormittag über versucht habe, mit Liebknecht in Verbindung zu kommen, er habe einen Kurier nach dem anderen gesandt, aber niemals eine Antwort erhalten. Er habe gefragt, was Liebknechts militärische Absichten seien, er habe ihn dringend gebeten, ihm einige von seinen vielen Maschinengewehren abzulassen, und meinte, wenn er sie mit der nötigen Bemannung erhielte, könnte er sich im Polizeipräsidium mit Leichtigkeit noch drei bis vier Tage behaupten. Ich fragte erstaunt: „Warum antwortet er nicht?“ Eichhorn zuckte mit den Achseln. Ich meinte, vielleicht sei die Verbindung unterbrochen. „Aber nein“, sagte Eichhorn, „Sie können mit der Straßenbahn zu ihm fahren.“ – „Wo ist er denn?“ – „Er sitzt mit seinen Leuten in der Böttzow-Brauerei.“ – „Gut“, sagte ich, „ich werde ihn besuchen.“ – „Sagen Sie ihm, ich brauche Maschinengewehre, dann kann ich mich behaupten, und ich muß wissen, was seine Absichten sind.“ Danach fragte mein militärischer Berater ohne Festlegung nach Auslademöglichkeiten für eventuelle Verstärkungen, und Eichhorn empfahl ihm Ausladung in Südende.

Danach machten wir beide uns auf den Weg zu Liebknecht, wirklich mit der Straßenbahn. Es war inzwischen Abend geworden. Vor der Böttzow-Brauerei, also praktisch an der Peripherie der Stadt, hielten uns Liebknechts Wachen an. Wir wiesen uns aus, und ich verlangte Liebknecht zu sprechen. Ein Bote wurde geschickt, er kam zurück und sagte: „Er ist im großen Saal.“ Ich fragte: „Will er uns sehen?“ Der Bote zuckte mit den Achseln, ich begriff bald, warum. Wir wurden dann durch mehrere Räume in den großen Saal geführt. In den Gasträumen und kleineren Sälen saßen Liebknechts Truppen auf Stühlen und Sofas, aber die meisten von ihnen lagen auf dem Fußboden und schliefen. Wir hatten den Eindruck einer völlig erschöpften Truppe.

Im großen Saal bot sich uns ein makabres Bild. Eine einzige nackte elektrische Birne hing vom Gebälk des Daches herunter und ließ den großen Saal im Dunkel. Auf dem Boden des Saales lagen Maschinengewehre so, daß ein schmaler Gang zwischen ihnen blieb, links etwa ein Dutzend Maschinengewehre, rechts etwa ein Dutzend Maschinengewehre. In dem Gang zwischen den Maschinengewehren ging Liebknecht auf und ab, die Hände auf den Rücken gelegt, ohne Hut, in einem schwarzen Anzug. Wir blieben zunächst erstaunt stehen und sahen zu, wie er auf und ab ging. Er beachtete uns überhaupt nicht. Schließlich ging ich vor und trat ihm in den Weg. Ich will hier einfügen, daß wir persönlich sehr gut miteinander bekannt waren, schon von sozialdemokratischen Parteitagungen des Vorkrieges her. Ich hatte im Anfang des Krieges vor seiner Verhaftung mehrfach mit ihm über Propaganda geredet und war auch sonst mit ihm zusammengekommen. Er erkannte mich offenbar nicht. Mit einem nervösen Zucken des Gesichts, das bei ihm häufig war, sah er mich zunächst starr an. Dann herrschte er mich an: „Wer sind Sie? Was wollen Sie? Wer hat Sie hier hereingelassen?“ – Ich konnte bei dieser Gelegenheit noch besser verstehen, daß er so wenige wirkliche Freunde unter seinen nächsten politischen Freunden hatte, aber ich steckte meinen Stolz in meine linke Hosentasche und sagte sehr ruhig zu ihm: „Ich sehe, Sie erkennen mich nicht. Ich bin Curt Geyer.“ – Wieder herrschte er mich an: „Was wollen Sie von mir?“ – Ich zwang mich, meine Ruhe zu behalten;

denn der ganze Jammer dieser Szene versetzte mich in größte innere Erregung. Ich sagte ihm: „Ich bin der Präsident des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrats, und ich habe Auftrag, mich zu erkundigen, ob Sie Unterstützung wünschen.“ – Von allem was ich sagte, hatte er wahrscheinlich überhaupt nur Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat gehört, und es schien ihm zu dämmern, wer ich war. Statt auf die Frage der Unterstützung einzugehen, fragte er in etwas ruhigerem Ton: „Wie steht es bei Ihnen, wie geht es bei Ihnen?“ Ich antwortete: „O bei uns, bei uns steht soweit alles gut.“ Da brach er los, nahezu schreiend: „Steht alles gut? Was steht alles gut? Nichts steht gut. Kann nicht gut stehen, darf nicht gut stehen.“ – Nun versuchte ich, ihm Eichhorns Botschaft auszurichten. Aber er hörte schon nicht mehr zu. Er hatte wieder die Hände auf den Rücken gelegt und begann wieder zwischen den Maschinengewehren auf und ab zu gehen. Ich blieb einen Augenblick unschlüssig stehen, dann ging ich leise zu meinem Begleiter, winkte ihm, und wir verließen den Saal und die Brauerei. Im Herausgehen aus der Brauerei fragte mich mein Begleiter: „Sie werden sich doch um Gotteswillen hier nicht engagieren wollen?“ Ich antwortete ihm: „Ich denke nicht daran, ich habe völlig genug gesehen.“ Ich war tief erschüttert. Für mich war diese Szene der Kulminationspunkt des erratischen Benehmens Karl Liebknechts seit dem Beginn der Revolution, und ich zweifelte an seinem Verstand; denn das war mehr als reine Verzweiflung angesichts der kommenden Niederlage.

Wir gingen zur Stadtbahn und fuhren schließlich auf weiten Umwegen nach Leipzig zurück. Auf der langen Fahrt hatte ich genügend Zeit zum Nachdenken. Ich konfrontierte meine eigenen putschistischen Neigungen mit dem, was ich gesehen hatte. Macht? Zwei Dutzend Maschinengewehre? War das revolutionäre Macht, war Liebknecht revolutionäre Macht? Wie hätte ich mich verhalten? Meine Gedanken gingen um das Problem herum, ohne daß ich damals zu einer gültigen Schlußfolgerung gekommen wäre. Ich habe später wiederholt mit Ernst Däumig über diesen Aufstandsversuch gesprochen. Er hatte in erster Linie die Unzulänglichkeit oder vielmehr Abwesenheit militärischer Vorbereitung und die irrsinnige militärische und politische Führung Liebknechts und Ledebours gesehen, aber er war trotzdem bereit gewesen mitzumachen, um wenigstens etwas Sinn in die Geschichte zu bringen. Ich war dagegen überzeugt, daß es durchaus richtig war, was man mir in der „Freiheit“ gesagt hatte: „Dieser Putsch durfte nie angefangen werden.“ Ich wußte; Liebknechts Niederlage ging uns alle an. Mir schärfte sie den Blick noch mehr für die wirklichen Machtverhältnisse und half mir weiter, die rosenroten Illusionen der ersten Stunden beiseitezuschieben. Heute im Rückblick nehme ich an, daß ich ohne das aufwühlende Ereignis der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg noch rascher an Einsicht in die wirklichen Machtverhältnisse gewonnen hätte und zu einer besseren Abschätzung dessen gekommen wäre, was in Deutschland möglich war und was nicht.

Nachdem ich nach Leipzig zurückgekehrt war, erstattete ich dem Arbeiter- und Soldatenrat wie der Parteileitung Bericht über meine Berliner Beobachtungen. Ich äußerte mein Urteil über Liebknecht sehr deutlich und machte besonders auf die fundamentalen Differenzen aufmerksam, die sich bei der Gründung und seit der Gründung der Kommunistischen Partei zwischen Liebknecht und Luxemburg gezeigt hatten und die in der Verurteilung des Putsches durch Rosa Luxemburg ihren Höhepunkt erreichten.

Aber dann traf uns die Nachricht von der brutalen Ermordung der beiden [15. 1. 1919] wie ein Donnerschlag. Diesmal brauchte ich nicht erst zu einer Demonstration

aufzurufen. Sobald die Nachricht bekannt wurde, versammelte sich eine erregte Menschenmenge in den Straßen, und die Arbeiter strömten aus den Betrieben zum Augustusplatz.⁵⁵ Diese spontane Kundgebung von weit über hunderttausend Menschen war die größte von allen, die ich auf dem Augustusplatz erlebt habe. Die Menge rief nach Vergeltung, nach Waffen, nach dem Sturz der Reichsregierung, der die Schuld an den Morden zugeschrieben wurde, nach Vergeltung an Bürgertum und Rechtssozialisten in Leipzig.

Nach den Berliner Erfahrungen war ich fest entschlossen, keine wilden Experimente zu machen. Ich verständigte mich mit der Parteileitung, gemeinsam fürchteten wir, daß wir nur sinnlose Terrorakte und Blutvergießen hervorrufen würden, wenn wir dem Verlangen nach breiter Volksbewaffnung nachgeben würden. Was unser Regime an bewaffneten Kräften zu seinem Schutze brauchte, das besaßen wir.

Ich fuhr in dem kleinen roten Auto des Branddirektors der Leipziger Feuerwehr, der von unserem Kommissar bei der Feuerwehr gesteuert wurde, durch die ungeheure Menge auf dem Augustusplatz und in den Straßen. In Abständen hielten wir an, und ich sprach vom Wagen aus zu der erregten Menge. Ich fühlte, was sie fühlten, und die Empörung schüttelte mich. Auch in mir war ein instinktiver Trieb nach Vergeltung – aber an wem und gegen wen? Ich wußte, die Spontaneität dieser empörten Masse würde mir Macht geben zu allem, was ich unternehmen würde. Ich wußte, daß ich sie bewaffnen könnte – aber das stärkste meiner Gefühle war ein Gefühl der Ohnmacht. Vor mir selber begriff ich die Grenzen der Macht und die Grenzen meiner lokalen Macht in Leipzig. Es war eine böse Stunde. Meine Freunde und die Menge drängten sich um mich und erwarteten, daß ich in irgendeiner Weise ihre Gefühle in die Tat umsetzen würde, und ich wußte, daß ich ihnen nichts anderes geben konnte als Worte, tönende, zornige, drohende Worte, und daß ich ihrem Schrei nach rächenden, unbestimmten, sinnlosen Taten nicht nachgeben durfte. Ich wußte intellektuell, daß sowohl ich als auch unsere Parteileitung jede Führung und jede Kontrolle der Masse aus der Hand verlieren würden, wenn wir nachgaben. Es gab auch in Leipzig genügend Elemente von links und von noch weiter links, die von der Entfesselung des Acheron Gebrauch für ihre Zwecke gemacht hätten. Aber ich will nicht aus der Erinnerung behaupten, daß es weise politische Zurückhaltung gewesen ist, was mich damals bestimmte – ich weiß heute noch mit aller Bestimmtheit, daß es viel mehr ein Gefühl der Ohnmacht war.

So sagte ich der Menge, der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat würde seine Machtposition gegenüber jedem behaupten, der sie angreifen würde, und er würde sie weiter ausbauen und alle Versuche des Widerstands gegen ihn, die sich bereits gezeigt hätten, zu Boden schlagen. Das war tatsächlich meine Absicht. Die Neuwahl des Arbeiterrates, die Neuformierung der politischen Parteien für die Wahl zur Nationalversammlung und die Wahl zur Nationalversammlung hätten automatisch die revolutionäre Spannung, die wir aufrecht zu erhalten suchten, geringer werden lassen. Aber nunmehr war ich entschlossen, alles mit harter Hand zu behaupten, was der Arbeiter- und Soldatenrat an Macht besaß, und die Räterediktatur in Leipzig aufrechtzuerhalten in der Hoffnung, daß abermals in der nächsten Entwicklung die

⁵⁵ Unter der Überschrift „Ihr Blut komme über Euch“ hatte die LVZ am 17. 1. 1919 ausführlich über die Ermordung berichtet und für Samstag, 18. Januar, zu einem „Demonstrationsstreik der Leipziger Arbeiter“ aufgerufen. Es hatte aber auch schon am 17. Januar Volksversammlungen gegeben, in denen „die Festnahme von Geiseln aus den Kreisen der Leipziger Kapitalisten verlangt“ worden war. Vgl. LVZ v. 19. 1. 1919.

Macht in Deutschland auf der Straße liegen würde. Meine Handlungen als Vorsitzender des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates in den nächsten vier Monaten, die in steigendem Maße die Empörung des Leipziger Bürgertums hervorriefen und mir seinen Haß zuzogen, waren bestimmt von der Empörung über diese beiden Morde. Ich habe an einem späteren Zeitpunkt – drei Jahre später – sehr intensiv darüber nachgedacht, wie die allgemeine Entwicklung und wie meine eigene Entwicklung ohne diese Morde weitergegangen wäre. Im Persönlichen habe ich mir klar gemacht, daß die Führungsfrage in der Kommunistischen Partei sehr bald zu einer entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Liebknecht und Luxemburg geführt haben würde, wobei ich aber nicht glaubte, daß die Führung in die Hand Rosa Luxemburgs gefallen wäre. Sie war das geistige Haupt, die Seele und die Lehrerin der intellektuellen Sekte, die der Spartakusbund darstellte. Aber schon zur Zeit ihrer Ermordung paßte sie nicht mehr hinein in die äußerste Linke, bei der wie überall die Brutalisierung der Politik durch das Kriegsgeschehen entscheidend hervortrat. Ich habe mich später oft gefragt: „Was wäre aus Rosa Luxemburg geworden?“ Ich hatte die Entwicklung ihres Freundes und intellektuellen Erbens Paul Levi⁵⁶ vor Augen, und meiner Ansicht nach wäre sie den Weg, den er gegangen ist, mit noch größerer Klarheit und Entschiedenheit gegangen, über den Punkt hinaus, an dem er innehielt. Dies war für mich später eine wesentliche Frage, weil ich denselben Weg ging – aber noch nicht an diesem Zeitpunkt.
[. . .]⁵⁷

Der mitteldeutsche Generalstreik

Die Wahl zur Nationalversammlung [19. 1. 1919] hatte in Leipzig das von uns erwartete Ergebnis, nämlich drei Mandate. 1150 Stimmen fehlten uns zur Eroberung des vierten Mandats durch Richard Lipinski, 1150 von 60 000. Das Ergebnis der Wahl für die USPD im ganzen war nichts weniger als eindrucksvoll: 2 317 000 Stimmen und 22 Mandate bei 30 400 000 Gesamtstimmen.⁵⁸ Aber wir waren weder überrascht, noch entmutigt. Die kurzfristige Ansetzung des Wahltermins hatte nicht gestattet, die Organisationen der USPD auszudehnen und auf alle Wahlkreise zu erstrecken, und tatsächlich sah anderthalb Jahre später das Bild ganz anders aus. Aber eines war klar: Wer erwartet hatte, daß eine große Masse der Wähler sich spontan auch ohne Organisation der USPD zuwenden würde, der mußte enttäuscht sein. Im übrigen entfielen von den 2 300 000 Stimmen der Partei 1 800 000 auf folgende große Industriegebiete: Großberlin, Mitteldeutschland, Leipzig, Thüringen

⁵⁶ Paul Levi (1883–1930), Rechtsanwalt, Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes, ab März 1919 de facto Leiter der KPD, Dez. 1920/Anfang 1921 Parteivorsitzender der KPD (zusammen mit Däumig), 1921 Ausschluß, Gründer der KAG, 1922 Übertritt zur USPD und mit ihr wieder zur SPD, 1920–1930 MdR. Vgl. S. 147 f.

⁵⁷ Auf den Ms.-Seiten 148–149 wird die Sprengung einer Wahlversammlung der DDP durch Geyer, der in Begleitung von 10 Bewaffneten erschienen war, beschrieben.

⁵⁸ Von den 421 Mandaten entfielen auf die SPD 163, die Christliche Volkspartei (Zentrum und BVP) 91, die DDP 75, die DNVP 44, die DVP 19, sonstige 7. Die USPD war im Verhältnis zu ihrem Stimmenanteil von 7,6% durch das Mandatsverteilungssystem benachteiligt worden. Bei einer Verteilung nach dem reinen Proporzsystem aufgrund der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen hätte sie 32 Mandate anstatt 22 erhalten. Vgl. Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 34 f.

und Ruhrgebiet. In allen diesen Gebieten, ganz Sachsen eingeschlossen, hatten Unabhängige und Sozialdemokraten zusammen erhebliche, zum Teil Zweidrittelmehrheiten. Der Ruf nach dem Sozialismus war deshalb an diesem Zeitpunkt keineswegs eine verstiegene revolutionäre Illusion. Wohl hatten Sozialdemokraten und Unabhängige zusammen keine Mehrheit der abgegebenen Stimmen, aber immerhin 45,60 Prozent. Von den übrigen sechs Parteien folgte die nächststärkste, das Zentrum, mit rund sechs Millionen Stimmen nach. Im Jahre 1948 verglich ich in einer Schrift das Ergebnis der Hitlerwahl vom März 1933 mit der Nationalversammlungswahl. Ich sagte, Hitler habe damals mit 44 Prozent der abgegebenen Stimmen zwar nicht die arithmetische Mehrheit erhalten und seine Partei sei noch eine Minderheit im Volke gewesen, aber praktisch politisch die dynamische Mehrheit. Ich sagte dann, daß bei der Nationalversammlung die Sozialdemokratie unstreitig die dynamische Mehrheit war, aber „sie hat nicht daraus den Schluß gezogen, ihren Willen, sich selbst treu bleibend, durchzusetzen“.⁵⁹

In den genannten großen Bezirken mit den sozialdemokratisch-unabhängigen Mehrheiten spielte sich in den kommenden Monaten der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus ab – nicht ohne Erfolge, bis der Wahnsinn der Friedensbedingungen dieser Entwicklung ein Ende machte. Schon zuvor begann die Reichsregierung mit der Niederwerfung der revolutionären Arbeiterräte in den führenden radikalen Städten dieser Bezirke, um einheitlich ihre Autorität und später die provisorische Reichsverfassung⁶⁰ durchzusetzen. Aber das Ringen um den Sozialismus ging auch nach der Niederwerfung in diesen Bezirken weiter, zum Teil in offenen blutigen Bürgerkriegskämpfen.

Auf diesem Hintergrund wird man verstehen, daß wir durchaus nicht entmutigt waren. Wir glaubten daran, daß mit der Nationalversammlungswahl die Revolution im sozialistischen Sinne keineswegs geschlossen sei und daß die revolutionäre Situation nach wie vor bestehe. Wir glaubten, folgende objektive Faktoren dafür zu erblicken: die völlige Ungewißheit des Friedensschlusses; das ungewisse Schicksal der feierlich versprochenen Sozialisierung; das Drängen des radikalen Teiles der Arbeiterschaft, auch des größten Teiles der Sozialdemokratie, auf die Erfüllung des Versprechens; die wirtschaftliche Not des Volkes, Lebensmittelknappheit, Geldentwertung und Lohnfragen – und dabei stand immer im Hintergrunde das Beispiel der Bolschewiki, die schließlich als die Friedenspartei die Macht ergriffen hatten – so glaubten wir wenigstens damals. Wenn die kritische Stunde der Friedensverhandlungen kommen sollte, so meinten wir, könnte wieder eine Situation entstehen, in der die Macht auf der Straße liege und in der die USPD als Ausdruck des Friedenswillens des Volkes sie ergreifen könnte.

[...]

Die Konzentrierung unserer Wahlstimmen in Mitteldeutschland – Thüringen, Halle-Merseburg und Leipzig –, wo zusammengenommen die USPD allein 800 000

⁵⁹ Curt Geyer: Macht und Masse. Von Bismarck zu Hitler, Hannover 1948, S. 254 f.

⁶⁰ Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 (RGBl. 1919, S. 169 f.). Diese „Notverfassung“ war auf Initiative der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden, unterstützt von Hessen und Sachsen, als Ergebnis einer Konferenz der deutschen Länder am 25. Januar 1919 über den Verfassungsentwurf von Hugo Preuß zustande gekommen. Das Gesetz sicherte u. a. die föderalistische Struktur des Deutschen Reiches gegenüber der Reichsregierung. Vgl. Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik, Berlin 1970, S. 94 ff.

Stimmen erhalten hatte, legte mir und meinen nächsten politischen Freunden nahe, diese Position weiter zu befestigen und aus diesen Gebieten ein neues Land zu gründen, das wir unter uns und in der Propaganda „das rote Herz Deutschlands“ nannten. Diese Pläne, die von der linken Führungsgruppe, die auf dem Rätekongreß entstanden war, intern besprochen wurden, ließen wir an die Öffentlichkeit gelangen, als gegen Ende Januar sich ein Kongreß der Arbeiterräte in Braunschweig versammelte.⁶¹ Gegen solche Projekte wurde von der Preußenregierung sofort heftigster Protest erhoben, sie wurden als Landesverrat gegen das Land Preußen bezeichnet, was zu dieser Zeit, wo es noch keine provisorische Reichsverfassung gab, merkwürdig in unseren Ohren klang. Ich versuchte später, dem sächsischen Ministerpräsidenten, dem Sozialdemokraten Gradnauer,⁶² diese Pläne unter Einbeziehung ganz Sachsens schmackhaft zu machen mit dem Argument, daß damit die Annexion der Provinz Sachsen durch Preußen im Jahre 1815 rückgängig gemacht werden könnte, aber er wußte so gut wie ich, daß in dieser Konzentration die Unabhängigen die beherrschende stärkste Partei, eine dynamische Mehrheit sein würden. Übrig blieb von allen diesen Plänen nur die Verschmelzung der thüringischen Länderketten zu einem einheitlichen Land [1. 5. 1920], was in jeder Hinsicht eine vernünftige Aktion und einen Fortschritt darstellte.

Am 6. Februar [1919] trat die Nationalversammlung zusammen. Der Eröffnung gingen Verhandlungen zwischen der sozialdemokratischen und der unabhängigen Fraktion über die Regierungsbildung voraus mit dem Ergebnis, daß die unabhängige Fraktion eine Koalition mit den Sozialdemokraten ablehnte. Hätten die Sozialdemokraten die Unabhängige Fraktion sondiert mit dem Ziele, eine rein sozialistische Regierung zu bilden, so wäre die radikale Linke in der Fraktion wahrscheinlich mit ihrer Ablehnung jeder Koalition in der Minderheit geblieben. Da aber von vornherein klar war, daß die Führer der sozialdemokratischen Fraktion und vor allem Friedrich Ebert eine Mehrheitsregierung auf breiter Grundlage anstrebten, gab es in der Unabhängigen Fraktion keine ernstlichen Differenzen über die Frage.

Auch die Abgeordneten, die später unter der Führung Hugo Haases und unter dem geistigen Einfluß Rudolf Hilferdings den rechten Flügel bildeten, glaubten, daß die Revolution nicht abgeschlossen sei, auch sie glaubten vielmehr, daß die USPD in nächster Zukunft vor die Frage der Machtergreifung gestellt werden könnte. Wir alle wußten, wie in den wenigen Tagen seit der Wahl unsere Organisationen answollen und die Partei sich im Reiche ausbreitete. Als die Fraktion deshalb daran ging, ihre Vertreter für die Ausschüsse der Nationalversammlung zu bestimmen, stellte sie darüber hinaus etwa ein Dutzend eigener Ausschüsse auf, zu denen nicht nur Abgeordnete, sondern auch Nicht-Abgeordnete berufen wurden. Der Gedanke war, daß die Partei auf die Machtübernahme vorbereitet sein mußte, wenn die

⁶¹ Am 13. Januar 1919 hatte die braunschweigische Regierung vorgeschlagen, durch den Zusammenschluß von Braunschweig, Anhalt und Hamburg und den dazwischenliegenden preußischen Gebietsteilen eine „mittelnorddeutsche Bundesrepublik“ mit kantonalen Verfassungen zu gründen. Am 25. Januar war daraufhin in Braunschweig ein „Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Westdeutschlands“ zusammengetreten, auf dem die Gründung einer „Bundesrepublik Nordwestdeutschland“ erörtert wurde. Vgl. Deutscher Geschichtskalender, Ergänzungsband: Die deutsche Revolution, S. 470, 473 f.

⁶² Georg Gradnauer (1866–1946), seit 1890 SPD-Mitglied, 1896 Redakteur am „Vorwärts“, 1907–1918 Redakteur der „Dresdner Volkszeitung“, 1898–1907, 1912–1918, 1919, 1920–1924 MdR, 1919–1921 sächs. Ministerpräsident, Mai – Okt. 1921 Reichsinnenminister.

Stunde käme. Diese Ausschüsse stellten gewissermaßen die Schattenregierung der USPD dar.

Die Mitglieder der linken Führungsgruppe der USPD-Fraktion des Rätekongresses, die alle in die Nationalversammlung gewählt worden waren, beherrschten die wichtigsten dieser Ausschüsse, und sie drängten darauf, daß die Forderung der Verwirklichung des Sozialismus in den Mittelpunkt der Aktivität der Partei wie der Fraktion gestellt werden sollte, namentlich angesichts der Tatsache, daß die für diesen Zweck eingesetzte Sozialisierungskommission⁶³ nicht weiterzukommen schien.

Zusammen mit meinen Freunden konzentrierte ich mich auf diese Aufgabe und schenkte deshalb der Verfassungsfrage wenig Aufmerksamkeit, besonders da wir alle der Ansicht waren, daß eine demokratisch-parlamentarische Verfassung keine lange Lebensdauer haben würde. Wir opponierten in der Nationalversammlung wohl gegen alles, was uns gefährlich erschien, und schließlich gegen die Verfassung überhaupt, aber die wahren Gefahren, die in den plebiszitären Zügen dieser Verfassung und in der Behandlung der Frage der Kommandogewalt über das Heer lagen, vermochten wir damals noch nicht genau zu durchschauen und abzuschätzen, ebenso wenig wie die große Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion, die der Führung Eberts folgte, ohne über dessen Vorstellungen von der Verteilung der Gewichte zwischen dem Reichstag und dem Präsidenten eine klare Vorstellung zu haben. Was es für uns bedeutete, daß die Nationalversammlung sofort eine provisorische Reichsgewalt einsetzte und Ebert die [Reichs-]Präsidenschaft übertrug [11. 2. 1919], bekamen wir in den radikalen Vororten in den nächsten Monaten deutlich genug zu spüren. Aber daß die Weimarer Verfassung – die freieste Verfassung der Welt – gewissermaßen von Anfang an die Keime zu ihrer Vergewaltigung durch eine Diktatur von rechts in sich trug, wurde damals von uns noch nicht verstanden, trotz der Warnungen, die Hugo Preuß,⁶⁴ der Autor des Verfassungsentwurfs, gegen die plebiszitären Elemente erhob, die in seinen Entwurf hineingeschrieben wurden. Zum Unterschied von uns verstanden dies andere. Max Weber⁶⁵ bejahte den plebiszitären Charakter, weil er ihn für die Verwirklichung sozialistischer Maßnahmen für nötig hielt. Er verstand den Zusammenhang zwischen Diktatur und Planwirtschaft sehr wohl, aber an diesem Zeitpunkt war es auch ihm noch nicht klar, daß Ebert als Prä-

⁶³ Am 18. 11. 1918 war ein Kabinettsbeschluß zur Berufung einer „wissenschaftlichen Kommission“ zur Beratung der Sozialisierungsbestrebungen ergangen. Unter dem Vorsitz von Karl Kautsky konstituierte sich das Gremium am 5. 12. 1918. Am 11. Dezember veröffentlichte die Kommission einen Arbeitsplan und am 16. Dezember bat sie den Rat der Volksbeauftragten um „genaue Bestallung, Umschreibung ihrer Rechte und Pflichten“. Ein Antrag der Kommission auf Sozialisierung des Bergbaus wurde Mitte Januar 1919 vom Rat der Volksbeauftragten und vom Zentralrat einstimmig abgelehnt. Da organisatorische Voraussetzungen wie Kompetenzen fehlten (die Berufungsurkunde wurde erst am 4. 2. 1919 ausgefertigt), demissionierte die Kommission am 3. Februar, nahm die Rücktrittserklärung am 15. 3. 1919 zwar wieder zurück, blieb aber auch in der Folgezeit infolge mangelnder Unterstützung durch Behörden und Reichsregierung wirkungslos. Vgl. Zentralrat, S. 67 u. 521 f. und Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), *Die deutsche Revolution 1918–1919*, Frankfurt 1968, S. 235 f.

⁶⁴ Hugo Preuß (1860–1925), seit 1906 Prof. für Staatsrecht an der Handelshochschule Berlin, Nov. 1918 Staatssekretär des Innern, 1919 Reichsinnenminister (DDP).

⁶⁵ Max Weber (1864–1920), Professor für Nationalökonomie und Soziologie in Berlin, Freiburg, Heidelberg, München, 1918/19 Mitarbeiter der Sachverständigenkommission für den Reichsverfassungsentwurf, Mitgründer der DDP. Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik 1880–1920*, Tübingen 1959.

sident seine Vollmachten eher als Mittel zur Verhinderung radikaler sozialistischer Maßnahmen ansah.

[. . .]

Meine ganze Aufmerksamkeit und die meiner nächsten Freunde konzentrierte sich auf die sozialen Vorgänge und die Sozialisierung. Größte Unruhe erfüllte die Arbeiterbevölkerung in unseren Wahlkreisen, vor allem im mitteldeutschen Industriegebiet und im Ruhrgebiet. Nicht nur die Gewerkschaftsmitglieder und die Anhänger der Sozialdemokratie und der Unabhängigen waren in Bewegung, wie Serien von Lohnstreiks zeigten, sondern auch die bisher unorganisierten und ausgesprochen rechtsstehenden Arbeiter. Diese Erscheinung war am markantesten im Industriegebiet um Halle und im Bergwerksgebiet von Mansfeld. Diese Arbeiter wandten sich unserer Partei zu. Sie verlangten aktivistisches Vorgehen zur Verwirklichung des Sozialismus, weil sie nun glaubten, daß nur der Sozialismus ihrer Not und der Krise in der Wirtschaft ein Ende machen könnte.

Die soziale Unruhe rief Unzufriedenheit mit der Haltung ihrer Regierung in der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung hervor. Wir lebten in Weimar so eng gedrängt nebeneinander, daß keiner der beiden Fraktionen verborgen blieb, was bei der anderen vorging. Wir wußten, daß nicht nur das Temporisieren der Regierung in der Sozialisierungsfrage, sondern auch die Formierung der neuen militärischen Einheiten der Regierungstruppen unter Führung von reaktionären Offizieren der alten kaiserlichen Armee große Unruhe in der sozialdemokratischen Fraktion hervorrief. Im übrigen gab es genügend intellektuelle sozialdemokratische Kritiker, die ihre Ansichten in Zeitungen und Zeitschriften zum Ausdruck brachten. Die mit gewaltiger Mehrheit gefaßten Beschlüsse des Ersten Rätekongresses über die neue Militärmacht⁶⁶ waren schon von den rechtssozialistischen Volksbeauftragten unter dem Einfluß der Obersten Heeresleitung Hindenburg-Groener⁶⁷ einfach beiseite geschoben worden. Sie mochten dilettantisch und kaum durchführbar sein – in einer Revolution ist übrigens alles dilettantisch –, aber die neuen Militärformationen waren weder von sozialistischem, noch demokratisch-republikanischem noch revolutionärem Geiste beleckt. Unsere gesamte Propaganda und unsere Zeitungen griffen unaufhörlich die Reichsregierung wegen dieser beiden Fragen an, und die parteipolitischen Erfolge, die wir erzielten, riefen allmählich in der sozialdemokratischen Fraktion die Anschauung hervor, daß es so nicht weitergehen könne und daß die Reichsregierung eine positive sozialistische Politik führen müsse.

⁶⁶ Der Beschluß des Rätekongresses vom 18. 12. 1918 („Sieben Hamburger Punkte“) sah die Kommandogewalt über Heer, Marine und Schutztruppen durch die Volksbeauftragten vor, ferner die beschleunigte Abschaffung des stehenden Heeres und Errichtung einer Volkswehr, die Entfernung aller Rangabzeichen, Wahl der Führer durch die Soldaten u. a. (Rätekongreß, Sp. 140 u. S. 181). Gegen diesen Beschluß protestierten OHL, Waffenstillstandskommission u. a. militärische Stellen energisch und erfolgreich. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Zentralrats und des Rats der Volksbeauftragten wurde am 20. 12. 1918 beschlossen, daß es bis zur gesetzlichen Regelung der Ausführungsbestimmungen zum Kongreßbeschluß „bei den bisherigen Zuständen“ bleiben solle. Regierung der Volksbeauftragten, II, S. 3 ff., u. Zentralrat, S. 24 ff.

⁶⁷ Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847–1934), 1916 Chef des Generalstabs und Chef der OHL, 1925–1934 Reichspräsident. – Wilhelm Groener (1867–1939), General, 1914 Chef des Feldeisenbahnwesens, Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs in der OHL, Organisator von Rückmarsch und Demobilmachung des Heeres, zwischen 1920 und 1923 mehrfach Reichsverkehrsminister, 1928–1932 Reichswehrminister, 1931–1932 auch Reichsinnenminister.

Dies war der Hintergrund zu den Beschlüssen, die meine nächsten Freunde und ich für die Ausrufung des mitteldeutschen Generalstreiks⁶⁸ faßten. Es war ein ausgesprochen politischer Streik. Er galt nicht nur dem Protest gegen die neue Militärgewalt, sondern das eigentliche Ziel war es, die Regierung zur Einlösung ihres Sozialisierungsversprechens zu zwingen. Gleichzeitig stellten sich die Streikenden hinter die Arbeiterräte im mitteldeutschen Industriegebiet, in Thüringen und in Leipzig. Es war ein Riesenstreik, viel zu eindrucksvoll für die Regierung. In diesen radikalen Industriegebieten war jedenfalls die revolutionäre Welle noch nicht abgeflaut. Die Regierung wußte nichts Besseres zu tun, als die neue Militärmacht gegen den Streik einzusetzen, so daß aus dem Streik offener Bürgerkrieg wurde, in dem die Regierung dann schließlich der Sozialisierungsforderung gegenüber kapitulierte – für eine gewisse Zeit.

Nachdem der Streik zwei Tage lang in Gang war, wies die Reichsregierung General Maercker⁶⁹ an, mit seiner Division die Stadt Halle zu besetzen, die Führer des Streiks zu verhaften und so dem Streik im Bezirk Halle-Merseburg das Rückgrat zu brechen. Ich erfuhr von dieser Aktion, als plötzlich alle unsere telephonischen Verbindungen mit Halle unterbrochen wurden, was dem Leipziger Arbeiterrat die Möglichkeit nahm, sich mit den Arbeiterräten im sächsisch-preußischen Industriegebiet zu verständigen. Gerüchtweise verlautete, daß in Halle schwerste Straßenkämpfe im Gang seien. Schließlich gelang es mir, vom Hauptbahnhof aus über das Eisenbahntelephon eine Verbindung mit dem Bahnhof Halle zu erhalten. Ich wurde informiert, daß die bekannten Abgeordneten der Linken und die Streikführer, die verhaftet werden sollten, nicht auffindbar seien und daß jedenfalls das Personal des Bahnhofs Halle keine Verbindung mit ihnen herstellen könne. Kämpfe wären im Gange, aber mehr vermochten meine Gesprächspartner nicht zu sagen.

Wir berieten im Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat über die Lage und schließlich schlug ich vor, ich wollte mit einer starken Militärpatrouille nach Halle gehen, nicht um in eventuelle Kämpfe einzugreifen, sondern um die Lage zu erkunden und nach Möglichkeit die Verbindung zwischen den Streikleitungen wiederherzustellen. Der Leipziger Arbeiterrat beschloß demgemäß, und gegen Abend fuhr ich mit zwei Kraftwagen und zwölf Mann, die mir der Soldatenrat zur Verfügung stellte und die mit Gewehr und Pistole bewaffnet waren, nach Halle, nicht ohne daß ich zuvor Bereitschaftsmaßnahmen angeordnet hatte für den Fall, daß Leipzig angegriffen würde. In mancher Hinsicht wiederholten sich bei dieser Erkundung meine Berliner Erfahrungen während des Spartakusaufstands.

Am Bahnhof Halle wurde uns lediglich mitgeteilt, daß die Maercker-Truppen beim Einmarsch in die Stadt einen Rückschlag erlitten hätten und nun in der Hauptsache im Gebäude der Hauptpost konzentriert seien und sich dort mit bewaffneten Arbeitern herumschossen. Alle uns bekannten Büros, die wir aufsuchen wollten, waren leer, von der Bevölkerung war wenig zu erfahren. Schließlich begegneten wir einer

⁶⁸ Im Zeitzer Revier hatte der Generalstreik bereits am 22. 2. 1919 begonnen, in Halle wurde der Streikbeschuß auf einer mitteldeutschen Bergarbeiterkonferenz am 23. Februar gefaßt. Ab 24. Februar ruhte die Arbeit im Gebiet Halle-Merseburg und im benachbarten Sachsen sowie in Thüringen und Anhalt. Nach Verhandlungen zwischen Regierung, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde die Arbeit zwischen dem 6. und 8. März überall wieder aufgenommen. In Leipzig dauerte der Generalstreik vom 27. 2. – 10. 3. 1919.

⁶⁹ Georg Maercker (1865–1924), preuß. General, Gründer und Kommandeur d. Freiw. Landesjägerkorps 1918, nach dem Kapp-Putsch verabschiedet. – Vgl. Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte des freiwilligen Landesjägerkorps, Leipzig 1922³.

Patrouille von zwei bewaffneten Arbeitern mit roter Armbinde. Sie gaben uns einen ungefähren Bericht über den Gang der Geschehnisse. Die Division Maercker war vom Bahnhof aus mit klingendem Spiel und unter Zurschaustellung ihrer Maschinengewehre auf ihren Wagen durch die Straßen der Stadt nach dem Marktplatz gezogen, um so die Autorität der Reichsregierung zu demonstrieren. Auf dem Marktplatz hatte sich eine gewaltige, gegen den Einmarsch protestierende Menschenmenge versammelt, in der vor allem Frauen die große Mehrheit hatten. Plötzlich stürzte sich diese Menge unbewaffnet auf die Kolonne, entriß ihnen Gewehre und zerschlug sie auf dem Pflaster, riß achtzehn Maschinengewehre der Kolonne von den Wagen und warf sie in die Saale. In dem tollen Durcheinander blieb Maercker nichts übrig, als den Rückzug zu befehlen. Er verschanzte sich in der Hauptpost, sandte nur wenige Patrouillen in die Stadt und forderte von der Reichsregierung Verstärkungen an. Während sich seine Patrouillen gelegentlich mit Arbeiterpatrouillen herumschossen, konzentrierte sich eine Kampfgruppe der bewaffneten Arbeiter im Theatergebäude, das über einem nicht allzu weiten Platz dem Hauptpostgebäude gegenüber liegt. Hier hielten sie sich gegenseitig in Schach. Die Stadt war also leer von Polizeikräften der einen wie der anderen Seite. In dieser Situation stürzte sich die ausgehungerte Bevölkerung von Halle in die Hauptgeschäftsstraßen der inneren Stadt und begann die Geschäfte regelrecht auszuplündern. Ich fragte nach der Streikleitung und wurde informiert, daß sie Halle verlassen habe, um sich in einer Stadt des Industriegebietes, in Eisleben, in der Nähe des Mansfeldischen Bergwerkreiers zu etablieren. Dann fragte ich nach der Kampfleitung in Halle und begegnete nur einem Achselzucken der beiden Männer. Sie meinten, vielleicht sei eine Kampfleitung im Theater, sie wüßten es aber nicht.

Ich dachte einen Augenblick daran, nach Eisleben zu fahren, um dort die Verbindung mit der Streikleitung aufzunehmen, oder über Merseburg zurückzufahren, um zu erkunden, was dort vor sich ging. Da es aber bereits spät war, rieten meine Begleiter mir davon ab, sie meinten, wir wüßten nicht, in was wir in Merseburg hineinlaufen würden, und es war klar, daß sie noch in der Nacht wieder nachhause zurück wollten. Ich will hier erwähnen, daß sowohl sie als auch ich selber bei dieser Erkundung niemals das Gefühl dafür verloren, daß wir auf preußischem Gebiet waren. Wir beschlossen dann, uns die Sache im Theater anzusehen. Wir fuhren nach dem rückwärtigen Bühneneingang – von der Feuerzone entfernt – und drangen beim Lichte unserer Taschenlampen in das dunkle Theater ein. Ab und zu fielen einige Gewehrschüsse, Maschinengewehrfeuer war nicht zu hören.

Diese Szene in dem dunklen Theater ist mir fest im Gedächtnis geblieben. Über die Bühne fanden wir schließlich den Weg ins Parterre und arbeiteten uns im Dunklen, über die Sitze stolpernd, nach der Vorderfront des Theaters durch. Es war eine merkwürdige Impression vom Bürgerkrieg – im Dunklen auf der Suche nach Freund und Feind, immer erwartend, daß wir plötzlich angerufen oder beschossen werden würden. Niemand war da, der uns am Eindringen in das Gebäude gehindert hätte, weder Wachen noch Patrouillen, die Straßen waren völlig verlassen. Schließlich gelangten wir auf den Balkon über dem Eingang. Hier standen zwei Maschinengewehre mit zwei Dutzend Leuten ohne eigentlichen Führer. Gegenüber lag die Front des Postamtes. Es fiel kein Schuß von dort, nichts war zu hören. Es war totenstill, nur ab und zu von anderen Punkten der Theaterfront ein gelegentlicher Gewehrschuß.

Ich fragte, was von anderen Kampfeinheiten bekannt sei, und der Sprecher der zwei Dutzend Leute meinte, wahrscheinlich gebe es hier und da in der Stadt noch

kleinere Einheiten, aber er wisse darüber nichts, er wisse auch nichts von einer Kampfleitung, sie hätten nach den Vorgängen auf dem Marktplatz das Theater besetzt und wollten es halten. Er deutete auf die Hauptpost: „Da drüben sitzen sie und haben Angst und warten auf Verstärkung, es sind alles sehr junge Leute.“ – „Nun, und morgen?“ Er zuckte mit den Achseln. „Und wenn sie zum Angriff übergehen?“ – „Wir werden das Theater halten.“ Und er wies auf die Maschinengewehre. Dann fragte ich nach der Haltung der Bevölkerung. Mit einiger Bitterkeit sagte er: „Die haben jetzt Besseres zu tun als uns zu helfen, die plündern. Wir können sie daran nicht hindern, es ist auch ganz egal. Fahren Sie nach der Hohen Straße, da werden Sie etwas sehen.“ Wir schüttelten uns die Hände, diesmal hütete ich mich zu fragen, ob sie Unterstützung von uns erwarteten. Wiederum tasteten wir uns durch den dunklen Theatersaal und fanden unsere Wagen unbelästigt vor. Wir wenigstens hatten Wachen bei ihnen hinterlassen. Wir fuhren nach der inneren Stadt. Schon auf der Fahrt sahen wir Spuren von Plünderung. Aber das war gar nichts gegenüber dem Schauspiel, das die Hauptgeschäftsstraße von Halle bot. Hell erleuchtet lag sie vor uns, in allen den geplünderten Geschäften war das elektrische Licht angeschaltet. Alle Schaufensterscheiben, zum Teil große Spiegelglasscheiben, waren eingeschlagen und herausgeschlagen. Auf dem Bürgersteig wie auf der Fahrbahn lagen die Glassplitter zentimeterhoch, unter ihnen weggeworfene Wäschestücke, Kleidungsstücke, Konservendosen, Lebensmittel, Schmuckwaren, Küchengeräte. Wir konnten hören, daß in einigen der Läden die Plünderung weiterging.

Empörung überkam mich. Zur revolutionären Legende in meiner ganzen Jugend hatte gehört, daß Revolutionäre nicht plündern, sondern aufs Strengste gegen Plünderer vorgehen, daß im Interesse der Revolution harte Lebensbedingungen ohne Murren ertragen werden mußten und daß kein klassenbewußter Arbeiter und Sozialist sich jemals zum „Lumpenproletariat“ gesellen würde, wenn es plündert oder stiehlt. In diesem Punkte dachte ich mit geradezu robespierresem Fanatismus. Als ich von einigen belanglosen Korruptionsfällen im Leipziger Arbeiterrat gehört hatte, waren die Betroffenen sofort hinausgeworfen worden.

Angesichts der weitergehenden Plünderung handelte ich ohne Überlegung ganz instinktiv und automatisch. Wir sperrten unser Ende der Straße ab, feuerten Schreckschüsse in die Straße und riefen: „Wer plündert, wird erschossen.“ Ich befahl einigen meiner Begleiter, nach dem anderen Ende der Straße zu gehen, es zu besetzen und jeden zu verhaften, der ihnen mit geplündelter Ware in die Hände fallen würde. Wir sahen einige Dutzend dunkle Gestalten sofort verschwinden. Ich ging dann mit zwei Mann durch die Straße. Vor einem geplünderten Wäschegeschäft, das hell erleuchtet war, hörte ich Geräusche. Ich zog die Pistole und ging in das Geschäft, meine Begleiter nach mir. Im Hinterzimmer des Geschäftes fand ich eine alte Frau mit einem etwa achtjährigen Mädchen. Sie hatten einen großen Henkelkorb und waren dabei, ihn sorgfältig mit Wäsche zu packen. Ich herrschte die alte Frau an: „Was machen Sie da?“ Sie war bleich vor Schreck, das Mädchen klammerte sich an sie. Mit der Pistole in der Hand herrschte ich sie weiter an: „Sofort den Korb ausleeren und verschwinden!“ Die alte Frau sah mich bittend an, dann weinte sie, und das Kind weinte ebenfalls, aber sie gehorchte. Sie drehte den Korb um, es waren einige Handtücher, ein Tischtuch, einige Stücke Leibwäsche für sie, einige Wäschestücke für das Kind – die einfachen Dinge des Lebens, welche die Hallesche ärmere Bevölkerung seit Jahren überhaupt nicht gesehen hatte, wegen der Warenknappheit und der Rationierung und wegen ihrer Armut. Ich ließ ihnen den Korb. Schon als ich sie an-

herrschte und erst recht als sie davonschlichen, begann eine Stimme in meinem Innern zu rebellieren. Sie hat nie aufgehört zu rebellieren, und je älter ich wurde, desto mehr habe ich begriffen, daß sie recht hatte. Ich kann heute ganz einfach formulieren, was miteinander stritt, nämlich der Kampf einer autoritären revolutionären Haltung und ein einfaches Gefühl der Menschlichkeit. Wegen dieses Vorfalles habe ich jetzt noch ein schlechtes Gewissen. Ich weiß, Mitgefühl mit den beiden, die keine Diebe waren, wäre die menschlichere Haltung und zugleich die bessere, wirklich sozialistische Haltung gewesen. In ihrer Armut war ihnen plötzlich unerwartete Hilfe erschienen, die ihnen dann brutal wieder weggerissen wurde.

[. . .]

Wir kamen spät in Leipzig an, und ich fand kaum drei Stunden Schlaf, ehe ich dem Arbeiterrat meine Vorschläge zur Behandlung der Situation unterbreitete. Zunächst beschlossen wir, den Generalstreik in verschärfter Form weiterzuführen. Dann erteilte ich dem Soldatenrat Befehl, auf dem Bienitz, einer sandigen Anhöhe an der sächsisch-preußischen Grenze, welche die Straßen von Halle und Merseburg beherrscht, Stellungen ausheben zu lassen und zunächst mit schwachen Kräften zu besetzen. Dann teilte ich der sächsischen Landesregierung mit, daß ich Befehle zur Verteidigung des sächsischen Staatsgebietes gegen einen Vormarsch Maerckers gegeben habe und erinnerte sie an das Dresdner Abkommen. Die Staatsregierung sandte sofort den mehrheitssozialistischen Minister Schwarz⁷⁰ nach Leipzig, der mit unserer Forderung der Einlösung des Sozialisierungsversprechens der Reichsregierung sympathisierte. Das Ergebnis der Verhandlungen und der sofortigen Vorstellungen der sächsischen Landesregierung bei der Reichsregierung war, daß der Landesregierung zugesichert wurde, daß keine Reichstruppen nach Leipzig gesandt werden würden, solange wir nicht preußisches Gebiet verletzten. Dieses Ergebnis verlängerte das Leben des Leipziger Arbeiterrates um zweieinhalb Monate. Ich war erleichtert, daß unsere Fähigkeit, militärischen Widerstand zu leisten, nicht auf die Probe gestellt wurde; denn in diesem Punkte machte ich mir bereits keine Illusionen mehr. Aber wir besaßen immerhin noch so viel militärische Macht, daß ich damit drohen konnte.

Der Einmarsch General Maerckers in Halle ermutigte das Leipziger Bürgertum zu stärkerem Widerstand gegen das Regime des Arbeiter- und Soldatenrates, was mich zu einer Reihe diktatorischer Maßnahmen zwang. Eine der ersten dieser Maßnahmen richtete sich gegen die bürgerlichen Zeitungen Leipzigs. Vom Beginn der Revolution an waren die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die einen rechtsnational-liberalen und alldeutschen Kurs verfolgten, eine Zielscheibe der Erbitterung der Bevölkerung gewesen, dieser Zeitung wurden besonders die Kriegslügen angerechnet, als die Bevölkerung aufschrie, sie wäre belogen und betrogen worden. Unsere Anhänger sahen sie mit besonderer Erbitterung, da sie eine unaufhörliche und zum Teil sehr giftige Propaganda gegen uns geführt hatte, auf die wir während des Krieges in unserer Zeitung nicht antworten konnten. Unmittelbar vor dem mitteldeutschen Generalstreik hatte sie Verdächtigungen und Verleumdungen wiedergegeben, die in anderen Zeitungen Deutschlands, so in der Frankfurter Zeitung, gegen den Leipziger Arbeiterrat und gegen mich persönlich ausgestreut wurden.⁷¹ Ich weiß nicht mehr, welcher Tropfen das Faß zum Überlaufen brachte, jedenfalls führte die Erbit-

⁷⁰ Albert Schwarz (1876–1929), Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Nov. 1918 – Jan. 1919, Jan. 1919 – April 1921 Wirtschaftsminister in Sachsen.

⁷¹ Frankfurter Zeitung vom 5. 3. 1919 (zitiert in LVZ v. 10. 3. 1919).

terung darüber zu einer spontanen Demonstration vor dieser Zeitung, die immer weiter anwuchs und gefährliche Formen annahm. Ich wurde davon vollständig überrascht. An diesem Tage besuchte der Vorsitzende des Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrates, der Kommunist Heinrich Brandler,⁷² den Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat, um mit uns gemeinsame Probleme zu besprechen. Mitten in den Besprechungen wurde ich alarmiert. Die wütende Menge beabsichtigte, in die Druckerei der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ einzudringen und die Rotationsmaschinen zu zerschlagen. Diese Demonstration ging drei Minuten zu Fuß von unserem Amtssitz vor sich. Ich ging hin, und Brandler begleitete mich. Ich sah mich einer wütenden, offenbar führerlosen Menge gegenüber, auf die ich zunächst keinerlei Einfluß ausüben konnte. Brandler versuchte, die Kommunisten in der Menge zur Aufgabe der Demonstration zu bewegen, aber ebenso vergeblich. Ich rief Mitglieder des Arbeiterrats zur Unterstützung herbei, und zusammen konnten wir schließlich die Menge von dem Sturm auf die Druckerei abhalten mit dem Versprechen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat drastische Maßnahmen gegen die bürgerliche Presse ergreifen werde.

Am anderen Tage beschloß der Arbeiterrat ein unbefristetes Verbot der bürgerlichen Zeitungen Leipzigs. Die Erbitterung darüber beim Leipziger Bürgertum war begreiflicherweise groß. Die Verleger der Zeitungen erschienen einige Tage später im Arbeiterrat, um mich in einer Unterredung zur Aufhebung des Verbotes zu veranlassen. Ich stellte ihnen eine Reihe von Bedingungen, die sie nicht annehmen wollten, so daß ich ihnen erklärte, es bleibe bei dem Verbot. Ich sagte ihnen auch deutlich, daß auch für sie das Verbot immer noch besser sei als die Zerschlagung ihrer Maschinen. Als sie die Besprechung verließen, kam der Verleger des „Leipziger Tageblatt“, der spätere demokratische Finanzminister in Sachsen, Dr. Reinhold,⁷³ ein linksstehender Demokrat, zu mir zurück und sagte: „Herr Geyer, ich will Ihnen nur persönlich sagen, wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich uns genauso behandeln.“

Als sich die Führer des Leipziger Bürgertums, die mit der Fortsetzung der Aktion Maercker in Leipzig gerechnet hatten, in diesem Punkt enttäuscht fühlten, gingen sie zu einem gefährlichen Gegenstreik⁷⁴ gegen unseren Generalstreik für die Sozialisierung über. Zunächst wurde mir mitgeteilt, daß die Stadtverwaltung nicht mehr in der Lage sein werde, die Unterstützungen an Kriegerwitwen und -waisen sowie

⁷² Heinrich Brandler (1881–1967), 1901 Mitglied der SPD, 1915 als Anhänger Liebknechts ausgeschlossen, 1919 Mitglied der KPD-Zentrale, 1921 Mitvorsitzender der KPD, 1922 Vors. der KPD, Okt. 1923 Leiter der sächs. Staatskanzlei, 1924–1928 Aufenthalt in Moskau, 1929 Mitgründer und Führer der rechtsoppositionellen KPO, 1933 Emigration nach Frankreich und Kuba, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

⁷³ Peter Reinhold (1887–1955), 1919–1924 MdL Sachsen, 1920 u. 1924–1926 sächs. Finanzminister, 1926–1927 Reichsfinanzminister, 1928–1932 MdR (DDP).

⁷⁴ Am 28. 2. 1919 rief der „Leipziger Bürgerausschuß“ – eine Organisation, die sich im November 1918 unter dem Vorsitz des Historikers Walter Götz als bürgerliche Bewegung gegen den Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hatte – „die gesamte Leipziger Kaufmannschaft, die Handwerkerschaft, das Beamtentum in Stadt und Land, die Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und Lehrer auf . . . in den allgemeinen Ausstand zu treten“. Vgl. Horst Beutel, Die Novemberrevolution von 1918 in Leipzig und die Politik der Leipziger USPD-Führung bis zum Einmarsch der konterrevolutionären Truppen des Generals Maercker am 12. Mai 1919, in: Wiss. Zeitschr. d. Karl-Marx-Universität Leipzig, 7 (1957/58), S. 404, und Gerhard Puchta, Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig vom November 1918 bis vor dem 2. Rätekongreß Anfang April 1919, ebenda S. 578.

andere Unterstützungen, von denen ein erheblicher Teil der Bevölkerung lebte, auszuzahlen, da die Reichsbankfiliale Leipzig den Banken eröffnet habe, daß sie ihnen keine weiteren Barmittel zur Verfügung stellen könne. Nach dieser Mitteilung bestellte ich den Direktor der Reichsbankfiliale auf mein Büro und befragte ihn darüber. Als er erklärte, daß er Anweisung von Berlin habe, die in den Tresors vorhandenen Geldmittel nicht herauszugeben, und daß er auf weiteren Zufluß nicht rechnen könne, eröffnete ich ihm, daß ich ihn so lange in Schutzhaft nehmen würde, wie er auf seiner Haltung beharrte. Er schien daran nicht recht zu glauben und war entsetzt, als ich ihn für verhaftet erklärte und selber mit Bewachung nach der nahegelegenen Polizeidirektion brachte. Der Polizeidirektor protestierte, als ich ihn aufforderte, den Direktor der Reichsbank in einer Zelle der Polizeidirektion festzusetzen. Er erhob eine Reihe von Vorstellungen, mußte sich aber schließlich fügen. Am nächsten Tage erschien die Tochter des Verhafteten, die ihm den Haushalt führte, auf dem Arbeiterrat und bat mich dringend, ihren Vater freizulassen, er sei ein gänzlich unpolitischer Mensch und habe nur höhere Weisungen befolgt. Da sich die Lage inzwischen zugespitzt hatte, schlug ich das rundweg ab.⁷⁵

Der Gegenschlag gegen uns, der auf Anweisung des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Rothe geführt wurde, bestand in einer Anweisung an die Beamtenschaft, alle städtischen Zahlstellen, die Unterstützungen auszahlten, zu schließen, was zum größeren Teil von den Beamten befolgt wurde. Meine erste Antwort darauf bestand in der Verschärfung des Generalstreiks, ich dehnte ihn auf die Elektrizitäts- und Gasversorgung aus. Aber ich konnte nicht erwarten, damit rasch einen Rückzug des Oberbürgermeisters zu erzwingen, obwohl diese Ausdehnung das Bürgertum weit schwerer traf als die Arbeiterschaft.

Wir berieten deshalb im Arbeiterrat, wie wir die städtischen Zahlstellen in eigener Regie wieder eröffnen könnten. Wir überlegten, daß wir brauchbare Mitglieder unserer Partei und der Gewerkschaften, vor allem Angestellte, mobilisieren könnten, um die streikenden Beamten zu ersetzen. Aber eine solche Übernahme der Verwaltung in den unteren Verwaltungsorganen hätte zum mindesten mehrere Tage der Vorbereitung erfordert. Dann mußte die Frage der nötigen Geldmittel gelöst werden. Noch im November wäre ich entschlossen gewesen, Notgeld drucken zu lassen, aber jetzt überdachte ich alle damit zusammenhängenden Komplikationen, die Schwierigkeiten der Überwachung in den Druckereien und der späteren Wiedereinlösung, und ich stellte diese Eventualität zurück. Ein anderer Weg war, von den Banken direkt auf unsere Anweisung hin Auszahlung von den städtischen Konten zu fordern, was auch geschah, aber die Banken unterstützten die Aktion des Oberbürgermeisters und erklärten, sie würden an den Arbeiter- und Soldatenrat nicht auszahlen. Wir drohten ihnen wie der Reichsbank, daß wir sie besetzen und ihre Safes mit Gewalt öffnen würden, und wir besprachen die Öffnung der Safes mit Sachverständigen. Aber ich wußte sehr genau, wie weit ich mich engagieren mußte, wenn ich zu solchen Mitteln greifen und versuchen würde, die Verwaltung direkt zu übernehmen. In meinen eigenen Überlegungen sah ich nur einen Weg: Ich mußte den Kampfwillen des Oberbürgermeisters brechen. Und ich brach ihn.

⁷⁵ Nach Beutel und Puchta, a. a. O., war der Amtshauptmann von Fink, der am 28. 2. 1919 die Amtshauptmannschaft geschlossen hatte und die Ausgabe von Lebensmittelkarten einstellen ließ, vom Arbeiter- und Soldatenrat verhaftet worden.

Ich ließ ihm telephonisch mitteilen, daß ich zu einer Unterredung aufs Rathaus kommen würde, und zwar sofort. Der Sitz des Arbeiter- und Soldatenrates lag dem Rathaus gegenüber. Ich ging ins Rathaus, begleitet von zwei bewaffneten Wachen. Der Oberbürgermeister war in seinem Zimmer. Ich stellte die Wachen vor der Tür auf und betrat den Raum. Der Oberbürgermeister saß in einer halbrunden Nische des Raumes in der Mitte einer halbrunden Sofabank, vor ihm ein großer runder Tisch, neben ihm rechts und links sowie weiter um den Tisch herum saßen seine Stadträte. Ich setzte mich an den runden Tisch ihm gegenüber. Einer der jüngeren Stadträte überfiel mich sofort mit den heftigsten Vorwürfen wegen der Unmenschlichkeit des Gas- und Elektrizitätsstreiks, er schilderte, was in den Krankenhäusern die Folge davon sein könnte – die bekannten Argumente bei solchen Gelegenheiten. Nach ihm redete ein älterer Stadtrat auf mich ein, wahrscheinlich sei mir nicht klar gewesen, welche Wirkungen dadurch hervorgerufen würden, das sei doch unmenschlich. Ich erwiderte mit der Gegenfrage, ob es menschlich sei, Kriegsopfern, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen den Lebensunterhalt zu sperren und sie hungern zu lassen. Auf weitere Vorhaltungen wegen des Gas- und Elektrizitätsstreiks erklärte ich schließlich, wenn der Oberbürgermeister den Beamten Anweisung gäbe, die Zahlstellen sofort wieder zu öffnen, und sie mit den nötigen Zahlungsmitteln ausstattete, würde gleichzeitig ich den verschärften Gas- und Elektrizitätsstreik abbrechen und lediglich den Generalstreik ohne diese Verschärfung weiterführen. Meiner Erklärung folgte Schweigen. Ich sah, daß sie erwartet worden war und daß sie untereinander beschlossen hatten, nicht darauf einzugehen. Ich sah deutlich, daß der Oberbürgermeister entschlossen war, seine Gegenaktion durchzuhalten. Dann versuchten sie, mich persönlich zum Rückzug zu überreden mit der Formel: „Wir sind doch alles gebildete Leute und Akademiker und sollten uns verständigen.“ Dieses nutzlose Hin und Her dauerte etwa zwanzig Minuten. Dann stand ich auf, wandte mich direkt an den Oberbürgermeister und warf ihm mein Ultimatum ins Gesicht. Ich sagte ihm: „Herr Doktor Rothe, ich verlange von Ihnen, daß Sie die Zahlstellen wieder öffnen lassen, ich verlange von Ihnen eine Anweisung über städtische Gelder für einen Betrag, den ich Ihnen noch mitteilen lassen werde. Ich gebe Ihnen eine Bedenkzeit von zwei Stunden. Wenn Sie sich dann weiter weigern, werde ich Sie verhaften lassen. Ich werde Sie nicht in die Polizeidirektion bringen lassen. Ich werde Sie unter Bewachung einer Abteilung der Matrosenkompanie im Asyl für Obdachlose internieren lassen.“ Nach diesem Ultimatum verließ ich das Rathaus und ging in die Sitzung des Arbeiterrates zurück. Wir überlegten, daß wir lediglich eine Garantiesumme von dreihunderttausend Mark brauchen würden, wenn der Oberbürgermeister kapitulierte, um sie für dringende Unterstützungsnotfälle und für die Löhne der streikenden Eisenbahner zu verwenden. Nach zwei Stunden sandte ich meinen Vater und den früheren Stadtverordnetenvorsteher Krug mit zehn Mann ins Rathaus, um von Dr. Rothe noch einmal die Öffnung der Zahlstellen und die Unterzeichnung einer Anweisung zu fordern und ihn im Weigerungsfalle zu verhaften und zunächst zum Arbeiterrat zu bringen. Die Matrosenkompanie erhielt Anweisung, seine Internierung im Obdachlosen asyl vorzubereiten. Der Oberbürgermeister kapitulierte. Er gab die gewünschte Anweisung, die Zahlstellen wurden stillschweigend geöffnet, die Gegenaktion war zu Ende. Wir verwandten die städtischen Gelder in erster Linie für die Entlohnung der Eisenbahner. Von dem dafür vorgesehenen Geld unterschlugen zwei Boten einhunderttausend Mark und flüchteten. Sie wurden am anderen Morgen in Halle verhaftet und der größte Teil des Geldes zu-

rückgebracht. Über die Verwendung der Gelder wurde mit den städtischen Behörden abgerechnet.⁷⁶

Nach dieser Machtprobe zwischen dem Oberbürgermeister und dem Arbeiter- und Soldatenrat wuchs der Haß des Leipziger Bürgertums gegen mich ins Riesengroße. Die Wirksamkeit meines Ultimatums lag in den sozialen Vorurteilen der Bürger von damals und vor allem des sehr bürgerstolzen Oberbürgermeisters selbst begründet. Verhaftung wäre nichts gewesen – aber Internierung im Obdachlosenasyll bei den Allerelendsten und Deklassiertesten wurde von ihm als die schlimmste und entehrendste Degradierung angesehen, die ihm geschehen konnte.

Ich will hier eine merkwürdige verspätete Sequenz dieser Geschichte vom 4. März 1919 erwähnen. Der Oberbürgermeister Dr. Rothe zeigte Rückgrat nicht nur dem Arbeiterrat von 1919, sondern auch den Nationalsozialisten von 1933 gegenüber. Als ich in Prag in der Emigration den „Neuen Vorwärts“ leitete, erhielt ich eine Nachricht, daß Dr. Rothe sich geweigert habe, die Hakenkreuzflagge auf dem Rathausurm aufziehen zu lassen, und daß er deswegen von den Nationalsozialisten verhaftet und im Leipziger Obdachlosenasyll interniert worden sei. Das gab mir zu denken.⁷⁷

Da ich in diesen kritischen Tagen in Leipzig bleiben mußte, konnte ich nicht an der März-Parteikonferenz der USPD teilnehmen, die vom 2. bis 6. März in Berlin tagte. Diese Konferenz stand völlig unter dem Eindruck des Generalstreiks und der schweren Straßenkämpfe in Berlin. Sie erklärte sich programmatisch für Mitarbeit in den Parlamenten, aber auch für das Räteystem und die Diktatur der Arbeiterklasse.⁷⁸ Im Laufe des Jahres wurde es strittig zwischen den beiden Parteirichtungen, ob das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ein Zukunftsziel oder eine Richtlinie für die Gegenwartspolitik darstellte. In der Sozialisierungsfrage jedoch gab es keine Richtungsunterschiede, die Partei stellte sich hinter den mitteldeutschen wie den Berliner Streik für die Sozialisierung. Die ausgesprochen revolutionäre Haltung dieser Streiks wurde von Rudolf Hilferding in der „Freiheit“ mit folgenden Sätzen unterstützt: „Neue revolutionäre Gärung hat die deutsche Arbeiterklasse erfaßt. Als

⁷⁶ In einem 1947 verfaßten „Bericht über die politisch wichtigen Vorgänge in der Stadt Leipzig während der Zeit von 1918 bis 1933“ (Archiv des IFZ) schreibt der damalige Oberbürgermeister Rothe: „... am 5. 3. 19 hatte der Arb. und Sold.R., dem durch den Streik das Geld ausgegangen war, durch seine von bewaffneten Soldaten mit geladenen Gewehren begleiteten Beauftragten Geyer und Scheib mich gezwungen, ihnen aus städtischen Mitteln 400 000 M zu zahlen, was nachträglich von den städtischen Stellen gebilligt wurde.“ – Jacob Krug und Johann Scheib, die zusammen mit Friedrich Geyer die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats präsentiert und eine Anweisung über 374 500 RM erhalten hatten, mußten sich wegen „räuberischer Erpressung“ vom 8.–12. Juli 1919 vor Gericht verantworten. Sie wurden wegen gemeinschaftlicher Nötigung zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Vater und Sohn Geyer waren durch Immunität geschützt. Vgl. LVZ v. 14. 7. 1919 und Horst Beutel, a. a. O., S. 406.

⁷⁷ Geyer verwechselt hier den 1930 aus dem Amt geschiedenen Dr. Rothe mit dessen Nachfolger Goerdeler, der sich geweigert hatte, die Hakenkreuzflagge zu hissen, solange sie nicht als Reichsflagge deklariert worden war. Ins Obdachlosenasyll mußte Goerdeler deshalb aber nicht. Vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München (dtv) 1964, S. 69.

⁷⁸ Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin (Reprint Glashütten im Taunus 1975). – S. a. Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975, S. 124.

Vorbereiterin und Trägerin der Revolution hat die Partei ihre geschichtliche Sendung erfüllt, als Fortführerin der Revolution muß sie sie beenden.“⁷⁹

Die Kämpfe in Berlin und damit auch der mitteldeutsche Generalstreik wurden nicht durch eine Niederlage der Bewegung, sondern durch Verhandlungen beendet. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung rebellierte gegen die negative Verzögerungspolitik ihrer eigenen Regierung, die Sozialdemokratische Partei war in der Berliner Streikleitung vertreten. In der Reichsregierung selber verlangte der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Wissell,⁸⁰ daß ein Rahmengesetz für Sozialisierung und Planwirtschaft sofort verabschiedet werde. An allen Mauern Berlins erschienen während der Kämpfe riesige Plakate mit der Inschrift: „Die Sozialisierung marschiert, sie ist schon da.“ Eine Abordnung der Streikenden verhandelte in Weimar mit der Reichsregierung, die sofortige Vorlage eines Sozialisierungsgesetzes und Verankerung des Rätesystems in der Verfassung versprach. Am 7. und 8. März legte Wirtschaftsminister Wissell ein Kohlewirtschaftsgesetz und ein Rahmengesetz über die Sozialisierung und über die Planwirtschaft vor, das trotz bürgerlicher Proteste am 13. März von der Nationalversammlung angenommen wurde.⁸¹ Die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung war von dieser neuen revolutionären Welle und der Wucht des Streiks so erschüttert, daß sie nicht wagte, die Existenzfrage für die Nationalversammlung durch eine Ablehnung dieser Gesetze aufzuwerfen.

Ich selbst erblickte in Wissells Gesetzen lediglich ein Versprechen für die Zukunft, obgleich ich von Wissells gutem Willen und der Ehrlichkeit seines Willens zu Planwirtschaft und Sozialismus überzeugt war. Sein Plan stand auf dem Hintergrunde der Planwirtschaft im Ersten Weltkrieg. Sein Staatssekretär war der Ingenieur Wichard von Moellendorf,⁸² der mit Rathenau⁸³ gemeinsam die Anfänge der Kriegswirtschaft organisiert hatte. In den „Kriegsgesellschaften“, die während des Krieges die Träger der Planwirtschaft waren, hatte eine ganze Reihe von sozialdemokratischen und unabhängigen akademisch gebildeten Volkswirtschaftlern gearbeitet. Es bestand für die Sozialisierungsforderung also eine planwirtschaftliche Tradition. Bereits auf ihrem Parteitag in Würzburg im Jahre 1917 hatte die Sozialdemokratische Partei programmatisch den Übergang zum Sozialismus durch den Ausbau der Kriegsgesellschaften ins Auge gefaßt, aber das System, das sie vorschlug, war ein gemischtwirtschaftliches System. In der „Sozialisierungskommission“, die von der Regierung der Volksbeauftragten eingesetzt worden war, kam kein geschlossener Plan zustande.⁸⁴ Keiner der führenden Marxisten in dieser Kommission legte einen

⁷⁹ „Freiheit“ Nr. 110 v. 2. 3. 1919: „Der Parteitag“.

⁸⁰ Rudolf Wissell (1869–1962), Maschinenbauer, 1888 SPD-Mitglied, 1908–1918 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, Dez. 1918 im Rat der Volksbeauftragten, 1919–1933 MdB, Febr.–Juli 1919 Reichswirtschaftsminister, 1928–1930 Reichsarbeitsminister.

⁸¹ Nationalversammlung, 7. und 8. 3. 1919, Sten. Ber. S. 541 ff., und 12. und 13. 3. 1919, Sten. Ber. S. 697 ff.

⁸² Wichard von Moellendorff (1881–1937), ehemals leitender Ingenieur bei der AEG, im Ersten Weltkrieg in der Kriegsrohstoffabteilung tätig, Professor in Hannover, ab 20. Nov. 1918 vorläufiger UStSekretär im Reichswirtschaftsamt, am 9. Dez. 1918 im Amt bestätigt.

⁸³ Walther Rathenau (1867–1922), seit 1899 im Vorstand, seit 1915 Präsident der AEG, 1914 bis 1915 Leiter der Kriegsrohstoff-Abteilung im preuß. Kriegsministerium, 1920 Mitglied der Sozialisierungskommission, Teilnahme an der Konferenz in Spa, 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, 1922 Reichsaußenminister, 1922 ermordet.

⁸⁴ Vgl. Anm. 63.

wirklichen Sozialisierungsplan vor. Das nichtaktivistische, nichtvoluntaristische Wesen des Austromarxismus, der intellektuell die Führung des Zentrums der Arbeiterbewegung beherrschte, kam in diesem Versagen zum Ausdruck. Der einzig wirkliche offizielle Plan, ausgearbeitet von Moellendorff und von Reichsminister Wissell vertreten, folgte im allgemeinen den Zügen von Rathenaus Kriegswirtschaftsplänen, die über das Maß der Kriegswirtschaftsplanung, wie sie nach seinem Rücktritt ins Leben trat, wesentlich hinausgingen. Dieser Plan wurde unter dem Titel „Aufbau der Gemeinwirtschaft“ dem Reichskabinett nach den großen Märzstreiks vorgelegt. Ich will hier erwähnen, daß Moellendorff im Jahre 1932 den ins Meer der Vergessenheit versunkenen Plan unter dem Titel „Konservativer Sozialismus“ neu veröffentlichte.⁸⁵ Wesentliche Gedankenelemente der Ideologie des „Dritten Reichs“ waren darin bereits enthalten.

Die „Verankerung des Rätesystems in der Verfassung“, welche die Reichsregierung zugestand, deutete auf ein gemischtwirtschaftliches System hin. In der Nationalversammlung schrieb der Arbeitsminister [Bauer] den von uns überall ins Leben gerufenen Betriebsräten die Rolle von arbeitsgemeinschaftlichen Organen zu. Die USPD protestierte dagegen – sie erblickte in den Betriebsräten revolutionäre Organe für die Herbeiführung eines integralen sozialistischen Systems. In der Auseinandersetzung mit der Auffassung der Regierung und in der Propaganda für ein integrales System erblickte ich im weiteren Verlauf des Jahres 1919 eine meiner Hauptaufgaben, und in diesem Sinne baute ich die Ideologie der Führungsgruppe der linken USPD aus.

Der Zweite Rätekongreß im April 1919

Die Differenz der Auffassungen zwischen einem gemischtwirtschaftlichen und einem integralsozialistischen System bestimmte die Beratungen des Zweiten Rätekongresses, der vom 8. bis 14. April in Berlin tagte. Ich wurde auf diesem Rätekongreß abermals zum Vorsitzenden der USPD-Fraktion und gleichzeitig zum zweiten Vorsitzenden des Kongresses gewählt.⁸⁶ Der Kongreß stand unter dem Eindruck der Versprechungen der Reichsregierung und der Absichten von Wissell und Moellendorff.⁸⁷ Für mich und meine Freunde stellte er wiederum eine Gelegenheit zur Sammlung dar. Die umfassende Bildung und Organisation revolutionärer Betriebsräte als Organe einer integralen Sozialisierung wurde von mir und meinen Freunden in den Mittelpunkt unserer Aktivität gestellt, im Gegensatz zu dem Betriebsrätegesetz, das die Reichsregierung später der Nationalversammlung vorlegte. Die Beschlüsse des

⁸⁵ Wichard von Moellendorff, *Konservativer Sozialismus*, hrsg. u. eingeleitet von Hermann Curth, Hamburg 1932. – Der Plan „Aufbau der Gemeinwirtschaft“ war unter dem Datum 7. Mai 1919 als „Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums zur wirtschaftspolitischen Lage“ dem Reichskabinett vorgelegt worden. Abgedr. in: Akten Reichskanzlei/Kabinett Scheidemann, S. 272 ff., und bei Moellendorff, a. a. O., S. 109 ff.

⁸⁶ II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands am 8. bis 14. April 1919 im Herrenhaus zu Berlin. Stenogr. Protokoll. Hrsg. und verlegt vom Zentralrat, Berlin, Herrenhaus. – Den Vorsitz der USPD-Fraktion führten gemeinsam Otto Braß, Curt Geyer und Kurt Rosenfeld (vgl. LVZ v. 9. 4. 1919). Vorsitzender des II. Rätekongresses war Richard Hauschildt (SPD), Stellvertreter waren Richard Müller (USPD) und Fritz Schröder (Soldatenfraktion).

⁸⁷ Zentrale Themen des Rätekongresses waren „Der Aufbau Deutschlands und das Rätesystem“ (Referate von Cohen und Däumig) und „Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens“ (Referat Kautskys).

Kongresses, der eine sozialdemokratische Mehrheit hatte, gingen in der Richtung eines gemischtwirtschaftlichen Systems und der Verankerung der Räte in der Verfassung.

Ich habe diesen Hintergrund so ausführlich geschildert, weil sich davon meine persönliche Rolle abhebt. Stärker als zuvor wurde ich in diesen Tagen der intellektuelle Führer der offen revolutionären Richtung in der USPD. Ich stellte einen Plan für die Verwirklichung eines integralen sozialistischen Systems auf, gestützt auf die Betriebsräte als Organe der Sozialisierung und die Arbeiterräte als Organe der politischen Macht einer revolutionären Regierung mit einem Zentralrat der Arbeiterräte, einem Rätekongreß und einem Obersten Volkswirtschaftsrat. Ich vertrat diesen Plan in vielen Versammlungen vor Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären in ganz Deutschland. Er wurde unter dem Titel „Sozialismus und Rätesystem“⁸⁸ veröffentlicht und wurde zur Grundlage für die Sammlung der revolutionären Betriebsräte, die schließlich zur Organisation der „Reichszentrale der revolutionären Betriebsräte Deutschlands“⁸⁹ führte. Er bildete aber auch die Grundlage für den parlamentarischen Kampf der USPD-Fraktion der Nationalversammlung gegen das von der Reichsregierung vorgelegte Betriebsrätegesetz. Dieser Kampf wurde im Ausschuß und im Plenum der Nationalversammlung in der Hauptsache von den jüngeren Abgeordneten der Linken geführt, von Bernhard Düwell,⁹⁰ Wilhelm Koenen⁹¹ und mir, wobei ich der Wortführer in Ausschuß und Plenum war. Abgesehen von Einzelheiten ging es zwischen der Regierung und uns um die Frage, ob die Betriebsräte nur ein Recht der Mitbestimmung oder den entscheidenden Einfluß in der Leitung der Betriebe haben sollten. Der Regierungsentwurf sah ein ziemlich weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte vor, aber wir forderten den entscheidenden Einfluß, der eine Einschränkung nur durch übergeordnete Weisungen eines Obersten Volkswirtschaftsrates erfahren sollte.⁹² Das ganze System, so wie ich es skizzierte, stellte neben die Organisation der Arbeiterräte, die in der Regierung als Organ der Macht der Arbeiterklasse gipfelte, eine Organisation der Betriebsräte nach Bezirken, aufsteigend in Industriegruppen bis zu einem zentralen Volkswirtschaftsrat. In diesem zentralen Volkswirtschaftsrat erblickte ich die Krönung des ganzen Systems, bei ihm sollte die gesamte Statistik über die Gesamtheit der Produktion zusammenlaufen. Es war der Traum eines Statistikers für die vollständige und

⁸⁸ Vgl. Verzeichnis der Schriften Curt Geyers im Anhang.

⁸⁹ Die „Zentrale der Betriebsräte Deutschlands“, von Delegierten regionaler Betriebsrätezusammenschlüsse am 27. Juli 1919 in Halle gegründet, blieb ein Provisorium. Die Betriebsrätezentrale kämpfte zusammen mit USPD und KPD gegen das Betriebsrätegesetz; sie geriet zunehmend in Gegensatz zu den Gewerkschaften. Vgl. Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, S. 96 und 152 f.

⁹⁰ Bernhard Düwell (1891–), Kaufmann, Okt. 1918 – Sept. 1919 Redakteur des „Volksboten“ in Zeitz, dann Redakteur des „Unabhängigen Sozialdemokratischen Zeitungsdienstes“ in Berlin, 1919–1924 MdR. Vgl. S. 213.

⁹¹ Wilhelm Koenen (1886–1963), 1904 Mitglied der SPD, 1911–1919 Redakteur am „Volksblatt“ in Halle, 1917 USPD, 1919–1932 MdR (USPD/KPD), 1919 ZK-Mitglied der USPD, 1920 und 1923 Mitglied der Zentrale der VKPD, 1929 ZK-Mitglied der KPD, 1933 Emigration über CSR und Frankreich nach England, 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1946–1949 1. Landesvorsitzender der SED in Sachsen und Mitglied des ZK der SED.

⁹² Am 21. Juli 1919 stand die „Verankerung der Räte in der Verfassung“ in der Nationalversammlung zur Debatte (Sten. Ber. S. 1748 ff.). Der Entwurf des Betriebsrätegesetzes wurde am 21. 8. 1919 eingebracht und in zweiter Lesung im Januar 1920 behandelt (vgl. 3. Kapitel, S. 163 f.).

rationale Erfassung des gesamten wirtschaftlichen Lebens der Nation. Der Plan schloß übrigens alles das ein, was in späteren Jahren unter dem Namen Typisierung und Rationalisierung der Wirtschaft unter Führung der großen Kartelle und Trusts durchgeführt wurde.

Es war gewissermaßen eine Systematisierung aller Elemente unserer revolutionären Illusion. Es war ein Kampfplan und ein Plan für umfassende Propaganda, um die Arbeiterschaft dafür zu gewinnen. Ich war mir völlig im klaren darüber, daß die unserer Führung folgenden radikalen Arbeitermassen in den großen Industriegebieten weder eine Mehrheit des Volkes noch eine Mehrheit der Arbeiterklasse im weitesten Sinne des Wortes darstellten. Dies führte mich einerseits zu einer noch radikaleren Weiterbildung der marxistischen Klassenkampftheorie, andererseits zu verstärkten propagandistischen Anstrengungen. In diesen Tagen nach dem Zweiten Rätekongreß veröffentlichte ich in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel „Die Diktatur der Minderheit“, der den Gedanken vertrat, daß die Minderheit der Arbeiterklasse die Regierungsgewalt ergreifen und diktatorisch ausüben mußte, um durch ihre Herrschaft die Zustimmung der Mehrheit allmählich zu erhalten.

Dieser Aufsehen erregende Artikel brachte mich in Konflikt mit dem rechten Flügel der Partei und der Leipziger Parteileitung. Der Artikel vertrat Anschauungen, die in den Mittelpunkt des inneren Kampfes zwischen der Linken und der Rechten in der USPD gerieten, der schließlich zum Siege der Ansichten der Linken im Geiste der Diktatur der Minderheit auf dem Dezemberparteitag der Partei führten. Der Artikel erhielt aber auch die Zustimmung Lenins, der ihn in der Zeitschrift „Die kommunistische Internationale“ nachdrucken ließ und mit einer zustimmenden Erklärung versah.⁹³ Meine näheren Freunde billigten, daß endlich offen ausgesprochen wurde, was wir für nötig hielten. Von meinem Freunde Wilhelm Herzog, der in Berlin seine Zeitung „Die Republik“⁹⁴ herausgab, erhielt ich ein Buch Romain Rollands mit der Widmung: „Curt Geyer für seine mutige Tat.“ Diese Wertung entsprach nicht ganz meiner eigenen Beurteilung meines Vorstoßes, aber es war ein charakteristischer Ausdruck seiner enthusiastischen Auffassung des politischen Geschehens. Er und ich waren allmählich engere Freunde geworden. Wir beide erkannten genau die Gefahr einer Wiedererstarkung des deutschen Militarismus mit reaktionärem Vorzeichen. Das meiste, was er schrieb, galt dem Kampf dagegen. Er hatte einen unheimlich scharfen Blick für die Beschränktheit der Führer der Regierung und ihrer Parteien, aber auch einiger unserer eigenen Führer. Der Intellektuelle und Literat in ihm verglich die Größe der politischen Problematik mit der Kleinheit des Geschlechtes der deutschen Politiker. Der Stil und die Rhetorik führender französischer Politiker lagen ihm viel näher. Eines Tages, als er mich in Weimar besuchte und sich über den Stil und die Haltung der Nationalversammlungspolitik wütend geärgert hatte,

⁹³ Geyer irrt im Datum: Der Artikel erschien unter dem Titel „Zur Reichskonferenz“ am 6. 9. 1919 in der LVZ. Unter der Überschrift „Die Diktatur der Minderheit“ folgte am 8. 9. 1919 in der LVZ eine scharfe Entgegnung aus der Feder Hermann Liebmanns (vgl. dazu 3. Kapitel, Anm. 32). Geyers Artikel wurde unter dem Titel „Die unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands und die Diktatur des Proletariats“ nachgedruckt in: Die kommunistische Internationale (Moskau/Petrograd) Nr. 7/8, Nov./Dez. 1919, S. 58–63 (Wiederabdruck auch in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 1, Glashütten 1975, S. 65–71).

⁹⁴ „Die Republik“, gegründet am 3. 12. 1918 von W. Herzog, ab Ende Mai 1919 mit dem Untertitel „Tageszeitung der Deutschen Arbeiterräte“ von Herzog und E. Däumig gemeinsam geleitet, am 24. 6. 1919 verboten.

sagte er zu mir: „Sagen Sie, Geyer, kann man denn aus dieser Nation von Boches nicht austreten?“

Aber meine Theorie von der Diktatur der Minderheit erfuhr zur gleichen Zeit indirekten Widerspruch von dem Führer der Kommunistischen Partei, Paul Levi. Anna kannte ihn von der gemeinsamen Opposition gegen die Mehrheitssozialisten in Frankfurt her, er und ich waren im Laufe der letzten Monate mehrfach zusammengekommen. Während des Zweiten Rätekongresses wurde ich von führenden Kommunisten darauf angesprochen, ob das Wiedererscheinen ihrer verbotenen Zeitung, der „Roten Fahne“, in Leipzig möglich sein würde. Nach einigen Überlegungen und Fühlungen sagte ich ihnen zu, daß der Leipziger Arbeiterrat das Erscheinen des Blattes unter seinen Schutz stellen würde. Die „Rote Fahne“ konnte in Leipzig vom 11. April bis zum 9. Mai erscheinen, obgleich die sächsische Landesregierung im Auftrage der Reichsregierung mehrfach die Unterdrückung des Blattes durch ihre Organe versuchte, die sich jedoch gegen den Leipziger Arbeiterrat nicht durchsetzen konnten. Dieser Schutz des kommunistischen Organs hat übrigens das Ende des Leipziger Arbeiterrats beschleunigt.

In der in Leipzig erscheinenden „Roten Fahne“ veröffentlichte Levi mehrere richtungsweisende Artikel für die Politik der Kommunistischen Partei. Ihr Inhalt ist am besten bezeichnet durch die Überschrift des wichtigsten dieser Artikel „Im Gleichschritt mit den Massen“. Streng logisch genommen hätte die politische Konsequenz seiner Ansichten die Aufgabe der selbständigen Existenz seiner Partei wie der USPD und die Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratie sein müssen, in einer großen Sammlungspartei, in der die Kommunisten nicht als Partei, sondern auf Grund ihrer Einsichten die Rolle spielen könnten, die das Kommunistische Manifest von Marx und Engels ihnen zuwies. Tatsächlich führte der Weg, den er mit diesen Artikeln einschlug, schließlich zu diesem Ziel, und ich ging ihn mit ihm gemeinsam.

Aber zunächst sprang der Unterschied zwischen meinem Ruf nach der Diktatur der Minderheit und seinen Artikeln über die Notwendigkeit, sich dem Gleichschritt der Massen anzugleichen, in die Augen. Die Leipziger Parteileitung benutzte diese Tatsache in der immer stärker werdenden Propaganda, die sie in der Leipziger Arbeiterschaft gegen meine politischen Ansichten und gegen meine Politik als Vorsitzender des Leipziger Arbeiterrates führte. Sie war dabei übrigens nicht konsequent; denn als ich in dem neu gewählten Arbeiterrat der kleinen mehrheitssozialistischen Minderheit des Arbeiterrates proportional Sitz und Stimme im Ausschuß anbot, um seine Basis zu verbreitern, seine Autorität in der Gesamtarbeiterschaft zu verstärken und sein Leben zu verlängern – rechnete mir die Parteileitung in ihrer Propaganda diesen Schritt als eine „rechte Abweichung“ an und benutzte ihn zu der Behauptung, ich hätte gegen die Interessen der Partei gehandelt und wüßte nicht, was ich wollte.

Die wirklichen Konsequenzen von Paul Levis Haltung lagen noch im Schatten der Zukunft. Er besuchte mich mehrfach in meiner Leipziger Wohnung, und die Gespräche, die wir miteinander hatten, führten zu einem persönlichen Bündnis. Es war klar, daß er die Entwicklung zunächst bis vor die Gründung der Kommunistischen Partei zurückführen und die Kommunisten wieder in die USPD bringen wollte. Der Weg dazu schien ihm und mir über den Eintritt der USPD in die Kommunistische Internationale zu liegen, die in der USPD allmählich in den Vordergrund der inneren Auseinandersetzungen geriet.

Der Leipziger Arbeiterrat behauptete nach wie vor seine Position, aber er stellte

immer stärker eine Anomalie im Reiche wie in Sachsen dar. Es war nicht gerade eine Räterepublik Leipzig, aber der Anspruch auf Kontrolle der städtischen Verwaltung wurde aufrechterhalten, obwohl sie sichtlich immer stärker auf die demokratisch gewählte neue Stadtverordnetenversammlung überging. Unter meinem Einfluß behauptete der Arbeiterrat die Position durch Drohungen, so unter anderem durch die Drohung, die Leipziger Messe durch einen Generalstreik zu stören. Ab und zu sah ich mich veranlaßt, Schritte außerhalb der immer deutlicher hervortretenden Normalität zu ergreifen. Hier ist ein Beispiel: Außerhalb der Stadt lag eine Flugzeugfabrik. Der Gitterzaun des Fabrikgeländes wurde von unseren Wachen bewacht, um dunkle Transaktionen zu verhindern. Diese Wachen wurden eines Nachts vom Hauptgebäude der Fabrik aus beschossen. Diesen Fall überließen wir nicht der Polizei, sondern beschlossen, den im Hauptgebäude der Fabrik wohnenden Direktor zu verhaften. Ich fuhr mit einer Wache nach der Fabrik, aber der Direktor war in die Stadt gefahren. Ich fuhr ihm nach, verhaftete ihn persönlich im Zimmer seines Bankmanagers und setzte ihn im Quartier der Matrosenkompanie in Schutzhaft. Der Polizeidirektor erhob bei mir Vorstellungen, schließlich erklärte ich mich damit einverstanden, daß der Verhaftete im Polizeigefängnis interniert wurde. Die Untersuchung über die Schießerei versandete.

Auch in einem anderen Falle sah ich mich zum Einschreiten veranlaßt. Auf Anforderung der Staatsanwaltschaft Königsberg verhaftete die Leipziger Polizei einen Russen namens Marmorstein, der von Ostpreußen aus wegen kommunistischer Agitation in Gefangenenlagern – also bei russischen Kriegsgefangenen – steckbrieflich verfolgt wurde. Die Haltung der Staatsanwaltschaft Königsberg entsprach durchaus den ostpreußischen Zuständen, die dann während des Kapp-Putsches so deutlich enthüllt wurden. Der Leipziger Arbeiterrat wäre sich lächerlich vorgekommen, wenn er einen so offenkundigen Akt gegenrevolutionärer Machenschaften gedeckt hätte. Wir beschlossen, den Mann herauszuholen. Ich forderte den Polizeidirektor auf, ihn herauszugeben. Er kam mit legalistischen Argumenten, die ich ablehnte, und er zog sich schließlich darauf zurück, daß er ohne Anweisung des Oberbürgermeisters nichts tun könnte. Ich drohte ihm mit der Gewalt des Arbeiterrats und er meinte: „Ja, wenn ich mich wirklicher Gewalt gegenüber sähe . . .“ Ich ging weg und lieferte ihm den Beweis, ich versammelte einige tausend Mann vor der Polizeidirektion. Unter Protest gab er nach, ich holte den Mann persönlich aus der Polizeizelle ab. Er wußte zunächst nicht, wie ihm geschah. Ich brachte ihn in meine Wohnung, wo er übernachten konnte. Am anderen Morgen zeigte ich ihm vom Balkon aus den Weg zu einer Eisenbahnstation der Linie Leipzig – Chemnitz und gab ihm einiges Geld und einen Einführungsbrief an den kommunistischen Vorsitzenden des Arbeiterrats Chemnitz, Heinrich Brandler. Diesen Mann habe ich zwei Jahre später in Moskau als Divisionsgeneral der Roten Armee wiedergesehen.

Der Einmarsch General Maerckers in Leipzig Die Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrats

Aber im allgemeinen war ich mir über die schwindende Macht des Arbeiterrats völlig im klaren. Die Reichsregierung setzte ihren Feldzug zur Auflösung der Arbeiterräte in den radikalen Städten mit Maerckers Truppen fort. Mitte April besetzte General Maercker Braunschweig. Ich konnte voraussehen, daß zum Schluß wir an

die Reihe kommen würden; denn ich machte mir keine Illusionen darüber, daß die sächsische Landesregierung uns noch decken würde, dazu hatten wir ihr viel zu große Verlegenheiten bereitet. Damit entstand die Frage: kämpfen oder widerstandsloses Ende. Objektiv und subjektiv wären wir in der Lage gewesen, eine schwere Straßenschlacht in Leipzig zu liefern, ähnlich den Märzkämpfen in Berlin, wobei von beiden Seiten Artillerie eingesetzt werden würde. Aber ich wußte nicht nur, daß dieser Kampf keine Aussicht auf Sieg hatte, sondern ich hatte mir inzwischen auf Grund meiner Erfahrungen Vorstellungen über die wirkliche Machtlage gebildet. Sie gingen dahin, daß unsere Stärke an diesem Zeitpunkt – und sie wuchs von Tag zu Tag weiter – nicht in militärischen Aktionen lag. In einer Reihe von radikalen Städten hatten sich zunächst die Arbeiterräte behauptet und zum Teil Landesregierungen gebildet. Eine nach der anderen wurden diese radikalen Städte von der neuen Militärmacht der Reichsregierung unterworfen, die in jeder dieser Städte mit überlegener Macht auftreten konnte. Wenn ein Bündnis dieser radikalen Städte zur Vereinigung ihrer militärischen Kampfkraft möglich gewesen wäre, hätte die Partie ganz anders gestanden. In jeder dieser Städte und so auch in Leipzig war es möglich, eine Arbeiterbewaffnung in größerem Umfange vorzunehmen und sich dabei auf zurückgekehrte Frontsoldaten zu stützen. Aber solche Formationen hatten nur lokale Bedeutung, und sie waren nicht feldfähig. Die Leute wollten nachts zuhause schlafen, und ihre Verpflegung war ein weiteres Problem. Sie in Marsch zu setzen, um in einer anderen Stadt zu kämpfen, war völlig unmöglich.

Die Führung der Leipziger Matrosenkompanie legte mir eines Tages einen Plan vor, um die Reichsregierung zu stürzen. Bewaffnete Arbeiter aus Leipzig und Mitteldeutschland sollten unter Führung der Matrosenkompanie den Kordon der Regierungstruppen um Weimar durchbrechen, Weimar besetzen, die Reichsregierung verhaften und die Nationalversammlung auflösen. Ich kannte die Absperrung Weimars und die Stärke oder besser Schwäche dieser Regierungstruppen, die mit relativ geringen Kräften hätten überwältigt werden können. Aber ich wußte, daß nicht alle Voraussetzungen für eine solche Expedition auf unserer Seite gegeben waren. Außerdem fragte ich mich: und was kommt dann? So wie sich inzwischen die Machtverhältnisse im Reiche gestaltet hatten, wäre das eine sinnlose Aktion gewesen.

Ich dachte über die Änderung der Machtverhältnisse nach, als ich eines Abends im Parlamentszug von Weimar nach Leipzig fuhr. Einige Abteile von mir entfernt saßen Reichswehrminister Noske⁹⁵ und sein Adjutant von Gilsa im Zuge. Am Tage vorher hatten mein Freund Otto Braß⁹⁶ und ich eine kleine Auseinandersetzung mit Noske im Wandelgang der Nationalversammlung gehabt. Noske kam an uns vorbei, als wir an einem Fenster stehend uns unterhielten, er blieb stehen und sagte ganz freundschaftlich zu uns: „Na, Ihr beiden, gebt nur acht, daß Ihr nicht in meine Hände fallt.“ Ich hielt es für unter meiner Würde zu antworten, aber Braß, der Rheinländer, fiel sofort mit den schärfsten Worten über ihn her, bis der Adjutant

⁹⁵ Gustav Noske (1868–1946), 1886 Mitglied der SPD, 1902–1918 Redakteur der „Volksstimme“ Chemnitz, 1906–1918 u. 1919–1920 MdR, Nov. 1918 Gouverneur in Kiel zur Niederhaltung der Matrosenrevolte, Dezember 1918 Volksbeauftragter, Jan. 1919 Oberbefehlshaber der Regierungstruppen und Freikorps in Berlin, 1919–1920 Reichswehrminister, 1920–1933 Oberpräsident der preuß. Provinz Hannover.

⁹⁶ Otto Braß (1875–1950), Feilenhauer, 1905–1917 Geschäftsführer der „Remscheider Arbeiterzeitung“, 1917–1920 der „Bergischen Volksstimme“ (Solingen), 1919–1924 MdR, 1920 Mitglied der Zentrale der VKPD, 1922 Ausschluß aus der KPD, über KAG Rückkehr zur SPD, 1936 bis 1945 inhaftiert, nach 1945 SED-Mitglied und Vorsitzender des FDGB.

Noske fortzog. Nun saßen die beiden im Zug, sie würden in Leipzig nach Dresden umsteigen, und ich überlegte: An der Sperre in Leipzig stehen meine Wachen, wenn ich ihnen sagte: „Das ist Noske, verhaften Sie diese beiden!“ so werden sie das mit Wonne tun bei dem Ruf, den Noske bei uns hatte. Aber meine Überlegungen gingen weiter: Was fange ich mit ihnen an? Ich kann sie ins Wachlokal nehmen und höhnisch sagen: „Und jetzt sind Sie in meine Hände gefallen.“ Und dann? Dann muß ich sie entweder mit dem nächsten Zug nach Dresden weiterfahren lassen oder ich muß mobilisieren und die Stadt in Verteidigungszustand versetzen. Damit war diese Überlegung zu Ende, ich wußte, daß ich dies nicht wollte. Ich ging in Leipzig hinter beiden her, ich hatte keine Lust, Noske zu begrüßen oder anzusprechen. Sie gingen zu dem Dresdner Zug, ich durch die Sperre und nachhause. Am 16. und 17. April besetzte General Maercker Braunschweig,⁹⁷ dann überflogen seine Flugzeuge Leipzig und warfen Flugblätter der Reichsregierung ab, am 11. Mai marschierte er mit zwei Divisionen in Leipzig ein. Er fand keinen Feind und keinen Widerstand und verordnete die Auflösung des Leipziger Arbeiterrates und das Verbot der „Roten Fahne“. Ein Versuch von ihm, auf den Kurs der „Leipziger Volkszeitung“ einzuwirken, wurde kaltblütig abgewiesen. Die kampfflose Übergabe ließ jedoch Waffen in der Hand Leipziger Arbeiter. Ich war nicht in Leipzig, sondern in Berlin zur Protestversammlung der Nationalversammlung gegen die Friedensbedingungen der Entente, die am 7. Mai veröffentlicht worden waren. Das Schicksal des Leipziger Arbeiterrats trat weit zurück hinter der sich erhebenden Krise der Reichsregierung.⁹⁸
[. . .]⁹⁹

Sommer 1919: Nationalversammlung, Versailler Frieden, enttäuschte revolutionäre Hoffnungen

Als ich nach Weimar zur Eröffnung der Nationalversammlung fuhr, ging Anna nach Dresden zur Eröffnung der sächsischen Volkskammer. Als Glied der „Dynastie

⁹⁷ Die Reichsexekution gegen Braunschweig, wo am 9. April ein Generalstreik ausgerufen worden war, wurde durchgeführt, um die Ausrufung einer Räterepublik zu verhindern. Vgl. Akten Reichskanzlei/Kabinetts Scheidemann, S. 156 f.

⁹⁸ Rechtsgrundlage der Besetzung Leipzigs war der Belagerungszustand, der wegen der Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring durch demonstrierende Kriegsinvalide am 13. 4. 1919 über ganz Sachsen verhängt worden war und bis 17. 4. 1920 dauerte (RGBl. 1919, S. 429, u. 1920, S. 1334). Die LVZ konnte zwischen dem 10. Mai (Nr. 105) und dem 16. Mai (Nr. 106) überhaupt nicht erscheinen, vom 16. 5. – 9. 6. 1919 stand sie unter Vorzensur. Die Auflösung des Arbeiterrats wurde am 22. 5. 1919 verfügt, Neuwahlen fanden am 22. 6. 1919 statt. Zur Einschätzung des Verhaltens von Curt Geyer im Mai 1919 durch die Gegenseite vgl. Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 146: „Als in das Nest der Geyer, Vater und Sohn, geschaut wurde, war es leer. Sie waren nach Berlin ausgeflogen. Der jüngere ließ sich erst nach sieben Wochen, wie seine Parteigenossen wütend feststellten, wieder in der Pleißbestadt sehen“ und Georg Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Leipzig 1922³, S. 235: „Kurt Geyer ist einer jener Volksverführer und Maulhelden, denen jedes Mittel, auch die Lüge in Verfolg ihrer politischen Ziele recht ist, die aber für ihre Meinung persönlich einzustehen nicht manns genug sind.“ . . . „Herr Kurt Geyer war am 10. Mai nach Berlin gefahren. Als er dort von der Besetzung Leipzigs erfuhr, erklärte er, sein Prestige erfordere, sofort nach Leipzig zurückzufahren“. Er fuhr aber nicht. Er war, wie manche der Arbeiterverführer, nicht der Mann, für seine Sache und für seine Überzeugung Opfer zu bringen. Er kam erst nach 7 Wochen nach Leipzig zurück, als er die Gefahr vorüber wähnte“ (ebenda, S. 243).

⁹⁹ In den hier nicht abgedruckten Passagen (Ms. S. 182–184) kommt Geyer noch einmal auf die

Geyer“ und als eine der ersten weiblichen Abgeordneten rief sie einiges Aufsehen hervor. Die Scherlsche „Woche“ veröffentlichte ein großes Bild von ihr: „Frau Geyer spricht in der sächsischen Volkskammer.“ Die räumliche Trennung ließ eine Entfremdung, die zwischen uns eingetreten war, noch stärker hervortreten. Wenn ich irgendeinen freien Tag hatte, fuhr ich von Weimar aus nicht nach Leipzig oder Dresden, sondern nach Frankfurt. Diese Situation hat mir damals neben den politischen Erregungen viele Kopfschmerzen gemacht. Anna legte schließlich im Sommer ihr Mandat in der sächsischen Volkskammer nieder und ging nach Halle als Redakteurin am „Halleschen Volksblatt“.

[. . .]

In Weimar nahm ich mit meinem Vater zusammen zwei möblierte Zimmer im Inneren der Stadt. Sie waren höchst altmodisch eingerichtet, an fließendes Wasser war nicht zu denken. Wir hatten Glück, daß wir rechtzeitig gekommen waren, andere unserer Freunde fanden schließlich nur Wohnung in den Außenbezirken mit schlechter Verbindung zum Nationaltheater. Wenn wir von unserer möblierten Wohnung kommend um die Straßenecke bogen, standen wir vor dem Schillerhaus, man lebte eben in dem Museum der deutschen Klassiker. Die Abgeordneten saßen in der kleinen Stadt sehr eng aufeinander, auch in den Kaffees und den Weinhäusern, deren beliebtestes der sogenannte „Fürstenkeller“ war. Da ich die „Leipziger Volkszeitung“ von Weimar aus bedienen mußte, verkehrte ich viel in den Presserräumen des Nationaltheaters und in journalistischen Kreisen; wenn nachmittags die Beratungen der Versammlung zu langweilig wurden, spielte ich in einem bestimmten Kaffeehaus Schach mit führenden Sozialdemokraten und verlor fast regelmäßig. Bei so engem Beisammenwohnen war es ganz unvermeidlich, daß die sogenannten Parlamentseher, die keine waren, und die sich nicht nur in unserer Fraktion, sondern in allen Fraktionen anbahnten, stadtbekannt waren. Es war im ganzen eine merkwürdige Existenz. Während der strengsten Einschränkung des Eisenbahnverkehrs konnte man Weimar nur mit dem Parlamentszug Berlin – Leipzig – Frankfurt erreichen, zu Zeiten fanden strenge Kontrollen für Nichtabgeordnete am Bahnhof statt, da man Weimar nur mit Erlaubnis betreten durfte. Um die Stadt herum in weitem Umkreis standen die Truppen der Regierung, sie hielten alle Zufahrtsstraßen besetzt und unterzogen den Verkehr strengster Kontrolle.

Während dieser Monate ging der stille Machtkampf der Leipziger Parteileitung mit mir um die Führung der Parteimitglieder und die Beherrschung des Funktionärskörpers der Partei vor sich. Ich vertrat eine ausgesprochen revolutionäre Perspektive, während die meisten Mitglieder der Parteileitung, soweit sie in der Volkskammer saßen und sich auf sächsische Landespolitik konzentrierten, mit guten sachlichen Gründen sich stärker und stärker auf eine Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialisten hin orientierten. Aber dabei stand ihnen die programmatische Festlegung auf die Diktatur der Arbeiterklasse und erst recht meine neue Doktrin von der Diktatur der Minderheit im Wege. Um die Begriffe links und rechts zu gebrauchen: ich entwickelte mich in der Beherrschung des Arbeiterrates, in meiner Propaganda und in meinen großen mitteldeutschen Streikbündnissen weiter nach links, sie aber aus Gründen der Landespolitik weiter nach rechts. Zu der sachlichen Spannung kam die persönliche und der Altersunterschied. Der Tatbestand war, daß sie die

Verleumdungen zurück, denen er von bürgerlicher Seite, insbesondere durch einen Bericht der Frankfurter Zeitung, ausgesetzt war. Vgl. Anm. 71.

eigentliche Führung der Partei in Leipzig immer stärker in meine Hände übergehen sahen. Die Kandidatenaufstellung für die Nationalversammlungswahl hatte gezeigt, daß ich eine entschiedene Mehrheit im Funktionärskörper der Partei besaß, und die Parteileitung befürchtete, daß diese Mehrheit noch weiter wachsen würde. Schließlich bildete sich in der Parteileitung eine Gruppe, die den Kampf gegen meinen Einfluß zu organisieren begann. An einem Sonntag, als sie erwarteten, daß ich in Weimar bleiben würde, beriefen sie in allen Parteibezirken Leipzigs Funktionärssammlungen ein, zu denen sie ihre Redner sandten und verbreiteten in diesen Versammlungen eine regelrechte Kampfflugschrift gegen mich. Ich war aber am Abend zuvor aus Weimar zurückgekommen, und da ich sehr müde war, lag ich noch im Bett, als mein Telephon klingelte. Einer meiner Freunde rief aufgeregt ins Telephon: „Aber Curt, wo bist du denn, was machst du eigentlich?“ – Ich antwortete ihm wahrheitsgemäß: „Ich bin im Bett“, und dann erzählte er mir, was vorging. Ich wußte, wer die eigentliche Triebfeder dieser Gruppe war, ein Volkskammerabgeordneter, der schon vor der Revolution dem Landtag angehört hatte und als einziger mir in einer Parteiversammlung als Gegner der Rätediktatur entgegengetreten war. Ich fragte meinen Freund, in welchem Bezirk dieser Redner spräche. Blitzschnell zog ich mich an und fuhr hin. Er war mitten in seiner Rede gegen mich, als ich zur Tür hereinkam. Sein Gesicht war sehenswert, unwillkürlich fing er an zu stottern. Im Handumdrehen hatte in diesem Bezirk die Parteileitung das Spiel verloren. Nun fuhr ich von Bezirk zu Bezirk, wo meine Freunde sich mit den Rednern der Parteileitung herumschlugen. Der Handstreich, der einen Mißbilligungsbeschluß der Mehrheit des Bezirkes gegen mich herbeiführen sollte, brach völlig zusammen, als ich in den Lokalen erschien. Später wurde dieser innere Machtkampf um eine andere und wichtigere Fragestellung und mit anderen Mitteln wieder aufgenommen.

Am 7. Mai waren die Friedensbedingungen der Entente veröffentlicht worden, am 12. Mai protestierte Reichskanzler Scheidemann¹⁰⁰ in einer Kundgebung der Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität dagegen und legte sich in seiner Rede so fest, daß eine Unterzeichnung des Friedensvertrages durch eine von ihm geführte Regierung unmöglich wurde. Unsere Partei verfolgte diese Entwicklung mit der größten Aufmerksamkeit. Wir waren von vornherein zur Unterzeichnung des Friedensvertrages entschlossen, nicht nur, weil wir annahmen, daß die Herbeiführung des Friedens der oberste Wunsch der Mehrheit des Volkes war, sondern aus mancherlei anderen Gründen. Auf dem rechten Flügel der Partei wurde die Illusion genährt, daß die Entente einer Regierung, die von der wirklichen Kriegsopposition gebildet werden würde, Erleichterungen gewähren würde. Man glaubte dort an eine Interessengemeinschaft zwischen den Westmächten und den deutschen Politikern, die im Kriege den deutschen Militarismus bekämpft und diesen Kampf nach dem Kriege fortgesetzt hatten. Um nur zwei Namen zu nennen: der Abgeordnete Hugo Haase, der Vorsitzende der USPD, und Dr. Rudolf Breitscheid, der für kurze Zeit preußischer Minister gewesen war. Da im Juni 1919 die Probe aufs Exempel nicht gemacht werden konnte, wurde diese spezifische Illusion weitergetragen, bis sie später im Ruhrkampf zunächst einmal auf das Krasseste enttäuscht wurde. [...]

¹⁰⁰ Philipp Scheidemann (1865–1939), Buchdrucker, Redakteur, 1903–1933 MdR (SPD), 1911 bis 1920 Mitglied des Parteivorstands, 1917–1918 neben Ebert Vorsitzender der SPD, Okt. 1918 Staatssekretär, 1918/19 im Rat der Volksbeauftragten, Februar–Juni 1919 Reichs-Ministerpräsident, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 Emigration nach Prag, später Kopenhagen.

In gewissem Sinne stellte diese Illusion dieser USPD-Politiker nur einen Spezialfall der Illusionen der Regierungsmehrheit in der Nationalversammlung dar. Diese Regierungsmehrheit war, parteipolitisch gesehen, mit der Friedensresolutionsmehrheit des Reichstages vom Juli 1917, die schließlich die Regierung des Prinzen Max von Baden erzwungen und gebildet hatte, identisch. Trotz der harten Waffenstillstandsbedingungen war in dieser Mehrheit – der Weimarer Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten – und am stärksten in der Demokratischen Partei die Illusion lebendig, daß schließlich die Entente sich auf die Friedensresolution von 1917 besinnen und in Verhandlungen, in echten Verhandlungen mit der Regierung dieser Koalition einen Frieden gewähren würde, der sich dem Ideal eines Friedens ohne Annexionen und Reparationen wenigstens annäherte.

Der revolutionäre Flügel der USPD dagegen orientierte sich an den Vorbildern des Kampfes der Bolschewiki in Rußland um den Frieden. Er machte sich keine Illusionen, daß seine Regierung, noch dazu eine Diktaturregierung, wenn sie ins Leben treten sollte, größerem Wohlwollen der Entente begegnen würde als jede andere beliebige Regierung. In einer zu erwartenden Krise des Friedensschlusses erblickte er die Gelegenheit, seine Herrschaft zu errichten als Ausdruck des Friedenswillens des Volkes, wenn in dieser Krise die Macht wieder auf der Straße liegen würde, und dann wollte er die Macht gebrauchen zur Herbeiführung eines Systems des integralen Sozialismus. Dabei war es selbstverständlich, daß harte Friedensbedingungen Deutschland und Sowjetrußland enger aneinander führen würden. Seine Überlegungen schlossen die Ostorientierung der deutschen Politik in sich.

Die zweite revolutionäre Welle, die im März im Kampf um die Sozialisierung ihren Höhepunkt erreicht hatte, war von der Reichsregierung in elastischer Verteidigung aufgefangen worden mit dem Zugeständnis, gewisse sozialistische und sozialisierende Maßnahmen durchzuführen, so daß die Perspektive der Machteroberung im Kampfe um die Sozialisierung für den revolutionären Flügel der USPD zunächst in den Hintergrund trat. Unmittelbar vor dem Versailler Diktat tagte der Sozialdemokratische Parteitag [10.–15. Juni 1919] in Berlin. Den Plänen des Reichswirtschaftsministers Wissell gemäß sprach er sich für die Sozialisierung aus und dafür, neben die politische demokratische Verfassung eine Wirtschaftsverfassung zu stellen, die sich auf die Räte stützen sollte. Auch proklamierte er die „Einheitsfront des Proletariats“, wobei er sich ausdrücklich gegen die neue Lehre von der Diktatur der Minderheit aussprach.¹⁰¹ Wenn dieser Weg systematisch von der Sozialdemokratischen Partei fortgesetzt werden würde, so würden sich allenfalls Auseinandersetzungen um Ausmaß und Formen ergeben, aber keine ausgesprochen revolutionäre Situation, in der die USPD diktatorisch nach der Macht greifen konnte. Ganz anders aber war es, wenn kein Frieden zustande kam und die USPD mit der einfachen Parole „Wir werden den Frieden herbeiführen“ nach der Macht greifen würde, selbst wenn sie dann wie Trotzki in Brest-Litowsk sich mit einem diktierten Gewaltfrieden abfinden mußte.

¹⁰¹ Im Mittelpunkt des SPD-Parteitags standen die Referate von Scheidemann und Bernstein zur Außenpolitik und von Hugo Sinzheimer und Max Cohen über Räteystem und Reichsverfassung. In einer Resolution zur Parteieinigung hieß es: „Der Parteitag teilt den in vielen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats Deutschlands . . . Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur mit den Mitteln des Terrorismus – und auch da nur für kurze Zeit – aufrechtzuerhaltenden Diktatur einer Minderheit ab.“ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919, S. 507.

Solche Erwägungen waren realistischer als man aus der parteimäßigen Zusammensetzung der Nationalversammlung ablesen konnte, in der die USPD mit ihren 22 Abgeordneten eine kleine, zahlenmäßig unbedeutende Gruppe darstellte. Wir wußten damals längst, daß unsere Partei darüber hinaus gewaltig anwuchs. Wir wußten, daß der mehrheitssozialistisch geführten Weimarer Koalition der Boden unter den Füßen schwankte, weil der Unterschied zwischen dem Kurs der Regierung und dem Willen der sozialdemokratischen Parteimitglieder immer offener hervortrat und weil die militärische Unterdrückungspolitik uns keineswegs unsere Anhänger entfremdete.

So warteten wir in größter Spannung, was nun in Weimar geschehen würde. Wenn sich die ganze Verwirrung und die Auflösung, die nun zunächst eintrat, nicht in Weimar, sondern in der Atmosphäre Berlins abgespielt hätte, wer weiß und wer kann sagen, was geschehen wäre? Denn was zunächst eintrat, war eine große politische Krise, in der wiederum mindestens stundenlang die Macht auf der Straße lag. Aber eben nicht auf der Straße in Berlin, sondern in Weimar.

Das Diktat von Versailles traf die Weimarer Koalition wie ein betäubender Schlag, alle Illusionen wurden grausam enttäuscht. Sie fühlte sich nackt und bloß gegenüber den nationalistischen Parteien der Rechten. Die Koalition zerbrach, die Reichsregierung zerbrach, das Bündnis zwischen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung zerbrach gleichermaßen und damit das Vertrauen der Reichsregierung auf die Loyalität der neuen Militärmacht. Die Demokratische Partei trat aus der Reichsregierung und der Koalition aus. Von da an begann ihr unaufhaltsamer Niedergang, bis sie in den letzten Tagen der Weimarer Republik in der sogenannten Staatspartei verendete.¹⁰² Die Reichsregierung mußte auf der Grundlage einer Zweiparteienkoalition zwischen Sozialdemokraten und Zentrum neu gebildet werden. Reichskanzler Scheidemann trat zurück, ein neuer Mann mußte gefunden werden. Vor allem aber erhob sich die Frage, ob sich eine Mehrheit der Nationalversammlung für die Annahme des Friedensvertrags finden würde.

Vom 17. Juni bis zum 22. Juni morgens, an dem das Friedensultimatum ablief und die Nationalversammlung abstimmen mußte, blieb diese Frage in der Schwebe, ebenso die Frage, ob die Militärs der Regierung weiter Gefolgschaft leisten würden, wenn sie den Vertrag annahm. Nicht nur die Koalition, auch die einzelnen Fraktionen der Koalition fielen innerlich auseinander in Befürworter und Gegner der Annahme des Friedensvertrages, so daß es tagelang völlig unübersichtlich war, ob eine Annahmemehrheit zustande kommen und wie sie aussehen würde. Die Offiziere der um Weimar stehenden Truppen sowie die Führer der Freiwilligenkorps erklärten, daß sie ihre Posten niederlegen würden, falls die Reichsregierung den Vertrag annähme. Die Situationen wechselten in diesen Tagen von halber Stunde zu halber Stunde wie im Kaleidoskop. Alles erschien möglich: eine offene Meuterei der zum Schutze der Regierung und Nationalversammlung um Weimar stehenden Freiwilligentruppen, deren reaktionäre Gesinnung offenkundig war, ein von ihnen unterstützter Rechtsputsch, eine sehr schwache Annahmemehrheit nur aus Sozialdemokratie und Unabhängigen, ein Nichtzustandekommen einer Mehrheit und schließlich eine Machtergreifung durch die USPD, die allerdings nicht in Weimar vor sich gehen würde. [. . .]

¹⁰² Durch vorübergehenden Zusammenschluß mit der „Volksnationalen Reichsvereinigung“ bzw. dem „Jungdeutschen Orden“ unter dem Namen „Deutsche Staatspartei“ hatte die DDP 1930 den Wählerschwund erfolglos aufzuhalten versucht.

Uns war klar, daß im Falle einer Ablehnung ein neues Ultimatum zu erwarten war und daß dann eine Annahmeregierung gebildet werden mußte, aber nicht in Weimar, sondern in Berlin unter völliger Beiseiteschiebung der Nationalversammlung. Der Reichspräsident war sich darüber im klaren, General Groener war sich ebenso darüber im klaren, trotz der Haltung Hindenburgs, und ebenso der Abgeordnete Erzberger¹⁰³ in der Zentrumsfraktion. Ablehnung hätte die völlige Niederlage der alten Friedensresolutionsmehrheit und den Machtübergang an die Unabhängigen mit allen daraus entstehenden Konsequenzen bedeutet. Aber nach außen hin war das alles dank des dauernden Wechsels der Konstellationen in Weimar völlig undurchsichtig. Wir legten deshalb den größten Wert darauf, unsere Partei in allen Großstädten vorzubereiten. Wir hatten auf alle Fälle das Schattenkabinett, das beim Beginn der Nationalversammlung von uns organisiert worden war. Es war nötig, daß die Bevölkerung der großen Städte erfuhr, was vor sich ging. So fuhren wir zwischen dem 17. Juni und dem 21. Juni in alle Großstädte, ich selbst nach Leipzig und Frankfurt.¹⁰⁴

In Weimar hatte sich inzwischen der Reichspräsident zur Bildung der Regierung Bauer [21. 6. 1919] gemeinsam mit dem Zentrum entschlossen, die Demokraten blieben draußen. Aber die Lage in den Fraktionen war nach wie vor kritisch. Es ging nicht nur darum, wie die einzelnen Abgeordneten stimmen, sondern auch darum, wie viele Abgeordnete sich der Verantwortung durch ihre Abreise von Weimar entziehen würden. Aus diesem Grunde stand am Weimarer Bahnhof ein doppeltes Auffangnetz, nämlich erstens die Polizei, die nur Abgeordnete und Personen mit Spezialausweisen zuließ und zweitens die Vertrauensmänner der Regierung, die jeden ankommenden oder abreisenden Abgeordneten registrierten und nach Möglichkeit nach seiner Haltung befragten. Am 21. abends verbreitete sich das Gerücht, daß eine Mehrheit gesichert sei, am 22. morgens war die neue Regierung überzeugt, daß die Mehrheit für die Annahme größer sein werde als sie zunächst geglaubt hatte. Die Regierung hätte die zur Annahme nötigen Stimmen auch ohne unsere Stimmen aufgebracht – aber natürlich ist es eine Frage, wie es ausgesehen haben würde, wenn wir dagegen gestimmt oder an der Abstimmung nicht teilgenommen hätten. Die erwartete Situation, die uns an die Macht getragen hätte, war nicht eingetreten. Wir sollten bald erkennen, worum es bei den außerordentlich schweren Verhandlungen

¹⁰³ Matthias Erzberger (1875–1921), Volksschullehrer, 1903–1921 MdR (Zentrum), 1918 Chef der Waffenstillstandskommission, Febr. – Juni 1919 Reichsminister o. P., Juni 1919 – März 1920 Reichsfinanzminister, 1921 Opfer eines Attentats rechtsradikaler Offiziere. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962; Theodor Eschenburg, Matthias Erzberger, München 1973.

¹⁰⁴ Die Parteileitung der USPD veröffentlichte am 18. Juni 1919 einen Aufruf „An das arbeitende Volk“, in dem unter Protest gegen die Friedensbedingungen der Alliierten und unter heftigen Angriffen auf die Reichsregierung die Annahme des Ultimatums als unumgänglich bezeichnet wurde. „Getreu unseren sozialistischen und internationalen Grundsätzen legen wir im Verein mit den Sozialisten aller Länder gegen diese Vergewaltigung schärfsten Protest ein.“ ... „Das arbeitende Volk darf sich über diese furchtbare Situation nicht täuschen lassen durch das nationalistische Geschrei der kapitalistisch-militaristischen Kreise und der unter ihrem Diktat stehenden ohnmächtigen Reichsregierung. Es darf sich nicht aufputschen lassen zu abenteuervollen Aktionen gegen die Entente.“ ... „Wir vertrauen auf den siegreichen Vormarsch der Arbeiterklasse und wissen, daß die fortschreitende proletarische Revolution den Vertrag von Versailles vernichten wird, wie sie die Verträge von Brest und Bukarest beseitigt hat.“ Freiheit, Nr. 282 v. 18. Juni 1919; unter der Überschrift „An das Proletariat“ auch in der LVZ v. 18. 6. 1919 (Dokumente u. Materialien Bd. VII, 1, S. 106–108).

der beiden Koalitionspartner um die Neubildung der Reichsregierung gegangen war und daß wir dabei wieder verloren hatten, was wir geglaubt hatten, in der zweiten revolutionären Welle gewonnen zu haben. Am 8. Juli legte Erzberger der Nationalversammlung seinen großen Plan einer Reichsfinanzreform vor. Am gleichen Tage beriet das Reichskabinett über den nunmehr vorliegenden und vollendeten Gesamtplan des Reichswirtschaftsministers Wissell und seines Staatssekretärs von Moellendorff für Sozialisierung und Planwirtschaft. Das Reichskabinett lehnte den Plan ab. Der Reichswirtschaftsminister Wissell trat zurück und wurde durch den bisherigen Reichsernährungsminister Robert Schmidt¹⁰⁵ ersetzt – einen Reichswirtschaftsminister zur Verhinderung jeder wirklichen Reichswirtschaftspolitik. Die Ablehnung von Wissells Plan war Inhalt der Koalitionsvereinbarung, es war der Preis, den das Zentrum für das Zustandekommen einer Annahmemehrheit verlangte. Das entscheidende Argument dabei – ob richtig oder falsch – lautete, daß ausgedehnte Gemeinwirtschaft im Konfliktfall der Entente den Zugriff auf öffentliches Vermögen und öffentliche Werte gestatten würde. Dieses Argument stand in der Folge jeder wirklichen Sanierung der Reichsfinanzen und jeder rechtzeitigen Stabilisierung der deutschen Währung im Wege bis zum Jahre 1924, nachdem der Ruhrkrieg ausgestanden war.

Erzbergers Plan zur Reichsfinanzreform war großzügig, imponierend und radikal. Ich arbeitete ihn eingehend durch, ich konnte ihn sachverständig beurteilen. Es gehörte für den Zentrumsminister sicher Mut dazu, diesen Plan vorzulegen, der von Einzelheiten abgesehen, wahrscheinlich selbst von der äußersten Linken angenommen worden wäre, wenn es sich je wirklich darum gehandelt hätte, ihn wirklich durchzuführen. Das aber geschah nicht aus dem gleichen Grunde, aus dem das Reichskabinett die Fortsetzung der von der sozialdemokratischen Fraktion verlangten und von der Regierung Scheidemann angenommenen Sozialisierungspolitik abgelehnt hatte.¹⁰⁶

Als die Tage der gespannten Erwartung und der Hoffnung auf Machtübernahme vorüber waren, stürzte ich mich zunächst intensiv in journalistische Arbeit. Ich bediente nicht nur die „Leipziger Volkszeitung“. Die Redaktion der „Freiheit“ in Berlin hatte mich inzwischen beauftragt, als ihr Korrespondent bei der Nationalversammlung zu wirken. Es waren interessante Tage; denn neue politische Gewitterwolken stiegen herauf. Meine täglichen Berichte von etwa anderthalb Leitartikellänge machten viel Arbeit, besonders die Berichte über den Weitergang von Erzbergers Plänen, die sehr sachverständiger Beurteilung bedurften. Nach der ersten Unterzeichnung der Reichsverfassung fand die erste Lesung der Finanzgesetze in der

¹⁰⁵ Robert Schmidt (1864–1943), Klavermacher, 1893–1898 Redakteur am Vorwärts, 1903–1918 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, 1893–1898 und 1903–1930 MdR (SPD), Febr. 1919 Reichsernährungsminister, Juli 1919 – August 1922 und 1929–1930 Reichswirtschaftsminister, 1923 Wiederaufbauminister.

¹⁰⁶ Die erfolgreich durchgeführte Finanzreform Erzbergers brachte nicht nur die Angleichung von Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand und größere Steuergerechtigkeit, sie bewirkte durch die Errichtung einer einheitlichen Reichsfinanzverwaltung und den Übergang der Steuerhoheit auf das Reich die entscheidende Stärkung der Reichsgewalt auf Kosten der Länder. Vgl. Franz Menges, Reichsreform und Finanzpolitik, Berlin 1971, S. 184 ff.; Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik, Berlin 1970, S. 185 f. Die Fehleinschätzung Geyers könnte darauf beruhen, daß Erzberger bei der Begründung am 8. 7. 1919 die Finanzreform als Sozialisierungssatz bezeichnete: „Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzügliche Sozialisierung dar.“ Nationalversammlung, Sten. Ber. S. 1377.

Nationalversammlung statt. Ich erinnere mich, daß ich sie sehr positiv bewertete, als ich abschätzen konnte, welcher Mut dazu gehörte und auf welchen Widerstand sie stoßen würden. Sie bildeten eine der wesentlichen Ursachen der alsbald gegen Erzberger hervortretenden Mordhetze. Was mich anbetrifft, so begründeten meine Berichte an die „Freiheit“ meinen Ruf als finanzpolitischer Sachverständiger.

Schicksalsschwanger waren die parteipolitischen Auseinandersetzungen in der Nationalversammlung nach der Annahme des Friedensvertrages. Die Regierungsfraktionen, die die Verantwortung auf sich genommen hatten, unternahmen nun den Versuch, die Verantwortung des Kaisers, der ehemaligen Obersten Heeresleitung und vor allem der Rechtsparteien aufzuzeigen. Die Rechte, die Morgenluft witterte, setzte sich zur Wehr, und sie konzentrierte ihre Angriffe auf die Person Erzbergers, der im Kriege zunächst ein wilder Annexionist gewesen war, um dann in der kritischen Stunde des Krieges zum Vater der Friedensresolution von 1917 zu werden. Diese Kämpfe gipfelten in einer rednerischen Auseinandersetzung zwischen dem damals noch deutschnationalen Abgeordneten von Graefe¹⁰⁷ und Erzberger.

Diese Auseinandersetzungen – über die ich dann eingehend meinen Zeitungen berichtete – hörte ich von der Journalistentribüne der Nationalversammlung aus, nicht von meinem Platz im Plenum, weil man oben viel besser beobachten und hören konnte. Ich stand den beiden Duellanten politisch außerordentlich kritisch gegenüber und verfolgte deshalb das Rededuell ungetrübt von Voreingenommenheit. Es war nicht schwer, Erzbergers Kriegspolitik anzugreifen, und von Graefes Rede war eine sorglich vorbereitete oratorische Glanzleistung. Während dieser schlanke, dunkelhaarige Nationalist mit ätzender Schärfe und vollendeten Formulierungen Anklage auf Anklage gegen Erzberger schleuderte, saß die massive Gestalt des Reichsfinanzministers offenbar gleichmütig auf ihrem Platz, obgleich es in dem elektrisch geladenen Saale fühlbar war, daß Graefes Rede stärksten Eindruck weit über die Fraktionen der Rechten hinaus machte. Ich hörte ihr zu mit den Ohren des geübten Redners, ich war gewissermaßen selber von dieser rhetorischen Profession, und als Graefe geendet hatte, meinte ich, die Rechte hätte der Regierung eine schwere Schlappe versetzt, und es würde Erzberger schwerfallen, wirksam zu antworten. Aber ich hatte mich getäuscht. Die massive Gestalt erhob sich sofort von ihrem Platz mit den verächtlichen Worten: „Ist das alles?“ Und ging sofort zum erbitterten, massiven Angriff über und legte das Schuldkonto der Rechten so überzeugend offen, daß ich danach keinen Zweifel daran hatte, daß die Rechte diese oratorische Auseinandersetzung verloren hatte.¹⁰⁸ Aber hatte sie sie wirklich verloren? Ich habe eine Rede von der gleichen ätzenden Schärfe, demselben Glanz der Formulierungen und intellektuell fundiertem Angriffsgeist wie die Rede Graefes nur noch einmal gehört, und das war die unerhörte Rede von Helfferich¹⁰⁹ gegen Rathenau im Reichstag am Tage vor Rathenaus Ermordung. Graefe war wohl im Rededuell unterlegen, aber seinen Angriffen folgte der politische Mord nach.

¹⁰⁷ Albrecht von Graefe (1868–1933), Rittergutsbesitzer, 1899–1918 MdL Mecklenburg-Schwerin, 1912–1928 MdR (Kons./DNVP/Nationalsozialistische Freiheitspartei), 1922 Mitgründer der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

¹⁰⁸ Verhandlungen der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung, 66. Sitzung, 25. Juli 1919, Sten. Ber. S. 1912–1946.

¹⁰⁹ Verhandlungen des Reichstags, 233. Sitzung, 23. Juni 1922, Sten. Ber. S. 7988 ff. Karl Helfferich (1872–1924), Volkswirt, seit 1908 im Vorstand der Deutschen Bank, 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamtes, 1916–1917 des Reichsamts des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, verantwortlich für die Kriegsfinanzpolitik, 1920–1924 MdR (DNVP).

Wenn abends die Nationalversammlung ihre Sitzungen geschlossen hatte, arbeitete ich in den für die Presse hergerichteten Räumen der Nationalversammlung und telephonierte dann meine Berichte nach Leipzig und Berlin. Es war inzwischen Hochsommer, und ich habe damals gelernt, stundenlang auf Telephonverbindungen zu warten, ohne aus der Haut zu fahren, und was es bedeutet, in einer übermäßig heißen Telephonzelle bei schlechter Verbindung eine halbe oder eine dreiviertel Stunde lang ins Telephon schreiend diktieren zu müssen.

An einem der letzten Sitzungstage der Nationalversammlung in Weimar, ehe die Sommerpause eintrat und die Nationalversammlung nach Berlin verlegt wurde, hatte ich mich an der Debatte beteiligt. Nach der Sitzung ging ich in die Presse Räume, verfaßte meinen Bericht und telephonierte ihn. Ich hatte für den Abend eine Verabredung mit meinen Fraktionsfreunden in einem der Gesellschaftszimmer im ersten Stock des Weinhauses „Fürstenkeller“. Als ich endlich dahin kam, todmüde von der Arbeit und der Hitze in der Telephonzelle, fand ich meine Freunde in sehr feuchtfrohlicher Stimmung vor. Ich setzte mich zu ihnen, und gleich danach wurde die Tür aufgerissen, und der neue Reichspressechef Ulrich Rauscher¹¹⁰ erschien mit einer Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter. Er war sichtlich bereits sehr stark betrunken. Er starrte uns erst mit maßloser Überraschung an, und dann sagte er: „Ei, ei, die Konkurrenz ist schon da“, was uns aus den verschiedensten Gründen zum Lachen brachte; denn in diesen Tagen waren wir ernstlich die Machtkonkurrenz. Weiter weiß ich von diesem Abend nicht viel. Meine Freunde tranken Ürziger Goldtropfen. Ich hatte kaum ein Glas getrunken, als ich den Kopf auf den Tisch legte und einschlief.

Nach der Vereidigung von Reichspräsident Ebert verschwand die Nationalversammlung im August sang- und klanglos aus Weimar,¹¹¹ und ich fuhr nach Leipzig zurück.

¹¹⁰ Ulrich Rauscher (1884–1930), Journalist, im November 1918 als Sekretär Scheidemanns in die Reichskanzlei eingetreten, 1919–1920 Pressechef der Reichsregierung, 1922–1930 Gesandter in Warschau.

¹¹¹ Die letzte Sitzung der Nationalversammlung in Weimar, bei der Reichspräsident Ebert den Eid auf die Reichsverfassung leistete, fand am 21. August 1919 statt.

3. Kapitel

Erfolge der Gegenrevolution – USPD in „revolutionärer Verteidigung“

Am 21. August 1919 wurde die Nationalversammlung in Weimar vertagt, am 30. September wurde sie in Berlin wieder eröffnet. Diese Sommerpause bedeutete für mich keineswegs einen Ruhepunkt in meiner politischen und innerparteilichen Aktivität. Der Unterzeichnung des Friedensvertrages war allgemein zunächst eine kurze Periode des Aufatmens der Bevölkerung nachgefolgt, ein Moment der Ruhe, was sich auch wirtschaftlich bemerkbar machte. Wir fühlten dies, wenn wir die Stimmung unserer aktivistischsten Anhänger prüften. Auf diese Situation wurde in der Presse der USPD ohne Unterschied der Richtungen ziemlich allgemein das von mir geprägte Wort „revolutionäre Atempause“ angewandt. Für mich lag in diesem Wort die Erwartung, daß der Atempause eine Neubelebung des revolutionären Elans, eine zweite Welle revolutionärer Aktivität nachfolgen würde. Noch vor dem Ende der Nationalversammlung in Weimar wurde ich in dieser Haltung bestärkt durch das Hervortreten neuer Unruhe in den wichtigsten Industriebezirken des Reiches. Die wirtschaftliche Beruhigung nach dem Abschluß des Friedensvertrages erwies sich als sehr kurz. Das Ende der Nationalversammlung in Weimar war noch nicht gekommen, als ein neues Absinken der wirtschaftlichen Konjunktur sich bemerkbar machte. Das blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Stimmung der Arbeiter in den großen Industriebezirken. Lohnfragen und Arbeitszeitfragen wurden bald heiß umstritten; die Unruhe und die Unzufriedenheit machten sich in vielen lokalen Lohnbewegungen Luft.

Aber nicht dies allein wurde bestimmend für meine Haltung, als ich nach dem Ende in Weimar das Problem prüfte, wie die revolutionäre Spannung nach der Atempause des Friedensschlusses neu belebt werden könnte. Für mich war mindestens ebenso wichtig das immer stärkere Hervortreten der offen gegenrevolutionären Tendenzen. Das Frühjahr war erfüllt gewesen von den Kämpfen zwischen der neuen Militärmacht und den revolutionären Arbeitern in den führenden Industriegebieten. Wir hatten in allen diesen Gebieten schwere Rückschläge erlitten. Die Besetzung der radikalen Städte und die Auflösung der Arbeiterräte, die unter dem Einfluß des linken Flügels der USPD standen und dessen organisatorische Zusammenfassung neben den Parteiorganisationen darstellten, hatten uns wichtige Positionen aus der Hand geschlagen. Die neue Legalität der provisorischen Reichsverfassung und der Verfassung vom 11. August war nur ein Schatten. Völlig ungebunden errichtete die neue Militärmacht, welcher der Reichswehrminister Gustav Noske die politische und parlamentarische Deckung gab, ihre Diktatur gegen den Versuch der Linken, die politische Revolution weiterzutreiben zu sozialistischen Verwirklichungen. Belagerungszustand, Schutzhaft und Vorzensur, Zeitungsverwarnungen und -verbote kennzeichneten diese Tage. Sie bildeten die Kehrseite der Versprechungen der Reichsregierung nach den großen Frühjahrsstreiks, nunmehr Ernst zu machen mit sozialisierenden Maßnahmen. Diese Aktivität der neuen Militärmacht wurde durch die sozialdemokratisch geführten Reichsregierungen gedeckt. Aber dabei wurde immer klarer, daß die politische Führung nicht bei der Regierung lag, sondern bei den neuen Militärverbänden. Sie schwollen allmählich durch die Heranziehung von Frei-

willigenverbänden zu einer ansehnlichen Macht an, die mit den Vorschriften des Friedensvertrages unvereinbar war¹. Diese Entwicklung ging solange, bis schließlich die Ententereregierungen mit Blockade- und Sanktionsdrohungen eingriffen. Im Zusammenhang damit ging eine Wiederbelebung des bürgerlichen Selbstbewußtseins vor sich und zugleich eine Bewaffnung des Bürgertums in den sogenannten Heimwehren², die überall gegründet wurden. Von Monat zu Monat verschob sich die Machtbilanz immer deutlicher zuungunsten der aktivistischen sozialistischen Linken. Der Zusammenbruch der Räterepublik in München [1. 5. 1919] und der ungarischen Räterepublik [1. 8. 1919] unter der Führung Bela Kuns³ stellten schwere Schläge gegen die gesamte deutsche Linke dar. Persönlich hatte ich den Münchner Vorgängen von vornherein mit der größten Skepsis gegenübergestanden, um so mehr, als ich all die führenden Personen bei diesen wechselnden „Regierungsbildungen“ kannte – von den Kommunisten über die Unabhängigen bis zu den Sozialdemokraten. Außerdem hatte ich ein viel zu klares Bild von der Sozialstruktur Bayerns, als daß ich jemals an einen Erfolg dieses Unternehmens geglaubt hätte.

Aber abgesehen von der militärischen Machtbilanz schienen sich die Dinge zu unseren Gunsten zu entwickeln. Wir stellten nicht nur ein neues Anwachsen der sozialen Unruhe fest, sondern zugleich ein gewaltiges Anschwellen der Mitgliederzahlen der Organisationen unserer Partei und ferner zum Teil phantastische Stimmgewinne bei allen Landtagswahlen und Lokalwahlen. Wir glaubten, daß allmählich, aber sicher, die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft uns zufallen würde, so daß wir den Sozialdemokraten die Führung der Arbeiterschaft völlig aus der Hand nehmen könnten. Wir führten diese Entwicklung auf unsere aktivistische Haltung und auf die Entrüstung über die Diktatur der neuen Militärmacht in der Arbeiterschaft zurück. Wir waren deshalb von unseren Rückschlägen keineswegs entmutigt. Während der rechte Flügel der USPD gegen den militärischen Terror die neue Legalität ins Feld führte

¹ Seit November 1918 waren durch Initiative einzelner Offiziere zahlreiche Freikorps entstanden, die in verschiedenster Zusammensetzung und Größe (von Kompanie- bis Divisionsstärke) operierten. Sie wurden, da sie an Kampfkraft und Disziplin allen übrigen Formationen (altes Heer, Einwohnerwehren) weit überlegen waren, trotz ihrer bald zutage tretenden antirepublikanischen Gesinnung von der Regierung in den Berliner Kämpfen im Januar und März 1919, in Mitteldeutschland, zum Schutz der Weimarer Nationalversammlung und als Grenzschutz im Osten eingesetzt. Bei der Errichtung der „Vorläufigen Reichswehr“ am 6. 3. 1919 wurden viele Freikorps neben Resten des kaiserlichen Heeres geschlossen übernommen. Vgl. Harold J. Gordon, *Die Reichswehr und die Weimarer Republik*, Frankfurt 1959; Hagen Schulze, *Freikorps und Republik 1918–1920*, Boppard 1969.

² Heimwehren hießen die von 1918–1936 in Österreich existierenden paramilitärischen Organisationen, denen in Deutschland die von Geyer gemeinten Einwohner- oder Bürgerwehren entsprachen. Es waren militärisch strukturierte Selbstschutzformationen, die seit November/Dezember 1918 zur Sicherung von Ruhe und Ordnung, zur Bekämpfung „spartakistischer“ Unruhen, zum Schutz des Eigentums oder zum Grenzschutz gebildet worden waren. Entstehung, Ausrüstung und Zusammensetzung waren regional und lokal sehr verschieden. Seit Frühjahr 1919 fungierten die Einwohnerwehren praktisch als Reichswehrreserve, die auf Landesebene organisiert und von einer Zentralstelle im Reichswehrministerium gelenkt wurde. Im Herbst 1919 gehörten rund 1 Million Bürger den Einwohnerwehren an. Vgl. Erwin Könnemann, *Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände*, Berlin (O) 1971.

³ Bela Kun (1886–1937?), ungar. Politiker, seit 1902 (1904?) Mitglied der soz. dem. Partei, 1918 Gründer der ungar. KP, 22. 3. – 1. 8. 1919 Volkskommissar für Auswärt. Angelegenheiten der ungar. Räterepublik, Flucht über Österreich nach Moskau, Tätigkeit für die Komintern, 1937 in Moskau verhaftet und hingerichtet.

und auf die Verfassungswidrigkeit dieser Diktatur pochte, stellten wir der Noske-Diktatur nun erst recht die Forderung nach der proletarischen Diktatur entgegen mit dem Gefühl: „Wir kämpfen auch!“ Nach der Auflösung des Leipziger Arbeiterrats durch die Divisionen von General Maercker schrieb die Berliner „Freiheit“: „Nicht lange, und wir werden den Belagerungszustand durch ganz Deutschland haben. Und die öffentliche Meinung? Nun, die gesamte Presse schweigt, es schweigt Ullstein, es schweigt vor allem der ‚Vorwärts‘. Noske befiehlt, und alle, alle schweigen.“⁴ Die Führung der linken USPD rief nicht nach Deckung durch die Legalität der Verfassung, sondern nach der Vorbereitung der von ihr erwarteten zweiten Welle der Revolution. Wohl zeigten wir in unserer Propaganda in der Nationalversammlung die Widersprüche zwischen dem legalistischen Schatten und der politischen Realität dieser Tage auf – ich persönlich hatte nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung im Reichstagsgebäude in Berlin einen heftigen Zusammenstoß im Plenum mit Präsident Fehrenbach⁵, als dieser versuchte, die offenkundige Divergenz zwischen Schein und Sein mit einer humoristischen Handbewegung hinwegzuwischen.⁶ Aber wir erblickten nicht in der Deckung durch die Legalität, sondern in der Verstärkung unserer eigenen Kampffähigkeit das geeignetste Mittel gegen das Vordringen der Gegenrevolution.

Auf dem rechten Flügel der Partei, die von Hugo Haase geführt wurde und dessen Ansichten Rudolf Hilferding in der „Freiheit“ vertrat, herrschte dagegen die Neigung vor, die Auswirkungen weiterer objektiver Momente abzuwarten, die nach marxistischen Anschauungen neue revolutionäre Stimmungen hervorrufen würden. Dabei war die Doktrin des Austromarxismus vorherrschend, der an eine automatische Erzeugung politischer und revolutionärer Anschauungen aus rein ökonomischen Ursachen, aus der Bewegung der Konjunktur glaubte. Von Hilferding war in Parteikreisen ein Wort bekannt, in dem dies vorwiegend ökonomische und eigentlich unpolitische Denken einen drastischen Ausdruck fand. Vor dem Ersten Weltkrieg äußerte er sich einmal in einer Analyse der politischen Perspektiven: „Nun noch eine schlechte Ernte, und wir bekommen die Revolution.“ Ich dagegen war nach den Erfahrungen des Krieges und der vorrevolutionären Periode von 1918 längst überzeugt, daß die Rechnung auf einen spontanen Übergang großer Arbeitermassen von Äußerungen bloßer Unzufriedenheit zu politischen Aktionen falsch war, daß man nicht darauf zählen konnte, daß Arbeitermassen – das sogenannte Proletariat – allwissend und allvernünftig im Geiste der marxistischen Doktrin waren und gegebene

⁴ „Freiheit“ Nr. 197 v. 25. 4. 1919: „Die Beseitigung der Preßfreiheit“. Der Artikel war aus Anlaß verschiedener Zeitungsverbote erschienen.

⁵ Constantin Fehrenbach (1852–1926), 1885–1887 und 1901–1913 MdL Baden (Zentrum), 1903 bis 1926 MdR, Juni – Nov. 1918 und Febr. 1919 – Juni 1920 Reichspräsident, Juni 1920 bis Mai 1921 Reichskanzler.

⁶ Noske hatte unter Anspielung auf Geyers Abwesenheit bei der Besetzung Leipzigs durch General Maercker in Erwiderung eines Zwischenrufs von Geyer sen. gesagt: „Ich zweifle gar nicht daran, daß der Geyer-Vater dann mehr Mut an den Tage legen wird als der Geyer-Sohn.“ Curt Geyer erblickte in der Formulierung „Geyer-Sohn“, mit der Präsident Fehrenbach ihm anschließend das Wort erteilte, eine Zustimmung zu den Äußerungen Noskes. Daraufhin ergaben sich Rede und Gegenrede zwischen Geyer sen. und Geyer jun. einerseits und dem Präsidenten andererseits (bei denen Curt Geyers Dokortitel eine wesentliche Rolle spielte) aber auch eine scharfe Replik Noskes. Vgl. Sten.Ber. 101. Sitzung, 17. 10. 1919, S. 3209–3212.

Situationen ohne weiteres durchschauen und daraus die politischen Schlußfolgerungen ziehen können, die geschulte Marxisten ziehen würden – sondern daß sie geführt werden müßten. Ich war im Laufe der letzten Monate nicht nur zu einem der bekanntesten Führer des Aktivismus in der USPD geworden, sondern zugleich zu seinem Wortführer und seinem ersten journalistischen und literarischen Vertreter. Damit unterschied ich mich scharf nicht nur von Rudolf Hilferding, dem ich an diesem Zeitpunkt und erst recht im nächsten Jahre sein Hoffen auf einen Automatismus des Entstehens revolutionären Willens als „Quietismus“ vorwarf, sondern auch von dem Kern der kommunistischen Intellektuellen, soweit sie noch an der Lehre Rosa Luxemburgs von der Spontaneität der Massen festhielten. Dieser Unterschied der Anschauungen lag in der Folge allen heftigen inneren Auseinandersetzungen in der USPD über die wichtigsten Fragen zugrunde. Es war ganz klar, daß ich mit meinen Anschauungen der Partei eine andere Funktion zuschrieb als Hugo Haase und Hilferding mit ihren Freunden. So entwickelte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 ein heftiger innerparteilicher Kampf um die Bestimmung des Wesens, die programmatische Festlegung, die Führung und um die Bündnispolitik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dieses innerparteiliche Ringen fiel zeitlich zusammen mit meiner inneren Loslösung von Leipzig. Die Auflösung des Leipziger Arbeiterrates durch General Maercker hatte mir zwar den Boden einer eigenen Organisation unter den Füßen weggezogen, aber sie hatte mich zugleich von einer beträchtlichen Arbeitslast befreit und mir die Möglichkeit gegeben, ungehemmt durch diese Funktion mich stärker um die allgemeinen politischen Dinge und um die Verhältnisse in der Gesamtpartei zu kümmern. Mein politischer Blick und mein politisches Verständnis hatten sich in der Nationalversammlung und durch den engen Verkehr mit meinen Freunden in der Führungsgruppe der linken USPD wie in Berlin beträchtlich erweitert. Leipzig fing an, mir zu klein zu werden. Bei jedem Besuche Leipzigs von Weimar aus und noch stärker nach Besuchen in Berlin fühlte ich den provinziellen Charakter der Leipziger Verhältnisse. Ich fing an, Leipzig-müde zu werden. Es ging mir übrigens nicht allein so. Alle meine Freunde in der Führungsgruppe der linken USPD lösten sich in gleicher Weise innerlich von ihren bisherigen politischen Standorten los. Unser Weg ging nach Berlin, wir wurden aus lokalen Parteiführern zu Führern der Gesamtpartei.

Der Wunsch nach Loslösung wurde verstärkt durch den latenten Konflikt zwischen mir und der Leitung der Leipziger Parteiorganisation. Der Konflikt zwischen dem Arbeiterratspräsidium und der Parteileitung war mit der Auflösung des Arbeiterrats verschwunden, aber keineswegs die persönliche Konfliktsituation zwischen mir und der Parteileitung. Das war nicht nur ein rein persönlicher Kampf um die Führung. Während ich mich immer stärker auf die Reichspolitik orientierte, stellte die Leipziger Parteileitung die Probleme der sächsischen Landespolitik in den Vordergrund. Während ich mit größter Besorgnis das Anwachsen der militärischen Gegenrevolution verfolgte und schließlich überzeugt war, daß sie nur durch einen aktiven Gegenangriff in einer neuen revolutionären Welle zu brechen sein würde, sahen die Mitglieder der Leipziger Parteileitung, daß das gigantische Anwachsen der Partei in Leipzig und in Sachsen ihnen den Weg zur vorherrschenden Regierungsmacht in Sachsen über demokratische Wahlen und das Landesparlament öffnete. Daß auch die beherrschende Stellung in der sächsischen Landesregierung sie nicht immun gegen die militärische Gegenrevolution machte, haben sie erst später, im Jahre 1923, erfahren. Aber damals, in der zweiten Hälfte des Jahres 1919, sahen sie natürlich in mei-

nen Bemühungen um die Aktivierung und Revolutionierung der Partei eine Störung ihrer Perspektive. Bei einigen von ihnen wurde aus dieser Verschiedenheit der Perspektive persönliche Feindschaft, bei anderen nicht. Ich selbst sah das Anwachsen der Feindschaft mit Bedauern und beantwortete es nicht mit den gleichen Gefühlen. Ich war Mitglied der Parteileitung, und ich sah in ihren Mitgliedern die Freunde, mit denen ich seit Jahren zusammengearbeitet hatte. Selbst als die Differenzen in offen ausgetragenen Kampf übergingen⁷, blieb in mir trotzdem ein Rest der Loyalität gegenüber der Parteileitung.

Die Situation wurde verschärft durch meine Stellung in der „Leipziger Volkszeitung“. Ich beherrschte die Zeitung, obwohl nominell Hans Block nach wie vor Chefredakteur war. Das mag merkwürdig erscheinen, aber beträchtliche Zeit später hatte ich eine ähnliche Position im Berliner „Vorwärts“. In dieser zweiten Hälfte des Jahres 1919 war die „Leipziger Volkszeitung“ mein Organ, und ich machte aus ihr die richtungsweisende Stimme des linken Flügels der USPD. Ich benützte die Zeitung, um die Politik der linken USPD scharf und programmatisch zu formulieren und zu vertreten. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn ich nicht die große Mehrheit der Parteimitglieder in Leipzig hinter mir gewußt hätte. Dagegen war ich mir bereits im Spätsommer 1919 klar darüber, daß ich allmählich meine außerordentlich starke Position im Funktionärkörper der Leipziger Partei verlor. Die Parteileitung gewann mir gegenüber immer mehr an Boden, während die große Mehrheit der Mitgliedschaft mir und der Führung folgte, die ich ihr in der Zeitung wie in großen Versammlungen gab. Um meine Stellung im Parteiapparat in alter Stärke zurückzugewinnen, hätte ich mich täglich darauf konzentrieren müssen. Weder das Nationalversammlungsmandat, noch meine anderen eigenen politischen Aspirationen ließen mir Zeit dazu. Aber ich hatte auch keine Neigung zu solcher Beeinflussung, obwohl ich wußte, daß ich bei dieser Entwicklung das Leipziger Reichstagsmandat verlieren könnte. Wichtiger als diese Erwägung war mir die Aktivierung der Gesamtpartei. Was ich an Position im Leipziger Parteiapparat verlor, hatte ich inzwischen an Ansehen und Position in der Gesamtpartei gewonnen. Die Dinge drängten nicht auf eine unmittelbare Entscheidung. Ich ließ sie treiben, obwohl ich recht gut wußte, daß dies nicht auf die Dauer möglich sein würde. Ich ging nicht ungern Ende September zum Wiederzusammentritt der Nationalversammlung nach Berlin.

In Berlin traf ich mit meinen engsten Freunden wieder zusammen und machte mich nun zunächst daran, ein möbliertes Zimmer in möglichster Nähe des Reichstagsgebäudes zu finden. Gemeinsam mit meinem Freunde Otto Braß aus Remscheid ging ich auf die Wohnungssuche. Wir wollten möglichst nahe beieinander wohnen, um jederzeit Besprechungen abhalten zu können. In späteren Jahren haben er und ich mit unseren Frauen im gleichen Hause gewohnt. Dies war eine höchst lehrreiche Wohnungssuche. Wir fanden zunächst für mich mühelos ein anständiges Zimmer im alten Berliner Westen, das mir nach Lage und Preis zugesagt hatte. Die Vermieterin, eine ältere Dame, fragte dann: „Die Herren sind Abgeordnete?“ – „Jawohl.“ – „Welche Partei, wenn ich fragen darf?“ – „USPD“. – „Aber nein, meine Herren, an Herren von dieser Partei vermiete ich mein Zimmer nicht.“ In allen besseren Wohngegenden Berlins erging es uns ähnlich, bis wir die Suche aufgaben. Ich zog schließlich im Südende in ein kärglich möbliertes Zimmer einer Arbeiterwohnung in einem Hinterhause, mein Freund Otto Braß fand nach längerem Suchen ein ähnliches Zimmer

⁷ S. Anm. 66.

in Neu-Kölln. Es war ein kleiner Vorgang, aber er war ganz typisch für damalige Stimmungen im Bürgertum. Als sozialdemokratische Abgeordnete hätten wir ohne weiteres Zimmer gefunden, als Unabhängige Abgeordnete waren wir der böse Feind und aus der Gemeinschaft anständiger Menschen ausgeschlossen. Es war eine Kleinigkeit, aber sie ist mir scharf im Gedächtnis geblieben – weil sie die Stimmung verstärkte, die bei mir und meinen nächsten Freunden allmählich immer stärker hervortrat. Ich will sie mit einem Ausdruck bezeichnen, den wir damals weder gefunden noch gebraucht haben, der vielmehr meinen viel späteren Erfahrungen entspringt. Wir fühlten uns in einer Art innerer Emigration, als nicht zugehörig zur bürgerlichen Welt Deutschlands, die wir als reif zum Untergang ansahen. Die stickige, muffige, hurra-patriotische, kaiserfromme und servile Atmosphäre, die während des Kaiserreichs über dem deutschen Bürgertum gelegen hatte, machte sich uns in Berlin ungleich stärker fühlbar als in den industriellen Großstädten, aus denen wir kamen. Einige von uns hatten bereits in unseren Studienjahren vor dem Ersten Weltkrieg an der Rebellion gegen die Väter teilgenommen, die dieser Atmosphäre die Romantik der Jugendbewegung entgegengesetzt hatte. Der Sturm des Krieges hatte kräftig in diese Atmosphäre hineingeblasen – aber sie war immer noch da, und als die Woge der Revolution verebte war, restaurierte sie sich sehr schnell. Es gab in Berlin keine wütenderen Gegner der Revolution und der USPD als das sogenannte liberale Berliner Bürgertum, den alten „Berliner Freisinn“, dessen reaktionäre Verknöchertheit und wirkliche Fortschrittsfeindschaft schon vor dem Ersten Weltkrieg von der sozialdemokratischen Propaganda und in Organen wie dem „Simplizissimus“ an den Pranger gestellt worden war. Diese reaktionäre Tendenz unter liberaler Maske fand ihren journalistischen Ausdruck im „Berliner Tageblatt“ des Hauses Mosse, das von Literaten redigiert wurde, die sich zur linksradikalen Intelligentsia rechneten, aber der Tendenz des Blattes dienten, indem sie uns bissig und höhnisch angriffen – angeblich von links her.

Je stärker die militärische Gegenrevolution anwuchs, um so deutlicher und krasser trat im Berliner Bürgertum die Restauration der Atmosphäre der Kaiserzeit hervor. Für mich war das ein Grund mehr für mein Bestreben, der militärischen Gegenrevolution die Aktivierung der USPD und ihrer Politik entgegenzusetzen, besonders als sich herausstellte, wie weit das Streben des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert und seiner näheren Freunde ging, dieser Restaurierung der Vorkriegsatmosphäre des Bürgertums bei der Einrichtung der Republik Rechnung zu tragen. Über diese Tendenz, die selbst in seiner eigenen Partei schwere Bedenken hervorrief, fiel ich in der „Leipziger Volkszeitung“ mit bissigen Ausdrücken her, wobei ich die Erinnerung an die Revolution von 1848 wachrief mit Formulierungen, die damals in dem Kreis um die „Neue Rheinische Zeitung“ von Karl Marx geprägt worden waren.

Im Herbst 1919 fuhr ich von Berlin eigentlich nur noch zu größeren Versammlungen nach Leipzig. Anna war mir inzwischen nachgefolgt. Nach ihrem Zwischenspiel als Redakteurin am Halleschen „Volksblatt“ hatte sie den Posten der Generalsekretärin der „Reichszentrale der Betriebsräte Deutschlands“ angenommen, die von dem Berliner Kreis der Räteanhänger um Ernst Däumig in Verbindung mit der Führungsgruppe der linken USPD gegründet worden war. Wir wohnten in einer Pension in der Kurfürstenstraße, deren Inhaber behauptete, uns parteipolitisch nahezustehen, aber höchstwahrscheinlich ein Polizeispitzel war.

Wir kamen täglich in freundschaftlichem Verkehr mit Wilhelm Herzog und seiner

Frau Erna Morena⁸ zusammen, die mit ihrer kleinen Tochter eine Wohnung in der Derfflingerstraße im alten Berliner Westen innehatten. Die Wände seines Arbeitszimmers waren bis an die Decke vollgestopft nicht nur mit deutscher und französischer Literatur, sondern auch mit bibliophilen Kostbarkeiten. Mehr als einmal legte er mir Bände der Diderotschen „Encyclopédie“ vor, von der er eine vollständige Erstausgabe besaß. Ab und zu las er mir einzelne Artikel vor, die er im Zusammenhang mit der politischen Situation der Gegenwart für aktuell hielt, und er versicherte mir, daß er dauernde Anregung für seine aktuellen Artikel in seiner Zeitschrift „Das Forum“ aus der Encyclopédie schöpfen könne, ebenso stilistische Anregung. Ich habe viel in seinen reichen Bücherbeständen herumgestöbert. Ich war damals im Grunde ein Nichts-als-Politiker mit historischen Neigungen. Er führte mich in die Berliner Literatenwelt ein.

In meiner Leipziger Zeit hatte ich zu einem Freundeskreis von jungen Schriftstellern und Dramatikern gehört, und ich war eng befreundet mit dem neuen Feuilletonredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Dr. Rudolf Franz⁹, der meine aktivistischen Ansichten und Neigungen ebenso teilte wie der Sachsenredakteur der Zeitung, Paul Böttcher.¹⁰ Dieser literarische Freundeskreis in Leipzig hatte in den ersten Monaten der Revolution wiederholt versucht, mich von der Betonung der Starrheit meiner dogmatisch marxistischen Anschauungen abzubringen. In den ersten Monaten der Revolution wandte sich ein großer Teil der deutschen Intellektuellen und Künstler revolutionären Anschauungen zu, so daß wir in Kontakt nicht nur mit dem engeren Kreis aus dem deutschen Expressionismus, der schon vor und während des Krieges seine radikale Tendenz gezeigt hatte, standen. Das Argument, das mir von meinen Freunden immer wieder vorgetragen wurde, lautete: Wir dürfen die deutsche Intelligentsia nicht durch zu starre Dogmatik vor den Kopf stoßen.

Ich erinnere mich, daß mich eines Tages ein Freund aus diesen Kreisen, der mir besonders nahestand, ein früherer Mitstudent von der Universität, in meiner Wohnung aufsuchte. Im freundschaftlichen Gespräch bat er mich zu überlegen, ob es mir nicht möglich sein würde, neben der starren Dogmatik des marxistischen Systems in meiner Propaganda auch die ethischen Wurzeln des Sozialismus zu ihrem Recht kommen zu lassen. Aber in der damaligen Kampfsituation war mit mir darüber nicht zu reden. [. . .] Ich erstarrte einfach, ich verschloß mich jedem Argument, ich lehnte es auch starr ab, über die Frage zu diskutieren. Für mich gab es nur eins: das kämpferische Klassenbewußtsein und der revolutionäre Wille der Vorhut der Arbeiterschaft mußten geweckt und befestigt werden. Der Freund verließ mich betrübt und gekränkt.

Als ich mit Wilhelm Herzog in Berlin ab und zu in literarischen Kreisen verkehrte, war die Tendenz der deutschen Intelligentsia, sich der Revolution anzuschließen, be-

⁸ Erna Morena (1885–1962), Schauspielerin, gefeierter Filmstar, 1915–1921 mit Wilhelm Herzog verheiratet.

⁹ Rudolf Franz (1882–1956), bis 1914 freier Mitarbeiter der Bremer Bürgerzeitung und des Vorwärts, ab Juli 1918 Feuilleton-Redakteur der LVZ.

¹⁰ Paul Böttcher (1891–), Schriftsetzer, Journalist, 1908 SPD-Mitglied, 1917 USPD, 1918 bis 1920 Redakteur bei der LVZ, 1920 Chefredakteur des „Sozialdemokrat“ (Stuttgart), ab Februar 1921 Chefredakteur der „Roten Fahne“, Mitglied der Parteileitung der USPD (Dez. 1919) und der VKPD (Dez. 1920), Okt. 1923 sächs. Finanzminister, 1929–1933 KPO, 1933 Emigration (Schweiz), 1946–1955 in der UdSSR inhaftiert, ab 1956 stellv. Chefredakteur der LVZ.

reits wieder rückläufig geworden. Einige wandten sich vollständig nicht nur von der Revolution, sondern auch von Republik und Demokratie ab und stützten die Vorläuferbewegung des Nationalsozialismus.¹¹ Andere flüchteten in politische Indifferenz, und das war an diesem Zeitpunkt der weitaus größere Teil. Wieder andere begannen, die Linksparteien und ihr Personal von einer rein literarischen, politisch nicht zu definierenden Position aus wegen ihrer Unzulänglichkeiten und Fehler zu bekämpfen. Sie saßen auf der Bank der Spötter und wirkten wie ein Dorn in unserem Fleische. Unzulänglichkeit war genug unter uns – unter ihnen aber auch.

Wilhelm Herzog mit dem scharfen Blick des unabhängigen Literaten hatte eine gleiche Neigung. Er konnte geradezu in eine Raserei zorniger Verzweiflung geraten, wenn er das kleine Geschlecht der USPD-Politiker verglich mit den Idealbildern aus der großen französischen Revolution, die er sich gemacht hatte. Er war der Typ des aufgeregten Literaten – aber er hatte ein außerordentlich feines Gefühl dafür, bei wem die revolutionäre Phraseologie echt war und bei wem nur gewöhnliche innerparteiliche Demagogie. Zum Unterschied von den reinen Spöttern waren seine politisch linksradikalen Ansichten nicht nur echt, sondern auch wohl definiert. Seine Zeitung „Die Republik“ konnte als das führende Organ des Kampfes gegen den neu auflebenden Militarismus, gegen die militärische Gegenrevolution und gegen das Wiederaufleben des Kaisertums in den Köpfen der deutschen Bürger angesehen werden. Sie erfüllte diesen Zweck, bis sie selbst der militärischen Gegenrevolution zum Opfer fiel. Nach ihrem ersten Verbot stellte Wilhelm Herzog persönlich in Begleitung des Unabhängigen Nationalversammlungsabgeordneten und Rechtsanwalts Dr. Oskar Cohn¹² Noske zur Rede, der auswich und Aufhebung des Verbots versprach. Aber bald danach wurde Noske von seinen Generälen beigebracht, daß er inopportune Versprechungen gegeben habe und daß diese Zeitung vernichtet werden müsse. Was geschah.¹³

Der Haß gegen das Wiederaufleben des Militarismus und das Preußentum führte uns zusammen. Ich sah in ihm den sprühenden, temperamentvollen, glänzenden Publizisten und Stilisten, den besten, der mit uns ging. Er und seine Frau erblickten in mir den besten Kopf und den energischsten und gebildetsten Führer der linken USPD. Seine sehr schöne Frau sah mich mit einer Art von Heldenverehrung an, und sie beneidete Anna, mit der sie sich so eng anfreundete, daß sie nahezu unzertrennlich wurden, um deren Möglichkeiten politischer Aktivität. Sie selbst zeigte den rein aus dem Gefühl kommenden Radikalismus mancher Künstler in diesen Tagen. Wie Wilhelm Herzog selber suchte sie in den Geschehnissen nicht nur nach entscheidender politischer und sozialer Wandlung, sondern in erster Linie nach dem Pathos des Geschehens und dem Hervortreten großer Persönlichkeiten. Dies wurde mir völlig klar, als sie über den Gang des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung

¹¹ Zu den Vorläufern der NSDAP gehören, außer der im Januar 1919 gegründeten „Deutschen Arbeiterpartei“, in die Hitler im September 1919 eintrat, die zahlreichen völkischen und rechtsradikalen Gruppen und Verbände, die aus den nationalistischen Wehrverbänden und den aufgelösten Freikorps Zulauf hatten und von vielen Reichswehroffizieren ebenso wie von deutschnationalen und alldutschen Politikern gefördert wurden.

¹² Oskar Cohn (1869–1934), Rechtsanwalt, 1912–1920 MdR (SPD/USPD), Nov./Dez. 1918 Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt, 1921–1924 MdL Preußen, 1933 Emigration (Schweiz). Vgl. S. 155.

¹³ Vgl. „Freiheit“ Nr. 204, 29. 4. 1919: „Wer regiert? Das Verbot der ‚Republik‘.“ S. a. 2. Kapitel, Anm. 94.

über Kriegsausbruch und Friedensmöglichkeiten in helle Verzweiflung geriet. Eines Tages drückte sie mir ihre Browning-Pistole in die Hand und versicherte mir, ich wäre ihre einzige und letzte Hoffnung, ich könnte den verhängnisvollen Gang der Dinge umkehren, wenn ich Ludendorff¹⁴ mitten im Untersuchungsausschuß erschießen würde. Für eine solche Tat war ich viel zu sehr marxistischer Dogmatiker, bei allem meinem Aktivismus, und niemand, nicht einmal Erna Morena hätte mich dazu bringen können, das Beispiel Friedrich Adlers¹⁵ mit seinem Attentat auf den Grafen Stürgkh nachzuahmen. Nachträglich liegt bei der Frage von Attentaten, und vor allem von nicht unternommenen Attentaten, stets eine Versuchung darin, sich vorzustellen, was geschehen wäre, wenn sie erfolgt wären, und während ich schreibe, frage ich mich, ob die Frau klarer gesehen hat als ich oder instinktiv richtiger. Aber jedenfalls waren bei mir die Voraussetzungen dafür nicht gegeben.

Wilhelm Herzog, der als parteiunabhängiger Intellektueller großen und wertvollen Einfluß ausübte, träumte davon, diesen Status aufzugeben, ein ausgesprochener Parteimann zu werden und in die Reihe der Parteiführer der Linken einzutreten. Er bat mich wieder und wieder, ihm dazu zu verhelfen, und ich versprach ihm, daß ich ihm nach Kräften beistehen würde. Eine Voraussetzung dazu war, daß er sich etwas um die Parteiorganisation kümmerte, zum mindesten, daß er in einigen unserer großen Versammlungen in Berlin als Redner auftrat. Dieser glänzende Stilist mit seinem erregten Stil, durch den seine stets aufgeregte Persönlichkeit durchleuchtete und den er manchmal zu einem geradezu hymnischen Elan steigerte, war als Redner vollständig hoffnungslos und versagte vollständig. Ich konnte ihm sagen, worüber er reden sollte, was er sachlich sagen sollte, welche Höhepunkte herauszuarbeiten waren, ich konnte ihm eine vollständige Disposition geben – aber die Diktion und die Formulierungen mußten von ihm kommen. Er hatte stets für eine Elite geschrieben, und er konnte einfach nicht seinen eigenen Stil vergewaltigen und dem ganz anderen Sprechstil des Redners anpassen und erst recht nicht dem Sprechstil des Redners in einer radikalen Volksversammlung. Eines Tages machten wir das Experiment in einer von etwa zweitausend Personen besuchten Berliner Versammlung. Die Versammlung war auf ihn gespannt, er hatte von vornherein ihr Wohlwollen. Die Zuhörer waren geehrt, daß er zu ihnen sprechen wollte, aber er versagte völlig. Er brachte seine Rede nicht zu Ende. Erna Morena war tief unglücklich und weinte still vor sich hin. Ich übernahm die Versammlung und hielt die Rede, die er hätte halten sollen. Danach riet ich ihm auf das dringendste von einer Wiederholung ab und stellte ihm vor, daß sein Ansehen als Publizist und sein Stil wertvoller wären als Versammlungsruhm. Was ihn ursprünglich gelockt hatte, war das Pathos einer großen und stürmischen Versammlung, die Panache des großen Redners, der die Stürme aufregt und sich wieder legen läßt – und auch dabei hatte ihm vorgeschwebt, woran sich sein Zug zum Pathos stets orientierte: die großen Volksredner der großen fran-

¹⁴ Erich Ludendorff (1865–1937), General, 1914–1916 Chef des GenStabs der 8. Armee und dann von „Oberost“, bildete als „Erster Generalquartiermeister“ zusammen mit Hindenburg 1916 bis 1918 die OHL, nach 1918 politischer und publizistischer Exponent der deutsch-völkischen Bewegung.

¹⁵ Friedrich Adler (1879–1960), Sohn Victor Adlers, Führer der Opposition in der österreichischen Sozialdemokratie, erschöß im Oktober 1916 den österr. Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh aus Protest gegen die Haltung der österr. Sozialdemokratie und aus pazifistischen Motiven; zum Tode verurteilt, 1918 amnestiert, 1918–1924 Vorsitzender der Arbeiterräte in Österr., 1923–1940 Sekretär der Sozialist. Arbeiter-Internationale, 1940 Emigration nach USA.

zösischen Revolution, die Debatten im Jakobinerklub und die stürmischen Reden im Konvent. Ich weiß heute, daß dies alles damals genau so erbärmlich war wie entsprechende Dinge im Jahre 1919 oder heute.

Die Niederlage der Weimarer Koalition im Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung

Zur Zeit des freundschaftlichen Verkehrs mit Wilhelm Herzog in Berlin verfolgte ich im Oktober und November des Jahres 1919 die Sitzungen des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der die Herbeiführung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges, den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und die Friedensmöglichkeiten wie die Kriegszielpolitik der Regierung prüfen sollte.¹⁶ Ich habe als Zuhörer jeder einzelnen der ersten Sitzungen dieses Ausschusses beigewohnt, wozu ich als Abgeordneter berechtigt war. Das wurde für die Entwicklung meiner Anschauungen und für die Abklärung einiger meiner bisherigen Anschauungen von großer Bedeutung – von so großer Bedeutung, daß diese Erfahrung mehr als dreißig Jahre später noch meine Haltung in der Emigration während des Zweiten Weltkrieges beeinflußt hat.

Ich hatte in der Nationalversammlung in Weimar dem großen Rededuell zwischen Erzberger und Herrn von Graefe zugehört, das um die gleichen Themen ging.¹⁷ Die politische Gegnerschaft vom Herbst 1917, die zwischen der „Vaterlandspartei“ und dem „Volksbund für Freiheit und Vaterland“¹⁸, dem Vorläufer der Weimarer Koalition bestand, wurde in diesen Auseinandersetzungen weitergetragen. Wohl hatten während der Wirren um die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Sommer die Rechtsparteien in der Nationalversammlung erklärt, daß die patriotischen Motive der Unterzeichnungsmehrheit nicht angezweifelt werden würden, aber diese Erklärung war nicht einmal das Papier wert, von dem sie abgelesen wurde. Der Angriff der Rechten begann sofort. Die Unterzeichnungsmehrheit – Sozialdemokraten und Zentrum – antwortete mit dem Versuch, die Verantwortung des Kaisers, der ehemaligen Obersten Heeresleitung und der Rechten vor der Bevölkerung aufzuzeigen. Sie beschuldigte die Rechte und die kaiserliche Regierung der unnötigen Kriegsverlängerung, des wilden Annexionismus, des Betrugs in der Frage des uneingeschränkten Unterseebootkrieges. Der eigentliche Austrag dieses Kampfes erfolgte nach der Ouvertüre in Weimar in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses. Die Schwäche

¹⁶ Die Nationalversammlung hatte am 20. August 1919 die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Schuldfrage im Ersten Weltkrieg beschlossen. Nach der Billigung des Arbeitsprogramms am 16. 10. 1919 wurden vier Unterausschüsse gebildet mit folgender Aufgabenverteilung: 1. Vorgeschichte des Krieges, 2. Friedensmöglichkeiten während des Krieges, 3. Völkerrechtsverletzungen, 4. Ursachen des Zusammenbruchs 1918. Die größte Publizität erlangte der 2. Unterausschuß, dessen öffentliche Sitzungen Geyer besuchte.

¹⁷ Vgl. S. 121.

¹⁸ Der Volksbund für Freiheit und Vaterland wurde Ende 1917 als überparteiliche Organisation gegründet, an der sich neben dem Zentrum, der Fortschrittlichen Volkspartei, der rechten SPD, der Generalkommission der Gewerkschaften u. a. zahlreiche Persönlichkeiten des liberalen Bürgertums beteiligten. Der Volksbund verstand sich mit seinem Programm eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen und innenpolitischen Reformen als Gegengewicht zur „Deutschen Vaterlandspartei“. (Vgl. 2. Kapitel, Anm. 14.)

der Weimarer Koalition hatte sich bereits gezeigt, als die Demokraten in Weimar aus der Koalition ausbrachen, weil sie die Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht auf sich nehmen wollten. In Berlin wurde die Koalition wieder hergestellt. Besonders die sozialdemokratischen Partner in der Koalition, die mit der Friedensresolutionsmehrheit von 1917 identisch war, hofften nun, daß die alte Feindschaft zwischen dem Reichskanzler Bethmann Hollweg und der Obersten Heeresleitung Hindenburg–Ludendorff bei dieser Untersuchung hervortreten und sich zu ihren Gunsten auswirken würde, obwohl sie selbst seinerzeit den Sturz Bethmann Hollwegs mit herbeigeführt hatten. Ich selbst, der ich die Dinge damals vom Standpunkt der Kriegsopposition aus auf das genaueste verfolgt hatte, war sehr gespannt, welche Haltung der frühere Reichskanzler einnehmen würde. Wenn die Regierungskoalition auf seine Bundesgenossenschaft gerechnet hatte, wurde sie bitter enttäuscht. Vor dem Untersuchungsausschuß wies er mit erbarmungsloser Schärfe ihre politische Mitverantwortung in allen entscheidenden Fragen des Krieges und für die Diktatur der Obersten Heeresleitung im Kriege auf. Über die Erörterungen der Fragen des uneingeschränkten Unterseebootkrieges und des Eintritts Amerikas in den Krieg hinaus diskutierte er ganz prinzipiell die Verantwortung der Reichstagsparteien und die kollektive Mitverantwortung des Volkes.

In der Sitzung des Ausschusses vom 31. Oktober saß ich in seiner nächsten Nähe und folgte seinen Argumenten mit größtem Interesse. Am Schluß seiner Vernehmung gestand ich mir, daß ich das Bild, das ich mir von ihm während des Krieges gemacht hatte, revidieren müsse. Dieses Bild war nicht nur von der Gegnerschaft der Kriegsopposition gegen seine Politik bestimmt worden, sondern auch von den unaufhörlichen Angriffen von rechts her auf den unfähigen Reichskanzler, der als Schwächling porträtiert wurde. Nun sah ich vor mir eine ganz andere Persönlichkeit, ein wenig professoral, aber sicherlich kein unfähiger Zauderer und Schwächling, und ich wußte, daß der Kern seiner Ausführungen geschichtliche Wahrheit darstellte. Zunächst legte er dar, daß hinter der Forderung der Obersten Heeresleitung, den uneingeschränkten Unterseebootkrieg zu beginnen, ein gewaltiger Teil des Volkes gestanden habe, der ehrlich glaubte, er werde zum Siege führen. Gegen ihn persönlich, der diesen Glauben nicht teilte, hätten Presse und unterirdische Propaganda mit den infamsten Verleumdungen gearbeitet. Dann zeigte er, daß die Zentrumsparthei der Obersten Heeresleitung ausdrücklich freie Hand gegeben hatte, so daß der Reichskanzler bei einer Differenz mit der Heeresleitung auf keinen Rückhalt beim Reichstag rechnen konnte. Er erweiterte dann das Thema, indem er auch die Verantwortung für die Diktatur der Obersten Heeresleitung dem Volk zuschob: „Es muß doch offen ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seiner [gesetzlichen] Vertretung das Übergewicht der militärischen Leitung gewollt hat. Die Konsequenzen davon ergeben sich von selbst.“ Schließlich erörterte er das deutsche Verfassungsproblem im allgemeinen: „Die Unfertigkeit unserer politischen Zustände ist uns zum Fluch geworden. Auch hier liegen Versäumnisse, aber auch hier vielleicht eine Kollektivschuld vor. Kommandieren läßt sich, auch wo es gewollt wird, die Parlamentarisierung nicht. Sie entwickelt sich mit der politischen Reife des Volkes. Nachträgliche Konjekturen sind müßig, wie die Dinge verlaufen wären, wenn gleich zu Anfang des Krieges ein parlamentarisches Kabinett eingesetzt worden wäre. Mir will scheinen – und spätere Beobachtungen möchten den Schluß rechtfertigen –, daß auch in diesem Falle der Dualismus nicht vermieden worden wäre. Dieser Dualismus hatte doch schließlich darin seinen Grund, daß die militärischen Stellen Ansprüche

auf Diktatur aus der von weiten Volkskreisen getragenen Vorstellung maßgeblicher Beherrschung aller zu entscheidenden Fragen herleiteten.“¹⁹

Seine Ausführungen waren für mich eine theoretische Erleuchtung. Ich begriff plötzlich, daß der Dualismus zwischen „der freiesten demokratischen Verfassung der Welt“ und der tatsächlichen Diktatur der neuen Militärmacht, verbunden mit Ohnmacht der Reichsregierung, die wir erlebten, die Weiterführung der Verhältnisse aus der Kaiserzeit darstellte. Noch nach dem Kriegeausbruch hatte selbst die Kriegsopposition im Banne von Gedanken gestanden, die auf die Formel „Die guten Völker und die bösen Regierungen“ gebracht werden konnten. [...] Ich wußte, Bethmann Hollweg hatte recht in allem, was er den Parteien der Weimarer Koalition wie dem deutschen Volk vorhielt. Ich erblickte darin eine volle Bestätigung meiner eigenen revolutionären Haltung, meiner Lehre von der Notwendigkeit einer Minderheitsdiktatur und meines Aktivismus.

Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, unter ihnen führende Sozialdemokraten, hörten Bethmann Hollwegs Ausführungen offensichtlich mit größten Beklemmungen. Das war nicht ein Unterausschuß, in dem das alte System zur Rechenschaft gezogen wurde. Bethmann Hollwegs Persönlichkeit und seine sehr ruhig in größter Stille vorgetragenen Ausführungen bestimmten das Bild dieser Sitzung. Sie ist mir unauslöschlich im Gedächtnis geblieben, weil ich vor mir selber noch in dieser Sitzung meinen Eindruck in die Worte zusammenfaßte: „Die Weimarer Koalition hat die Schlacht verloren.“ Nur einmal erhob sich Widerspruch von den Plätzen der Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Der Abgeordnete Dr. Eduard David²⁰, einer der geistigen Führer der Sozialdemokratischen Partei, bestritt, daß die Parteien des Reichstages ausdrücklich von Reichskanzler Bethmann Hollweg sowie von Staatssekretär Helfferich gewarnt worden seien, daß der uneingeschränkte Unterseebootkrieg unweigerlich den Krieg mit Amerika herbeiführen würde.²¹ An diesem Punkte griff Helfferich ein. Er verlas aus den Protokollen des Hauptausschusses des Reichstags die ausdrücklichen Warnungen. Danach begann er in vehementer aggressiver Rede die Parteien der Weimarer Koalition wegen ihrer Haltung zu geißeln.²² Ich wartete darauf, daß er unterbrochen oder zur Ordnung gerufen werden würde. Nichts dergleichen geschah.²³ Es gab keine Antwort. Ich wußte, daß die Kriegsopposition dieser Untersuchung eine ganz andere Wendung hätte geben können – in einem Revolutionstribunal. Die Parteien der Weimarer Koalition waren dazu völlig

¹⁹ Sten. Ber. über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung, 15. Ausschuß, 4. Sitzung des 2. Unterausschusses, 31. 10. 1919, S. 146.

²⁰ Eduard David (1863–1930), MdR 1903–1930 (SPD), 1919–1920 Reichsinnenminister, 1921 bis 1927 Reichsvertreter in Darmstadt.

²¹ Sten. Ber. a. a. O., 11. Sitzung v. 14. 11. 1919, S. 544 ff.; s. a. 13. Sitzung v. 17. 11. 1919, S. 613 ff.

²² Sten. Ber. a. a. O., 10. Sitzung v. 12. 11. 1919, S. 499 ff., und 13. Sitzung v. 17. 11. 1919, S. 608 ff.

²³ Die Ausführungen vor dem Untersuchungsausschuß werden ihrer Tendenz nach von Geyer zwar richtig wiedergegeben, zeitliche Aufeinanderfolge und Zusammenhang stimmen im einzelnen jedoch nicht; vor allem blieben die Äußerungen Helfferichs nicht so unwidersprochen, wie Geyer es darstellt: Es gab am 15. 11. 1919 einen heftigen Zusammenstoß zwischen Helfferich und dem Abgeordneten Cohn, in dessen Verlauf H. vom UA zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Im Zusammenhang damit legte der Abg. Warmuth (DNVP) den Vorsitz im Ausschuß nieder; als Vorsitzender amtierte in den weiteren Sitzungen Gothein. Sten. Ber. a. a. O., S. 590 ff.

unfähig. Ich nahm aus den Sitzungen des Untersuchungsausschusses mit Bethmann Hollweg und Helfferich den Eindruck mit, daß die Parteien der Weimarer Koalition einen gänzlich aktionsunfähigen politischen Leichnam darstellten und daß die weitere Entwicklung sich ohne sie und gegen sie abspielen werde. An diesem Zeitpunkt kämpfte ich innerhalb der USPD um meine Diktion: „Über die Leiche der Weimarer Republik zur Räterediktatur.“ Die Sitzungen des Untersuchungsausschusses bestärkten mich in dem Glauben, daß ich recht hatte.

Diese Sitzungen erreichten einen Höhepunkt, als Hindenburg und Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß vernommen werden sollten. Diese sogenannte Vernehmung war eine reine Farce.²⁴ Obwohl ich dies wußte, und obwohl ich die politische und moralische Schwäche der Weimarer Koalition in diesen Fragen kannte, schien ich mir damals doch noch einen Rest von Illusion bewahrt zu haben, daß sie wenigstens das Dekor der Nationalversammlung der Republik wahren würde gegenüber den beiden kaiserlichen Generälen, die den Krieg verloren hatten. Anders kann ich mir nachträglich die maßlose Empörung kaum erklären, die mich während dieser sogenannten Vernehmung ergriff. Hindenburg begann ein Pronunciamento im Namen der kaiserlichen Heeresleitung zu verlesen. Der demokratische Vorsitzende des Ausschusses, der Abgeordnete Gothein²⁵, versuchte ein- oder zweimal, ihn zu unterbrechen und ihm zu sagen, daß die Führung der Untersuchung beim Ausschuß liege. Hindenburg ließ ihn jedesmal ausreden und begann danach einfach von neuem seinen Schriftsatz zu verlesen. Der Vorsitzende und mit ihm alle Ausschußmitglieder kapitulierten. Hindenburg und Ludendorff konnten tun, was sie wollten. Der Vorsitzende hätte ihm das Wort entziehen können, er hätte den Ausschuß kurzerhand vertagen und die Sitzung schließen können – aber er war dazu viel zu feige. Ich hatte in Weimar bereits einige Erfahrungen mit der Rückgratlosigkeit und Feigheit demokratischer Abgeordneter gemacht. Eines Tages tobte die demokratische Abgeordnete Else Lüders²⁶ in einem Gespräch mit mir über die Fossilien in ihrer Fraktion: „Niemals Entscheidungen, niemals etwas tun – Erwägungen, Erwägungen, Erwägungen!“ Der Vorsitzende und die Ausschußmitglieder duldeten es, daß die beiden Generäle den Untersuchungsausschuß zu einer lärmenden Propagandatribüne für die neu aufsteigende nationale Opposition gegen die Republik machten und nicht nur alle Verantwortung von sich abwälzten, sondern zugleich auch die sogenannte Dolchstoßlegende in aller Form proklamierten. Hindenburg las vor: „Ein englischer General sagte mit Recht: Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.“²⁷ Diese Behauptung wurde von einem Kreis junger Männer, die Ludendorff begleitet hatten, mit einer lärmenden Demonstration aufgenommen. Empört und angewidert, nicht nur durch die Frechheit der beiden kaiserlichen Militärs, sondern vor allem auch durch die Feigheit der Parlamentarier der Weimarer Koalition, verließ ich während dieser Demonstration den Sitzungssaal. Ich ging durch den Vorraum und stellte mich der Eingangstür zum Ausschußsaal gegenüber an ein Fenster. Von da sah ich, daß in einem Klubsessel in der Ecke des Vorraums nahe dem Ausgang des Vorraums Bethmann Hollweg saß und langsam eine Zigarette rauchte. Er schien den Saal schon vor mir verlassen zu haben. Dann öffnete sich die Tür zum Sitzungssaal, und heraus

²⁴ Sten. Ber. a. a. O., 14. Sitzung v. 18. 11. 1919, S. 695 ff.

²⁵ Georg Gothein (1857–1940), 1901–1924 MdR (Fortschrittli. Volkspartei bzw. DDP), 1919–1920 Reichsschatzminister.

²⁶ Maria Elisabeth Lüders (1878–1966), 1919–1932 MdR (DDP), 1953–1961 MdB (FDP).

²⁷ Sten. Ber. a. a. O., 14. Sitzung v. 18. 11. 1919, S. 701.

kam Ludendorff, mit strahlendem Gesicht, während seine jungen Leute ihn wie eine Schar junger Hunde umgaben und ihn mit Hochrufen begleiteten. Von ihnen umgeben schritt er an Bethmann Hollweg vorüber, er grüßte den Ex-Reichskanzler nicht, sondern warf ihm nur einen höhnischen Blick zu. Bethmann Hollweg wandte sich in seinem Klubsessel ab, mit einem halblauten zornigen Ausruf und offener Verachtung im Gesicht warf er seine Zigarette neben sich auf den Boden. Ich sah dem Vorfall aus nächster Nähe zu. Ich begriff blitzartig, wieviel von den inneren Kämpfen innerhalb des Regimes während der Kriegsjahre darin zum Ausdruck kam, aber auch wie erbärmlich die Haltung der Parlamentarier der Weimarer Koalition war. Ohne zu überlegen, ganz instinktiv trat ich von meinem Fenster hinter den Klubsessel Bethmann Hollwegs und sagte: „Herr Reichskanzler, Sie haben meine volle Sympathie.“ Er sah mich überrascht und erstaunt an, nickte mit dem Kopfe, erhob sich und verließ sehr langsam den Vorraum.

Nach diesem Vorfall interessierten mich weitere Sitzungen des Untersuchungsausschusses nicht mehr.²⁸ Ich wußte, daß die Weimarer Republik den Kampf verloren hatte. Es war übrigens der einzige Kampf, den sie gegen die Kräfte des alten und des neuen Nationalismus zu führen gewagt hatte. Erzberger hatte in der Nationalversammlung in Weimar mit Elan und Überzeugung gekämpft, aber diese charakterlosen Parlamentarier im Untersuchungsausschuß waren keine politische Kraft.

[. . .]

Die USPD und das Machtproblem: Auseinandersetzungen mit Hugo Haase und Rudolf Hilferding

Bereits vor dem Ersten Weltkriege hatte mich das Machtproblem beschäftigt und beunruhigt. Was ist Macht? Der marxistischen Doktrin liegt eine besondere, ihr eigentümliche Auffassung des Machtproblems zugrunde. Aber wenn ich sie gründlich durchdachte, schien sie mir im Kreise herumzugehen, und wenn ich versuchte, daraus einen Weg und eine Erklärung zu finden, die mich intellektuell befriedigt hätte, so fand ich bald heraus, daß solche Wege notwendig von der strengen marxistischen Doktrin und deren Revolutionsvorstellungen wegführten. Jedenfalls waren alle Wege, die der Gewalt größere Bedeutung in diesem circulus vitiosus zuschrieben, in der Theorie und Propaganda der deutschen Vorkriegssozialdemokratie verpönt. Ob es sich nun um blanquistische oder syndikalistische Vorstellungen, um Sorels Gewaltlehre oder um Vorstellungen handelte, die in der sozialdemokratischen Literatur als bakunistisch bezeichnet wurden, ihre Vertretung wurde als offene Ketzerei angesehen und dementsprechend behandelt. Unter dem Einfluß dieser Doktrin, die im wesentlichen ökonomistisch war und dabei außer acht ließ, daß sich nicht nur alle ökonomischen, sondern auch alle weltpolitischen Verhältnisse seit der Bildung der Doktrin verändert hatten, wurde die Sozialdemokratische Partei eine reine Revolutionserwartungspartei. Sie hatte kein Verhältnis zu der wahren Mentalität der Bevölkerungsmassen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts an Zahl gewaltig gewachsen waren, vor allem ging sie an dem Anwachsen der Virulenz und Aggressivität nationalistischen Denkens bei allen Völkern Europas völlig vorüber. Die soziale Revolution war ihr Ziel, aber weder wurde je klargestellt, was dies praktisch bedeuten, noch wie es

²⁸ Der 2. Unterausschuß tagte nur noch einmal öffentlich, am 14. April 1920.

zur Revolution kommen würde, mit Ausnahme des Glaubenssatzes, daß „das Proletariat“ der Träger der Revolution sein würde. Diese Doktrin, die durch Jahrzehnte hindurch in die Köpfe der Parteimitglieder und der Masse der sozialdemokratischen Wähler gehämmert worden war, stand jedem Übergang zu politischem Aktivismus im Wege. Von der Linken wie von der Rechten der Partei her war vor dem Kriege versucht worden, die Partei politisch zu aktivieren über das bloße Werben für mehr und mehr Stimmzettel hinaus, so vor allem in der Frage des preußischen Wahlrechts.²⁹ Alle diese Aktivierungsversuche vermochten nicht, den Schwergewichtscharakter der Partei, den Glauben an die Allmacht des Stimmzettels, zu durchbrechen. Immer blieb die Frage offen, was geschehen würde, wenn die Gegner des Sozialismus die Masse der sozialdemokratischen Stimmzettel oder eine Stimmzettelmehrheit der Sozialdemokratischen Partei anders bewerten würden als diese selbst und bei der Prüfung der Machtlage mit anderen Faktoren rechnen würden. Wie später in der Weimarer Republik General Hans von Seeckt sagte: „Den wahren Willen des Volkes mit anderen als arithmetischen Mitteln messen.“ Im Grund genommen existierte dieses Problem im Kaiserreiche stets, auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes und trotz der großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie. Die ihr charakteristische Ablehnung aller aktivistischen Gedankengänge, ja auch nur deren theoretische Prüfung, war eine Verteidigungshaltung, eine Schutzhaltung gegenüber den Kräften der wirklichen Macht.

Aber nun, im Spätsommer 1919, hatten wir die erste und die zweite russische Revolution von 1917 und die bolschewistische Machtergreifung vor Augen, wir waren selber durch die deutsche Novemberrevolution und den ihr folgenden Bürgerkrieg hindurchgegangen. Die erste Phase des Bürgerkrieges war vorüber, und eine zweite schien bevorzustehen. Die Initiative lag nicht bei uns, sondern bei der neuen Militärmacht, die uns die wichtigsten lokalen Herrschaftspositionen entrissen hatte. Im Laufe der Ereignisse hatte mein Denken unaufhörlich um das Machtproblem gekreist und um die Frage, wie Revolutionen entstehen und wie sie zu wecken sind. Ich hatte mir dabei aus den verschiedensten Lehren eine eigene Revolutionstheorie zurechtgemacht, beeinflusst von blanquistischen wie bakunistischen, von marxistischen und leninistischen Gedankenelementen und einem Historizismus, der immer in mir lebendig war. An diesem Zeitpunkt hatte ich begriffen, daß die bolschewistische Revolution alles andere war als eine proletarische Revolution im Sinne der marxistischen Doktrin und daß die deutsche Revolution dies erst recht nicht war, daß vielmehr beide Erscheinungen sui generis waren, aus dem Kriege und besonderer Kriegskonstellation, in beiden Fällen aus der Niederlage geboren. Ich begriff, daß es eine proletarische Revolution im marxistischen Sinne in der Geschichte noch nie gegeben hatte. Völlig klar war mir, daß die Novemberrevolution, welche die Kommandogewalt über das Heer wie den Justizapparat völlig unangetastet gelassen hatte, keine wirkliche Verschiebung der Machtpositionen im Reiche mit sich gebracht hatte. Um eine wirkliche Verschiebung würde gekämpft werden müssen. Um erfolgreich kämpfen zu können, mußten die Mitglieder der USPD als der führenden Partei der Revolution mit Überzeugungen im Geiste meiner eigenen Revolutionstheorie durchdrungen,

²⁹ Beim preußischen Dreiklassenwahlrecht, das von 1849–1918 galt, waren die Wähler entsprechend ihrer Steuerkraft in drei Klassen eingeteilt, die in indirekter öffentlicher Wahl jeweils die gleiche Anzahl Wähler wählten. Diese bestimmten im 2. Wahlgang die Abgeordneten (1908 wählten 3,8 % der Urwähler in der ersten, 13,9 % in der zweiten und 82,3 % in der dritten Wahlklasse).

neben den reinen Parteiorganisationen andere Organisationen des Machtkampfes geschaffen und die Partei im ganzen zur Aktivität erzogen und ihr Programm entsprechend weiter entwickelt werden. Die Grundlagen dafür waren bereits in den Entschlüssen der Parteitage, vor allem des Märzparteitages in Berlin gegeben. Ich hatte sie weiter ausgebaut und ihnen noch entschiedeneren Charakter gegeben in allen meinen Schriften und Reden, besonders in der Schrift „Sozialismus und Rätesystem.“³⁰

Aber wenn ich auf die Lage der USPD im Spätsommer 1919 blickte, so zeigte sich mir, daß die programmatischen Festlegungen der Partei für die Rechte der Partei nicht mehr wirklich zu besagen schienen, was sie besagten. Diese Richtung bemühte sich um Auslegungen, die diesen programmatischen Festlegungen ihren aktivistischen und ihren Gegenwartscharakter nahmen und revolutionäre Zielsetzungen und revolutionäre Aktivität als die Zukunftsmusik einer ungewissen und vielleicht fernen Zukunft behandeln wollten, ganz im Stile der Programmatik der alten Sozialdemokratie.

Der Zorn über den Verrat an der Sozialisierung durch den Bruch gegebener Versprechungen in den Koalitionsnöten der Sozialdemokratischen Partei nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages und der Abscheu gegenüber der Diktatur der neuen Militärmacht wie gegenüber den Tendenzen des Rückfalls in den alten Militarismus und das alte Regime bestimmten die Haltung aller Richtungen in der Partei ebenso wie die alte Gegnerschaft gegen die Kriegspolitik der Sozialdemokratischen Partei. Aber diesen parteiverbindenden Tendenzen standen neu entstandene Differenzen gegenüber, die im Sommer 1919 mit voller Schärfe hervortraten. Gegen das programmatische Bekenntnis der Partei zur Rätediktatur stellte sich Karl Kautsky, der eine literarische Offensive unternahm, um die Partei von ihrem Bekenntnis zur Diktatur abzubringen. Er wollte, sie sollte danach auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zur Demokratie die Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei suchen. Das hätte die vollständige Umkehrung der ideologischen Entwicklung der Partei, so wie sie seit dem Herbst 1918 systematisch weitergegangen war, bedeutet. Seine Auffassung fand in der Partei nur wenige Anhänger, sie wurde von der großen Mehrheit der Partei als völlig unvereinbar mit dem Wesen und Willen der USPD angesehen.³¹ Dennoch war diese Tendenz – eine Antizipation späterer Entwicklungen – nur die schärfste logische Weiterentwicklung des politischen Denkens, das für die zentrale Parteileitung unter der Führung des Parteivorsitzenden Hugo Haase und des Chefredakteurs des Zentralorgans der Partei, Rudolf Hilferding, charakteristisch war.

Ich hatte an diesem Zeitpunkt in der innerparteilichen Polemik eine für meine Spielart des Radikalismus bezeichnende Methode entwickelt. Sie bestand darin, geistige Tendenzen, politische Gedanken und politisches Handeln bis zur äußersten darin liegenden Konsequenz weiterzudenken und dann von der so gefundenen äußersten Konsequenz aus ein Urteil über sie zu gewinnen – positiv oder negativ. Das war für das Halbdunkel, in dem sich notwendig alle Politik vollzieht und sich also auch die Politik der USPD notwendig vollziehen mußte, eine höchst unbequeme Methode, die in den Kreisen der Parteileitung als provozierend empfunden wurde. Ein Bei-

³⁰ Vgl. Verzeichnis der Schriften Curt Geyers im Anhang.

³¹ Vgl. u. a. K. Kautsky, Judas in Luzern (Freiheit, Nr. 397 v. 20. 8. 1919); aufschlußreich auch der Artikel „Zu Karl Kautskys 65. Geburtstag“ (Freiheit, Nr. 499 v. 16. 10. 1919); im übrigen s. Werner Blumenberg, Karl Kautskys literarisches Werk, 'S-Gravenhage 1960.

spiel für diese Methode war meine Herausarbeitung der Anschauung gewesen, daß die Diktatur einer Minderheit bejaht werden müßte, wenn man zu Ergebnissen gelangen wollte. Diese Haltung trug mir heftige persönliche Angriffe von der Rechten der Partei her ein. Nicht nur, weil ich der Wortführer der Führungsgruppe der linken USPD war, sondern auch weil ich auf diese Weise vorging, richteten sich im Spätsommer 1919 die heftigsten Angriffe der Rechten der Partei gegen mich.

Ich antwortete darauf, indem ich nun diese Methode zu einer kritischen Überprüfung der Haltung der Parteileitung und vor allem Rudolf Hilferdings und seiner Freunde verwandte. Die Diskussion ging um die Frage der Perspektive der Partei, darum, wie sie sich dem Angriff des neuen Militarismus und der sichtbaren Restaurierung des alten Systems gegenüber verhalten sollte. Es war klar, daß die Partei zunächst in die Verteidigung gedrängt war. Umstritten aber war, wie die Verteidigung geführt werden sollte und was je nach der Entscheidung dieser Frage das wahre politische Wesen der Partei sein sollte. Auf der Rechten der Partei wie in der Fraktion der Nationalversammlung trat unverkennbar die Tendenz zutage, das Hauptgewicht der Aktivität der Partei auf die parlamentarische Tätigkeit und die Vorbereitung kommender Reichstagswahlen zu verlegen. Ich glaubte, dahinter einen Zug zu spüren, die Partei aus dem außerparlamentarischen Machtkampf herauszunehmen und sie wieder – trotz der revolutionären Worte ihrer Programmatik – zu einer radikalen parlamentarischen Oppositionspartei zu machen, welche die Ereignisse mit Kritik begleitet, ohne direkt auf das Geschehen einwirken zu können. Das war in der Partei eine Frage der Generationen wie eine Frage der Tradition. Die älteren Politiker und Parlamentarier der Partei verstanden unter Politik das, was die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit darunter verstanden hatte, wir Jungen dagegen waren Aktivisten, die unmittelbar in die Ereignisse eingreifen und den Gang der Geschichte bestimmen wollten. Wir dachten in reinen Machtbegriffen und Machtüberlegungen, und ich, der ich alles bis zur äußersten logischen wie politischen Konsequenz weiterdachte, war der stärkste Vertreter dieser Richtung.

Hinter Hilferdings Anschauung stand im wesentlichen seine Bindung an seine austromarxistischen Gedankengänge, aber er war viel zu klug, um wie andere Männer in der Parteileitung und in der Fraktion zu glauben, daß die Partei die Dinge in der Schwebe halten könnte, wenn sie sich ausschließlich oder vorwiegend auf das Parlament konzentriert, oder wie sie zu glauben, daß meine und meiner Freunde Warnung vor einem neuen Vorstoß der neuen Militärmacht, vor einem offenen Staatsstreich eine Propagandaerfindung wild gewordener Putschisten darstellte. Dafür traten die wachsenden Spannungen zwischen den Mittelparteien, die den Friedensvertrag unterzeichnet hatten, und den immer stärker werdenden Rechtsparteien viel zu kraß zutage. Da jeder Vorstoß gegen den Friedensvertrag von den Ententeregierungen mit den massivsten Drohungen beantwortet wurde, verschärften sich diese Differenzen immer mehr. Die Rechtsparteien schwollen im Reiche gewaltig an, und damit wuchs ihr Machtwille. Aber auch wir schwollen gewaltig an. Ich hielt den Anhängern Kautskys mit Recht vor, daß wir im Begriff seien, zur stärksten Partei Deutschlands zu werden, und daß mit dem sichtbaren Abfall vieler Sozialdemokraten von ihrer Partei die Frage einer Vereinigung sich erübrige. Noch stärker aber als bei der Sozialdemokratischen Partei war das Abbröckeln bei den anderen Parteien der Mitte. Bei den Demokraten nahm es geradezu katastrophale Formen an. Die Republik wurde zu einer Republik ohne Republikaner, die Gefahr des Bürgerkrieges stand drohend am Horizont.

Diese Gefahr war für mich und meine Freunde von entscheidender Bedeutung, nicht jedoch für einen Teil der Führerschaft, der zwischen uns und der ausgesprochenen Rechten der Partei stand. Diese Männer bekannten sich mit uns zur Rätediktatur und zur Aktivierung der Partei, aber sie übernahmen aus den Lehren Hilferdings und seiner Freunde die Anschauung, daß eine zweite Welle der Revolution sich in solchen Formen vollziehen müßte, daß der Produktionsprozeß der Wirtschaft in der Revolution nicht gestört würde. Das war natürlich ein echt professoraler Köhlerglaube, besonders nach den Erfahrungen in Krieg und Revolution und nach den russischen Vorgängen wie angesichts der Bürgerkriegsdrohung von rechts. Es war die Vorstellung einer Revolution nach der Methode: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß. Aber der Vorsitzende der Partei, der Abgeordnete Hugo Haase, der vor dem Kriege der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewesen war, machte diese merkwürdige Forderung zum Zentralpunkt seiner Stellungnahme.

Mir wurde vorgeworfen, daß ich die Partei sowohl von den Wahlen als auch von jeder parlamentarischen Betätigung fernhalten und eine offene Politik der parlamentarischen Abstinenz treiben wolle. Davon war keine Rede. Meine Freunde und ich waren vielmehr fest entschlossen, die parlamentarische Position der Partei bei dem bevorstehenden Kampf um das Betriebsrätegesetz voll auszunutzen, und dieser Kampf ist tatsächlich in der Hauptsache von uns geführt worden. Aber wir hielten den Nichts-als-Parlamentariern entgegen, daß im Parlament selbst keine Erfolge dabei erzielt werden konnten, so daß der parlamentarische Kampf als Mittel zur Stärkung und Unterstützung des außerparlamentarischen anzusehen sei.

Die Parteidifferenzen spitzten sich so zu, daß zu ihrer Klärung eine Reichskonferenz auf den 9. und 10. September 1919 nach Berlin einberufen wurde. In den Tagen vor der Konferenz ging ich nun in der „Leipziger Volkszeitung“ gegen alle auf mich gerichteten Angriffe zum Gegenangriff über.³² Ich rechnete der Parteileitung alle ihre Versäumnisse und ihre zweideutige politische Haltung vor. Dann analysierte ich die politische Lage, ich stellte fest, daß die „revolutionäre Atempause“ vorüber sei, aber daß eine neue revolutionäre Welle von links sich noch nicht erhoben habe, wohl

³² Vgl. „Zur Reichskonferenz“ von Curt Geyer in LVZ Nr. 199 v. 6. 9. 1919. Dem Aufsatz Geyers trat am 8. 9. 1919 in der LVZ Hermann Liebermann mit einem Artikel „Die Diktatur der Minderheit“ entgegen. Wie heftig der lokale innerparteiliche Streit über die Thesen Geyers geführt wurde, zeigen u. a. zwei Erklärungen, die an exponierter Stelle der LVZ veröffentlicht wurden: 1. „Erklärung. Da verschiedene in den letzten Tagen in der Leipziger Volkszeitung erschienene Artikel zur Taktik der Partei, insbesondere der ‚Zur Reichskonferenz‘ in der Nr. 199 vom 6. September, zu der irrümlichen Auffassung Anlaß gegeben haben, als ob die Leipziger Volkszeitung nicht mehr die durch das Aktionsprogramm der U. S. P. bedingte Taktik vertritt, so stellt das Preßkomitee der Leipziger Volkszeitung fest, daß die Redaktion des Blattes nach wie vor im Sinne der Parteitagbeschlüsse zu wirken und das Aktionsprogramm zu vertreten hat. Die angezogenen Artikel stellen nur die persönliche Meinung ihrer Verfasser dar. Das Preßkomitee der Leipziger Volkszeitung – William Heyer, Vorsitzender“ (9. 9. 1919). – 2. „Erklärung. Die Parteileitung fordert, im Einklang mit der vom Preßkomitee am 9. September in der Leipziger Volkszeitung abgegebenen Erklärung, daß die Leipziger Volkszeitung im Sinne des Aktionsprogramms der U. S. P. redigiert wird und Versuche unterbleiben, der Partei eine dem Aktionsprogramm entgegenstehende Taktik aufzuzwingen. Von den Redakteuren muß verlangt werden, daß sie die Zeitung in diesem Sinne redigieren. Der Artikel Zur Reichskonferenz vom 6. September ist eine private Meinungsäußerung des Genossen Curt Geyer, die von der Redaktion nicht geteilt wird. Leipzig, den 12. September 1919 – Die Parteileitung des Bezirks Leipzig – Rich. Lipinski. – Die in dem Geyerschen Artikel vertretene Auffassung ist im wesentlichen die unsrige. Paul Böttcher Rudolf Franz.“

aber neue Vorstöße der Gegenrevolution drohten, die zu revolutionärer Abwehr zwingen würden. Ich prägte für diese Lage im Sinne meiner eigenen Revolutionstheorie den Begriff „vorrevolutionäre Situation“, der alsbald in den Mittelpunkt der Parteiauseinandersetzungen geriet. Ich schrieb in der „Leipziger Volkszeitung“: „Deutschland befindet sich in einer vorrevolutionären Situation. Die treibenden Kräfte der kommenden Revolution werden in den Wintermonaten voll zur Geltung kommen. Unsere Partei muß deshalb durch volle grundsätzliche Klärung kampfbereit gemacht werden. Um so mehr, als wir die neue Revolution nicht nur kommen sehen: wir wollen sie auch!“ Weiterhin prüfte ich die Lage, die bei einem offenen Staatsstreich von rechts eintreten könnte. Ich verwies auf die absolute Abhängigkeit der demokratischen Reichsregierung von den undemokratischen Kräften der neuen Militärmacht, die längst ihre eigene Politik verfolgte und sich dabei, gedeckt von Noske, über Anordnungen der Reichsregierung hinwegsetzte. Ich schilderte weiter den Zerfall der Parteien der Mitte, ihre Schwäche, die Halbheit und Feigheit der Führer der Demokratischen Partei, denen die Anhänger in Massen zu der rechtsstehenden Deutschen Volkspartei Stresemanns³³ davonliefen, und ich zog aus dieser Schwäche der Mitte den Schluß, daß bei einem gegenrevolutionären Staatsstreich die Hauptentscheidung zwischen der Rechten und uns fallen würde. Ich prägte dafür die Formel: „Über die Leiche der Weimarer Republik zur Räterepublik!“ Rudolf Hilferding nahm sofort die Auseinandersetzung mit mir darüber auf und vertrat die Ansicht, daß wir, im Falle eines Staatsstreiches, alle Kraft auf die Verteidigung der Weimarer Republik konzentrieren müßten.³⁴

Die Reichskonferenz³⁵ beschäftigte sich mit diesen Streitfragen, darüber hinaus mit der Frage der Internationale. Der Parteivorsitzende Hugo Haase referierte über die politische Lage und über die inneren Parteidifferenzen. Er führte aus, ich hätte unrecht mit den Schlüssen, die ich aus meiner Analyse der Situation ziehe. Wohl müsse man auf eine Stärkung des revolutionären Bewußtseins bei den Arbeitermassen hinwirken, aber gleichzeitig müsse man eine gewisse Ermüdung der Arbeiterschaft feststellen. Man dürfe deshalb nicht, wie ich es wollte, alles auf die eine Karte der Vorbereitung der Partei auf eine neue revolutionäre Welle setzen, sondern müsse für die Zukunft mit allen Möglichkeiten rechnen. Deshalb dürfe die Partei auf keinen Fall alles an die Organisation von Räten setzen und die bevorstehenden Reichstagswahlen boykottieren, wie es der linke Flügel der Partei beabsichtige.

Meine Freunde hatten durchgesetzt, daß ich nach Haase ein Koreferat erhielt. Ich erläuterte meine Perspektiven, dann wies ich die Anschauung zurück, daß die Linke

³³ Gustav Stresemann (1878–1929), 1902–1918 Syndikus des Verbandes sächs. Industrieller, 1907–1912 und 1914–1929 MdR, 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Reichsaußenminister, Mitgründer und bis 1929 Vorsitzender der DVP, die 1918 als großbürgerliche, der Industrie und Großfinanz nahestehende Partei aus den rechten Flügeln der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei entstanden war.

³⁴ Vgl. den (ungezeichneten) Leitartikel in der „Freiheit“ Nr. 434 v. 9. 9. 1919 „Parlamentarismus und Antiparlamentarismus“, in dem Kritik an der Geyerschen Zuspitzung auf die Alternative „Rätesystem oder Parlamentarismus“ geübt wurde. Von der „Verteidigung der Weimarer Republik“ ist allerdings nicht die Rede.

³⁵ Über die Reichskonferenz existiert kein stenographisches Protokoll, lediglich das Referat Stoeckers wurde als Broschüre veröffentlicht. Seit kurzem gibt es jedoch eine „Rekonstruktion“: Bericht über die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 9. und 10. September 1919 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Zusammengestellt nach einer Broschüre und Zeitungsberichten von Hartfrid Krause, in: Protokolle der U. S. P. D., Bd. 1, 1917–1919, Glashütten 1975 (Reprint).

an eine Boykottierung der Wahlen dächte. Dazu hätten wir angesichts der Tatsache, daß wir auf dem besten Wege seien, die stärkste Partei zu werden, nicht den mindesten Anlaß, vielmehr hätten wir alles Interesse daran, vor der Bevölkerung zu zeigen, wie gewaltig die Anhängerschaft der Partei seit der Nationalversammlungswahl angewachsen war. Aber wir dürften unsere Stimmengewinne nicht bereits als Machtgewinne ansehen, sondern lediglich als Mittel, den Machtwillen und das Machtbewußtsein unserer Anhänger zu stärken. Ebenso dürften wir nicht alles auf die Karte der parlamentarischen Aktivität setzen und in den Köpfen unserer Anhänger die Vorstellung hochkommen lassen, daß Parlament und Räte als durchaus gleichwertig anzusehen seien, was die Konzentration auf den Kampf um die Räte schwächen müsse. Ich verwies auf die programmatischen Sätze des Parteiprogramms: „In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde“ und suchte die Richtigkeit dieses Satzes mit unseren eigenen jüngsten Erfahrungen mit der Legalität der Weimarer Verfassung und der neuen Militärmacht zu beweisen.

Diese Auseinandersetzungen führten zu nichts. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da Einverständnis darüber erzielt wurde, daß die Entscheidungen über die schwebenden Fragen dem Parteitag überlassen werden müßten, der für Ende November nach Leipzig einberufen wurde.

Die Nationalversammlung trat am 30. September im Reichstagsgebäude in Berlin zusammen. Meine Freunde und ich nahmen den Kampf um das Betriebsrätegesetz im Ausschuß auf. Im Verlaufe der Session mußte sich Reichswehrminister Noske in einer Reichswehrdebatte gegen Angriffe seiner eigenen Parteifreunde verteidigen.³⁶ Wie ich vorausgesagt hatte, wuchs die allgemeine politische Spannung. Die Reichsregierung besaß nicht den Mut, sich von den noch im Baltikum kämpfenden Truppen loszusagen oder gegen sie vorzugehen.³⁷ Am Tage unserer Reichskonferenz drohten die Entente-Regierungen deshalb mit neuer Blockade Deutschlands und sperrten die Ostsee für deutsche Schiffe.³⁸ Die Gründung von Heimwehren³⁹ und die Bewaffnung des Bürgertums gingen weiter. Am 20. Oktober wandte sich der Parteitag der Deutschen Volkspartei, der in Leipzig abgehalten wurde, prinzipiell gegen die Republik und forderte die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums.⁴⁰

³⁶ Die starken Animositäten innerhalb der SPD gegen Noske kamen in erster Linie in der Parteipresse und bei SPD-Veranstaltungen zum Ausdruck. Vgl. Gustav Noske, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie*, Offenbach 1949, S. 133 ff.

³⁷ Nach dem Waffenstillstand waren Freiwilligenformationen im Baltikum gebildet worden, um den Rückzug der demoralisierten 8. Armee zu decken. Im Januar 1919 wurden auch im deutschen Reichsgebiet Freiwillige (denen Siedlungsmöglichkeiten in Lettland in Aussicht gestellt wurden) für die Freikorps im Baltikum angeworben. Unter alliierter Ermunterung bekämpften sie erfolgreich sowjetrussische Truppen. Im Juni 1919 forderten dann die Alliierten den Abzug der deutschen Freikorps, die daraufhin im August meuterten. Die Reichsregierung bemühte sich mit allen Mitteln, die Freikorps zum Rückzug nach Ostpreußen zu bewegen (u. a. Sperrung von Sold und Versorgungsansprüchen, Schließung der ostpreußischen Grenze).

³⁸ Am 10. Oktober reagierte die Entente auf den Anschluß der deutschen Baltikum-Freikorps an die antibolschewistischen russischen Truppen mit der Sperrung der Ostsee für deutsche Schiffe, um Nachschubmöglichkeiten zu unterbinden und die Räumung des Baltikums zu erzwingen. Die Blockade dauerte bis 10. 1. 1920.

³⁹ Vgl. Anm. 2.

⁴⁰ Auf dem 2. Parteitag der DVP (18.–20. Oktober 1919) wurde das Parteiprogramm angenommen, in dem es hieß: „Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtenden Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit,

Die stärkste Demonstration des unheilvollen Charakters der Entwicklung und der Gefahr von rechts war jedoch die Ermordung unseres Parteivorsitzenden Hugo Haase. Am 8. Oktober wurde er vor dem Reichstagsgebäude von einem obskuren Werkzeug der Rechten angeschossen und tödlich verwundet, er starb vier Wochen später.⁴¹

Die Organisierung der „Revolutionären Betriebsräte“

Neben den inneren Parteiauseinandersetzungen konzentrierte sich die Führung der Parteilinken auf die Schaffung und die Organisierung revolutionärer Betriebsräte als Kern einer aktivistischen Organisation der Partei. [. . .] Nachdem wir die Arbeiterräte als politische Organe einer künftigen Räteverfassung verloren hatten, verlegten wir den Kampf um unsere Ideen in die Betriebe. Eine Zentralstelle für die Propagierung revolutionärer Betriebsräte und ein Sammelpunkt für ihre Organisation war ganz natürlich gegeben im Büro Ernst Däumigs und den Räumen seiner Zeitschrift „Der Arbeiterat“⁴² in der Münzstraße in Berlin. Die Bildung dieser Betriebsräteorganisation war im Einklang mit den programmatischen Erklärungen der USPD-Parteitage, daß die revolutionäre Arbeiterschaft ihren Kampf nicht nur mit ihren bisherigen Organisationen führen könne, sondern sich neue proletarische Kampforganisationen schaffen müsse. Sie entsprach ebenso den Beschlüssen der USPD-Fraktion des zweiten Rätekongresses. Die Gliederung der Organisation ging nach dem Plane vor sich, den ich in der Schrift „Sozialismus und Räteystem“ niedergelegt hatte. Diese Organisation der Betriebsräte bildete einen starken Rückhalt für die Gruppe der linken USPD in der Partei. In allen Industriegebieten des Reiches wuchs sie rasch an, die zentrale Zusammenfassung der Organisation nannten wir „Reichszentrale der revolutionären Betriebsräte Deutschlands“. Es war unvermeidlich, daß diese Organisation zu Reibungen mit den Gewerkschaften führte. Der wachsende Machtwille der Rechten ging bald über die arbeitgemeinschaftlichen Abmachungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden hinweg. Überall mußten Kämpfe gegen die Absicht des Unternehmertums geführt werden, die Erfolge, die nach der Novemberrevolution in Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Festlegung der Arbeitszeit und in bezug auf die Lohnhöhe erzielt worden waren, wieder rückläufig zu machen. Die revolutionären Betriebsräte traten neben die gewerkschaftlichen Organisationen, und an vielen Stellen übernahmen sie die Führung dieser Kämpfe.⁴³

Das Betriebsrätegesetz, das als einziges von allen Versprechungen der ersten sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung übrig geblieben war, genügte uns nicht, obgleich es die Betriebsräte gesetzlich verankerte. Wir wollten keine Betriebsräte, die ein gesetzlich verankertes Mitspracherecht bei den Leitungen der Unternehmungen

die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform.“ Vgl. Wolfgang Hartenstein, *Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920*. Düsseldorf 1962, S. 98 ff.

⁴¹ Das Attentat hatte keinen politischen Hintergrund. Der Attentäter, ein Lederarbeiter namens Johann Voß, wurde als unzurechnungsfähig erklärt und in eine Irrenanstalt eingewiesen; er hatte angegeben, es handle sich um einen persönlichen Racheakt gegen Haase, der als Rechtsanwalt nicht pflichtgemäß gehandelt habe in einer Klage Voß' gegen die Preußische Klassenlotterie.

⁴² „Der Arbeiter-Rat. Wochenschrift für praktischen Sozialismus – Organ der Arbeiterräte Deutschlands“ erschien von Februar 1919 – Ende 1920.

⁴³ Vgl. 2. Kapitel, Anm. 89.

besaßen, wir wollten revolutionäre Betriebsräte aus eigenem Recht als Organe einer sozialistischen Revolution. Die Reichszentrale der Betriebsräte war unsere Gegen- gründung gegen den vom zweiten Rätekongreß eingesetzten „Zentralrat“, der im Laufe des Sommers eine Wahlordnung für die Wahl von Betriebsräten beschloß und veröffentlichte. Die Reichszentrale der Betriebsräte veranstaltete danach in Halle eine Reichskonferenz der revolutionären Betriebsräte, eine Woche vor der Reichs- konferenz der USPD. Diese Konferenz in Halle gab uns einen Überblick, wie umfas- send die Organisation bereits geworden war. Es war klar, daß die Betriebsräte das wirkliche politische Ergebnis der Revolution für die Arbeiterschaft darstellten. Die Konferenz in Halle beschloß eine Warnung, Betriebsräte nach der Wahlordnung des Zentralrates zu wählen.⁴⁴

Nach der Konferenz wurde diese Organisation straffer zusammengefaßt. Ihre Füh- rung lag in der Hand von zwei engen Mitarbeitern Ernst Däumigs in Berlin, die in der Revolution in der Organisation der Revolutionären Obleute und im Berliner Arbeiterrat als Führer der Berliner Arbeiterschaft hervorgetreten waren, Neumann und Malzahn.⁴⁵ Wie mit Ernst Däumig war ich auf das engste mit diesen ausgezeich- neten Berliner Arbeitertypen befreundet, sie arbeiteten eng mit der linken Führungs- gruppe zusammen. Nach der Reichskonferenz von Halle gab Anna ihren Posten als Redakteurin in Halle auf und übernahm das Generalsekretariat der Reichszentrale. Als Arbeitsraum und Büro benutzte sie das enge Arbeitszimmer, das ich als Abgeord- neter im Obergeschoß des Reichstagsgebäudes innehatte und in dem genau nur ein Tisch und zwei Stühle Platz hatten. Sie wurde bei dem Personal der Nationalver- sammlung – und später des Reichstages – rasch eine ebenso bekannte Persönlichkeit wie ich.

Die Organisation der Betriebsräte stellte damals, vor dem Leipziger Parteitag, noch keinen Streitgegenstand in der Partei dar, und wir wurden deswegen nicht offen an- gefeindet. Aber die zentrale Parteileitung war daran völlig uninteressiert, wir erfuh- ren durch sie keinerlei Unterstützung. In den Kreisen der USPD-Gewerkschaftsfüh- rer aber machte sich bereits ein Unbehagen über das rasche Anwachsen der Organisa- tion bemerkbar, das sich dann später in offene Gegnerschaft verwandelte, trotz aller die Bewegung billigenden und unterstützenden zentralen Parteibeschlüsse.

Beginn des Konflikts um den Anschluß an die Kommunistische Internationale

Alle inneren Parteidifferenzen konzentrierten sich im Spätsommer und Herbst schließlich auf die Frage der Internationale, auf die Frage, welcher internationalen Organisation sich die USPD anschließen sollte, der wiederbelebten Zweiten Inter-

⁴⁴ Die „Konferenz der Zentralräte und Bezirksräte der revolutionären Betriebsräte Deutsch- lands“ hatte am 22. und 23. August 1919 in Halle stattgefunden. In dem Aufruf gegen das Betriebsrätegesetz hieß es „... wählt überall aus eigener Kraft Betriebsräte, da das Gesetz Euch keine bringt. Schließt sie zu Bezirksräten der Produktionszweige zusammen. Baut dar- auf die Zentralräte für die Produktionszweige auf, aus denen der Reichswirtschaftsrat her- vorgeht ... Organisiert den Widerstand gegen das Betriebsratsgesetz, das nur der Totenschein des Räteystems ist ...“ Freiheit Nr. 408, 26. 8. 1919 (s. a. Freiheit Nr. 412, 28. 8. 1919: „Die Konferenz in Halle“).

⁴⁵ Paul Neumann (1888–), Metallarbeiter, Teilnehmer am I. Rätekongreß, 1921 MdL Preu-

nationale der westeuropäischen Sozialisten oder der im März 1919 gegründeten Dritten oder Kommunistischen Internationale. Von vornherein war nach der Revolution die Frage in der USPD auf das heftigste umstritten, ob die Partei ein Parteibündnis mit den Bolschewiki, der herrschenden Monopolpartei in der Sowjetunion suchen sollte. Karl Kautsky und mit ihm Rudolf Hilferding wirkten in der Partei von vornherein für die Wiedereingliederung der USPD in die Zweite Internationale mit der Begründung, daß die Partei die Fühlung mit den Parteien Westeuropas nicht verlieren dürfe. Ich bekämpfte diese Anschauung ebenso von vornherein in der „Leipziger Volkszeitung“ unter Hinweis auf den reformistischen, sozialpatriotischen Charakter der Politik der meisten und der stärksten westeuropäischen sozialistischen Parteien. Aber nicht nur dies war für mich bestimmend, sondern die Erwägung, daß ein Zusammenbruch der bolschewistischen Herrschaft und damit der russischen Revolution nicht im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterbewegung liege. Es war einigermaßen merkwürdig, daß dies Gefühl der Solidarität mit der russischen Revolution bei den Kreisen um Kautsky und Hilferding zurücktrat, um so merkwürdiger, als es trotz parteipolitischer Feindschaft, ja parteipolitischen Haß gegen die Bolschewiki in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterbewegung von vornherein lebendig war, auch bei den Sozialdemokraten, und lebendig blieb bis zum Untergange der Weimarer Republik unter Hitler. Das Prestige der russischen Revolution und der Sowjetregierung war bei der deutschen Arbeiterschaft immer stärker als aktive Sympathie mit allen Bemühungen, die darüber hinaus ein parteipolitisches Bündnis mit den Bolschewiki und seit der Gründung der Dritten Internationale im März 1919 den Anschluß an diese Internationale suchten. Erst recht war dieses Prestige immer gewaltig stärker als das Prestige der Kommunistischen Partei.

Meine Freunde und ich brachten die Stellungnahme zu den Bolschewiki alsbald in den Mittelpunkt unserer Agitation, wir machten sie zum unterscheidenden Merkmal zwischen wirklichen revolutionären Aktivisten in der Partei und dem Wortradikalismus der Rechten. Die Führung in der Frage der Internationale lag anfänglich bei der Parteileitung, die unter dem Einfluß Rudolf Hilferdings stand. Er trat für die Beschickung der Konferenz der Zweiten Internationale in Luzern [1.–9. 8. 1919] ein und stellte dafür eine Reihe von Bedingungen auf, welche die Konferenz der Zweiten Internationale zunächst annehmen mußte. Seine Bedingungen wurden in Luzern glatt abgelehnt, dennoch verfolgte er seinen Kurs weiter. Ich griff ihn deswegen auf das heftigste an.

Auf der Parteikonferenz der USPD vom [März] 1919 blieb die Frage in der Schwebe, die Parteileitung konnte danach ungehemmt durch Parteitagsbeschlüsse ihre Bemühungen um die Zweite Internationale fortsetzen, während ich und meine Freunde unsere Propaganda für das Bündnis mit den Bolschewiki verstärkten. Dieser Zustand in der Partei bedeutete eine Meinungsspaltung über eine der wichtigsten Fragen der Zeit. Die Interventionsversuche der Entente-Regierungen in Rußland waren in vollem Gange, ebenso der Bürgerkrieg zwischen der Roten Armee und den von den Entente-Regierungen gestützten Weißen Generälen. Die Rote Armee zog ihre Kraft aus der Bauernbevölkerung, die ihr neues, in der Revolution den Großgrundbesitzern abgenommenes Eigentum an Grund und Boden gegen eine Rückkehr zum alten System und den alten Eigentumsverhältnissen verteidigte. Der Antibolschewis-

Ben (VKPD). – Heinrich Malzahn (1884–1957), Schlosser, Mitglied des Berliner Vollzugsrats, Teilnehmer am I. Rätekongreß, 1920–1924 MdR (USPD/KPD/KAG), 1940 zu langer Freiheitsstrafe verurteilt.

mus des Westens wurde in Deutschland unterstützt von starken Kräften, die in der „Antibolschewistischen Liga“⁴⁶ ihre Spitzenorganisation besaßen. Aber diesen Kräften standen im deutschen Bürgertum und besonders auch bei der Rechten andere gegenüber, welche die Ostorientierung der deutschen Politik forderten auf Grund der Erwägung, daß sowohl Deutschland als auch Rußland Revisionsmächte gegen die vom Versailler Vertrag geschaffene Ordnung in Europa darstellten.

Meine und meiner Freunde Motive lagen im wesentlichen auf einer ganz anderen Ebene. Wir wußten, daß eine Niederlage der Sowjetregierung im Interventions- und Bürgerkrieg den Beginn einer europäischen Reaktionsperiode darstellen würde, vergleichbar mit der Heiligen Allianz,⁴⁷ und daß sie den völligen Sieg der Gegenrevolution in Deutschland bedeuten müßte. Indessen dachten wir im Sommer 1919 nicht defensiv, sondern offensiv – wir glaubten an den Fortgang der Weltrevolution und ein Erstarken aller sie anstrebenden Kräfte in allen Ländern Europas, nicht nur in Deutschland. Da wir mit innerer Logik die Propaganda dieses Glaubens verbanden mit heftiger Propaganda gegen den im Ersten Weltkrieg siegreichen Weltkapitalismus, nahm unsere Propaganda sehr rasch ebenfalls den Charakter einer gegen den Westen und die Versailler Ordnung in Europa gerichteten Politik an. Unter unserer Führung wurde der linke Flügel der USPD zum entschiedensten Vertreter der Ostorientierung in Deutschland.

Der Glaube an die Macht einer internationalen Organisation der Arbeiterbewegungen aller Länder gehörte seit dem „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels zu den unerschütterlichen Glaubenssätzen der sozialistischen Dogmatik, in gewissem Sinne war er sogar ihr Schlußstein. Beim Beginn des Ersten Weltkrieges hatte sich herausgestellt, daß er vor den stärkeren und realen Kräften des Nationalismus der europäischen Völker einfach zerbrach. Diese gescheiterte Internationale erschien mir und meinen Freunden nicht als ein geeignetes Mittel für die Wiederherstellung sozialistischer und erst recht revolutionärer Solidarität, um so mehr, als bei uns die Idee einer wirklich geeinten und kampffähigen Internationale die Intensität eines religiösen Glaubenssatzes annahm. Wir glaubten, ebenso wie Lenin in Rußland, daß die westeuropäischen Arbeiter im Grunde revolutionär seien und nur von den Führern der Zweiten Internationale in die Irre geführt, gebremst und verraten worden seien. Im Gegensatz dazu erblickten wir in der [III.] Internationale, welche die siegreiche Revolutionsregierung in der Sowjetunion gegründet hatte, das Instrument zur Wiederbelebung der internationalen Solidarität der Arbeiter und zur Befreiung der revolutionären Tendenzen in der Arbeiterschaft.

Dazu kam eine andere seltsame Idee, nämlich daß es eine Organisationsform geben müsse, welche den Sieg des revolutionären Proletariats garantiert. Ich selbst war damals ein orthodoxer Marxist und glaubte, daß die Klassenlage das richtige proletarische Klassenbewußtsein – und das heißt die Orientierung auf die Revolution – erzielen werde, wenn wirklich erst einmal freiestes politisches Leben garantiert und

⁴⁶ Die Antibolschewistische Liga war am 1. Dezember 1918 von dem Schriftsteller und späteren DNVP-MdR Eduard Stadtler als Sammelbecken aller antikommunistischen Kräfte von der rechten SPD bis zu den Konservativen gegründet worden. Die Bewegung, aus der eine „konservativ-sozialistische“ Partei werden sollte, hatte nur geringe Bedeutung, die über das Jahr 1920 kaum hinausreichte.

⁴⁷ Die „Heilige Allianz“ wurde durch eine am 26. 9. 1815 durch die Herrscher Rußlands, Österreichs und Preußens unterzeichnete Grundsatzerklärung konstituiert, der alle christlichen Monarchen Europas (außer dem engl. König und dem Papst) beitraten.

die Macht der bürgerlichen Literatur und Presse über die Gemüter unaufgeklärter Arbeiter gebrochen sein würde. So war ich von der Erwartung erfüllt gewesen, daß nach der Novemberrevolution von 1918 die deutschen Arbeiter en masse zu unserer Partei strömen würden – was aber nicht geschah. Wohl wuchs die Zahl unserer Anhänger und unsere Kraft gewaltig, aber es war immer nur die Kraft einer Vorhut, einer klaren Minderheit der deutschen Arbeiterschaft. Selbst als ich glaubte, eine zweite revolutionäre Welle vorhersagen zu können, war ich mir über ein Kraftminus der Partei als Führerin der Revolution im klaren. Unsere Niederlagen im Kampfe mit der neuen Militärmacht waren nicht zu übersehen. Ich erblickte deshalb in der neuen Internationale die Organisationsform, die das Kräfteplus ausgleichen könnte, das heißt in den Lehren Lenins über Organisation und Revolution und ihrer Übertragung auf die Internationale. Alle diese Gedankenelemente gingen in meine und meiner Freunde Propaganda in dieser Frage ein. Ich wurde bald der leitende Propagandist für den Eintritt der USPD in die Dritte Internationale.

Hinter all den rein ideologischen Momenten stand aber auch ein eminent praktisches. Neben uns stand die im Januar gegründete Kommunistische Partei Deutschlands, die nicht leben und nicht sterben konnte. Ihr Führer Paul Levi⁴⁸ war sich im klaren darüber, daß die gegen seinen und Rosa Luxemburgs Widerspruch gegründete Kommunistische Partei niemals über den Status einer politischen Sekte hinauskommen werde. Er wußte, daß die Leitung der neuen Internationale und daß Lenin selbst mit dem Mangel an Einfluß, den diese Sekte auf die Masse der deutschen Arbeiterschaft besaß, höchst unzufrieden waren und nach Wegen suchten, um die neue Internationale in Deutschland auf eine starke Partei zu stützen. Aber nicht darin lag der Hauptantrieb für Paul Levis Politik.

Ich will an dieser Stelle einiges über die Person Paul Levis sagen, um so mehr, als ich im kommenden Jahr eng mit ihm zusammenarbeitete. Er war der nächste Mitarbeiter Rosa Luxemburgs gewesen und versuchte, die Kommunistische Partei nach der Ermordung ihrer Führerin in ihrem Geiste weiterzuführen. Er verehrte diese Frau intellektuell auf das tiefste, er sah in ihr eine charismatische Führerin. Nicht nur das Charisma der großen Führerin, sondern auch ihre hohe Bildung, ihr Ästhetizismus und ihre romantisch künstlerischen Neigungen und Begabungen zogen ihn auf das stärkste an, weil sie seinen eigenen Neigungen und Begabungen entsprachen. Man muß sich überhaupt vor Augen halten, daß die Führer der kleinen Sekte des Spartakusbundes, die dann die Führung der Kommunistischen Partei übernahmen und nach deren erster Spaltung im Frühjahr 1919 bei ihr verblieben, sämtlich aus intellektuellen Kreisen kamen. Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs hütete Paul Levi ihren literarischen Nachlaß und den politischen Teil ihrer Aufzeichnungen und Schriften, die mit den Bestrebungen der Komintern und der Sowjetpolitik schlecht zu vereinbaren waren. Von vornherein war er deshalb bei der Komintern nur mit halbem Herzen. Später, als er von den politischen Bindungen an die Kommunistische Partei wie an die Komintern frei war, veröffentlichte er das Wesentlichste aus diesen Schriften. Die Anschauungen Rosa Luxemburgs blieben auch sein Leitstern, als er später nach den Wiedervereinigungen in der Sozialdemokratischen Partei von dem orthodoxen marxistischen linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei als dessen intellektueller Führer angesehen wurde. Die Ermordung Rosa Luxemburgs lag wie ein Schatten über seinem Leben. Er richtete sich in Berlin in dem aufgestockten Dach-

⁴⁸ Vgl. 2. Kapitel, Anm. 56.

geschloß eines hohen Mietshauses am Landwehrkanal eine Wohnung ein, genau an der Stelle, an der die gegenrevolutionäre Soldateska die Leiche der Ermordeten in den Landwehrkanal geworfen hatte. Es war eine schöne, mit Bildern und Kunstgegenständen ausgeschmückte Wohnung, die Zeugnis ablegte von der Bildung und dem Ästhetizismus des Inhabers. Eine Haushälterin im kanonischen Alter, die er aus seiner schwäbischen Heimat Hechingen hatte kommen lassen, führte ihm den Haushalt. Aus dem Fenster dieser Wohnung stürzte er sich im Februar 1930, wie die offizielle Version besagt im Fiebertwahn eines schweren Grippeanfalles. Er starb dort, wo Rosa Luxemburg gestorben war. In dem Nachruf auf ihn, den ich am Morgen nach seinem Tode als Leitartikel für das Abendblatt des „Vorwärts“ schrieb, nannte ich ihn einen typischen Vertreter des deutschen revolutionären Idealismus, was die unausgesprochene Schlußfolgerung in sich barg: aber kein Praktiker der Revolution.

Er war ein ausgezeichnete Analytiker und erstklassiger soziologischer Beobachter. Er besaß nicht den letzten Elan, den Ehrgeiz, den Dämon des großen Parteiführers. Auch besaß er nicht die gewisse Robustheit, die dazu gehört. Er war kein Aktivist. Er wirkte durch die Schärfe seines Intellekts, wobei ihm seine süddeutsche Tradition und seine bürgerlich jüdische Kultur zu Hilfe kamen. Mit seiner hohen Gestalt war er eine eindrucksvolle Persönlichkeit, an deren Integrität weder seine Freunde noch seine Feinde zweifelten. Er übte einen starken Einfluß aus auf die Führerschaft der Parteien, denen er angehörte, aber es war ihm nicht möglich, in großen Versammlungen und bei den breiten Massen der linken Arbeiterbewegung die natürliche Anerkennung seiner Führerschaft zu erhalten. Er wußte das selbst sehr genau. Ich glaube nicht, daß er dies jemals selber gewünscht hat.

Dies war für ihn ebenso bestimmend wie der hoffnungslose Zustand seiner Partei, als er sich bereits im Frühjahr 1919 nach Bundesgenossen umsah und in der „Roten Fahne“ die Wiedereingliederung der von ihm geführten Sekte in ein größeres Ganzes vertrat. An diesem Zeitpunkt hatte er den radikaleren aktivistischen Flügel seiner Partei aus der Kommunistischen Partei hinausgedrängt und ihn zur Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei⁴⁹ veranlaßt. Danach ging sein Streben dahin, die Dinge zurückzudrängen auf den Stand vor der Gründung der Kommunistischen Partei, er wollte seine Partei wieder in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hineinführen. Wenn er diese Absicht offen in seiner Partei vertreten hätte, so wäre er mit Entrüstung hinausgeworfen worden. Ich stand von vornherein seiner Absicht sympathisch gegenüber; die Verstärkung des linken Flügels in der USPD und die Verstärkung seiner Führungsgruppe durch Paul Levi konnte mir nur willkommen sein. Aber wenn ich in den Parteikörperschaften und vor meinen näheren Freunden damals den Gedanken einer einfachen Wiedervereinigung vertreten hätte, so wäre ich bei meinen eigenen Freunden auf das nicht unberechtigte Argument gestoßen, daß wir die tatsächlichen Führer des Aktivismus in der deutschen Arbeiterbewegung seien und daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei uns ohnehin und ohne alle Abmachungen zufallen würden. Die Parteileitung und die Rechte der Partei hätten

⁴⁹ Die KAPD war von den oppositionellen Bezirken der KPD gegründet worden, die auf dem III. Parteitag (25./26.2.1920) von der KPD ausgeschlossen worden waren. Die linkskommunistische KAPD verwarf Parlamentarismus und Wahlbeteiligung ebenso wie zentralistische Organisationsformen. Die KAPD gehörte 1920–1921 als sympathisierende Partei der Komintern an, sie hatte infolge ihrer Heterogenität und Zersplitterung kaum Einfluß, obwohl sie bis 1933 existierte. Vgl. Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Meisenheim 1969.

mich nur beschuldigt, ich wolle praktisch die USPD in die Kommunistische Partei hineinführen. Die Frage bekam ein anderes Gesicht, wenn die USPD in die Dritte Internationale eintrat, zu deren Grundsätzen es gehörte, daß sie in jedem Lande nur eine angeschlossene Partei anerkannte. Paul Levi sah deshalb von vornherein in dem Eintritt der USPD in die Dritte Internationale das Vehikel, um die Kommunistische Partei wieder in die USPD zurückzuführen. Es gab keinerlei erhebliche politische oder ideologische Differenzen zwischen ihm und der Führungsgruppe der linken USPD. Wir waren aktivistischer und robuster als er, wir waren auch sehr selbstbewußt.

Bereits seit der Gründung der Komintern hatte es Paul Levi innerlich abgelehnt, dem Präsidium der Komintern Befehlsgewalt über die Politik und die Bewegungen seiner Partei zuzugestehen. Er war durchaus bereit, Lenin mit großem Respekt als den großen Führer der bolschewistischen Partei, der russischen Revolution und der Sowjetregierung anzuerkennen – aber aus der Distanz. Er sah voraus, daß die Führungsfrage in der deutschen Partei der Komintern vom Präsidium der Komintern aufgeworfen werden würde, und er war fest entschlossen, sich nicht in die Rolle des Satelliten drängen zu lassen. Von uns, von der Führungsgruppe der linken USPD erhoffte er, daß wir bei einer Verschmelzung von USPD und KPD ein Gegengewicht gegen den Moskauer Einfluß bilden würden, weil wir in einer viel stärkeren Position waren als er selbst und die wirkliche Führung der aktivistischen deutschen Arbeiter darstellten. Jedes einzelne Mitglied dieser Führungsgruppe hatte große Aktionen geführt. In dem Führungsverhältnis, das uns mit der aktivistischen Minderheit der deutschen Arbeiter verband, fühlten wir uns absolut sicher, und Paul Levi nahm mit Recht an, daß wir nach einem Eintritt in die Dritte Internationale uns nicht einfach einem Moskauer Diktat unterstellen würden. Für uns war es selbstverständlich, daß wir, die wir eine wachsende Macht von Anhängern hinter uns sahen und uns auf dem Wege glaubten, die stärkste Partei in Deutschland zu werden, die Führung der deutschen Sektion der Dritten Internationale in der Hand haben würden und daß wir die Entscheidungen über die Führung unserer Politik in Deutschland nicht dem Präsidium der Komintern, das eine Filiale der Leitung der russischen Kommunistischen Partei war, überlassen würden.

Im Gegensatz dazu hoffte die Führerschaft der Kommunistischen Partei, daß der Eintritt der USPD in die Dritte Internationale ihnen die Möglichkeit geben würde, sich nunmehr mit ihrer Parteilokomotive vor den fahrenden Zug einer lebendigen Massenbewegung zu rangieren und den bisherigen Führern dieser Bewegung die Führung aus der Hand zu nehmen.

Und hinter ihnen stand bereits an diesem Zeitpunkt die Absicht des Kominternpräsidiums, den Eintritt der USPD so zu manipulieren, daß die letzte Entscheidung über Führung und Politik der deutschen Sektion bei dem Personal des Kominternpräsidiums liegen würde.

Diese einander durchkreuzenden und widersprechenden Absichten bildeten den Hintergrund, als im Spätsommer 1919 die Führung der linken USPD sich auf den Anschluß an die Kommunistische Internationale konzentrierte und beschloß, diese Frage zur entscheidenden innerparteilichen Streitfrage im Kampfe um die Führung der Partei zu machen. An diesem Zeitpunkt brachte ich den Abgeordneten Walter Stoecker⁵⁰ aus dem Kreise meiner engsten Freunde mit Paul Levi zusammen, damit

⁵⁰ Walter Stoecker (1891–1939), 1908 Mitglied der SPD und Redakteur an Parteizeitungen,

er mit ihm vorbereitende Beratungen darüber führen konnte, was zu geschehen hätte, wenn wir auf dem kommenden Parteitag der USPD einen Parteitagsbeschuß für den Anschluß der Partei durchsetzen würden.

So war die Situation, als die außerordentliche Parteikonferenz der USPD im September 1919 die Frage der Internationale diskutierte. Rudolf Hilferding vertrat die Ansichten der Rechten. Obwohl seine Bedingungen für den Anschluß der Partei an die Zweite Internationale in Luzern auf das schroffste abgelehnt worden waren, setzte er sich weiter für den Anschluß an die Zweite Internationale ein und forderte, daß die Partei den bevorstehenden Kongreß der Zweiten Internationale in Genf [31. 7.–4. 8. 1920] beschrifte – was einer drastischen Erklärung der Partei für ihre Westorientierung gleichgekommen wäre. Diese Haltung stand nicht nur unter dem Einfluß von Kautsky und von Politikern wie Rudolf Breitscheid, der [1912] von der Demokratischen Partei zur USPD gekommen war, sondern ebenso unter dem Einfluß der menschwistischen Emigration in Deutschland und Westeuropa. Die sogenannte weißrussische Emigration aus den Kreisen des russischen Adels und des russischen Großbürgertums drängte die westeuropäischen Regierungen zur Fortsetzung und Verschärfung ihrer Interventionspolitik. Sie war eine der Triebfedern der gesamteuropäischen Reaktion. Ihr Ziel war, der Sowjetregierung dasselbe Schicksal zu bereiten wie der Regierung Bela Kuns beim Zusammenbruch der Räterepublik in Ungarn, das heißt die Restaurierung des alten Regimes in Rußland, verschärft durch die Rückgängigmachung der Agrarrevolution und durch den weißen Schrecken. Solange noch gekämpft wurde, war dies eine realistische Perspektive. Demgegenüber war die Perspektive der Menschewiki, das heißt der von der Partei Lenins verbannten, verfolgten und unterdrückten sozialdemokratischen Partei Rußlands, rein utopisch. Sie schreckten vor der Erkenntnis zurück, daß ein Regime wie das Sowjetregime, das sich im diktatorischen Besitze der zentralen Staatsgewalt befand, nur durch die Niederlage in einem großen Angriffskrieg des Westens gebrochen werden konnte, und so verfolgten sie die Utopie einer Erhebung der kaum vorhandenen demokratischen Kräfte in Rußland gegen die Sowjetregierung und den roten Terror und die Zurückführung der Lage in Rußland auf die Märzsituation von 1917. So utopisch das auch war, versuchten sie wenigstens, andere sozialistische Parteien in Deutschland und Westeuropa davon abzuhalten, mit den Bolschewiki zu verkehren oder ihnen durch den Anschluß an die Dritte Internationale verstärktes Prestige zu geben. In Wahrheit erwarteten sie den Zusammenbruch des Sowjetregimes durch das Zusammenspiel zwischen Intervention und weißen Angriffen im Bürgerkrieg. Diese defätistische Haltung in der Beurteilung der Lage in Rußland kennzeichnete genau Rudolf Hilferdings Haltung auf der Reichskonferenz der USPD im September 1919. Das Machtmoment hinter der ideologischen Stellungnahme für die unterdrückte Demokratie gegen die rote Diktatur und den Terror trat deutlich genug zutage. Er behauptete, daß der Bolschewismus in Rußland nur ein erlöschendes Feuer sei und daß ein Anschluß der USPD an die Dritte Internationale lediglich eine Kompromittierung der Partei in einem Bündnis mit einem untergehenden Regime herbeiführen und sie in den Untergang verwickeln würde. Man wisse nicht einmal, ob die Sowjetregierung den Winter überleben werde. Er stützte sich dabei auf

1917 USPD, 1920–1932 MdR, 1919 Sekretär der USPD-Zentralleitung, 1920 Mitglied des ZK der linken USPD, 1920–1932 mit Unterbrechungen Mitglied des ZK der KPD, 1933 verhaftet, starb im KZ Buchenwald.

die Meinungen der Führer der emigrierten sozialdemokratischen Partei Rußlands, die die Hoffnungslosigkeit ihrer Situation hinter ihren utopischen Erwartungen verbargen. (Ich selbst habe später meine eigenen Erfahrungen mit der besonderen Mentalität von Emigranten gemacht, die ihren politischen Zusammenhalt nur durch grandiose Selbsttäuschungen behaupten können.)

Soviel war im September 1919 richtig, daß der Interventionskrieg noch nicht zu Ende war. Vier Wochen nach unserer Konferenz verhängte die Entente die Blockade gegen Sowjetrußland und forderte die Reichsregierung auf, sich der Blockade anzuschließen [12. 10. 1919]. Die Reichsregierung lehnte ab [31. 10. 1919]. Aber gegen Ende des Jahres 1919 wurden die letzten Ententetruppen aus der Sowjetunion abgezogen, zu Beginn des Jahres 1920 wurde die Blockade gegen Sowjetrußland aufgehoben. Das lag noch in der Zukunft, als ich und Walter Stoecker Hilferding auf der Parteikonferenz entgegneten, aber wir wandten uns heftig gegen den defätistischen Zug seiner Ausführungen und gegen die Anschauung, daß ein Sturz des Sowjetregimes die sozialistischen Parteien in Westeuropa und vor allem in Deutschland unberührt lassen würde. Auch auf dieser Parteikonferenz wurde keine Entscheidung getroffen. Sie wurde dem kommenden Parteitag überlassen. So ging die innerparteiliche Auseinandersetzung um diese Frage weiter und verschärfte sich. Die Fraktion der USPD beauftragte mich im Herbst, in der außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung für die Fraktion zu sprechen. Meine Rede entsprach durchaus meinen und meiner Freunde Ansichten. Sie enthielt einen Passus, in dem ich im Namen der USPD unsere Sympathie und Solidarität mit der russischen Revolution und dem Sowjetregime erklärte. Als ich diesen Passus vor der Rede der Fraktion vorlegte, wurde er von Hilferding und Dr. Oskar Cohn auf das heftigste angegriffen. Alles, was sie in dieser Rede gesagt haben wollten, war „Sympathie und Solidarität mit den russischen Arbeitern“, was politisch und praktisch eine völlig inhaltslose Erklärung gewesen wäre, welche die emigrierten Menschewiki ebenso hätten abgeben können. Die Mehrheit der Fraktion stellte sich an meine Seite. Ich hielt die Rede mit dem von mir vorgeschlagenen Inhalt im Plenum der Nationalversammlung unter größter Aufmerksamkeit der bürgerlichen Parteien.⁵¹

Bei der Verschärfung dieser Auseinandersetzungen in der Partei zeigte sich eine interessante Erscheinung. Die Massen der Parteimitglieder fielen in dieser Frage uns zu, aber im Apparat der Partei stellte sich ein erheblicher Teil der Funktionäre gegen die Linke. Einem Teil dieser Funktionäre, die sich gegen den Anschluß an die Dritte Internationale stellten, ging es dabei nicht um die größeren Fragen von West- oder Ostorientierung oder um die Perspektiven der Weltrevolution, sondern um die reine parteipolitische Feindschaft, die sich zwischen unseren Funktionären und denen der Kommunistischen Partei entwickelt hatte, um den reinen begrenzten parteiorganisatorischen Egoismus. Es war vorauszusehen, daß Entscheidungen des kommenden Parteitags über diese Frage außerordentlich kritischen Charakter haben würden.

Der Leipziger Parteitag der USPD (30. November – 6. Dezember 1919)

Der Parteitag der USPD trat am 30. November im Volkshaus in Leipzig zusammen, er tagte bis zum 6. Dezember.⁵² Meine Freunde und ich hatten dafür Sorge getragen, daß die Wahl der Delegierten zum Parteitag nicht ausschließlich vom Parteiapparat

⁵¹ Vgl. Nationalversammlung, 106. Sitzung vom 23. 10. 1919, Sten. Ber. S. 3378–3385.

⁵² Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom

beeinflusst werden konnte. Als die Führungsgruppe der linken USPD beim Beginn des Parteitages die Lage prüfte, stellte sie fest, daß sie über eine sehr beträchtliche Mehrheit auf dem Parteitag verfügte. Im Verlaufe dieser Tagung wurden alle in der Partei bisher umstrittenen Fragen, die sich um Demokratie und Diktatur, um den Vorrang der Organisation der Räte vor der parlamentarischen Arbeit, um das Verhältnis von Partei- und Räteorganisation, Form und Charakter der Räteorganisation und um das Bekenntnis zur Massenaktion als vornehmstem Kampfmittel drehen, im Geiste der Linken entschieden und ein neues Aktionsprogramm⁵³ festgelegt, das den vollen Sieg der linken Richtung der USPD bezeichnete. Keinerlei Ausdeutungsmöglichkeiten wie nach dem Märzprogramm verblieben der Rechten in der Partei. Dieses Aktionsprogramm war gänzlich unvereinbar mit Anschauungen, wie sie Karl Kautsky und seine engsten Freunde vertraten. Ich konnte feststellen, daß dieses Programm Geist von meinem Geiste war. Es enthielt alles, was ich im Laufe des Jahres programmatisch für die Bestimmung des Kurses und des Wesens der Partei geschrieben hatte, zum Teil in meinen eigenen Formulierungen. Ich wußte von vornherein, daß ich auf diesem Parteitag um alles das nicht mehr zu kämpfen brauchte. Unsere Mehrheit war gegeben. Ich hatte meine Anschauungen durchgesetzt und das Gesicht der Partei in meinem Geiste bestimmt.

Ich habe auf diesem Parteitag im wesentlichen nur einmal kurz in der Debatte über die Internationale gesprochen und im übrigen hinter den Kulissen und bei den Beratungen über die Lenkung des Parteitages mitgewirkt – was nicht verhindert hat, daß von Sprechern des rechten Flügels wütendste und persönliche Angriffe gegen mich gerichtet wurden. Aber auch meine Freunde gingen bei den allgemeinen Beratungen keineswegs sanft mit den Führern des rechten Flügels um. Die Debatten wurden mit einer Leidenschaftlichkeit geführt, als ob nicht Richtungen einer Partei, sondern zwei Parteien miteinander kämpften. In einer Rede über den revolutionären Charakter, den die Linke der Partei geben wollte, nannte Wilhelm Koenen die Partei, so wie sie sich bis zum Parteitag dargestellt hatte, ein „mixtum compositum aus Dreck und Feuer“.⁵⁴

Das Ergebnis dieser leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um das Wesen der Partei war überaus überraschend. Dieses revolutionäre Aktionsprogramm wurde von dem Parteitag, auf dem die Rechte über eine beträchtliche Minderheit verfügte, einstimmig beschlossen, nachdem der amtierende Parteivorsitzende Arthur Crispian in

30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin o. J. (Reprint, Glashütten 1976). S. a. Krause, USPD, S. 148 f., Morgan, Socialist Left, S. 296 f. und Wheeler, USPD und Internationale, S. 162 ff.

⁵³ Ebenda, S. 5–5; abgedruckt auch bei Prager, Geschichte der U. S. P. D., S. 209 f., und Dokumente und Materialien VII, 1., S. 156–159.

⁵⁴ Koenen sagte in der Debatte über Programm und Taktik „Wir wollten nicht mehr, daß die U. S. P. ein mixtum compositum von Dreck und Feuer sei, sondern eine revolutionäre Partei“. Zuvor hatte Oskar Cohn gegen Koenen und den linken Flügel polemisiert und aus einem Artikel der kommunistischen „Internationale“ u. a. folgende Sätze zitiert: „So bleibt die Unabhängige Sozialdemokratie getreu ihrer Rolle, Verwirrung in den Reihen des aufwachenden Proletariats zu schaffen: dieser Rolle dienen unbewußt, ja gegen ihren Willen, auch die linken Unabhängigen. Denn indem sie in den Massen als Unabhängige mit vollem Eifer für die Rätediktatur kämpfen (wir unterschätzen diese Arbeit Däumigs nicht), wecken sie in den Massen die Überzeugung, die gesamte Unabhängige Partei sei für die Rätediktatur und erwerben so den Haase und Co. in den Massen das Vertrauen, das ihnen dann erlauben wird, in einem entscheidenden Momente die Masse mit irgend einem Mixtum-Compositum aus Dreck und Feuer wieder irre zu führen.“ Protokoll, S. 276 und 263. Das Zitat aus: „Die Internationale“, H. 5/6 v. Nov. 1919, S. 293 stammt von Karl Radek, alias Arnold Struthahn.

langen Ausführungen über die Entwicklung der sozialistischen Programmatik seit dem Kommunistischen Manifest gesprochen und das neue Aktionsprogramm begründet hatte.⁵⁵ Ich hörte mir diese Rede mit der größten Aufmerksamkeit an und meine Freunde auch; denn im Grunde genommen stellte sie eine Kapitulation der bisherigen Parteileitung vor unseren Forderungen dar. Sie war nicht im Einklang mit der bisherigen Stellungnahme der Parteileitung in den inneren Streitfragen und noch weniger mit der Haltung der Mehrheit der Presse der USPD. Dafür war diese Rede in einigen radikal-revolutionären Formulierungen geradezu überschrien, wenn man sie an unseren eigenen Äußerungen maß. Das wirkte auf mich wie ein Vorsichtssignal. Ich traute dieser Bekehrung nicht. Ich wußte wohl, daß die Rechte der Partei die Entscheidung über die Führung der Partei nicht bei diesen Fragen, sondern bei der Frage der Internationale suchen werde und daß sie unter den Delegierten fieberhaft dafür arbeitete. Aber es waren vor allem die Überspitzungen, die mich an der vollen Ehrlichkeit des Redners zweifeln ließen, und meine Freunde teilten meine Zweifel.

Arthur Crispian war von Beruf Stubenmaler. Da er als Redner und lokaler Führer Erfolge hatte, schickte ihn die Partei auf die zentrale Parteischule zur Ausbildung von führendem Parteipersonal, die vor dem Ersten Weltkriege unter der Leitung Rosa Luxemburgs stand. Sein Marxismus, seine Allgemeinbildung wie seine politische Bildung und Einsicht zeigten genau die Begrenzung, welche alle zeigten, denen diese Schule die höheren Weihen gegeben hatte. Er war ein geübter und fesselnder Versammlungsredner, aber etwas sehr schmalzig. Am besten wirkte er als Redner, und er war am stärksten im Einklang mit seinen Zuhörern, wenn er in sogenannten „proletarischen Feierstunden“ sprach, in denen das rein Gefühlsmäßige in seinen Reden den stärksten Ausdruck finden konnte. Da sein Kopf eine etwas entfernte Ähnlichkeit mit dem traditionellen Christuskopf besaß – aber mit einer Stupsnase –, wurde er oft als der Christus der Partei bezeichnet und gehänselt.

Bei den inneren Auseinandersetzungen während des Ersten Weltkrieges gehörte er zu den energischsten Vertretern der Opposition und stand in der vorderen Linie des Kampfes gegen die Haltung der Parteimehrheit. Er war damals Redakteur an der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart, deren Kurs schon vor dem Weltkriege ein ewiges Streitobjekt zwischen einer radikalen Redaktion und einer nicht so radikalen Parteileitung war. Nach Beginn des Krieges wurde er aus der Redaktion entfernt. Im Juni 1915 gründete er eine oppositionelle Organisation gegen die offizielle Parteiorganisation in Württemberg. So wirkte er führend bei den Anfängen der Lösung der USPD von der Sozialdemokratischen Partei mit. Seine Organisation gründete die Zeitung „Der Sozialdemokrat“ in Stuttgart, deren Redaktion er übernahm. Als nach der Revolution die USPD beschloß, zwei Parteivorsitzende⁵⁶ zu wählen, und neben Hugo Haase einen mehr nach der Linken der Partei tendierenden Mitvorsitzenden zu stellen, wurde ursprünglich Ernst Däumig vorgeschlagen. Dieser erklärte, er wünsche nicht, mit Haase in einer Parteikörperschaft zusammenzusitzen, und zwar mit so starken Worten, daß die bittere Feindschaft zwischen den beiden ganz deutlich wurde. Man sah sich also nach einem Manne um, welcher der Linken nahestand, sondierte bei Arthur Crispian, und er nahm an. Aber der linke Flügel

⁵⁵ Vgl. Protokoll, S. 159–235.

⁵⁶ Die USPD hatte von Anfang an zwei Vorsitzende gehabt, auf dem Gründungsparteitag war das Zentralkomitee insgesamt gewählt worden, Ledebour war neben Haase bis zu seinem Rücktritt am 1. 1. 1919 Vorsitzender gewesen.

der Partei, der unter unserer Führung stand, wurde sich bald darüber klar, daß sein Radikalismus sich auf ideologische Auseinandersetzungen beschränkte und sofort in die Brüche ging, wenn es sich um aktivistische revolutionäre Entscheidungen handelte. Er war für uns der typische Vertreter des Wortradikalismus und zugleich der Politik des Zauderns, der Versäumnisse und der Hilflosigkeit in Kampfsituationen, welche die Parteileitung der USPD im Jahre 1919 charakterisierte. Kein Wunder, daß wir seine Rede, als sie gedruckt vorlag, nach den Hintertüren durchspähten und auch einige fanden. Mit Recht hatten wir uns beim Zuhören brutal und zynisch gesagt: „Er will um seiner zentralen Parteiposition willen der linken Mehrheit des Parteitags nach dem Munde reden.“

Das war einer der Gründe dafür, daß wir die Einstimmigkeit der Annahme unseres Programmes durch den Parteitag nicht als das Zeichen dafür nahmen, daß sich nunmehr die Gesamtpartei hinter unsere Führung stellen werde und die lokalen Parteiapparate, die Presse wie die Rechte der Partei zu unseren Anschauungen bekehrt seien. Unsere Aufmerksamkeit wurde vielmehr dadurch verschärft, und bald nach dem Parteitage zeigte sich, wie recht wir damit gehabt hatten.

Der eigentliche Kampf um die Führung der Partei ging um die Frage der Internationale. Das Papier von Parteiprogrammen ist geduldig, aber eine Entscheidung des Parteitags für einen sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale bedeutete eine in der politischen Welt weithin sichtbare Neuorientierung der Partei, ihre Loslösung von der Tradition der Parteien Westeuropas, ihr klares Bekenntnis zur Ostorientierung – und ihre Unterstellung unter die Führung der linken USPD.

Darum wurde nun erbittert gekämpft. Zunächst wurde ein Versuch unternommen, mich und Walter Stoecker der geheimen Verschwörung gegen die Partei und des Parteiverrats zu bezichtigen, weil wir Gespräche und Verhandlungen mit Paul Levi geführt hatten. Die Idee war, den sehr lebendigen reinen Parteipatriotismus gegen uns zu mobilisieren. Der Versuch schlug bei unseren Anhängern völlig fehl, er zeitigte späterhin nur einige Erfolge in der Leipziger Parteiorganisation. Diese Gespräche waren kein Geheimnis gewesen, und Stoecker wies den Angriff kurz und erfolgreich ab. Aber wir hüteten uns aus taktischen Gründen, laut vor dem Parteitag zu sagen, wie die Situation wirklich war. Wir wollten nicht die Partei an die Kommunisten verkaufen, sondern vielmehr die Kommunistische Partei in die USPD aufschlucken.

Viel stärker als dieser Zwischenfall interessierte mich die Haltung des Nationalversammlungsabgeordneten Dr. Oskar Cohn, welcher der Linken der Partei sehr nahestand. Er nahm Stellung gegen den sofortigen Anschluß. In seiner Rede griff er mich zu meinem größten Erstaunen mit maßloser Heftigkeit an. Alles, was er sagte, lief darauf hinaus, ich sei eine unheilvolle Persönlichkeit, geradezu der böse Geist der Partei. Ich wies das kurz zurück, ich begriff nicht, was er mir eigentlich vorwarf. Genau genommen habe ich es bis heute nicht begriffen und kann es nur vermuten.⁵⁷

⁵⁷ Der Streit hatte sich daran entzündet, daß der Delegierte Simon auf eine satzungswidrige Unterschriftensammlung für eine Resolution Stoeckers hinwies und Aufklärung über die Verhandlungen mit der KPD forderte. Stoecker und Braß bagatellisierten daraufhin das Gespräch, das sie zusammen mit Geyer mit Levi geführt hatten. Oskar Cohn gab sich mit diesen Erklärungen nicht zufrieden und verurteilte besonders die Unterschriftensammlung. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Brief Geyers an einen Kieler Genossen verlesen: „Vertre-

Dr. Oskar Cohn,⁵⁸ Abgeordneter im Vorkriegsreichstag, war von jeher ein entschiedener Vertreter des Radikalismus in der Sozialdemokratie. Mit meinem Vater gehörte er zu den ersten, welche gegen die Politik der Parteimehrheit im Kriege protestierten. Im Jahre 1918 hatte er entschieden den Kurs auf die Revolution genommen. Er wurde der juristische Berater der ersten Botschaft der Sowjetunion in Berlin. In dieser Eigenschaft war er der Verbindungsmann zwischen der Botschaft und der Organisation der Revolutionären Obleute in Berlin. Durch seine Vermittlung waren Geldmittel an diese Organisation für ihre Bewaffnung gegangen. Als die ausgewiesene Sowjetbotschaft Berlin verließ, stellte sie die erheblichen Mittel, die sie bei Berliner Banken liegen hatte, zu seiner Verfügung nach seinem diskretionären Ermessen zur Förderung der deutschen Revolution. Aber schon im Sommer des Jahres 1919 wandte er sich von den Bolschewiki ab. Er hatte im Herbst in der Fraktion der Nationalversammlung mich heftig bekämpft vom Standpunkt der Westorientierung aus, und er nahm jetzt die Partei der Rechten gegen den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Meine nachträgliche Vermutung war, daß er wie die meisten jüdischen Intellektuellen um keinen Preis den kulturellen Zusammenhang mit dem Westen und den Zusammenhang mit der Politik des Westens verlieren wollte. Späterhin, als ich mich mit meinen Freunden von der Kommunistischen Internationale wieder abgewandt hatte, arbeitete er in der wiedervereinigten Partei auf das engste zusammen mit Otto Braß und Bernhard Düwell, die in der Führungsgruppe der linken USPD zu meinen besonderen Freunden gehörten, und half ihnen bei der Finanzierung ihrer publizistischen Unternehmungen. Wie Otto Braß und Düwell war ich einst mit ihm sehr befreundet gewesen, aber auf dem Leipziger Parteitag war er einer unserer schärfsten Gegner. Sein Auftreten wie überhaupt die Vorgänge auf dem Leipziger Parteitag zeigten deutlich, daß es bei der dreiviertel Jahre später erfolgten Spaltung der Partei nicht allein um die Unmöglichkeit der „21 Bedingungen“⁵⁹ ging.

Die Gruppierung auf dem Parteitag war die folgende: unter Hilferdings Führung drängte der rechte Flügel auf den Anschluß an die Zweite Internationale, Georg Ledebour trat für die Gründung einer Vierten Internationale durch die USPD ein und meine Freunde und ich waren für den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale. Wir wußten, wir hatten dafür eine entschiedene Mehrheit der Parteitagsdelegierten.⁶⁰

Genosse! Die Genossen der U. S. P. in Berlin, die fest auf dem Boden des Bekenntnisses zur Diktatur des Proletariats stehen und die Partei nicht nach rechts abdrängen lassen wollen, legen großen Wert darauf, über die Stimmung im Reiche noch vor dem Parteitag unterrichtet zu werden. Nach der Vertretung Kiels auf der Reichskonferenz schien es, als ob die Kieler Genossen überaus stark nach rechts zögen. Es wäre daher nötig, daß die linksstehenden Genossen in Kiel in Verbindung mit uns treten. Können Sie uns Auskunft geben über die Parteisituation in Kiel, ob die Delegation zum Parteitag schon erfolgt ist oder wie sie voraussichtlich ausfallen wird?“ Geyer parierte den Angriff mit Hinweisen auf Kontakte Cohns zur SPD: „Cohn ist es gewesen, der in ständiger Fühlung mit den Rechtssozialisten gewesen ist, und der in der Fraktion der Nationalversammlung versucht hat, diesen Besprechungen Relief zu geben dadurch, daß er sich selbst um den Posten eines Vorstandsmitgliedes bei der Fraktion der Nationalversammlung beworben hat.“ Im weiteren Verlauf der Debatte apostrophierte Cohn daraufhin die charakterlichen Qualitäten Curt Geysers. Vgl. Protokoll S. 133 ff., S. 263, S. 301 f.

⁵⁸ Vgl. Anm. 12.

⁵⁹ Vgl. Anhang.

⁶⁰ Die Hilferding-Gruppe betrieb nicht direkt den Anschluß an die 2. Internationale, sondern

Das Hauptargument Hilferdings war, daß das Kräfteverhältnis in Deutschland sich zuungunsten des Proletariats verschoben habe, daß deshalb Vorsicht am Platze sei und daß die revolutionäre Arbeiterbewegung Deutschlands sich vor einer Niederlage hüten müsse, wie sie das Pariser Proletariat im Jahre 1871 bei der Niederschlagung der Kommune erlitten hatte. Er wiederholte im Grunde genommen das Argument von Friedrich Engels nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, das bei der Vorkriegssozialdemokratie zu der Parole geführt hatte: „Genossen, die Reaktion will schießen, laßt Euch nicht provozieren!“ und das bei dem französischen Sozialisten Hervé⁶¹ bei den Debatten eines internationalen Kongresses den Ausruf hervorgerufen hatte: „Aber wir schießen auch!“ Späterhin, bei den Analysen, die der Unterdrückung der Sozialdemokratie durch Hitler nachfolgten, stellten Hilferding und ich selber – wir waren damals schon seit einem Jahrzehnt befreundet – die Inaktivität der deutschen Arbeiter fest. In Leipzig beurteilte er diese Inaktivität wie ein soziologischer Beobachter, der feststellt, ohne zu ändern, ich dagegen als Politiker und Aktivist, der mit Hilfe einer aktivistischen Vorhut die Dinge ändern wollte.

Unsere Ansichten wurden von Walter Stoecker vertreten. Sie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Wir müssen den machtvollen Staatenbündnissen ein machtvolles Bündnis revolutionärer Parteien entgegensetzen. Wir müssen das Prestige, das die Sowjetregierung bei der gesamten Arbeiterschaft besitzt, ausnutzen. Sofortiger Anschluß bedeutet für uns in der gefährlichen innerpolitischen Situation gewaltigen Machtgewinn in der Sache.

Die Debatten des Parteitags sind in den veröffentlichten Protokollen wiedergegeben, nicht aber das, was während der Debatten hinter den Kulissen und in der Nacht nach ihrem Abschluß erfolgte. Zum Unterschied von Halle sprachen und verhandelten die Führer der Rechten und der Linken in Leipzig noch miteinander. Der Ausgangspunkt der Verhandlungen war dabei die kommende Abstimmung über die personelle Besetzung der zentralen Körperschaften, also über die eigentliche Führungsfrage in der Partei. Nachdem wir unsere Ansichten über den künftigen Kurs der Partei vollkommen durchgesetzt hatten, waren wir nicht abgeneigt, die zentralen Körperschaften paritätisch zwischen links und rechts zu besetzen, wobei wir klarmachten, daß wir Kautsky und seine engsten Freunde fortan für untragbar für die Partei hielten. Ich will hier einfügen, daß einige der führenden USPD-Politiker nach dem Parteitag die Partei verließen und zur Sozialdemokratie zurückkehrten, weil sie das neue Aktionsprogramm prinzipiell nicht anerkannten, so Eduard Bernstein, Heinrich Ströbel und Nestriepke.⁶² Bei diesen Verhandlungen nun wurde uns

forderte unter Ablehnung der „spezifisch-kommunistischen“, „sektenhaften“ Moskauer Internationale die Wiedererrichtung einer „aktionsbereiten, mit revolutionärem und sozialistischem Geiste erfüllten Internationale“. Ledebours Resolution erstrebte den Zusammenschluß „aller zur Räteorganisation und zur Diktatur des Proletariats sich bekennenden revolutionären sozialistischen Organisationen, einschließlich insbesondere der kommunistischen Internationale“. Protokoll S. 38 ff. Vgl. dazu Wheeler, USPD und Internationale, S. 164 f.

⁶¹ Gustave Hervé (1871–1944), ursprünglich revolutionärer Antimilitarist, später immer stärker zum Nationalismus tendierend.

⁶² Eduard Bernstein (vgl. 1. Kap., Anm. 7) war im Dezember 1918 wieder der SPD beigetreten, ohne die USPD zu verlassen. Nach dem Märzparteitag der USPD, der Doppelmitgliedschaften verbot, hatte er sich für die SPD entschieden. (Vgl. „Freiheit“ Nr. 137 v. 22. 3. 1919: „Auf Wiedersehen! Ein Abschiedswort an die unabhängige Sozialdemokratie.“) – Heinrich Ströbel (1869–1944), Schriftsteller, 1900–1916 Redakteur beim „Vorwärts“, 1917 USPD-Mitglied, 1908–1918 MdL Preußen, Nov./Dez. 1918 Mitvorsitzender des preuß. Kabinetts, 1924–1932 MdR (SPD), 1933 Emigration (Schweiz). – Siegfried Nestriepke (1885–1963), Journalist,

plötzlich ein Ultimatum gestellt: Wenn wir unsere Mehrheit gebrauchen würden, um den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale zu beschließen, so würde der rechte Flügel die Partei verlassen. Bei dieser offenen Spaltungsdrohung hatte der Metallarbeiterführer Robert Dißmann im Bunde mit einigen anderen der USPD angehörenden Gewerkschaftlern die Führung.

Robert Dißmann⁶³ gehörte zu den Mitbegründern der USPD. Er hatte sich später auf die Eroberung des Metallarbeiterverbandes konzentriert. Die anderen Gewerkschaftsführer, die in Leipzig gemeinsame Sache mit ihm machten, wurden in erster Linie durch die Erwägung bestimmt, daß die Rolle und Bedeutung, die das neue Aktionsprogramm den aktuellen Räteorganisationen, vor allem den Betriebsräten zuwies, die Bedeutung der Gewerkschaften zurückdrängen müßte. Aber unmittelbar vor Leipzig hatte Robert Dißmann die Frage der Betriebsrätebewegung noch genau so beurteilt und bejaht wie ich. Auch hatte er den Beschluß der Konferenz der Reichszentrale der Betriebsräte, der vor der Wahlordnung des Zentralrats des Zweiten Rätekongresses warnte, gebilligt und er förderte in seinem Verband die Wahl revolutionärer Betriebsräte. Aber zwischen ihm und mir war um ein rein persönliches Streitobjekt eine Entfremdung eingetreten, die bei ihm dann zu bitterer Feindschaft wurde. Und nun trat er mir und meinen Freunden, die ihn lange als einen der Unsrigen angesehen hatten, mit der offenen Drohung der Spaltung der Partei entgegen.

Nach dieser Spaltungsdrohung wurden die Dinge kompliziert. Zunächst informierten wir unsere Delegationen, es stellte sich dabei heraus, daß wir auch nach dieser Drohung und bei der Perspektive einer Spaltung der Partei uns auf unsere Parteitagsmehrheit verlassen konnten. Dann sondierten wir nach rechts und stellten fest, daß Hilferding und seine nächsten Freunde und eine Mehrheit der USPD-Parteizeitungen sich hinter Dißmann stellen würden. Besonders empörte uns, daß bei unseren offenen Fragen Arthur Crispian einer offenen Erklärung absolut auswich. Wir konnten nicht genau feststellen, an welcher Stelle der Spalt durch die Partei gehen würde, aber wir mußten damit rechnen, daß eine starke Minderheit die Partei verlassen würde. Wir wären zwar sehr gerne Kautsky und einige der unbequemsten Rechten losgeworden, aber nicht einen erheblichen Teil der Mitglieder. Wir wollten erobern, aber nicht spalten und waren deshalb sogar geneigt gewesen, die Lösung der Führungsfrage in der Partei nicht mit harter Hand, sondern allmählich auf Grund von Kompromissen herbeizuführen. Wenn wir die Spaltung riskierten, würden wir die Hoffnung verlieren, eine Mehrheit der deutschen sozialistischen Arbeiter hinter uns zu bringen. Und dies schien uns eine berechtigte Hoffnung. Der Prozeß mit dieser Tendenz war in vollem Gange, und er bestimmte unser machtpolitisches und revolutionäres Denken.

Dahinter stand weiter ein internationales Problem. Ich wußte, daß Paul Levi keine Spaltung der USPD wünschte, sein Ziel war vielmehr Sammlung. Er setzte seine Hoffnungen darauf, die USPD, so wie sie war, vermehrt um die Kommunistische Partei, in die Dritte Internationale zu bringen, nicht nur um der Erwägung willen, daß Spaltung Schwächung des revolutionären Potentials bedeuten würde, sondern weil er glaubte, daß eine so starke Partei, praktisch bereits die stärkste Deutsch-

1912–1914 Redakteur bei der „Fränkischen Tagespost“, 1914 beim „Vorwärts“, 1918–1920 bei der „Freiheit“ und der „Hamburger Volkszeitung“, 1920–1933 Generalsekretär der Berliner Volksbühne, 1946–1947 Leiter der Abt. Volksbildung im Berliner Magistrat.

⁶³ Vgl. 1. Kapitel, Anm. 78.

lands, den Führern der Bolschewiki wahrhaft gleichberechtigt gegenüberzutreten könnte. Er fürchtete den Zug zu einer russischen Diktatur in der Internationale, und er versuchte frühzeitig dem einen Riegel vorzuschieben, sei es durch die Verlegung des Präsidiums der Komintern nach Deutschland, sei es durch die Schaffung eines zweiten Zentrums der Komintern in Berlin, das in seinen Beschlüssen über die Strategie der deutschen Partei nicht von den Beschlüssen des russischen Zentralkomitees abhängig sein sollte. Wiederholt hatte er solche Gedanken mit mir erörtert, und ich stand ihnen sympathisch gegenüber, weil ich selbst auf meine und meiner Freunde Führerposition pochte. Wir besaßen wirklich die Führung großer revolutionärer Arbeitermassen und waren nicht gewillt, bei einer innerdeutschen Parteiumbildung, bei einer Wiedervereinigung von USPD und KPD unsere Führerposition aufzugeben. Ebenso wenig bei der internationalen Transaktion. Eine durch Spaltung geschwächte USPD hätte den Bolschewiki in der Internationale nicht mit dem gleichen Status entgegentreten können, den wir in Leipzig besaßen. Alles dies lag der praktischen Entwicklung der nächsten anderthalb Jahre zugrunde und hat darüber hinaus weitergewirkt. Es ging also nicht nur um die Führungsfrage in der USPD, sondern von vornherein um die Führungsfrage in der Dritten Internationale nach unserem Anschluß. Vor Leipzig und in Leipzig war sich die Führungsgruppe der linken USPD darüber völlig einig. Es war nicht meine persönliche Führerarroganz, die diese Haltung bestimmte. So dachten wir damals alle.

Wir ließen uns also auf Kompromißverhandlungen mit den Führern der Rechten darüber ein, was der Parteitag in der Frage der Internationale beschließen sollte. In einem zähen nächtlichen Ringen kam ein Kompromiß zustande, in dem wir auf den Beschluß verzichteten, den sofortigen Anschluß zu erklären, und vielmehr den neu zu wählenden Parteivorstand beauftragten, Verhandlungen mit der Komintern über den Eintritt aufzunehmen. Als ich und meine Freunde nach dem Abschluß der Verhandlungen das Kompromiß noch einmal überprüften, fanden wir, daß es die Frage der Haltung zu den Parteien der Zweiten Internationale offenließ. Wir nahmen deshalb in den frühen Morgenstunden die Verhandlungen wieder auf und erklärten dabei, daß wir von unserer Mehrheit Gebrauch machen würden, um in die vereinbarte Resolution einen Passus einzuschieben, der den endgültigen Bruch mit der Zweiten Internationale und ihren Parteien bedeutete. Dies geschah. Die Rechte hatte uns gehindert, den sofortigen Anschluß zu erklären, aber wir hatten alle Pläne der Rechten, die auf eine Wiederanknüpfung mit der Zweiten Internationale gerichtet waren, vollständig zerstört.

Als nun die Führungsgruppe der linken USPD während der Plenarsitzung des Parteitages die Lage überprüfte, kamen wir zu dem Schluß, daß trotz der Annahme unseres Programms und gerade wegen der Einstimmigkeit der Annahme auch dieser Parteitag wieder mit einem Unentschieden im Kampfe um die Führung der Partei enden würde. Ich schlug deshalb vor, die Vereinbarung über eine paritätische Besetzung des Parteivorstandes einzuhalten, jedoch bei der Wahl der beiden anderen zentralen Körperschaften, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission, von unserer Mehrheit Gebrauch zu machen.⁶⁴ So geschah es, wir erzielten in diesen beiden Körperschaften Zweidrittelmehrheiten. Dann berieten wir über die Frage, wen wir neben Crispian zum Vorsitzenden der Partei aus unserer Mitte wählen und da-

⁶⁴ Der „Parteivorstand“ hieß offiziell *Zentralkomitee*, der „Parteiausschuß“ *Beirat*. Es gab keine „paritätische Besetzung“, sondern zwei Listen und Abstimmungen über jede Position.

mit neben der bisherigen Kollektivführung der Linken als den Führer der linken USPD auf den Schild heben sollten. Oder vielmehr: wir berieten gar nicht, sondern wir erklärten gemeinsam Ernst Däumig, daß er selbstverständlich diese Funktion übernehmen müsse.

Ernst Däumig, in der Revolution einer der Führer des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates und Mitglied des Vollzugsrats, der sich in den ersten Tagen der Revolution als die eigentliche zentrale Reichsgewalt ansah, war damals in Leipzig 53 Jahre alt. Er war der Älteste in unserer Führungsgruppe. Nach ausgezeichneter Schulbildung war er, von Abenteuerlust getrieben, in die Fremdenlegion gegangen und hatte es dort bis zum Sergeanten gebracht. Nach dem Ablauf seiner Verpflichtung schied er aus der Fremdenlegion aus. Wie üblich wurde ihm eine zivile Stelle beim Ausscheiden angeboten, und zwar bei der Internationalen Schlafwagensgesellschaft. Aber die Stelle als Schlafwagenkontrollleur befriedigte ihn keineswegs; denn er hatte politische und literarische Aspirationen in Deutschland. Zunächst schrieb er über seine Erlebnisse in der Fremdenlegion, dann trat er in die sozialdemokratische Parteipresse ein und schließlich in die Redaktion des „Vorwärts“, des Organs der Berliner Sozialdemokratie und zugleich des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei. Hier wirkte er als der Vertreter der großen radikalen Mehrheit der Berliner Organisation. Gemeinsam mit Rudolf Hilferding und anderen Redakteuren des „Vorwärts“ unterzeichnete er am 4. August 1914 eine Erklärung gegen die Haltung der Mehrheit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, welche die Kriegskredite bewilligte. Als nach dauernder Verfolgung des „Vorwärts“ durch die Militärbehörden die Rechte der Partei Besitz von der Zeitung ergriff, wurde ihm im November 1916 gekündigt. Er spielte eine große Rolle bei der Bildung der Organisation der Berliner Revolutionären Obleute und galt als deren militärischer Berater. Im Jahre 1918 übernahm er den Nachrichtendienst der USPD. In der Revolution wurde er der Führer des Arbeiterrats. Um ihn sammelte sich eine Gruppe von jüngeren Mitgliedern, teils Intellektuelle, teils aus der Berliner Arbeiterwelt kommend. Sie gaben eine Zeitschrift heraus, die zum führenden Organ der Propaganda des Räterystems wurde, zu den bekannteren seiner Mitarbeiter gehörten Richard Müller, bekannt durch sein Wort: „Der Weg zur Nationalversammlung geht nur über meine Leiche“ und die Gewerkschaftler Neumann und Malzahn, die gemeinsam als die wirklichen Führer der Berliner Arbeiter aus deren eigenen Reihen angesehen werden konnten. Ich war mit ihnen allen befreundet und arbeitete auf das engste mit ihnen zusammen, ebenso die anderen Mitglieder der Führungsgruppe der linken USPD. Ernst Däumig hatte seinerzeit abgelehnt, gemeinsam mit Hugo Haase zum Vorsitzenden der Partei gewählt zu werden, weil er Hugo Haase als das Gegenteil eines revolutionären Politikers ansah und heftige Vorwürfe gegen dessen Politik als Volksbeauftragter erhob. Däumig war von kräftiger Gestalt, mit einem weit offenen freundlichen Gesicht unter einem dünnen Kranz blonder Haare. Trotz seines Alters machte er den Eindruck eines Jugendführers, er liebte es, stets Schillerkragen zu tragen.

Es war nur natürlich, daß wir in ihm den gegebenen repräsentativen Führer erblickten. Aber wir erlebten eine Überraschung. Als wir in unserer internen Sitzung zu ihm sagten: „Ernst, Du mußt das machen, wir sind alle einstimmig dafür“, setzte sich Däumig schwer auf einen Stuhl nieder und verbarg sein Gesicht in beiden Händen. Dann sagte er: „Ich bitte Euch, erlaßt mir das.“ Wir standen um ihn herum und sahen uns erstaunt an. Dann begannen wir, ihn zu bedrängen. Wir stellten ihm vor, daß er bei seiner Berliner Position der gegebene Führer sei, daß keiner von uns ande-

ren einen gleich anerkannten Status in der Gesamtpartei habe. Er schüttelte den Kopf, und nun begannen wir ihn zu befragen: „Warum? Wieso nicht?“ Er rang sichtlich nach Erklärungen, dann sagte er summarisch: „Ich bin nicht der, für den Ihr mich haltet.“ Es klang, als habe er sich nach innerer Selbstprüfung für unzureichend befunden. [. . .]

Wir setzten ihm unseren geschlossenen Willen entgegen, und wir überredeten ihn schließlich. Wir wählten ihn neben Crispian zum Parteivorsitzenden, und wir schickten aus unserer Mitte Wilhelm Koenen und Walter Stoecker in den Parteivorstand.⁶⁵ Und dann zeigten wir unsere Macht bei der Besetzung der beiden anderen zentralen Körperschaften. Es war die Vergeltung dafür, daß man uns in der Frage der Internationale mit der Spaltungsdrohung einen Kompromiß abgerungen hatte. In der Folge stellte sich heraus, daß alles nicht entscheidend und in Wahrheit schon damals die Partei völlig gespalten war. Die ungeheure gegenseitige Bitterkeit, die bei dem nächtlichen Ringen um einen Kompromiß hervorgetreten war, vergiftete die Beziehungen und lähmte vor allem den paritätisch besetzten Parteivorstand vollständig. Ganz anders war der Eindruck dieses Parteitages nach außen. Außerhalb der Partei ging das Urteil dahin, daß die Linke der USPD einen Durchbruchssieg davongetragen und die Führung der Partei erobert habe, der Partei damit den Charakter einer revolutionären Aktionspartei gebend. Bei der Hochspannung der inneren Lage in Deutschland an diesem Zeitpunkt war dies Urteil ein wichtiges politisches Moment. Die gegenrevolutionäre Rechte erblickte darin ein Gefahrensignal, und ihre Organe brachten das offen zum Ausdruck. Im historischen Rückblick bin ich überzeugt, daß der Ausgang dieses Parteitages den gegenrevolutionären Vorstoß beschleunigt hat.

Mein Weggang von Leipzig

Gestützt auf den Ausgang des Leipziger Parteitages, das neue Aktionsprogramm und die Parteitagsbeschlüsse in der Frage der Internationale hätte ich nun den Kampf um die Behauptung oder Stärkung meiner Stellung in Leipzig wieder aufnehmen können – wenn ich gewollt hätte. Aber das Merkwürdige ist, daß der Gang dieses Parteitages in mir den Wunsch verstärkte, von Leipzig wegzugehen. Der ständige teils offene, teils geheime Kampf, der von der Parteileitung gegen mich geführt wurde, war sicherlich für die Partei eine sehr ungesunde Erscheinung. Sie wollten mich von Leipzig forthaben, und ich hatte seit einiger Zeit daran gedacht, von selber wegzugehen. Ich wußte wohl, daß ich außerhalb der Arbeiterkreise der bestgehaßte Mann Leipzigs war. Der geheime Kampf mit kleinlichen Verdächtigungen und Verleumdungen hatte schließlich auch in Leipziger Arbeiterkreisen einigen Eindruck gemacht. Ich wollte, ich hätte das Riesenvermögen besessen und die vielen Villen, welche die Flüsterpropaganda mir zuschrieb! Eine andere Form der Flüsterpropaganda sprach davon, daß ich wohl revolutionäre Reden halte, aber mit Anna eine Luxuswohnung bewohne und auf großen Hamster-

⁶⁵ Crispian erhielt 268, Däumig 151 und Ledebour 124 Stimmen bei der Wahl der beiden Vorsitzenden. Koenen und Stoecker waren erstmals am 27. Juli 1919 als Sekretäre in das Zentralkomitee kooptiert worden. Vgl. Zur Kräftekonstellation in der USPD-Führung Krause, USPD, S. 163 f. u. 300 f., vor allem aber Wheeler, USPD und Internationale, S. 179–182.

vorräten sitze. Die Hungerjahre des Krieges waren gegen Ende des Jahres 1919 kaum gemildert, vor allem in Sachsen nicht. Die Erbitterung der Bevölkerung richtete sich deshalb gegen „die Hamsterer“, und der Vorwurf gegen einen Linkspolitiker, daß er zu den Hamsterern gehöre, war deshalb sehr ernst zu nehmen. Gerade deswegen wurde er von der Flüsterpropaganda gegen „die Dynastie Geyer“, gegen mich und vor allem gegen Anna erhoben. Nun hatten wir beide weder Zeit noch Geld, um zu hamstern, ganz abgesehen davon, daß unsere sozialistischen Auffassungen damals eine tolstoianische Note hatten. Eines Tages erschien in meiner Leipziger Wohnung eine Arbeiterfrau aus einem benachbarten Vorort und verlangte von Anna, die zuhause war, sie möge ihr doch einen Teil unseres großen gehamsterten Kartoffelvorrats abgeben, auch habe sie mit ihren vier Kindern keine Kohlen. Anna führte die Frau zunächst durch unsere Wohnung, die kaum möbliert war, durch die Küche und zeigte ihr den Küchenschrank, dann führte sie sie in den Keller und zeigte ihr, was wir an Kartoffeln und Braunkohlenbricketts dort hatten, und bot ihr an, sie könne nehmen, was sie wolle. Die Frau lehnte beschämt ab und begann sich dann wortreich zu entschuldigen, und schließlich meinte sie, sie könnte uns ab und zu etwas Milch abgeben, denn sie hatte wohl gesehen, in welchem kargen Stil wir lebten. Anna lehnte dankend ab, und die Frau verließ kopfschüttelnd unsere Wohnung, immer wieder betuernd, sie sehe wohl, wie sie belogen worden sei. Neben der Flüsterpropaganda stand die Nadelstichpolitik. Während der Ausschlußberatungen des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung erhielt ich plötzlich eine Zustellung des Leipziger Wohnungsamtes, meine Wohnung sei beschlagnahmt und einer anderen Partei zugewiesen, da ich offensichtlich in Leipzig nicht mehr ansässig sei. Es war ein frecher und primitiver Rechtsbruch. Ich erhob sofort Beschwerde und habe danach nichts mehr davon gehört. Diese kleinen Dinge des Lebens kamen zu den politischen Erwägungen hinzu, wenn ich daran dachte, von Leipzig fortzugehen und in Berlin als Abgeordneter und freier Schriftsteller zu leben. Ich wußte um diese Zeit, daß ich wenig Aussicht hatte, den dritten Platz auf der Liste der Partei für den Wahlkreis Leipzig zu behaupten. Ich selber und meine Freunde hatten im Funktionärkörper der Partei genau sondiert. Nach dem Leipziger Parteitag erklärte ich meinen engeren Freunden, daß sie alle Bemühungen um mein Mandat aufgeben sollten – aus dem einfachen Grunde, weil die Besetzung der zentralen Parteikörperschaften auf dem Leipziger Parteitag mir einen sicheren Sitz auf der Reichsliste der Partei garantierte. Die Leipziger Parteileitung wußte das so gut wie ich. Nebenbei bemerkt, stand das Mandat meines Vaters in keiner Weise in Frage. Solange er politisch aktiv bleiben wollte, war es ihm sicher.

Aber wenn ich nicht gesonnen war, um das Mandat zu kämpfen, so war ich doch gewillt, meine Ansichten gegen die der Parteileitung in der Frage der Internationale energisch zu vertreten. Dies geschah in sechs größeren Parteimitgliederversammlungen, jede von mindestens 1500 Personen besucht. Die Diskussion in diesen Versammlungen und ihre Atmosphäre in den schlecht beleuchteten großen Versammlungssälen ist mir sehr stark im Gedächtnis geblieben; denn dies waren nicht nur die letzten großen Versammlungen, die ich in Leipzig abhielt, sie legten vielmehr auch bei mir den Grund zu Überlegungen, die mich in meinem weiteren politischen Leben zu dem Entschluß führten, der Rolle des Redners in großen Massenversammlungen nach Möglichkeit aus dem Wege zu gehen. In jeder dieser Leipziger Versammlungen traten mir die prominentesten Redner der Parteileitung entgegen, aber jede dieser

Versammlungen stellte sich mit mehr als Zweidrittelmehrheit hinter mich. Ich überfuhr rednerisch jede Opposition, aber ich hatte dabei kein Gefühl des Triumphs. In gewissem Sinne war es eine makabre Angelegenheit. Ich vertrat meine Anschauung, aber ich wußte, daß diese Mehrheit nicht so sehr hinter meinen spezifischen Anschauungen in dieser Frage stand als hinter mir. In der letzten dieser Versammlungen trat mir der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Hans Block, entgegen. Ich diskutierte mit ihm ernsthaft und ohne alle Kunstgriffe über seine Argumente, denn ich hielt meine Argumentation für absolut richtig und überzeugend. Aber ich war mir klar darüber, daß die übergroße Mehrheit der Versammlung über seine Argumente auch nicht eine Sekunde lang nachdachte, sondern nur daran, wie ich ihn abschlachten würde. Ich sah ihm nach dem Ende der Versammlung an, wie enttäuscht und erbittert er darüber war, daß ihm die Versammlung von vornherein feindlich gegenüberstand. Ich weiß, ich hatte ihn in meinem Schlußwort sehr fair behandelt.

Ich war Mitglied der Parteileitung, und nach dieser sechsten Versammlung berieten wir, ob wir weitere Versammlungen in dieser Frage einberufen wollten. Ich machte darauf aufmerksam, daß sich die Mitgliederversammlungen der größten und ausschlaggebenden Parteibezirke in dieser Frage für mich erklärt hätten, und daß weitere Versammlungen das Ergebnis zu meinen Gunsten nur noch verstärken könnten. Die Versammlungsmehrheiten waren so groß, daß die Gegenseite das Spiel mit einer Spaltungsdrohung wie auf dem Leipziger Parteitag nicht anwenden konnte. Meine Gegner in der Parteileitung waren der Lage gegenüber ganz ratlos. Einer von ihnen bemerkte, immerhin sei in diesen Versammlungen nur ein Teil der Gesamtmitgliedschaft anwesend gewesen. Ich sagte darauf spontan, ohne einen Augenblick überlegt zu haben: „Machen wir doch eine Urabstimmung.“ Sie griffen sofort mit beiden Händen zu, wir verabredeten alles, die Fragestellung und daß die Organisation der Abstimmung in der Hand der Parteileitung liegen sollte. Und dann sprachen wir über das Nachher. Ich sagte, ich erwartete, daß im Falle einer Mehrheit für mich die Parteileitung die Entscheidung respektieren und daß Parteileitung und Zeitung in diesem Sinne wirken würden. Für den Fall, daß ich unterliegen sollte, würde ich meine Kündigung als Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ einreichen und wahrscheinlich Leipzig verlassen. Es war eine höchst merkwürdige Vereinbarung, und meine Gegner in der Parteileitung wußten nicht recht, warum ich nicht den Kampf in der bisherigen statutengemäßen Weise fortsetzte, was ihnen keinerlei Chance gelassen hätte. Sowohl sie als auch ich zögerten bei dem Gedanken, aus einem Meinungskonflikt eine Spaltung zu machen, dafür liebten beide Seiten die Leipziger Partei zu sehr.

Die Urabstimmung ergab bei überraschend hoher Beteiligung eine minimale Mehrheit für die Parteileitung. Meine Leipziger Freunde stellten mir vor, das sei eine erschobene Majorität. Sie sei außerdem so klein, daß ich den Anspruch auf einen unentschiedenen Ausgang erheben könne; denn die Partei sie beinahe arithmetisch genau in zwei Hälften geteilt, so daß daraus keine politischen Entschlüsse abgeleitet werden könnten. Sie versicherten mir, wenn wir nun den Kampf in Mitgliederversammlungen und dem Funktionärkörper wieder aufnahmen, so würden wir uns durchsetzen. Die Voraussetzung dabei war natürlich, daß ich das Gewicht meiner Person voll in den Kampf werfen würde. Die Parteileitung scheint unter sich ohne mich ähnliche Erwägungen angestellt zu haben; denn ihre Mitglieder waren maßlos überrascht, als sie hörten, ich hätte meine Kündigung bei der „Leipziger

Volkszeitung“ eingereicht. Die Stimmung der meisten Parteileitungsmitglieder mir gegenüber wurde danach wieder ausgesprochen freundschaftlich.⁶⁶

[. . .]

Als bekannt wurde, daß ich die „Leipziger Volkszeitung“ verließ, wurde mir angeboten, gemeinsam mit Wilhelm Herzog die Chefredaktion der „Hamburger Volkszeitung“ zu übernehmen, die gerade damals aus einem kleinen Blatt zu einer großen Zeitung gemacht werden sollte. Nachdem bekannt war, daß ich die „Hamburger Volkszeitung“ übernehmen würde, nahm mich eines Tages Chefredakteur Hans Block beiseite und fragte vertraulich und etwas verlegen, was mir die Hamburger zahlen würden. Ich wußte wohl, warum er fragte, und sagte ihm, sie würden mir 1300 Mark im Monat zahlen – natürlich Mark von Ende 1919 – und er könne das Argument in der Pressekommission der „Leipziger Volkszeitung“ gebrauchen. Alle Redakteurgehälter der „Leipziger Volkszeitung“, auch das des Chefredakteurs, lagen damals unter 1000 Mark monatlich.

Meine Freunde in der Redaktion und erst recht in der Parteiorganisation machten mir Vorwürfe, daß ich ging und sie allein ließ. Aber ich mußte das tun. Meine Gegner in der Parteileitung müssen das Gefühl gehabt haben, es sei ein Wunder geschehen. Bei dem Haß, der mir im Leipziger Bürgertum entgegengebracht wurde, war mein Weggang von Leipzig für die Parteileitung und die Partei, unter rein wahlpolitischen Gesichtspunkten, eine Erleichterung.

Kampf um das Betriebsrätegesetz

Seit dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung in Berlin hatten meine Freunde und ich den parlamentarischen Kampf um das Betriebsrätegesetz geführt. Im sozialpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung saß ich an einem langen Tisch den Ausschußmitgliedern der Sozialdemokratischen Fraktion gegenüber. Ich kannte sie alle persönlich. Ich wußte, daß meine besten Argumente vergebene Liebesmüh waren; denn sie hatten ihre gebundene Marschorder, den Koalitionsabmachungen entsprechend, und trotz unserer täglich wachsenden Stärke im Lande stand hinter mir und meinen Freunden nur die sehr kleine Fraktion der USPD in der Nationalversammlung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten versuchten, einige Verbesserungen des Gesetzes durchzubringen, aber sie hatten die geschlossene bürgerliche Mehrheit gegen sich. Ich stellte Anträge, die den grundsätzlichen Charakter des Gesetzes verändert hätten, um unseren grundsätzlichen Widerspruch gegen das Gesetz auch an Einzelheiten zu beleuchten. Nicht nur von der linken Führung, sondern von der gesamten Fraktion der USPD wurde das Gesetz als ein Mittel angesehen, um der einzigen noch existierenden unabhängigen Räteorganisation, der Reichszentrale der Revolutionären Betriebsräte, den Garaus zu machen. In nahezu jeder Ausschußsitzung demonstrierte ich, daß wir nicht die Absicht hätten, nach dem Inkrafttreten

⁶⁶ Um die Jahreswende 1919/1920 kursierte innerhalb der Leipziger USPD ein Flugblatt (vgl. Vorwort, Anm. 7), das aus einem Katalog von Vorwürfen gegen Curt Geyer bestand, u. a. wurde ihm vorgeworfen, er besorge die Geschäfte der Kommunisten und wolle die USPD in deren Fahrwasser drängen; die Haltung Geyers vor und während der Besetzung Leipzigs durch General Maercker wurde als Mischung aus öffentlicher Scharfmacherei und persönlicher Feigheit charakterisiert, schließlich warfen ihm seine Gegner den Mißbrauch seiner Stellung in der LVZ bis hin zur Nachrichtenfälschung vor.

des Gesetzes seine Wahlordnung oder seine einschränkenden Vorschriften zu beachten, sondern daß wir vielmehr gewillt seien, die vorhandenen Revolutionären Betriebsräte in den Unternehmungen zu behaupten und mit ihrer Hilfe den Kampf um die Leitung der Betriebe fortzusetzen. Meine Stellungnahme zu diesem Ausschuß wurde gegen Ende der Ausschußberatungen einer sozialdemokratischen Abgeordneten, einer nicht unsympathischen Frau aus Nürnberg,⁶⁷ zu viel. Sie vertrug nicht mehr, daß ich ihnen vorhielt, daß sie die März-Abmachungen von Weimar verrieten, so wie sie ihren eigenen Arbeitsminister Wissell verraten hätten. In einer Art von hysterischem Anfall fiel sie mit zornrotem Gesicht mit den merkwürdigsten Beschuldigungen über mich her. Es schlug mir ein erstaunlicher Haß entgegen. Ihre Tirade kam zu Ende, als ihr Nachbar sie am Arm faßte und ihr sagte, sie solle aufhören. Ich hielt ihr danach einen Vortrag über den prinzipiellen Unterschied unserer Auffassung wie über das Wesen parlamentarischer Taktik. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses sah der ganzen Szene schweigend zu.

Bei den Beratungen im Plenum [im Januar 1920] waren neben mir meine Freunde Bernhard Düwell und Wilhelm Koenen von der Führungsgruppe der linken USPD die Wortführer. Wir kämpften um jede einzelne Position. Wir erreichten damit, was wir wollten, wir hielten den Kampf um das Betriebsrätegesetz im Vordergrund des öffentlichen Interesses und stärkten damit gleichzeitig die Entschlossenheit unserer Betriebsorganisation, in der wir ein für revolutionäre Angelegenheiten geeigneteres Organ erblickten als unsere Parteiorganisation. Eine der sogenannten liberalen Zeitungen Berlins veröffentlichte während dieser Debatte folgenden kleinen Vers:

„Wenn ich wie der Vater Koenen
könnte automatisch klönen,
hol' der Düwell und der Geyer
dieses ewige Geseier.“

Das „ewige Geseier“ ging ihnen auf die Nerven. Was das automatische Klönen von Wilhelm Koenen⁶⁸ anbelangt – er ist im Jahre 1963 als Mitglied der Kommunistischen Partei gestorben –, so war darin wie in jeder Karikatur ein Körnchen Wahrheit.

Wilhelm Koenen war damals nicht nur in seinem Wirkungsbereich Halle–Merseburg die Seele und der Führer der revolutionären Bewegung, ein hinreißender feuriger Volksredner, er war auch in der Nationalversammlung einer der redebegabtesten Parlamentarier, der sich in seinen Reden stets an das Wesentliche der gegebenen politischen Situation hielt. Er war der erste, der es in der Nationalversammlung klar machte, daß speziell in seinem Wirkungsbereich die große Masse der bisher konservativen, ja königstreuen Arbeiter sich der revolutionären Bewegung anschloß, und der aufzeigte, daß der Kampf nicht zwischen Parlamentsparteien, sondern außerhalb des Parlaments von großen Tendenzen um die Volksmassenstimmung geführt wurde. Einige seiner Formulierungen in seinen Parlamentsreden wurden zu bezeichnenden Schlagworten, so als er während des mitteldeutschen Generalstreiks vom März in der Nationalversammlung in Weimar drohend ausrief: „Wir haben die Hand an der Gurgel des Staates!“ Wenn er groß, eckig, rothaarig auf der Rednertribüne stand, war er der Aufmerksamkeit des ganzen Hauses sicher. Ich habe nur

⁶⁷ Vermutlich Helene Grünberg (1874–1928), Schneiderin, Arbeitersekretärin in Nürnberg 1905 bis 1924, Nov. 1919 – Juni 1920 MdR (SPD).

⁶⁸ Vgl. 2. Kapitel, Anm. 91.

einmal erlebt, daß er fast aus dem Konzept gebracht wurde. Er hatte einen fatalen Zug, sich anmerken zu lassen, daß er während seiner Rede sozusagen beobachtend neben sich selbst stand, sich selber zuhörte und sich selber ironisierte. Ich habe das oft am Spiel seiner Gesichtszüge während seiner Reden beobachtet. Eines Tages hielt er in der Nationalversammlung in Berlin eine sehr revolutionäre Rede. Die Abgeordneten von rechts und der Mitte umdrängten aufmerksam die Rednertribüne. Da trat ein demokratischer Abgeordneter, ein alter Rechtsanwalt, gerissener Fuchs und tiefer Menschenkenner, unmittelbar unter die Rednertribüne, sah lächelnd zu Koenen auf, erhob mahnend den Zeigefinger und sagte: „Nicht lachen, Koenen, nicht lachen!“

Wir konzentrierten unsere ganze Aufmerksamkeit auf diesen Kampf. Wir glaubten, wir könnten nach der Verabschiedung des Gesetzes durch die Koalitionsmehrheit der Nationalversammlung den Kampf aus der parlamentarischen Sphäre in die außerparlamentarische Sphäre der sozialen Machtkämpfe verlegen und mit Hilfe der revolutionären Betriebsräte aus der „vorrevolutionären Situation“ in eine neue revolutionäre Situation überleiten – und zwar nicht mit militärischen Mitteln und putschistischer Taktik, jedenfalls anders als es die Reichsregierung und die neue Militärmacht von uns erwarteten. Aber es war klar, daß uns Gewalt entgegengesetzt werden würde und daß die Gefahr eines gegenrevolutionären Staatsstreiches wuchs. Ich drängte deshalb auf die Bildung von aktionsfähigen Kampforganisationen, aber dies war in der paritätisch besetzten Parteileitung nicht durchzusetzen. Wir glaubten, daß wir die politische Initiative hätten. Die Entwicklung im Winter verlief so, wie wir vorausgesagt hatten. Die Scheinkonjunktur durch den bewußten Ausverkauf Deutschlands, der sich nicht nur auf Fabrikate, sondern auch auf Vorräte, Lokomotiven, Maschinen, Fabrikationseinrichtungen erstreckte, ging Hand in Hand mit absinkender Lebenshaltung der Arbeiterschaft bei verstärktem Drängen des Unternehmertums auf den Abbau der Reste der Kriegswirtschaft. In vielen Unternehmungen wurde der Kampf um die Erhaltung der Betriebe eine der Hauptaufgaben der revolutionären Betriebsräte.

Aufstieg rechtsradikaler Kräfte

Aber neben uns und gegen uns ging eine andere Entwicklung vor sich. Die gegenrevolutionäre Gefahr kam nicht mehr von der neuen Militärmacht allein. Die Sammlung und der Wiederaufstieg der „nationalen Opposition“ hatte mit Macht begonnen. Die Bezeichnung „nationale Opposition“ war vor 1914 geprägt worden für alle Kräfte, die damals unter der Führung der Alldeutschen die kaiserliche Regierung Bethmann Hollweg angriffen, weil sie ihrer Ansicht nach nicht energisch genug auf den Krieg drängte. Diese Kräfte hatten mit uns eines gemeinsam: es ging ihnen nicht um parlamentarische Manöver, sondern um die Beherrschung der Volksmassenstimmung.

Ich war mir nach der Erfahrung mit dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung über die Schwäche der regierenden Koalition vollständig klar. Immerhin gab es einige Männer unter ihnen, die kämpfen konnten und wollten, und der stärkste von ihnen war weder der Reichspräsident, noch der Reichskanzler Gustav Bauer⁶⁹ – eine der geistig beschränktesten, verständnislosesten und stursten Figu-

⁶⁹ Gustav Bauer (1870–1944), Gewerkschaftssekretär, 1908 stellv. Vors. der Generalkommission

ren der Weimarer Republik und unter den deutschen Gewerkschaftsführern –, sondern der Führer der Zentrumspartei Erzberger. Auf ihn konzentrierte sich der Haß der neuen „nationalen Opposition“, gerade weil er ein gefährlicher Gegner für sie war. Seit dem Sommer 1919, seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages, war er den fortgesetzten Angriffen Karl Helfferichs ausgesetzt, der ihn finanzieller und politischer Korruption bezichtigte – eine Methode, die später von den Deutschnationalen mit Virtuosität ausgebaut wurde, bis schließlich die Nationalsozialisten sie gegen ihre Erfinder selbst anwandten. Diese haßerfüllten Angriffe auf ihn und die Koalition, die sich nicht wehren wollte oder konnte, wurden um so stärker, je mehr die Empörung und Verzweiflung in diesen Kreisen der äußersten Rechten gegen die fortgesetzten Forderungen der Entente anwuchs. Bereits damals wurde die Parole „gegen das Novembersystem“ geschaffen.

Die neue Militärmacht, geführt von den gegenrevolutionären Generälen, sympathisierte mit der äußersten Rechten, und die Mannschaften der „Freikorps“ waren völlig von der Ideologie der „nationalen Opposition“ durchdrungen. Bereits im Sommer 1919 hatte ihre Stärke etwa 100 000 Mann betragen, beim Beginn des Jahres 1920 waren sie auf etwa 200 000 Mann angewachsen.⁷⁰ Das Gerippe dieser Freikorps bildete die Jugend des gebildeten Deutschland, die sich im Kriege mit der Gesinnung und den Schlagworten der Kriegspropaganda vollgesogen hatte. Ihr Studium war nicht abgeschlossen, die Offizierslaufbahn durch die Vorschriften des Versailler Vertrages versperrt, Kolonien gab es nicht mehr, die akademischen Berufe waren überfüllt. Sie erblickten ihren natürlichen Führer in Ludendorff, den sie nicht mit Unrecht als den wirklichen Diktator Deutschlands während des Krieges angesehen hatten.

Diese Kreise wurden besonders in Zorn versetzt durch die wiederholten Forderungen der Entente auf die Erfüllung jenes Artikels des Friedensvertrages, der die Reichsregierung zur Auslieferung der von der Entente zu benennenden Kriegsverbrecher verpflichtete. Am 10. Januar 1920 trat der Friedensvertrag in Kraft. Diese Frage der Kriegsverbrecher rief auf der Rechten und der äußersten Rechten eine explosive Stimmung hervor. Eine echte revolutionäre Situation wuchs heran, nicht von der äußersten Linken herbeigeführt und ganz anders, als ich erwartet hatte.

Weder ich noch meine Freunde waren dieser Bewegung gegenüber blind, und wir sahen wohl die Gefahr, aber in erster Linie starrten wir auf unsere eigene Bewegung und glaubten, daß sie den Weitergang der Geschichte bestimmen würde. Wohl griffen wir die „nationale Opposition“ in unserer Propaganda und literarisch gerade in der Kriegsverbrecherfrage auf das schärfste an, aber wir unterschätzten ihre Kraft und das Ausmaß, in dem sie bereits Herrschaft über die Gemüter des Volkes ausübte. Es war charakteristisch für die Situation, daß wir uns bei diesem Kampf stärker engagierten als die Kräfte der Mitte, die vor einer wirklichen Auseinandersetzung mit der äußersten Rechten in dieser Frage zurückschreckten, weil manche ihrer führenden Politiker innerlich gemeinsame Sache mit ihr machten. So verblieb es uns, aufzuzeigen, daß die neue Wehrmacht und Ludendorff und die Seinen diese Frage zum Angelpunkt einer Rebellion gegen den Friedensvertrag selbst um den Preis eines sofortigen neuen Krieges machen wollten.

der Gewerkschaften, 1912–1925 MdR (SPD), 1919 Reichsarbeitsminister, Juni 1919 – März 1920 Reichskanzler, bis 1922 noch mehrmals Minister.

⁷⁰ Vgl. Anm. 1. Die Zahlenangaben Geyers sind sicherlich zu niedrig: Gordon, Reichswehr und Weimarer Republik, rechnet mit ungefähr 400 000 in der Zeit 1919/1920.

Am stärksten von uns allen engagierte sich in diesem Kampfe Wilhelm Herzog, der diese Kreise mit ingrimmigem Haß, mit seinem ganzen in Vorkrieg und Krieg gebo-
renem Haß verfolgte. Für ihn ging es nicht nur um Politik. Er war ein großer Mora-
list, und die Aussicht, daß das deutsche Volk zur Rettung einiger Kriegsverbrecher
in einen neuen Krieg gestürzt werden sollte, rief einige seiner schärfsten und empör-
testen Angriffe gegen die verbrecherische Rechte und die offenkundige Feigheit der
Reichsregierung hervor.

Der 13. Januar 1920

Ich habe diesen Hintergrund der nebeneinander herlaufenden und sich durchkreu-
zenden revolutionären Bestrebungen von rechts und links ausführlich dargestellt, um
die wahre Bedeutung der blutigen Szene zu zeigen, die sich am 13. Januar 1920 vor
dem Reichstagsgebäude in Berlin abspielte. Diese Szene ist alsbald danach von den
Schuldigen – der Reichswehr und der äußersten Rechten –, aber auch von der
Reichsregierung Gustav Bauer, dem preußischen Innenministerium unter Wolfgang
Heine⁷¹ und der gesamten deutschen Presse mit Ausnahme unserer Presse in ihrer
wahren Bedeutung völlig umgefälscht und in völlig falschem Lichte gezeigt worden.
Die Version, die bis heute als Geschichtslegende weitergetragen wird, lautet: Wäh-
rend einer Demonstration der Berliner Arbeiter vor dem Reichstagsgebäude wurde
ein Versuch zur Erstürmung des Gebäudes und der Sprengung der Nationalver-
sammlung unternommen. Die Schutzpolizei schoß in Notwehr und zerstreute An-
greifer und Demonstranten, wobei es vierzig Tote und mehr als hundert Verletzte
gab. Diese Geschichtslüge schleppt sich bis auf den heutigen Tag weiter, und es ist
Zeit, daß sie zerstört wird. Da ich einer der Hauptbeteiligten war, will ich nun fest-
legen, wie es wirklich war.⁷²

In der Nationalversammlung im Reichstagsgebäude ging die entscheidende Lesung
des Betriebsrätegesetzes vor sich. Wir konnten die Verabschiedung nicht verhindern,
aber Parteileitung und Fraktion der USPD waren entschlossen, bei dieser Gelegen-
heit zu demonstrieren, daß sie die Legalität dieses Gesetzes nicht anerkennen und
ungehindert durch das Gesetz weiterhin ihre eigene Betriebsrätebewegung ausbauen
und weiter verfolgen würden. Sie wußten, daß sie in dieser Frage für eine Mehrheit
der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft sprachen. Die zentralen Parteikörper-
schaften der USPD und die Reichszentrale der Revolutionären Betriebsräte hatten

⁷¹ Wolfgang Heine (1861–1944), Rechtsanwalt, 1884 Mitglied der SPD, Exponent des rechten
Flügels, 1888–1920 MdR, Nov. 1918 – Jan. 1919 preuß. Justizminister, März 1919 – März
1920 preuß. Innenminister, 1923–1925 Mitglied des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Repu-
blik, 1933 Emigration (Schweiz).

⁷² Über die Ereignisse des 13. Januar ist merkwürdig wenig veröffentlicht worden; die Stichhal-
tigkeit der Geyerschen Darstellung ist daher kaum überprüfbar. Mit Sicherheit waren aller-
dings General Lüttwitz und Reichswehrtruppen nicht beteiligt. Vgl. die Darstellung des
preuß. Innenministers Heine in der Nationalversammlung am 14. 1. 1920, Sten. Ber.,
S. 4210 ff., und Hans von Kessel, Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus
dem Kampf gegen das rote Berlin 1918–1920, Berlin 1933, S. 229 ff. Kessel war als Nach-
richtenoffizier der Berliner Sicherheitspolizei an den Ereignissen maßgeblich beteiligt. S. a.
Die Wahrheit über das Blutbad vor dem Reichstag, 13. Januar 1920, Berlin Verlagsgenossen-
schaft „Freiheit“ o. J. (1920).

gemeinsam beschlossen, die Ablehnung des Gesetzes durch die Unabhängige Fraktion durch eine Demonstration der Berliner Arbeiter vor dem Reichstagsgebäude zu unterstreichen. Damals noch stand kein Bannmeilengesetz einer solchen Demonstration im Wege. Die weite Arena des Platzes der Republik zwischen Reichstagsgebäude und Kroll-Oper war ein ausgezeichnete Ort für eine Massendemonstration. Die Organisation der Demonstration lag gemeinsam in der Hand der Berliner Parteileitung und der Reichszentrale der Betriebsräte.

Meine Aufgabe bestand darin, als Hauptredner der Fraktion im Plenum der Nationalversammlung⁷³ den gegenrevolutionären Charakter des Gesetzes aufzuzeigen und unseren Widerstand dagegen zu begründen, nach Möglichkeit in einer so langen Obstruktionsrede, wie sie während der Schlußberatung des Zolltarifs von 1902 von der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages angewandt worden war.⁷⁴ Die Unterstützung einer parlamentarischen Aktion durch eine solche Demonstration vor dem Reichstag war damals vollkommen legitim – eine Demonstration der Kraft einer Bewegung, gegen die dieses Gesetz sich richtete. Was wir in erster Linie wollten, war, vor der bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung zu demonstrieren, daß hinter der kleinen Fraktion von 22 USPD-Abgeordneten die große Mehrheit der Berliner Arbeiter stand und daß die Nationalversammlung nicht hoffen konnte, mit dem Gesetz den gegenrevolutionären Willen der bürgerlichen Mehrheit durchzusetzen. Und in zweiter Linie wollten wir den Sozialdemokraten zeigen, daß sie in dieser Frage die Mehrheit der deutschen Arbeiter gegen sich hatten, nachdem sie bereits zuvor die Vereinbarungen über die Sozialisierungsgesetze gebrochen hatten. Keinerlei aggressive Absichten bestanden bei den Veranstaltern der Demonstration, die Demonstranten waren völlig unbewaffnet. Es war nicht eine „geschützte Demonstration“ im Sinne revolutionärer Gymnastik, sie enthielt keinerlei Skelett von Kampfgruppen, die bei einem Angriff auf die Demonstration aus der Demonstration eine revolutionäre Aktion hätten machen können.

Als ich und meine Freunde am Vormittag des 13. Januar das Reichstagsgebäude betraten, fanden wir die Eingänge und das Reichstagsgebäude überhaupt militärisch besetzt, sowohl von preußischer Schutzpolizei als auch von Reichswehrtruppen mit Maschinengewehren. Die Besetzung stand unter dem Befehl von General Lüttwitz⁷⁵ persönlich. Wir protestierten sofort beim Präsidenten des Reichstages. Die Anwesenheit der Truppen im Gebäude stellte eine eklatante Verletzung der Rechte der

⁷³ Die Sitzung der Nationalversammlung am 13. Januar 1920, auf deren Tagesordnung die 2. Lesung des Betriebsrätegesetzes stand, begann um 15.19 Uhr, gelangte aber über Geschäftsordnungsdebatten (Friedrich Geyer und Henke, USPD) über die Besetzung des Reichstags mit Sicherheitspolizei nicht hinaus. Die Schießerei ereignete sich schon während des Beginns der Sitzung, nach heftigen Tumulten wurde die Sitzung um 16.32 Uhr unterbrochen, um 17.09 Uhr wieder aufgenommen und um 17.11 Uhr endgültig geschlossen (Sten. Ber. S. 4195 ff.). Die Beratungen über das Betriebsrätegesetz wurden am 14. Januar wieder aufgenommen, nachdem Reichskanzler Bauer und der preuß. Innenminister Heine zu den Ereignissen des Vortags Stellung genommen hatten. Am 18. Januar wurde der Gesetzesentwurf gegen die Stimmen der USPD und der DNVP angenommen.

⁷⁴ Otto Antrick (SPD) hatte am 13. 12. 1902 eine achttündige Obstruktionsrede gegen die Zollvorlage gehalten.

⁷⁵ Walter Frhr. v. Lüttwitz (1859–1942), General, im März 1919 Führer der Regierungstruppen bei den Berliner Kämpfen, Herbst 1919 Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos I, inszenierte am 13. 3. 1920 zusammen mit Kapp den Kapp-Putsch, floh dann ins Ausland bzw. lebte unerkannt auf schlesischen Gütern, 1925 amnestiert. Vgl. Anm. 72.

Nationalversammlung dar, einen offenen Verfassungsbruch. Der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach wich unserem Protest mit einer erstaunlichen Erklärung aus: das Reichstagsgebäude liege auf preußischem Boden, und wenn der preußische Innenminister glaube, das Gebäude schützen zu müssen, so müsse er die Verantwortung dafür dem preußischen Innenminister überlassen, der im Gebäude anwesend sei. Wir könnten bei Sitzungsbeginn Anträge stellen, und dann könnte die Nationalversammlung entscheiden. Wir taten das auch, waren uns aber von vornherein der Zwecklosigkeit bewußt.

Preußischer Innenminister war damals Wolfgang Heine. Er war vor dem Kriege und erst recht während des Krieges der schärfste Wortführer der offen nationalistisch denkenden äußersten Rechten in der Sozialdemokratischen Partei gewesen. In seinen Schriften hatte er mit größter Klarheit herausgearbeitet, daß die Nation der Internationalität der sozialistischen Bewegung voranzugehen habe. In der Revolution und nach der Revolution war er ein wütender Gegner der Revolution, die er noch stärker haßte als Reichspräsident Ebert. Er gehörte zu den „Ebertinern“, das heißt zu dem engen Kreis um den Reichspräsidenten, der diesen auf seinem verhängnisvollen Weg beriet und weitertrieb. Er war von Beruf Rechtsanwalt, aber zum Unterschied von den jüdischen Rechtsanwälten, die sich wegen ihres Ausschlusses von allen Staatsstellen im kaiserlichen Deutschland der Sozialdemokratie zugewandt hatten, war er vielmehr in seinen Studienjahren Mitglied des „Vereins deutscher Studenten“ gewesen, oder wie wir im studentischen Jargon zu sagen pflegten: ein V. D. Ster. Es war offenkundig, daß er der aufsteigenden „nationalen Opposition“ sympathisch gegenüberstand, ebenso wie der von ihm ernannte Oberpräsident von Ostpreußen, Winnig,⁷⁶ der sich im Kapp-Putsch offen für die Kapp-Rebellen erklärte, oder wie der gleichgesinnte Oberpräsident von Schlesien, der ebenfalls von ihm ernannt worden war.⁷⁷

Auf dem weiten Platz zwischen dem Reichstagsgebäude und der Kroll-Oper hatte inzwischen der Aufmarsch der Demonstranten begonnen, in solcher Stärke, daß sich aller im Reichstagsgebäude Anwesenden eine ständig wachsende Erregung bemächtigte. Aber es war nicht der Aufmarsch der Demonstranten allein, der die Erregung in den Gesprächen hervorrief. Die maßlose Erbitterung des Generals von Lüttwitz wegen der Kriegsverbrecherfrage war allen bekannt. Seine Anwesenheit mit seinen Truppen im Reichstagsgebäude führte unvermeidlich zu der Frage, ob er gegen die Regierung der Weimarer Koalition putschen wollte. Rein militärisch gesehen war er nach dieser Besetzung der Herr des Reichstagsgebäudes, um so mehr, als er den preußischen Innenminister auf seiner Seite wußte. Er hätte jede Minute im Gebäude die gesamte Reichsregierung einfach verhaften können, ohne Widerstand zu finden. Die Frage: „Was will Lüttwitz?“ war deshalb in aller Munde, und je mehr und je stärker sie diskutiert wurde, desto stärker begann der große Wandelgang des Reichstagsgebäudes einem Hexenkessel zu gleichen.

Ich hatte ein bezeichnendes Erlebnis. Zu mir kam mein Freund Wilhelm Herzog und

⁷⁶ August Winnig (1878–1956), 1912 Vors. des Dt. Bauarbeiterverbands, 1918 Reichskommissar für die balt. Provinzen, 1919–1920 Reichskommissar für Ost- und Westpreußen und Oberpräsident von Ostpreußen. Wegen Parteinahme für den Kapp-Putsch Ausschluß aus SPD und Gewerkschaft 1920.

⁷⁷ Gemeint ist Otto Hörsing (SPD), damals (Mai/Juni – Dezember 1919) preuß. Staats- und Reichskommissar für Schlesien und Posen. Hörsings Amtsführung war Gegenstand der Kritik namentlich in der USPD-Presse, die ihn u. a. als „kleiner Noske“ titulierte.

sagte: „Was soll ich tun? Breitscheid hat mich eben angesprochen und mir geraten, sofort und so unauffällig wie möglich das Gebäude zu verlassen. Als ich ihn fragte, warum, antwortete er mir: ‚Ich weiß von Wolfgang Heine, daß Lüttwitz Sie wegen Ihrer Haltung in der Kriegsverbrecherfrage hier im Reichstagsgebäude verhaften lassen will.‘ Was soll ich tun?“ Ich riet ihm, er möge im Gegenteil das Gebäude nicht vor dem Abend verlassen; denn sonst riskiere er, vor einem der Ausgänge auf der Straße verhaftet zu werden, er könne sich in meinem Arbeitszimmer im Dachgeschoß des Reichstages aufhalten.

Ich habe sofort aus diesem Zwischenfall den Schluß gezogen, daß Lüttwitz irgendeinen Plan im Schilde führte. Es konnte sein, daß er gegen die Reichsregierung offen putschen wollte. Es konnte auch sein, daß er eine andere Art von Staatsstreich im Auge hatte – zum Beispiel die Verhaftung der gesamten Fraktion der USPD. Er konnte ziemlich sicher sein, daß die Reichsregierung keinerlei Machtmittel besaß, um ihn zur Rückgängigmachung einer solchen Maßnahme zu zwingen, die sie nachträglich vielleicht sogar gebilligt haben würde.

Aber vor dem Reichstagsgebäude stand die Riesendemonstration der Berliner Arbeiter. Als ich in den unmittelbar nachfolgenden Tagen die Situation und das Geschehen wieder und wieder durchdachte, habe ich mir vorgestellt, es wäre durchaus möglich gewesen, daß die Demonstration eine plötzliche Nachricht: „Lüttwitz hat die Reichsregierung verhaftet“ zunächst mit Jubel und Schadenfreude aufgenommen hätte, daß sie hingegen nach einer Nachricht, daß er die USPD-Fraktion verhaftet hätte, den Reichstag gestürmt hätte, wenn ihre Führer es befohlen hätten. In diesen Überlegungen sagte ich mir auch wieder und wieder: Wenn wir die Absicht zu einer Aktion gehabt hätten, so hätten wir trotz der Besetzung des Reichstagsgebäudes ohne weiteres das Gebäude stürmen können, und dann hätte die Szene im Reichstagsgebäude der in den Tuileries am 10. August 1792 geglichen, nachdem das Marseiller Bataillon den Sitz des Königs gestürmt hatte.

Im Speisesaal des Reichstagsgebäudes drängten sich die Abgeordneten an den großen Spiegelscheiben. Vor ihnen lag der weite, von einer riesigen dichten Menschenmenge gefüllte Platz der Republik. Zwischen ihnen und der unten stehenden Mauer der vordersten Reihe der Demonstranten lag die riesige zweiteilige Auffahrtsrampe, die vom Platz bis zum Niveau des Speisesaals hinaufführte, und die große Freitreppe, die völlig frei von Demonstranten war. Ich ging mit einem amerikanischen Journalisten auf einen der Seitenpfeiler der Rampe nach der Ecke der Sommerstraße zu hinaus und blickte auf die Demonstranten hinab. Ich hatte meine eigenen Erfahrungen mit den Riesendemonstrationen auf dem Leipziger Augustusplatz, aber diese Demonstration übertraf alles, was ich jemals gesehen hatte. Ich habe späterhin nur noch einmal eine gleich starke, wenn nicht noch stärkere gesehen: am 1. Mai 1933, als die Berliner Arbeiter, dem Befehl Adolf Hitlers und ihrer Gewerkschaftsführer folgend, vor Hitler auf dem Tempelhofer Feld paradierten. Der amerikanische Journalist schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 250 000, nach meinem eigenen Urteil waren es an die 200 000. Er machte von unserem Standort aus photographische Aufnahmen, er blieb dort und machte weitere Aufnahmen, so eine unmittelbar vor den Schüssen, die andere unmittelbar danach. Ich erhielt diese Bilder einige Tage später von ihm. Das Bild, das einige Sekunden vor den Schüssen aufgenommen worden war, zeigte keinerlei aggressive Bewegung, sondern nach wie vor die erste Reihe der Demonstranten am Fuße der Rampe und Freitreppe, völlig unbeweglich, die andere nur fliehende Rücken und bereits einen breiten offenen Raum zwischen den Fliehen-

den und der Rampe. Er bot diese beiden Bilder, die wichtige Bilddokumente darstellten, sämtlichen Berliner Zeitungen an. Sie lehnten alle ab, weil ihre Veröffentlichung die offizielle Darstellung dessen, was geschehen war, Lügen gestraft hätte. Ich ging ins Gebäude zurück, wo im großen Wandelsaal die Erregung inzwischen noch weiter gewachsen war. Vor allem die sozialdemokratischen Abgeordneten waren bleich vor Furcht. Auch sie trauten Lüttwitz nicht – und draußen stand praktisch die gesamte Berliner Arbeiterschaft und demonstrierte gegen sie und ihre Politik. Ich setzte mich in den leeren Plenarsitzungssaal an meinen Tisch, um in meinen Notizen für meine Rede Einfügungen zu machen, die diese besondere Situation betrafen. Als ich daran arbeitete, kam mein Freund Otto Braß und sagte: „Komm mit mir. Ich will mich auf dem Platz nach Neumann und Malzahn (den Führern der Demonstration) umsehen und sie fragen, was sie vorhaben.“ Ich verließ mit Braß das Gebäude durch das Portal II an der Sommerstraße, durch das die Abgeordneten das Gebäude zu betreten pflegten. Im Vorraum vor dem Portal stand eine Gruppe von Reichswehroffizieren mit Lüttwitz in der Mitte, offensichtlich in Beratung. Ein Flügel der schweren Tür stand offen. Vor dem Portal, auf dem Pflaster des Bürgersteigs stand eine Batterie von Maschinengewehren, um sie und hinter ihnen Reichswehrmannschaften, teils liegend, teils kniend. Die Fahrbahn der Sommerstraße war völlig leer. Auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig nach dem Tiergarten zu standen einige hundert Leute. Es war zweifelhaft, ob es Demonstranten oder die üblichen Zuschauer waren: denn die eigentliche Demonstration stand auf dem Platz der Republik. Dort bahnten Braß und ich uns einen Weg durch die Demonstranten – man kannte uns – bis zu dem flachen Wagen, den Neumann und Malzahn als Tribüne benutzten. Wir stiegen hinauf, und Braß, der erfahrene Organisator der linken USPD-Führungsgruppe, fragte Malzahn: „Was hast Du vor? Du kannst doch die Demonstranten nicht bis zum Abend hier stehen lassen?“ Malzahn antwortete: „Haltet nur erst Eure Reden, dann werde ich die Demonstration für geschlossen erklären und zum Abmarsch auffordern. Jetzt könnte ich gar nicht, wenn ich wollte, denn seht dort, der Schiffbauerdamm und die Brücke sind noch voll von immer neu ankommenden Zügen.“ Ich sagte dann: „Was werden Sie sagen, wenn Sie die Demonstration schließen?“ – „Nun, ganz einfach, nun wissen die Sozialverräter dort im Reichstag, woran sie mit Euch sind, nun geht und setzt den Kampf in den Betrieben fort.“ Ich hörte diese Absicht mit Erleichterung, denn ich war mir völlig darüber klar, daß die Riesendemonstration hier und die Reichswehr dort eine hochexplosive, überaus gefährliche Situation darstellten. Die unerwartete Riesengröße der Demonstration verschärfte die Spannung. Ich ging in das Gebäude zurück, Braß erklärte, er wolle bei Neumann und Malzahn bleiben, was mir sehr lieb war. Die Situation in der Sommerstraße und im Vorraum von Portal II war völlig unverändert, als ich dorthin zurückkam.

Ich ging in den Plenarsaal; denn inzwischen hatte die Sitzung offiziell begonnen, und nun rollten zunächst unsere erregten, aber gänzlich nutzlosen Proteste wegen der militärischen Besetzung des Gebäudes ab. Die geschäftsordnungsmäßigen Formalien einer Parlamentssitzung folgten nach, dann erhielt der Berichterstatter über das Gesetz das Wort. Plötzlich stürzte ein Abgeordneter in den Sitzungssaal und rief: „Vor dem Hause ist geschossen worden.“ Die Maschinengewehrsalve vor Portal II war im Sitzungssaal nicht gehört worden.

Ich stürzte aus dem Saal durch den Seitengang und die Wandelhalle zu der nach Portal II hinabführenden Treppe. Vom Fuße der Treppe aus bot sich mir folgendes

Bild: Lüttwitz, seine Offiziere und Mannschaften und die Maschinengewehre waren verschwunden. Beide Flügel der schweren Tür waren weit offen. Jenseits der Fahrbahn sah man Tote und Verwundete auf dem Bürgersteig liegen. Auf den blutüberströmten Marmorfliessen des Vorraums lagen etwa ein Dutzend Tote und laut stöhnende Verwundete. Ich sah, wie Anna, weinend, das Kleid bis zum Halse blutbefleckt, sich über einen der Verwundeten beugte. Mit ihr waren Eugen Prager, Redakteur an der „Freiheit“ und Mitarbeiter Hilferdings, und einige seiner Kollegen. Drei oder vier Reichstagsbeamte standen händeringend an den Wänden.

Eugen Prager zitterte vor weißglühendem Zorn. Er rief uns zu: „Laßt uns die Toten hinauf in den Sitzungssaal tragen und den Verbrechern von der Regierung zeigen, was sie angerichtet haben!“ Andere und auch Anna stimmten ihm zu. Sie waren unmittelbar nach den Schüssen ohne Rücksicht auf die Truppe hinausgestürzt und hatten begonnen, die Opfer in den Vorraum zu tragen. Auch mich schüttelte die Empörung, trotzdem erkannte ich in einem Blitz, was Prager vorschwebte: die von Freiligrath beschriebene Szene in der Märzrevolution von 1848, als die Menge Friedrich Wilhelm IV. zwang, zur Bahre der Toten zu kommen und den Hut vor ihnen abzunehmen. Aber ich wußte auch, daß sie nicht einmal bis in den Wandelgang kommen würden. Und vor allem wußte ich in meinem innersten Herzen: das ist eine Niederlage, die sich nicht durch eine pathetische Geste ungeschehen machen läßt. Ein Blick aus der Tür zeigte mir, daß die Demonstranten völlig verschwunden waren. Inzwischen kam mein Freund Düwell mir nach und rief: „Diese Schweine setzen die Sitzung fort.“ Ich ergriff ihn am Arm und sagte: „Wir sprengen die Sitzung!“ Wir liefen in den Sitzungssaal zurück zu unseren Plätzen und begannen, Fehrenbach anzuschreien: „Es sind Tote im Haus. Schluß! Schluß!“ Er versuchte hartnäckig, die Sitzung weiterzuführen, aber wir schrien ihn mit stärkstem Stimmaufwand, unterstützt von unserer Fraktion, unter Lärm der Pultdeckel, nieder, bis er Düwell und mich von der Sitzung ausschloß. Wir gingen nicht und demonstrierten weiter, bis er die Sitzung vertagte. Nach der kurzen Vertagung nahmen wir die Obstruktion wieder auf, bis er endlich die Sitzung schloß. Dann setzten wir uns zusammen und berieten. Anna hatte inzwischen in einem Waschraum ihr völlig blutdurchtränktes Kleid ausgezogen, sich gewaschen und ein Kleid von der Aufwärterin geborgt.

Mir und meinen nächsten Freunden war vollkommen klar: Lüttwitz hatte unprovokiert schießen lassen. Ob er zu dem Feuerbefehl die Erlaubnis der Reichsregierung hatte oder nicht, ist nie geklärt worden, es war auch völlig gleichgültig, nachdem die Reichsregierung seine Besetzung des Reichstagsgebäudes gedeckt hatte. Nachdem er einmal hatte schießen lassen, war die Reichsregierung unrettbar und unheilbar von ihm abhängig, weit stärker als zuvor. Was immer die Vorstellungen der Reichsregierung gewesen sein mögen – er hatte die Situation zu einem schweren Schlag gegen die revolutionäre Linke ausgenutzt, der nun von ihm und der Reichsregierung und der Preußenregierung mit einer Unterdrückungspolitik fortgesetzt wurde.

Die Reichsregierung verhängte den Belagerungszustand. Aber ihre Haltung und ihre Behauptungen waren so verdächtig, daß die sächsische Landesregierung erzwang, daß Sachsen davon ausgenommen wurde.⁷⁸ In der Nacht hatten die Presseabteilun-

⁷⁸ In der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 1920 aufgrund Artikel 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung waren Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden von vornherein ausgenommen (RGBl. 1920, S. 207 f.). S. a. 2. Kapitel, Anm. 98.

gen gearbeitet. Ihre Version war, vor den Fenstern des Speisesaals des Reichstages sei ein mit einer Pistole bewaffneter Mann erschienen und habe auf die Abgeordneten gezielt, auch habe die Menge Anstalten gemacht, das Reichstagsgebäude zu stürmen. Aus dem Angriff des Generals von Lüttwitz auf eine legale, unbewaffnete Demonstration wurde eine Verteidigungsaktion gegen einen Angriff auf die Nationalversammlung zurechtgelogen. Die parlamentarischen Vorgänge am 13. und 14. Januar können in den stenographischen Berichten der Nationalversammlung nachgelesen werden. Natürlich setzten wir uns auf das heftigste gegen den Versuch zur Wehr, aus einem Handstreich des Generals von Lüttwitz einen abgeschlagenen Aufstandsversuch der Linken zu machen, aber das verhinderte nicht die Welle der Verfolgungen und Unterdrückung der Zeitungen der USPD, die nun nachfolgte.

Späterhin, im historischen Rückblick ist mir klar geworden, daß diese Aktion des Generals und Wolfgang Heines, den später die „Freiheit“ der Blutschuld bezichtigte, der Regierung der Weimarer Koalition viel stärker geschadet hat als unserer Partei, und daß diese Aktion des Generals mit vollem Recht als eine Generalprobe für den Kapp-Putsch angesehen werden kann. Er hatte aktiv die Lage sondiert und dabei nicht nur festgestellt, daß wir unvorbereitet waren, sondern auch, daß er das Geschick der Regierung der Weimarer Koalition völlig in seiner Hand hielt. In der strittigsten Frage zwischen der Koalition und der Militärmacht, der Frage der Kriegsverbrecher, kapitulierte unmittelbar danach die Reichsregierung vor dem Militär. Am 25. Januar erklärte sie der Entente, daß sie die Auslieferung der Kriegsverbrecher verweigere.⁷⁹ Keine Erörterung der Zusammenhänge wurde in den nachfolgenden Tagen in der deutschen Presse angestellt. Die „Freiheit“ wurde auf Grund des Belagerungszustandes sofort verboten. Die gesamte Presse des Reiches kannte in diesen Tagen nur einen Feind: die USPD und die Reichszentrale der Betriebsräte. Niemand dachte daran, das Machtproblem zu erörtern, das mit diesen Vorgängen verbunden war.

Auch über die Einzelheiten der Vorgänge wurde ein Vorhang des Schweigens gezogen. Das Ergebnis von Lüttwitz' Schießbefehl waren vierzig Tote und mehrere hundert Verletzte.⁸⁰ Jeder der Toten wie der Verletzten hatte die Einschüsse im Rücken. Die weitaus meisten der Toten und Verletzten fielen im Bereich der vor Portal II stehenden Maschinengewehre, es ist nie festgestellt worden, ob es Demonstranten oder einfach Schaulustige waren, wie sie immer vor dem Portal II standen. Auch konnte niemals festgestellt werden, ob nicht außerdem aus einem der oberen Fenster des Gebäudes gefeuert wurde. Bezeichnend war auch, daß nach der Flucht der Demonstranten nicht eine einzige Waffe in der Sommerstraße oder auf dem Platz der Republik gefunden wurde. Die Reichsregierung und die Preußenregierung hatten an einer Untersuchung nicht das mindeste Interesse. Es genügte ihnen, uns die Blutschuld zuzuschieben, während wir sie und in erster Linie den preußischen Innenminister Wolfgang Heine der Blutschuld bezichtigten. Wolfgang Heine wurde nach

⁷⁹ Die durch Art. 228 des Friedensvertrags geforderte Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher (nach einer am 3. 2. 1920 bekanntgegebenen Liste 895 Personen, darunter fast alle deutschen Heerführer) zur Aburteilung durch alliierte Militärgerichte war Gegenstand größter Empörung in der deutschen Öffentlichkeit, besonders beim Militär. Die Reichsregierung lehnte am 25. 1. 1920 das Auslieferungsbegehren ab, erklärte sich jedoch bereit, deutsche Strafverfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig in Gang zu bringen.

⁸⁰ Nach den offiziellen Berichten waren es 42 Tote und 105 Verwundete.

dem Kapp-Putsch von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Rücktritt gezwungen.

Aber unmittelbar nach der blutigen Szene ließ Wolfgang Heine den Vorsitzenden der USPD, Ernst Däumig, den Führer des linken Flügels der Partei, verhaften, als dieser das Reichstagsgebäude verließ. Er wurde beschuldigt, einen hochverräterischen Anschlag gegen Regierung und Nationalversammlung organisiert zu haben, wobei er innerhalb von 24 Stunden auf frischer Tat ertappt worden sei.⁸¹ Ernst Däumig blieb sechs Wochen in Haft, dann wurde die unsinnige Anklage einfach zurückgezogen. Ich verließ mit Anna das Gebäude durch einen von Abgeordneten niemals benutzten Nebenausgang und entging den Kriminalbeamten, die vor dem Portal II auf uns warteten. Es war ganz klar, daß wir es mit einer vorbereiteten Polizeiaktion zu tun hatten. Ich ging vorsichtshalber nicht in meine Wohnung, sondern fuhr mit Anna nach Nikolassee, wo wir im Forsthaus übernachteten. Am anderen Morgen ging ich sehr früh in das Reichstagsgebäude zurück und sprach dort in der Sitzung. Ich blieb einige Tage in Nikolassee – das war unser damaliger Begriff von „Illegalität“ –, um mich um die Verhältnisse im Parteivorstand der USPD nach der Verhaftung von Däumig und um die Verhältnisse in der Berliner Partei zu kümmern.

In zwei Sitzungen in einem südwestlichen Berliner Vorort vereinbarte ich mit Wilhelm Dittmann, der als Vertreter des Parteivorstandes den Vorsitz führte, den Vertretern der Berliner Organisation und der Reichszentrale der Betriebsräte, welche Verbindungen unter dem Belagerungszustand gehalten werden mußten und welche Informationsblätter die Unterrichtung durch die verbotenen Zeitungen ersetzen sollten. Aber danach zog ich es vor, dem Beispiel meiner engeren Freunde zu folgen und Berlin zunächst zu verlassen. Das preußische Innenministerium erließ Haftbefehle gegen die prominenten Führer der linken USPD, Däumig war verhaftet, nach den linken Mitgliedern des Parteivorstandes wurde gesucht, Crispian und seine Freunde blieben unbehelligt. Auf jeden Fall erzielte die preußische Polizei eine zeitweilige Zerstreuung der Führungsgruppe der linken USPD und verschob durch ihr Vorgehen das Kräfteverhältnis im Parteivorstand der USPD vollständig.

Bevor ich Berlin verließ, hatte ich eine Unterredung mit Paul Levi. Er machte mir heftige Vorwürfe. Wir hätten vorher festlegen sollen, wann und wie die Demonstration beendet werden sollte. Ich wandte ein, das sei geschehen, aber wir seien durch die phänomenale Größe der Demonstration überrascht worden. Ich erzählte ihm, daß Braß und ich uns um die Direktion gekümmert hätten, obwohl sie nicht in unserer Hand lag. Ich erzählte ihm von den Schwierigkeiten Malzahns, der die Abmarschstraßen noch durch Anmärsche gesperrt sah, und daß Braß bei Malzahn geblieben sei, weil wir die Gefahr sahen. Schließlich meinte er: „Ihr hättet doch den Befehl geben können: und nun geht Ihr in Eure Betriebe zurück und wählt dort sofort revolutionäre Betriebsräte gegen das Gesetz! Dann hätte die Demonstration doch wenigstens einen positiven Erfolg gehabt.“ Ich erwiderte ihm: „Aber, lieber Paul, das waren doch revolutionäre Betriebsräte, sie waren ja schon in den Betrieben gegen das Gesetz und die Wahlordnung des Zentralrats gewählt. Und dann: Sie reden wie ein Schachspieler, der nur die eine Seite sieht. Sind Sie sicher, daß Lüttwitz seinen Schießbefehl nicht gegeben hätte, wenn er bemerkt hätte, daß der Abmarsch

⁸¹ Die Verhaftung Däumigs und weiterer 11 USPD-Funktionäre erfolgte auf Veranlassung des Oberkommandos in den Marken am 19. Januar 1920. Däumig blieb bis 4. 3. 1920 in Haft.

begann?“ Und nun stellte sich heraus, daß er die Zweideutigkeit der Situation im Reichstagsgebäude weniger scharf erfaßt hatte als ich. Paul Levi sagte dann, er habe einen Parteitag vorzubereiten und zu diesem Zwecke einige Sitzungen in verschiedenen Städten abzuhalten. Anna fragte ihn: „Wie wollen Sie einer Verhaftung entgehen?“ Er antwortete lächelnd: „Ich verlasse mich auf meinen antibolschewistischen Gesamteindruck.“ Er wurde Ende Februar in Bremen verhaftet.

Ich ging mit Anna zu ihren Eltern in einer Gartenvorstadt von Frankfurt. Ich fand in Frankfurt weitere Anzeichen dafür, daß ein Schlag gegen die linke USPD vorbereitet war. Toni Sender hatte alsbald nach der mörderischen Szene vor dem Reichstagsgebäude eine Protestdemonstration gegen Lüttwitz in den größten Versammlungssaal Frankfurts, das Schumanntheater, einberufen. Die Demonstration wurde in letzter Minute verboten, Militär stellte sich den anmarschierenden Demonstranten in den Weg und schoß ohne Grund und Provokation. Es hatte auch dort Tote und Verletzte gegeben. Toni Sender, die verhaftet werden sollte, hatte Frankfurt verlassen müssen. Die Stimmung in der Partei in Frankfurt war niedergeschlagen. Ich riskierte nicht, in der Stadt Versammlungen abzuhalten, sondern redete in allen Arbeiterorten um Frankfurt herum, um die Partei zusammenzuhalten. Mein Name wurde nicht genannt, ich war der Genosse Wagner aus Berlin. Aber die Versammlungsbesucher wußten natürlich, daß der Redner die zentrale Führung vertrat, und einige erkannten Anna. Wie gesagt, das war damals unser Begriff von „Illegalität“. Ich sondierte auch in den umliegenden Parteibezirken bis nach Nordbayern, ob Stimmung für die Bildung einer aktiven Widerstandsbewegung und für die Bildung von ausgesprochenen Kampfgruppen bestand, ich sah überall, selbst da, wo sie es nicht zugaben, die Bedenken unserer lokalen Führer. Erbitterung, Empörung und Enttäuschung sowie die theoretische Anerkennung der Notwendigkeit aktivistischer Haltung fand ich überall, aber keinen wirklich praktischen Willen zum Aktivismus.

Richtungsstreit in der USPD

Inzwischen hatte der rechte Flügel der Partei die Situation auszunutzen versucht, weniger der intellektuelle Kreis um Hilferding, der die Situation ebensogut kannte und beurteilte wie ich und meine Freunde, als die rechtsstehenden Mitglieder des Parteivorstandes um Crispian, wobei Dittmann ausgenommen werden muß, der sich eifrig um Zusammenhalt und Sammlung bemühte. In dieser Situation begann die Mehrheit der Parteizeitungen den Leipziger Parteitag und seine Beschlüsse heftig anzugreifen. Offensichtlich aufgrund von Verabredungen wurde die Revision des in Leipzig beschlossenen Aktionsprogramms verlangt. Die Mehrheit auf dem Parteitag wurde als ein Krankheitssymptom der Partei hingestellt.

Ende Januar berief Crispian – Däumig saß noch in Haft – eine Reichskonferenz der Partei in Berlin ein, auf der wir nicht vertreten waren;⁸² denn wir wurden noch von der preußischen Polizei gesucht. Er benutzte diese Situation, um zunächst entschieden Stellung zu nehmen gegen jede Verhandlung mit den Bolschewiki. Sein Hauptargument richtete sich gegen die Ostorientierung überhaupt. Die Idee der Weltrevolution – so führte er aus – würde von bürgerlichen Kreisen aus nationa-

⁸² Ein Protokoll der Reichskonferenz vom 28. 1. 1920 existiert nicht. Vgl. Bericht in der „Freiheit“ Nr. 23 v. 9. 2. 1920; s. a. Krause, USPD, S. 168 f. und Morgan, Socialist Left, S. 317.

listischen Gründen gefördert. Das stand zwar in vollem Widerspruch zu seinem Auftreten in Leipzig, aber es zeigte, wo er in der Frage der Internationale wirklich stand. Eine radikale Regierung, also eine Revolutionsregierung der USPD, so führte er aus, würde sofort von den siegreichen Ententemächten erdrückt werden. Schließlich polemisierte er heftig gegen mich, weil ich die Gefahr eines gegenrevolutionären Staatsstreiches der neuen Militärmacht und der äußersten Rechten vor der Partei maßlos übertreibe, um die Bildung von Kampfgruppen zu revolutionären Zwecken durchzusetzen. In seiner gewohnten pathetischen Art rief er aus: „Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Reaktion keinen offenen Putsch plant!“ Das war genau sechs Wochen vor dem Kapp-Putsch und vierzehn Tage nach Lüttwitz' Schießbefehl vor dem Reichstagsgebäude. Er stellte sich hinter die Mehrheit der Parteipresse, die gegen das Leipziger Aktionsprogramm rebellierte.

Ich will hier folgendes vorwegnehmen. Als der in Halle abgespaltene Teil der Partei sich neu konstituierte, stellte er sich unter Crispiens Führung auf den Boden des Leipziger Aktionsprogramms unter revolutionären Reden Crispiens, aus Furcht, in größeren Mengen Mitglieder zu verlieren, wenn sie ihrer Partei ein gemäßigtes Programm im Geiste Hilferdings gäben. Die Folge davon war ein Konflikt ihrer Berliner Organisation mit der „Freiheit“ unter Hilferding, der damit endete, daß Hilferding und seine Freunde, weil zu „reformistisch“, vor dem Wortradikalismus Crispiens zurückweichen und die Redaktion der „Freiheit“ verlassen mußten. Auf der Suche nach einem geeigneten radikalen Chefredakteur für die „Freiheit“ verfielen Crispian und seine Freunde im Jahre 1922 unter anderem auch auf mich – in ihrer völligen Unfähigkeit, Situationen zu beurteilen, hatten sie an diesem Zeitpunkt nicht einmal gemerkt, daß Hilferding und ich gemeinsam für die Wiedersammlung aller Kräfte in der Sozialdemokratischen Partei eintraten.

Diese Berliner Reichskonferenz, von der wir durch die preußische Polizei ausgeschlossen waren, brachte die gegenseitige Erbitterung der in der Partei um die Führung kämpfenden Richtungen auf einen Höhepunkt. Als die Führungsgruppe der linken USPD sich im Februar wieder in Berlin sammelte und die Lage prüfte, fand sie jeden Verdacht, den sie in Leipzig gegen Crispian gehegt hatte, voll bestätigt. Ich erinnere mich noch recht gut der vielen Formulierungen, in denen speziell Wilhelm Herzog seine Verachtung gegen Crispian zum Ausdruck brachte. Wir erkannten, daß es ein Fehler gewesen war, sich in Leipzig auf eine paritätische Besetzung des Parteivorstandes einzulassen, und daß wir dies ändern und der Linken eine sichere Mehrheit geben mußten, wenn die Partei aktionsfähig gemacht werden sollte. Weiterhin wurden wir uns darüber klar, daß die Struktur der Parteiorganisation zu diesem Zwecke zentralisiert werden mußte und außerdem, daß in verschiedenen, auf dem rechten Flügel der Partei stehenden Zeitungen ein Redaktionswechsel stattzufinden habe. Wir hatten als Vorbild dafür das Vorgehen der Mehrheitssozialisten im Kriege gegen linksstehende Zeitungen. Einige der Dinge, die vor dem Halleschen Spaltungsparteitag in überspitzter Form in den „21 Bedingungen“ Lenins erschienen, ergaben sich für uns selbst als Selbstverständlichkeiten aus den Erfahrungen nach dem 13. Januar 1920.⁸³

Um die Widerlegung von Crispiens Ansicht, daß die Reaktion keinen Putsch plane, brauchten wir uns schon im Februar nicht mehr zu bemühen. Der Prozeß Erzber-

⁸³ Vgl. die Polemik Geyers gegen die von Crispian geleitete Reichskonferenz, in: Für die dritte Internationale! Die USPD am Scheidewege, Berlin 1920, S. 30 f.

ger-Helfferich war in vollem Gange, und in seinem Verlauf erfolgte das erste Attentat auf Erzberger.⁸⁴ Die wachsende Eigenmächtigkeit der Militärmacht wurde mit jedem Tage deutlicher, und die Tatsache, daß die Regierung nicht wagte, die Formationen der Baltikumtruppen zu demobilisieren, sprach Bände. Hand in Hand damit ging die immer lauter werdende Propaganda für die Revision der Verfassung durch die Rechte, aus der sich schließlich die von den Kapp-Rebellen vertretenen Forderungen herauskristallisierten. Und deutlich sichtbar rückte Ludendorff wieder in den Mittelpunkt der Entwicklung auf der Rechten und des anwachsenden rechts-radikalen Aktivismus.

Da das Problem der Macht ständig im Vordergrund meines politischen Denkens stand, waren die Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude für mich persönlich zwar ein schwerer Schock, aber auch ein Anreiz zu neuen Überlegungen, wozu ich reichlich Zeit hatte, bevor ich nach Berlin und Leipzig aus meiner „inneren Emigration“ in Frankfurt zurückkehrte. Das Ergebnis aller Überlegungen war, daß auch der Kampf um die Betriebsräte in den Unternehmen und der Übergang sozialdemokratischer Arbeiter zur USPD das Kraftminus nicht ausgleichen konnten, das sich in der Kräftebilanz zwischen uns und der neuen Militärmacht und dem Anwachsen bewaffneter gegenrevolutionärer Verbände immer stärker zeigte. Das Ende aller Überlegungen war stets: das Bündnis mit den Bolschewiki ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Revolution in Deutschland. Ich habe späterhin dieses Ergebnis auf die drastische Formel gebracht: „Wir sahen uns nach den Bajonetten der Roten Armee um.“ [. . .]

Alles in allem genommen war die USPD nach dem 13. Januar und vor dem Kapp-Putsch in einem verworrenen, aktionsunfähigen Zustand ohne klare Führung. Und trotzdem gewann sie auch in diesem Zeitraum weiterhin Anhänger und Mitglieder, die von der Sozialdemokratischen Partei kommend, zu ihr stießen! Die Ereignisse vor dem Reichstagsgebäude und die Haltung der Reichs- und Preußenregierung wie der bürgerlichen Presse danach waren so durchsichtig, daß die Empörung über den Angriff auf die unbewaffnete Demonstration und die Verfolgungen Empörung und Entrüstung bis weit in die Reihen der sozialdemokratischen Anhänger hervorriefen. Aber bei allem stetigen Wachstum besaß die Partei keinen einheitlichen Willen, was sich besonders im Kapp-Putsch und beim Abschluß des Kapp-Putsches wie auch späterhin zeigte. Sie war in einem Zustand, den ich in einer im Herbst 1920 veröffentlichten Schrift als „die Krise der Wirksamkeit der Partei“ bezeichnete.⁸⁵

In der Frage der Betriebsräte standen die zentralen Parteikörperschaften nach wie vor hinter der Bewegung der Revolutionären Betriebsräte, aber die Opposition der USPD-Gewerkschaftsführer wurde immer stärker. Sie verlangten, daß die Betriebsräte ihre selbständige Organisation aufgeben und sich als gewerkschaftliche Organe in die Gewerkschaften eingliedern sollten. Bei diesem Gegensatz mußte es zu

⁸⁴ Helfferichs Broschüre „Fort mit Erzberger“, in der ihm jede moralische und politische Integrität abgesprochen wurde, hatte Erzberger zur Beleidigungsklage gezwungen. Während des Prozesses (19. 1. – 12. 3. 1920) versuchte der entlassene Offiziersanwärter v. Hirschfeld am 26. Januar Erzberger zu ermorden. Hirschfeld, der durch Helfferichs Hetze zur Tat ermuntert worden war, wurde am 21. 2. 1920 zu nur 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Prozeß gegen Helfferich beendete die politische Karriere Erzbergers. Zwar wurde H. zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt (das Gericht hatte ihm „vaterländische Motive“ zugebilligt), Erzberger konnte sich aber vom Korruptionsverdacht gegenüber den voreingenommenen Richtern nicht befreien. Vgl. Epstein, Matthias Erzberger, S. 392 ff.

⁸⁵ Für die dritte Internationale!, S. 28 f.

einer Machtentscheidung zwischen der Partei und ihren Gewerkschaftsführern kommen. Als der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zum 2. September 1920 einen Kongreß der Betriebsräte Deutschlands einberief⁸⁶, beschlossen die zentralen Körperschaften der Partei einen Aufruf, in dem sie zur Bildung einer Fraktion der USPD-Betriebsräte auf dem Kongreß aufforderten. Das entsprach den Ansichten und Beschlüssen der USPD-Fraktion des zweiten Rätekongresses vom Frühjahr wie den Ansichten der Reichszentrale der Betriebsräte. Gegen diesen Aufruf erhoben die Gewerkschaftsführer Widerspruch. Zwischen ihnen und den Parteinstanzen entstand darum ein erbitterter Streit, bei dem wiederum Robert Dißmann wie auf dem Leipziger Parteitag mit der Spaltung der Partei drohte. Es kam zu keinem Austrag dieses Konflikts. Er trat zu diesem Zeitpunkt völlig zurück hinter dem Kampf um den Eintritt in die Kommunistische Internationale.

Während meiner „inneren Emigration“ in Frankfurt hatte ich von dort aus Verbindungen mit einigen meiner alten Mitarbeiter in Nordbayern von Hof bis nach Aschaffenburg aufgenommen und dabei Pläne für einige große Versammlungen mit ihnen diskutiert. Ich kehrte von Frankfurt zunächst nach Berlin zurück und ging von da nach Leipzig. Von dort nahm ich diesen Plan wieder auf, und da meine Kündigungsfrist als Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ ihrem Ende entgegenging, vereinbarte ich für Anfang März 1920 eine Propagandareise durch Nordbayern mit Versammlungen in den wichtigsten Städten des Maintales von Hof bis Aschaffenburg, also vor allem in meinem alten Wirkungsbereich, dem Verbreitungsgebiet des „Fränkischen Volksfreunds“ in Würzburg. Die Lage in Nordbayern war während der Münchner Räterepublik durch einen Aufstandsversuch von USPD-Anhängern in Würzburg zugunsten der Räterepublik, der unter Führung meines alten Freundes Freudenberger niedergeschlagen worden war, kompliziert worden. Trotzdem hatte namentlich bei der industriellen Arbeiterschaft die USPD stetig weiter an Einfluß gewonnen. Meine Absicht war, die Unzufriedenheit unter den sozialdemokratischen Arbeitern mit ihrer eigenen Partei durch meine Versammlungen zu verstärken und nach Möglichkeit dem Bezirk seinen alten oppositionellen Kurs, vor allem gegen den reaktionären Kurs in München, zurückzugeben. Ich hatte in Nordbayern einen Namen.

Anna begleitete mich auf dieser Reise. Die Versammlungen waren von Anfang an überraschend stark besucht, und ich fand ziemliche Resonanz. Die letzte dieser Versammlungen – es war nicht die letzte, die geplant war – hielt ich in Bamberg vor etwa zweitausend Versammlungsbesuchern, was für Bamberg einen unerhört hohen Versammlungsbesuch darstellte. Etwa ein Viertel bis ein Drittel der Versammlung bestand nach der Meinung meiner Freunde in Bamberg aus Anhängern Adolf Hitlers, meist jungen Leuten. Wie immer in meinen öffentlichen Versammlungen erklärte ich von vornherein, daß breiteste öffentliche Diskussion nach meinem Referat zugelassen werde. Die Nationalsozialisten stellten drei Sprecher, die wiederholt das Wort nahmen und denen ich wiederholt antwortete, damit sie replizieren mußten. Die Sprecher waren junge Männer, Kriegsteilnehmer, die im wesentlichen Otto Strassersche Gedankengänge vertraten – das heißt die sozialistische Spielart des Nationalsozialismus. Sie beendeten ihre Diskussion mit mir mit der Erklärung, daß sie

⁸⁶ Der „1. Reichskongreß der Betriebsräte Deutschlands“ fand vom 5.–7. Oktober 1920 in Berlin statt, er war vom ADGB und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) gemeinsam einberufen worden. Die Delegierten standen in der Mehrheit auf dem Boden von USPD und KPD. Vgl. Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, S. 194 u. S. 370.

dem meisten, was ich gesagt hatte, zustimmen könnten und daß zwischen uns zwar Unterschiede, aber keine großen Gegensätze bestünden. Als ich nach 1933 in der Emigration mit Otto Strasser⁸⁷ zusammentraf – er gehörte damals wie ich zu den Verfolgten des Hitlerregimes –, versicherte er mir dasselbe, aber in München hatte meine Reise nach Nordbayern und wahrscheinlich der Bericht über diese Bamberger Versammlung ein Nachspiel. Ich erfuhr es erst, als ich erheblich später die Erinnerungen von Hitlers Stabschef Ernst Röhm⁸⁸ las. Dort wurde der Umstand, daß „der radikale Agitator Dr. Geyer“ Nordbayern propagandistisch bearbeitete, als einer der Gründe bezeichnet, die Hitler zu der bekannten Konzentration seiner Mannschaften und Anhänger auf dem Oberwiesenfeld in München bestimmt hatten.⁸⁹

Der Kapp-Putsch

Nach dieser Versammlung in Bamberg erhielt ich die Nachricht vom Beginn des Kapp-Putsches in Berlin [13. 3. 1920]. Ich hatte einen Tag frei und hatte mit Anna die Altenburg über Bamberg besucht, von der aus man eine herrliche Aussicht auf das weite, stromdurchglänzte Maintal und seine Höhen hat – in all seiner Lieblichkeit, die ich in meiner Würzburger Zeit ins Herz geschlossen hatte und die ich später noch oft wieder aufgesucht habe. Wir überlegten, was wir tun sollten. Es war überaus fraglich, ob wir nach Berlin oder Leipzig noch durchkommen würden, dagegen konnten wir, wenn wir den nächsten Schnellzug nahmen, in vier Stunden in Frankfurt sein. Wir kamen auch noch mühelos nach Frankfurt durch, aber hinter uns hörte der Eisenbahnverkehr auf, als der Generalstreik einsetzte. Bekanntlich hat noch während des Generalstreiks Reichskanzler Gustav Bauer bestritten, daß die Reichsregierung den Aufruf zum Generalstreik unterschrieben habe. In Gesprächen nach dem Untergang der Weimarer Republik, die ich über den Kapp-Putsch und die damals begangenen Fehler in der Emigration führte, hat mir Otto Wels⁹⁰ in Prag und dann wieder in Paris erklärt, er habe auf seine eigene Verantwortung, ohne Bedenken und ohne zu fragen, die Unterschrift der Reichsregierung unter den Aufruf gesetzt. Er äußerte sich dabei sehr kräftig über die Person des Reichskanzlers Gustav Bauer.

Ich will auf die Geschichte des Kapp-Putsches nicht eingehen.⁹¹ Sie ist bekannt genug und dennoch in sehr erheblichen Punkten auch heute noch unaufgeklärt. Ich will jedoch auf einige Umstände aufmerksam machen, die heute nicht mehr ohne weiteres

⁸⁷ Otto Strasser (1897–1974), ursprüngl. SPD-Mitglied, Gründer des „Akadem. Kriegsteilnehmerverbands“ und 2. Vors. des „Republikanischen Führerbunds“, 1925–1930 NSDAP, dann Gründer der nationalrevolutionären „Schwarzen Front“, 1933 Emigration, 1941–1955 in Kanada, 1956 Gründer der „Deutsch-Sozialen Union“.

⁸⁸ Ernst Röhm (1887–1934), Offizier, 1919 beim Freikorps Epp, Eintritt in die Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Organisator der SA, 1924 MdR, 1928–1930 milit. Ausbilder in Bolivien, 1931–1934 Stabschef der SA, nach dem „Röhm-Putsch“ auf Befehl Hitlers erschossen.

⁸⁹ Vgl. Ernst Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, München 1928, S. 103. Die von Geyer vermuteten Zusammenhänge gab es allerdings – schon aus zeitlichen Gründen – nicht.

⁹⁰ Otto Wels (1873–1939), Tapezierer, seit 1891 SPD-Mitglied, 1912–1933 Mitvorsitzender der SPD, 1933–1939 Exilvorstand in Prag und Paris.

⁹¹ Vgl. Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*, Düsseldorf 1967; Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch, *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch*, Berlin (o) 1972.

ins Auge springen. Der Eisenbahnstreik wirkte wohl gegen die Kapp-Rebellen, er war aber genau so wirksam gegen die Linke. Die Parteileitung und die Bezirksleitungen der USPD konnten damals noch nicht durch private Sende- und Empfangsvorrichtungen für Funkentelegraphie und Telephonie miteinander verkehren. Auch besaßen sie keine Automobile, die zu ihrer Verfügung standen. Unsere Zeitungen besaßen wohl Kraftwagen, aber die meisten der Zeitungen wurden sofort unterdrückt und ihr Wagenpark beschlagnahmt. Auch konnten die meisten unserer Büros nicht benutzt werden, so daß uns telephonische Verbindungen sehr schwer gemacht waren. Die Vernachlässigung der Aktivierung der Partei für den Fall eines gegenrevolutionären Staatsstreiches rächte sich. Es gab keine einheitliche zentrale Direktive für die Haltung und Aktivität der Partei. In Berlin saß der Rest der Parteileitung mit Hilferding. Ernst Däumig, schwer krank aus der Haft zurückgekehrt, war auf Erholungsurlaub. Die Mitglieder der Führungsgruppe der linken USPD waren versprengt – wir trafen in Berlin erst wieder zusammen, als der eigentliche Putsch bereits vorüber war.

In Frankfurt fand ich einen „Revolutionsausschuß“ vor, der aus Unabhängigen und sozialdemokratischen lokalen Führern bestand. Er verschaffte sich alsbald ein Hauptquartier, indem er das Hotel „Frankfurter Hof“ dafür in Anspruch nahm. Er betrachtete sich als das oberste Organ der Stadt Frankfurt zur Niederkämpfung der Gegenrevolution. Die Situation war von vornherein verdächtig. Die Schutzpolizei war gegen spontane und offizielle Demonstrationen gegen den Staatsstreich vorgegangen und hatte geschossen. Vierzehn Tote und über hundert Verletzte waren das Ergebnis. Die Schutzpolizei war inzwischen zurückgezogen worden, und der Revolutionsausschuß ging daran, eine Schutzwehr aus bewaffneten Arbeitern zu bilden. Er kam über die ersten Anfänge nicht hinaus. Der sozialdemokratische Regierungspräsident in Wiesbaden ließ die sozialdemokratischen Führer in Frankfurt auffordern, aus dem Revolutionsausschuß auszusteigen und die Arbeiterbewaffnung einzustellen. Zur gleichen Zeit besetzten starke Reichswehrkontingente die Stadt. Die führenden Offiziere verweigerten jede Erklärung darüber, ob sie loyal hinter der Reichsregierung standen oder Kapp-Lüttwitz unterstützten. Die Situation wurde drohend, da sowohl Offiziere als auch Mannschaften keinen Hehl daraus machten, daß sie es „den Roten zeigen würden“. Toni Sender mußte vorübergehend die Stadt verlassen, da die Truppen sie verhaften wollten. Da jeder Protest gegen die militärische Besetzung beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden zwecklos blieb und da dessen Haltung bis zum Schluß überaus zweifelhaft war, erklärte der Revolutionsausschuß, daß der Generalstreik weitergehe. Er wurde voll befolgt. Nach Verhandlungen wurde der Abbruch des Generalstreiks nach einigen Tagen beschlossen unter der Voraussetzung, daß die Truppen die Stadt verließen. Da die Truppen dazu keinerlei Anstalten machten, ging der Streik weiter, bis der Zusammenbruch des Putsches in Berlin [17. 3. 1920] eine gewisse Entspannung brachte und die Truppen tatsächlich die Stadt verließen.

Während dieser Vorgänge war es nicht möglich zu erfahren, was in norddeutschen und sächsischen Städten vor sich ging. Keinerlei Nachrichten über die lokalen Kämpfe, die allenthalben vor sich gingen, drangen durch. Mir brannte das Feuer unter den Nägeln, ich wollte nicht in Frankfurt gestrandet bleiben, sondern so rasch wie möglich nach Leipzig und Berlin gehen. Mit Hilfe einer Autofahrt, noch existierender Lokalzugverbindungen, mit einigen dazwischen liegenden Fußmärschen und Wagenfahrten gelangten Anna und ich schließlich in drei Tagen bis nach Eisenach. Als wir

dort am Abend ankamen, war die weitere Bahnverbindung unterbrochen, gleichzeitig hörten wir auch auf das bestmögliche von schweren Kämpfen in Gotha und von dem Anmarsch einer aus Bayern und Südwestdeutschland kommenden Armee von Zeitfreiwilligen in Richtung Thüringen. Wir übernachteten in einem Hotel in Eisenach. Am anderen Morgen, noch im Morgengrauen, setzten wir uns in Marsch. Die Entfernung auf der Straße von Eisenach bis Gotha beträgt etwa dreißig Kilometer.

Gotha war eine unserer Hochburgen. Die Nationalversammlungswahl in Thüringen hatte eine starke Mehrheit der sozialdemokratischen und unabhängigen Stimmen ergeben, seitdem hatten unsere Organisationen in Thüringen die sozialdemokratischen weit überholt. In Gotha war für das Land Sachsen-Coburg-Gotha bei der Landtagswahl⁹² vom 23. Februar 1919 eine USPD-Mehrheit zustande gekommen, elf USPD-Abgeordnete standen sieben Bürgerlichen und einem Sozialdemokraten gegenüber. Zu dieser USPD-Regierung machte ich mich also auf den Weg. Die Straße war sehr belebt. Mit uns zog viel Volk nach Gotha, Arbeiter, Kleinbauern, auch Reisende, die wie wir in Eisenach hängen geblieben waren und mit ihren Koffern die Straße entlangzogen. Auf dem Marsche fragten wir einen älteren Kleinbauern, der uns freundlich begrüßt hatte: „Wohin des Wegs?“ und er antwortete: „Zum Freiheitskampf nach Gotha.“ Zum Freiheitskampf! Mir zeigten die Worte, daß da noch die alte Tradition der Revolution von 1848 sprach. Kurz vor Gotha sahen wir rechts und links der Straße aufgegebene Maschinengewehrnester, um die offenbar gekämpft worden war.

In Gotha ging ich auf das Sekretariat unserer Partei. Ich traf dort den Parteisekretär und den Ersten Minister [Tenner] der Landesregierung an, die untereinander berieten, wie sie sich einem Ultimatum des Kommandeurs der Reichswehrtruppen in Gotha gegenüber verhalten sollten. Beim Beginn des Kapp-Putsches hatte sich dieser Oberst geweigert, der Gothaischen Landesregierung eine Loyalitätserklärung für die Reichsregierung und die Verfassung abzugeben. Er verstärkte vielmehr sein Reichswehrkontingent durch Einberufung von Zeitfreiwilligen und forderte die Landesregierung auf, sofort ihren Rücktritt zu erklären und ihm die vollziehende Gewalt zu übergeben. Die in normalen demokratischen Wahlen gewählte Landesregierung wies die putschistische Zumutung ab. Der Kommandeur drohte, sie zu verhaften. Thüringen war einer der Bezirke, in denen wir wirkliche Kampfkraft besaßen. Auf den Hilferuf der gothaischen Landesregierung stiegen die Kampfgruppen der Arbeiter der Gewerfabriken von Suhl und Zella-Mehlis vom Thüringer Wald herab, mit Gewehren, Maschinengewehren und einigen Panzerwagen ausgerüstet. Sie trieben kleinere Militäreinheiten vor sich her, die nach Gotha flüchteten. Der Kommandeur der Truppen umgab die Stadt mit Verteidigungsstellungen, die jedoch eingedrückt wurden. In einer schweren und blutigen Straßenschlacht, deren Spuren zu sehen waren, wurden die Truppen zum Teil vernichtet. Der Rest versuchte sich im Hauptpostgebäude zu verteidigen. Die Arbeiter vom Thüringer Wald und von der Waggonfabrik, unterstützt von den Panzerwagen, stürmten die Hauptpost. Der Rest der Truppen flüchtete nun in eine Flugzeugfabrik, die

⁹² Sachsen-Coburg und Sachsen-Gotha hatten sich nach der Novemberrevolution getrennt; in Coburg hatten die Landtagswahlen bereits am 9. Februar stattgefunden (Mandatsverteilung: 7 SPD, 4 Bürgerliche). Die von Geyer genannten Wahlergebnisse gelten für den Freistaat Gotha.

auf einer Höhe über Gotha gegen Erfurt zu gelegen ist. Dort gedachte sich der Kommandeur zu halten, bis er durch den Anmarsch der süddeutschen Zeitfreiwilligenarmee entsetzt werden würde. Von dort aus sandte er an die Landesregierung abermals eine Botschaft, in der er wieder den Rücktritt der Landesregierung und die Übergabe der Stadt forderte. Er drohte, mit zwei Feldgeschützen, über die er verfügte, das Regierungsgebäude und die Stadt zu beschießen. Inzwischen aber hatten die Arbeiter vom Thüringer Wald von dem Anmarsch der Zeitfreiwilligendivisionen gehört, die sich Eisenach näherten. Sie berieten untereinander und kamen zu dem Beschluß, mit ihren Waffen in der Nacht auf den Wald zurückzukehren und die Waffen dort zu verstecken – gegen die heranrückenden vier Divisionen hatten sie keinerlei Chance. Die Landesregierung forderte ihrerseits den Oberst auf, den Landesboden zu verlassen und sich nach Erfurt zurückzuziehen, obwohl sie wußte, daß die Haltung der Reichwehrtruppen, die den Petersberg bei Erfurt besetzt hielten, mehr als zweifelhaft war. Der Oberst weigerte sich und wiederholte sein Ultimatum.

Ich traf in diesem kritischen Zeitpunkt in Gotha ein. Der Erste Minister, ein früherer Lehrer, neigte dazu, das Ultimatum anzunehmen. Der Parteisekretär, einer der energischsten Männer in der linken USPD⁹³ – er ist später als Kommunist in Sowjetrußland von Stalins Polizei ermordet worden –, wollte vielmehr diese Truppe angreifen und sie aus der Fabrik hinauswerfen. Ich kam ihnen sehr gelegen – sie waren zu zweit, und entscheiden mußten sie sich. Sie schoben mir die Entscheidung zu. Ich fragte den Parteisekretär, mit dem ich im großen mitteldeutschen Generalstreik, in dem ich einer der Führer gewesen war, aufs engste zusammengearbeitet hatte und der mich in großem Respekt hielt, über welche Kräfte er dazu noch verfüge. Er meinte, etwa 150 Mann, mit Gewehren bewaffnet, zum Teil Wildschützen vom Thüringer Wald, zwei Maschinengewehre und einen älteren Minenwerfer. Ich sah mir die Karte an und sagte ihnen dann: „Werft sie hinaus!“ Der Parteisekretär stand erfreut vom Stuhl auf, schüttelte mir die Hand und sagte: „Das ist das Wort, das ich von Ihnen hören wollte.“ Der Minister gab darauf ebenfalls seine Zustimmung zu einer Aktion im Namen der Landesregierung. Der Sekretär und ich übernahmen die Führung der Aktion.

Ehe wir daran gingen, fragte ich nach Nachrichten. Das Erstaunliche war, daß die gothaische Landesregierung wie unser Sekretär so gut wie gar nichts wußten. Sie hatten nichts über das Telephon erfahren können. Sie hatten Kuriere nach Chemnitz, nach Leipzig, nach Halle geschickt. Nur der Kurier nach Halle war zurückgekommen mit einem unbestimmten Gerücht über ein Gefecht bei Ammendorf und einem Ersuchen der Kampfleitung Halle–Merseburg, auf jeden Fall durch eine Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Weißenfels Militärtransporte mit der Bahn nach Norden zu unterbinden. Die gothaische Landesregierung war dazu natürlich nicht in der Lage. Nichts vom Parteivorstand der USPD, nichts von der Lage in Berlin.

Der Parteisekretär sammelte dann unsere Truppe. In einem Wirtshausgarten musterten wir sie und prüften die Waffen. Es waren etwa 150 Mann, natürlich in Zivil, sie sahen, in Formation gestellt, wie eine Räuberbande aus. Für den Minenwerfer war genügend Munition vorhanden, aber der Abzug funktionierte nicht,

⁹³ Vermutlich Otto Geithner (1876–1948), damals Redakteur des Volksblatts in Gotha, 1912–1926 MdL Gotha bzw. Thüringen, 1946–1948 Verwaltungsdirektor der Schloßbibliothek Gotha.

statt dessen mußte er mit einem Hammerschlag abgeschlagen werden. Wir marschierten in einen in der Nähe der Flugzeugfabrik gelegenen Holzhof, den wir zum Zentrum des Angriffs machten, und sandten etwa ein Dutzend Leute in den Rücken der Fabrik an die Straße, um Fliehende aufzuhalten.

Das Gefecht war sehr einfach. Die beiderseitigen Maschinengewehre brachten keiner Seite Verluste bei. Die Feldgeschütze, die auf dem Fabrikhof standen und durch den Torweg schossen, waren wirkungslos, wir lagen im toten Winkel. Unsere Maschinengewehre konnten die Geschütze nicht erreichen. Dann warfen wir mit dem defekten Minenwerfer eine Mine in den Hof, worauf die Geschütze verstummten. Nach einiger Manipulierung an dem Minenwerfer konnten wir eine zweite Mine werfen, worauf ein Teil des Gebäudes in Brand geriet. Das Maschinengewehrfeuer verstummte völlig. Unsere Beobachter kamen angelaufen und riefen: „Sie fliehen über die Straße nach Erfurt.“ Unsere Abriegelung funktionierte nicht, das Dutzend Mannschaften hatte angesichts der geschlossenen, abziehenden Formation sich gar nicht bemerkbar gemacht – es war uns auch lieber so. Noch ehe wir die Fabrik erreichten, stand sie vollständig in hellen Flammen. Sie brannte wie eine Fackel auf der Höhe die ganze Nacht hindurch. Unsere Truppe löste sich von selbst auf.

In der Nacht berieten der Minister, der Sekretär und ich im Offizierskasino, das angefüllt war mit Kampfteilnehmern, die sich mit den Vorräten des Offizierskasinos betranken. Inzwischen hatte die Spitze der Zeitfreiwilligenarmee Eisenach bereits überschritten. Jede weitere Aktion in Gotha war zwecklos. Zu dritt überlegten wir, ob Widerstand, eventuell mit Guerillamethoden, in Ostthüringen organisiert werden könnte, falls er Rückhalt von Halle, Leipzig und Chemnitz finden könnte. Wir wußten, daß wir über einige bewaffnete Kampftruppen in Ostthüringen verfügten, von den drei großen Städten wußten wir gar nichts. Wir kamen überein, daß ich am anderen Morgen versuchen sollte, nach Ostthüringen zu gehen und mir die Lage anzusehen. Der Sekretär riet mir, nicht im Kasino mit Anna zu übernachten, sondern in ein Hotel zu gehen. Das machte nicht die mindeste Schwierigkeit, ein passendes Zimmer wurde requiriert. Am anderen Morgen sehr frühzeitig kam der Sekretär zu mir ins Hotel und sagte: „Ich höre, daß die Eisenbahn von Neudietendorf in Richtung Weimar–Halle funktioniert. In einer Stunde geht ein unverdächtiger Lastkraftwagen mit leeren Fässern und einigen unserer Leute hier ab, er fährt über Neudietendorf. Sie fahren zweckmäßig mit und nehmen die Bahn in Neudietendorf.“ Ich fragte ihn nach dem Ersten Minister, und er sagte, dieser wolle nach Erfurt fahren. Dann fragte ich ihn, was er selber zu tun gedächte. Er sagte: „Ich verschwinde auf den Wald. Sie können mich dort finden.“

So geschah es. Ich saß mit Anna neben dem Fahrer, vor mir meinen Rucksack. Wir schwiegen alle, auch die fünf oder sechs Leute, die auf den Fässern saßen. Einen Kilometer vor der Bahnstation Neudietendorf wurden wir durch eine Offizierspatrouille der vorrückenden Zeitfreiwilligen angehalten. Der Führer der Patrouille, ein blutjunger Leutnant von etwa zwanzig Jahren, ließ alle absteigen. Ich stellte mich mit Anna an den Rand der Chaussee, nahm mein Zigarettenetui heraus und brannte mir umständlich eine Zigarette an. Mir fiel nun siedend heiß ein: in meinem Rucksack war eine Pistole mit Munition und eine Umgebungskarte von Gotha, auf der mir der Sekretär die Stellungen eingezeichnet hatte. Ich verfluchte meine Dummheit. Ich konnte mich als Abgeordneter der Nationalversammlung ausweisen, aber das hätte mir unter diesen Umständen wenig genützt. Der Leut-

nant herrschte den Fahrer und die Mitfahrer an: „Ihr Schweine habt nach Gotha Gewehre und Munition gefahren!“ Die Leute antworteten: „Aber nein, Herr Leutnant, das sind doch Bierfässer. Wir haben gestern Bier für Ihre Kameraden auf den Petersberg gefahren.“ Der Offizier sagte: „Ich kann Euch glauben, und ich kann Euch nicht glauben.“ Inzwischen begannen seine Mannschaften, den Wagen zu untersuchen. Einer hob meinen Rucksack vom Wagen und wollte ihn öffnen. Da rief der Offizier: „Laßt doch den Scheißdreck. Seht in den Fässern und unter den Fässern nach, ob Gewehre oder Munition drin sind!“ Der Soldat stellte den Rucksack auf den Boden. Ich nahm ihn auf und sagte: „Das ist mein Rucksack.“ Der Offizier drehte sich um, sah erstaunt Anna an und sagte: „Aber, gnädige Frau, wie kommen Sie hierher?“ Ich antwortete an ihrer Stelle: „Wir wollen nach Berlin, wir kamen in Eisenach nicht weiter und sind bis Gotha gelaufen, haben dort in einem Hotel übernachtet und die erste Fahrgelegenheit heute morgen nach Station Neudietendorf benutzt.“ Der Offizier sagte: „Ich bedaure, daß Sie aufgehalten wurden. Auf dem Wagen scheint übrigens wirklich nichts zu sein. Ich lasse die Leute weiterfahren, fahren Sie mit ihnen nach Station Neudietendorf.“ Er machte eine Verbeugung, ich auch. Wir stiegen wieder in den Führersitz, wobei der Leutnant Anna beim Einsteigen behilflich war, die Leute kletterten auf die Fässer, und wir fuhren zum Bahnhof Neudietendorf. Niemand sprach, nur der Fahrer neben mir, der mich kannte, sagte einmal leise: „Das war verflucht knapp!“

Anna und ich fuhren nach einer Stunde Aufenthalt in Neudietendorf mit einem Personenzug bis nach Corbetha, wo wir in einen Personenzug nach Leipzig umstiegen. Da ich keine Ahnung hatte, wie es in Leipzig aussah, stiegen wir in Markranstädt aus und gingen zu Fuß über die Chaussee nach einem der westlichen Leipziger Arbeitervororte zu Freunden. Dort erfuhr ich, was in Leipzig geschehen war.

Die Reichswehrgarnison hatte sich durch Zeitfreiwillige verstärkt, und diese Zeitfreiwilligen, meist Studenten, hatten die innere Stadt und vor allem die Universität besetzt. Als sie nach dem Osten vordringen wollten, wurden sie am Augustusplatz von einer Arbeiterkampfgruppe aufgehalten, die über ein Feldgeschütz, jedoch zu wenig Munition verfügte. Die Gruppe stand unter der Führung meiner nächsten Freunde aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“. Sie konnte die Zeitfreiwilligen aufhalten, aber nicht in die innere Stadt eindringen. Sie schoß sich mit den Zeitfreiwilligen über die Weite des Augustusplatzes herum und wartete vergeblich bis zum späten Nachmittag auf bewaffnete Hilfe, die ihr Brandler aus Chemnitz versprochen hatte. Brandler ließ alle Verdächtigen in Chemnitz verhaften, die bewaffneten Arbeiter beherrschten die Stadt – aber er sandte keine Hilfe nach Leipzig.

Am Spätnachmittag sandte der Kommandeur der Reichwehrtruppen in Leipzig eine geschlossene Formation von 1500 Mann durch die innere Stadt in die Südvorstadt vor das Leipziger Volkshaus. Die Truppe warf Brandminen in das Gebäude und verbrannte das Volkshaus vollständig. Zu gleicher Zeit steckte ein Teil der erbitterten Arbeiterschaft die Villenstraße der Großbourgeoisie in Brand. Aber die Stadt war fortan in der Hand des Militärs. Später vereinbarte Richard Lipinski in der Landesregierung mit dem Reichswehroberkommandierenden in Sachsen die Zurückziehung der Truppen aus der Stadt.

Meine Freunde ließen Anna und mich zunächst in ihrem Ehebett einmal ausschla-

fen. Dann suchte ich meine Eltern und einige Freunde auf, die mir alle sagten: „Du kannst hier gar nichts machen.“ Ich stand vor der Ruine des niedergebrannten Volkshauses voll Zorn und Trauer. Einen Augenblick lang sagte ich mir: vier Maschinengewehre hätten die Reichswehrkolonne in der engen Straße mit Leichtigkeit aufgehalten. Aber inzwischen hatte ich genug Bürgerkriegserfahrung, um zu wissen, daß es nicht genügt, die Maschinengewehre zu haben, man muß auch Leute haben, die wirklich willens sind zu schießen.

Ich beriet mit Anna, ob wir direkt nach Berlin oder nach Ostthüringen gehen sollten. Im Hinblick auf unsere Gothaer Besprechungen beschlossen wir, wie vereinbart in Ostthüringen zu sondieren. Ich ging nach Gera und besuchte von dort aus die Führer unserer Kampfgruppen. Inzwischen war bekannt geworden, daß der Reichspräsident und die Reichsregierung nach Berlin zurückgekehrt⁹⁴ und Kapp⁹⁵ und Lüttwitz geflohen waren. Unter diesen Umständen erschien es mir als ein höchst zweifelhaftes Unternehmen, eine Aktion zur Unterbrechung der Bahnlinie Weimar–Halle zu versuchen. Ich mußte mir auch gestehen, daß die dafür nötige Kampflust nicht mehr vorhanden war. Ich gab deshalb diese Sondierungen auf und fuhr nach Berlin.

Das erste, was ich in Berlin erfuhr, als ich am 22. März dort ankam, war das Abblasen des bis dahin in Berlin noch bestehenden Generalstreiks⁹⁶ durch die Parteileitung der USPD im Namen von Crispian unter Hilferdings Einfluß in Abwesenheit Däumigs. Nachdem ich mich über die Lage in Berlin und im Reiche informiert hatte, hielt ich diese Entscheidung für einen entscheidenden Fehler. Noch war keinerlei politische Klärung erfolgt. Präsident und Regierung waren wohl nach Berlin zurückgekehrt, aber in Wahrheit regierten die Generale der Reichswehr weiter, was das Organ der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“, noch am 25. März mit heftigem Protest gegen die Haltung der Reichsregierung feststellte.⁹⁷

⁹⁴ Reichspräsident Ebert und die Reichsregierung waren nach der Besetzung Berlins durch die Brigade Ehrhardt am 13. März zunächst nach Dresden und dann nach Stuttgart geflohen. In Berlin blieb Vizekanzler Schiffer mit Verhandlungsvollmachten zurück. Am 18. 3. 1920 trat in Stuttgart auch die Nationalversammlung zusammen. Am 20. März kehrte die verfassungsmäßige Regierung nach Berlin zurück.

⁹⁵ Wolfgang Kapp (1858–1922), preuß. Beamter, 1917 Mitgründer der Vaterlandspartei, floh nach dem mißglückten Putsch nach Schweden, stellte sich 1922 dem Reichsgericht, starb jedoch bald darauf.

⁹⁶ Däumig war bei den Verhandlungen anwesend. Der Generalstreik wurde nach langen Verhandlungen zwischen den Vorständen des ADGB, der AFA, der Berliner Gewerkschaftskommission, der SPD und USPD einerseits und Vertretern der Regierungsparteien andererseits durch einen am 22. März 1920 um 24.00 Uhr veröffentlichten Beschluß beendet. Zu den Bedingungen gehörten das „Acht-Punkte-Programm“ (vgl. Anm. 100), das von der USPD als „Mindestforderung“ betrachtet wurde, und die Zusicherung der Regierung, die Truppen in Berlin zurückzuziehen, den verschärften Belagerungszustand aufzuheben, die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrgebiet, nicht anzugreifen und Verhandlungen über die Eingliederung der Arbeiter in die preußische Sicherheitswehr zu führen. Vgl. Erger, Kapp-Lüttwitz-Putsch, S. 191 ff.; s. a. Heinz Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat, Düsseldorf 1956, S. 172 f.

⁹⁷ „Vorwärts“, 25. 3. 1920, Abendausgabe, Leitartikel, „So geht es nicht weiter“: „Die Reichsminister sind aus Stuttgart zurückgekommen, sie haben sich beim Volke mit höflichen Worten für Liebe und Treue bedankt und im übrigen *regiert das Militär ungehindert weiter*, nur daß es sich jetzt rohe Übergriffe und Willkürakte nicht mehr im Namen der Regierung Kapp-Lüttwitz erlaubt, sondern im Namen der rechtmäßigen Regierung, auf deren Boden ‚fest und treu‘ die Herren Generale, Obersten und Majore angelangt sind, die in der Frühe des 13. März

Das wichtigste Druckmittel der Linken, um eine Reinigung der Situation nach dem Putsch herbeizuführen, war ohne zwingende Notwendigkeit aus der Hand gegeben worden. Als Begründung dafür – damals sagte ich: als Vorwand dafür – gaben Crispian und Hilferding den Rücktritt Noskes [22. 3. 1920] als Reichswehrminister an. Dabei war der Reichswehrminister Noske nur das Aushängeschild für die militärische Gegenrevolution. Auf ihn als Sozialdemokraten konzentrierte sich der Haß der großen Mehrheit der Arbeiterschaft, für die wahre Macht-lage aber bedeutete sein Sturz gar nichts. [. . .]

Diese Tage zwischen der Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin und der Ernennung der Regierung Hermann Müller⁹⁸ am 26. März waren wie eine Illustration zu dem Satze des USPD-Programmes, daß unter dem kapitalistischen System demokratische Institutionen Truggebilde sind. Die realen Machtverhältnisse, nicht die Weimarer Verfassung, bestimmten die wirkliche Lage. In den Verhandlungen mit den Generälen gestand die Reichsregierung ihnen alle innenpolitischen Forderungen zu, die nicht absolut utopisch waren, so vor allem die Abkürzung der Lebensdauer der Nationalversammlung und die Vorverlegung der Reichstagswahlen. Andererseits verhandelten die Gewerkschaften unter Führung Carl Legiens⁹⁹ mit der Sozialdemokratischen Partei und der USPD über die Bildung einer neuen Reichsregierung unter überwiegendem Einfluß der Gewerkschaften.¹⁰⁰ In den sozialdemokratischen Kreisen, die hinter diesen Verhandlungen standen und zu denen die offizielle Parteiführung gehörte, wurde die Anschauung vertreten, daß die Arbeiter durch den Generalstreik die Republik gerettet hätten und daß deshalb nicht gegen sie regiert werden könnte, während dagegen die Reichswehr sich als unbrauchbar zum Kampf gegen rechts erwiesen und deshalb umgebildet und wirklich demokratisiert werden mußte. Die rechten Politiker der USPD und selbst der eine oder andere zur Linken gehörige glaubten, durch die Bildung einer Regierung nach den Vorstellungen Legiens in der Republik gewissermaßen von vorn anfangen und die Wirkungen des Ebert-Noske-Systems ungeschehen machen zu können. Ich opponierte gegen unsere Beteiligung an den Verhandlungen, so wie ich gegen das Abblasen des Generalstreiks protestierte. Wenn solche Verhandlungen überhaupt Sinn haben sollten, so mußte hinter ihnen ein Druckmittel stehen, um gegebenenfalls von dieser Position zu einer Auseinandersetzung mit den Generälen übergehen zu können, der Reichspräsident mußte in einer Zwangslage gehalten werden, die ihn zu einer Entscheidung für die Linke zwang. Es war von vornherein

ihren Mannschaften tränenerstickte Ansprachen hielten von der herrlichen Zeit, die nun dank der meuternden Lüttwitzer angebrochen sei.“

⁹⁸ Hermann Müller (1876–1931), Handlungsgehilfe, 1916–1931 MdR, 1919–1927 Mitvorsitzender der SPD, Juni 1919 – März 1920 Reichsaußenminister, März – Juni 1920 und 1928–1930 Reichskanzler.

⁹⁹ Carl Legien (1861–1920), Drechsler, 1885 SPD-Mitglied, 1893–1898 u. 1903–1920 MdR, 1913 Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, 1919–1920 Vorsitzender des ADGB.

¹⁰⁰ Grundlage der Verhandlungen bildete das „Acht-Punkte-Programm“ oder „Märzprotokoll“ vom 19./20. 3. 1920, das zwischen Vertretern der Regierungsparteien und den Gewerkschaften als Voraussetzung für den Abbruch des Generalstreiks vereinbart worden war. Es enthielt u. a. die Forderung nach Verständigung in der Personenfrage bei der Regierungsneubildung und entscheidendem Einfluß der Gewerkschaften in der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung, Bestrafung der Putschisten, Verbesserung der Sozialgesetzgebung, „Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige“, Auflösung aller gegenrevolutionären Truppenverbände. (S. E. R. Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte Bd. 3, Stuttgart 1966, S. 221 f.)

klar, daß er nicht gewillt war, sich im Kampfe um die Republik ernsthaft auf die Linke zu stützen. Wenn mit dem Abbruch des Generalstreiks dies Druckmittel aus der Hand gegeben wurde, mußten Legiens Verhandlungen sinnlos werden. Ich persönlich hielt sie ohnehin von vornherein für sinnlos. Auf Grund meiner gesamten Anschauungen über das Machtproblem und erst recht auf Grund meiner Erfahrungen in Frankfurt, in Thüringen und Leipzig hatte ich eine viel zu klare Vorstellung von der wirklichen Machtlage, als daß ich parlamentarisch-demokratisch-legalistische Illusionen hätte verfolgen können. Während der Kapptage war mir völlig klar geworden, daß der Reichspräsident und die Regierung Gustav Bauer die Hilfe der aktiven Arbeiterschaft nicht wünschten und daß sie überall das Vorgehen der Reichswehr gegen links statt gegen rechts nicht nur duldeten, sondern auch ausdrücklich billigten, und daß dies den Kernpunkt ihrer Verhandlungen mit den Generälen bildete. [. . .]

Im übrigen hatte ich in diesen Tagen reichlich Gelegenheit, meine Ansichten bestätigt zu sehen. Meine Freunde aus der Führungsgruppe der linken USPD waren ebenfalls nach Berlin zurückgekommen. In der Fraktion und im Parteausschuß wurden nun ausführliche Berichte gegeben über die Rolle, welche die zu uns gehörigen Arbeiter spontan bei der Abwehr des Kapp-Putsches gespielt hatten. Am eindrucksvollsten waren die Darstellungen über die Kämpfe im Ruhrgebiet. Die Reichswehrtruppen, die gegen den Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet eingesetzt wurden, standen unter dem Befehl des Generals Watter,¹⁰¹ dessen Zugehörigkeit zur Kapp-Verschwörung wir beweisen konnten. Er war es schließlich, der unter Bruch des Bielefelder Abkommens¹⁰² ins Ruhrgebiet einbrach, mit den bekannten internationalen Folgen. Die Regierung Hermann Müller wurde von vornherein dadurch belastet – sie war vollkommen ohnmächtig gegenüber der Generalität und den Ausschreitungen, welche die Zeitfreiwilligenverbände allenthalben begingen.

Bereits am 20. März hatte die Regierung der Weimarer Koalition den Generalstreik abbrechen wollen – weil die Generalität als Grundlage für ihre Verhandlungen mit der Regierung den Abbruch energisch verlangte. Nachdem am 22. März der Generalstreik tatsächlich abgebrochen wurde, war die Regierung der Weimarer Koalition schutz- und hilflos von der Generalität abhängig, die im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die noch mit Legien verhandelten, von der Annahme ausging, daß auf den Willen der Arbeiter keinerlei Rücksicht genommen zu werden brauchte und daß sie keine Säuberung oder Reform der Reichswehr zu fürchten hatte. In der Tat ist der Kapp-Putsch nicht vor der Gewalt des Generalstreiks

¹⁰¹ Oskar Frhr. v. Watter (1861–1939), 1919–1920 Befehlshaber des Wehrkreises VI in Münster, W. sympathisierte mit den Putschisten und zögerte mit einer Loyalitätserklärung für die verfassungsmäßige Reichsregierung bis zum 16. 3. 1920.

¹⁰² Das „Bielefelder Abkommen“ vom 24. März 1920 war zwischen Vertretern des Reichs, der Stadtverwaltungen im Ruhrgebiet, der Gewerkschaften und politischen Parteien vereinbart worden, um den Aufstand im Ruhrgebiet, der sich aus dem Generalstreik entwickelt hatte, zu beenden. Der erste Teil des Abkommens war mit dem „Acht-Punkte-Programm“ (vgl. Anm. 100) identisch, in den übrigen Punkten waren Entwaffnung der Arbeiter und Bedingungen der Wiederaufnahme der Arbeit geregelt sowie der Nichteinmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet und die Aufhebung des verschärften Ausnahmezustandes zugesichert worden. (Vgl. Huber, a. a. O., S. 227 f.) Da die Kämpfe andauerten, marschierte General Watter am 2. April mit Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet ein, dieser Verstoß gegen den Friedensvertrag wurde am 6. 4. 1920 mit der Besetzung des Maingaus durch französische Truppen geahndet.

zusammengebrochen, was heute noch die übliche Geschichtslegende darstellt, sondern weil die Mehrheit der Generalität die Behauptung ihrer tatsächlichen Macht und das weitere Anwachsen ihrer Vormachtstellung den die spätere Entwicklung antizipierenden Zielsetzungen von Lüttwitz und Ehrhardt¹⁰³ vorzog. Sie wußte nur zu genau, daß der Reichspräsident aus inneren Gründen nicht gegen sie und die Reichswehr vorgehen wollte oder konnte.

[. . .]¹⁰⁴

Übrigens trugen sich alsbald nach dem Amtsantritt der Regierung Hermann Müller mehrere Leute im Reichswehrministerium mit dem Gedanken eines neuen Putsches auf anderer Grundlage: sie wollten gemeinsam mit der äußersten Linken ihre Diktatur unter politischer Anlehnung an die Sowjetregierung errichten. Ich muß damals als potentieller Putschist ziemlich weit bekannt gewesen sein; denn ein Kapitänleutnant aus dem Reichswehrministerium sondierte bei mir, wie meine Partei und wie ich persönlich darüber dachte. Ich machte ihm klar, daß wir, falls wir solche Pläne hätten, sie ohne und gegen sie verfolgen würden. Ich erzählte die Sache meinen Freunden, und mit ihrem Einverständnis informierte ich Hermann Müller, was in seinem Reichswehrministerium vor sich ging. Wir waren nicht so einfältig, aus Rache für die Kapp-Tage und wegen des Ruhrgebiets uns in ein wildes Abenteuer mit den eigentlichen militärischen Rebellen einzulassen. Wir kannten nur zu gut das Lied:

„Arbeiter, o Arbeiter, wie wird es Dir ergehen,
wenn Du die Brigade Ehrhardt wirst sehn!
Die Brigade Ehrhardt schlägt alles kurz und klein –
warte nur, warte nur, Du Arbeiterschwein!“

Angesichts der wirklichen Machtlage waren Legiens Verhandlungen eine demokratisch-parlamentarische Illusion. Bereits nach dem 20. und erst recht nach dem 22. März wurde vom Reichspräsidenten und dem ihn umgebenden sozialdemokratischen Beraterkreis ein immer stärker werdender Druck auf den sozialdemokratischen Parteivorstand und die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ausgeübt, daß sie die Verhandlungen abbrechen und dem Reichspräsidenten die Bildung einer neuen Regierung der Weimarer Koalition gestatten sollten, was praktisch bedeutete: einer Regierung von Gnaden der Reichswehr.¹⁰⁵

Ich habe in der Folge als Vertreter der USPD an den Sitzungen des Ausschusses der Nationalversammlung im Reichswehrministerium teilgenommen, der die Hal-

¹⁰³ Hermann Ehrhardt (1881–1971), Offizier, gründete 1919 das Freikorps „Brigade Ehrhardt“, führend am Kapp-Putsch beteiligt, gründete dann in Bayern die „Organisation Consul“, die u. a. für die Ermordung Rathenaus und Erzbergers verantwortlich war, 1922 verhaftet, 1923 aus dem Gefängnis entflohen, 1925 amnestiert.

¹⁰⁴ Die gekürzte Passage (Ms. S. 310–311) besteht aus einem umfangreichen Zitat über den Abbruch des Kapp-Putschs aus Junius Alter [d. i. Franz Sonntag], Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit, Leipzig 1930, S. 44, mit dem Geyer Machtkämpfe innerhalb der Generalität belegt.

¹⁰⁵ Da die USPD sich allenfalls an einer reinen Arbeiterregierung beteiligt hätte, die aber auf große Widerstände in Süddeutschland, namentlich in Bayern, gestoßen wäre, und da die DVP wegen ihrer zweifelhaften Haltung im Kapp-Putsch nicht regierungsfähig war, gab es im März 1920 kaum eine andere Möglichkeit als eine personell veränderte neue Reichsregierung der Weimarer Koalition. Die gewerkschaftlichen Forderungen traten während der schwierigen Regierungsbildung durch H. Müller immer mehr in den Hintergrund. Vgl. Akten Reichskanzlei/Kabinett Müller I, S. VII ff.

tung von Reichswehroffizieren im Kapp-Putsch prüfen sollte. Weder der neue Reichswehrminister Gessler,¹⁰⁶ noch das Reichswehrministerium, noch der Reichspräsident und die Generalität, noch die Abgeordneten der Weimarer Koalition, noch die Abgeordneten der Rechten waren im mindesten an einer Überprüfung der Haltung der Offiziere im Kapp-Putsch interessiert. Ich hatte genug von dieser Haltung selber gesehen, aber stand in diesem Ausschuß völlig allein. Er war ganz einfach ein Feigenblatt vor der Tatsache, daß zwar Kapp, Lüttwitz und Ehrhardt gescheitert waren, daß aber der Ausgang des Kapp-Putsches eine entscheidende Stärkung der Macht der militärischen Gegenrevolution bedeutete und nicht etwa eine Stärkung der Mitte. Es war die erbärmlichste parlamentarische Farce, die ich miterlebt habe.

[. . .] Aber die praktischen Schlußfolgerungen wurden mir im Laufe der nachfolgenden Wochen vollständig klar, und sie bestimmten den Kurs der Führungsgruppe der linken USPD, der sie zur entscheidenden Auseinandersetzung mit dem rechten Flügel auf dem Parteitag von Halle führte. Nachdem ich von Leipzig nach Hamburg übersiedelt war, reiste ich in ganz Norddeutschland umher, um festzustellen, wie nach den Kämpfen des Kapp-Putsches die militärische Stärke unserer Partei noch aussah. In diesen Kämpfen hatten sich die von uns geschaffenen Kampfgruppen¹⁰⁷ als stärker erwiesen, als wir nach der strikten Weigerung der Parteileitung, zentral dirigierte Kampfgruppen zu organisieren, erwartet hatten. Aber diese Kämpfe waren nun vorüber, und ich mußte feststellen, daß der Kapp-Putsch und sein Ausgang unsere Selbstentwaffnung im Kampfe bedeutet hatten. Die Waffen, die vom Kriege und den ersten Revolutionstagen her in der Hand von Arbeitern gewesen waren, wurden im Kapp-Putsch gebraucht und dabei zum weitest- aus größten Teil verloren. Das war eine schwerwiegende materielle Tatsache. Auf psychologischem Gebiet hinterließ zwar der Kapp-Putsch ein tiefgehendes Ressentiment gegen die Haltung der Regierung Gustav Bauer und den Kreis um den Reichspräsidenten selbst bei den sozialdemokratischen Arbeitern, aber auch eine große Kampfmüdigkeit. Dem stand gegenüber die Konsolidierung der neuen Militärmacht. Sie wurde in der Folge von den Entente-Regierungen gezwungen, die vertragsmäßig zugelassene Stärke von 100 000 Mann einzuhalten und die Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände aufzulösen, aber diese erstanden in Gestalt politischer Organisationen neu. Als Instrument innerer Macht wurde die Reichswehr infolge strafferer Führung und größerer Homogenität des Offizierskorps dadurch nur gestärkt. Sie wurde zum stärksten Faktor in der wirklichen Verfassung der Republik.

Ich prüfte auch die Lage in Hamburg, wo einige energische jüngere Leute die Kampforganisation führten. Sie waren voll von energischem Kampfwillen, aber sie überschätzten ihre Kraft und ihre Perspektiven bei einer Aktion vollständig. Ich wußte von ihnen, daß sie ohne zu fragen und zu zögern zu jeder Aktion bereit waren, wenn ich auf den Knopf drücken würde, aber ich wußte ebenso gut, daß sie keinerlei Hilfe in anderen Bezirken und von anderen Bezirken finden würden und daß jeder Aufstandsversuch im großen sinnlos war.

Als Ergebnis aller Erfahrungen, Überlegungen und Sondierungen kam ich zu der

¹⁰⁶ Otto Gessler (1875–1955), 1910–1913 Oberbürgermeister von Regensburg, 1914–1919 von Nürnberg, 1920–1924 MdR (DDP), 1920–1928 Reichswehrminister, 1950–1952 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.

¹⁰⁷ Vgl. S. 257.

Anschauung, daß wir in gewissem Sinne von vorne anfangen und alles der Reihe nach anfassen müßten: erst unsere Führung in der Gesamtpartei entscheidend durchsetzen, dann unter Aufhebung der Autonomie der Bezirke aus der Partei ein einheitliches Gebilde machen, dann über das ganze Reich verteilte Kampforganisationen bilden und über unsere Betriebsräte uns entscheidenden Einfluß auf die Arbeiterschaft aller bedeutenden industriellen Unternehmungen sichern. Ich nannte die Gesamtheit dieser Vorstellungen die Sicherung der revolutionären Verteidigung der Arbeiterschaft, aber dabei wurde mir immer klarer, daß meine Freunde und ich alle Perspektiven beträchtlich länger nehmen müßten als bisher, daß wir nicht in Wochen und Monaten rechnen dürften, sondern in weit längeren Fristen, um so mehr, als in der Zeit unseres Aufbaus die Gegenrevolution ihren Erfolg und die Stabilität der bürgerlichen Ordnung weiter konsolidieren würde. Als Angelpunkt für eine solche Entwicklung der Partei wurde der Eintritt in die Kommunistische Internationale immer dringender.

USPD und SPD nach der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920

Zunächst aber hatten wir die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 vor uns. Ich kandidierte für diese Wahlen an einer der ersten, absolut sicheren Stellen auf der Reichsliste der USPD. Ich stand auch noch auf der Kandidatenliste im Leipziger Wahlkreis, aber an einer der aussichtslosen Stellen. Ich habe den Wahlkampf vornehmlich in Hamburg und Berlin erlebt. Der Haß der gesamten Rechten bis zur Deutschen Volkspartei richtete sich nicht nur gegen uns, sondern auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, gegen die „roten Ketten“. Dieser Haß führte zu einem überaus schmutzigen Wahlkampf, der ein Vorspiel zu Hitlers Wahlkämpfen war. Die Agitation gegen die Führer der USPD und ganz speziell gegen die Führung der linken USPD wurde mit offenem Antisemitismus betrieben – obgleich in der Führungsgruppe der linken USPD nicht ein einziger Jude war. In Hamburg und Berlin wurden Flugblätter gegen die USPD verbreitet, die Karikaturen der USPD-Führer in jenem Stile enthielten, die später für Julius Streicher¹⁰⁸ charakteristisch war. Auf diesem Flugblatt paradierte ich neben Paul Hertz, dem „Juden Paul Hertz“, als „der Jude Curt Geyer“. Man hatte aus meiner breiten Nase eine gebogene Nase gemacht. In diesem Wahlkampf ging der Aufstieg der Reaktion rasch weiter. Im Prozeß Erzbergers gegen Helfferich zeigte sich, welche subversive Rolle gegen die Verfassung und die Republik fortan die reaktionären Richter spielen würden, von denen kein einziger durch die Revolution beseitigt worden war. Schon das Urteil im Prozeß Erzberger–Helfferich kam einer Rechtsverweigerung für den angegriffenen Reichsminister gleich. Während des Prozesses hatte ein Fähnrich ein Attentat auf Erzberger unternommen. Ein Berliner Gericht sühnte den Mordanschlag nach dem Kapp-Putsch mit anderthalb Jahren Gefängnis und bestätigte dem Täter ausdrücklich seine „ideale Gesinnung“. Reichsfinanzminister Erzberger, der stärkste Mann der Weimarer Koalition, mußte sein Amt niederlegen, seine Parteifreunde und vor allem die Demokraten waren zu feige, um sich gegen die angreifende Reaktion und die reaktionäre Justiz hinter ihn zu

¹⁰⁸ Julius Streicher (1885–1946), Volksschullehrer, 1921 NSDAP-Mitglied, seit 1923 Hrsg. der antisemitischen Zeitschrift „Der Stürmer“.

stellen. Helfferich machte sich nunmehr zum Hauptpropagandisten und intellektuellen Führer auf dem Wege zur Restauration der Verfassungsverhältnisse des Kaiserreiches.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. Juni bedeutete das Ende der Weimarer Koalition. Die USPD stand neben der Sozialdemokratischen als annähernd gleich starke Partei – 6 100 000 sozialdemokratische Stimmen gegen 5 600 000 Stimmen der USPD und der Kommunisten, von denen über fünf Millionen allein auf die USPD entfielen. Die Demokraten wurden durch die Deutsche Volkspartei Stresemanns halbiert, der Prozeß ihrer völligen Zertrümmerung, der sich in der weiteren Geschichte der Republik fortsetzte, hatte begonnen. Das deutsche Bürgertum wandte sich von liberalen Ideen ab und wieder dem Nationalliberalismus der Kaiserzeit zu. Mit 226 Mandaten der Weimarer Koalition gegen 145 Mandate der Rechtsparteien und bei 84 Mandaten der USPD war keinerlei parlamentarische Grundlage mehr für die Weimarer Koalition vorhanden.¹⁰⁹

Während des Wahlkampfes waren die Hemmungen unserer Organisationen, die zum Kurse von Noske und Wolfgang Heine gehört hatten, einigermaßen gefallen. Meine Freunde und ich sahen nun bestätigt, daß wir auf dem Wege waren, die stärkste Partei im Reiche zu werden. Dieses Ziel war für uns zum Greifen nahe. Die Störungen des Übergewichts der Linken in der Partei durch die Nachwirkungen des 13. Januar und im Kapp-Putsch waren beseitigt. Die Führungsgruppe der linken USPD war wieder aktionsfähig in Berlin versammelt. Sie erblickte ihre erste Aufgabe darin, einen Übergang der neuen starken USPD-Fraktion zum Nichtsals-Parlamentarismus zu verhindern, auf den einige Führer auf der Rechten der Partei drängten. Bei den Auseinandersetzungen darum in den ersten Fraktions-sitzungen war ich der Wortführer unserer Gruppe. Die Debatten konzentrierten sich auf die Frage, ob angesichts des Wahlergebnisses eine Zusammenarbeit zwischen uns und den Sozialdemokraten möglich war. Die Sozialdemokratische Fraktion fragte uns, ob wir zu parlamentarischer Zusammenarbeit und in erster Linie zur Bildung einer Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bereit seien. Was im Januar 1919 in der Nationalversammlung sinnvoll gewesen wäre, war nach dem Kapp-Putsch und diesem Wahlergebnis völlig sinnlos, solange die Sozialdemokratische Partei nicht bereit war, außerhalb des Parlaments entscheidende Machtkämpfe zu führen. Im Parlament hätte sich eine Regierung, die sich auf 190 Mandate stützte, nicht gegen eine Opposition mit 269 Mandaten behaupten können. Das Koalitionsangebot hatte unter rein parlamentarischem Gesichtspunkt nur Sinn, wenn eine solche Minderheitsregierung sich um eine Verstärkung durch eine der Mittelparteien bemüht hätte, praktisch um Verstärkung durch die Zentrumspar-tei. Machtpolitisch gesehen, hätte eine sozialistische Minderheitsregierung den Reichstag sofort auflösen und zunächst ohne Ansetzung eines neuen Wahltermins regieren müssen – wenn sie jemals die Zustimmung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert dazu gefunden hätte. Sie wäre sofort in Konflikt mit der neuen Militärmacht geraten und hätte sofort zu revolutionären Mitteln, vor allem zur Schaffung einer Arbeiterarmee schreiten müssen.

Auf dem rechten Flügel der USPD waren einige der führenden Politiker geneigt,

¹⁰⁹ Die Mandate verteilten sich (spätere Nachwahlen in den Abstimmungsgebieten Schleswig-Holstein, Ost- u. Westpreußen, Oberschlesien eingerechnet) wie folgt: SPD 103 (1919: 165), DDP 39 (75), Zentrum 64 (91), BVP u. CVP 21 (1919 beim Zentrum), USPD 83 (22), KPD 4, DVP 65 (19), DNVP 71 (42).

auf das Koalitionsangebot einzugehen, wobei sie klar erkannten, daß dies der erste Schritt zu einer weiteren Koalitionsbildung sein würde. Während des Wahlkampfes war die Propaganda der USPD keineswegs einheitlich geführt worden. Die Ideen des linken Flügels waren dabei ebenso vertreten worden wie die Vorstellungen der Rechten. Persönlich sah ich während des Wahlkampfes mit einiger Enttäuschung, welche Haltung nach meinem Weggang die „Leipziger Volkszeitung“ im Wahlkampf einnahm. Sie schrieb: „Heute ist der Reichstag der Souverän, der wirkliche Herrscher im Reich.“ Und das nach den Erfahrungen mit der Reichswehr und dem Reichspräsidenten im Kapp-Putsch! Ich nahm es persönlich übel, daß die Zeitung, in der ich mich nach Rosa Luxemburg und Franz Mehring bemüht hatte, die Leser zur Erkenntnis wirklicher Machtstrukturen zu erziehen, in ein solches Maß des „parlamentarischen Kretinismus“ verfiel. Ich benutzte die Debatten in unseren ersten Fraktionssitzungen, um dieses Maß politischer Blindheit entsprechend zu kennzeichnen. Angesichts der Realien der Machtsituation war es unserer Gruppe ein Leichtes, in der Fraktion alle Vorstöße eines Nichts-als-Parlamentarismus abzuweisen, es war um so leichter, als keineswegs die gesamte Rechte der Partei dahinterstand.

Vor allem Rudolf Hilferding sah sich nun nach Wegen um, auf denen die Macht der Partei außerparlamentarisch zur Geltung gebracht werden könnte. Aber auch da stand ihm im Wege, daß in seinen Anschauungen der Begriff „politische Macht“ keinen Platz hatte neben den rein ökonomischen Erwägungen und seinem ökonomischen Determinismus im Geiste des Marxismus. Ich habe, als ich später mit ihm eng und freundschaftlich verkehrte, in Berlin und in der Emigration manche Gespräche mit ihm darüber geführt, und bis zuletzt hielt er daran fest, daß er eben ein Determinist sei. Dabei war er ein ausgezeichnete ökonomischer Theoretiker, soweit es sich um Ökonomie losgelöst von jeder Politik handelte, aber in Wahrheit kein aktiver Politiker. Er hat es sich auch nach 1933 nicht erklären können, wie Hitlers System funktionieren konnte, ohne wirtschaftlich zusammenzubrechen. Nach der Reichstagswahl von 1920 sah er wohl, daß parlamentarische Opposition nicht genug war und daß etwas geschehen mußte. Er schlug der Partei vor, sich auf die Sozialisierung des Bergbaues zu konzentrieren und diese Forderung durch eine große Streikbewegung der Bergarbeiter zu unterstützen. Dieser Vorschlag, gewissermaßen den mitteldeutschen Generalstreik vom März 1919 im Ruhrgebiet zu wiederholen, stand merkwürdig in dem politischen Raum, in dem die Machtstrukturen durch das Ergebnis des Kapp-Putsches und die Hegemonie der neuen Militärmacht bestimmt waren. Ich hielt ihm in der Fraktion entgegen, daß ohne die Eroberung der politischen Macht ein solcher Schritt nicht einer bürgerlichen Mehrheit abgerungen werden könnte, die im Besitze der politischen Macht war und die bewaffnete Macht hinter sich wußte, daß es eine Utopie sei, im Juli 1920 die Dinge auf den Stand unmittelbar nach der Wahl zur Nationalversammlung zurückdrehen zu wollen; ich erinnerte daran, wie die Regierung Gustav Bauer unsere vermeintlichen Erfolge in der Sozialisierungsfrage im mitteldeutschen Generalstreik zunichte gemacht hatte. Kurzum, ich hielt seinem Glauben, daß man eine Revolution machen könne, ohne anders als mit der Streikwaffe zu kämpfen, den Glauben und die in den Märzkämpfen von 1919 gewonnene Erfahrung des politischen Aktivisten entgegen, daß die Eroberung der Staatsmacht allem anderen vorzugehen habe – und daß nach Eroberung der Staatsmacht nicht das Problem von Teilsozialisierung, sondern das des integralen Sozialismus stehen würde,

ganz abgesehen von dem Hinweis darauf, was im Kapp-Putsch im Ruhrgebiet geschehen war. Aber seine Vorstellung einer rein ökonomischen Revolution stand ihm im Wege, wo um Macht gekämpft werden mußte. Diese Diskussion führte zu nichts.

Unter meinem und meiner Freunde Einfluß beschloß eine Mehrheit der Fraktion, die sozialdemokratische Frage nach der Bildung einer gemeinsamen Regierung damit zu beantworten, daß wir in dieser Regierung die Führung haben müßten, den entscheidenden Einfluß, und daß diese Regierung sich auf den Boden unseres Leipziger Aktionsprogramms zu stellen habe. Damit war ernstlichen Verhandlungen ein Riegel vorgeschoben, ohne daß wir, wie die Sozialdemokraten erwartet und gewünscht hatten, bedingungslos nein gesagt hätten. Natürlich hätte die Annahme unserer Bedingungen ihre Selbstaufgabe bedeutet – aber wenn eine solche Minderheitsregierung einen Sinn haben und sich durchsetzen sollte, hätte sie sich ohnehin nur mit revolutionären Mitteln durchsetzen können.

Die Regierung Hermann Müller trat zurück, und Reichspräsident Ebert gab seine Zustimmung zur Bildung einer rein bürgerlichen Regierung, der Regierung Fehrenbach-Simons, die ihre Laufbahn mit einer Demonstration gegen die Reparationen begann und mit der Provozierung des Londoner Ultimatums beendete.¹¹⁰ In dieser Atmosphäre, die durch die Existenz einer bürgerlichen Regierung und das stete Anwachsen der gegenrevolutionären Kräfte bezeichnet war, kämpften meine Freunde und ich in der USPD den Kampf um den Anschluß an die Kommunistische Internationale bis zum bitteren Ende, bis zur Spaltung in Halle durch.

¹¹⁰ In der ab 25. Juni 1920 amtierenden Reichsregierung Fehrenbach hatten sich (von der SPD parlamentarisch toleriert) Zentrum, DDP und DVP zusammengefunden. Außenminister Simons und Verkehrsminister Groener waren parteilos. Am 5. Juli 1920 begann die Konferenz in Spa, in der erstmals Deutsche und Alliierte zu direkten Verhandlungen über Reparationen, Entwaffnung usw. zusammentrafen. Diese Probleme hatten während der ganzen Amtszeit des Kabinetts zentrale Bedeutung; die Regierung demissionierte unmittelbar vor dem Londoner Ultimatum (5. 5. 1921), das die alliierten Forderungen (die im Januar 1921 abgelehnt worden waren) unter Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets erneuerte. Vgl. Akten Reichskanzlei/Kabinett Fehrenbach.

4. Kapitel

Übersiedlung nach Hamburg: Leiter der Hamburger Volkszeitung

Als ich im Jahre 1920 die Leitung der „Hamburger Volkszeitung“¹ übernahm, war sie noch eine kleine Zeitung im kleinen Format. Sie wurde in der Druckerei von Friedrich Meyer in Eilbeck gedruckt, die nicht die Kapazität für eine wirklich große Tageszeitung wie etwa das sozialdemokratische „Hamburger Echo“² besaß, das um diese Zeit das USPD-Organ weit überflügelte. Die Redaktion hatte einen engen Raum im Druckereigebäude zu ihrer Verfügung. Meine Aufgabe und später die Wilhelm Herzogs war es, aus diesem Blatt, das den Verhältnissen der USPD zwischen ihrer Gründung und der Revolution entsprach, aber nicht mehr den Verhältnissen einer großen Partei, eine wirkliche Zeitung zu machen, die ernstlich mit dem „Hamburger Echo“ konkurrieren konnte. Ich nahm an dieser Umstellung ein großes persönliches Interesse. Nachdem ich nicht mehr die „Leipziger Volkszeitung“ zur Verfügung hatte, wollte ich aus der „Hamburger Volkszeitung“ das große, repräsentative Organ des linken Flügels der USPD machen. Mir ging es hauptsächlich um den Inhalt der Zeitung, während Wilhelm Herzog, der erst später nach Hamburg kam, daneben größten Wert auf die Modernisierung und Verschönerung des typographischen Gesichts der Zeitung legte. An der noch in Eilbeck erscheinenden Zeitung wäre in dieser Hinsicht Hopfen und Malz verloren gewesen, ich mußte mich damit begnügen, ihr eine konsequente Haltung im Geiste der linken USPD zu geben.

Die rasch wachsende Organisation der USPD in Hamburg war finanziell durchaus in der Lage, die Umstellung auf eine große Zeitung zu tragen. Ein großes Geschäftshaus an der Börsenbrücke in Hamburg wurde gekauft und eine Druckerei für den Druck einer Zeitung in Großformat eingerichtet. Mit viel Liebe prüfte Wilhelm Herzog die Schrifttypen für die große Zeitung, ganz besonderen Wert legte er auf die Auswahl der Typen für die Überschriften. [...] Er hielt die Geschäftsleitung damit beträchtlich in Atem, es war gar nicht so einfach, seinen Vorstellungen gerecht zu werden, namentlich die Beschaffung der von ihm gewünschten Überschriftentype machte Schwierigkeiten.

Ich hatte indessen den Wahlkampf in der Zeitung wie in Versammlungen zu führen und gleichzeitig den politischen Kurs immer stärker auf die Frage des Eintritts in die Dritte Internationale zu konzentrieren.

Nach meiner Ankunft in Hamburg wohnte ich zunächst in einem kleinen Hotel, in dem die Führer der linken USPD in Hamburg und die Leiter der Kampforganisation ihre Besprechungen abzuhalten pflegten. Es war ein ausgesprochenes Absteigehotel – gerade deswegen fühlten sie sich dort am sichersten. Mir war das ziemlich

¹ Am 7. 11. 1918 gegründet, erschien das Blatt bis 16. 12. 1918 unter dem Titel „Die Rote Fahne“, dann als „Hamburger Volkszeitung“. Der Untertitel lautete zunächst: „Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates“, ab 2. 12. 1918 „Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“.

² Das 1887 gegründete sozialdemokratische „Hamburger Echo“ war vom 7.–10. 1918 durch die „Rote Fahne“ ersetzt worden, erschien dann wieder selbständig, es hatte 1920 eine Auflage von 90 000 Exemplaren.

gleichgültig, da ich den Tag ohnehin in der alten Druckerei oder an der Börsenbrücke zu verbringen pflegte. Als Anna später nach Hamburg kam und zunächst eine Nacht in diesem Hotel übernachtet hatte, nahm sie energisch die Wohnungssuche auf und fand uns eine bequem möblierte Wohnung am Goldbeckufer.

Wir fanden in Hamburg nicht eine alte eingefahrene Parteiorganisation vor wie in Leipzig, sondern eine im Entstehen begriffene und rasch wachsende Organisation, in der Teddy Thälmann³ immer stärker in den Mittelpunkt geriet und den Kurs der Partei in unserem Sinne steuerte, wobei die älteren Führer der Hamburger USPD aus der Zeit ihrer Gründung, die eher den Ansichten der Rechten in der Partei zuneigten, mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wurden. Teddy Thälmann, der Führer der linksstehenden Hamburger Hafenarbeiter, stand damals am Beginn seiner Laufbahn. Er sah zu mir und Wilhelm Herzog als zu seinen intellektuellen Führern mit dem größten Respekt auf. In seinem Wesen war etwas von einem großen Bernhardiner, und ich bin sicher, er hat uns sehr geliebt, und er war dankbar, daß wir uns seiner annahmen. Er war Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, das heißt der Stadtverordnetenversammlung des Stadtstaates Hamburg, und trat dort ziemlich regelmäßig als Wortführer der USPD-Fraktion hervor. Ich arbeitete mich eiligst in die Probleme der Lokalpolitik ein und lieferte ihm dann die Dispositionen für seine Bürgerschaftsreden. Er hatte ein einfaches Gemüt und eine bescheidene Schulbildung, aber er war intelligent. Da er wiederholt über die städtischen indirekten Steuern zu reden hatte, führte ich ihn in längeren Gesprächen in das gesamte Finanzsystem Hamburgs ein, ich zeigte ihm die soziale Bedeutung der einzelnen Steuerarten und warum wir gegen gewisse Steuern opponierten, anderen aber zustimmten. Es war eine zeitliche Belastung für mich, aber es war ein Vergnügen, in dieser Weise mit ihm zusammenzuarbeiten und zu sehen, wie ihm die Dinge klar wurden.

Daneben begegnete ich in der Hamburger Partei Erscheinungen, die sich in den Revolutionstagen in Leipzig nicht stark fühlbar gemacht hatten, eben weil Leipzig eine alteingefahrene Parteiorganisation besaß. Wohl hatten sich vor allem im Arbeiterrat einige Eigenbrödlerr und auch einige unlautere Elemente gezeigt, die aber mit Leichtigkeit im Zaume gehalten wurden. In Hamburg jedoch waren in den Revolutionstagen in der Partei und neben der Partei die skurrilsten Erscheinungen aufgetreten. So war ein jüngerer Mann, der in der Lokalorganisation eine erhebliche Rolle spielte, auf den Gedanken verfallen, eine Gewerkschaft der gefälligen Damen von St. Pauli zu gründen. Für diese „Gewerkschaft“ gab er ein Blatt heraus, das er „Der Pranger“ nannte.⁴ In diesem Blatt ließ er besagte Damen erzählen, wie sich prominenteste Hamburger Bürger und Senatoren – ohne Namensnennung – mit ihnen benahmen und welche kuriosen Spezialitäten sie hatten. Ich wurde daran wieder erinnert, als ich im Frühjahr 1964 das französische Theaterstück „Der Balkon“ las, das einiges Aufsehen erregte. Gemessen an der Kunst dieses Theaterstücks war der Inhalt des „Pranger“ reine abstoßende Pornographie – natürlich „pour épater le bourgeois“ und mit der Absicht, in den Revolutionstagen der „Wohlanständigkeit“ und der Moralheuchelei der oberen Hamburger Gesellschaft kräftige Stöße zu versetzen. Als

³ Ernst Thälmann (1886–1944), Transportarbeiter, ab 1903 Mitglied der SPD, 1917 USPD, 1920 KPD. 1919–1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1924–1933 MdR, 1924–1933 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD, ab 1925 Parteivorsitzender, 1933 verhaftet, 1944 im KZ Buchenwald ermordet.

⁴ Ermittlungen dazu waren erfolglos.

ich nach Hamburg kam, war die Gewerkschaft der Prostituierten bereits aufgelöst, und der „Pranger“ erschien längst nicht mehr, aber seine alten Nummern schienen nach wie vor eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Käufern anzuziehen. Mich widerte er nur an, aber als Anna und ich bei unseren Streifzügen durch Hamburg den jungen Mann kennenlernten, der die „Gewerkschaft“ und den „Pranger“ ins Leben gerufen hatte, fanden wir einen sehr intelligenten und angenehmen Menschen, der nur zu bereit war, nachträglich von seiner Gründung abzurücken und sich über sie lustig zu machen. Er hatte um sich einen Kreis von „Cranks“, wie man im Englischen sagt. Sie gehörten zum Teil der USPD an, zum Teil der KPD, zum Teil waren sie auch politisch gänzlich uninteressiert. Eines Tages führte er uns in die Wohnung einer Hamburger Kommunistin, der Freundin von Karl Radek. Sie bewohnte ein niedriges Haus in einer Hamburger Terrasse. Bei der Gelegenheit lernte ich, was eine Hamburger „Terrasse“ ist und warum sich unsere Partei in Hamburg besonders gegen den dort getriebenen Mietwucher wandte und die Sanierung dieser ausgesprochenen Elendswohnungen verlangte. Aber weder dieses, noch die Frau selbst riefen mein größtes Interesse hervor, sondern ein ganz anderer Umstand. Sie hütete in diesem Hause Karl Radeks Bibliothek, so wie er sie während seiner Vorkriegsaktivität in Deutschland und dann während seiner Besuche nach der Revolution zusammengekauft hatte – die typische Bibliothek eines kommunistischen Intellektuellen, für den Politik alles andere in den Hintergrund drängt, obwohl die Sammlung auch literarische Interessen erkennen ließ.

Eine andere Gründung der Revolutionstage in Hamburg, die ebenfalls aus der Partei hervorgegangen war, stellte der „Reichsverband der Vorbestraften Deutschlands“ dar, dessen Führer sogar für den Reichstag kandidierte und bei der Wahl vom 6. Juni gewählt wurde.⁵ Für Anna und mich, die wir beide in strengen Parteibegriffen dachten, waren diese skurrilen Dinge neu. Wir sahen sie mit großem Interesse, aber kopfschüttelnd, weil wir fanden, daß sie lediglich der politischen Erziehung unserer Anhänger in unserem orthodoxen Geiste im Wege stünden, und wir trösteten uns damit, daß das Wachsen der Partei sie inzwischen in den Hintergrund gedrängt hatte.

[...]⁶

Probleme der USPD nach dem Leipziger Parteitag

Meine Zusammenarbeit mit Wilhelm Herzog wurde dadurch unterbrochen, daß er auf Betreiben von Karl Radek zur Zeit des zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale eine Einladung nach Moskau erhielt, der er sofort Folge leistete.⁷ Am Tage nach seiner Rückkehr von seiner Moskaureise nach Hamburg stellte

⁵ Einzelheiten dazu waren nicht zu ermitteln.

⁶ In der gekürzten Passage (Ms. S. 327–328) schildert Geyer eine Episode, die die Unbequemlichkeit der Eisenbahnfahrten zwischen Hamburg und Berlin beleuchtet.

⁷ Wilhelm Herzog erhielt im März 1920 die Einladung durch den Komintern-Kurier Michael Borodin. Er reiste Mitte Mai ab und hielt sich vom 24. Mai bis 18. August in Rußland auf, wo er ziemlich umworben wurde. (Vgl. Wheeler, Die „21 Bedingungen“ und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, in: VfZ 23 (1975), S. 117–154, insbes. S. 132.) Herzog schilderte seine Eindrücke in einer Artikelserie „Russisches Notizbuch“, die in 6 Folgen im Forum von August 1920 bis April 1921 abgedruckt wurde. (Das Forum 4 (1920), Heft 11 und 13 und 5 (1920/21), Heft 1–7). Wegen der Aktivitäten in Moskau, zu denen Herzog durch kein Partei-

sich zwischen uns eine tiefgehende Differenz in der Frage der Behandlung des Problems des Eintritts der Partei in die Internationale heraus, die zu einer persönlichen Entfremdung führte. In der Auseinandersetzung, die ich mit ihm darüber hatte, wurde mir klar, daß die Frage unseres Eintritts nicht nur eine innerparteiliche Problematik innerhalb der USPD einschloß, sondern eine ebenso schwerwiegende Problematik in dem Verhältnis der Führung der linken USPD zu den Bolschewiki.

Nach den Beschlüssen des Leipziger Parteitags hatte die Frage unseres Anschlusses offiziell geschlummert. Sie bildete einen der Hauptdiskussionsgegenstände unter den Mitgliedern der Partei, aber die paritätisch zusammengesetzte zentrale Parteileitung der USPD unternahm zunächst keinerlei Schritte zur Ausführung der Leipziger Beschlüsse. Der rechte Flügel behandelte die Frage dilatorisch, der linke begnügte sich mit verstärkter Propaganda für den Eintritt unter den Mitgliedern, deren Mehrheit ohnehin den Anschluß wünschte. Außerdem war die Aufmerksamkeit des linken Flügels auf den Kampf um die Betriebsräte konzentriert. Die Kommunistische Partei, die stark verfolgt wurde, war um diese Zeit einfach nicht existent.

Die Geschehnisse nach dem 13. Januar 1920 gaben zunächst dem rechten Flügel der USPD in der zentralen Parteileitung das Heft in die Hand, und nun geschah in der Frage der Internationale erst recht nichts. In dieser Situation richtete die Exekutive der Komintern einen Brief an die Parteileitung der USPD, in dem sie die Parteileitung aufforderte, Verhandlungen über ihren Eintritt zu beginnen. Im Zusammenhang damit übte die Exekutive heftigste Kritik an der Halbheit des Leipziger Beschlusses und forderte die USPD auf, die Partei von ihren rechten Führern zu säubern. Die Restparteileitung der USPD gab darauf eine hinhaltende Antwort unter starken Verwahrungen.⁸

Während des Kapp-Putsches ruhte die Frage des Anschlusses, dann folgten der Wahlkampf und die Reichstagswahl vom 6. Juni. Danach war die Führungsgruppe der linken USPD wieder voll aktionsfähig, so daß nun die zentralen Körperschaften der Partei beschlossen, die Einladung einer Delegation der USPD zum zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale anzunehmen. Der linke Flügel entsandte Ernst Däumig und Walter Stoecker, der rechte Arthur Crispian und Wilhelm Dittmann, alle vier waren Mitglieder der zentralen Parteileitung. Hilferding blieb in Berlin, ich in Hamburg.

Zur selben Zeit aber wuchs die allgemeine politische Spannung im Reich gewaltig an. Trotz aller Erfahrungen im Kapp-Putsch glaubten einige Führer der rechten USPD, daß die Entente-Regierungen einem weiteren Vordringen der deutschen militärischen Gegenrevolution einen Riegel verschieben würden. Sie waren in dieser Hinsicht unbelehrbar. Nach dem Kapp-Putsch erstattete mein Freund Otto Braß einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen, welche die Führer des Widerstandes gegen den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet mit dem französischen General Degoutte⁹

amt legitimiert war, wurde er in der Parteipresse und auf der Berliner Reichskonferenz heftig angegriffen. Vgl. W. Herzog, Die Wut des Hilferdinges, in: Das Forum 4 (1920), S. 866–870; Protokoll der Reichskonferenz vom 1.–3. September 1920, S. 31 und 129–136.

⁸ Der Brief des EKKI war vom 5. 2. 1920 datiert, erreichte die USPD-Führung aber – aus taktischen Gründen – erst zwei Monate später durch einen Kurier. Vgl. dazu Wheeler, USPD und Internationale, S. 195 ff.

⁹ Jean Marie Degoutte (1866–1938), 1919–1924 Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee und der alliierten Truppen im Rheinland, Organisator des französischen Einmarsches in das Ruhrgebiet 1923.

und dem französischen Hohen Kommissar in Koblenz geführt hatten. Aus diesen Verhandlungen wurde völlig klar, daß die Franzosen an einem Sieg der Linken keineswegs interessiert waren, lediglich daran, keine Beruhigung und keine wirklich aktionsfähige Regierung in Deutschland zustande kommen zu lassen. So duldete die französische Besatzung zunächst den vertragswidrigen Einmarsch in das Ruhrgebiet zur Niederschlagung der kämpfenden Arbeiter, und danach besetzte sie als Sanktion wegen des vertragswidrigen Einmarsches die Städte Frankfurt und Darmstadt und schuf sich damit einen neuen Brückenkopf. Die Hoffnungen, die auf die Haltung der Entente-Regierungen gesetzt wurden, gingen Hand in Hand mit der Ablehnung jeder östlichen Orientierung, also auch unseres Anschlusses an die kommunistische Internationale.

Inzwischen hatten ferner die Verhandlungen in Spa über die Reparationsfrage und die deutschen Kohlenlieferungen stattgefunden, welche die Spannung zwischen der Reichsregierung Fehrenbach-Simons und den Entente-Regierungen verschärft hatten. In Oberschlesien griff Korfanty¹⁰ mit französischer Hilfe das Abstimmungsgebiet an. Die verschärfte Spannung führte zur Aufstellung neuer gegenrevolutionärer Formationen, die sich auf Oberschlesien, und vor allem Ostpreußen, konzentrierten.

Mit einer gewissen Berechtigung könnte man sagen, daß ich und meine Freunde durch diese Vielfalt der Probleme wie in nachtwandlerischer Sicherheit gingen, ohne sie gleichzeitig alle intellektuell bewältigen und ihre Einwirkung auf die Mentalität der verschiedenen deutschen Bevölkerungsklassen abschätzen zu können. Wir starrten auf einen Punkt: die Bundesgenossenschaft mit den Bolschewiki herbeizuführen, von der wir uns gewaltigen Machtgewinn und damit die Möglichkeit der Erneuerung der deutschen Revolution versprachen. Wir sahen uns in dieser verworrenen Zeit nach den Bajonetten der Roten Armee um. Was alle schwebenden Fragen anbetraf – Versailler Vertrag, Reparationen, die Korridorfrage, Oberschlesien –, so glaubten wir, daß sie ein völlig anderes Gesicht annehmen würden, wenn eine siegreiche deutsche Revolution im Bündnis mit der Sowjetregierung, die aus dem Bürgerkrieg als Siegerin hervorgegangen war, den Entente-Regierungen gegenüberstehen würde. Der Vertrag von Versailles war für uns keine unübersteigbare Grenze, ebenso wie sich erwiesen hatte, daß der Vertrag von Brest-Litowsk keine unübersteigbare Grenze für die Sowjetregierung gewesen war.

Als wir im April 1920 erfuhren, daß Lenin auf dem [IX.] Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei [29. 3.–5. 4. 1920] erklärt hatte, daß er bald die Zusammenarbeit mit einer deutschen Sowjetregierung erwarte, sahen wir darin eine Ermunterung unserer Hoffnungen. Denn wir nahmen als selbstverständlich an, daß wir, die Führungsgruppe der linken USPD, den Kern und die Führung einer deutschen Sowjetregierung darstellen würden. Nach wie vor glaubten wir ernsthaft, daß uns nichts aufhalten könnte auf dem Wege, die stärkste Partei Deutschlands mit einem natürlichen Anspruch auf die Regierung zu werden. Wir hatten den von der Exekutive der Komintern getadelten Leipziger Kompromiß geschlossen, weil wir mit diesem Ziel vor Augen die Spaltung der Partei verhindern wollten. Dieses Problem bestand nach wie vor, aber seit Leipzig waren wir in dem Glauben bestärkt worden,

¹⁰ Wojciech Korfanty (1873–1939), poln. Politiker, 1903–1912 und 1918 MdR (für die poln. Minderheit), 1919–1930 Abgeordneter im poln. Sejm, 1919–1921 polnischer Abstimmungskommissar für Oberschlesien. Vgl. Ernst Sontag, Adalbert (Wojciech) Korfanty. Ein Beitrag zur Geschichte der polnischen Ansprüche auf Oberschlesien. Kitzingen 1954. S. a. Anm. 86.

daß die große Masse unserer Anhänger uns folgen würde, wenn wir gegen alle Proteste des rechten Flügels den Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale vollziehen würden. Wir glaubten auch, daß Lenins Ansichten sich in dieser Hinsicht mit den unsrigen deckten, und erst recht, nachdem die Juniwahlen uns zu einer großen Partei, der zweitstärksten im Reiche, gemacht hatten mit der Aussicht, zur stärksten Partei zu werden.

Lenins Fehlurteil über die Lage in Deutschland

Wir hatten keine Ahnung davon, daß Lenin mit dem Politbüro der russischen Kommunistischen Partei darüber ganz anders dachte als wir, daß sich seine Anschauungen und Ziele nicht mit den unseren deckten und daß gerade das gewaltige Anwachsen der USPD bei den Juniwahlen die Differenz zwischen den Anschauungen verschärft hatte. Wir erblickten in den vorliegenden literarischen Zeugnissen über Haltung und Absichten Lenins volle Übereinstimmung. Die Ausdehnung der Weltrevolution nach Westen war auch unser Ziel, ebenso die Bildung einer deutschen Sowjetregierung, ebenso die Bildung einer Massenpartei der Komintern in Deutschland, wobei wir annahmen, das seien wir bereits. Ebenso waren wir ohnehin gewillt, den Einfluß rechter Führer in der Partei zurückzudrängen und selber die entscheidende Führung in die Hand zu nehmen, wozu wir auf dem Leipziger Parteitag wenigstens einen Anfang gemacht hatten. Gerade in den Bestrebungen, unsere Führung voll durchzusetzen, und in unserer Haltung zur Kommunistischen Internationale erblickten wir die stärkste Anziehungskraft, welche die Partei auf sozialdemokratische Arbeiter ausübte. Für uns existierte nur ein innerparteiliches Führungsproblem, das wir im Begriff waren zu lösen. Daß dahinter noch ein Führungsproblem von ganz anderen Dimensionen stehen werde, war uns noch verschlossen, als die Delegation der Zentrale der USPD nach Moskau ging.

Wir hätten gewarnt sein können. Paul Levi mit seiner auf Sammlung, nicht Spaltung gerichteten Politik hatte Däumig, Stoecker und mich wiederholt vor dem Macht- und Herrschaftswillen Lenins gewarnt. Im April 1920 hatte Lenin seine Schrift „Der linke Kommunismus – eine Kinderkrankheit“ veröffentlicht, die in deutscher Übersetzung unter dem Titel: „Der Radikalismus – eine Kinderkrankheit“ erschien.¹¹ Diese Schrift wurde mir persönlich triumphierend von den Führern der Rechten in der Partei entgegengehalten als eine offene Mißbilligung meines bisherigen politischen Kurses durch Lenin. Auch bei einigen unserer Anhänger entstanden Zweifel darüber. Einige Tage lang hatte ich im Wandelgang des Reichstages nichts anderes zu tun, als mit rechten Fraktionskollegen aus der Nationalversammlung über diese Schrift zu diskutieren.

Begreiflicherweise habe ich damals diese Schrift wieder und wieder durchgelesen und analysiert. Zunächst hatte ich den Eindruck, sie nicht zu verstehen, denn ich wußte, daß meine Gesamthaltung von Lenin wie vom Kominternpräsidium mit Sympathie angesehen worden war. Dann stellte ich fest, daß sie von inneren Widersprüchen nur so strotzte. Ich war beunruhigt, und in gewisser Hinsicht nahm ich die Schrift sogar als einen persönlichen Affront. Meine Freunde waren weniger beunruhigt, sie

¹¹ *Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus*, wurde im April/Mai 1920 geschrieben und erstmals im Juni 1920 veröffentlicht. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin (O), 1974, S. 1–106.

trösteten sich damit, daß sich die Schrift in der Hauptsache um den Streit innerhalb der KPD und zwischen KPD und KAPD drehe. Daß diese Schrift einfach ein Ausdruck des unbedingten Herrschaftswillens Lenins war und auf die Formel reduziert werden konnte: „Den politischen Kurs bestimme ich, und was zulässig radikal und nicht zulässig radikal ist, bestimme ich auch“, habe ich erst nach Halle begriffen, als der Kampf um die Führung in vollem Gange war. Aber ich war etwas heilsichtiger geworden als zuvor. Ebenso habe ich auch erst später begriffen, wie falsch Lenin nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, sondern überhaupt die Arbeiterschaft des Westens einschätzte und wie wenig er von den wahren Verhältnissen in der USPD und unserem Kampf um Macht und Führung in der Partei begriffen hatte – und wie wenig er bei seinen eigenen Anschauungen innerlich in der Lage war, die Eigenesetzlichkeit der Entwicklung und des Führungsproblems in einer großen Partei des Westens zu verstehen, in der wirkliche innere Parteidemokratie herrschte.

Dagegen war mir bereits im Mai, als ich die Protokolle des IX. Parteitages der russischen Kommunistischen Partei las, klargeworden, daß Lenin machtpolitisch das Ergebnis des Kapp-Putsches falsch einschätzte und darum die Lage in Deutschland viel zu optimistisch sah. Wie ich überhaupt in späteren Jahren immer wieder beobachten konnte, daß sich die führenden Bolschewiki, erst Lenin und Trotzki und dann Stalin, völlig falsche Vorstellungen von deutschen Verhältnissen und von den Verhältnissen in anderen Ländern machten. So ergab sich die kuriose Situation, daß Lenin glaubte, daß eine zweite revolutionäre Welle in Deutschland auf dem Wege sei und die Lage der Sowjetregierung erleichtern werde, während meine Freunde und ich der Ansicht waren, daß wir den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Hilfe des Sowjetregimes für die revolutionäre Verteidigung der deutschen Arbeiterschaft benötigten, weil das Kraftminus unserer Gefolgschaft gegenüber der militärischen Gegenrevolution sich im Kapp-Putsch herausgestellt hatte.

Unsere Hoffnungen auf kräftige Unterstützung durch das Sowjetregime waren dabei zunächst keineswegs unrealistisch. Die Situation wurde beherrscht durch den russisch-polnischen Krieg.¹² Im Mai 1920 hatte die polnische Armee ihren Angriffskrieg gegen die Sowjetunion begonnen und war weit vorgedrungen, während gleichzeitig General Wrangel¹³ die Krim angriff. Im Juni 1920 hatte die Rote Armee den polnischen Vormarsch aufgehalten und begann, sie zurückzuwerfen. Im Juli 1920 – als die Führungsgruppe der linken USPD nach den Wahlen in Berlin wieder voll aktionsfähig war – war die Rote Armee auf der ganzen Linie in siegreichem Vormarsch, und die Kräfte General Wrangels waren vernichtet. Das Prestige der Sowjetregierung bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft, und nicht nur bei der Arbeiterschaft, wuchs gewaltig.

Es zeigte sich sofort, wie tief die Überzeugung bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft war, daß die Behauptung des Sowjetregimes in Rußland im Interesse der deutschen und der westlichen Arbeiterschaft liege. Als die französische Armee begann, Munitions- und Waffentransporte durch Deutschland zur Stärkung der polnischen

¹² Da die Ostgrenze des 1918 neu entstandenen Polen auf der Pariser Friedenskonferenz nicht definitiv festgelegt worden war, begann Polen, das Weißruthenien und die Ukraine angliedern wollte, am 26. 4. 1920 einen Angriff auf Kiew (Besetzung am 8. 5. 1920). Erfolgreiche Gegenoffensiven der Roten Armee im Mai und Juli kamen vor Warschau zum Stehen. Vgl. Anm. 32.

¹³ Peter Nikolajewitsch Baron von Wrangel (1878–1928), russ. General, Führer der weißen Armee in Südrußland.

Armee zu senden, erließen die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei einen gemeinsamen Aufruf dagegen und erklärten, daß diese Transporte verhindert werden würden. Am 20. Juli erklärte die Regierung Fehrenbach-Simons ihre Neutralität im russisch-polnischen Krieg,¹⁴ was nicht verhinderte, daß eine Fühlungnahme zwischen der deutschen und der Sowjetregierung stattfand.

Der zweite Weltkongreß der Komintern und die 21 Bedingungen

In dieser Atmosphäre beschloß die zentrale Parteileitung der USPD, ihre Delegation zum zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zu senden. Der Kongreß wurde am 19. Juli in Petrograd eröffnet und später nach Moskau verlegt, wo die entscheidenden Verhandlungen zwischen dem Komintern-Präsidium und der deutschen Delegation, zwischen dem Präsidium und Paul Levi als dem Führer der der Komintern angeschlossenen KPD und zwischen Paul Levi und der deutschen Delegation über den Anschluß der USPD und die Bedingungen des Anschlusses stattfanden.¹⁵ Alles das wurde überschattet durch das siegreiche Vordringen der Roten Armee, die Anfang August ihre Kräfte auf Warschau konzentrierte und deren Kavalleriepatrouillen bereits in den polnischen Korridor eingedrungen waren. In dieser Situation, in welcher die gesamte Versailler Ordnung im Osten ins Rutschen zu kommen schien, besuchten ich und Wilhelm Koenen ziemlich regelmäßig die russische Botschaft in Berlin, um uns von dem Pressereferenten der Mission, Kopp,¹⁶ über die Lage informieren zu lassen. Noch vor dem Abschluß des Kongresses in Moskau wurde uns dort mitgeteilt, daß zwischen der Reichsregierung und der Sowjetregierung ein Protokoll zustande gekommen sei, welches nach der Einnahme von Warschau durch die Rote Armee die Rückgabe des Korridors an Deutschland und die Wiederherstellung der alten deutsch-russischen Grenze in Polen vorsehe. Dieses Protokoll sei von Reichsaußenminister Simons paraphiert worden. Auch in einem späteren Gespräch im Jahre 1921 wurde mir von Litwinow¹⁷ bestätigt, daß diese Verhandlungen tatsächlich stattgefunden hätten und daß eine derartige Eventualvereinbarung existiere.¹⁸ Der Hinweis darauf beeinflusste die Haltung der Delegation der USPD

¹⁴ Eine entsprechende Bekanntmachung des Reichspräsidenten wurde am 20. 7. 1920 im Reichsanzeiger veröffentlicht, außerdem erließ die Reichsregierung am 25. 7. 1920 eine Verordnung, in der Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial verboten wurde. Der vom ADGB und von SPD, USPD und KPD unterzeichnete Aufruf erschien am 7. 8. 1920 (abgedruckt in: Dokumente und Materialien VII, 1, S. 293).

¹⁵ Der zweite Kongreß der Kommunist. Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau. Hamburg 1921.

¹⁶ Viktor Kopp (1881–1930) war seit Herbst 1919 Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, zunächst ohne offiziellen Status, dann als Beauftragter für Kriegsgefangenenfragen und für Wirtschaftsbeziehungen. Diplomatische Beziehungen wurden nach dem Abbruch im November 1918 (vgl. 2. Kapitel, Anm. 22) erst im Frühjahr 1921 wieder aufgenommen.

¹⁷ Maxim Maximowitsch Litwinow (1876–1951), sowjet. Diplomat und Politiker, 1921–1930 und 1941–1946 stellv. Volkskommissar (Minister), 1930–1939 Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, 1941–1943 gleichzeitig sowjet. Botschafter in Washington.

¹⁸ Der sowjetische Vertreter Kopp hatte in Verhandlungen über die erstrebte Aufnahme deutsch-sowjetischer Beziehungen im Juli 1920 in Berlin mündlich erklärt, daß er seiner Regierung nahegelegt habe, in polnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen die Korridorfrage zu Gunsten Deutschlands zu regeln. Vgl. Horst Günther Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970, S. 108.

auf dem zweiten Weltkongreß der Komintern in Moskau auf das stärkste – und zwar nicht nur die Vertreter des linken, sondern auch die des rechten Flügels. Was damals in Moskau geschah, als die Delegation das Diktat der 21 Bedingungen annahm, ohne daß die Vertreter des linken Flügels ahnten, was sich dahinter verbarg, kenne ich nicht nur aus ausführlichen Berichten von Däumig und Stoecker an die Führungsgruppe der linken USPD nach ihrer Rückkehr, sondern auch aus der eingehenden Unterrichtung, die ich von Paul Levi nach seiner Rückkehr aus Moskau darüber erhielt. Die eigentlichen Verhandlungen – unbeschadet der Sitzungen des Kongresses, deren Protokolle veröffentlicht sind¹⁹ – fanden hinter den Kulissen statt, und dabei vollzog sich der eigentliche Kampf zwischen dem Präsidium der Komintern und Paul Levi. Dieser war ein entschiedener Gegner der Bedingungen, die schließlich vom Kongreß für den Anschluß der USPD und anderer Parteien an die Kommunistische Internationale aufgestellt wurden. Paul Levi erkannte, was das Komintern-Präsidium unter dem Einfluß von Lenins Vorstellungen wollte, nämlich eine Spaltung des Führerkreises und des gesamten Parteiapparates der USPD, um danach unter Ausnützung des revolutionären Prestiges des Sowjetsystems die Mitglieder und die Anhänger der Partei der Führung, oder deutlicher gesagt, der Befehlsgewalt des Komintern-Präsidiums unterstellen zu können. Das, was später in Deutschland immer wieder von den Kommunisten unter dem Stichwort „Einheitsfront von unten“ versucht wurde, sollte in internationalem Maßstab auf die deutsche und die westeuropäische Arbeiterbewegung angewandt werden. Die Tragödie war, daß Paul Levi dies weit besser verstand als Däumig oder Stoecker, weil er bereits seine Erfahrungen mit dem Moskauer Herrschaftswillen gemacht hatte. Außerdem kannte er die damals noch nicht veröffentlichte Schrift Rosa Luxemburgs über die russische Revolution.²⁰ Alles das, was später über die Vorstellungen der Bolschewiki von der Mentalität der deutschen und europäischen Arbeiter und über ihre Taktik der Beeinflussung der Arbeiterparteien in anderen Ländern bekannt wurde, war damals noch verschlossen. Wir lernten es in den nachfolgenden Monaten kennen – zu unserem Leidwesen.

Genau gesehen, so wie Paul Levi sie ansah, waren die 21 Bedingungen von Moskau ein Größenwahnsinniges Dokument, das von der Annahme ausging, daß historisch gewordene Parteien durch einen Führerbefehl von Moskau nach Moskauer Vorstellungen umgeformt werden könnten, so wie Ingenieure unbelebten Massen beliebige Formen geben können. Die Überheblichkeit wurde verstärkt durch die Siege der Roten Armee, aber sie war fundamental begründet in Lenins Anschauungen überhaupt. [. . .] Das Komintern-Präsidium war dabei sein Werkzeug, es war völlig von ihm abhängig, er schreckte auch nicht davor zurück, es zu desavouieren, wenn er selber taktische Wendungen vornahm. Die 21 Bedingungen, die den USPD-Delegierten in Moskau vorgelegt wurden, waren Geist vom Geiste Lenins.²¹

Aber das Unglück war, daß die Delegation der USPD ihre volle Bedeutung nicht erkannte und daß vor allem Däumig und Stoecker nicht erkannten, daß damit ein Führungsanspruch erhoben wurde, der sich gegen sie selber wie gegen die gesamte Führungsgruppe des linken Flügels der USPD richten mußte, und daß sie deshalb das, was sich dahinter verbarg, nicht sehr ernst nahmen. Sie kannten die Verhältnisse

¹⁹ S. Anm. 15.

²⁰ Rosa Luxemburg, *Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung*. Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi, Berlin 1922.

²¹ Zur Genesis der „21 Bedingungen“ vgl. Wheeler, *USPD und Internationale*, S. 213 ff.

und die Stärke der USPD, sie kannten ihre eigene Position, und sie wußten, wie stark diese an diesem Zeitpunkt in ihrer eigenen Partei war. Sie wußten oder glaubten, daß die Durchführung solcher Bedingungen ohne sie unmöglich war, daß sie es also in der Hand haben würden, was davon durchgeführt wurde und was nicht. Sie wurden darin von Paul Levi bestärkt, der dieselbe Reservation für sich und seine eigene Partei in Anspruch nahm. So erschienen ihnen die Bedingungen eben als ein Dokument, ein Stück Papier, während die Ereignisse ihnen eine glänzende revolutionäre Perspektive zu eröffnen schienen.

Ich habe wiederholt von Paul Levi und Walter Stoecker gehört, welchen Eindruck es auf Ernst Däumig machte, als er einer Militärparade auf dem Roten Platz vor dem Kreml beiwohnte, bei der Trotzki, als Sieger von einem Besuch an der Front zurückkehrend, von der Moskauer Bevölkerung mit ekstatischem Siegesjubiläum begrüßt wurde. Es war Däumig, aber auch Stoecker, innerlich völlig unmöglich, von Moskau fortzugehen, ohne ein Bündnis mit dieser siegreichen militärischen Macht erlangt zu haben, und in diesem Geiste nahmen sie die 21 Bedingungen an. Aber nicht nur sie. Obwohl Crispian und Dittmann gegen einige der Bedingungen protestierten, nahmen sie sie schließlich in Moskau ebenfalls an, mit ähnlichen Reservationen wie Däumig und Stoecker, und versprachen, für ihre Durchführung zu wirken. Daß diese Bedingungen die Spaltung der USPD völlig unvermeidlich machen würden, scheint sowohl den linken als auch den rechten Delegierten der USPD nicht aufgegangen zu sein, solange sie in Moskau waren. Folgendes geschah: Alle vier reisten gemeinsam zurück und kamen gemeinsam in Stettin an. Sie hatten unter sich Auseinandersetzungen über einzelne der Bedingungen. Einige der Bedingungen waren für Däumig und Stoecker ganz selbstverständlich, sie entsprachen dem, was die Führungsgruppe der linken USPD in der Partei auf Grund der Lehren des Leipziger Parteitages selbst durchsetzen wollte, andere erschienen ihnen ebenso undurchführbar wie den Delegierten Crispian und Dittmann, die beide wiederum entschlossen waren, Karl Kautsky zu opfern – und alle in der Hoffnung, daß alles anders aussehen würde als dieses Stück Papier, wenn die Rote Armee siegreich an Deutschlands Ostgrenze erscheinen würde.

Aber in Stettin wurden Crispian und Dittmann von Rudolf Hilferding in Empfang genommen. Was dann geschah, hat mir zwei Jahre später Hilferding persönlich erzählt, und als ich es zuerst von ihm hörte, erschien es mir so phantastisch, und ich war davon so beeindruckt, daß ich mir gegen meine sonstige Gewohnheit eine Aufzeichnung darüber machte. Ich habe auch später, und zuletzt noch in der Emigration, mit ihm darüber gesprochen, und seine Version war immer die gleiche. Er war völlig entsetzt über die Haltung der beiden, welche die Bedingungen mit Vorbehalten annehmen und den Eintritt der Gesamtpartei vollziehen wollten. Wie er sagte, brauchte er seine ganze Überredungskunst und die gesamte Dauer der Eisenbahnfahrt von Stettin nach Berlin, um sie aus pro-bolschewistischen Saulussen zu antibolschewistischen Paulussen zu machen.²² Als sie in Berlin ankamen, hatte er sie überzeugt, welches ausgezeichnetes Kampfmittel gegen die radikale Linke in der Partei diese Bedingungen darstellten, und daß innerhalb der Partei mit aller Kraft und auf jede Konsequenz hin um sie gekämpft werden müßte, und daß ihre Annahme der Bedingungen, wenn auch unter Vorbehalten, die Preisgabe von allem darstellte, wofür sie gemeinsam mit ihm bisher gewirkt hätten, und zu allem anderen

²² Vgl. Vorwort, S. 19.

einen Verrat an der von den Bolschewiki unterdrückten Sozialdemokratischen Partei Rußlands, den Menschewiki. Als er mit ihnen in Berlin ankam, war die Szene für den nun beginnenden wilden Parteikampf und den Spaltungsparteitag von Halle gesetzt – so wie es Lenin und das Komintern-Präsidium gewünscht hatten, die mit ihren Bedingungen auf alle Fälle verhindern wollten, daß eine große geschlossene Partei von der Stärke und der Eigengesetzlichkeit der USPD mit einem linken und einem rechten Flügel, mit linken und rechten Führern, sich der Kommunistischen Internationale anschlosse. Sie befürchteten, daß das Schwergewicht einer solchen Partei die Ausübung voller Befehlsgewalt des Komintern-Präsidiums über diese Partei, und in der Internationale überhaupt, verhindern würde. Es war klar: eine so starke Partei in solcher Zusammensetzung hätte nicht gleichgeschaltet werden können.

Wie wurde diese Problematik mir klar, und wie stellte ich mich dazu? Wilhelm Herzog war als Gast der Komintern nach Moskau gereist und sandte von dort enthusiastische Briefe über die Persönlichkeiten von Lenin und Trotzki nach Hamburg. Wie Ernst Däumig war er hingerissen von der Roten Armee und von dem um Trotzki brandenden Siegesjubiläum der Moskauer Bevölkerung bei der Militärparade auf dem Roten Platz. Über den Gang der Verhandlungen über die 21 Bedingungen war er in großen Zügen unterrichtet, auch darüber, daß Crispian und Dittmann unter Vorbehalten bereit waren, den Anschluß auf Grund dieser Bedingungen der Partei zu empfehlen. Gerade das empörte ihn maßlos, weil er Crispian für einen Wortradikalen hielt und ihm nicht ein einziges Wort glaubte. Empört schrieb er mir – und er hat das dann in der Zeitungspolemik noch oft wiederholt: „Er hat gesagt, sie würden alles ganz offen und ehrlich machen, jawohl, er macht alles offen und ehrlich! Auch wenn er auf dem Nachtopf sitzt, macht er offen und ehrlich.“

Noch vor Wilhelm Herzogs Rückkehr nach Hamburg erfuhr ich den Inhalt der 21 Bedingungen. Bei all meinem Radikalismus im Kampf gegen die rechte Führergruppe in der Partei und unseren Absichten für eine Erneuerung der Führung der Gesamtpartei in unserem Geiste wußte ich von vornherein, daß diese Bedingungen nur als eine maximale ideale Zielsetzung angenommen werden konnten, niemals als ein in allen Einzelheiten in wenigen Wochen oder Monaten durchzuführendes Gegenwartsprogramm. Da ich von Herzog gehört hatte, daß Crispian und Dittmann die Bedingungen unter Vorbehalten annehmen wollten, sagte ich mir, daß Däumig und Stoecker sie ebenfalls unter Vorbehalten angenommen haben mußten. Ich konnte bei genauer Durchprüfung den Finger auf einzelne dieser Bedingungen legen, die bei exakter Durchführung die Fortexistenz der USPD als legale Partei in Deutschland unmöglich gemacht hätten. Sie sind auch in der Folge von der Kommunistischen Partei in Deutschland, unter welcher Führung sie immer auch in Zukunft stand, niemals richtig durchgeführt worden. Andere Bedingungen zielten auf einen Parteitypus ab, der mit den in Deutschland und Westeuropa historisch gewordenen Parteien nichts zu tun hatte, so die Bedingung über die periodische Säuberung des Mitgliederbestandes, die mir besonders unsinnig erschien. Unsere Partei war weit offen für alle, die sich zu ihr bekennen wollten, es war selbstverständlich, daß die Arbeiter, die von der Sozialdemokratischen Partei zu uns stießen, nicht Mann für Mann ausdrücklich auf unser radikales Parteiprogramm vereidigt und auf Herz und Nieren geprüft werden konnten. Ein Versuch dazu würde allein genügen, um dem dauernden Wachsen unserer Organisationen, auf dem unsere Stärke beruhte, ein Ende zu machen. Mir war klar, daß man mit einem solchen Parteityp, dem einer

Monopolpartei nach einer siegreichen Revolution, nicht zur stärksten Partei in Deutschland werden konnte, und ich fragte mich sorgenvoll: waren wir schon zu stark für Lenin und das Komintern-Präsidium? Und von da gingen meine Erwägungen weiter, daß unbeschadet der mir berichteten Haltung von Crispian und Dittmann der Anschluß zu diesen Bedingungen nicht ohne eine größere Abspaltung von der Partei möglich sein würde, und was würde dann aus unseren Hoffnungen werden, binnen kurzem als die stärkste Partei Deutschlands dazustehen. Unsere Delegation war noch nicht zurückgekehrt. Ich war allein mit meinen Erwägungen, ich konnte nicht sofort nach Berlin fahren, um mich mit anderen Freunden zu besprechen, weil ich in Herzogs Abwesenheit die Zeitung nicht allein lassen konnte. Und je stärker ich über die Bedingungen nachdachte, nicht nur als Parteipolitiker, sondern mit offenem Sinn für historisches Werden, um so fremdartiger erschienen sie mir. Natürlich waren Hilferding und seine Freunde ein Pfahl in unserem Fleische und standen der Aktivierung der Partei im Wege, aber ihre Zurückdrängung im Kampf um die Führung war etwas ganz anderes, als sie aus der Partei auszuschließen, was unvermeidlich Spaltung bedeuten würde. Ich hatte mit Sicherheit angenommen, wir würden sie zurückdrängen und auf dem nächsten Parteitag die Führung der Partei voll erobern. Wozu also diese künstlichen, mechanistischen Bedingungen, war die linke Führungsgruppe der USPD mit ihrer Geschichte und ihrem politischen Handeln nicht Garantie genug für das Wesen einer von ihr geführten Partei? Ich zog es vor, in der Zeitung nur zu berichten. Ich wollte weder unsere Unterhändler, deren Motive ich nicht kannte, desavouieren, noch unsere gemeinsame Entscheidung präjudizieren.

Auf die Frage, ob ich und meine Freunde in der Führungsgruppe der linken USPD nicht Garantie genug für das Komintern-Präsidium waren, erhielt ich eine überraschende und klärende Antwort, als Wilhelm Herzog zurückkehrte. Er war überenthusiastisch, immer wieder erzählte er voll Stolz von seinen Gesprächen mit Lenin und Trotzki und von seinem Besuch an der Front. Die 21 Bedingungen waren für ihn eine Selbstverständlichkeit. Als ich ihm sagte, die Bedingungen würden die Spaltungsgefahr erhöhen, antwortete er ganz naiv: „Aber wir brauchen doch die Spaltung, es ist viel zu viel totes Holz in der Partei.“ So hatten wir bisher nicht gedacht. Das war für mich eine neue und ungewöhnliche Ausdrucksweise. Aber dann erzählte er mir, in vollem Vertrauen darauf, daß unsere Anschauungen völlig identisch seien, er habe von Lenin persönlich den Auftrag erhalten, eine linke Opposition gegen die jetzige Führung der linken USPD zu organisieren, und ich müßte ihm dabei helfen. Linke Opposition gegen die Führungsgruppe der linken USPD, also gegen mich und meine Freunde – wie in einem Blitz wurde mir plötzlich die Situation klar. Das ging natürlich in erster Linie gegen Paul Levi, den wir als Freund und Verbündeten ansahen, und Wilhelm Herzog gab es ohne weiteres zu. Aber dann sagte ich mir: das ist es nicht allein – auf die Führung der USPD, so wie sie aus dem Parteitag hervorgehen würde, der den Anschluß beschließen würde, sollte also vom Komintern-Präsidium die Methode „teile und herrsche“ angewandt werden. Wieder und wieder fragte ich Wilhelm Herzog, ob Lenin wirklich einen solchen Auftrag gegeben habe, der doch allenfalls dem Komintern-Präsidium zugestanden hätte, und ob er Lenins Kritik an deutschen Fehlern vielleicht dahin mißverstanden habe, aber er blieb strikt dabei. Er erzählte mir andere Einzelheiten von seiner Unterredung mit Lenin²³ über

²³ Wilhelm Herzog, *Menschen, denen ich begegnete*, Bern 1959, S. 25 ff.

die Führer der rechten wie der linken USPD, und in diesem Rahmen war ein solcher Auftrag nicht unwahrscheinlich. Ob nun gerade Wilhelm Herzog der Mann für einen solchen Auftrag war, erschien mir höchst zweifelhaft. Aber wenn er diesen Auftrag entgegengenommen hatte und gewillt war, ihn auszuführen, so war damit eine Kampfsituation gegeben, die ich nicht schweigend hinnehmen konnte. Ich sagte ihm in harten Ausdrücken, daß ich darin eine äußerste Illoyalität gegen die linke Führungsgruppe wie gegen mich selbst erblicke, die Einführung einer konspirativen Methode, die von mir als ein feindlicher Akt angesehen werden konnte, und daß ich dazu nicht schweigen würde. Die überaus peinliche Auseinandersetzung endete damit, daß ich eine sofortige Sitzung der Führer der Hamburger linken USPD und der Kampforganisation verlangte. Die Sitzung wurde für abends zehn Uhr in einem Hinterzimmer des Hotels anberaumt, in dem ich in meiner ersten Zeit in Hamburg gewohnt hatte.

Ich hatte den ganzen Nachmittag Zeit zur Überlegung. Ich fragte mich, was angesichts unserer bekannten Haltung die Bildung einer linken Opposition gegen uns bezwecken könnte, wenn sie nicht einfach geplant war, um dem Komintern-Präsidium absolut willfähige Werkzeuge für eine Politik des „teile und herrsche“ zu verschaffen. Davon abgesehen konnte die Oppositionsbildung nur eines bedeuten: Leute zu sammeln, die mehr als wir gewillt waren, zu wilden Aktionen zu greifen, wenn es ihnen befohlen wurde. Nun war ich mir mit den Führern der Hamburger Kampforganisation darüber klar, daß wir an diesem Zeitpunkt und auf längere Zeit hinaus aktionsunfähig waren. Je länger ich über Wilhelm Herzogs Geständnis nachdachte, um so empörter wurde ich. Ich hatte das Gefühl, ich sollte von einer außenstehenden Gruppe als Werkzeug für ihre Zwecke benutzt werden – nicht als Bundesgenosse, mit dem auf gleich und gleich verhandelt wird. Ich sprach mit Anna über meine Empörung und meine Zweifel und kam allmählich zu dem Entschluß, sofort nach der Sitzung ohne Rücksicht auf die Zeitung nach Berlin zu fahren, in erster Linie, um mit Paul Levi zu reden, der bereits wieder in Berlin war, ihn zu informieren und mit ihm zu überlegen, welche Gegenmaßnahmen gegen eine solche Konspiration ergriffen werden könnten.

Die nächtliche Sitzung, an der Anna teilnahm, führte zu nichts. Es redeten ausschließlich Wilhelm Herzog und ich in einem immer erneuten Duell. Alle meine Versuche, ihn zur Vernunft zu bringen und ihm begreiflich zu machen, worauf er sich eingelassen hatte – immer unter der Voraussetzung, daß Lenin persönlich ihm diesen Auftrag gegeben hatte –, waren vergebens. Immer und immer wieder berief er sich darauf, daß ihm Lenin wirklich diesen Auftrag gegeben habe und daß er selbstverständlich den Auftrag loyal durchführen werde, auch wenn ich mich gegen ihn stellte. Gegen das Argument: „Lieber mit Lenin, der mich mit diesem Auftrag beehrt hat, als mit Curt Geyer“ war natürlich bei seiner Mentalität und seiner unbegrenzten Verehrung großer Persönlichkeiten nicht anzukommen. Ich ließ jedoch nicht locker, auch wenn er im Laufe dieser nächtlichen Sitzung einem Zusammenbruch nahe schien. Ich sagte ihm alles, was zu sagen war, ich rechnete ihm vor, welche unheilvollen Folgen es haben würde, wenn dies wirklich die Haltung der Führer der Bolschewiki wäre. Die Führer der linken USPD in Hamburg, Teddy Thälmann und die Führer der Kampforganisation, alles Arbeiter, folgten dieser nächtlichen Auseinandersetzung mit der größten Erschütterung, ohne ein Wort dazu sagen zu können. Endlich gegen fünf Uhr morgens legte Teddy Thälmann laut aufheulend seinen Kopf auf den Tisch und rief schluchzend: „Genossen, was soll aus uns werden, wenn unsere Führer sich

so zerfleischen?“ Ich habe diese Reaktion nach der nächtlichen Sitzung nie vergessen. Danach erklärte ich, daß ich mit dem Morgenschnellzug nach Berlin fahren würde, Wilhelm Herzog sei zurück und könne sich um die Zeitung kümmern.

[. . .]

In Berlin hatte ich ein sehr langes Gespräch mit Paul Levi. Als ich ihm von Wilhelm Herzogs Auftrag und meiner Auseinandersetzung mit Herzog erzählte, teilte er mir mit, daß er gleichzeitig erfahren habe, daß das Komintern-Präsidium – also Sinowjew,²⁴ Radek und Bucharin²⁵ – offiziell an das Mitglied der Kommunistischen Zentrale, Ernst Meyer,²⁶ herangetreten sei mit der Anregung, in der Führung der KPD und den Parteikörperschaften eine linke Oppositionsgruppe gegen Paul Levis Führung zu bilden. Daß sie gerade auf Ernst Meyer verfielen, war ebenso erstaunlich wie Lenins Auftrag an Wilhelm Herzog. Noch stärker als Paul Levi selber war Ernst Meyer der Typ eines Überintellektuellen, keineswegs ein Aktivist, und Paul Levi wußte ebenso gut wie ich, daß Radek von Ernst Meyer nie anders zu reden pflegte als „der jugendliche Greis“. Aber wir standen vor der Tatsache, daß von Moskau aus eine linke Oppositionsgruppe gebildet werden sollte gegen die offizielle Führung der der Komintern angeschlossenen KPD wie gegen die bisherige Führung der linken USPD. Wir waren uns völlig im klaren darüber, welche Absichten damit verbunden waren.

Krise im Verhältnis zwischen USPD und Lenin

Ich erhielt bei dieser Gelegenheit von Paul Levi die erste ausführliche Information über den Verlauf des zweiten Weltkongresses und die Verhandlungen um den Beitritt der USPD. Ich selbst war einigermaßen bitter über die persönliche Enttäuschung mit Wilhelm Herzog und über die Einschätzung der Führungsgruppe der linken USPD bei den Führern der russischen Kommunistischen Partei, vor allem bei Lenin, obgleich ich mich in der Auseinandersetzung mit Wilhelm Herzog wieder und wieder an Lenins merkwürdiges Pamphlet über die Kinderkrankheiten erinnert hatte. Erst von Lenin wegen meines Radikalismus gelobt, dann von ihm eines zu großen und unbedachten Radikalismus beschuldigt zu werden, um dann zu erfahren, daß Lenin eine linke Opposition gegen mich und meine Freunde wegen zu geringem Radikalismus ausbilden wollte, hatte meinen bisherigen Respekt vor Lenin und mein Vertrauen in ihn beträchtlich herabgesetzt.

Aber meine eigene Bitterkeit war nichts gegen die Paul Levis, mit der er sich über die Unkenntnis Lenins über deutsche Verhältnisse aussprach, über dessen Mißtrauen gegen alle aus deutscher Quelle kommenden Informationen, die ihn eines Besseren

²⁴ Grigori Jewsejewitsch Sinowjew (1883–1936), im Schweizer Exil (1908–1917) einer der engsten Mitarbeiter Lenins, 1907–1927 Mitglied des ZK, 1917–1926 Vorsitzender des Petrograder Sowjets, 1919–1926 Präsident des EKKI, 1927 und 1932 Parteiausschluß, 1936 hingerichtet.

²⁵ Nikolai Iwanowitsch Bucharin (1888–1938), sowjet. Politiker, 1912 Bekanntschaft mit Lenin im Exil, 1917–1934 Mitglied, 1934–1937 Kandidat des ZK, 1919–1926 Stellvertreter Sinowjews im EKKI, 1926–1929 Vorsitzender des Präsidiums, 1918–1929 Chefredakteur der Prawda, 1938 hingerichtet.

²⁶ Ernst Meyer (1887–1930), seit 1908 Sozialdemokrat, 1913–1915 Redakteur am „Vorwärts“, Mitgründer der Spartakusgruppe, 1919–1920 Mitglied der KPD-Zentrale, Ende 1921 – Ende 1922 als Vorsitzender des Polit-Büros Führer der KPD, 1921–1924 und 1926–1929 im ZK, 1928–1930 MdL Preußen.

hätten belehren können, über die Feigheit Radeks, der über die deutschen Verhältnisse weit besser informiert war, aber sich scheute, den vorgefaßten Meinungen Lenins entgegenzutreten, über die Arroganz des Komintern-Präsidiums, wobei er zu meinem Erstaunen Bucharin, den ich bis dahin für einen reinen Theoretiker gehalten hatte, als den Machttrunkensten ansah, noch schlimmer als Sinowjew, während er Radek trotz seiner Servilität Lenin gegenüber und trotz all seiner Doppelzüngigkeit noch für den Vernünftigsten in diesem Präsidium hielt. Vor allem beschwerte er sich über die Mißachtung, die ihm persönlich gezeigt worden war. Er wiederholte mehrfach: „Sie waren alle siegestrunken.“

In diesem Gespräch arbeitete er den Unterschied zwischen Lenins Ansichten und seinen eigenen, von denen er annahm, daß auch ich sie teilte, sehr stark heraus. Lenin verstehe nichts von deutschen Parteien, weder der Sozialdemokratischen, noch der Unabhängigen, noch der Kommunistischen Partei, für ihn sei Massenbindung durch Parteitradition kein Begriff, den er verstehe, er verstehe auch nicht, warum die Kommunistische Partei so schwach blieb, während die USPD weiter wuchs. Er habe persönlich Lenin gegenüber erwähnt, daß eine Partei, die aus USPD und KPD vereinigt würde, die Chance hätte, in kürzester Frist die stärkste Partei Deutschlands zu werden – aber das habe Lenin offensichtlich eher abgeschreckt, weil er annehme, daß die Erringung einer solchen Position unweigerlich zum Rückfall in den Nichts-als-Parlamentarismus und den parlamentarischen Kretinismus führen müßte. Aber Lenins Haupterwägung sei sicherlich gewesen, daß eine solche Partei schwerlich Moskauer Befehlsgewalt unterworfen werden könnte.

Paul Levi war über die revolutionäre Eignung der deutschen Arbeiterschaft weit skeptischer als ich, was begreiflich war; denn er war der Führer einer kleinen Partei, die nicht leben und nicht sterben konnte, und ich war einer der Führer einer Massenpartei, die trotz aller Rückschläge gegen unsere aktivistische Haltung wuchs und wuchs. Paul Levi versicherte, Lenin glaube fest daran, daß die Massen der deutschen Arbeiterschaft, wenn sie von der Führung durch Opportunisten und Sozialverräter befreit würden, unter Führung der Komintern – also unter seiner eigenen Führung – zu sofortigen revolutionären Aktionen in größtem Stile bereit sein würden. Der Verlauf des zweiten Weltkongresses müsse deshalb als ein Manöver angesehen werden, durch Bildung von Oppositionsgruppen und wohl berechneten Spaltungen eine Reihe von Führern, rechten wie linken, bei der Arbeiterschaft zu diskreditieren und an die Stelle der bisherigen Führungen neue zu setzen, die dem Komintern-Präsidium und damit dem Exekutivkomitee der russischen Kommunistischen Partei und Lenin willenlos ergeben seien. Es gehe nicht um die Hegemonie der russischen Kommunistischen Partei, die natürlich sei, sondern darum, daß die angeschlossenen Parteien absoluter zentraler Moskauer Befehlsgewalt unterworfen werden sollten. Daß ich zu solcher Unterwerfung ebenso wenig Neigung hatte wie er selber, brauchte ich ihm nicht ausdrücklich zu sagen.

Mit dem Führungsproblem, das damit aufgeworfen wurde, war die Frage der revolutionären Perspektive in Deutschland unmittelbar verbunden. Ich erzählte ihm von meinen Sondierungen nach dem Kapp-Putsch und von meiner immer stärker werdenden Überzeugung, daß wir für längere Zeit unsere Hoffnungen nicht auf direkte Aktionen setzen könnten, sondern auf die Stärkung der Partei und die volle Durchsetzung unserer eigenen Führung. Ich hatte mich vor allem auf Grund der Erfahrungen des Kapp-Putsches der Haltung angenähert, die Levi bereits im Sommer 1919 vertreten hatte. Und von da kamen wir auf die Frage der 21 Bedingungen.

Alle Bedenken, die ich mir in Hamburg allein vorgerechnet hatte, wurden von ihm in noch stärkerem Maße geteilt. Er beklagte die Haltung der linken Unterhändler der USPD in Moskau, die, wie er meinte, sich ohne Not hätten überfahren lassen. Ich fragte ihn, ob er sie nicht gewarnt habe, worauf er antwortete, er habe seine Ansichten im Kongreß deutlich genug ausgesprochen. Ich sagte ihm darauf so ungefähr, es sei Däumig und Stoecker wahrscheinlich so gegangen wie mir. Ich sei in der Partei der Vorkämpfer für den Eintritt gewesen, und wenn ich jetzt sagen sollte: „Kein Eintritt, weil die Bedingungen unannehmbar sind“, so wäre das ein solcher Bruch in meiner Haltung und ein so eklatanter Zusammenbruch meiner bisherigen Politik, daß er mir unmöglich sei. Ob ich selber versucht haben würde, hartnäckiger zu verhandeln, wüßte ich nicht. Dazu sagte er: „Sie hätten dieselbe Erfahrung gemacht wie ich. Diese Leute wollen nicht verhandeln. Es wurde auch eigentlich nicht verhandelt. Es wurde diktiert.“

Er fragte mich dann, was ich zu tun gedachte. Ich antwortete ihm ungefähr, ich könnte unsere Delegierten nicht desavouieren, ich würde deshalb dafür eintreten, unter Annahme der Bedingungen den Beitritt der USPD durchzusetzen, aber soweit wie möglich klarmachen, daß sich die Führung der linken USPD vorbehalten müßte, wie sie die Bedingungen durchführte und welche der Bedingungen sie aus praktischen Gründen zurückstellen müßte. Er meinte, das könnten und das müßten wir versuchen, aber er warnte mich, daß das Komintern-Präsidium und Lenin auf jeder einzelnen der Bedingungen rigoros bestehen würden, wie Shylock auf seinem Schein. Die Bedingungen seien im Laufe der Beratungen noch verschärft worden, auf den ausdrücklichen Wunsch Lenins. Als wir darüber im einzelnen sprachen, wurde mir unheimlich klar, was ich mir bisher noch nicht so klargemacht hatte, nämlich welche Waffe diese Bedingungen in der Hand des rechten Flügels der Partei gegen uns sein würden. Ich dachte an die offene Spaltungsdrohung in Leipzig, die wir zunächst umgangen hatten. Es wurde mir klar, daß diese Spaltung von Moskau gewünscht wurde und daß die 21 Bedingungen ein Instrument dazu waren. Und in Verbindung damit kam ich zu der Frage: Wo wird der Spalt durch die Partei gehen? Auf der anderen Seite, wenn wir die Bedingungen für unannehmbar erklärten, würden wir vielleicht die Partei für längere Zeit der rechten Führung ausliefern und die allgemeine Ostorientierung der Partei gefährden, die auf der Grundlage des Glaubens an die Solidarität der deutschen und der russischen Revolution ruhte.

Über die Frage, wo der Spalt durch die Partei gehen würde, öffnete mir Paul Levi die Augen. Er setzte mir auseinander, daß die gleiche Problematik wie in der USPD auch in der italienischen Sozialistischen Partei bestehe²⁷ und daß die italienischen Kommunisten gemeinsam mit Lenin während der Beratungen eine gefährliche Verschärfung der Bedingungen durchgesetzt hätten, während er sich selbst gegen die Bedingungen überhaupt und erst recht gegen ihre Verschärfung ausgesprochen habe. Die Verschärfungen schlossen die Gefahr in sich, daß der Spalt in beiden Parteien viel zu weit links liegen würde. Das alles war eine schöne Zwickmühle, mehr für mich als für ihn. Ich fragte ihn: „Was würden Sie an unserer Stelle tun?“ Er antwortete, es sei jetzt zu spät. Die Verhandlungen seien abgeschlossen, es bleibe uns nichts übrig, als der Partei den Beitritt zu empfehlen, aber sofort den Kampf um die praktische Revision der 21 Bedingungen aufzunehmen und die gefährlichsten

²⁷ Die Sozialistische Partei Italiens, die sich bereits vor dem II. Kongreß der Komintern angeschlossen hatte, spaltete sich auf dem Parteitag in Livorno im Januar 1921, die Minderheit konstituierte sich als Partito Comunista. Vgl. S. 241 f.

einfach nicht zu beachten. Daß wir einen Kampf um die Führung mit dem Komintern-Präsidium, praktisch mit Lenin, vor uns hatten, und daß er gänzlich unvermeidlich war, wenn wir uns nicht – perinde ac cadaver – willenlos Moskauer Führung unterwerfen wollten, wußten wir ohnehin, nachdem wir die Absicht erfahren hatten, eine linke Opposition gegen uns auszubilden. Das eine wie das andere drängte uns unaufhaltsam in eine Position, der wir uns in den letzten Monaten in Gesprächen bereits genähert hatten, nämlich auf die Autonomie der der Komintern angeschlossenen Parteien bei der Bestimmung ihrer eigenen inneren Politik zu pochen und uns der Unterstellung unter Moskauer Befehl zu widersetzen. Der Gedanke, daß bei einem weiteren Anschluß europäischer Parteien der Schwerpunkt der Internationale nicht ausschließlich in Moskau liegen dürfe, war bereits Gegenstand von Erörterungen in der Führungsgruppe der linken USPD gewesen, ebenso war er zwischen uns und Paul Levi erörtert worden. Ich kam mit ihm überein, daß wir die Forderung der Bildung eines autonomen westeuropäischen Sekretariats²⁸ der Kommunistischen Internationale, am besten in Berlin, in den Mittelpunkt der zu erwartenden Auseinandersetzungen stellen wollten. Ich glaubte, ihm zusichern zu können, daß die Führungsgruppe der linken USPD in dieser Frage genau so denke wie ich und daß wir uns mit ihm gemeinsam den Versuchen in den Weg stellen würden, linke Oppositionen gegen uns und gegen ihn auszubilden. Praktisch lief die Übereinkunft darauf hinaus, daß wir mit Paul Levi jedem Versuch totaler Beherrschung von Moskau aus Widerstand entgegensetzen und den Kurs der aus USPD und KPD neu zu bildenden Sektion der Kommunistischen Internationale nach ihrer eigenen Beurteilung der deutschen Verhältnisse und ihrer eigenen Verantwortung bestimmen würden.

Nach dieser Besprechung, in der wir die Kampfansage, die in der Absicht von Oppositionsbildungen unter Moskauer Ägide lag, annahmen und uns einig darüber waren, daß wir auch kämpfen würden, ging ich zunächst in Berlin auf die Suche nach den möglichen Bundesgenossen Wilhelm Herzogs. Als ich unerwartet in seiner Berliner Wohnung erschien, traf ich dort auf eine regelrechte Besprechung, in der die Möglichkeiten der Opposition von links erwogen wurden. Die Hauptpersonen dabei waren Ernst Reuter-Friesland²⁹ – der spätere Oberbürgermeister von Westberlin – und Arthur Rosenberg,³⁰ der Professor für alte Geschichte, der später eine viel beachtete Geschichte der Weimarer Republik geschrieben hat, die daran krankt, daß er, an den marxistischen Kategorien haftend, an den wichtigsten Geschehnissen vor-

²⁸ Im September 1919 war in Berlin das Westeuropäische Sekretariat (WES) eingerichtet worden. Es unterstand dem EKKI und hatte, wie auch die anderen Kominternbüros außerhalb Moskaus, keine selbständigen Funktionen, sondern unterstützte die Propaganda und diente zur Ausführung der EKKI-Beschlüsse. Alle Kominternbüros wurden nach einem EKKI-Beschluß vom 8. 8. 1920 aufgelöst und vorübergehend durch Vertrauensleute, die dem EKKI unmittelbar verantwortlich waren, ersetzt.

²⁹ Ernst Reuter (1889–1953), 1912 SPD-Mitglied, 1917–1918 Volkskommissar in der Wolgadeutschen Republik, 1919 KPD-Vorsitzender in Berlin (Parteiname: Friesland), 1921 Generalsekretär der KPD, November 1921 Ausschuß, 1922 Rückkehr in die SPD, Vorwärts-Redakteur, 1931–1933 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1932–1933 MdR, 1935 Emigration (England, Türkei), 1947 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt, 1948–1953 OB bzw. Reg. Bürgermeister von (West-)Berlin.

³⁰ Arthur Rosenberg (1889–1943), Historiker, Privatdozent in Berlin, 1918 USPD-, 1920 VKPD-Mitglied, 1924–1926 Mitglied der KPD-Zentrale, 1924 im EKKI-Präsidium, 1924–1928 MdR, 1927 Austritt aus der KPD, 1933 Emigration (England, USA). Seine „Geschichte der Weimarer Republik“ erschien 1935 in der Emigration (1972 in 14. Auflage).

überging wie ein Schachspieler, der immer nur sein eigenes Spiel und seine eigenen Züge im Auge hat. Ich hatte einige Auseinandersetzungen mit den dort Versammelten und ließ sie dann unter sich. Es wurde mir aber dabei klar, daß der Apparat der Komintern bereits an der Arbeit war.

Nach diesen Vorgängen traf ich endlich mit Ernst Däumig und Walter Stoecker im Rahmen einer Besprechung der Führungsgruppe der linken USPD zusammen. Ich berichtete dort über den Fall Wilhelm Herzog und meine Unterredung mit Paul Levi. Beide Delegierte, Walter Stoecker noch stärker als Ernst Däumig, erklärten, daß es für uns kein Zurück mehr geben könne und daß wir um die Annahme der 21 Bedingungen in der Partei kämpfen müßten. Ebenso wie ich waren sie davon überzeugt, daß wir nicht mehr um eine große Spaltung der Partei herumkommen würden. In der Frage jedoch, an welcher Stelle der Partei der Riß erfolgen würde, waren sie weit optimistischer als ich. Gemeinsam sahen wir wohl, worin unsere Schwierigkeit bestand: in unserem Kampf um die Führung und Aktivierung der Partei verfolgten wir Pläne für eine Zentralisierung der Partei und für die Einhaltung des offiziellen Parteikurses durch die Parteiorgane, und darin waren unsere Vorstellungen den 21 Bedingungen ähnlich. Aber unsere Zielsetzungen waren inneren Parteiauseinandersetzungen entsprungen, organisch gewachsen, während das, was wir wollten, uns und der Partei nunmehr von außen als Eintrittsbedingungen in die Dritte Internationale wie ein Diktat befohlen wurde. Wir wußten, daß wir auf dem einmal eingeschlagenen Wege weitergehen mußten, aber an diesem Zeitpunkt hatten wir alle ohne jede persönliche Ausnahme innere Reservate gegen das Diktat der 21 Bedingungen und waren entschlossen, uns gemeinsam jedem Versuch der Organisierung linker Oppositionsgruppen gegen uns in den Weg zu stellen.

Was meine persönliche Situation anbelangt, so baten mich Ernst Däumig und Walter Stoecker, nicht nach Hamburg zurückzukehren, sondern in Berlin zu bleiben und mit ihnen gemeinsam eine neue Zeitschrift des linken Flügels der USPD herauszugeben, die wir „Kommunistische Rundschau“³¹ nannten. Weiterhin beschlossen wir, eine Schrift zu veröffentlichen, in der die gesamte politische Argumentation der Linken im Kampfe um die Führung der Partei und alle Argumente für den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale zusammengestellt werden sollten. Diese Schrift sollte bei den entscheidenden inneren Parteiauseinandersetzungen unseren Anhängern als Leitfaden und Propagandamaterial dienen. Sie ist unter dem Titel „Für die dritte Internationale“ erschienen; da der zentrale politische Teil von mir stammt, wird sie in der Regel als eine meiner Schriften geführt. Ernst Däumig lieferte dazu die ideologische Einleitung, die sich mit der Idee der Weltrevolution und der Notwendigkeit ihrer Verstärkung durch das deutsche Proletariat und eine siegreiche deutsche Revolution befaßte, in Ausdrücken, die deutlich erkennen ließen, wie stark ihn das rein Militärische in Moskau beeindruckt hatte: ein aktionsfähiges Armeekorps in der vorderen Front des Weltproletariats – der siegreiche Entente-Kapitalismus als Herr der Welt mit seinen unsäglich grausamen Friedensverträgen bilde die Kampffront gegen das Weltproletariat – Sammlung der revolutionären und aktivistischen Vorhut – rücksichtslose Musterung der Führung – Diktatur des Proletariats. Seine Ausführungen standen deutlich unter dem Eindruck des Vormarsches der Roten Armee auf Warschau. Walter Stoecker verteidigte den Mos-

³¹ Die erste Nummer der „Kommunistischen Rundschau“ erschien am 1. 10. 1920, die Zeitschrift existierte bis Dezember 1920, insgesamt erschienen 6 Nummern.

kauer Herrschaftsanspruch über die angeschlossenen Parteien mit den Notwendigkeiten des internationalen Bürgerkrieges und mit einem Hinweis darauf, daß die Bolschewiki ungleich größere Erfahrung und eine längere revolutionäre Lehrzeit hätten als wir und daß sie als Führer einer siegreichen Revolution den Oberbefehl haben müßten. Ohne die 21 Bedingungen im einzelnen zu erörtern, erklärte er, daß die Aufgabe der Autonomie der angeschlossenen Parteien eine Selbstverständlichkeit sei. Ich sah diesen Beitrag mit großem Bedenken; denn ich dachte über das internationale Führungsproblem ganz anders, und wahrscheinlich sah ich es in seiner Bedeutung ungleich klarer als Walter Stoecker.

Mein eigener Beitrag war ein Abriß der Geschichte des Wachsens der inneren Gegensätze in der USPD, der zeigte, wie sie zu den Beschlüssen des Leipziger Parteitages geführt hatten und was nach dem Leipziger Parteitag, am 13. Januar, und im Kapp-Putsch geschehen und was nicht geschehen war. Ohne auf die 21 Bedingungen einzugehen, leitete ich aus diesem kurzen Abriß der Geschichte der USPD die Notwendigkeit ab, eine zentrale homogene Führung zu bilden unter Aufhebung der Autonomie der Bezirke und Herbeiführung eines einheitlichen Kurses der Parteipresse.

Neben der Arbeit an der ersten Nummer der Zeitschrift erforderte die Abfassung und Herstellung dieser Broschüre natürlich Zeit. Als wir den Plan dazu beschlossen, schien der Fall von Warschau unmittelbar bevorzustehen, als sie fertig vorlag, war die Rote Armee geschlagen und im vollen Rückzug von Warschau.³² Alle Hoffnungen, sie an der deutschen Ostgrenze erscheinen zu sehen, war verloren. Soweit Hoffnungen auf eine direkte Intervention der Roten Armee gesetzt worden waren, hatten sie sich als illusorisch erwiesen. Die einmalige historische Situation, in der die sofortige Erhebung einer zweiten revolutionären Welle in Deutschland erwartet werden konnte, war damit dahin, es war danach vollständig klar, daß wir alle Perspektiven ziemlich lang nehmen mußten. In dem Lärm des inneren Parteistrits, der inzwischen in vollem Gange war, wurde übersehen, welche entscheidende Zäsur der Rückzug der Roten Armee vor Warschau in der Geschichte der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung wie in der Geschichte der Komintern darstellte, und darüber hinaus in der Geschichte der offiziellen deutschen Politik.

Aber es war weder mir noch meinen Freunden möglich, die Bedeutung dieses Ereignisses leidenschaftslos zu prüfen und seine Rückwirkungen auf unsere Hoffnungen und unsere eigene Politik zu berechnen. Wenn noch vor unserem Parteitag Warschau gefallen und die Rote Armee an der Grenze Deutschlands erschienen wäre, hätten wir die Frage der 21 Bedingungen hinter die Größe dieses Ereignisses zurückstellen können, wenn es überhaupt noch zum Parteitag gekommen wäre. [. . .]

Ich selbst war an diesem Zeitpunkt in einer Krise meiner bisherigen Ansichten, aber ich war mir keiner fundamentalen Änderung bewußt, lediglich der Überzeugung, daß wir mit erheblich längeren Perspektiven rechnen und daß wir die Autonomie unserer Führung über unsere eigene Partei verteidigen mußten. Es mag merkwürdig erscheinen, daß ich und einige meiner nächsten Freunde an Haltungen und Hoffnungen festhielten, die objektiv bereits unrealistisch geworden waren. Aber ich war entschieden kritischer und weniger optimistisch geworden als zuvor. Dasselbe galt

³² Im Kampf um Warschau brachte die Gegenoffensive der polnischen Nordarmee (General Sikorski) ab 14. August und unter dem Oberbefehl General Pilsudskis ab 16. August die Entscheidung im polnisch-sowjetischen Krieg zugunsten Polens („Wunder an der Weichsel“). Vgl. Anm. 12.

für meinen Freund Bernhard Düwell,³³ der, nebenbei bemerkt, neben mir der einzige Akademiker und wirkliche Intellektuelle in der engeren Führungsgruppe der linken USPD war. Von der Naivität unseres ersten Eintretens für den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale war bei uns nicht mehr viel vorhanden, wir waren uns inzwischen über die Voraussetzungen, die damit verbundenen Gefahren und die ganze Problematik dieses Anschlusses sehr klar geworden.

Bernhard Düwell, Sohn eines früheren Vorwärts-Redakteurs, gehörte wie ich zur Generation der Söhne sozialistischer Führer. Auch er war nach dem Universitätsstudium Parteiredakteur geworden, und er blieb bei der USPD, als sein Vater sich bei der Gründung der KPD von der USPD trennte und kommunistischer Funktionär wurde. Wir verkehrten freundschaftlich miteinander, und wir redeten nicht nur von Politik. Ebenso wie ich liebte er Robert Schumanns Streichquartette, und wir führten an dem Klavier, das zu meiner möblierten Wohnung in der Kantstraße in Charlottenburg gehörte, sachverständige Gespräche über ihre Fehler und ihre Vorzüge, oder wir analysierten gemeinsam Beethovens Klaviersonaten. Wir waren beide in der Literatur des Expressionismus zuhause, wir waren beide noch nicht dreißig Jahre alt.

An diesem Zeitpunkt waren wir beide noch überzeugt, daß wir und unsere Führungsgruppe die Problematik des Anschlusses, die der zweite Weltkongreß der Dritten Internationale und die 21 Bedingungen klar gemacht hatten, meistern könnten, ohne uns dem Moskauer Machtwillen zu unterwerfen. Aber wir zogen uns beide aus der vorderen Front des Parteikampfes um die 21 Bedingungen zurück, der nun die Partei zerriß. Obwohl die Führung dieses Kampfes neben Däumig und Stoecker mir oblag – ich war der führende Publizist der linken USPD –, überließ ich nach der Abfassung der oben erwähnten richtungsweisenden Broschüre die eigentliche Führung des Kampfes in unserer Presse wie in den Parteiversammlungen den beiden Moskauer Delegierten Däumig und Stoecker. Von beiden beeinflusste ich Däumig am stärksten mit meiner immer vorsichtiger werdenden Haltung, während Stoecker im Kampf der Richtungen sich immer stärker in die Argumentation verbiß, die er in unserer Broschüre gebraucht hatte.

Aufstand des rechten Flügels der USPD gegen das „Joch von Moskau“ Die Reichskonferenz im September 1920

Das energische Vorgehen Rudolf Hilferdings mit den beiden Moskau-Delegierten Crispian und Dittmann³⁴ sammelte den rechten Flügel der Partei hinter seiner Führung. Eine Mehrheit der USPD-Presse – darunter die „Leipziger Volkszeitung“ – stellte sich hinter den Kampf, den Hilferding nun in der „Freiheit“ gegen die Annahme der 21 Bedingungen eröffnete. Der innere Parteikampf wurde nicht mehr geführt um die wahre Bedeutung des Anschlusses der USPD an die Kommunistische Internationale, sondern um die Frage: Annahme oder Ablehnung der 21 Bedingungen. Gleichzeitig führte Hilferding in der „Freiheit“ einen systematischen Angriff gegen das Prestige des Sowjetregimes bei der deutschen Arbeiterschaft durch Enthüllungen über die wahre Lage der russischen Arbeiterschaft. Wenn lediglich die Frage des Anschlusses den Streitpunkt gebildet hätte, so hätte die Linke damit rech-

³³ Vgl. 2. Kapitel, Anm. 90.

³⁴ Vgl. Vorwort, S. 19.

nen können, daß sich eine so große Mehrheit der Parteimitglieder und -anhänger hinter sie gestellt haben würde, daß jeder Spaltungsversuch von rechts die Macht und den Status der Partei nicht beeinträchtigt hätte. Das war unsere Hoffnung gewesen, aber Lenins 21 Bedingungen zerschlugen sie. Wir wurden auf einen Kampfboden gezwungen, den wir freiwillig nicht gewählt hätten. Auch wenn wir in der Partei um unsere eigenen Pläne für die Revision der Organisation der Partei gekämpft hätten, hätten wir auf sicherem Boden gestanden. Aber das „Joch von Moskau“, das „Diktat einer Bruderpartei über die andere“, das „nur Sklavenseelen zugemutet werden kann“, dieser „unerträgliche Gewissenszwang“, diese Absicht, „ein Heer von Heuchlern und Kriechern zu schaffen“, diese „Anwendung des russischen zaristischen Stiefels an den Füßen von Lenin und Trotzki“ – um an einigen Ausdrücken zu zeigen, welchen Gebrauch der rechte Flügel der Partei von den 21 Bedingungen machte und mit welcher Vehemenz er den Kampf aufnahm – veränderte die innerparteiliche Lage vollständig.

Daß wir auf einen Kampfboden gedrängt wurden, den wir nicht gewünscht hatten, wurde uns sofort klar, und alle unsere Befürchtungen bestätigten sich auf der Reichskonferenz der USPD vom [1.–3.] September 1920³⁵ in Berlin. Wir mochten wollen oder nicht – statt um eine große politische Entscheidung ging die Auseinandersetzung um diese 21 Bedingungen, die darauf berechnet waren, einen Teil der Führer der USPD geradezu ins Gesicht zu schlagen, um sie davon abzuhalten, mit uns in die Kommunistische Internationale einzutreten. In Wahrheit war die Führungsgruppe der linken USPD schon nicht mehr Herr ihrer eigenen Entschlüsse. [...] Und mehr als das. Die Reichskonferenz der Partei überzeugte uns, daß wir ernsthaft um die Parteimehrheit kämpfen mußten und daß wir nicht mehr einfach damit rechnen konnten, daß die linke Führung den entschiedenen Willen einer großen Mehrheit der Partei repräsentierte. Wir hatten nicht das Gesetz des Handelns, es war uns von Lenin und den Seinen aufgezwungen worden. Wir hatten im Interesse einer von uns erstrebten deutschen Revolution ein Bündnis mit den Bolschewiki angestrebt, und ein Satellitenverhältnis wurde uns zugemutet. Aber wir glaubten nach wie vor, daß wir trotz formaler Annahme der 21 Bedingungen uns als gleichberechtigter Partner eines Bündnisses behaupten könnten.

Wir schlugen deshalb auf der Reichskonferenz vom September die Taktik ein, über die 21 Bedingungen und ihre Ausführung so wenig wie möglich zu reden und den Eindruck hervorzurufen, daß wir sie nicht als absolut bindend ansähen und uns die Entscheidung über ihre praktische Durchführung vorbehielten. Aber das hieß natürlich, den Kopf in den Sand stecken. Für die linke Führungsgruppe sprachen auf der Reichskonferenz im wesentlichen Däumig, Stoecker und ich.³⁶ Soweit die Säu-

³⁵ Die Reichskonferenz war einberufen worden, um Berichte der vier Delegierten zum II. Kongreß der Dritten Internationale entgegenzunehmen und darüber zu diskutieren. Eine Beschlußfassung stand der Reichskonferenz nicht zu. Teilnehmer waren außer Zentralleitung der Partei und der Kontrollkommission die Reichstagsfraktion, Vertreter der USPD-Zeitungsredaktionen und der Bezirke. Den Vorsitz führte Luise Zietz. Vgl. USPD (Hrsg.), Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920 zu Berlin, Berlin 1920 (Reprint Glashütten im Taunus 1976).

³⁶ Am 1. Verhandlungstag referierten Crispian, Däumig, Dittmann und Stoecker über die Reise nach Moskau, am 2. Tag wurde diskutiert, am 3. Tag hielten die Redner des 1. Tages ausführliche Schlußworte. An der Debatte über den Beitritt zur Dritten Internationale waren außer den von Geyer Genannten auch Braß, Düwell, Eichhorn und Koenen vom linken Flügel maßgeblich beteiligt; gegen den Beitritt bzw. die Anschlußbedingungen kämpften vor

berung der Parteiführung in Frage stand, konzentrierten wir uns ausschließlich auf Karl Kautsky und seine engeren Freunde, deren Hinausdrängung von einer sehr großen Mehrheit der Partei als eine Selbstverständlichkeit angesehen wurde. In meiner eigenen Rede wies ich auf diese Selbstverständlichkeit hin. Den Beschuldigungen der Rechten, daß wir Sklavenseelen Moskaus seien, stellte ich die Perspektive gegenüber, daß der Anschluß einer so starken Partei wie der USPD das Kräfteverhältnis in der Kommunistischen Internationale vollständig verschieben würde. Nach unserem Anschluß werde es möglich sein, den Sitz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale von Moskau nach Berlin zu verlegen, und das Zentrum der Weltrevolution werde sich im Laufe der Entwicklung von Moskau nach Berlin verschieben.³⁷ Und damit war es mir Ernst. An diesem Zeitpunkt hatten sich meine Anschauungen so weit geklärt, daß ich entschlossen war, innerhalb der Internationale nach unserem Anschluß den Kampf um unsere Autonomie und gegen den Moskauer Diktatwillen aufzunehmen trotz der 21 Bedingungen.

Aber diese Taktik, über das brennende Thema möglichst nicht zu reden, half uns nichts. Auf dieser Reichskonferenz wandte sich eine Reihe von Reichstagsabgeordneten und lokalen Parteiführern, die wir zu unseren sicheren Freunden gezählt hatten, demonstrativ von uns ab. Im Schlußwort warf Crispian mir und Däumig und Stoecker vor, daß wir nicht den Mut aufgebracht hätten, klar und eindeutig zu sagen, was zur Durchführung der 21 Bedingungen von uns getan werden sollte und wann wir es vorschlagen würden.³⁸ Das war ein berechtigter Vorwurf – aber wir wollten sie eben nicht so durchführen wie sie waren, sondern sofort nach dem Eintritt den Kampf um ihre Revision aufnehmen. Die Konferenz endete mit der Übereinkunft, die Entscheidung dem Parteitag zu überlassen, der am 12. Oktober in Halle eröffnet werden sollte, und mit der weiteren Übereinkunft, die Delegierten zum Parteitag in Parteiversammlungen in allen Bezirken wählen zu lassen, die durch Versammlungen in den kleineren Parteiorganisationen vorbereitet werden sollten, dabei sollte die Frage der Internationale im Mittelpunkt stehen. Es war völlig klar, daß die Rechte sich einer Parteitagsmehrheit für uns nicht unterwerfen wollte. Wir waren entschlossen, nicht wieder zurückzuweichen wie in Leipzig, und wir hätten uns einer Mehrheit für die Rechte auch nicht unterworfen. In Wahrheit ging also der nun beginnende Kampf um die Frage, an welcher Stelle der Riß durch die Partei gehen würde.

Was nun kam, ist meiner Kenntnis nach einzigartig in der Geschichte der deutschen politischen Parteien. Es war innere Parteidemokratie im Extrem – die Leipziger Urabstimmung für und gegen den Anschluß war nur ein kleines Vorspiel dazu gewesen. Der rechte und der linke Flügel der Partei kämpften in der Partei wie zwei Parteien offen in einer vereinbarten Form um ihre Anschauungen. Es war wie ein vierwöchentlicher Wahlfeldzug, aber nicht unter der Voraussetzung, daß die Minderheit sich der Mehrheit fügen würde. Die Erbitterung dieses Kampfes in den Organisationen und die Begleitmusik der Presse dazu waren unbeschreiblich. Ich beteiligte mich an dem Versammlungsfeldzug nicht, und ich überließ die journalistische Führung dieses Kampfes Wilhelm Herzog in Hamburg. Was er schrieb, machte es wie die Ausführungen in der Presse der Rechten völlig klar, daß die Spaltung der

allen Crispian und Dittmann, aber auch Dißmann, Breitscheid, Hilferding, Ledebour und Toni Sender.

³⁷ Vgl. Protokoll der Reichskonferenz, a. a. O., S. 77–79.

³⁸ Ebenda, S. 199.

Partei nicht aufzuhalten war. So schrieb er in der „Hamburger Volkszeitung“: „Der dialektische Prozeß in der Geschichte zwingt die Halben und Lauen, dadurch auch alle Kleinbürger unter den Sozialisten, sich zu demaskieren. Die sogenannten rechten Führer der Unabhängigen können ihr antibolschewistisches Herz nicht länger verleugnen. Trotz aller Solidaritätserklärungen und Versammlungsphrasen! Mit einem Ruck haben sich die Crispiene ‚ehrlich und loyal‘ zu den Scheidemännern, ja weit darüber hinaus in die Bekämpfungshalanx gegen die Bolschewiki gestellt. Ja, sie haben immer ‚loyal und ehrlich‘ dem demokratischen Bürgertum und allen Feinden Sowjetrußlands für Monate, für Jahre hinaus Waffen und Munition geliefert. Auch dieses klärt das Kampffeld, hellt es auf. Wir sehen: der Feind steht in unseren eigenen Reihen. Es ist der deutsche Spießbürger, der Revolutionsphilister, der ungeistig bornierte Parteiboche.“ Und über die Reichskonferenz schrieb er: „Geistig mittelmäßige Gesellschaft – Begrenztheit des Gesichtskreises dieser Figuren – niedriges Niveau, niedrige Argumente – Injurien und Verdächtigungen gegen Andersdenkende – mit solchen Kämpfen in einer Partei zu sitzen, mit ihnen gemeinsam zu kämpfen, ist nach dieser Selbstschändung für jeden Revolutionär unmöglich.“³⁹ Die Hauptpolemik gegen ihn führte die „Leipziger Volkszeitung“, die ihn und mich als „die lyrischen Jünglinge von Hamburg“ bezeichnete, was bei der genauen Kenntnis meiner Person, welche die Leipziger Redaktion besaß, ein wenig komisch war.⁴⁰ Aber sie wußten nicht, daß ich mich bereits von Hamburg zurückgezogen hatte.

Der Parteitag der USPD in Halle (12.–19. Oktober 1920)

Die Rechte wie die Linke wußte, daß die Spaltung der Partei bereits da war, schon vor der Klärung der Frage, wo die Mehrheit der Partei stand und wer auf dem Parteitag eine Mehrheit der Delegierten besitzen würde. Es war der Selbstmord einer großen Partei, die eben erst im Begriff gewesen war, im Kampfe mit der Gegenrevolution und gegen die Machtkonkurrenz der Sozialdemokratischen Partei eine Mehrheit der Arbeiterschaft hinter ihrem aktivistischen Programm zusammenzufassen. Diese Selbstzerreißung der Partei machte der bisherigen Entwicklungstendenz auf der Linken des deutschen Parteiensystems ein jähes Ende. Die Führer und Wortführer der Sozialdemokratischen Partei atmeten auf. Wir befreiten sie von dem Druck ihrer Wahlniederlage bei den Reichstagswahlen, und wir setzten dem Zuströmen sozialdemokratischer Arbeiter zu unserer Partei ein Ende. Die deutschen Arbeiter waren weder so unbedingt revolutionär wie Lenin annahm, noch waren sie eine amorphe Masse, das willenlose Objekt für politische Ingenieurskunststücke, für das Lenin und seine Freunde sie hielten. Mit dieser wilden Selbstzerfleischung hörte die Anziehungskraft der USPD auf die Arbeiter vom linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei auf. Umgekehrt setzte sofort die sozialdemokratische Propaganda zur Ausnutzung dieser Situation mit voller Wucht ein mit der Parole: „Die alte So-

³⁹ Die Zitate konnten nicht überprüft werden, da die „Hamburger Volkszeitung“ für diesen Zeitraum nicht zur Verfügung stand.

⁴⁰ Die Polemik hatte sich vor allem an Verdächtigungen entzündet, Herzog habe 1919 Gelder der Zeitung „Republik“ in beträchtlicher Höhe veruntreut. Die Anschuldigungen waren im Frühjahr 1920 in der „Weltbühne“ erhoben und auch von der USPD-Parteipresse aufgegriffen worden. Vgl. LVZ v. 8.9.1920 „Hamburger Methoden“; LVZ v. 28.9.1920 „Wilhelm Herzog will nicht klagen“; LVZ v. 13.10.1920 „Führer oder Gaukler?“. S. a. Anm. 7.

zialdemokratische Partei Deutschlands bildet den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht.“

Etwa eine Woche vor dem Parteitag in Halle wußten wir, daß wir in Halle über eine klare Mehrheit der Parteitagsdelegierten verfügen würden.⁴¹ Aber diese Mehrheit war geringer als die, die wir in Leipzig hinter uns wußten, und obwohl wir nunmehr sicher waren, daß auch die Mehrheit der Mitglieder mit uns gehen würde, sahen wir nur zu deutlich, daß der Spalt durch die Partei viel zu weit links liegen, daß die Partei in der Mitte auseinanderbrechen würde. Wir waren uns auch klar darüber, daß der Mitgliederbestand der Kommunistischen Partei, den wir realistisch und mit guten Gründen sehr viel niedriger einschätzten als die von den Kommunisten selbst angegebenen Mitgliederzahlen,⁴² keinen Ersatz für die Hunderttausende darstellte, die wir verlieren würden. Aber wir setzten unsere Hoffnung auf das Nachher, auf die Möglichkeit der Zurückgewinnung der Verlorenen durch unsere eigene Haltung und durch die Behauptung unserer unabhängigen Führerposition nach dem Eintritt in die Kommunistische Internationale.

Einer Anregung des Komintern-Präsidiums folgend, lud die Führung der linken USPD Sinowjew, den Präsidenten der Kommunistischen Internationale, zum Parteitag nach Halle ein. Sinowjew nahm den Seeweg von Petrograd nach Stettin. Ich wurde von der Führungsgruppe der linken USPD beauftragt, ihn bei seiner Landung in Stettin offiziell zu begrüßen und ihn dann sofort über Berlin nach Halle zu geleiten. Ich erwartete ihn bei der Landung des Schiffes am Kai und hatte die Absicht, ihn sofort zum Bahnhof zu bringen und mit ihm nach Berlin zu fahren. So war es ihm mitgeteilt worden. Aber auch Radek, der um diese Zeit nach Berlin zurückgekehrt war – ich war damals persönlich noch nicht mit ihm zusammengekommen –, hatte sich um Sinowjews Empfang gekümmert. Er sandte seine rechte Hand, seinen ihm absolut ergebenden Sekretär, Mitarbeiter und Mädchen für alles, Felix Wolf,⁴³ nach Stettin. Felix Wolf und ich waren miteinander bekannt. Wir trafen am Kai zusammen. Ich fragte ihn, ob er mit mir und Sinowjew sofort zurückfahren werde, und er eröffnete mir, daß Sinowjew über Mittag in Stettin bleiben werde. Felix Wolf hatte für Sinowjew und die ihn begleitenden Sowjetfunktionäre, deren vornehmster Losowski,⁴⁴ der Chef der roten Gewerkschaften, war, und ihr beträcht-

⁴¹ Mit dem Ergebnis der „Urwahlen“, bei denen die Delegierten für den Parteitag bestimmt wurden, lag auch dessen Ergebnis vorher fest: nach der offiziellen Bekanntgabe in Halle hatten 144 000 Parteimitglieder für und 91 000 Genossen gegen den Anschluß an die III. Internationale gestimmt. Wheeler errechnete davon abweichend folgende Ergebnisse: 136 685 (57,8 %) Für- und 99 668 (42,2 %) Gegenstimmen (Wheeler, Die „21 Bedingungen“, in: VfZ, a. a. O., S. 140).

⁴² Die Mitgliederzahlen hat Wheeler (VfZ, a. a. O., S. 149) wie folgt errechnet: USPD vor dem Parteitag (Oktober 1920): 893 923; KPD (November 1920): 78 715; VKPD (Januar 1921): 448 500; Rest-USPD (April 1921): 340 057.

⁴³ Felix Wolf (richtiger Name: Nikolaus Rakow, ursprünglich Krebs) (1887–nach 1934), geboren in Deutschland, vor 1914 in Rußland lebend, 1916 Mitglied der Bolschewiki, 1917 an der Oktoberrevolution beteiligt, 1918 Sekretär des deutschen Soldatenrats in Moskau, Korrespondent der Komintern in Deutschland, dann im Komintern-Apparat tätig, 1934 (?) ausgeschlossen, verhaftet, im Gefängnis umgekommen.

⁴⁴ Arnold Losowski (1878–1952), 1901 Mitglied der russ. Sozialdemokratie, 1909–1917 im Exil (Paris), 1921–1937 Generalsekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, 1921–1935 im EKKI, 1949 verhaftet, 1952 im Gefängnis gestorben. Losowski war im Oktober 1920 mit Billigung der Reichsregierung zu Verhandlungen mit deutschen Gewerkschaften eingereist. Da er die Auflage, keine politischen Reden in öffentlichen Versammlungen zu halten, nicht

liches Gefolge im besten Hotel Stettins einen kleinen Speisesaal für ein Empfangessen gemietet. Zu diesem Empfang waren einige kommunistische Funktionäre und Sympathisierende aus Stettin eingeladen, aber auch zwei Vertreter der Schifffahrtslinie, die den regelmäßigen Dienst zwischen Stettin und Petrograd besorgte, zwei Vertreter von Stettiner Bankhäusern, bei denen die Sowjetregierung Konten unterhielt, und noch einige andere bürgerliche Privatpersonen. Felix Wolf lud mich sofort offiziell zu diesem Essen ein. Es war meine erste Begegnung mit der Repräsentation der Sowjetregierung, die streng darauf achtete, daß der Status und der Rang ihrer höchsten Funktionäre, der Herrscher des großen russischen Reiches, bei Auslandsreisen betont wurde. [. . .]

Sinowjew gehörte neben Lenin und Trotzki zu den höchsten Führern des Sowjetregimes, obwohl er als Persönlichkeit und wegen seiner skeptischen Haltung Lenins Plänen für die Oktoberrevolution gegenüber im Führerkreis der russischen Kommunistischen Partei umstritten war. Er hatte eine der höchsten Funktionen des Sowjetregimes. Im Auftrag des politischen Büros der Parteieuxekutive und im Auftrag der Sowjetregierung war er der Herrscher über Stadt und Bezirk Petrograd. Auf Lenins Wunsch hatte ihn das politische Büro zum Präsidenten der Exekutive der Kommunistischen Internationale ernannt, er bildete gemeinsam mit Radek und dem marxistischen Theoretiker Bucharin das Präsidium der Internationale. Wie von den Führern des Sowjetregimes überhaupt, so hatten ich und meine Freunde von ihm keine genaue Vorstellung. Wie sie alle war er für uns ein großer Name, einer der großen Führer der siegreichen russischen Revolution, begabt mit dem ganzen Prestige, das die russische Revolution und die Sowjetregierung bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft besaßen. [. . .] Mein erster Eindruck von ihm war nicht günstig. Er berührte mich fremdartig. Er war sehr korpulent mit dichtem, tiefschwarzem gelocktem Haar um ein bleiches, aber fettes Gesicht, bei dessen Anblick man ohne weiteres annahm – wie ich später lernte, mit Recht –, daß er ein Freund guten Essens und Lebens war. Auf dem Schiff war er natürlich der Ehrengast gewesen. Nachdem das Schiff festgemacht hatte, nahm die Schiffsmannschaft rechts und links vor dem Landesteg Aufstellung, und Sinowjew und seine Begleiter, ein großes Gefolge von Funktionären und Geheimpolizisten, entstiegen dem Schiff. Die Schiffsmannschaft salutierte, und Felix Wolf und ich begrüßten Sinowjew. Er schüttelte mir die Hand und umarmte mich – es fiel mir auf, daß er Felix Wolf nicht in gleicher Weise, sondern kühl herablassend begrüßte. Wir zogen in großem Zuge nach dem nahe gelegenen Hotel. Bereits unterwegs begann er sich auf das lebhafteste mit mir zu unterhalten. Seine hohe, etwas feminine Stimme fiel mir auf. Er sprach ein nicht ganz fehlerfreies, nicht akzentfreies, aber ungeheuer flüssiges Deutsch, mit einer Sprechgeschwindigkeit, die erheblich schneller war als meine eigene, und mit einer Diktion, die weder Punkt noch Komma zu kennen schien. Später, bei unserer Unterhaltung im Eisenbahnabteil, hörte ich, daß diese weich wirkende, manchmal beinahe klagende Stimme, die auch seiner Körperlichkeit etwas Weibliches verlieh, stahlhart, kurz und entschieden werden konnte. Und als er dann in Halle die berühmte große Rede vor dem Parteitag hielt, wußte ich, daß er einer der größten rednerischen Faszinateure war, über die die Sowjetregierung verfügte. Ich habe späterhin auseinandergehende Urteile über seine Persönlichkeit gehört. Ich selber habe mir in Zusammenarbeit und Zusammenprall mit ihm mein eigenes Urteil über ihn gebildet. Ich

einhielt, mußte er am 23. 10. 1920 zusammen mit Sinowjew Deutschland verlassen. Vgl. Akten Reichskanzlei/Kabinetts Fehrenbach, S. 231, 236.

fand in ihm Züge eines arroganten Diktators, aber auch von Schwäche, und ich hielt ihn deshalb nach genauerer Bekanntschaft nicht für einen der starken Männer des Sowjetregimes. Ich fand dieses Urteil bestätigt, als ich seine Haltung in einer der schwersten Krisen des Sowjetregimes beobachten konnte.⁴⁵

Das Empfangssessen war angesichts der herrschenden Lebensmittelknappheit außerordentlich opulent, außerdem dauerte es für meinen Geschmack und meine Ungeduld viel zu lange. Von verschiedenen Seiten wurden Tischreden gehalten, aber ich nahm mir vor, Sinowjew in dieser Umgebung nicht offiziell im Namen der Führung der linken USPD zu begrüßen, ich sagte ihm vielmehr unsere offiziellen Begrüßungsworte erst, als wir im Eisenbahnabteil saßen. Ich mußte schließlich Felix Wolf darauf aufmerksam machen, daß wir zum Bahnhof gehen mußten, wenn Sinowjew noch am Abend Halle erreichen sollte, und daß in Berlin keinerlei Vorkehrungen für seine Unterbringung getroffen worden seien.

Wir hatten im Eilzug nach Berlin ein Abteil für uns. Ich saß links von ihm am Fenster mit einer Pistole in der rechten Jackettasche, er saß in der Mitte, rechts von ihm am Fenster ein bewaffneter russischer Geheimpolizist. Die Vorsicht war keineswegs übertrieben. Angesichts der Mordanschläge, die in Deutschland auf Führer der Linken erfolgt waren, und bei dem ungeheuren Haß, den die Feinde des Sowjetregimes und die russische Emigration den Sowjetführern entgegenbrachten, war die Reise Sinowjews in Deutschland selbstverständlich mit dem Risiko eines Attentats auf ihn verbunden.

Während der Fahrt nach Berlin informierte ich ihn, daß wir zwar über eine Mehrheit auf dem Parteitag verfügten, aber daß diese Mehrheit geringer war, als wir ursprünglich gehofft hatten. Ich schilderte ihm ernstlich die Bedenken, die wir selbst und vor allem ein Teil unserer Gefolgschaft gegen die 21 Bedingungen hegten, und bereitete ihn darauf vor, welche Angriffe die Sprecher des rechten Flügels auf die 21 Bedingungen und damit auf die Kommunistische Internationale machen würden. Ich informierte ihn, daß der rechte Flügel den emigrierten Führer der Menschewiki, Martow,⁴⁶ eingeladen habe, damit er Sinowjew entgegentrete. Unverkennbar verächtlich sagte er: „Martow? Den überlassen Sie ruhig mir. Sie werden schon sehen.“ Hinsichtlich der 21 Bedingungen, auf die er sich weiter nicht einließ, meinte er, seine Rede vor dem Parteitag werde unsere und unserer Gefolgschaft Bedenken vollkommen ausräumen. Dann skizzierte er, was er vor dem Parteitag ausführen wollte. Ich sagte mir, daß dieses breite Gemälde der russischen Revolution, des Kampfes und Sieges des Sowjetregimes gegen eine Welt von inneren und äußeren Feinden und seine dramatische Darstellung dessen, was Bürgerkrieg und Terror wirklich bedeuten, von größter propagandistischer Wirkung sein mußten, selbst auf die Delegierten des Parteitages, die alle mit gebundenen Mandaten zum Parteitag kamen. Ich wußte danach, daß ich ihn in meinem ersten Eindruck gewaltig unterschätzt hatte. Ich begriff, daß es nicht einfach sein würde, unsere eigene Position gegen so elementare Wucht zu behaupten, gegen die Führung einer Partei, die eine Großmacht regierte. Ich habe bei dieser kurzen Begegnung und diesen Gesprächen vieles begriffen, was für mich bisher nur auf dem Papier gestanden oder durch den

⁴⁵ S. a. G. Sinowjew, *Zwölf Tage in Deutschland*, Hamburg 1921.

⁴⁶ Julij Ossipowitsch Martow (1873–1923), Mitgründer der russischen sozialdemokratischen Partei, 1903 Führer der Menschewiki, in der Revolution 1905 führend im Petersburger Arbeiterrat, 1915 und 1916 Vertreter der Menschewiki auf den Konferenzen der Zimmerwalder Bewegung, 1907–1917 und ab 1920 im Exil.

Nebel von günstigen Vorurteilen verborgen gewesen war. Ich begriff auch, warum sich Paul Levi auf dem zweiten Weltkongreß nicht durchsetzen konnte und warum unsere beiden Delegierten in Moskau nicht an ihren ursprünglich erhobenen Bedenken festgehalten hatten. Ich geriet in eine sehr nachdenkliche Stimmung, und in dieser Stimmung erlebte ich einen Zwischenfall, der mir zeigte, was kommen würde, und der für die Weiterentwicklung meiner Haltung ziemlich entscheidend wurde.

Als wir in Berlin eintrafen, war es bereits dunkel. Ein Empfangskomitee der Berliner kommunistischen Parteiorganisation stand auf dem Stettiner Bahnhof. Ich überließ diesem Komitee die Sorge um Sinowjews Gefolgschaft und führte ihn, begleitet von dem Geheimpolizisten, zu einem Taxi, um nach dem Anhalter Bahnhof zu fahren. Der Polizist hatte Auftrag, uns nicht zu begleiten, aber während der Abfahrt das Fenster des Taxis von außen zu decken. Sinowjew stieg als erster ein, ich folgte ihm. Als ich die Taxitür schließen wollte, sprang plötzlich Hugo Eberlein,⁴⁷ ein führendes Mitglied der Zentrale der KPD, der bei der Gründung der Kommunistischen Internationale in Moskau anwesend gewesen war und dort die Bekanntschaft Sinowjews gemacht hatte, in das Taxi und setzte sich Sinowjew gegenüber. Sinowjew stutzte, erkannte ihn aber sofort. Mein Gesicht war im Dunkel, und Eberlein hielt mich offenbar für eine Leibwache. Als das Taxi anfuhr, begann Eberlein sofort: „Genosse Sinowjew, die Genossen in der Zentrale haben mich abgeordnet, Sie zu warnen, daß Sie den faulen Köppen von der USPD keinerlei Konzessionen in der Frage der 21 Bedingungen machen. Sie dürfen uns keineswegs von diesen linken USPD-Führern, von denen die meisten Dummköpfe und gänzlich unmöglich sind, an die Wand drücken lassen. Nach der Spaltung in Halle müssen alle Abreden so getroffen werden, daß wir die Garantie haben, die Zentrale der verschmolzenen Partei absolut zu beherrschen.“ Als er so weit gekommen war, beugte ich mich vor, so daß das Licht der Straßenlampen auf mein Gesicht fiel, und sagte: „Fein, Eberlein! Sehr interessant, Eberlein!“ Er erkannte mich sofort. Es verschlug ihm zunächst die Sprache, dann begann er einiges zu stottern. Sinowjew sagte großartig: „Aber Kinder, warum jetzt? In Halle und danach ist genügend Zeit, um über alles zu sprechen. Warum jetzt?“ Ich hatte jedenfalls eine endgültige Warnung erhalten, daß wir einen erbitterten Kampf um die Führung vor uns haben würden. Eberleins Indiskretion setzte für mich den Schlußpunkt hinter alles das, was ich durch Wilhelm Herzog und von Paul Levi über die Absichten des Komintern-Präsidiums erfahren hatte.

Es war nicht ganz einfach, im überfüllten D-Zug nach Halle ein Abteil für uns zu finden. Es gelang schließlich mit Hilfe von Felix Wolf und Eberlein. Wir vier und zwei russische Geheimpolizisten füllten das Abteil. Nach dem Zwischenfall im Taxi waren alle politischen Gespräche abgeschnitten, wir unterhielten uns über Nebensächlichkeiten. In Halle führten wir Sinowjew in ein Privatquartier, das von der Kommunistischen Partei besorgt worden war. Die Kommunisten übernahmen auch gemeinsam mit den russischen Geheimpolizisten die Bewachung dieses Privatquartiers sowie der Quartiere seines Gefolges.

Danach ging ich auf die Suche nach meinen Freunden und erzählte ihnen vor allem den Zwischenfall mit Hugo Eberlein. Walter Stoecker meinte, das zeige nur, was die

⁴⁷ Hugo Eberlein (1887–1944), techn. Zeichner, Mitgründer und Organisator der Spartakusgruppe, 1919 unter dem Pseudonym „Albert“ einziger deutscher Vertreter beim Gründungskongreß der Komintern, 1919–1927 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD, ab 1928 in der Komintern tätig, 1921–1933 MdL Preußen.

kommunistischen Intellektuellen mit Recht befürchteten. Ernst Däumig sagte nichts und stützte den Kopf in die Hand – er hätte mir nichts zu sagen brauchen. Mein Freund Otto Braß, unser Organisator, war entrüstet und meinte, wir müßten jedes Komplott so früh wie möglich entlarven. Ich hatte meine eigenen Gedanken. Die Äußerungen Eberleins hatten mir zugleich gezeigt, wie bedroht die Stellung Paul Levis in seiner Partei war. Wir hatten nicht viel Zeit, darüber zu reden; denn eine Stunde nach der Ankunft Sinowjews sollten wir verabredungsgemäß in einem Hinterzimmer eines Cafés mit ihm zusammentreffen.

Das war eine merkwürdige Begegnung. Die Mitglieder unserer Führungsgruppe, die er noch nicht persönlich kannte, wurden ihm zunächst vorgestellt. Dann dekorierte er uns alle mit der Führernadel der russischen Kommunistischen Partei mit goldenem Rand um Hammer und Sichel auf rot emailliertem Grunde. Wir wünschten ein politisches Gespräch mit ihm zu führen, aber er wich aus mit der Bemerkung, dazu wäre am nächsten Tag Zeit genug. Also wurde aus dieser Begegnung ein geselliges Zusammensein, bei dem viel Wodka getrunken wurde, den seine Begleiter mitbrachten. Dabei sagte er: „Ihr wißt, unsere Bauern sind voller Volkslieder, von denen einige geradezu als revolutionär anzusehen sind. Ich weiß, Ihr habt auch Eure Volkslieder. Ich will Euch zunächst einige russische Volkslieder vorsingen.“ Mit seiner hohen Stimme sang er sehr gut, zunächst „Stenka Rasin“ und ließ einige andere Lieder nachfolgen. Seine Begleiter sangen mit. Dann meinte er, wir sollten ihm einige deutsche Volkslieder mit revolutionärem Einschlag vorsingen. Wir sahen uns verlegen an und berieten untereinander. Deutsche Volkslieder mit revolutionärem Einschlag? Wir offerierten ihm einige Volkslieder vom Schlage: „Ach, wie ist's möglich dann“, aber er schüttelte den Kopf und sagte: „Viel zu sentimental.“ Wir verfielen schließlich auf den Ausweg, ihm 48er Lieder vorzusingen, wie „Blut muß fließen knüppelhageldick, sonst könn mer nich genießen unsre Republik“ und „Schmiert die Guillotine mit Tyrannenfett, reißt die Konkubine aus des Fürsten Bett“. Es war am Vorabend eines Spaltungsparteitages, an dem wir alle in elektrischer Hochspannung waren, eine merkwürdige Angelegenheit. Wir hatten Mühe, ihn zuzeitigem Aufbruch zu veranlassen.

Am anderen Morgen, eine halbe Stunde vor der Eröffnung des Parteitages, trafen wir auf Verabredung mit Sinowjew und Paul Levi in einem Raum in halber Höhe über dem Sitzungssaal zusammen. Über die Brüstung des Raumes, eine Art von Tribünenzimmer, der Bühne des Versammlungssaales gerade gegenüber, blickte man auf den Saal, der schon gefüllt war. Unsere Anhänger, sichtbar die Mehrheit, nahmen die linke Seite des Saales ein, die Anhänger der Rechten die rechte Seite. Die Parteispaltung war bereits symbolisiert. Zwischen den Stuhlreihen der Richtungen lief in der Mitte ein ziemlich breiter Gang von der Bühne bis zum Hintergrund des Saales.

Nach der Eröffnung des Parteitages und dem Beginn der großen Redeschlacht spielten sich an diesem Gange interessante Vorgänge ab. Alle Delegierten dieses Parteitages hatten gebundene Mandate, aber es gab unter ihnen so etwas wie eine schwankende Mitte, Delegierte, die mit so geringen linken oder rechten Mehrheiten gewählt waren, daß sie sich dessen immer bewußt blieben, und andere Delegierte, die sich trotz ihres gebundenen Mandats innerlich die Entscheidung darüber vorbehalten hatten, auf welche Seite sie gehen wollten, wenn es zur Spaltung käme. Im Verlauf des Redeturniers nun konnte man den Eindruck, den die Redner gemacht hatten, vom Rande des Ganges ablesen. Einzelne Delegierte, die von der einen oder von der

anderen Seite so stark beeindruckt waren, daß sie sich entschlossen, gegen ihr gebundenes Mandat zu stimmen, rückten mit ihren Stühlen an die andere Seite des Ganges heran, so daß Zacken in der sonst geraden Kante des Ganges entstanden. Wir nannten diese Erscheinung „Schwalbennester bauen“. Jede Seite zählte eifrig wieder und wieder. Die Bewegung des Mehrheitsverhältnisses war sehr gering, im Endeffekt wirkte sie zu unseren Gunsten, besonders nach der großen Rede von Sinowjew, die nach unserer Schätzung unsere ursprüngliche Mehrheit um zwölf bis fünfzehn Stimmen vergrößerte. Jede Seite beobachtete diese Schwankungen mit dem größten Interesse, nicht nur der Zahl wegen, sondern vor allem wegen der Persönlichkeit des Betreffenden.

In diesem Balkonzimmer über dem Saal fand also unsere erste wirkliche Unterredung mit Sinowjew statt, und meine Freunde waren entschlossen, mit ihm die Frage zu klären, wie absolut die 21 Bedingungen zu nehmen wären. Hinter dieser Absicht stand bei einigen von uns die Vorstellung, daß die Rigorosität einiger dieser Bedingungen von der Rechten bei den Auseinandersetzungen zur Vorbereitung des Parteitages übertrieben worden sei und daß wir vielleicht, wenn wir entsprechende Erklärungen Sinowjews erhielten, unsere Parteitagsmehrheit noch erheblich vergrößern könnten. Vor allem glaubte unser Hauptorganisator Otto Braß an eine solche Möglichkeit. Nach dem Bericht, den ich von Paul Levi über den Gang des zweiten Weltkongresses und den Verlauf der Verhandlungen über die Bedingungen erhalten, und in dem er besonders betont hatte, daß die für uns unangenehmste Verschärfung der ursprünglichen Bedingungen auf den ausdrücklichen Wunsch Lenins zurückzuführen war, hielt ich es für zwecklos, mit Sinowjew über Konzessionen verhandeln zu wollen. Ich wußte, er konnte solche Konzessionen nicht gegen den ausgesprochenen Willen Lenins machen. Dagegen hielt ich es für richtig, daß er über unsere Bedenken, unseren Widerspruch und unsere Schwierigkeiten auch von meinen Freunden ins Bild gesetzt wurde – als Einleitung zu dem kommenden Kampf um die Revision der Bedingungen, aber nicht, um im letzten Augenblick eine Entschärfung der Bedingungen zu erreichen. Das Drama, so meinte ich, müßte zunächst ablaufen, und erst danach könnte der Versuch einer Revision unternommen werden. Ich beteiligte mich deshalb zunächst nicht an der nun beginnenden Besprechung, ebensowenig Däumig und Stoecker, die ja selbst verhandelt hatten und die Umstände kannten. Diese Besprechung war für mich sehr aufhellend, sie zeigte mir, wie wenig die übrigen Mitglieder unserer Führungsgruppe trotz der Unterrichtung durch Däumig und Stoecker, durch Paul Levi und mich die wahre Bedeutung und Zweckbestimmung dieser Bedingungen, und das heißt das Wesen der Gesamtsituation, wirklich verstanden, und daß sie eigentlich in der großen Parteiauseinandersetzung unter falschen Voraussetzungen gekämpft hatten.

Zu meinem großen Erstaunen war es Paul Levi, der sofort die Frage aufwarf, ob nicht gewisse Modifikationen oder Auslegungen einiger dieser Bedingungen möglich wären. Ich sagte mir später, er habe vor allem Otto Braß und einige der anderen, die an so etwas zu glauben schienen, ein für allemal überzeugen wollen, daß die Bedingungen Lenins tödlicher Ernst waren. Ebenso zu meinem Erstaunen antwortete Sinowjew nicht mit einem glatten Nein, sondern gab eine ausweichende Antwort. Darauf schnitt Otto Braß, das Dokument in der Hand, sofort die Frage der auszuscheidenden Personen an. Sinowjew erwiderte, daß die Bedingungen selbst Ausnahmen vorsähen, aber daß diese an die Zustimmung des Präsidiums gebunden seien. Otto Braß nahm das offenbar als ein Eingehen Sinowjews auf wirkliche Ver-

handlungen entgegen, er begann nun an Hand des Dokuments eine Art von Spezialdebatte der 21 Bedingungen. Während er redete und redete, fragte ich mich: Gesetzt den Fall, daß Sinowjew plötzlich die Bedingungen relativierte und wir dies vor dem Parteitag erklärten – wäre unsere Stellung der Rechten gegenüber dann stärker oder schwächer? Da ich gespannt zuhörte, fand ich für mich selber keine Antwort auf diese kitzlige Frage. Als Braß seine Ausführungen beendet hatte, sagte Sinowjew kühl und zynisch: „Aber Kinder, ich sehe Eure Schwierigkeiten nicht. Ihr habt da unten eine solide Mehrheit. Ihr werdet die Partei spalten und nicht nur die rechten Führer, sondern auch die rechten Funktionäre hinauswerfen und die Mitglieder an Euch ziehen. Die Rechten sind dann einfach nicht mehr da, und die 21 Punkte als Mittel zu diesem Ergebnis sind dann gar nicht mehr so wichtig, wenn das gewollte Ergebnis erreicht ist.“ Da ich die Bestrebungen zur Ausbildung linker Oppositionen gegen uns kannte, schien mir nun eine Klärung notwendig zu sein. Ich fragte ihn: „Sie erklären uns also jetzt, zehn Minuten vor Eröffnung des Parteitages, daß die 21 Punkte nicht eine unabänderliche Doktrin und absolut unabänderliche Eintrittsbedingungen darstellen, sondern daß nach unserem Eintritt weiterhin über sie verhandelt und sie abgeändert werden können. Wenn wir dies im Laufe der Debatte erklären können und Sie unsere Erklärung als korrekt unterstützen, können wir unsere Mehrheit so verstärken, daß der Spalt ganz beträchtlich weiter nach rechts gerückt wird.“ Mir war bei meiner Frage nicht ganz wohl, denn wenn er jetzt in diesem Augenblick, nach dem wochenlangen Ringen in unserer Partei, plötzlich die Absolutheit der Bedingungen preisgegeben hätte, so wäre ich über das mit uns getriebene Spiel erst recht empört gewesen. Ich war düsterer Ahnungen voll. Sinowjew jedoch antwortete ausweichend, eine solche ausdrückliche Deklaration vor dem Parteitag liege nicht in seinen Instruktionen, aber was er gesagt habe, sei doch nach Lage der Dinge ganz selbstverständlich. Für mich war dies eine eindeutige Antwort, aber einige meiner Kollegen sahen sich untereinander an, und einige begannen darüber zu reden, welche Andeutungen über Revisionsmöglichkeiten dem Parteitag gegeben werden könnten. An diesem Punkt griff Paul Levi ein und erklärte: die 21 Bedingungen stellten einen ausdrücklichen Beschluß des Zentralkomitees der russischen Kommunistischen Partei und den ausdrücklichen Willen Lenins dar, sowie den ausdrücklichen Willen des zweiten Weltkongresses der Internationale, und der Eintritt in die Kommunistische Internationale sei nach ihren Statuten an die Annahme dieser Bedingungen gebunden. Danach drängte Sinowjew plötzlich, die Besprechungen abzubrechen, wir hätten die für die Eröffnung des Parteitages festgesetzte Zeit bereits erheblich überschritten und müßten nun in den Saal gehen. Dies geschah. Ich verließ die Besprechung mit dem quälenden Gefühl, daß Paul Levi und ich, Däumig und Stoecker genau wußten, woran wir waren, aber unsere übrigen Freunde immer noch nicht!

Als die Sitzung des Parteitages⁴⁸ begann, setzte ich mich nicht auf meinen Platz in

⁴⁸ Unabhängige Sozialdemokratische Partei (Hrsg.), Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin o. J. – Das Protokoll existiert in zwei Versionen, die auf den Seiten 14–260 wörtlich übereinstimmen. Der Version der USPD-Rechten ist das „Manifest der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an das deutsche Proletariat“ vorangestellt, die Version der USPD-Linken wird durch das „Offene Schreiben des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale an alle Mitglieder der Unabhängigen Partei Deutschlands“ vom 29. 9. 1920 eingeleitet. Ab Seite 261 sind die getrennten Verhandlungen der Rest-USPD (Protokoll S. 261–309) bzw. der

der vordersten Stuhlreihe vor den Delegierten der Linken, wo die Führer des linken Flügels saßen, sondern stellte mich an der linken Längsseite des Saales ungefähr in der Mitte vor ein Fenster und versuchte, meine Gedanken zu sammeln und in Ordnung zu bringen. Daß ich entschlossen war, mich nicht aus der führenden Position verdrängen zu lassen, die ich besaß, sondern daß ich um ihre Behauptung kämpfen wollte, war mir längst klar. Ebenso klar war ich mir jetzt über mein inneres Verhältnis zu den Führern der Komintern und zu Lenin: Bundesgenosse ja, Befehlsempfänger niemals. Während ich dastand und nachdachte, begann das Drama dieses Parteitages abzurollen. Wir hatten vereinbart, daß ich keine der festgesetzten großen Reden halten sollte, sondern nur dann eingreifen, wenn es nötig zu werden schien. In diesem Fall sollte ich die Situation korrigieren; denn ich war weitaus der beste und geschickteste Redner in unserer Gruppe. Aber nun wußte ich: Ich würde auf alle Fälle vermeiden, zum Parteitag zu reden, und ich habe dann auch nicht geredet. In diesem Augenblick hatte ich genug mit mir selber zu tun, und ich konnte dem Gedanken nicht ausweichen, daß ich mich in einer absolut ironischen Situation befand. Ein Parteitag, der uns mit der Mehrheit der Partei die Führung der Partei geben und unsere Bundesgenossenschaft mit den Bolschewiki erklären sollte, war das Ziel, auf das ich, in der vordersten Linie stehend, hingearbeitet hatte. Ich hatte so stark dafür Propaganda gemacht, und die Intensität meiner Vertretung dieser beiden Ziele und Glaubenspunkte war so stark gewesen, daß sich die feindseligsten Gefühle unserer innerparteilichen Gegner auf meine Person konzentriert hatten. Unheilvolle Persönlichkeit, böser Geist – so hatte Oskar Cohn auf dem Leipziger Parteitag gesagt.⁴⁹ Ich wußte, daß die gesamte Rechte des Parteitags mich auch in diesem Augenblick so ansah und daß sie mir die Rolle des obersten Spalters der Partei zuschreiben würde. Und da stand ich nun und verfolgte ganz andere Gedanken als sie annahmen. Es war eine der großen inneren Krisen meines Lebens. Ich war hellwach und hatte dabei ein merkwürdiges Gefühl: es war mir, als stünde ich neben mir selber und prüfte von außerhalb meine Lage und meine Haltung und alles, was um mich vorging – nicht wie einer der Hauptakteure des abrollenden Dramas, sondern wie ein unbeteiligter Beobachter. Meine eigenen Meditationen fesselten mich so, daß ich daneben kaum mehr logisch dem folgen konnte, was von der Tribüne aus gesagt wurde. Meine Freunde sahen sich erstaunt nach mir um. Walter Stoecker kam zu mir und fragte mich, warum ich denn nicht meinen Platz in der vorderen Reihe einnehmen wollte. Ich sagte zu ihm: „Ich komme sofort“, aber meine Meditationen gingen weiter.

Da spielte sich plötzlich neben mir ein kleines persönliches Drama ab. Neben mir standen Anna und Erna Morena Arm in Arm. Anna trug ein Kleid mit halblangen Ärmeln. Plötzlich sagte Erna Morena in gereiztem Ton zu ihr und zu mir: „Warum hackt Ihr jetzt immer so häßlich auf Wilhelm [Herzog] herum?“ Und ehe noch eine Antwort gegeben werden konnte, zerkratzte sie Annas bloßen Arm. Ich erwachte aus meinen Gedanken und trat zwischen beide, ich ließ Erna Morena ohne ein Wort stehen, nahm Anna am Arm und führte sie zu unseren Plätzen in der vorderen Reihe.

USPD (Linke) (Protokoll S. 261–280) wiedergegeben. Beide Versionen des Protokolls im Reprint: Protokolle der USPD-Parteitage, Band 3, Glashütten im Taunus 1976. S. a. Krause, USPD, S. 207 ff.

⁴⁹ Vgl. 3. Kapitel, Anm. 57.

Die Spaltung der USPD – Verhandlungen über die Verschmelzung des linken Flügels der Partei mit der KPD

Ich halte mich nicht weiter bei den Vorgängen dieses Parteitages auf. Die Abstimmung über die Annahme der 21 Bedingungen und den Antrag zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale ergab 236 Stimmen dafür und 156 dagegen. Die Minderheit verließ den Parteitag. Sie erklärte, sie allein stelle die USPD dar, und erließ ein dementsprechendes Manifest,⁵⁰ das ironischerweise die entschiedensten der im Leipziger Programm niedergelegten Glaubenssätze der linken USPD enthielt. Ihr Manifest übernahm die Idee Hilferdings, zu proletarischer Massenaktion für die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung im Bergbau aufzurufen, weiter rief es zum Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte bis zur Erringung der Produktionskontrolle auf, erklärte die Massenaktion zum vornehmsten Kampfmittel und sagte schließlich: „Die Partei ist sich bewußt, daß die Erfüllung all dieser Forderungen des Proletariats eine Machtfrage ist, die nicht durch parlamentarische Entscheidungen gelöst werden kann. Die gesamte politische und ökonomische Macht der Arbeiterklasse muß in diesen Kämpfen zur Anwendung gelangen.“ Ich habe in diesem Manifest der von Crispian und Dittmann geführten abgespaltenen Minderheit nie etwas anderes gesehen als pseudo-revolutionäre Phraseologie, um einen erheblichen Teil der Mitglieder dieser Minderheit bei der Stange zu halten unter Verkennung der Gesamtsituation, welche die linke USPD für ihre praktische Politik an diesem Zeitpunkt erheblich vorsichtiger beurteilte als dieses Manifest. Ich war überzeugt, daß nach der Trennung von der Linken diesem Teil der Partei am Ende nichts anderes übrig bleiben würde, als sich mit der Sozialdemokratischen Partei zu vereinigen. Hilferding und seine Freunde waren sich völlig darüber klar, was sie vom Wortradikalismus dieses Manifestes zu halten hatten. Sie führten die „Freiheit“, die das Organ der rechten USPD blieb, deshalb in erheblich vorsichtigerem Geiste, was unmittelbar vor den Wiedervereinigungen zur Verdrängung Hilferdings und seiner Redaktion aus der „Freiheit“ durch Crispian und Dittman führte.

Die Mehrheit des Parteitages wählte nach dem Abzug der Minderheit die Führung der linken USPD mit einigen Verstärkungen zur Parteileitung.⁵¹ Die erste Aufgabe dieser Parteileitung war eine Bestandsaufnahme nach der Spaltung. Zu dieser Bestandsaufnahme, die von Otto Braß geführt wurde, wurden die Bezirkssekretäre der Organisationen zugezogen, die sich vor dem Parteitag für uns erklärt hatten. Das Ergebnis war, daß drei Fünftel der Mitgliedschaft der Partei mit uns ging und zwei Fünftel mit der rechten USPD. Natürlich war darin ein spekulatives Moment, und das wahre Verhältnis ließ sich erst nach einiger Zeit, nach dem Zusammenschluß mit der Kommunistischen Partei überblicken. Vier Monate später, zur Zeit der neuen Spaltung in der Zentrale der Vereinigten Partei, also im Februar 1921, hatte nach den Angaben unserer Organisatoren die aus der Spaltung von Halle und der Vereinigung mit den Kommunisten hervorgegangene Partei etwa fünfhunderttausend Mitglieder – ganz erheblich mehr als die rechte USPD, der wir den Namen

⁵⁰ Der Wortlaut des von Crispian vorgelegten Manifestes ist abgedruckt bei Prager, Geschichte der U. S. P. D., S. 226–227. S. a. Anm. 48. Die (Rest-)USPD wählte Crispian und Ledebour zu Parteivorsitzenden.

⁵¹ Däumig und Adolph Hoffmann wurden Vorsitzende, Stoecker, Koenen, Otto Gäbel und Berta Braunthal Sekretäre, Curt Geyer wurde einer der fünf Beisitzer im ZK.

USPD überließen. Von insgesamt fünfzig Zeitungen der USPD vor der Spaltung verfügten wir über achtzehn, aber mit den größeren Auflagen, und wir faßten sofort Neugründungen ins Auge. Das Stärkeverhältnis wurde etwas klarer nach den ersten Landtags- und Gemeindewahlen, die der Spaltung folgten, so den Landtagswahlen in Preußen.⁵² Wir waren die erheblich stärkere Partei – aber wir, und auch die USPD, mußten feststellen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mitglieder, und vor allem auch der Wähler der alten USPD, sich nach der Spaltung in politische Indifferenz zurückgezogen hatte. Die Sozialdemokratische Partei hatte davon jedenfalls keinen Gewinn.⁵³

Eine andere Folge der Spaltung machte sich erst allmählich geltend. Jeder der beiden Teile mußte überall da, wo der andere Teil die bisherige Organisation beherrschte, neue Organisationen aufbauen und neue Zeitungen gründen. Mit einem um so vieles schwächer gewordenen Mitgliederbestand hatten beide Teile, zusammen betrachtet, nun nicht einen Parteiapparat zu tragen, sondern zwei Parteiapparate. Bei der rechten USPD machte sich das bald dahin geltend, daß das Zentralorgan der Partei, die „Freiheit“, in der bisherigen Form und Größe nicht mehr getragen werden konnte und von einer finanziellen Krise in die andere fiel, was schließlich nicht mehr zu bewältigen war. Obwohl wir die größere Mitgliederzahl hatten, waren die Folgen für uns noch schwerwiegender. Wir verschmolzen uns bald nach Halle mit der KPD, und die Mitglieder hatten nun nicht nur unsere Funktionen, sondern auch die der KPD, die von russischen Subventionen gelebt hatten, zu tragen, dazu die Kosten der Umstellung auf die Zentralisierung der Parteiorganisation und die Bildung neuer Zweige der Organisationen. Binnen kurzem war dies nur noch mit Subsidien der Komintern zu bewältigen, was selbstverständlich den Kampf um die Führung zu unseren Ungunsten beeinflusste.

Die Überprüfung der Lage nach der Spaltung und die Bestandsaufnahme erforderten einige Zeit. Danach begannen sofort die schwierigen Verhandlungen über die Verschmelzung unserer Partei, die wir zunächst „USPD-Linke“ nannten, und der KPD. Sie standen unter der Ägide der Komintern. Karl Radek als Mitglied des Präsidiums der Komintern führte praktisch die Verhandlungen mit uns. Er hatte inzwischen seinen eigenen Stab in Berlin beträchtlich verstärkt. Sein Hauptmitarbeiter neben Felix Wolf war A. Guralski;⁵⁴ die Führung der Roten Gewerkschaften in Moskau entsandte daneben einen jungen Mann in Radeks Stab. Dieser junge Mann sprach mit sprudelnder Geschwindigkeit deutsch – das heißt, er dachte, er spreche deutsch. Meistens mußte man sich seine Sätze zwei- bis dreimal wiederholen lassen, um zu verstehen, was er meinte. Später nannten wir diese Beauftragten des Komintern-Präsidiums in Deutschland nach einer Wortprägung Paul Levis nie anders als „die Turkestaner“, und dieser Ausdruck bürgerte sich absolut ein. Ich will bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß die engste Gruppe um Paul Levi unter sich auch

⁵² Die VKPD hatte bei den preußischen Landtagswahlen am 20. 2. 1921 mit 1 156 000 Stimmen 30 Mandate errungen, die (Rest-)USPD mit 1 087 000 Stimmen 29 und die SPD mit 4 171 000 Stimmen 114 Mandate. Zum Vergleich: Zentrum 81, DNVP 75, DVP 58, DDP 26. S. a. Vorwort, S. 23.

⁵³ Vgl. Anm. 42; s. a. Wheeler, USPD und Internationale, S. 261 ff. Etwa 125 000 Mitglieder schieden nach Halle aus der organisierten Arbeiterbewegung aus.

⁵⁴ Samuel Guralski (1885–1960 ?), zuerst Mitglied der jüdischen sozialistischen Bewegung Bund, 1917 der Menschewiki, 1918 der Bolschewiki, 1921 und 1922 von der Komintern nach Deutschland delegiert, 1923–1924 unter dem Namen August Kleine in der KPD-Zentrale, 1929–1933/1934 Komintern-Vertreter in Südamerika.

nicht mehr von Moskau sprach, sondern von „Mekka“, ein von Valeriu Marcu⁵⁵ erfundener Ausdruck, der auf das Treffendste bezeichnete, wie wir die Rolle Moskaus sahen. Die führenden „Turkestaner“ hatten neben sich Kuriere, von denen einige offenbar die Rolle von Radeks Geheimpolizei spielten, und weitere junge Männer, deren Funktion nicht klar war, sowie zugehörige Sekretärinnen. Es war uns selbstverständlich gänzlich unmöglich, die Reisen der minderen Mitglieder dieses Stabes in Deutschland genau zu verfolgen und festzustellen, was sie taten, obgleich unsere Bezirksorganisationen uns informierten, wenn in ihrem Bezirk ein Turkestaner auftauchte. Dies war das Personal für die Durchführung der Absicht des Komintern-Präsidiums, die Führungsfrage in der neu zu bildenden Partei so zu lösen, daß die Partei völlig der Führung des Komintern-Präsidiums unterstellt werden würde.

Bei diesen Verhandlungen kam ich zum erstenmal mit Karl Radek zusammen. In seinen ersten Plänen für die Durchführung der absoluten Herrschaft des Komintern-Präsidiums scheine ich eine erhebliche Rolle gespielt zu haben. Er kannte mich als den führenden Intellektuellen der linken USPD, und er kannte meine Haltung in der Arbeiterratszeit. Er scheint sich von meiner Haltung unmittelbar nach Halle ein falsches Bild gemacht zu haben, wie überhaupt das Komintern-Präsidium und die Führer der russischen Kommunistischen Partei bei ihrer Beurteilung führender Persönlichkeiten nicht nur in der KPD, sondern erst recht bei der linken USPD von einem Irrtum in den anderen fielen. Die Turkestaner verstanden einfach deutsche Parteiverhältnisse und die deutsche Parteiideologie nicht. Später, kurz vor meiner Entsendung nach Moskau, war sich Radek darüber klar, daß ich mich nicht zum willfähigen Komintern-Funktionär eignete und daß er mich nicht gleichschalten konnte. Völlig klar über meine Haltung wurde er sich erst in Moskau. Das war insofern merkwürdig, als meine Zusammenarbeit und meine Freundschaft mit Paul Levi ganz offenkundig war.

Karl Radek als politische Persönlichkeit war mir vor meinem persönlichen Zusammentreffen mit ihm kein Unbekannter. Ich wußte um die Rolle, die er in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf der äußersten Linken des radikalen Flügels der Partei gespielt hatte, ich kannte den Einfluß, den er bereits damals auf den Parteiredakteur Dr. August Thalheimer⁵⁶ ausgeübt, und den Zeitungskonflikt, den beide zusammen damals hervorgerufen hatten. Ich wußte auch, daß August Thalheimer und dessen Schwester, die Kinder einer sehr wohlhabenden Getreidehandelsfamilie, auch weiterhin auf Radeks Wort schwuren. Ich habe im Jahre 1920 und danach in Thalheimer stets nur Radeks Sprachrohr gesehen, obgleich Thalheimer als der führende orthodoxe Marxist in der KPD galt. Radek und Thalheimer hatten in der Kriegsopposition des Ersten Weltkrieges zur „Gruppe Internationale“ gehört, der

⁵⁵ Valeriu Marcu (1898 ?–nach 1941), Sohn des AEG-Direktors in Bukarest, 1916 als Student in der Schweiz Bekanntschaft mit Lenin, in dessen Auftrag in Paris, Moskau und Rumänien tätig, nach 1918 in der KPD und Mitarbeiter Münzenbergs in der Kommunistischen Jugendinternationale, 1921 Bruch mit der KPD, Schriftsteller, 1933 Emigration (Nizza, New York).

⁵⁶ August Thalheimer (1884–1948), Journalist, 1904 Mitglied der SPD, 1909–1912 Chefredakteur der Göppinger „Freien Volkszeitung“, für die auch Radek arbeitete, 1915/1916 Chefredakteur des Braunschweiger „Volksfreund“, Mitgründer der Spartakusgruppe, 1919–1923 Mitglied der KPD-Zentrale, 1924–1927 in Moskau, 1929 Ausschuß aus Komintern und KPdSU, 1928/29 Mitgründer der KPO, 1933 Emigration (Frankreich, Kuba). Thalheimers Schwester Bertha Schöttle-Thalheimer (1883–1959) war Vertreterin des Spartakusbundes bei den Konferenzen der Zimmerwalder Bewegung, später in der KPD und KPO tätig.

Vorläuferin des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei. Ebenso gut wußte ich, mit welchem Mißtrauen Rosa Luxemburg vor dem Ersten Weltkrieg Radek und seine Betätigung in Deutschland angesehen und daß sie seine Aufrichtigkeit angezweifelt hatte, was ihr Radek mit entsprechenden Gefühlen vergalt. Diese Feindschaft ging zurück auf Differenzen in der polnischen Sozialistischen Partei, in der beide verschiedenen Richtungen angehörten. Von den polnischen Sozialisten wurden in der deutschen Sozialdemokratie Gerüchte über Radeks Benehmen verbreitet mit der Absicht, ihn völlig zu diskreditieren. Sie berührten ihn so viel oder so wenig, daß er sich als Pseudonym den Namen K. Radek (Kradek gleich Dieb) wählte.⁵⁷ Während des Krieges schloß er sich Lenin in der Schweiz an, dem er mit seinen Kenntnissen über Deutschland sehr wertvoll war. Er kehrte mit Lenin im Jahre 1917 nach Rußland zurück, als Ludendorff es für weise hielt, die bolschewistischen Führer nach Rußland zu senden in der Hoffnung, daß sie die weitere Teilnahme der ersten Revolutionsregierung am Kriege an der Seite der Entente von hinten ertöten würden. Nach dem Siege der Oktoberrevolution war Radek die rechte Hand Trotzki, der damals Außenminister war, und zugleich der persönliche Berater Lenins. Später übernahm er vorübergehend die Leitung der Mitteleuropäischen Abteilung im sowjetischen Außenamt. Die Zweigleisigkeit der Sowjetpolitik – Außenpolitik der Sowjetregierung und revolutionäre Politik Lenins – war in Radeks Person verkörpert. Als bald nach dem 9. November 1918 kam er nach Deutschland, und seine Ansichten stießen sofort mit denen Rosa Luxemburgs zusammen. Er ist als der eigentliche Gründer der KPD anzusehen, er setzte die Gründung gegen den Rat und den Widerspruch Rosa Luxemburgs durch.

Diese Vorgeschichte ist wichtig für sein Verhältnis zu Paul Levi, den Freund und ergebenen Bundesgenossen Rosa Luxemburgs und den Vertreter ihrer Doktrin, der wie sie selber von der Gründung der KPD und später von der Gründung der Kommunistischen Internationale entschieden abgeraten hatte.

Selbstverständlich war es von vornherein Radeks Absicht, Paul Levi aus der Führung der Kommunistischen Partei wie aus der Führung der neu zu bildenden Vereinigten Kommunistischen Partei hinauszudrängen, um so mehr, als Levi der vornehmste Opponent gegen die 21 Bedingungen auf dem zweiten Weltkongreß gewesen war. Aber Paul Levi wußte um die Komintern-Bemühungen, ihn durch eine von Ernst Meyer geführte Oppositionsgruppe in der KPD als Führer zu stürzen, und wir wußten es durch ihn. Auch wußten wir um die Komintern-Bemühungen, eine Oppositionsgruppe gegen unsere Führungsgruppe in der linken USPD zu bilden. Und Karl Radek wußte, daß wir beides wußten, und daß die Organisation einer Opposition in der KPD gegen Paul Levi inzwischen Fortschritte gemacht hatte, vor allem in der Berliner Organisation der KPD, und daß Paul Levi das Vertrauen der Führungsgruppe der linken USPD hatte. Wenn er uns also bei den Verschmelzungsverhandlungen eine andere KPD-Führung als Paul Levi zur Aufnahme in die Zentrale der Vereinigten Partei angeboten hätte, so hätten wir kühl und dankend abgelehnt, und er hätte sofort vor einer entscheidenden Krise der Komintern-Pläne gestanden. Denn der Kern der Situation bei diesen Verhandlungen war folgender: Die Führungsgruppe der linken USPD, die von der revolutionären

⁵⁷ Karl Radek (ursprünglich Karl Sobelsohn) hatte sein Pseudonym entgegen der häufig kolportierten Lesart, es komme vom polnischen Wort für Dieb, nach der Hauptfigur eines Romans von Stefan Żeromski gewählt. Vgl. Warren Lerner, Karl Radek. *The Last Internationalist*, Stanford 1970, S. 5 f. Biographische Daten s. 2. Kapitel, Anm. 45.

nären Welle vom November 1918 hochgetragen worden war und die großen Massenaktionen des Jahres 1919 geführt hatte, beanspruchte für sich die Führung der verschmolzenen Partei, und sie war entschlossen, jedem Versuch, sie ihr zu entreißen, Widerstand zu leisten. Ich war der entschiedenste Vertreter dieser Haltung, mit mir mein Freund Düwell, und Ernst Däumig dachte darüber genauso wie ich. Aber auch alle unsere anderen Freunde dachten damals genauso. Wir fühlten uns als die erfahrenen und erprobten Praktiker der Revolution gegenüber den verstiegenen Intellektuellen in der KPD. Wir wußten, daß Paul Levi die Dinge ebenso sah wie wir. Also mußte Radek bei den Verschmelzungsverhandlungen seine andersartigen Pläne bis zur Zeit nach der Verschmelzung zurückstellen.

Aber wir wußten wohl um seine Pläne, und wir wußten, daß der Durchsetzung unserer Absichten seit den Verschmelzungsverhandlungen der Kampf um die Behauptung unserer Führung in der Vereinigten Partei nachfolgen mußte. Diese Dinge lagen keineswegs im Halbdunkel von Ahnungen und Vermutungen, sie lagen uns nach den Vorgängen vor dem Halleschen Parteitag klar vor Augen. Im Grunde genommen hatte Hugo Eberleins Enthüllung ihrer Pläne vor mir nur den Punkt auf das i gesetzt. Wir besprachen diese Dinge sehr ausführlich und in allen personellen Einzelheiten in einer Sitzung der Zentralleitung der linken USPD in unserem provisorischen Hauptquartier in Däumigs Büro in der Münzstraße in Berlin, nachdem die endgültigen Vorschläge für die Bildung der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei vorlagen. In dieser Sitzung hielt Ernst Däumig eine sehr pathetische Rede über die Notwendigkeit unserer absoluten Geschlossenheit als Gruppe in der Führung der Vereinigten Partei und über die Notwendigkeit, die Selbständigkeit unserer Führung zu behaupten gegen jeden Versuch, uns einem Diktat des Komintern-Präsidiums zu unterwerfen oder unsere Gemeinschaft zu sprengen. Er rief schließlich aus: „Wir müssen jetzt und in der Folge zusammenhalten wie eine verschworene Gemeinschaft, wir müssen uns gegenseitig unser Wort darauf geben, damit wir mit Vertrauen an unsere Führungsaufgabe gehen können.“ Jeder einzelne von uns stimmte ausdrücklich zu und erklärte, daß er unserem Vorsitzenden Ernst Däumig, der bei den Unterhandlungen neben Paul Levi zu einem der beiden Vorsitzenden der Vereinigten Partei bestimmt worden war, sein persönliches Wort darauf gebe.

Diese Unterhandlungen über die Verschmelzung der beiden Parteien standen, wie gesagt, unter der Ägide des Komintern-Präsidiums, das sich hinter die Ansprüche der KPD stellte. Nach der Spaltung von Halle schätzten unsere Organisatoren die Mitgliederzahl der linken USPD auf vierhunderttausend bis vierhundertfünfzigtausend Mitglieder, was sicherlich keine übertriebene Schätzung war. Die Führung der KPD behauptete, über achtundsiebzigttausend Mitglieder zu verfügen. Jeder von uns wußte, daß dies weit übertrieben war,⁵⁸ denn es war bekannt, daß die Mitglieder der KPD organisatorisch viel loser erfaßt waren und der Mitgliederbestand höchst fluktuierend war. Wir gingen also von der Annahme aus, daß sich die Mitgliederzahlen der beiden Parteien wie neun zu eins verhielten, und wir erblickten darin die Rechtfertigung unseres Führungsanspruchs. [. . .] Wir ließen uns jedoch auf den Vorschlag des Komintern-Präsidiums ein, die Zentrale der Vereinigten Partei nicht nach der Stärke der Parteien, sondern paritätisch zu besetzen. Es war eine sehr künstliche Konstruktion. Die beiden Vorsitzenden mit gleichen

⁵⁸ Vgl. Anm. 42 und 53.

Rechten waren Ernst Däumig und Paul Levi. Von den besoldeten Sekretären erhielt die linke USPD vier, nämlich Walter Stoecker, Wilhelm Koenen, Hermann Remmele⁵⁹ und Otto Braß, die KPD drei, nämlich Clara Zetkin,⁶⁰ Heinrich Brandler und Wilhelm Pieck.⁶¹ Von den unbesoldeten Beisitzern erhielt die linke USPD zwei, nämlich Adolph Hoffmann⁶² und Curt Geyer, die KPD drei, nämlich August Thalheimer, Fritz Heckert⁶³ und Otto Gäbel.⁶⁴ Die Verteilung war also sieben zu sieben.⁶⁵ Aber wir konnten für die Durchsetzung unserer Politik auf die Stimmen von Paul Levi und Clara Zetkin zählen, was sich in der Praxis auch bestätigte. Für die Behauptung unserer Führung konnten wir also auf neun Stimmen von insgesamt vierzehn rechnen. Von den Vertretern der KPD sahen wir von vornherein Wilhelm Pieck, Heinrich Brandler und August Thalheimer als ergebene Werkzeuge Radeks an. Persönlich hätte ich es vorgezogen, auf einer klaren, erheblichen Mehrheit der linken USPD in der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei zu bestehen, aber meine Freunde waren optimistischer als ich.

Der Berliner Vereinigungsparteitag: Anschluß der USPD-Linken an die KPD (4.–7. Dezember 1920)

Die Wochen vor dem Vereinigungsparteitag brachten für mich eine weitere Klärung meiner Ansichten und Absichten. Ein Versuch unserer Berliner Organisation, nach der Spaltung die Verfügung über die „Freiheit“ zu erhalten, scheiterte an der juristischen Konstruktion der Eigentumsverhältnisse. Zu den Vereinbarungen über die Verschmelzung gehörte, daß die „Rote Fahne“ das Zentralorgan der Vereinigten

⁵⁹ Hermann Remmele (1880–1939), Eisendreher, 1897 SPD-Mitglied, 1910–1914 Redakteur der Mannheimer „Volksstimme“, 1917 USPD, 1918 Vorsitzender des A- u. S-Rats Mannheim, 1920–1933 MdR, 1920 in der Zentralleitung der USPD, 1920–1933 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD, Januar–April 1924 Vorsitzender der KPD, 1933 Emigration (UdSSR), 1939 Opfer der Stalinschen Säuberung.

⁶⁰ Clara Zetkin (1857–1933), Lehrerin, Gründungsmitglied der II. Internationale 1889, 1891 bis 1917 Herausgeberin der Zeitschrift „Gleichheit“, Mitgründerin des Spartakusbundes und der USPD, März 1919 Mitglied der KPD, 1919–1923 und 1927–1929 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD, 1920–1933 MdR.

⁶¹ Wilhelm Pieck (1876–1960), Tischler, 1895 SPD-Mitglied, 1914 Spartakusbund, 1919–1933 (mit einer Unterbrechung) Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD, 1921–1928 und 1932/1933 MdL Preußen, 1928–1933 MdR, 1933 Emigration (Frankreich, UdSSR), 1945 Vorsitzender der KPD, 1946 der SED, 1949–1960 Präsident der DDR.

⁶² Adolph Hoffmann (1858–1930), Vergolder, Buchhändler, seit 1876 SPD-Mitglied, 1890 bis 1893 Redakteur am Zeitzer „Volksboten“ und Hallenser „Volksblatt“, 1904–1907 und 1920 bis 1924 MdR („Zehn-Gebote-Hoffmann“), 1908–1928 MdL Preußen, 1917 USPD, 1919 im ZK der USPD, Okt.–Dez. 1920 zusammen mit Däumig Vorsitzender der USPD (Linke), Dez. 1920–Februar 1921 Mitglied der VKPD-Zentrale, 1921 KAG, 1922 über USPD zurück zur SPD.

⁶³ Fritz Heckert (1884–1936), Maurer, 1902 SPD-Mitglied, 1916 Spartakusbund, 1918 Vorsitzender des A- u. S-Rates Chemnitz, Delegierter des Gründungsparteitags der KPD, ab 1919 (mit kurzer Unterbrechung 1924) in der Zentrale bzw. dem ZK der KPD, Oktober 1923 sächs. Wirtschaftsminister, 1924–1933 MdR, 1932–1936 im EKKI in Moskau.

⁶⁴ Otto Gäbel (1885–1953), Buchbinder, 1905 Mitglied der SPD, obwohl im Spartakusbund, schloß er sich der KPD nicht an, Okt. 1920 in der Zentralleitung der USPD (Linke), Dez. 1920 Mitglied der Zentrale der VKPD, 1921–1929 Stadtverordneter bzw. Stadtrat in Berlin, 1929 Ausschuß aus der KPD.

⁶⁵ Das Verhältnis war tatsächlich 8 zu 6; Geyer rechnete Gäbel irrtümlich zur KPD.

Partei darstellen sollte. Solange die Vereinigung nicht erfolgt war, wäre also die linke USPD in Berlin journalistisch nicht vertreten gewesen. Wir gründeten deshalb für die Übergangszeit eine Tageszeitung, die den Namen „Die Internationale“⁶⁶ führte und deren politische Redaktion ich selber zusammen mit Bernhard Düwell übernahm. Die Redaktion war in der Gitschiner Straße, ihr Druck erfolgte in einer großen Privatdruckerei im Berliner Osten, in der Paul Levi später die Zeitschrift „Unser Weg“⁶⁷ drucken ließ und ich vorübergehend eine private Zeitungskorrespondenz.

Die Leitung einer Tageszeitung konzentriert notwendig die Aufmerksamkeit auf allgemein politische Ereignisse und Tagesereignisse und vermittelt deshalb ein unmittelbarer und objektiveres Bild, als es sich dem Nichts-als-Partei-Politiker für gewöhnlich darbietet. Täglich sprachen Düwell und ich über die kritische Situation der deutschen Politik, über die Entwicklung der Verhältnisse in den Entente-Ländern, über die Ereignisse in Italien, wo die Bewegung der Fabrikbesetzungen gescheitert war und im ganzen mit einem Rückschlag gegen die italienische Sozialistische Partei geendet hatte,⁶⁸ über die Tendenzen der deutschen Handelspolitik und nicht zuletzt über die Politik und die internationale Lage der Sowjetregierung, die den russisch-polnischen Krieg nach ihrer Niederlage vor Warschau mit dem Waffenstillstand von Riga [12. 10. 1920] beendet hatte. Es wurde uns vollständig klar, daß die Außenpolitik der Sowjetregierung und die auf Ausbreitung der Weltrevolution gerichtete Politik der Komintern zwei verschiedene Dinge waren, gewissermaßen zwei Eisen, welche die Sowjetregierung im Feuer hatte. Was die Ausbreitung der Weltrevolution anbetrifft, so waren wir beide ohnehin schon überzeugt, daß wir auf längere Zeit hinaus nicht aktionsfähig sein würden, jedenfalls nicht in dem Sinne, in dem die Komintern von uns Aktionen erwartete. Wir sahen aber auch, wie ein kleiner Teil der englischen und der französischen Arbeiterschaft der Kommunistischen Internationale zuneigte, und daß die revolutionäre Situation, die in Italien bestanden hatte, vorüber und dort zum mindesten eine Atempause eingetreten war. Wenn wir das alles zusammenhielten mit der Propaganda Radeks und seiner Mitarbeiter und jener Intellektuellen in der KPD, die nicht Paul Levis vorsichtige Beurteilung der Lage teilten, hatten wir ein entschiedenes Gefühl, daß die Ehe, die wir mit der Kommunistischen Partei unter der Ägide der Komintern einzugehen im Begriff waren, kaum von Dauer sein würde. Wir bemühten uns deshalb, Berichterstattung und Beurteilung in der Zeitung so illusionsfrei wie möglich zu halten. Auf die Frage, wie wird das weitergehen?, gaben wir uns schließlich Eventualantworten, die den Gang der Ereignisse nicht nur der nächsten Monate, sondern auch der nächsten Jahre bis zu den Wiedervereinigungen mit der Sozialdemokrati-

⁶⁶ „Die Internationale. Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ erschien als Tageszeitung vom 27. Oktober bis 31. Dezember 1920.

⁶⁷ Am 1. Mai 1921 hatte Levi die Herausgeberschaft der Zeitschrift „Sowjet (kommunistische Zeitschrift)“ übernommen, die zuvor in Wien erschienen war. Ab Juli 1921 wurde der Name geändert in: „Unser Weg (Sowjet). Zeitschrift für kommunistische Politik“, ab April 1922 hieß das Organ, um das sich die KAG scharte, „Unser Weg. Halbmonatsschrift für Sozialistische Politik“.

⁶⁸ Im August 1920 hatten Unternehmer in Mailand und Turin nach ergebnislosen Lohnverhandlungen und dem Aufruf des Metallarbeiterverbandes zur „passiven Resistenz“ Fabriken geschlossen und Arbeiter ausgesperrt. Etwa 500 Fabriken in Piemont und in der Lombardei waren daraufhin von Arbeitern besetzt worden, die die Produktion unter eigener Regie fortsetzten.

schen Partei im Jahre 1922 vorwegnahmen. Wir gingen nicht mehr blind mit nachtwandlerischer Sicherheit weiter, sondern mit weit offenen Augen, und wir sprachen schließlich untereinander aus, was uns im Hintergrund unseres Denkens bewegte und beunruhigte. Diesen Punkt erreichten wir während des Vereinigungsparteitages im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz in Berlin.⁶⁹ Während dieser Tagung war der problematische Charakter dieser Vereinigung nicht zu übersehen. Düwell und ich gingen ins Restaurant zum Mittagessen, während die weniger wichtigen offiziellen Reden des Parteitages abrollten. Wir waren beide bedrückt durch die Atmosphäre dieser Tagung. Obgleich alles vereinbart war, fühlten wir, daß diese Wiedervereinigung der Führung der bisherigen KPD wie der KPD überhaupt eine Bedeutung und einen Einfluß gab, den sie nie besessen hatte und der ihr nicht zustand. Wir fühlten uns überspielt, hatten aber keine Neigung, diesen Zustand hinzunehmen. So warfen wir über den Mittagstisch hinweg schlicht die Frage auf: „Wird das zusammenhalten und kann das zusammenhalten?“ Das führte selbstverständlich zu der Frage: „Und wenn es nicht zusammenhält?“ Worauf ich antwortete: „Dann bleibt nichts als ein allgemeiner Sammlungsversuch und die Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratie.“ Und Düwell: „Und die Abwendung von der Komintern und der Eintritt in die Zweite Internationale.“ Was wir offen untereinander aussprachen, lag als Eventualität auch in Paul Levis Haltung – aber er hatte soeben in seiner Rede auf dem Vereinigungsparteitag die deutschen Arbeiter aufgefordert, die Sammlung durch ihren Anschluß an die Vereinigte Kommunistische Partei, der Verschmelzung der linken USPD mit der KPD, herbeizuführen. Für Düwell und mich hatte sich jedenfalls ein Blick auf den Weg eröffnet, den wir später gehen sollten, als wir beide mit Paul Levi gemeinsam der Politik des Komintern-Präsidiums die Zeitschrift „Unser Weg“ entgegenstellten.

Der Pessimismus, den Düwell und ich gegenüber dem Glauben hegten, daß von diesem Wiedervereinigungsparteitag eine sammelnde Wirkung und Wiederbelebung des revolutionären Bewußtseins der deutschen Arbeiterschaft ausgehen werde, war in unserem Urteil über die objektiven politischen Verhältnisse und die Haltung der deutschen Arbeiter an diesem Zeitpunkt begründet. Er wurde verstärkt durch viele Anzeichen während des Parteitages dafür, daß die Vereinigung lediglich die Overture für einen erbitterten neuen Richtungsstreit war. Auf dem vorausgehenden letzten Parteitag der KPD war Paul Levis Stellung bereits auf das heftigste angegriffen worden.⁷⁰ In der Berliner Organisation der KPD hatte sich, geführt von Arkadij Maslow⁷¹ und Ruth Fischer,⁷² eine linke Opposition erhoben, die wütend

⁶⁹ Vgl. Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Leipzig – Berlin 1921 (Reprint Glashütten im Taunus 1976).

⁷⁰ Vgl. den Auszug aus dem Bericht über den V. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) v. 1. bis 3. November 1920 in Berlin, Hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin 1921 in: H. Weber (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus, Dokumente, Köln 1963, S. 207 f.

⁷¹ Arkadij Maslow (ursprünglich: Isaak Tschemerinsky) (1891–1941), entstammte einer reichen russischen Familie, Schüler und Student in Dresden und Berlin, 1919 Mitglied der KPD, Nov. 1920 im Zentralausschuß, ab 1921 zusammen mit Ruth Fischer Leiter der Berliner Parteioorganisation, 1921 Redakteur der „Roten Fahne“, 1924–1925 in der Zentrale bzw. im ZK, 1926 Ausschluß aus der KPD, Mitgründer des linkskommunistischen „Leninbundes“, 1933 Emigration (Frankreich, Kuba).

⁷² Ruth Fischer (1895–1961) (ursprünglich Elfriede Eisler), Studium in Wien, Mitgründerin

gegen Paul Levis vorsichtigen Kurs – und das hieß für die Folge gegen den Kurs der Mehrheit der Zentrale in der Vereinigten Partei – anließ. Was sie wollte, war sofortige Aktion, und zwar in so radikaler Form, daß selbst Radek, der im Auftrage Lenins und des Komintern-Präsidiums die Vereinigte Partei zur Aktion antreiben sollte, diese Opposition mit Mißvergnügen ansah, um so mehr, als sie sich nicht von ihm dirigieren lassen wollte. Vielleicht teilte er auch unser Gefühl, daß es den beiden nicht auf wirkliche Aktion ankam, sondern nur darauf, die Forderung sofortiger Aktion zu benutzen, um damit in die zentrale Führung aufzusteigen. Spätere Vorgänge in der KPD im Jahre 1923 schienen diesen Verdacht vom Jahre 1920 zu rechtfertigen.

Ruth Fischer und Maslow, beide Anfang zwanzig, waren sehr von sich selber eingenommen. Anna und ich begegneten beiden auf der Treppe zum Versammlungssaal. Wir stiegen die Treppe hinauf, und sie kamen die Treppe herunter. Wir kannten uns sehr flüchtig. Maslow begrüßte kordial, als wir voreinander auf der Treppe standen, die beiden über uns, aber Ruth Fischer zischte ohne allen Anlaß Anna an: „Euch werden wir es schon zeigen, mit Euch werden wir Schlitten fahren!“ So sah also diese spätere Führerin der Kommunistischen Partei die Vereinigung an – Anna regte sich auf, ich nahm den Zwischenfall ruhiger hin, er bestätigte mir, was ich ohnehin wußte. Ich wußte außerdem, daß wir den Kampf um die Führung nicht mit dieser jungen, sich selbst überschätzenden Frau zu führen haben würden, sondern mit Karl Radek, dem Präsidium der Komintern und Lenin.

Ein erheblicher Teil der Delegierten der linken USPD war höchst unzufrieden damit, wie prominent die KPD und die KPD-Führung auf diesem Vereinigungsparteitag in Erscheinung traten. Sie hörten sich außerdem mit Erstaunen die Eröffnungsrede Paul Levis an, die für sie viel zu literarisch war und über ihr Verständnis hinausging. Ruth Fischer hat sich damals und dann beinahe dreißig Jahre später in ihrem Buch „Stalin“ kritisch und feindselig über diese Rede ausgelassen.⁷³ Nach dem Erscheinen dieses Buches korrespondierte ich mit ihr über ihre Darstellung, und nach der Richtigstellung einiger der vielen chronologischen und sonstigen Irrtümer dieses Buches schrieb ich ihr über diesen Punkt: „Während ich noch politisch und ideologisch auf einem Wege war, der zu den Bolschewiki hinführte und den Höhe- und Wendepunkt ungefähr zur Zeit des Hallenser Parteitages erreichte, war Paul Levi schon vor Halle weit auf dem Wege zur Trennung von ihnen. Wie weit es ihm damals voll zum Bewußtsein gekommen ist, ist eine andere Frage. Du hast mit Recht die merkwürdige Rede kritisiert, die er auf dem Gründungsparteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei gehalten hat. Die Erklärung ist einfach: er glaubte nicht mehr und versuchte, den Glauben durch Glanz der Formulierung zu ersetzen. Wenn Du Dir Deine eigene intellektuelle Biographie vor Augen führst, wirst Du wissen, daß eine solche Feststellung nicht eine herabsetzende Wertung in sich schließt.“

der KPD, seit Mitte 1919 in Berlin, 1920 Mitarbeiterin der Zeitschrift „Internationale“, 1921–1925 an der Spitze der Berliner KPD (zusammen mit Maslow), 1923–1926 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK, 1924–1925 zusammen mit Maslow Führerin der KPD, 1924–1928 Ausschuß aus der KPD, 1928 Mitgründerin des Leninbundes, 1933 Emigration (Frankreich, USA).

⁷³ Ruth Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus*, Frankfurt a. M. 1950, S. 179 (die amerikanische Originalausgabe erschien 1948).

In der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands: Moskauer Pressionsmanöver – Diktatur des Geldbeutels

Unter solchen Auspizien nahm die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands nach dem Vereinigungsparteitag ihre Arbeit auf. Ihre Büroräume wurden in einem Bürohaus in der Friedrichstraße gemietet. [. . .] Nach der Spaltung von Halle war für die linke USPD die Zentralisierung ganz einfach dadurch gegeben, daß die bei uns gebliebenen Mitglieder, Parteibeamten und Redakteure mit der Parteileitung ein homogenes Ganzes darstellten. Aber das entsprach keineswegs den Leninschen Organisationsprinzipien, die das Präsidium der Komintern nun in der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) durchzuführen versuchte. Der Unterschied war der: unsere Organisation beruhte auf dem gegenseitigen Vertrauen, die angestrebte auf der Sicherung des Führerbefehls von oben nach unten.

Karl Radek, der als Mitglied des Komintern-Präsidiums an allen politischen Zentralsitzungen teilnahm wie ein übergeordnetes Zentralemitglied, ging in der Frage der zentralisierenden Umorganisation der Partei ganz offenbar nach einem im Komintern-Präsidium ausgearbeiteten und von seinen Mitarbeitern in Deutschland sorgfältig vorbereiteten Plan vor. Meine Freunde und ich haben diesen Plan nie zu Gesicht bekommen, wahrscheinlich auch einige der Zentralemitglieder aus der KPD nicht. Solange die Organisation von oben bis unten auf der Gemeinsamkeit der politischen Entwicklung, der Gemeinsamkeit des Erlebnisses und der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die Gegenrevolution beruhte, wie sie in der linken USPD gewachsen war und Mitglieder und Zentrale verband, bestand wenig Aussicht, die Partei der Führung der aus der KPD gekommenen Zentralemitglieder unterzuordnen. Der Plan der Komintern richtete sich gegen diese Gemeinsamkeit zwischen Mitgliedern und Ortssekretären und Bezirkssekretären. Der Grundgedanke war: keiner der alten USPD-Sekretäre darf in seinem bisherigen Wirkungskreis bleiben. Karl Radeks Werkzeug für die Durchführung dieses Planes in der Zentrale war Wilhelm Pieck. Dieser beantragte deshalb im Organisationsbüro die Versetzung einer Reihe von Sekretären in andere Parteiorte und Parteibezirke. Daß bei diesen Umbesetzungen größere Wirkungskreise in die Hand von ehemaligen kommunistischen Sekretären kamen, war offenbar nur als Nebenwirkung beabsichtigt, die Hauptabsicht war ganz klar: der bisherige Apparat der USPD sollte so durcheinandergeschüttelt werden, daß er seine Identität verlor. Bei den ersten derartigen Anträgen meinten unsere Freunde im Organisationsbüro, es handle sich darum, Betrieb zu machen und damit die Wichtigkeit des Organisationsproblems zu unterstreichen, und sie machten mit. Als eine neue Serie solcher Anträge folgte, wurden sie stutzig – und nicht nur sie. Fritz Heckert, einer der aus der KPD gekommenen Beisitzer, sagte: „Was machen wir denn eigentlich? Wir benehmen uns wie Leute mit einem Kirschenbaum, auf dem die Spatzen sitzen. Wir klatschen in die Hände, alle fliegen hoch und setzen sich an einem anderen Platz im Baum nieder. Dann klatschen wir wieder in die Hände, und so geht es weiter.“ Auch Heinrich Brandler äußerte Bedenken, Wilhelm Pieck war verlegen, seine neue Serie von Anträgen wurde abgelehnt.

Danach begab sich etwas sehr Ominöses. Zur Besoldung des Zentralepersonals waren regelmäßige Zuschüsse erforderlich, die über den Finanzbeauftragten der Komintern in Berlin kamen. Nach der Ablehnung der neuen Anträge hörten wir, daß er Transferschwierigkeiten habe. Die Auszahlung dieser Beträge verzögerte sich, dann

kamen nur Teilbeträge zum Vorschein, so daß selbst mit der Zahlung der Miete für die Büroräume Schwierigkeiten entstanden.

Otto Braß, unser Organisator, sprach mit den alten USPD-Mitgliedern der Zentrale und Paul Levi über diese Koinzidenz. Braß meinte, dieses Durcheinanderwerfen des Organisationsapparates sei eine Illusion, wenn Radek meine, daß er damit das Heft in die Hand bekomme. Wir hätten in jedem Parteibezirk gewaltige Mitglieder Mehrheiten, natürlich würden unsere Genossen wissen, wenn ein USPD-Sekretär aus einem anderen Bezirk zu ihnen versetzt würde, wer er sei und daß er zu ihnen gehöre. Aber wenn Radek glaube, uns durch Sperrung der Subsidien zur Annahme von Beschlüssen wider unseren Willen zwingen zu können, so sei das eine Infamie, die wir nicht hinnehmen dürften. Wir müßten darüber Klarheit haben. Paul Levi meinte, das sehe dem Komintern-Präsidium ähnlich, und er riet, die nächsten Pieckschen Anträge anzunehmen, um zu sehen, was erfolge. Tatsächlich stellte Pieck neue Anträge – offenbar war Radek zu klug, um Pieck die abgelehnten Anträge wiederholen zu lassen. Die neuen Anträge wurden angenommen. Und nun folgte eine Reaktion, die alles verriet: binnen zwei Stunden nach dem Zentralebeschuß wurde dem Kassierer der Zentrale mitgeteilt, daß sowohl die ausstehenden Beträge als auch die laufenden zur Verfügung stünden. Wahrscheinlich hat Karl Radek getobt, als er hörte, auf wie primitive Art gezeigt wurde, daß die Schraube angesetzt worden war.

Diese Enthüllung, die uns maßlos empörte, erfolgte kurz vor meiner Abreise von Berlin. Als ich zurückkam, war die Spaltung der Zentrale erfolgt, bei der es um andere, politische Dinge ging, ich habe mich deshalb nicht dafür interessiert, wie diese Angelegenheit weitergegangen war. Aber ich weiß, daß nach meinem und meiner nächsten Freunde Ausschluß aus der Vereinigten Kommunistischen Partei Ernst Reuter-Friesland ähnlichen Schwierigkeiten begegnete, als er glaubte, einen vom Politischen Büro der russischen Kommunistischen Partei unabhängigen Kurs steuern zu können.

Daß der Kampf um die Führung vom ersten Augenblick der Spaltung in Halle an begonnen hatte, erfuhr ich an mir persönlich. Bei meinem Status in der Führungsgruppe der linken USPD war es ganz selbstverständlich, daß ich nicht einen der besoldeten Sekretärsposten in der Zentrale übernahm, sondern die Stellung eines unbesoldeten Beisitzers. Ich war Reichstagsabgeordneter, Anna übernahm die Leitung des neu gegründeten Kommunistischen Pressedienstes, ihre Redakteure waren zwei blutjunge Intellektuelle, beide unbedingt ergebene Anhänger und große Verehrer Paul Levis. Ich war somit persönlich in einer ziemlich unabhängigen Position, ich hatte keine ausgesprochene Parteifunktion. Nicht meine Freunde, wohl aber Karl Radek und die Seinen hielten es für klüger, mich nicht in dieser Position zu lassen, sondern durch eine ausgesprochene Parteifunktion zu binden. Sie schlugen bei den Beratungen nach der Bildung der Zentrale vor, ich solle in die Redaktion der „Roten Fahne“ eintreten. Es war vereinbart worden, daß die „Rote Fahne“ der Vereinigten Kommunistischen Partei als Zentralorgan dienen sollte. Bei der Verschmelzung war Dr. August Thalheimer Chefredakteur der „Roten Fahne“, die eigentliche Redaktionsarbeit wurde von einem kommunistischen Parteijournalisten namens Heinrich Süßkind⁷⁴ besorgt, der ungefähr die Position eines Chefs vom Dienst

⁷⁴ Heinrich Süßkind (1895–1937 ?), in Polen geboren, seit 1917 in Deutschland, Studium in

hatte und dafür sorgte, daß die Zeitung wirklich erschien. Nun schlug Radek vor, daß ich unter Thalheimers Chefredaktion die politische Redaktion der „Roten Fahne“ übernehmen solle. Beim ersten Wort davon protestierte ich. Es ging mir nicht darum, daß meine und Thalheimers Fähigkeiten als Journalisten verschieden waren wie Tag und Nacht. Unter diesem Gesichtspunkt hätte ich mir vornehmen können, ihn einfach zu überfahren – ich habe vorher und nachher Beispiele dieser Art geliefert. Aber das war, wie ich sofort erkannte, eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit für die Bestimmung des Gesichtes der Partei. Ich erklärte, daß die Chefredaktion des Zentralorgans unbedingt einem der Journalisten der linken USPD anvertraut werden müsse, um nicht nach außen den Eindruck entstehen zu lassen, daß sich einfach die linke USPD der alten KPD angeschlossen habe. Ich erklärte ein für allemal, daß ich nur als Chefredakteur in die „Rote Fahne“ eintreten würde und unter keiner anderen Bedingung. Wenn nicht ich, so stünden andere USPD-Journalisten zur Verfügung, mit denen Thalheimer nicht auf gleicher Ebene verglichen werden könnte, und ich nannte Wilhelm Herzog, trotz seiner Absicht, eine Oppositionsgruppe gegen Levi, Däumig und mich zu bilden. Ich sah in Radeks Vorschlag einen der ersten Versuche, eine der wichtigsten führenden und repräsentativsten Funktionen in die Hand der alten Kommunisten zu bringen. Und da ich wußte, daß August Thalheimer lediglich als Radeks Sprachrohr zu bewerten war, erkannte ich klar: Radek selbst wollte die „Rote Fahne“ fest in der Hand haben. Es wurde sofort klar, daß es nicht eine Personenfrage war; denn als ich Wilhelm Herzog vorschlug, erklärte Radek offen heraus, daß das Präsidium der Komintern in der Leitung des Zentralorgans durch einen alten und bewährten Kommunisten einen wesentlichen Punkt im Geiste der 21 Bedingungen erblicke und daß deshalb dieser Punkt nicht verhandlungsfähig sei. Ich wiederholte mein kategorisches Nein und sagte Karl Radek offen heraus, sein Vorschlag sei eine unkeusche Zumutung an mich. Danach hatte ich ein Gespräch mit Walter Stoecker darüber. Er gebrauchte dabei ein Argument, das mir zeigte, wie rasch wir im Begriff waren, Boden zu verlieren. Er meinte: „Wenn wir als Zentralemehrheit beschließen, Dir die Chefredaktion zu übertragen, können wir die Durchführung des Beschlusses gegen den erklärten Willen des Komintern-Präsidiums nicht erzwingen. Erstens sind die Kommunisten im Besitz der Zeitung. Zweitens erfordert die Zeitung so hohe Zuschüsse, daß nur das Komintern-Präsidium sie geben kann. Also sind uns die Hände gebunden.“ Ich desinteressierte mich. Nach einigen Tagen sprach mich Walter Stoecker beim Mittagessen im Reichstagsrestaurant im Beisein Paul Levis abermals auf diese Frage an und sagte lächelnd: „Wenn die Zentrale diese Regelung beschließt und Du weigerst Dich, ist das ein glatter Disziplinbruch im Sinne der 21 Bedingungen.“ Und ich antwortete ihm ebenso lächelnd: „Was willst Du machen, wenn ich Dir erkläre, daß ich nicht daran denke, bei dieser Kapitulation mitzumachen?“ Er hob scherzhaft den Zeigefinger und sagte wieder lächelnd: „Dann werden wir Dich ausschließen.“ Und ich antwortete: „O bitte sehr.“ Paul Levi hörte wortlos zu, er sagte mir dann, Stoecker gerate viel zu stark unter Radeks Einfluß. Das wäre mir nicht im Traum eingefallen, und ich sagte ihm das. Die Entwicklung hat ihm recht gegeben.

Tübingen (ev. Theologie und Geschichte), 1919 KPD-Mitglied, unter dem Namen „Heinrich“ Redakteur der „Roten Fahne“ ab Ende 1919, Dezember 1921–November 1922, 1923 und 1927 Chefredakteur, 1933 Emigration (CSR und UdSSR), nach 1936 Opfer der Stalinschen Säuberung.

Karl Radek war eine viel faszinierendere Persönlichkeit, als ich bisher angenommen hatte.

Er hatte nicht die Brillanz von Sinowjew, er achtete vielmehr sorglich darauf, sich so einfach wie möglich zu benehmen. Manchmal liebte er es, sich das Aussehen und das Air eines verkommenen Bohemiens zu geben. Mit Vorliebe kaute er auf einer gebogenen Tabakspfeife herum, aus der niemals Rauch kam. Er war ungefähr von meiner Größe und meiner Statur. Hinter diesem zweifelhaften Aussehen – so wie der kleine Moritz sich einen Berufsrevolutionär vorstellt – verbarg er seinen sarkastischen Witz, seinen messerscharfen, aber unruhigen Geist, seine Neigung zu Paradoxen. Im Anschluß an diese Affäre lernte ich ihn näher kennen.

Er ließ die Frage fallen. Die Zentrale ließ sie ebenfalls ruhen. Sie ließ ohne ausdrücklichen Beschluß die „Rote Fahne“ in der Hand der alten Kommunisten, obwohl ich darauf aufmerksam machte, wie dies außerhalb der Partei in der deutschen Öffentlichkeit ausgelegt werden würde. Aber ich verstand, daß Paul Levi nicht über diese Frage die unvermeidliche entscheidende Auseinandersetzung herbeiführen wollte. Karl Radek kam mit einem neuen Plan für meine persönliche Verwendung hervor. Dieser Plan bestand in der Gründung einer zentralen Parteizeitschrift, die in erster Linie bestimmt sein sollte, informierend, richtungsweisend und theoretisch bildend auf die Funktionäre der Partei einzuwirken. Er und ich sollten gemeinsam die Chefredaktion übernehmen. Er trug mir diesen Plan persönlich vor. Dabei sagte er über seine Bedeutung: „Sie und ich, wir werden damit gemeinsam die intellektuelle Führung der Partei in der Hand haben.“ In diesem Gespräch ging er persönlich sehr stark aus sich heraus, und ich hatte den bestimmten Eindruck, daß nicht der Zyniker und Pragmatiker, der geschickte Faiseur des Komintern-Präsidiums mir auf mich persönlich berechnete Argumente vortrug, sondern daß er in diesem Punkte aufrichtig war. Was er sagte, lief darauf hinaus, daß er in Zukunft lieber in Deutschland arbeiten wollte als in der Sowjetunion, Deutschland sei seine alte Liebe, so meinte er unter Hinweis auf seine Vorkriegstätigkeit in Deutschland. Das Projekt würde mir die führende intellektuelle Position in der Partei geben, ihm aber eine offizielle Funktion in der deutschen Zentrale. Was bei ihm dahinterstand, habe ich damals nur geahnt, einige Monate später wurde es mir vollständig klar. Sein Ziel war es, die deutsche Partei offiziell selber zu führen. Sein Status als Mitglied des Präsidiums der Komintern war nicht zu übertreffen, aber die Führung der deutschen Partei wäre für ihn ein Sprungbrett zu, wenn auch begrenzter, Selbständigkeit gewesen – er hätte im Präsidium auf seinen Status als Führer der deutschen Partei pochen können. Vielleicht hat ihm sogar vorgeschwebt, als Führer der deutschen Partei eines Tages der Führer oder mindestens der Außenminister einer deutschen Sowjetregierung zu werden. Und je energischer er den Kampf um die Führung gegen die Zentralemehrheit betrieb, desto näher würde er diesem Ziel kommen. Die Dinge verliefen schließlich anders, und er mußte sich zunächst damit begnügen, die oberste führende Funktion der Partei durch seine Einwirkung auf seine ihm ergebenden Freunde und Werkzeuge auszuüben, bis er später auch diesen führenden Einfluß verlor. Nachträglich habe ich in seinen Briefen⁷⁵ an seine Freunde und Werkzeuge unter den alten Kommunisten aus dieser Zeit und in den ersten Monaten des Jahres 1921 gesehen, mit welchem Eifer er die Dinge dirigierte und seinen Geist und seine

⁷⁵ Vgl. 5. Kapitel, S. 256 u. 285.

Ansichten durchzusetzen suchte, wobei er stets befürchtete, durch seine Moskauer Funktionen aus dem Zusammenhang mit den deutschen Dingen herausgedrängt zu werden.

Meine Freunde drängten mich, wenigstens versuchsweise auf dieses Projekt der Zeitschrift einzugehen, und ich gab Radek meine Zusage. Ich will sofort bemerken, daß damit eine Zeit des schwersten intellektuellen Unbehagens und des schwersten intellektuellen Druckes für mich begann. Er und ich berieten in persönlichen Zusammenkünften in jeweils anderen illegalen Wohnungen, manchmal im alten Berliner Westen, meistens aber in Arbeiterwohnungen in Neukölln. Seinen ersten Vorschlag, die Zeitschrift nach dem Vorbild von Lenins alter Zeitschrift Iskra „Der Funke“ zu nennen, lehnte ich ab, und er meinte danach, er wisse auch nicht, ob diese Benennung Lenin recht gewesen wäre. Wir brauchten drei Sitzungen, bis wir uns auf den Titel „Der Leuchtturm“ einigten. Dann begannen wir, über die Redaktion der ersten Nummer zu beraten, über die Artikel, die er und ich schreiben, sowie über die Frage, für welche Themen wir Mitarbeiter heranziehen sollten. Inhaltlich ging es natürlich dabei um den Kurs der Zeitschrift, und bei diesen Beratungen wichen wir sehr häufig in rein theoretische Auseinandersetzungen über theoretische Fragen ab. Er wollte, die Zeitschrift sollte von vornherein die Fehler und Abweichungen Rosa Luxemburgs von Lenins Ansichten und Theorien bekämpfen. Das war für mich ein Warnungssignal: es war nur zu deutlich, daß die Zeitschrift ein Kampforgan gegen Paul Levi werden sollte. Diesen Artikel mutete er mir zu. Ich lehnte ab, und schließlich übernahm er es, ihn zu schreiben. Nebenbei bemerkt: er hat ihn niemals geschrieben. Dann schlug er mir vor, einen gelehrt klingenden marxistischen Artikel über eine neue Theorie der Klassenbildung und Klassentrennung im Proletariat selbst zu schreiben, unter Weiterbildung marxistischer Vorstellungen im Geiste von Lenins Lieblingstheorie. Was er mir davon vortrug, lief darauf hinaus, daß gelernte Arbeiter mit höheren Lohneinkommen Sozialdemokraten seien und nur die sozialdemokratische Vorstufe des richtigen proletarischen Klassenbewußtseins erreichen könnten, während ungelernte Arbeiter und die am schlechtesten entlohnten Arbeiterkategorien durch ihre Klassenlage innerhalb der Klasse automatisch das richtige Bewußtsein entwickelten. Da ich aus allen meinen Erfahrungen wußte, wie falsch und oberflächlich diese Annahme war, widersprach ich energisch. Diese spezielle Diskussion fand in der Wohnung eines Neuköllner Metalldrehers statt, der von Anfang an ein Mitglied der KPD gewesen war. Zuvor hatte mir Radek in einer anderen Arbeiterwohnung gesagt, nachdem er nachdenklich die gute Stube mit Vertiko und den darauf stehenden Nippfiguren und das Plüschsofa betrachtet hatte, sowie die wohlausgestattete Küche, kurzum ein echtes Berliner kleinbürgerliches Milieu: „Solange Eure Arbeiter noch Vertikos haben, ist an eine Revolution in Deutschland nicht zu denken.“ Die Wohnung, in der wir die theoretische Diskussion über Klassenteilung in der Klasse führten, war ebenso ausgestattet, und ich sagte schließlich ironisch: „Sie wollen, ich soll schreiben, Arbeiter mit Vertikos sind Sozialdemokraten, Arbeiter ohne Vertikos Kommunisten? Unser Freund hier hat ein sehr hübsches Vertiko, aber er ist ein alter und überzeugter Kommunist, was machen Sie daraus?“ Mit einem Wortschwall ging er darüber hinweg. [. . .] Nach mehreren Sitzungen lehnte ich es ebenfalls entschieden ab, diesen Artikel zu schreiben, weil ich ihn sowohl theoretisch als auch auf Grund meiner praktischen Erfahrungen für falsch hielt. Danach machte er mir einen dritten Vorschlag. Er hatte eine Schrift von Georg von Vollmar, dem verstorbenen Führer der bayerischen Sozialdemokratie

aus dem Jahre 1890 ausgegraben,⁷⁶ in der dieser zu beweisen suchte, daß die volle Verwirklichung sozialistischer Zielsetzungen in einem geschlossenen Nationalstaat durchaus möglich sei. Er riet mir, von dieser Schrift ausgehend, darzulegen, daß die Sowjetunion sehr wohl ein sozialistisches, ja kommunistisches System verwirklichen könne, auch wenn sie von einer kapitalistischen Welt umgeben sei. Das widersprach allen unseren Anschauungen über den weltrevolutionären Prozeß, so daß ich wieder in eine ausweglose Diskussion mit ihm geriet. Ich habe später begriffen, daß er in Deutschland Ideen propagieren wollte, die damals, noch vor Stalin, Trotzki über das Thema „Sozialismus in einem Lande“ hatte.

Mein intellektuelles Unbehagen bei diesen Diskussionen wuchs von Sitzung zu Sitzung. Anfänglich war ich, da er sich wieder und wieder auf Lenins Theorien berief und ich Lenin damals noch mit großem Respekt ansah, geneigt mich zu fragen: „Ist meine intellektuelle Entwicklung und Einsicht gegenüber der Einsicht der großen russischen Führer so zurückgeblieben, daß ich unter ihrer Führung von neuem anfangen muß, die allein richtige Wahrheit zu lernen?“ Aber diese Phase dauerte nicht lange. Als ich mir klar wurde, wie Radeks Geist von einem zum anderen sprang, sich in Paradoxen erging und kühne Behauptungen aufstellte, bekam ich das Gefühl, es würden mir intellektuelle Verrenkungen zugemutet. Die nächste Phase war, daß ich mir sagte, ich hätte es mit einer mir gänzlich fremden Mentalität zu tun, daß es für mich keinen Weg gebe, diese Mentalität wirklich zu verstehen, so daß ich anfang, das Bündnis mit den Bolschewiki unter diesem Gesichtspunkt anzusehen. Während dieser intellektuellen Krämpfe, welche das Erscheinen der ersten Nummer der Zeitschrift von Woche zu Woche weiter hinausschoben, ging der Kampf in den Zentralsitzungen um die politische Problematik vor sich, an dem ich beteiligt war. Eines Tages, in einer neuen Sitzung der beiden Chefredakteure des „Leuchtturm“ wußte ich plötzlich: „Die Sache ist ganz einfach. Ich soll indoktriniert werden mit den Anschauungen der russischen Kommunistischen Partei und damit von meinen Freunden getrennt.“ Von da ab wurden meine Widersprüche zu so offener Sabotage des Erscheinens der Zeitschrift, daß Radek diesen Versuch mit mir aufgab. Es ist niemals eine Nummer dieser Zeitschrift erschienen. Was er erreicht hatte, wider seine Absicht, war noch größere Klarheit bei mir über die Notwendigkeit des intellektuellen Widerstandes und der Behauptung unserer Selbständigkeit. Und außerdem machte ich mir nun ein genaueres Bild von ihm: ein Pragmatiker, der die deutsche Partei mit Lenins Dogmatik indoktrinieren will, obwohl er selber aus Erfahrung nicht völlig mit ihr einverstanden ist.

Er gab es auf und verfiel nun auf die Idee, mich als Vertreter der Zentrale in die Exekutive der Komintern (das „EKKI“) nach Moskau zu entsenden, offenbar damit ich in Deutschland aus dem Wege wäre und in Moskau in die Mache genommen werden konnte. Paul Levi und Ernst Däumig wiederum waren mit dieser Mission einverstanden, weil sie genau wußten, welche Anschauungen ich in Moskau vertreten und daß ich mich bemühen würde, den Führern der russischen Kommunistischen Partei ein Bild von den wirklichen Verhältnissen in Deutschland zu geben.

Als am 8. Januar [1921] der offene Brief Levis an die Vorstände aller deutschen Arbeiterorganisationen, den Sozialdemokratischen Parteivorstand und den Vor-

⁷⁶ Gemeint ist sicherlich: Georg von Vollmar, *Über Staatssozialismus*, Nürnberg 1892. – Georg von Vollmar (1850–1922), 1869 Sozialdemokrat, 1877–1878 Redakteur des „Dresdner Volksboten“, 1879–1880 des „Socialdemokrat“ (Zürich), 1881–1887 und 1890–1918 MdR.

stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Vorstand der rechten USPD und alle kleineren Gruppen veröffentlicht wurde,⁷⁷ stand ich dieser Aktion mit der größten Skepsis gegenüber. Ich hatte mich in den vorbereitenden Zentralsitzungen, die im Beisein Radeks geführt wurden, gegen die Aktion gewandt. Dies war eine von Intellektuellen ausgeklügelte Aktion. Die gesamte deutsche Arbeiterbewegung außerhalb der Vereinigten Kommunistischen Partei war sich einig in der Verurteilung der Spaltung von Halle. Sie gab der Komintern die Schuld, die Worte „Spaltung“ und „Kommunistische Internationale“ wurden zu Synonymen, und nicht mit Unrecht, obgleich damals von Lenins Maximen nur wenig bekannt war. Ich erklärte in der Zentrale, und ich erklärte es Paul Levi persönlich: man kann nicht eine große Partei spalten, die im Begriffe war, zur stärksten Partei Deutschlands zu werden, und unmittelbar danach nach Einigkeit und Sammlung und gemeinsamem politischem Vorgehen rufen. Jeder einfach denkende Arbeiter, selbst unsere Anhänger in der Vereinigten Kommunistischen Partei, würden die einfache Frage stellen: Warum habt Ihr in Halle gespalten, wäre es nicht einfacher gewesen, Ihr hättet vor der Spaltung zur Sammlung aufgerufen? Aber Paul Levi glaubte sonderbarerweise, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Gefahr von rechts ebenso einschätzten wie wir, und daß sie lieber auf der Grundlage eines gemäßigten Aktionsprogramms mit der neuen Partei zusammenarbeiten würden als einen wilden Konkurrenzkampf aufzunehmen. Was ihm wirklich vorschwebte, war so etwas wie eine deutsche Labour Party, in der die verschiedensten Richtungen nebeneinander und miteinander leben könnten. Die Mentalität eines einfachen, einfach denkenden Arbeiters war ihm viel zu fremd, als daß er erkennen konnte, welche Groteske in diesem Augenblick sein Angebot darstellte. Er hatte seine Rede auf dem Vereinigungsparteitag geschlossen: „Tretet ein, auch hier sind die Götter“,⁷⁸ und nun wollte er demonstrieren, daß sein eigentliches Ziel nicht Spaltung, sondern Zusammenarbeit mit anderen Göttern war. Ich begriff, daß er die Spaltung von Halle, die er nicht gewünscht hatte, auf diesem Wege korrigieren wollte. Aber es war eine unmögliche Idee. Die Sozialdemokratische Partei, die schon vor Halle aufgehört hatte, Mitglieder an die Linke zu verlieren, richtete ihre gesamte Propaganda darauf aus, daß sie den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht darstellte, und daß jeder, der Sammlung wolle, zu ihr kommen könne. Es stellte sich schnell heraus, daß diese Aktion ein Schlag ins Wasser war. Das Angebot wurde von allen Seiten abgelehnt, und ich glaube heute wie damals, daß es nicht einen Arbeiter in Deutschland gegeben hat, der es verstand.

Für das Komintern-Präsidium, das die Aktion billigte, war es nur ein erster Schritt zur Verwirklichung von Lenins Vorstellung, daß die deutschen Arbeiter nur auf seine Führung warteten, um dann, ihren eigenen revolutionären Gesinnungen folgend, zur Revolution überzugehen. Der Politik der Einheitsfront folgte dann auch prompt die „Einheitsfront von unten“, das heißt die Aufforderung an die Mitglie-

⁷⁷ Der offene Brief der Zentrale der VKPD an die Arbeiterparteien und Gewerkschaften mit dem Vorschlag zu gemeinsamen Aktionen zur Durchsetzung der dringendsten wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiter wurde in der „Roten Fahne“ Nr. 11 v. 8. 1. 1921 veröffentlicht, abgedruckt auch in: Dokumente und Materialien VII, 1, S. 410 f.

⁷⁸ Wortlaut nach dem Protokoll des Vereinigungsparteitags (a. a. O., S. 71): „In unserer Stellung und für ihre [der KAPD] Stellung gilt gegenüber allen revolutionären Arbeitern, die heute noch außerhalb der kommunistischen Partei stehen: *introite, nam hic dei sunt, – tretet ein, denn hier, bei uns, sind die Götter.*“

der der anderen Parteien, ihre Führer im Stich zu lassen und sich der VKPD anzuschließen. Wie weit Radek sich der Illusion hingegeben hat, daß diese Aktion Erfolg haben könnte, vermag ich nicht zu sagen. Seinen Freunden in der Zentrale scheint er sie in sehr demagogischer Weise erklärt zu haben. Heinrich Brandler, ein ergebnisreiches Werkzeug von ihm, erklärte zynisch: „Entweder nehmen sie an, und dann überfahren wir sie und nehmen ihnen die Mitglieder ab, und sie sind beschissen. Oder sie lehnen ab, dann denunzieren wir sie als Feinde der Arbeitereinheit, und dann sind sie auch beschissen.“ Jedenfalls nahm Radek schon im April 1921 in den Direktiven, die er von Moskau aus an seine Werkzeuge in der Zentrale sandte, die von ihm bis dahin bekämpfte Grundanschauung der inzwischen zurückgetretenen⁷⁹ Zentrale Paul Levi – Ernst Däumig an, daß die deutsche Revolution geschlossen sei, und er empfahl deshalb die Weiterführung der Taktik des offenen Briefes in abgeänderter Form als „Einheitsfront von unten“ unter Vorschubung von harmlosen Gruppen von Gewerkschaftlern oder Rechtsunabhängigen, da die Niederlage in der sogenannten Märzaktion „das Minieren des Gegners erschwere“.

Paul Levis Kampf um die Autonomie der westeuropäischen Komintern-Parteien

Neben dieser innenpolitischen Aktion Paul Levis stand seine Entschlossenheit, im internationalen Maßstabe im Rahmen der Kommunistischen Internationale den Kampf gegen die Beherrschung der angeschlossenen Parteien durch Moskau aufzunehmen, und das bedeutete den Kampf gegen die 21 Bedingungen. Sein Widerstand dagegen auf dem zweiten Weltkongreß hatte die Spaltung von Halle nicht verhindern können, welche die Aussicht zerschlagen hatte, eine der Parteien der Kommunistischen Internationale zur stärksten ihres Landes zu machen. Ich habe schon erwähnt, daß eine solche Entwicklung nicht in der Absicht Lenins lag, der darin nur eine Verwässerung seiner Internationale, und das heißt eine Gefährdung seiner absoluten Herrschaft erblickte. Nun hatte sich die große italienische Sozialistische Partei, geführt von Serrati,⁸⁰ vor dem zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale angeschlossen, ohne vorherige Spaltung und ohne Bedingungen. Das Komintern-Präsidium drängte nun Serrati, auf Grund der 21 Bedingungen den rechten Flügel seiner Partei auszuschließen. Serrati war der Meinung, daß in der gefährlich gewordenen Verteidigungssituation seiner Partei eine solche Spaltung nicht Stärkung, sondern Verlust von Potential bedeute, und er weigerte sich entschieden. Gerade deshalb, im Hinblick auf die italienische Situation, hatte Lenin auf dem zweiten Weltkongreß gemeinsam mit dem Führer der eigentlichen Kommunisten in Serratis Partei, Bordiga,⁸¹ jene rigorose Verschärfung der 21 Bedingungen vorgenommen, die uns vor Halle so fatal war.

⁷⁹ S. 5. Kapitel S. 264.

⁸⁰ Giacinto Menotti Serrati (1872–1926), 1915 Chefredakteur des sozialist. Parteiorgans „Avanti“, Teilnehmer an den Konferenzen der Zimmerwalder Bewegung, Führer der (maximalistischen) Mehrheit der italien. sozialist. Partei, 1920 Leiter der italien. Delegation beim II. Kongreß der Komintern, Mitglied des EKKI, 1924 Anschluß seiner Gruppe an die italien. KP, ZK-Mitglied bis 1926.

⁸¹ Amadeo Bordiga (1889–1970), 1910 Mitglied der sozialist. Partei Italiens, Teilnehmer am II. Kongreß der Komintern, 1921–1923 Führer der italien. KP, 1923 und 1926–1930 verhaftet und deportiert, 1930 als Trotzkist aus der KP ausgeschlossen.

Die italienische Sozialistische Partei hielt ihren Parteitag nach dem zweiten Weltkongreß der Komintern vom 15. bis 21. Januar [1921] in Livorno ab. Levi besuchte ihn im Auftrag der deutschen Zentrale mit der ausgesprochenen und von der Zentralemehrheit gebilligten Absicht, Serrati in dem Entschluß zu bestärken, seine Partei nicht auf Grund der 21 Bedingungen zu spalten, sondern überhaupt nicht zu spalten. Diese Absicht entsprach der bisherigen Haltung der deutschen Zentralemehrheit, welche nach der Spaltung in Halle in manchen Punkten eine Ausführung der 21 Bedingungen einfach vertagte. Die Idee war, eine gemeinschaftliche Haltung der deutschen und der italienischen Partei herbeizuführen, um dem Drängen des Komintern-Präsidiums auf Durchführung der 21 Bedingungen – also auf Sicherung der Befehlsgewalt der Komintern – den geschlossenen Widerstand der beiden größten Parteien neben der russischen entgegenzusetzen. Und weiterhin war es die Absicht Levis wie meine eigene, daß diese beiden Parteien dann energisch auf Einrichtung eines autonomen westeuropäischen Sekretariats der Komintern in Berlin drängen sollten. Auf dem Parteitag von Livorno unterstützte Paul Levi also nicht nur Serrati, sondern stieß auch feindselig mit den beiden Vertretern der Komintern, einem Bulgaren⁸² und dem Ungarn Rákosi⁸³ zusammen, die in sehr arroganter Form auf die absolute Befehlsgewalt der Komintern pochten. Der Parteitag endete in Spaltung. Die Gruppe Bordiga verließ die Partei und wurde vom Komintern-Präsidium für die allein angeschlossene Partei erklärt, während Serrati mit dem unendlich viel größeren Teil der Partei aus der Internationale ausgeschlossen wurde.

Paul Levi nahm den Kampf dagegen auf, unterstützt von Clara Zetkin, Ernst Däumig und mir. In einem Artikel in der „Roten Fahne“ drückte er seine Kritik sehr vorsichtig aus. Karl Radek dagegen griff Levis Haltung ebenfalls in einem Artikel in der „Roten Fahne“ auf das massivste an.⁸⁴ Die eigentliche Auseinandersetzung vollzog sich jedoch in einer Serie von Zentralsitzungen, in denen Levi Radek und dem Komintern-Präsidium vorhielt, daß sie zunächst die Spaltung der USPD an der falschen Stelle herbeigeführt hätten und nun in geradezu verbrecherischer Weise eine große Partei, die in den vorhergehenden Monaten ihren revolutionären Kampfwillen gezeigt hatte, gespalten hätten, und zwar so, daß der Spalt noch weiter links eintrat als in der USPD.

Gleichzeitig griff er das System der Turkestaner in den schärfsten Ausdrücken an. Es war ein fundamentaler Angriff, eine Kampfansage nicht nur an die Politik des Komintern-Präsidiums, sondern auch an die persönlichen Anschauungen Lenins. Im Grunde genommen lehnten Paul Levi und ebenso ich mit meinen nächsten Freunden die Auffassung ab, daß Parteien, die sich der Komintern anschließen wollten, zunächst in eine für das Komintern-Präsidium bequeme Form gebracht und durch

⁸² Christo Kabaktschieff (1878–1940), 1897 Mitglied der bulgarischen Sozialdemokratie, 1905 im ZK der Partei der orthodoxen Sozialisten, 1919 ZK-Mitglied der bulgar. KP, 1920 Delegierter beim II. Kongreß der Komintern, Gast beim USPD-Parteitag im Oktober 1920, 1923–1926 in Bulgarien inhaftiert, dann wieder Komintern-Funktionär in Moskau.

⁸³ Mátyás Rákosi (1892–1971), 1910 Mitglied der ungar. Sozialdemokratie, 1912–1913 Bankangestellter in Hamburg und London, 1919 Volkskommissar in der ungar. Räterepublik, 1920 Delegierter beim II. Kongreß der Komintern, Mitglied des EKKI bis 1924, 1926–1940 in Ungarn inhaftiert, 1945–1956 Generalsekretär der ungar. KP, 1945–1952 stellv. Ministerpräsident, 1952–1953 Ministerpräsident, 1956 im Zuge der Entstalinisierung Rücktritt und Emigration in die UdSSR, 1962 Ausschuß aus der ungar. KP.

⁸⁴ Vgl. „Die Rote Fahne“, Nr. 99 v. 1. 3. 1921 bis Nr. 135 v. 22. 3. 1921.

eventuelle Spaltungen so zurechtgeschneidert werden müßten, daß ihre Größe nicht der Beherrschung durch die russische Kommunistische Partei im Wege stehe. Es ging nicht mehr darum, daß die 21 Bedingungen in Halle zu einer Spaltung an der falschen Stelle geführt und damit die linke USPD erheblich geschwächt hatten. In der Parteinahme für Serrati lag die Forderung, daß die Komintern in der Periode der Verteidigung, in die die Linke in ganz Europa eingetreten war, davon absehen sollte, formend in die autonom gewachsene Form der europäischen Parteien einzugreifen, die sich ihr anschließen wollten, und daß der Mehrheitswille von Führung und Mitgliedschaft solcher Parteien Garantie genug sein müßte, ohne daß ihnen das Diktat der 21 Bedingungen auferlegt würde. Das war die logische Weiterbildung von Paul Levis Haltung auf dem zweiten Weltkongreß. Ich ging mit ihm auf diesem Wege. Ich war mir vollständig im klaren darüber, daß unsere Stellungnahme gänzlich unvereinbar war mit dem Führungs- und Beherrschungswillen der russischen Kommunistischen Partei und daß unser Festhalten an dieser Position sehr wohl dazu führen konnte, daß die alten Kommunisten sich wieder von uns trennten und daß die Komintern uns und den unserer Führung folgenden Teil der Partei ausschloß, so wie sie Serrati und den größten Teil der italienischen Sozialistischen Partei ausgeschlossen hatte. Darüber war ich mir völlig klar. Nicht klar war ich mir darüber, daß unsere Haltung ideologisch gänzlich unvereinbar war mit den Anschauungen Lenins, die ihn zunächst zur Spaltung der russischen Sozialdemokratischen Partei, dann zur persönlichen Diktatur erst in seiner Partei und dann in der Sowjetunion geführt hatten, und die er nun auf die Kommunistische Internationale anwandte, wobei das Komintern-Präsidium lediglich sein Werkzeug war. Unsere Auffassung vom Wesen einer politischen Partei und Lenins Auffassungen darüber waren gänzlich unvereinbar. Aber an diesem Zeitpunkt war mir die volle Erkenntnis dieser Tatsache noch verschlossen. Ebenso verschlossen war mir trotz engster Zusammenarbeit und Bundesgenossenschaft an diesem Zeitpunkt, ob Paul Levi ernstlich glaubte, wir würden uns durchsetzen und die russische Kommunistische Partei zu einer Revision der Komintern-Statuten und der Preisgabe der 21 Bedingungen zwingen können, und was seine Ansichten für den Fall waren, daß uns dies nicht gelang. Was ich mir für den Fall vorstellte, daß wir uns nicht durchsetzten, darüber hatten mein Freund Düwell und ich uns bereits während des Vereinigungsparteitages unterhalten. Wir glaubten, daß dies auch die Ansichten Paul Levis seien, aber wir wußten es nicht mit Bestimmtheit. Ähnliche Überlegungen muß auch Karl Radek gemacht haben, und auch er war sich darüber nicht im klaren, was eventuell Paul Levis Haltung sein würde. Wie ich später aus seinen Briefen an seine Werkzeuge in der Zentrale erfahren habe, war er persönlich der Ansicht, Paul Levi würde im Falle unserer Niederlage in diesem Ringen nicht weiterkämpfen, sondern sich ins Privatleben zurückziehen.

Die Zentralsitzungen, in denen sich die Auseinandersetzungen vollzogen, waren nach Levis Angriff zunächst in der Hauptsache lange Monologe Radeks mit offenen und versteckten Angriffen auf die Zentralemehrheit und Paul Levi. Einige dieser Sitzungen endeten damit, daß Paul Levi einfach aufstand und die Sitzung mit Tränen des Zornes in den Augen verließ. Ich sah ihm dabei seine innere Empörung an, und ich fragte mich, ob er sich selber die Frage stellte: „Was tue ich eigentlich hier? Warum tue ich mir dies an?“ Ich hatte dabei das Gefühl, daß er im Begriff sei, den Kampf aufzugeben, und daß er selbst innerlich fühlte: ich gehöre nicht mehr hierher. In diesen Tagen zog er sich zunächst völlig in sich zurück. Die große Distanz,

die er gegenüber den Arbeitern zu halten pflegte, dehnte sich auf seine nächsten Freunde aus. Weder Marcu noch ich noch Anna hätten sagen können, was seine Absicht war.

Es wäre nicht möglich gewesen, diese Distanz zu zerbrechen, selbst wenn man es gewollt hätte, und seine nächsten Freunde respektierten sie. Beim Nachdenken darüber kommt mir die Erinnerung an eine düstere Szene zur Zeit dieser Zentralsitzungen zurück. Die Zentralemitglieder, mit Ausnahme von Däumig, Adolph Hoffmann und Zetkin, waren in nächtlicher Stunde in der Wohnung Wilhelm Koenens im Hansaviertel beieinander. Wir warteten gemeinsam auf einen Kurier des Präsidiums. Ich saß mit Anna in einer Zimmerecke und nahm an der Unterhaltung nicht teil. Paul Levi lag lang ausgestreckt auf dem Diwan, er schlief nicht, sondern blickte starr nach oben. Karl Radek saß mürrisch am Tisch und trank Schnaps und, vor sich hinhinmurmeln, beschwerte er sich, daß kein anständiger Schnaps im Hause sei. Endlich fragte ihn sein Mädchen für alles, Felix Wolf, welchen Schnaps er denn gerne haben möchte. Karl Radek dachte nach und sagte dann: „Danziger Goldwasser.“ Felix Wolf ging weg und kam nach geraumer Zeit – es war mitten in der Nacht – mit einer großen viereckigen Flasche Danziger Goldwasser zurück. Radek gab geradezu eine Vorstellung. Er liebte die Flasche. Er hielt sie gegen das Licht und schüttelte sie, daß die Goldblättchen darin tanzten. Dann gab er sie Felix Wolf zum Öffnen, nahm sie ihm aus der Hand und begann, aus der Flasche zu trinken. Danach taute er auf und wurde jovial. Dabei drehte er sich von Zeit zu Zeit um, sah Paul Levi an und schüttelte in komischer Weise seinen großen Kopf. Bei einer solchen Gelegenheit sagte er: „Da liegt nun Euer Großer Paul. Ich wette, der Große Paul ist noch nie mit Schnaps getauft worden.“ Eines der kommunistischen Zentralemitglieder nahm dies für eine Aufforderung, ergriff sein Schnapsglas, stellte sich hinter Paul Levi und ließ einen Tropfen Schnaps auf Levis Glatze fallen. Anna sprang auf und riß dem Täter das Schnapsglas weg. Paul Levi fuhr in die Höhe, und seine Empörung war so ungeheuer und fühlbar, daß nicht der Täter, sondern Radek anfang, Beruhigungen und Entschuldigungen zu stammeln. Umsonst, über den Täter erging in ganz wenigen verächtlichen Worten ein solches Gewitter, daß er sich geradezu verkroch. Ich begriff: Paul Levi bereute es, in dieser Gesellschaft zu sein. Er legte sich dann wieder schweigend auf den Diwan. Der Kurier kam eine Stunde später. Bis zu seiner Ankunft wurde in diesem Zimmer nicht mehr ein einziges Wort gesprochen.

Lenins Forderung nach der Fortsetzung der Revolution in Deutschland

Ganz automatisch flossen die Auseinandersetzungen um die italienische Frage zusammen mit Auseinandersetzungen über die weltrevolutionäre Perspektive und die Lage in Deutschland. Wie ich bereits erzählt habe, war die Führung der linken USPD nach Halle bei allen ihren Plänen von der Erkenntnis ausgegangen, daß die deutsche Revolution geschlossen war, daß weder von revolutionärer, noch von vorrevolutionärer Situation, noch auch nur von einer Atempause mehr gesprochen werden konnte – jetzt nicht mehr –, sondern daß alle Perspektiven sehr lang genommen werden mußten. Wir waren darüber mit Paul Levi einer Meinung, er war noch vor uns persönlich zu dieser Erkenntnis gekommen. Karl Radek wußte darum, und er erblickte eine seiner Hauptaufgaben darin, zu beweisen, daß die Lage ganz anders sei. Er stellte unserer Auffassung die des Komintern-Präsidiums und vor allem die

Lenins gegenüber. Mit seinem Stab und seinen Freunden von der alten KPD arbeitete er an der Bildung einer linken Fraktion, die die Möglichkeit sofortiger revolutionärer Aktion der neu vereinigten Partei bejahte. Formell stützte er sich auf das Manifest des Vereinigungsparteitages, in dem es hieß: „Während eine Partei, die zehntausende von Anhängern zählt, ihre Anhänger in erster Linie durch Propaganda gewinnen muß, muß eine Partei, die hunderttausende von Mitgliedern in ihren Organisationen zählt und für Millionen spricht, ihre Anhänger in erster Linie durch Taten, durch die Aktion, gewinnen. Die Vereinigte Kommunistische Partei besitzt genügend Stärke, um auf Grund ihrer eigenen Verantwortung zur Aktion zu schreiten, wenn immer die Ereignisse es gestatten und erfordern.“⁸⁵

In gewissem Sinne blieb dieser Passus noch hinter dem Leipziger Programm der USPD und selbst dem Spaltungsmanifest der rechten USPD in Halle zurück, rein theoretisch genommen. Aber die praktische Frage war: gestatten die Ereignisse sofortige Massenaktion oder erfordern sie sie? Radeks linke Fraktionen, darunter die Berliner Organisation, geführt von Ruth Fischer und Maslow, vertraten die Meinung, daß die Ereignisse die Aktion gestatteten. Karl Radek selbst war der Meinung, daß die Ereignisse sie erforderten – und die Ereignisse, das war die Lage der Sowjetregierung nach der Niederlage im russisch-polnischen Krieg und die innere Krise, in die sie um diese Zeit hineintrief, immer gequält von der Furcht, daß der Niederlage im russisch-polnischen Krieg neue Interventionen nachfolgen könnten. In dieser Situation setzte Lenin nach wie vor seine Hoffnung auf die Ausbreitung der Weltrevolution und auf revolutionäre Ereignisse außerhalb der Sowjetunion, die der ermüdeten russischen Kommunistischen Partei neuen Mut und Kampfwillen und den Massen der Arbeiter und Bauern neue Zuversicht geben und alle interventionslüsternen Politiker im Westen von neuen Interventionen abschrecken sollten. Lenins vornehmste Hoffnung richtete sich auf einen Aufstand der deutschen Arbeiter, auf eine Wiederbelebung der deutschen Revolution. Radeks Auftrag bestand darin, für die Realisierung von Lenins Anschauungen und Hoffnungen zu wirken.

Er wußte, daß wir mit guten Gründen die deutsche Revolution für geschlossen hielten. Sein Gespräch mit mir über die Vertikos der Berliner Arbeiter war dafür be-

⁸⁵ Vgl. den richtigen Wortlaut des Zitats: „Aber während eine Partei, auf die nur Zehntausende hören, in erster Linie durch Propaganda ihre Anhänger wirbt, muß eine Partei, deren Organisation Hunderttausende umfaßt, in erster Linie auf die Millionen hören, in erster Linie durch die Tat, durch die Aktion werben. Die KPD als kleine Partei suchte in die großen Arbeiterorganisationen zu gelangen, um dort den Massen die Bedeutung des Kommunismus als ‚der Lehre von den Bedingungen des Befreiungskampfes des Proletariats‘, um mit Engels zu sprechen, praktisch an ihren Aktionsvorschlägen zu demonstrieren. Aber Massenaktionen konnte sie selbst nicht unternehmen, weil sie keine Massen hinter sich hatte. Geling es ihr nicht, für ihre Aktionsvorschläge die USPD zu gewinnen, so mußte sie sich auf die kritische Propaganda beschränken. Die Vereinigte Kommunistische Partei hat Kraft genug, um, wo die Ereignisse es erlauben oder es erfordern, auf eigene Faust in Aktionen zu treten. Sie will in den Gewerkschaften, in den Betriebsräten, die Hunderte, Tausende ihrer Mitglieder und die weiteren Hunderttausende ihrer Anhänger in Fraktionen zusammenfassen, sie will durch ihre Presse und ihre Aufrufe die engste Verbindung mit den denkenden Massen herstellen, ihrer Not Ausdruck verleihen, den breitesten Volksmassen das Bewußtsein dieser Not und der Möglichkeit ihrer Überwindung geben, und sie wird fähig sein, Aktionen des Proletariats auszulösen oder sich an die Spitze der spontan entstehenden Aktionen zu stellen.“ Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitags, a. a. O., S. 252; auch in: Dokumente und Materialien, VII, 1, S. 367–368.

zeichnend. Aber intellektuell klammerte er sich an den Glauben, daß die allgemeine internationale Situation sich zuspitze, daß ein neuer Krieg unmittelbar bevorstehe und mit dem neuen Krieg eine neue Phase der Weltrevolution in allen Ländern Europas. Der Krieg werde alle Verhältnisse in Deutschland ändern und eine revolutionäre Aktion in Deutschland im Gefolge haben. So entrollte er neben der Erörterung der italienischen Frage in den letzten Zentralsitzungen, an denen ich vor meiner Abreise nach Moskau teilnahm, vor uns eine weltpolitische Perspektive, in welcher der nächste Krieg, und also die Revolution, zum Greifen nahe war. Er wußte wohl persönlich, daß Lenins Einschätzung der deutschen Arbeiterschaft zum mindesten überoptimistisch war. Der Krieg war für ihn die Eselsbrücke, um über die nichtrevolutionäre Mentalität des größten Teils der deutschen Arbeiterschaft hinwegzukommen. Es gab genug Spannungsmomente, an die er bei der Entrollung seines Bildes anknüpfen konnte, so das Verhältnis Deutschlands zu den Entente-Regierungen überhaupt, die Reparationsfrage, die Politik der Regierung Fehrenbach-Simons, und in erster Linie für ihn der beginnende Kampf um Oberschlesien.⁸⁶ Er prophezeite für die unmittelbare Gegenwart einen Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und den Entente-Regierungen, der zu kriegesischen Verwicklungen führen müsse, und einen deutsch-polnischen Krieg. In diesen Zentralsitzungen – wie auch in seinen späteren Briefen an seine engsten Freunde und Werkzeuge in der Zentrale – versprach er, daß in diesem Falle die Sowjetregierung den Krieg mit Polen neu beginnen und einer deutschen revolutionären Erhebung zu Hilfe kommen würde. Die Partei habe die Aufgabe, die Massen in Bewegung zu setzen und im Kriege nicht Friedenspropaganda zu treiben, sondern sich Waffen für die Revolution zu verschaffen. Während dieser Sitzungen wurde mir klar, wie stark er noch unter der Einwirkung der Kriegspsychose des russisch-polnischen Krieges und der damit verbundenen Illusion stand, die wegen der russischen Niederlage nicht spruchreif geworden war. Wenn ich heute an seinen Versuch zurückdenke, die Zentrale von der Richtigkeit dieser Perspektiven zu überzeugen, sage ich mir, daß er nicht unrichtig antizipierte. Nur brauchten die Tendenzen, die er erkannte, nicht vier Wochen, sondern zwanzig Jahre, bis sie zu den von ihm prophezeiten Ereignissen führten, und jeder weiß, daß dann keine Revolution der deutschen Arbeiter die Folge war. Die Revolution war dem Ausbruch dieser Ereignisse vorausgegangen und hatte den Krieg herbeigeführt – aber nicht eine deutsche sozialistische oder kommunistische Revolution, sondern die nationalsozialistische der Nationalsozialisten.

Seine Entrollung einer Perspektive von unmittelbarem Kriegausbruch und einer neuen weltrevolutionären Welle rief den Protest Paul Levis hervor, der nun in diesen Zentralsitzungen den Kampf mit Radek aufnahm. Sie wurden zu einem spannenden Duell zwischen beiden. Paul Levi, den ich kaum anders gekannt habe als mit der „Times“ unter dem Arm, wies Radek Punkt für Punkt nach, wo er übertrieb

⁸⁶ Der Versailler Vertrag trug der Forderung des poln. Nationalkomitees nach Angliederung Oberschlesiens an den zu schaffenden poln. Staat dahingehend Rechnung, daß im größten Teil Oberschlesiens eine Volksabstimmung über die künftige Zugehörigkeit stattfinden sollte. Zwei poln. Aufstände (Aug. 1919 und 18. 8. 1920) sollten die Abstimmung vom 20. 3. 1921, die eine klare Mehrheit (60 %) für den Verbleib bei Deutschland brachte, unterlaufen. Der dritte poln. Aufstand (3. 5. 1921) – noch vor der endgültigen Teilung Oberschlesiens (15. 7. 1922) – wurde vom deutschen „Selbstschutz“ (21. 5. Erstürmung des Annaberges bei Oppeln) und von britischen Truppen niedergeschlagen.

oder einfach erfand. Er deckte die gänzlich falsche Einschätzung der englischen Politik durch Radek auf, er zeigte die Schwäche der revolutionären Sozialisten in allen Ländern Europas, kurzum, er wandte sich gegen den Versuch, durch Erweckung weltpolitischer und weltrevolutionärer Illusionen die Partei in das Abenteuer sofortiger Massenaktionen zu treiben. Die Erbitterung Radeks gegen Paul Levi stieg von Sitzung zu Sitzung. Die letzte dieser Sitzungen, an der ich teilgenommen habe, fand in einem Hinterzimmer von Koenens Wohnung im Hansaviertel statt. Es war eine entscheidende Sitzung. Karl Radek begann mit einer Generalanklage gegen Paul Levi. Er warf ihm zunächst vor, er wolle einen rechten Flügel in der Kommunistischen Internationale ausbilden, er setze sich in allem und in jedem Punkte nicht nur in Widerspruch zu den Anschauungen des Komintern-Präsidiums, sondern auch Lenins, er verfälsche die Lage in der Partei, die kämpfen wolle, er habe sich nicht nur in Livorno an die Seite der Feinde der Komintern und an die Seite von Sozialverrättern gestellt, sondern habe die Absicht, auch in Deutschland dem Drängen der Partei und der Arbeiter auf die Revolution in den Weg zu treten. Die ganz ungewöhnlich scharfe Rede, die nur einen endgültigen Abbruch der Beziehungen zwischen Radek und Levi zur Folge haben konnte, steigerte sich bis zu einer Art von Tobsuchtsanfall Radeks, an dessen Ende er mit der Faust auf den Tisch schlug und pathetisch ausrief: „Und wenn Sie so fortfahren, werden Sie uns zwingen, das Schwert gegen Sie zu ziehen.“ Es war eine Kriegserklärung in aller Form. Paul Levi stand von seinem Stuhl auf, sah Radek ins Gesicht und sagte: „Radek, Sie können so nicht mit mir reden.“ Dann drehte er sich um und verließ die Sitzung. Radek machte eine schnoddrige Bemerkung, und dann fiel Clara Zetkin über ihn her. Sie begann mit den Worten: „Was denken Sie eigentlich, wer Sie sind und mit wem Sie reden?“ und überhäufte ihn mit Vorwürfen. Sie erklärte, es wäre nicht nur reiner Wahnsinn, sondern ein Verbrechen, wenn er die Partei in einen Aufstand zu treiben suche, für den alle Voraussetzungen in Deutschland fehlten. Die russische Partei schade sich nur selbst, wenn sie dies beabsichtige und wenn sie eine große Niederlage der neuen Partei und der linken Arbeiterbewegung provozieren würde. Radek versuchte ihr zu antworten, aber Clara Zetkin wandte sich ab und verließ ebenfalls das Zimmer und Koenens Wohnung. Die Sitzung löste sich auf. Ich begann Radek im Gespräch ebenfalls Vorwürfe zu machen und sagte ihm unter anderem, sein Tobsuchtsanfall und seine gänzlich unangebrachte Aufregung seien unerhört und für uns beleidigend. Er antwortete mir, indem er dabei zu berlinern suchte, was er manchmal liebte: „Ick mir aufregen? Ick rege mir niemals uff. Ick rege mir nur uff, wenn ick es für nötig halte.“ Und dann änderte er den Ton und sagte: „Ich kann Ihnen sagen, es hat sich gelohnt. Sie werden sehen.“

Das bestärkte mich in einem Verdacht, der mich überkam, als ich während der Rede Radeks Walter Stoeckers sonst sehr unbewegtes Gesicht beobachtete. Als Radek und die alten kommunistischen Mitglieder der Zentrale gegangen waren, verlangte ich sofort eine Sitzung der Unabhängigen Mitglieder der Zentrale. Däumig war krank und nicht anwesend. Ich eröffnete die Sitzung und sagte kurz: „Dies ist eine entscheidende Krise der Führung. Ich vertrete weiter die Haltung, die wir Ernst Däumig versprochen haben. Ich stehe an der Seite Paul Levis gegen Radek. Ich muß wissen, wer mit mir ist und wer gegen mich ist.“ Walter Stoecker sagte ohne Zögern: „Ich gehe mit Karl Radek“, dasselbe erklärte nach ihm Wilhelm Koenen. Hermann Remmele erklärte, er werde seine Stellungnahme von weiteren Entwicklungen abhängig machen und von Fall zu Fall entscheiden. Otto Braß stand an meiner Seite.

Es war die Sprengung der Führungsgruppe der linken USPD, die vom ersten Rätekongreß an bis auf diesen Tag zusammengehalten hatte. Ich begriff, daß Radek nicht nur mich zu indoktrinieren und zu gewinnen versucht hatte und daß er erst seine Kriegserklärung gegen Levi schleuderte, als er wußte, daß ihm keine Zentralmehrheit entgegentreten würde. Denn nach dem Übergang von Stoecker und Koenen führte unsere Gruppe nicht mehr neun von vierzehn Stimmen, sondern günstigenfalls sieben von vierzehn, und da ich an Remmeles endgültiger Entscheidung, der Koenen zu folgen pflegte, nicht zweifelte, waren wir in der Zentrale in einer Minderheit von sechs gegen acht Stimmen. Ich wußte, wir hatten den Kampf um die Führung verloren.

Ich bedauerte Walter Stoeckers Trennung von mir außerordentlich, aber ich hatte eine Vorstellung davon, welchem politisch-moralisch-intellektuellen Druck Radek ihn ausgesetzt hatte. Stoecker hatte sich in der Verteidigung der 21 Bedingungen vor Halle so ohne Reserve für sie ausgesprochen, daß Radek ihm dies nur entgegenzuhalten brauchte. Ich wußte, daß Stoecker trotzdem wie ich die Revolution in Deutschland für geschlossen hielt, aber das Prestige der Sowjetregierung und der Hinweis auf die Autorität Lenins hatten wahrscheinlich ihre Wirkung getan.

Was das Motiv Wilhelm Koenens anbetrifft, so durchlebten Otto Braß und ich folgende Szene. Stoecker und Remmele waren gegangen. Koenen, der Vorwürfe von Braß und mir fürchtete und offenbar vermeiden wollte, unserem gemeinsamen Druck ausgesetzt zu werden, verschwand in sein Schlafzimmer. Anna, Frau Braß und Frau Koenen saßen in dem Zimmer daneben. Braß und ich holten unsere Frauen dort ab und erzählten dabei, was geschehen war. Frau Koenen sagte, als sie dies hörte: „Was, auch Wilhelm? Das kann nicht sein Ernst sein. Wartet, ich rede mit ihm“, und sie ging ins Schlafzimmer. Es war unvermeidlich, daß wir hörten, was gesprochen wurde. Sie begann: „Ist das wirklich wahr, willst Du wirklich zu den Kommunisten übergehen?“ Er antwortete: „Ich werde doch meine schöne Stelle bei der Zentrale nicht aufs Spiel setzen.“ Wir hörten nicht weiter zu und verließen stillschweigend sofort die Wohnung.

Am anderen Morgen suchte ich Däumig auf und berichtete ihm. Er meinte, er habe das kommen sehen, er sei über Wilhelm Koenens Haltung nicht erstaunt, aber Stoeckers Haltung schmerze ihn. Er begann sich dann Selbstvorwürfe zu machen und meinte, damals in Moskau, als sie alle an den Sieg vor Warschau geglaubt hätten, habe, alles ganz anders ausgesehen. Ich sagte: „Geschehen ist geschehen. Gehe ich nun nach Moskau oder nicht?“ Er sagte, ohne zu überlegen: „Erst recht. Sie haben bereits die Aufträge einer Zentralmehrheit über das erhalten, was Sie dort vortragen sollen. Dieser Auftrag ist nicht zurückgezogen.“

Nach der Besprechung mit Ernst Däumig hatte ich eine Zusammenkunft mit Paul Levi. Auch er meinte, es sei erst recht von Bedeutung, daß ich nach Moskau ginge. Nach dem Abfall von Stoecker und Koenen sei der Ausfall meiner Stimme bei Zentralentscheidungen ohnehin nicht mehr wesentlich, aber wesentlich sei es, den Führern der russischen Kommunistischen Partei die wirkliche Lage in Deutschland klarzumachen. Am Tage darauf, unmittelbar vor meiner Abreise nach Moskau, traf ich wieder mit Paul Levi zusammen. Inzwischen war Serrati nach Berlin gekommen, um sich mit Paul Levi zu beraten. Serrati und seine Freunde waren sich nach der Spaltung von Livorno und ihrem Ausschuß aus der Komintern darüber einig geworden, sie wollten dem Komintern-Präsidium mitteilen, daß sie bereit seien, über ihren Wiedereintritt in die Kommunistische Internationale zu verhandeln.

Paul Levi stellte mich Serrati vor, und Serrati bat mich, dem Komintern-Präsidium mitzuteilen, daß sie verhandlungsbereit seien. Er gab mir seine Visitenkarte mit einigen entsprechenden Zeilen. Ich verabredete dann mit Paul Levi den Weg meiner Berichterstattung von Moskau, wobei Anna als Vermittlerin dienen sollte. Ich habe Karl Radek vor meiner Abreise von Berlin nicht mehr zu Gesicht bekommen, notwendige Formalitäten besorgte Felix Wolf. Ich wußte bei meiner Abreise, daß hinter mir in Berlin die Krise in der Führung zu baldigen Entscheidungen drängte.

5. Kapitel

Vertreter der KPD in Moskau

Die Reise nach Moskau ging mit dem Schiff von Stettin nach Baltischport über Helsinki, von dort nach Reval und von Reval über die russische Grenze mit der Bahn nach Petrograd. Am Ende der Reise fuhr das Schiff wie ein Schlitten durch das Meereis. Auf dem Schiff war eine sehr gemischte Reisegesellschaft zusammen: neben mir und meinem Begleiter und Übersetzer, einem der jungen Leute Radeks, reisten gleichzeitig der Agent der Komintern für den Fernen Osten und die Frau des französischen Vertreters in der Exekutive in Moskau. Sie führte auf der Reise das große Wort. Zur Reisegesellschaft gehörten ferner Hauptmann Sadoul¹ und Enver Pascha², die beide von der Sowjetregierung eingeladen waren.

Enver Pascha war ein anregender und liebenswürdiger Gesellschafter. Ich pflegte mit ihm selbst bei schwerem Sturm an Bord Schach zu spielen, beide in unsere unglaublich alten Militärpelze gehüllt und die Pelzmütze über die Ohren gezogen. Über seine Erlebnisse seit dem Zusammenbruch der Mittelmächte sprach er mit echt orientalischem Fatalismus, wobei er über Mißhandlungen, die er in Gefangenenerlagern erfahren hatte, leicht mit einem Achselzucken hinwegglitt. Natürlich interessierte es ihn, meine Ansichten über die aktuelle Situation in Deutschland zu hören. Ich hatte bei diesen Gesprächen das bestimmte Gefühl, daß er die weit kompliziertere Sozialstruktur Deutschlands allzusehr und zu primitiv nach der türkischen beurteilte. Im weiteren Verlauf der Reise setzte ich diese Gespräche mit ihm im Eisenbahnabteil fort, in einem primitiven alten deutschen Dritterklassewagen im Zug nach Petrograd. Ich versuchte ihm begreiflich zu machen, weshalb eine kommunistische Revolution in Deutschland nicht auf der Tagesordnung stehe. Er hörte sich das an und sagte schließlich: „Macht ist alles. Wenn Sie in Deutschland tausend Mann haben, wohl bewaffnet, die ohne Rücksicht auf ihr Leben entschlossen sind, sich voll einzusetzen, können Sie die gegenwärtige Regierung stürzen und die Regierung übernehmen.“ Ich versuchte ihm begreiflich zu machen, warum dies nicht möglich sei, und daß er die deutschen Dinge viel zu sehr aus der Perspektive seines eigenen jungtürkischen Offiziersputsches beurteile.

Ich hielt ihm entgegen, daß während des Kapp-Putsches die sogenannte „Rote Ruhrarmee“ aus etwa sechzigtausend Mann bestand, mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet, daß sie regelrecht geführt und dennoch von der zahlenmäßig überlegenen, besser bewaffneten und disziplinierten Militärmacht der Reichsregie-

¹ Jacques Sadoul (1881–1956), Rechtsanwalt, 1917 als Hauptmann bei der französischen Militärmission in Rußland, 1918 Eintritt in die Rote Armee, 1919 Teilnehmer am Gründungskongreß der Komintern, 1922 Teilnahme an EKKI-Sitzungen, 1924 Rückkehr nach Frankreich, Mitglied der französischen KP ohne besondere Funktionen oder Ämter.

² Enver Pascha (1881–1922), türk. Militär und Politiker, 1908 einer der Führer der jungtürkischen Revolution, 1909–1911 Militärattaché in Berlin, 1914 Kriegsminister und bis 1918 Vizegeneralissimus, Emigration als Gegner Atatürks, Teilnahme am bolschewist. Kongreß der Orientvölker in Baku (Herbst 1920), ab Ende 1921 an der Spitze einer Armee, die gegen die bolschewistische Herrschaft in Turkestan kämpfte. Enver Pascha fiel am 4. 8. 1922 bei Samarkand im Kampf gegen eine sowjetrussische Einheit.

rung geschlagen wurde³. Ich erzählte ihm einiges von meinen eigenen Erfahrungen, aber er ließ sich nicht überzeugen. Mir war seine primitive Auffassung des Machtproblems hochinteressant, aber meine eigenen Erfahrungen waren von solcher Art, daß alle seine Dialektik und der erstaunliche Magnetismus seiner Persönlichkeit meine Ansicht über die Aussichten für die Änderung der Machtlage in Deutschland durch einen sofortigen kommunistischen Aufstand nicht erschüttern konnten. Er schien übrigens bei diesen Unterhaltungen von der Annahme auszugehen, daß ein Aufstand in Deutschland unmittelbar bevorstehe, was immer ich ihm auch sagte. Später in Moskau habe ich überlegt, daß ihm dies gesagt worden sein mußte, als man ihn einlud, nach Moskau zu kommen, um die Rolle des Führers einer Diversion im Mittleren Osten zur Erleichterung der Lage der Sowjetregierung zu übernehmen. [...]

Das Fatale war, daß Enver durch seine Ansichten die Illusionen des Komintern-Präsidiums, und vor allem Trozki, über die militärische Seite eines erfolgreichen Aufstandes in Deutschland stärkte.

Die Reisegesellschaft hielt sich einen Tag lang in Reval auf. Ich besuchte Litwinow, der als Konsul von dort aus die Fühler der Sowjetregierung für eine Anerkennung durch die Westmächte dirigierte. Er sprach sich sehr offen über den Rückschlag im Kriege mit Polen aus, meinte aber, daß die Aussichten auf Anerkennung der Sowjetregierung dadurch nicht schlechter, sondern besser geworden seien. Er befragte mich über die Lage in Deutschland, und ich trug ihm meine Ansichten über die Stabilisierung des Regimes vor, die er für richtig hielt. Er warnte mich vor neuen Illusionen in der polnischen Frage. Die Sowjetregierung werde den Waffenstillstand von Riga durch einen Friedensvertrag bekräftigen. Nach dem Bürgerkrieg und dem polnischen Krieg brauche sie vor allem Frieden, um ihr Regime befestigen zu können. Das stand in vollem Widerspruch zu allem, was Radek in den stürmischen Sitzungen der deutschen Zentrale vorgetragen hatte. Nach diesem Besuch zog die Reisegesellschaft von einem Café ins andere, in allen gab es eigentlich nur Schnaps zu trinken. Trotz all meiner letzten Erfahrungen war ich noch enthusiastisch genug, um den Eintritt in das Gebiet der Sowjetunion als einen großen Augenblick zu empfinden. Alles, der Bahnkörper wie das rollende Material, war in erbärmlichem Zustand. Auch das große, hoch über das Gleis weggehende Holzschild, das mit der Parole „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ den Eintritt verkündete, war mit seinen Stützen notdürftig zusammengefleckt. Der Zug hielt, die Grenzwatchen kontrollierten die Papiere, dann durften wir weiterfahren. Wir waren im gelobten Land der kommunistischen Weltrevolution.

Ich habe nicht viel von Petrograd gesehen. Nach kurzer Ruhe im Hotel wurde ich ins Smolny-Institut⁴ zu Sinowjew gefahren. Er war gerade im Begriff, sich die neuesten Erzeugnisse der Staatsdruckerei anzusehen. Sie lagen auf seinem Arbeitstisch, auf den Tischen und Stühlen und auf dem Fußboden umher. Es waren herrlich gedruckte broschiierte Foliobände mit Biographien und Bildern der Führer der Komintern in Rußland und den Ländern, deren kommunistische Parteien zur Internationale gehörten, darunter die Führer des Spartakusbundes und der kommunisti-

³ Vgl. Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, 2 Bände, Frankfurt 1970 und 1973, insbes. Bd. 2, S. 63 ff.

⁴ Das Smolny-Institut – ursprünglich ein im 18. Jahrhundert gegründetes Pensionat für adelige Mädchen – war seit Sommer 1917 Sitz des Petrograder Sowjets, vorübergehend auch der ersten Sowjetregierung.

schen Jugendorganisation. Die Zeichnungen kamen von ersten russischen Künstlern. Unsere eigenen deutschen Verhältnisse und alles, was ich bei der raschen Fahrt durch die Stadt in Petrograd gesehen hatte, erzeugten bei mir das Gefühl, daß die Sowjets Besseres zu tun hätten, als diese kostspieligen Drucke herstellen zu lassen. Es war nur eine von den vielen Ungereimtheiten, die mir damals aufstießen, wie mir schien, ein Mißgriff im Stil. Mein Gefühl wurde bestärkt dadurch, daß Sinowjew gar nicht müde wurde, mich mit einer Art von naiver Freude auf die Schönheit des Drucks, der Bilder und der Ausstattung hinzuweisen. Ich brannte auf das politische Gespräch mit ihm, aber es kam nicht zustande. Er sagte, wir würden beide am Abend im Schlafwagenzug nach Moskau fahren und könnten uns am anderen Morgen in seinem Salonwagen ungestört und ausgiebig unterhalten.

So geschah es. Der Zug fuhr in langsamem Tempo. Die Stationen, an denen er hielt, waren angefüllt mit Massen von Menschen, die auf Eisenbahntransport warteten, wahrscheinlich schon tagelang darauf gewartet hatten. Wenn der Zug aus technischen Gründen an kleinen Haltepunkten in den Wäldern hielt, standen Bäuerinnen da, die Eier zum Verkauf anboten. Das Maximum, das eine Bäuerin zum Verkauf anbot, waren drei Eier, die sie auf einer Hand hielt.

Als Sinowjew mich und Radeks jungen Mann im Salon seines Sonderwagens empfing, war seine erste Frage, nach einigen verbindlichen Einleitungsworten, ob die Zentrale der deutschen Partei und ich im besonderen für die nächste Zeit eine allgemeine Erhebung ins Auge faßten. Eine solche Erhebung, so setzte er auseinander, würde ihre Situation ganz erheblich erleichtern. Das Sowjetregime gehe schweren Monaten entgegen. Wohl seien alle Interventionsversuche der Entente siegreich zurückgeschlagen und alle gegenrevolutionären Armeen vernichtet, aber das Land sei völlig erschöpft und ausgehungert. Wenn es den Imperialisten klar werden würde, wie schwierig die Lage der Sowjetregierung sei, so wären neue Interventionsversuche nicht ausgeschlossen. Nicht nur seien die Parteimitglieder müde und erschöpft, wenn auch erhoben durch den Sieg im Bürgerkrieg, sondern auch das Proletariat im weiteren Sinne müsse erst aufs Neue durch die Avantgarde zu seinem Klassenbewußtsein erzo-gen und kampfwillig gemacht werden. Ein schwieriger Punkt sei, daß den Arbeitern die Notwendigkeit disziplinierter Arbeit und steigender Arbeitsleistungen für den Wiederaufbau klargemacht werden müsse. Dies müßte unter Umständen hart durchgesetzt werden, aber alles das würde leichter, wenn der russischen Arbeiterschaft und den breiten Massen überhaupt neuer revolutionärer Elan gegeben werden könnte durch das Beispiel einer großen revolutionären Erhebung in Deutschland.

Nun war es eines der Hauptargumente gewesen, die meine Freunde und ich im Kampfe um den Eintritt in die Komintern gebraucht hatten, daß von diesem Eintritt das Schicksal der deutschen Revolution wie der Weltrevolution abhängt. Aber wir hatten auf die Hilfe der Sowjets gesetzt, während nun offensichtlich von uns eine verzweifelte Unternehmung erwartet wurde, um das Sowjetregime in Rußland selbst zu stützen. Aus Radeks stürmischen Angriffen auf Paul Levi in der deutschen Zentrale, wie aus dem Bild, das er von der internationalen Lage und von zu erwartenden kriegesischen internationalen Entwicklungen entrollt hatte, war eine solche Vertauschung der Rollen durchaus nicht sichtbar geworden. Die Unerschütterlichkeit der Macht der Sowjetunion war seine Voraussetzung, wie übrigens auch die Voraussetzung unserer eigenen allgemeinen Propaganda. Wohl hatte die Niederlage der Sowjets im russisch-polnischen Krieg mir und meinen Freunden zu denken gegeben,

aber das Bild, das Sinowjew entrollte, zeigte das Sowjetregime in einer ernsten Krise. Ich war bestürzt; denn bei aller kritischen Einstellung gehörte nach wie vor die Sicherung der Ergebnisse der russischen Revolution und die Erhaltung des Sowjetregimes zu den Zentralsätzen meines politischen Glaubensbekenntnisses. Als Sinowjew sich sehr deutlich über die Schwierigkeiten äußerte, fiel mir sozusagen ein Ziegelstein auf den Kopf. Ich sah nicht nur, daß sie uns nicht geben konnten, was wir wollten, sondern ich wußte auch, daß wir ihnen nicht geben konnten, was sie jetzt von uns erwarteten. Ich wußte nur zu genau, daß die Sammlung von Streitkräften, die der Roten Ruhrarmee zur Zeit des Kapp-Putsches vergleichbar gewesen wären, gänzlich unmöglich war und daß jeder ernstliche Putschversuch mit Leichtigkeit niedergeschlagen werden würde. Ich wußte auch, daß ein solcher Putschversuch nur bei einer sehr kleinen Minderheit der Arbeiterschaft auf Sympathie stoßen würde. Außerdem war ich mir völlig im klaren darüber, daß die Reichsregierung bei einem offenen Kampf mit kommunistischen Kräften auf das Wohlwollen der Entente rechnen konnte, wie es sich im Kapp-Putsch gezeigt hatte.

Ich bemühte mich, dies Sinowjew klarzumachen. Es war keine leichte Aufgabe, umsomehr, als er mir versicherte, daß sie wegen meiner bekannten theoretischen Ansichten und meiner Aktivität seit 1918 besondere Hoffnungen auf mich setzten.

Ich sagte ihm einiges über die Schwäche der Bewegung, der wir in Halle ein radikales Gesicht gegeben hätten, aber ohne daß sich im ganzen, von einigen Industriestädten abgesehen, neuer Kampfwille als Folge des Zusammenschlusses mit der KPD gezeigt hätte. Ich erinnerte ihn an die politischen Vorgänge des Jahres 1920, an das Wiedervordringen der rechten Tendenzen in der USPD nach dem Blutbad vor dem Reichstag, was nur eine der Erscheinungen in einer allgemein nach rechts gehenden Stimmungsentwicklung gewesen sei. Ich suchte ihm die augenblicklichen inneren Kräfteverhältnisse klarzumachen, die Stabilisierung des Regimes und die Bedeutung der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der sozialpolitischen Einrichtungen für diese Stabilisierung, die Entwaffnung der radikalen aktivistischen Arbeiter durch den Kapp-Putsch, das Verschwinden des Einflusses der revolutionären Betriebsräte. Es war, als ob ich gegen eine Mauer redete. Aus allen Einwendungen, die er machte, konnte ich leicht die Anschauungen herauslesen, die Radek bei den inneren Kämpfen in der deutschen Zentrale vertreten hatte. Sie beruhten auf der Annahme, die weltpolitische Situation werde sich so entwickeln, daß revolutionäre Zuckungen in ganz Europa zu erwarten seien. In diesem Falle warte die Sowjetmacht nur auf einen Anlaß zur Intervention.

Was Sinowjew und Radek und auch Trotzki erwarteten, war eine kritische Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Deutschland und der Entente, vor allem aber ein offener Kriegszustand zwischen Deutschland und Polen als Folge der oberschlesischen Vorgänge. Was ihre Erwartung eines deutsch-polnischen Krieges anbelangt, so konnten sie die Bildung der deutschen Freikorps, die Vorgänge in Oberschlesien und nicht zuletzt ihre Verhandlungen mit Außenminister Simons während des russisch-polnischen Krieges trotz der deutschen Neutralitätserklärung zur Bekräftigung ihrer Ansichten ins Feld führen.⁵ Aber die innere Entwicklung in Deutschland, so wie sie durch die oberschlesische Frage beeinflußt wurde, arbeitete gegen die Linke und gab den gegenrevolutionären Kräften auf der äußersten Rechten starke

⁵ Vgl. 4. Kapitel, Anm. 18 und 86.

Antriebe. Das war für mich so offensichtlich und selbstverständlich, daß ich nicht begreifen konnte, warum er es nicht sehen wollte. Erst sehr viel später – nach langen Jahren – wurde mir klar, daß diese Fraktion schon damals glaubte, die deutsche Kommunistische Partei könnte auf dem Rücken des deutschen Nationalismus in die Macht reiten, und daß diese Ansichten Vorläufer der Schlageter-Politik Radeks⁶ während des Ruhrkampfes waren. Die offizielle Verurteilung des Nationalbolschewismus durch Lenin stand natürlich in Widerspruch zu diesen Vorstellungen. Aber auch Lenin war in erster Linie ein pragmatisch denkender Politiker, und nicht das Geschick der Linken in Deutschland, sondern die Macht der Sowjetunion war sein oberster Gesichtspunkt.

Mein Eindruck nach diesen stundenlangen Gesprächen mit Sinowjew ging dahin, daß das Geschick der deutschen Kommunistischen Partei und der deutschen revolutionären Bestrebungen den spezifischen russischen Interessen unterworfen werden sollte. Ich fand bestätigt, was ich bei den Kämpfen in der Zentrale um die Organisation der führenden Körperschaften angenommen hatte: unter dem Schlagwort „demokratischer Zentralismus“ sollte die deutsche Zentrale zu einem reinen Empfänger der Befehle der russischen Kommunistischen Partei gemacht werden. Das war genau das, was Levi und ich und unsere Freunde nicht zulassen wollten. Die Unterordnung aller der Komintern angeschlossenen Parteien unter die Bedürfnisse der russischen Staatspolitik ist in späteren Jahren völlig klar geworden, und die Literatur darüber ist unübersehbar. Ich erlebte die Entwicklung in ihren ersten Anfängen. Damals konnte noch als reiner Streit um die Führung erscheinen, was in Wahrheit Ausfluß des Wiederauflebens der Machtpolitik des russischen Reiches unter der Sowjetregierung war.

Bei der Verschiedenheit unserer Gesichtspunkte führte das Gespräch zu keiner Verständigung. Zu allem Überfluß widersprach mir Radeks junger Mann in nahezu allen Punkten. Ich sagte Sinowjew schließlich klipp und klar, ich könnte in der gegenwärtigen Situation eine auf den sofortigen bewaffneten Aufstand abzielende Politik der Partei, die vor allem der organisatorischen Festigkeit bedürfe, nicht verantworten und würde mich entschieden dagegen wenden. Ich hätte dafür auch die Zustimmung von Zentralemitgliedern wie Walter Stoecker und Wilhelm Koenen, die ebenso wie ich von ihnen als revolutionäre Aktivisten angesehen würden. Ich schilderte ihm ein Gespräch mit Stoecker, in dem dieser mich beschwor, von jedem Drängen auf Aktion abzusehen und die Partei zunächst zu konsolidieren. Er brachte das Gespräch dann auf die innere Umorganisation der deutschen Zentrale. Dabei wurde mir noch klarer, daß sowohl er als auch Radek die Sicherung der absoluten Befehlsgewalt des Präsidiums der Komintern im Auge hatten, was praktisch die Befehlsgewalt der Exekutive der russischen Kommunistischen Partei bedeutete. Nun hatte dies als Argument für den linken Flügel der USPD eine wichtige Rolle gespielt, solange wir noch an die Möglichkeit einer Intervention der Roten Armee glauben konnten. Aber jetzt in der veränderten Situation und nach allem Vorangegangenen hatte ich nicht die mindeste Neigung, Radek die Führung der VKPD zu verschaffen. Ich fragte deshalb an diesem Punkte Sinowjew, was die Folge des un-

⁶ Leo Schlageter, Freikorpskämpfer und NSDAP-Mitglied, war am 8. 5. 1923 wegen eines Sabotageunternehmens im Ruhrgebiet von den Franzosen hingerichtet worden. Radek benutzte im Sommer und Herbst 1923 den Fall Schlageter für eine vorübergehende Zusammenarbeit der KPD mit den Rechtsradikalen. Vgl. Radeks „Schlageter-Rede“, in: Hermann Weber (Hrsg.), *Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, Köln 1963, S. 142 f.

glücklichen Ausgangs des Krieges mit Polen für die Sowjetmacht sei und ob die Sowjetregierung daran denke, dem Waffenstillstand von Riga einen Friedensvertrag zu den gleichen Bedingungen nachfolgen zu lassen. Ich hütete mich, ihm von meinem Gespräch mit Litwinow zu erzählen. Sinowjew zog sich darauf zurück, daß die Sowjetregierung diese Frage prüfen werde, wenn eine Entscheidung nötig werden sollte, aber daß gerade bei diesen ihren Erwägungen die Entwicklung in Deutschland eine entscheidende Rolle spielen würde. Als ich ihm daraufhin sagte, angesichts der Stabilisierung des Regimes in Deutschland und der Unwahrscheinlichkeit einer revolutionären Bewegung in der nächsten Zukunft könne ich also annehmen, daß sie auf den Frieden lossteuern würden, verneinte er dies entrüstet. Heute weiß ich, daß Lenin auf den Frieden drängte, daß Verhandlungen im Gang waren, daß die Fraktion Trotzki-Sinowjew-Radek von der Erneuerung des Krieges nach einem revolutionären Aufstand in Deutschland träumte, und daß tatsächlich am 18. März 1921 der Waffenstillstand von Riga durch einen endgültigen Friedensschluß ersetzt wurde.⁷

Sinowjew sagte dann, die bisherige Haltung der neuen Partei seit dem Vereinigungsparteitag sei alles in allem für sie eine Enttäuschung gewesen, und besonders enttäuscht seien sie über die Haltung Paul Levis. Levis Intervention in der italienischen Frage werde vom Präsidium der Komintern als ein unerhörter Disziplinbruch, ja als ein feindseliger Akt empfunden, für den er sich noch zu verantworten haben werde. Ich verwies darauf, daß Paul Levi im Einvernehmen mit einer Zentralmehrheit gehandelt habe, zu der ich selbst gehörte, und ich sagte ihm weiter, er habe doch selber vor der Eröffnung des Halleschen Parteitages erfahren, mit welcher Unruhe die Führungsgruppe der linken USPD die 21 Bedingungen angesehen habe. Was die italienische Frage anbelange, so sei Serrati bereit, mit dem Präsidium der Komintern über seinen und seiner Freunde Wiedereintritt zu verhandeln. Sinowjew fuhr auf: „Woher wissen Sie das?“ Ich gab ihm die Visitenkarte Serratis und sagte ihm, ich hätte gemeinsam mit Paul Levi Serrati in Berlin gesehen, und Serrati habe mich gebeten, seine Verhandlungsbereitschaft dem Präsidium mitzuteilen. Sinowjew zerdrückte die Visitenkarte in seiner Hand und begann dann eine lange entrüstete Rede über Serrati, der kein Gewinn für die Kommunistische Internationale sei. Ich warf ein, Serrati vertrete die Mehrheit seiner Partei und man könne ihm unter dem Gesichtspunkt revolutionären Willens nichts vorwerfen und es könne der Komintern nicht gleichgültig sein, wenn eine so große Partei verhandeln wolle. Darauf erklärte er rund heraus: gerade gegen den Anschluß von Parteien, die unter den Führern wie unter den Mitgliedern viele verkappte Rechte zählten, habe sich die Komintern durch die 21 Bedingungen sichern wollen. Serratis Angebot sei für das Präsidium der Komintern gänzlich uninteressant, das Präsidium werde nicht mit ihm verhandeln. Und dann fuhr er fort, das Präsidium frage sich überhaupt, ob die Kommunistische Internationale nicht schon viel zu viele Leute aufgenommen habe, und vor allem viel zu viele zweifelhafte Führer. Das müsse überprüft werden, und vor weiteren Neuaufnahmen müßten zunächst die Serratis, die sich in die Komintern eingeschlichen hätten, wieder ausgemerzt werden. Paul Levis Haltung sei unerhört, statt

⁷ Vgl. 4. Kapitel. Anm. 12 und 52. Im Frieden von Riga wurde die Grenzziehung zwischen Polen und Weißrußland bzw. der Ukraine weitgehend den polnischen Erwartungen entsprechend geregelt. Außerdem wurden finanzielle Leistungen in Höhe von ca. 30 Millionen Goldrubeln zugunsten Polens und die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Polen vereinbart.

revolutionärer Politik mache er den Sozialverrättern Bündnisangebote. Als ich ihm erwiderte, daß der „Offene Brief“⁸ Radeks Billigung habe, meinte er, ja, auch die Billigung des Präsidiums, aber nur als sammelnde Einleitung zu einer revolutionären Aktion, auf die das Präsidium dränge und die es von der deutschen Partei erwarte. Er sei erstaunt über meine Bedenken, sie seien nicht nur von ihren Beauftragten, sondern von erfahrenen deutschen Politikern wie Ernst Reuter-Friesland und Paul Frölich⁹ informiert worden, daß die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Aktion gegeben seien. Ich zog aus seinen Reden und Andeutungen den Schluß, daß er an eine ähnliche Operation wie den Ausschluß Serratis gegen Paul Levi und seine Freunde dachte.

Vor meiner Abreise aus Berlin hatte ich verabredet, daß ich regelmäßig stenographisch geschriebene Briefe an Anna zur Weitergabe an Levi und Däumig senden würde, und zwar, wie es für EKKI-Vertreter üblich war, mit der Kurierpost. Über diese lange und wichtige Unterredung mit Sinowjew sandte ich einen langen und warnenden Bericht, der bereits in der Hand meiner Freunde war, als sie nach Paul Levis Niederlage im Zentraleausschuß ihren Rücktritt aus der Zentrale erklärten.¹⁰ Dieser Bericht sowie nachfolgende Berichte sind in die Hand der Geheimen Preussischen Staatspolizei und ihres Chefs Weismann¹¹ gefallen und befinden sich jetzt mit dessen Akten in amerikanischen Händen.¹²

Gegen Schluß des Gespräches mit Sinowjew brachte ich die Rede auf die sowjetische Intervention in Georgien¹³ und sagte ihm, wir hätten Schwierigkeiten, diese Intervention in Einklang zu bringen mit den prinzipiellen Erklärungen der Sowjetregierung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und mit dem erst vor kurzem neu bestätigten Standpunkt Lenins in der Frage des Selbstbestimmungsrechts. Er lächelte großartig, machte eine Handbewegung und sagte einfach: „Wir brauchen das Petroleum von Baku.“ Bald danach brach er das Gespräch ab.

Erste Begegnung mit Lenin

Kurz vor der Ankunft in Moskau ließ Sinowjew mich wieder rufen. Wir fuhren in seinem Wagen zum Kreml. Der Wagen hielt vor einem der besseren Kavaliershäuser im Kreml. Ein ungemein würdig aussehender Diener mit eisgrauem Haar nahm uns

⁸ Vgl. 4. Kapitel, Anm. 77.

⁹ Paul Frölich (1884–1953), Angestellter, 1902 SPD-Mitglied, Volontär an der LVZ, 1908 Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, 1910 beim „Hamburger Echo“, 1914 bei der „Bremer Bürgerzeitung“, Mitglied der Bremer Linksradiكالen, 1919–1920 und 1923–1924 Mitglied der KPD-Zentrale, 1921–1924 und 1928–1930 MdR, 1928 Ausschluß aus der KPD, bis 1932 Mitglied der KPO, dann SAPD (Vorstandsmitglied), 1933 KZ-Haft, 1934 Emigration (Frankreich, USA), 1950 Rückkehr nach Deutschland, SPD-Mitglied.

¹⁰ Vgl. Anm. 20.

¹¹ Robert Weismann (1869–1942), 1920 preuß. Staatskommissar für öffentliche Ordnung, 1923 bis 1933 Staatssekretär im preuß. Innen- bzw. Staatsministerium, 1933 Emigration (Frankreich).

¹² Vgl. Anm. 44.

¹³ Georgien (Grusinien) hatte unter dem Schutz zunächst deutscher und türkischer, dann britischer Truppen am 26. 5. 1918 die Unabhängigkeit als demokratische Republik erklärt, die am 7. 5. 1920 auch von Moskau anerkannt wurde. Anfang Februar 1921 marschierte die Rote Armee ein; nach der Beseitigung der menschewistischen Regierung wurde am 25. 2. 1921 die Proklamation der Grusinischen Sozialistischen Sowjetrepublik erzwungen.

an der Tür in Empfang. Er führte uns in ein wohlgeheiztes Vorzimmer, in dem ein großer weißer Kachelofen aus Porzellan stand – Moskau lag in tiefem Schnee –, und murmelte dann: „Wollen die Exzellenzen ruhen, ihre Pelze hier abzulegen.“ Das war mein erster Eindruck vom Kreml. Ich war maßlos überrascht. Dieser alte Diener im Kreml, der gewohnt war, den Bojaren des zaristischen Regimes die Pelze abzunehmen, vermittelte mir in dieser Sekunde einen lebendigen Eindruck nicht nur von der Größe der Revolution, die das zaristische Regime abgelöst, aber auch ihn und andere Diener des Regimes übernommen hatte, sondern auch ein Gefühl für die Kontinuität; denn seine Gestalt, das Kavaliershaus im Kreml und dessen innere Einrichtung waren nichts, was ich von außen her mit dem kommunistischen Regime in Verbindung gebracht hätte, eher mit einem Regime vor der Zeit Peters des Großen. Ich hatte an den nachfolgenden Tagen genügend Zeit, um über diesen ersten Eindruck nachzudenken. Er blieb mir unvergeßlich. Aber ich fühlte auch: es ging hier nicht nur um reine Parteidinge, sondern um die Politik der Regierung des russischen Reiches.

Nachdem wir unsere Pelze abgelegt hatten, betraten wir das Beratungszimmer. Um einen großen einfachen Tisch herum saßen die Mitglieder der Exekutive der russischen Kommunistischen Partei, darunter Lenin. Ich wurde ihnen vorgestellt und dann gebeten, ein Resumé der politischen Lage in Deutschland zu geben. Die Verhandlungssprache war deutsch. Was ich vortrug, war bei meiner Abreise von Berlin noch die Anschauung der Mehrheit der Zentrale gewesen, die ich selbst durchaus teilte und billigte. Ich verwies auf den Rückschlag nach der Betriebsrätedemonstration vor dem Reichstag im Januar 1920 mit den nachfolgenden Partei- und Zeitungsverboten, der zu einer ideologischen Abkehr eines starken rechten Flügels der USPD von den revolutionären Beschlüssen des Leipziger Parteitags vom Dezember 1919 geführt hatte, und vor allem zu einer völligen Abkehr aller linken Gewerkschaftsführer von revolutionären Zielsetzungen. Dann schilderte ich die Situation nach dem Kapp-Putsch: eine Konsolidierung des rechtsozialistisch-bürgerlichen Regimes bei gestärktem bürgerlichen und militärischen Einfluß. Ich begründete das damit, daß sich die militärische Kraft des Regimes bei der Niederschlagung der Roten Ruharmee gezeigt habe. Ich betonte, daß in der Endbilanz der Kapp-Putsch die Zerstörung der Kampforganisation der linken USPD und deren Entwaffnung bedeutet hatte, da im Kampfe die vom Krieg her vorhandenen Waffen zerstört oder verloren worden waren. Wir hätten in diesen Kampforganisationen ein natürliches Gegengewicht gegen eine gegenrevolutionäre militaristische Entwicklung gesehen, aber sie seien nun entscheidend geschwächt. Wir hätten uns danach nach den Waffen der Roten Armee und nach einer Anfeuerung revolutionären Willens in der deutschen Arbeiterschaft durch das mächtige Beispiel der Sowjetunion umgesehen, aber der Ausgang des russisch-polnischen Krieges lehre uns, daß die Zeit offen revolutionärer Entwicklungen vorüber sei. Ich analysierte dann die soziale Entwicklung in Deutschland und die Stimmungsentwicklung bei der deutschen Arbeiterschaft. Wohl hätten wir in Halle eine Parteitagsmehrheit für die Annahme der 21 Bedingungen hinter uns gebracht, aber der alte Stamm der USPD-Mitglieder mit ihrer marxistischen Ideologie sei bei der Rechten geblieben. Der traditionelle sozialdemokratische Radikalismus sei nicht mit uns gegangen, auch die linken Gewerkschaftsführer nicht. Wie in dem Gespräch mit Sinowjew verwies ich auf alle Elemente, die die Konsolidierung des Regimes unterstützten, und dabei nicht zuletzt auf die Rolle der preußischen Schutzpolizei. Ich sagte zum Schluß rundheraus, daß sie

von uns jetzt keinerlei Aktionen erwarten dürften, sondern lediglich Propaganda und Bemühungen um die Konsolidierung der Organisation, die in der Hauptsache aus neu zur Bewegung gestoßenen Mitgliedern bestehe.

Ich wurde schweigend angehört. Ich konnte wohl erkennen, daß etwas ganz anderes erwartet worden war als eine solche Analyse der deutschen Situation. Meinem Bericht folgte zunächst Schweigen, dann fing Lenin an, mich über die relevanten Punkte im einzelnen zu befragen. Immer wieder kam er auf die Frage zurück: „Beabsichtigen Sie Massenaktionen größeren Umfangs, können wir Massenaktionen größeren Umfangs erwarten?“ Ebenso nachdrücklich, wie er fragte, versicherte ich ihm, daß in naher Zukunft keine Massenaktionen zu erwarten seien und daß wir auch nicht den Versuch unternehmen würden, solche Aktionen mit dem Ziel eines bewaffneten Aufstands zu organisieren oder einzuleiten.

Ich weiß heute, eine wie bittere Enttäuschung mein Bericht für Trotzki und Sinowjew und ihre Fraktion gewesen sein muß. Ich habe nach dieser Sitzung Lenin noch mehrfach wiedergesehen und mit ihm gesprochen, aber Trotzki ließ mich ganz offensichtlich links liegen, obgleich ich einer der prominentesten Vertreter in der Komintern war. Was er und seine Freunde wünschten, war eine eindrucksvolle Massenaktion in Deutschland. Selbst für den Fall, daß sie zur einer Niederlage führen würde, wollten sie an Hand einer solchen Aktion den Mitgliedern der russischen Kommunistischen Partei und darüber hinaus breiteren Kreisen der Bevölkerung klarmachen, daß die weltpolitische Situation noch flüssig und die weltrevolutionäre Bewegung nicht abgeebbt sei.

Anfänglich hatte ich die Dinge in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses der Führung der VKPD zur Führung der Komintern gesehen, und ich hatte Sinowjew und vor allen Dingen Radek im Verdacht, daß sie die deutsche Partei in eine Aktion treiben wollten, um bei dieser Gelegenheit die Unterordnung der deutschen Zentrale unter ihre eigene Befehlsgewalt durchsetzen zu können. Aber noch bevor ich Moskau verließ, wußte ich, daß dieser Gesichtspunkt viel zu eng gewesen war.

Lenin war im Begriff, die Konsequenzen aus der internationalen Lage wie aus der Vertrauenskrise der Sowjetführung in Rußland selbst zu ziehen. Der Weg, den er schließlich ging, war unstritten. Er wurde auf internationalem Gebiet bezeichnet durch die de facto Anerkennung der Sowjetregierung in einem Abkommen mit England über Handelsfragen, das am 16. März 1921 unterzeichnet wurde,¹⁴ und durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Polen am 18. März 1921; auf innenpolitischem Gebiet durch die Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP),¹⁵ und auf innerparteilichem Gebiet durch die Straffung der Führerdiktatur und der Herrschaft der Partei über die Sowjets. Von den inneren Diskussionen im engsten Führerkreis der russischen Kommunistischen Partei erreichten mich nur einige Erzählungen und Berichte, deren Exaktheit nicht nachzuprüfen war, es war

¹⁴ Ebenfalls am 16. März 1921 wurde ein Freundschaftsvertrag mit der Türkei abgeschlossen.

¹⁵ Die Neue Ökonomische Politik (Novaja Ekonomičeskaja Politika, NEP) wurde eingeleitet (Dekret vom 21. 3. 1921) durch die Abschaffung der Pflichtablieferung der Bauern. An ihre Stelle traten Naturalsteuern; weiterhin wurde in Form von Verpachtungen ein Teil der Industrie reprivatisiert. Die erste Periode der NEP (bis 1925/26) diente der Wiederinbetriebnahme der bestehenden Produktionsmittel, die darauf folgende „Rekonstruktionsperiode“ (die NEP endete offiziell 1936) hatte die Industrialisierung durch Investitionen und die Steigerung der Agrarproduktion zum Ziel.

jedoch im Verlauf meines Aufenthalts in Moskau deutlich zu erkennen, daß Lenin sich sowohl gegen die Anhänger einer wirklichen Regierung und Verwaltung durch die Arbeiterräte als auch gegen Trotzki und die orthodoxen Planwirtschaftler durchsetzte. Die Verstrickung der einzelnen Probleme in diesem Transformationsprozeß ist wohl auch heute kaum exakt auflösbar. Auf jeden Fall spielte das Bild, das Sinowjew und Radek und ihre Gewährsmänner von der Lage in Deutschland vermittelt hatten, eine erhebliche Rolle bei allen Erwägungen der Exekutive der russischen Kommunistischen Partei, ehe ich nach Moskau kam.

Nach dieser Sitzung im Kreml wurde ich ins Hotel Lux gebracht, wo die Vertreter der Komintern-Parteien untergebracht waren. Man stellte mir ein großes zweifenstriges Zimmer mit Privatbad zur Verfügung. Das Mittagessen wurde gemeinsam im Speisesaal des Hotels eingenommen. Es hätte selbst in Deutschland in den damaligen hungrigen Zeiten für recht gut gegolten, angesichts des Hungers der russischen Bevölkerung war es geradezu luxuriös. Dennoch gab es Komintern-Vertreter, die es nicht gut genug fanden. Einer provozierte sogar eine Szene, in der schließlich dem Kommandanten des Hotels der Geduldsfaden riß und er ausrief: „Unsere Leute hungern. Sehen Sie nicht die Schlangen vor dem Brotladen an der nächsten Ecke, wo die Frauen tage- und nächtelang auf Brot warten?“ Bei dieser Szene mußte ich an eine bissige Bemerkung denken, die Paul Levi kurz vor meiner Abreise gemacht hatte. Er sagte: „Wenn die Bolschewiki mich einladen und sprechen wollen, bin ich durchaus bereit, nach Moskau zu fahren, aber ich nehme von ihnen nichts geschenkt, nicht das kleinste Stückchen Brot. Ich werde hier auf meine Kosten einen Güterwagen mit Konserven beladen und mit nach Moskau nehmen und während meines Aufenthaltes dort davon leben.“ Außer dem Mittagessen erhielt ich eine Naturalverpflegung von Brot, Tee, Zucker, Kakao und Butter.

Den erwähnten Brotladen konnte ich von den Fenstern meines Zimmers aus sehen, die auf eine Nebenstraße gingen. Oft ging mein Blick dahin, auch spät nachts. Ständig war der Laden von Scharen von Frauen umlagert, die nachts trotz Schnee und schneidender Kälte, dicht in Lumpen eingehüllt, auf der Straße schliefen, um die Öffnung des Ladens am anderen Tag nicht zu versäumen. Man zeigte mir einmal ein Stück von dem Brot, das dort ausgeteilt wurde. Es schien zu dreiviertel aus Baumrinde zu bestehen.

Vom Hotel Lux aus durchstreifte ich Moskau, immer zu Fuß. Meine Begleiterin war eine deutsche Kommunistin, die ständig in Moskau im Hotel Lux lebte. Sie gehörte zu den Ehrengästen der Komintern. Ich hatte eine kleine Kamera bei mir. Ich machte einige Aufnahmen von den Kreml-Türmen, von meiner Begleiterin im Schnee auf den Stufen der großen Kathedrale und auf dem Roten Platz stehend und einige andere Aufnahmen, die jeder beliebige Tourist hätte machen können. Ich hätte Dutzende von Aufnahmen von reinen Elendsbildern festhalten können, aber ich hatte dagegen eine innere Hemmung. Nur einmal machte ich eine Aufnahme von einem charakteristischen Straßenbild. Am Rande des Bürgersteigs auf der Straße stand völlig unbeaufsichtigt ein altes, ausgemergeltes Pferd. Es stand stockstill, ohne Geschirr und ohne Decke. Sein Fell war stellenweise von einer Hautkrankheit zerrissen. An ihm vorbei drängte sich die dichte Menge der Bevölkerung, der man die Armut an den Gesichtern wie an der Bekleidung ablesen konnte. Es war ein sonniger Tag im Schnee, aber bitter kalt. An solchen Tagen schien ganz Moskau auf der Straße zu leben. Aber das Pferd stand und rührte sich nicht. Ich war wie fasziniert von ihm. Meine Begleiterin zuckte mit den Achseln. Ich sah dem Pferd wohl eine

Viertelstunde lang zu, es bewegte sich in dieser Zeit nicht ein einziges Mal. Niemand kümmerte sich um das Pferd. Ich konnte schließlich nicht widerstehen und machte eine Aufnahme von ihm. Ich hätte später auf dem Moskauer Flohmarkt viel charakteristischere Aufnahmen machen können, was ich nicht tat. Diese Aufnahme war eine der wenigen, die ich von Moskau nach Berlin mitnahm. Sie war später für mich immer ein Symbol des Lebens in Moskau im Anfang des Jahres 1921. Im Jahre 1940 ist das Pferd zusammen mit anderen Bildern in Paris der Gestapo in die Hände gefallen.

Zu den Bewohnern des Hotel Lux, mit denen ich nähere Bekanntschaft schloß, gehörte eine deutsche Familie aus Schwaben. Der Mann war als deutscher Kriegsgefangener in Sibirien gewesen und hatte sich der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt. Seine Frau war nach Moskau gekommen. Nach meiner Abreise aus Moskau verlor ich sie zunächst aus den Augen, später fand ich, daß sie nach Deutschland zurückgekehrt waren und in der Rudolf Steiner-Bewegung eine führende Rolle spielten. Direkt neben mir im Hotel Lux wohnte der indische Vertreter M. Roy¹⁶ mit seiner Frau, einer Amerikanerin. Ich habe in Moskau einige wenige wirklich vornehme Charaktere kennengelernt. Er gehörte zu ihnen. Wir waren bald befreundet. Die Freundschaft begann damit, daß wir zusammen Schach spielten, während die Frau zusah oder Besorgungen machte. Die Unterhaltung wurde auf englisch geführt. Die beiden bewohnten ein einfenstriges Zimmer ohne Bad. Eines Tages drückte ich mein Erstaunen darüber aus, daß ich so komfortabel wohnte und sie so beengt, und ich sagte: „Sollten wir nicht die Zimmer tauschen?“ Die Gegenfrage der Frau lautete: „Sind Sie wirklich so naiv?“ – Und von da an nahm sie meine Aufklärung über die Komintern-Hierarchie und die Bräuche im Hotel Lux in die Hand. Zunächst versicherte sie mir ernsthaft, sie und ihr Mann würden verhaftet werden, wenn wir einen solchen Wohnungstausch vornähmen, ich natürlich nicht. Sie sagte: „Sie gehören zu den Fürsten der Internationale, Sie vertreten eine wirklich existierende und große Partei in einem wichtigen, vielleicht dem für die Komintern wichtigsten Land Europas – mit Ausnahme Bulgariens natürlich. Also haben Sie ein Fürstenzimmer erhalten. Wir vertreten eine kleine Partei in Indien, von der man nicht genau weiß, ob und wie weit sie wirklich existiert. Natürlich stehen hinter uns die Inder, die in Amerika, England und anderen Ländern leben, aber in Indien ist unsere Partei etwas nebelhaft. Also rangieren wir auf den untersten Rängen der Hierarchie der Komintern, also haben wir nur ein kleines Zimmer.“ Ich war wirklich naiv, ich war entrüstet und erstaunt. Sie sagte: „Das werden Sie sich hier abgewöhnen.“ Dann verglichen wir, was wir an Naturalverpflegung erhielten, und es stellte sich heraus, daß ich allein nahezu ebensoviel erhielt wie die beiden zusammen. Es war selbstverständlich, daß ich sie dann oft zu Tee und Kakao einlud, ebenso, daß die Frau mein Badezimmer benützte, was sie sehr vermißt hatte. Er war über Komintern-Angelegenheiten außerordentlich gut unterrichtet, und ich verdankte ihm manche Informationen, die ich sonst nicht erhalten hätte. Ihre Schilderung der Komintern-Hierarchie war exakt. Über mir rangierte nur noch der bulgarische Vertreter, eine schöne hoch gewachsene Erscheinung, der mit seiner jungen Frau, die

¹⁶ Manabendra Nath Roy (1887–1954) verließ 1915 als Student Indien, 1917–1919 in Mexiko, Delegierter der mexikan. KP beim II. Kongreß der Komintern, 1921–1924 und 1925–1927 im EKKI, 1929 Ausschluß aus der Komintern, 1929–1930 in Berlin, 1930 Rückkehr nach Indien, 1931–1936 in Haft, Mitglied der Kongreßpartei, 1940 Gründer einer radikal-demokratischen Partei.

in Pariser Eleganz durch den Speisesaal des Hotels schritt, zwei Zimmer bewohnte. Alle diese Zimmer waren in der Bel-Etage des Hotels. Eines Tages besuchte ich die Vertreter der KAPD.¹⁷ Ihre Partei gehörte zwar nicht mehr zur Komintern, aber ihre Vertreter wurden auf besonderen Wunsch Lenins in Moskau zurückgehalten. Er wollte über den Kopf Paul Levis hinweg eine Verständigung zwischen der VKPD und der KAPD zustandebringen. Ich hatte diese Vertreter im Speisesaal getroffen, wir verkehrten freundschaftlich miteinander. Sie wohnten in der vierten oder fünften Etage des Hotel Lux in einem Hinterzimmer, das mehr ein Loch genannt zu werden verdiente und nur ein kleines Dachfenster hatte. So arbeitete das hierarchische System der Komintern. Nebenbei bemerkt saßen sie zu dritt um den Tisch und spielten Skat, als ich sie besuchte.

An einem anderen Tag begegnete ich Mrs. Roy im Korridor. Sie sagte: „Die Kurierpost aus dem Westen ist heute eingetroffen.“ Ich merkte, daß sie mehr sagen wollte, und fragte nur: „Nun und?“ Sie fragte weiter: „Sind Sie beim Zimmer des bulgarischen Vertreters vorbeigegangen und haben Sie hineingesehen?“ Als ich verneinte, sagte sie einfach: „Kommen Sie mit. Die beiden sind ausgegangen, die Zimmer werden jetzt saubergemacht.“ Wir gingen den Gang entlang zu den beiden Vorderzimmern. Auf den Stühlen und den Sofas lagen kostbare französische Seidenstoffe, auf allen Tischen standen blühende Mimosen. Es war noch härtester Winter in Moskau. Zu meinem revolutionären Moralkodex gehörte eine Hinneigung zu tolstoianischen Anschauungen. Ich hatte anfänglich alle Erklärungen für bare Münze genommen, daß die höchsten Sowjetfunktionäre und die Führer der Bewegung sich mit dem gleichen Einkommen begnügen würden, das auch die Arbeiter erhielten, aber ich wußte inzwischen, daß diese Fiktion des Kriegskommunismus sich ebensowenig hatte verwirklichen lassen wie andere Fiktionen auch. Als ich einmal Karl Radek in seiner Wohnung im Kreml besuchte – sie war nach deutschen Begriffen überaus ärmlich und eng –, hielt er mir einen instruktiven Vortrag über die Schwierigkeiten, die sie mit all dem hätten, was sie im ersten Enthusiasmus versprochen hatten. Ich fragte ihn, wie er sich damit auseinandersetze. Daraufhin erzählte er: „Ich war kürzlich bei zwanzig Grad Kälte in einer Versammlung in der Provinz. In der Versammlung stand ein Bauer auf und fragte mich, wie es komme, daß ich einen so warmen Pelz hätte und er nicht, und ob das die versprochene Gleichheit sei. Ich antwortete ihm: ‚Mein Freund, ich bin zehn Stunden durch die Kälte gefahren, um zu Euch zu reden. Du gehst nach der Versammlung nachhause, ich muß wieder zehn Stunden durch Nacht und Nebel fahren. Hätte ich den Pelz nicht, so könnte ich nicht zu Euch kommen, ich habe den Pelz, um zu Euch kommen zu können‘.“ Ich fragte: „Und hat er es geglaubt?“ Er zuckte mit den Achseln und sagte: „Die Versammlung war jedenfalls überzeugt.“ Trotz aller tolstoianischen Anlehnungen wußte ich nur zu genau, daß die Anfangsfiktionen der Bolschewiki auf diesem Gebiet wider den gesunden Menschenverstand gewesen waren. Aber die Schwierigkeit bestand darin, daß die von ihrer Propaganda erfaßten Massen noch an sie glaubten, während die Wirklichkeit ganz anders war. Radek sprach darüber mit großer Offenheit. Er unterstrich, welch einfaches Leben die Führer des Staates führten, daß die auf ihnen ruhende Arbeitslast so ungeheuer war, daß sie für irgendwelchen Luxus keine Zeit

¹⁷ Vertreter der KAPD mit beratender Stimme im EKKI war zur Zeit von Geyers Anwesenheit in Moskau Arthur Goldstein. Zu den KAPD-Delegationen beim EKKI vgl. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923*. Meisenheim 1969, S. 259.

hätten, daß ihnen aber alles gegeben werden müsse, was sie zur Durchführung ihrer Funktion brauchten, und daß dies nicht auf der Grundlage theoretischer Gleichheit aller Arbeitseinkommen möglich wäre. Ebenso offen sprach er darüber, daß einige weniger Charakterfeste unter dem führenden Personal sich nicht an die Regeln hielten. Er erzählte ein Beispiel von einem Gewerkschaftsführer, dessen Söhne von einer Deutschlandreise mit teuren goldenen Uhren, teuersten photographischen Apparaten und Prismengläsern zurückgekommen seien. Da ich wußte, daß die Hingabe an die Sache sein Lebenselement war und wie er in Berlin gelebt hatte, konnte ich ermessen, daß er über diese Dinge mit voller Aufrichtigkeit sprach. Ich nahm deshalb keinen Anstand, ihm die Geschichte von der Kurierpost und dem bulgarischen Vertreter zu erzählen. Er schien nicht erstaunt zu sein, sondern sagte ironisch: „Ja, diese Bulgaren, sie bilden sich wunder ein, wer sie sind.“ Aber ich konnte ihm ansehen, daß er entrüstet war. Schließlich meinte er: „Er ist ein lieber Junge, durchaus willig und brauchbar, aber es ist das Weib.“
[...]¹⁸

Konflikt im EKKI über die Lage in Deutschland

In einem der Verhandlungssäle des Hotels fand schließlich die offizielle Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale statt, bei der ich über die Lage in der neu zusammengeschlossenen VKPD und die politische Situation in Deutschland referierte – in gleicher Weise wie im Gespräch mit Sinowjew und in der russischen Exekutive. Beim Beginn meines Referats stellte ich meine Aktentasche an den Fuß meines Stuhles auf den Boden. Ich sprach im Stehen. Als ich etwa eine Stunde geredet hatte, sah ich zufällig nach unten. Die Aktentasche war verschwunden. Ich sprach ruhig weiter, aber ich suchte mit den Blicken die Umgebung des Stuhles ab. Nichts, die Tasche war weg. Als ich eine halbe Stunde später mit meinem Referat zu Ende war, sah ich wieder nach unten. Die Tasche war wieder da. Nach der Sitzung untersuchte ich sie genau. Es fehlten alle Berichte und statistischen Nachweisungen über den Stand der kommunistischen Jugendorganisationen in Deutschland. Das war bei weitem nicht das Interessanteste in dieser Tasche, ich nahm deshalb an, daß ich früher geendet hatte als angenommen worden war, und daß in der Eile vergessen wurde, gerade dies Material in die Tasche zurückzustecken. Ich kann nicht sagen, daß ich moralisch entrüstet gewesen sei; denn von dem Geheimpolizei-Spielen hatte ich schon in Berlin einiges erlebt. Vor meiner Abreise sagte Radeks rechte Hand, Felix, zu mir: „Der Chef will Ihnen einen Brief mitgeben. Wollen Sie ihn heute nachmittag auf dem Tisch Ihres Wohnzimmers finden?“ Ich wohnte möbliert und pflegte mein Zimmer beim Verlassen abzuschließen. Der Brief lag, wie angekündigt, auf dem Tisch meines verschlossenen Zimmers. [...]

In dieser Sitzung des EKKI erfolgte nach meinem Referat eine längere Diskussion. Bela Kun, der Führer der gescheiterten ungarischen Räterepublik, sprach über die Notwendigkeit einer deutschen Aktion und drückte die Hoffnung aus, daß sie über Österreich nach Ungarn ausstrahlen würde. Radeks junger Mann, der mich nach Moskau begleitet hatte, suchte meine Darstellung in Einzelheiten zu widerlegen. Er sprach in sehr gebrochenem Deutsch, und manchmal hatte ich Mühe, ihn zu verstehen. Ich war erstaunt, daß Radek nicht redete. Die Diskussion ging nicht nur um

¹⁸ In der folgenden Passage (Ms. S. 441–442) ist von amourösen Affären im Hotel Lux die Rede.

die Möglichkeit einer Aktion, sondern auch um die organisatorische Umgestaltung der deutschen Zentrale, und dies Problem stellte den Kern des Streites zwischen Paul Levi und Radek dar. Im Grunde stießen dabei die Anschauungen Rosa Luxemburgs, die eine unbedingte Anhängerin innerer Demokratie im Partei- und Rätssystem war und für die unbedingte Meinungsfreiheit der Andersdenkenden eintrat, mit dem System der zentralen Diktatur von oben zusammen, auf das Lenin bewußt seit 1904 seine Organisation gestellt hatte. Das Leninsche System war etwas ganz anderes als das Rätssystem, das die Bolschewiki den breiten Massen der russischen Bevölkerung gepredigt hatten. Nach ihrer früheren propagandistischen Darstellung dieses Systems hätten Entscheidungen von unten nach oben erfolgen müssen, auch die Existenz einer zweiten sozialistischen Partei wäre durchaus möglich und legal gewesen. In der Praxis zwang die Not ihrer eigenen Krise die Sowjetregierung, im Widerspruch zu dem, was sie ursprünglich gesagt hatte, die zentrale Diktatur von oben auch in der Partei immer stärker zu straffen bis zur vollen persönlichen Diktatur des Führers, der als Organ zur Durchsetzung seines Willens die Staatspolizei zur Verfügung hatte. Ich erinnere hier an das, was ich in einem früheren Abschnitt über den Organisationsfetisch gesagt habe. Das innerrussische System auf die Komintern und die ihr angeschlossenen Parteien zu übertragen, war der Zweck von Radeks Einwirkung auf die deutsche Zentrale. Levi, ich und unsere Freunde traten dieser Absicht in den Weg. Im Kampf darum hatte, wie berichtet, die Spaltung der italienischen Kommunistischen Partei symbolische Bedeutung erlangt, und die Frage, ob der Komintern-Vertreter bei dieser Spaltung richtig gehandelt habe, war zum Brennpunkt der Auseinandersetzungen geworden. Sie gingen darum, ob die neue deutsche Partei eine kleine, von oben und in der Tat von Moskau aus dirigierte sektenmäßige Partei oder eine wirkliche Massenpartei mit innerem demokratischen Leben sein sollte. Aber nur einmal griff Radek in die Diskussion ein. Er warf mir vor, daß ich eine Zentralsolution vernachlässigt hätte. Ich antwortete ihm, daß dies seine eigene, von ihm verfaßte Resolution gewesen sei, die er bei einer Zufallsbesetzung der Zentrale habe beschließen lassen.

Ich machte mir meine Gedanken darüber, warum Radek mit Ausnahme dieses Punktes sich nicht an der Diskussion beteiligte. Ich wußte, daß er Lenin über die deutschen Dinge beriet, ohne daß dieser sich ausschließlich auf ihn verließ. Eine stürmische Auseinandersetzung mit mir in dieser Sitzung, in der Lenin anwesend war, hätte wohl seinen Kredit bei Lenin erschüttern können. Da er nicht redete, blieb der eigentliche Konfliktpunkt zwischen der deutschen Zentrale und der Kominternführung unerörtert und unentschieden.¹⁰ Lenin saß während dieser Sitzung nicht am Verhandlungstisch, sondern am Fenster und hörte zu. Nur einmal fuhr er auf, als ich sagte, Serrati habe durch mich seine Verhandlungsbereitschaft mitteilen lassen.

¹⁰ Vgl. das im Vorwort, S. 17, Anm. 15, erwähnte Protokoll der EKKI-Sitzung vom 22. Februar 1921. Danach berichtete Geyer über die organisatorische Entwicklung der VKPD, über die allgemeine Situation in Deutschland, das Verhältnis der VKPD zur KAPD und zu den Gewerkschaften sowie über die italienische Frage (Serrati). Auf Geyers Referat antwortet Radek ausführlich. Er kritisierte die VKPD als wenig schlagkräftig und insbesondere Levi als Exponenten „opportunistischer Tendenzen“. Radek schloß nach gründlicher Mißbilligung der Haltung Levis und der VKPD-Zentrale gegenüber Serrati: „Ich hoffe, daß die Entwicklung in Italien und Deutschland gezeigt hat, daß wir in Deutschland keine kommunistische Partei haben, sondern ein Kind auf rachitischen Füßen und mit einem Wasserkopf, und daß die Exekutive sehr energisch in die deutsche Bewegung eingreifen wird.“ Bela Kun erscheint in dem Protokoll nicht. S. a. Vorwort, S. 21.

Er fragte schneidend: „Warum erfahre ich das erst heute?“ Sinowjew antwortete verlegen, er habe es ihm bereits mitteilen wollen, sei aber nicht dazu gekommen. Lenin fragte mich dann, wann ich Serrati gesehen hätte. Ich gab ihm Bescheid und sagte ihm, daß ich Sinowjew Serratis Visitenkarte mit der Vollmacht für mich bei meiner Ankunft gegeben hätte. Lenin sagte: „unglaublich, unglaublich.“ Es war ganz klar, daß er im Gegensatz zu Sinowjew verhandeln wollte.

Als ich nach der Sitzung über den Zwischenfall nachdachte, machte ich mir klar, daß der Kurs der russischen Kommunistischen Partei sowohl in der italienischen, als auch in der deutschen Zentralefrage nicht endgültig festgelegt sein konnte, wenn Lenin bereit war, mit Serrati zu verhandeln, der entschieden noch mehr Autonomie verlangte als wir. Aber ich hatte keine Möglichkeit, diese Überlegungen auf schnellstem Wege an meine Freunde in Berlin mitzuteilen.

In Berlin hatten inzwischen Radeks Apparat und die von ihm in der neuen Partei aufgezogene geheime Fraktion gegen die Zentralemehrheit gearbeitet. Am 24. Februar beschloß der Zentraleausschuß der VKPD eine von Radek verfaßte Resolution gegen die Haltung Levis in der italienischen Frage. Die Zentralemitglieder und Reichstagsabgeordneten Levi, Däumig, Zetkin, Braß und Adolph Hoffmann erklärten danach ihren Austritt aus der Zentrale der VKPD. Statt kräftiger Unterstützung von Deutschland erhielt die Kominternführung eine eklatante Krise in der neu vereinigten deutschen Partei, was sie sich selber zuzuschreiben hatte.²⁰ Damit war die sogenannte Levi-Krise der VKPD voll eröffnet. In ihrem Verlauf verloren Sinowjew und Radek beträchtlich an Kredit bei Lenin, und nach allen Wirrungen, Ausschließungen, Kittungsversuchen und wütendem öffentlichen Streit, und besonders nach dem kläglichem Scheitern eines als „Märzaktion“²¹ bekannten, von Moskau befohlenen Putschversuches, hatten sich die Anschauungen unserer Gruppe so weit bei der Exekutive der russischen Kommunistischen Partei durchgesetzt, daß Trotzki selbst auf dem dritten Weltkongreß der Komintern das Ende der weltrevolutionären Expansion verkündete.²²

Als ich den Austritt meiner Freunde aus der Zentrale erfuhr, entschloß ich mich, sofort meine volle Solidarität mit ihnen zu demonstrieren.

Ich wußte, daß der Austritt die Konsequenz des Ausscheidens von Stoecker, Koenen und Remmele aus der Führungsgruppe der linken USPD war. Hätte diese Gruppe zusammengehalten, so hätte ein Beschluß des Zentraleausschusses, der Levis Haltung in der italienischen Frage mißbilligte, von der intakten Zentralemehrheit beiseite geschoben werden können – und wahrscheinlich wäre es überhaupt nicht zu diesem Beschluß gekommen. So aber hatten meine fünf Freunde die Konsequenz aus der veränderten Machtlage in der Partei gezogen. Sie demonstrierten von vornherein, daß die Differenz von parteisprengender Kraft war. Paul Levi war nicht allein unterlegen. In erster Linie hatte die alte Führungsgruppe der linken USPD, die Ernst Däumig als eine verschworene Gemeinschaft bezeichnet hatte, ihre füh-

²⁰ Zur ersten „Levi-Krise“ vgl. Angress, *Die Kampfzeit der KPD*, S. 135 f.; s. a. Bernd Dieter Fritz, *Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen „Rechts“-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik*, Phil. Diss. Bonn 1966, S. 31 f.

²¹ S. S. 278 f. und 288.

²² Vgl. das Referat Trotzki's „Die wirtschaftliche Weltkrise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale“, in: *Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale* (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 47 ff.

rende Position durch ihren eigenen Zerfall verloren. Was ich bereits vor meiner Abreise gefürchtet hatte, war eingetreten. Es war für mich ganz selbstverständlich, daß ich zu den Fünf gehörte. Wäre ich in Berlin gewesen, so hätte ich ebenso gehandelt wie sie; denn ich begriff wohl, daß dieser dramatische Rücktritt, der in der gesamten deutschen Öffentlichkeit als eine große Sensation empfunden wurde, eine Kampfhandlung darstellte, um die Partei zum Verständnis der damit verbundenen Problematik aufzurütteln.

In der Exekutive der russischen Kommunistischen Partei machte man sich zunächst nicht klar, was der Rücktritt der bekanntesten kommunistischen und Unabhängigen Führer aus der Zentrale der VKPD bedeutete. Radek jedoch erkannte es sofort, und meine Haltung ließ ihn erkennen, daß diese Krise noch weitergreifen würde. Ich verlangte von ihm, daß das Präsidium der Komintern der deutschen Zentrale ein Telegramm von mir übermitteln sollte, in dem ich meine Solidarität mit den Fünf und meinen eigenen Austritt aus der Zentrale erklärte und meine sofortige Rückberufung verlangte. Radek war wütend, und wir hatten eine heftige Auseinandersetzung. Zunächst hielt er mir vor, daß ich mit meiner linken Tradition mich damit auf die Seite des rechten Flügels der Partei stellte. Ich antwortete ihm: „Aber ich bin einer der Führer dessen, was Sie den rechten Flügel in der Partei nennen, Sie sollten das wissen!“ Ich verstand wohl, daß er für sich selber Befürchtungen hatte, wenn die Krise in der deutschen Partei, die eine Folge seiner Aktivität war, unübersehbare Dimensionen annehmen würde. Als er sagte, das Präsidium der Komintern, dem er meine Forderung unterbreiten werde, werde mit Bestimmtheit die Weitergabe des Telegramms ablehnen, erklärte ich ihm, ich würde mich an Lenin wenden. Da fuhr er auf: „Lassen Sie doch jetzt den Alten damit in Frieden. Er hat den Kopf voll mit den großen inneren Entscheidungen, vor denen wir stehen, wir können ihm jetzt nicht mit Ihren deutschen Geschichten kommen. Außerdem warten wir selbst noch auf die schriftlichen Unterlagen für das, was geschehen ist, ehe wir uns im Präsidium darüber entscheiden, was getan werden muß, und auch über Ihr Telegramm. So lange können Sie doch warten. Sie wissen doch ganz genau, was bei uns im Augenblick vor sich geht.“ Ich wußte das sehr wohl, und wir kamen überein, die Frage meines Rücktritts zurückzustellen. Ich hielt indessen meine Absicht keineswegs geheim und sorgte dafür, daß sie auch der Exekutive der russischen Partei bekannt wurde. Diese plötzliche Enthüllung einer ernsthaften Krise in der deutschen Partei erregte die Kreise des EKKI auf das Stärkste. Man nahm Stellung für und wider. Am hitzigsten äußerte sich einer der Vertreter der ungarischen Kommunistischen Partei. Er machte offen Stimmung dafür, daß die VKPD noch einmal gespalten werden mußte, weil ein Teil ihres führenden Personals nicht den 21 Bedingungen genüge. Nach einigen Tagen wurde mir mitgeteilt, daß das Präsidium der Komintern im Einvernehmen mit Lenin einen Vertreter der Ausgetretenen, Otto Braß, und einen Vertreter der Zentrale, Wilhelm Koenen, zu Beratungen über diese Krise nach Moskau eingeladen habe. Beide gehörten zu meinen engsten Freunden. Wir hatten in der Führung der linken USPD auf das Engste zusammengearbeitet, aber im Laufe der im vorigen Abschnitt beschriebenen Zentralsitzungen war Koenen zu Radeks Fraktion übergegangen. Nunmehr überlegte ich, daß ich pro forma immer noch der Vertreter der Zentrale im EKKI war und also solange an den Beratungen über die deutsche Frage teilnehmen konnte, als ich nicht abberufen wurde. Ferner, daß ich Otto Braß unterstützen, informieren und instruieren könnte. Ich gab mich deshalb damit zufrieden, daß von meinem Telegramm nicht mehr die Rede war. Der

[X.] Parteitag der russischen Kommunistischen Partei [8.–12. 3. 1921] stand unmittelbar bevor. Seine Bedeutung war in der Tat überragend, und vor seinem Abschluß konnte nicht auf großes Interesse für den inneren Streit in der deutschen Partei bei den Führern der russischen Kommunistischen Partei gerechnet werden.

Neben den Sitzungen und politischen Gesprächen blieb mir zunächst freie Zeit, die ich benützte, um mit meiner Begleiterin Moskau zu Fuß zu durchstreifen. Von diesen Streifzügen sind mir zwei Begegnungen im Gedächtnis geblieben. Eines Abends hatten wir uns in einem der Außenbezirke Moskaus verlaufen, der mit seinen niedrigen Häusern und Hütten einen dörflichen Eindruck machte. Weit und breit war keine Menschenseele zu erblicken. Plötzlich tauchte um eine Ecke ein Mann auf. Obwohl er einen schäbigen Pelz trug, machte er auf mich einen sehr westeuropäischen Eindruck. Meine Begleiterin rief ihn auf russisch an. Als er herankam, sah ich, daß er ein typisches Intellektuellengesicht hatte. Meine Begleiterin fragte ihn auf russisch nach dem Weg. Er sah uns zunächst zweifelnd an, dann lächelte er freundlich und gab uns ohne ein Wort der Erklärung auf deutsch Bescheid über den Weg. Wir dankten ihm auf deutsch. Als er merkte, daß ich eine Frage an ihn richten wollte, schüttelte er den Kopf, winkte mit der Hand und verschwand im Dunkeln um die nächste Ecke.

Bei einem anderen Streifzug wurde mir das frühere Hauptquartier der Anarchisten gezeigt. Sie hatten sich der Tscheka widersetzt.²³ In ihrem gänzlich hoffnungslosen Kampf mit den Tschekatruppen wurde die Fassade des Hauses durch Artilleriefeuer zerstört. Es war eine traurige Ruine. Von dort gingen wir durch ein ehemals großbürgerliches Wohnviertel. Hohe fünfstöckige Häuser, die irgendwo in Berlin oder Paris hätten stehen können, umgaben einen Platz, dessen Gartenanlagen völlig verwildert waren. Die Dämmerung hatte begonnen. Diese leeren, verlassen Häuser, grau in grau, Zeugen der vergangenen bürgerlichen Welt von gestern, hinterließen bei mir ein melancholisches Gefühl. „Wer wohnt jetzt dort?“ fragte ich meine Begleiterin. „Niemand“, antwortete sie, „sie sind vollkommen leer, sie sind beschlagnahmt und verfallen innen und außen.“ Unser deutsch geführtes Gespräch hallte von den leeren Häuserfronten wider. Wir waren die einzigen Passanten in diesem Viertel. Plötzlich löste sich von einer der Häuserfronten eine weibliche Gestalt los und kam auf uns zu. Sie war etwa zwanzig Jahre alt. Ihre ärmliche Kleidung zeigte Spuren von Eleganz, ihr Gesicht war bleich, aber schön. Sie sprach mich an und sagte: „Sie sprechen deutsch?“ – „Ja.“ – „Sie kommen aus Deutschland?“ – „Ja.“ – „Gehen Sie dahin zurück?“ – „Ja.“ – „Nehmen Sie mich mit. Heiraten Sie mich oder nehmen Sie mich als Ihre Freundin mit mitsamt meiner Mutter, wie, ist mir völlig gleich. Ich habe hier eine alte Mutter wohnen, die ich retten muß. Wenn Sie wollen, können Sie uns jetzt besuchen.“ – Meine Begleiterin wandte sich ab und ging einige Schritte weiter. Ich sagte zu dem jungen Mädchen: „Das kann nicht gesche-

²³ Anarchistische Gruppen, regional und politisch (syndikalistische und kommunistische Richtung) gespalten, seit 1917 in einer Föderation zusammengeschlossen, hatten sich an der Seite der Bolschewiki an der Oktoberrevolution beteiligt; sie gerieten aber bald in immer größeren Gegensatz zur Sowjetregierung und wurden verfolgt. Die Moskauer Anarchisten waren in der Nacht zum 14. Mai 1918 unter Einsatz schwerer Waffen liquidiert worden. Vgl. Peter Arschinow, *Anarchisten im Freiheitskampf. Geschichte der Machno-Bewegung (1918–1921)*, Zürich 1971, S. 342 f. – Die Staatspolizei „Tscheka“ (CK = Črezvyščajnaja Komissija, Außerordentliche Kommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage) war im Dezember 1917 gegründet worden.

hen. Ich bin ein Funktionär der Komintern.“ Sie erschrak sichtlich, ich sagte ihr: „Ich habe Sie nicht gesehen. Ich werde Sie nicht verraten.“ Sie verschwand wieder im Dunkel der Häuserfront. Meine Begleiterin sagte: „O ja, das gibt es. Sie war recht hübsch. Wenn Sie gewollt hätten, hätten Sie sie vielleicht mitnehmen können, aber sicher nicht zusammen mit ihrer Mutter.“ Sie setzte mir auseinander, daß es bei den noch verbliebenen Resten von Bürgertum und Aristokratie ein üblicher Traum sei, von einem Ausländer geheiratet zu werden, um die Sowjetunion verlassen zu können. Sie nannte mir einige Beispiele, in denen tatsächlich Ausländer und auch kommunistische Funktionäre Mädchen aus der früheren Gesellschaft mit ins Ausland genommen hätten. Mit einem Anflug von Heimweh sagte sie dann: „Ach ja. Deutschland, grüne Wälder und Wiesen, gelbe Kornfelder.“ Sie brach ab und erzählte dann weiter, daß auch bekannte Persönlichkeiten, die ihren Frieden mit dem Sowjetregime gemacht hätten, manchmal den Weg einer Heirat mit einer Ausländerin suchten, um eine Ausreisebewilligung zu erhalten. – „Sie haben Aljechin²⁴ kennengelernt, den Schachmeister, und haben ihn zusammen mit der schweizer Kommunistin gesehen, die in großem Ansehen beim Präsidium steht. Sie bemüht sich seit Wochen um eine Ausreisebewilligung für ihn, aber sie hat bisher noch keinen Erfolg gehabt.“

Bei einem der Streifzüge in der Nähe des Außenministeriums stieß ich plötzlich auf Enver Pascha. Wir begrüßten uns herzlich, er fragte, wo ich wohne. Dann sagte er bedauernd: „Man hat mir eines der kleinen Privatpalais zur Verfügung gestellt, die es hier gibt. Es ist ein Bijou, aber ich hätte viel lieber mit den Kameraden zusammengewohnt.“ Ich fragte ihn nach seinen Plänen, und er erzählte, die Sowjets bereiteten eine Unternehmung für ihn in Asien vor. Wir schüttelten uns die Hand, ich habe ihn nicht wieder gesehen. Er hat sich zu einem Werkzeug der Sowjetpolitik machen lassen und ist schließlich dabei oder vielleicht bei seiner persönlichen Rebellion gegen seine Abhängigkeit umgekommen.

[. . .]

Ein Besuch in der Funkstation zusammen mit Radek ist mir besonders im Gedächtnis geblieben. Wir plauderten lange mit den jüngeren Intellektuellen, welche die Station leiteten, und sprachen natürlich von Krieg und Revolution. Dabei fragte ich neugierig: „Was war Ihr erstes Anzeichen dafür, daß eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland am Ende des Krieges in Gang kommen würde?“ Radek antwortete: „Eines Nachts hörten sie hier auf der Funkstation verworrene Meldungen in deutscher Sprache, aus denen sie nicht klug werden konnten. Aber was sie hörten, war so, daß sie sich um zwei Uhr nachts entschlossen, nach dem Kreml zu schicken, um uns zur Funkstation zu bitten. Wir saßen lange vor den Empfängern und konnten zunächst auch nicht verstehen, was vorging. Dann hörten wir plötzlich sehr schwach, aber sehr klar, daß sich ein deutsches Linienschiff aus Kiel meldete, und wir hörten die Worte: ‚Wir haben die rote Flagge gesetzt, morgen begraben wir feierlich in Kiel unsere Toten.‘ Wir sahen uns an, und wir verstanden: Revolution in Deutschland.“ Nach dieser Erzählung fragte ich Radek: „Und was waren Ihre Gefühle, als Ihnen das klar wurde?“ Seine völlig überraschende Antwort lautete: „Dieses große Reich, das sich so lange siegreich gegen eine Welt von Feinden behauptet hat, bricht nun zusammen.“ Ich sah seinem Gesichtsausdruck an und ich hörte es aus dem erregten Ton der Antwort, daß es ihm ernst damit war.

²⁴ Alechin Aljechin (1892–1946) wurde 1927 Schachweltmeister, er verteidigte diesen Titel mehrmals erfolgreich.

Der russische Staatsverlag veröffentlichte in sehr hoher Auflage eine Übersetzung einer politischen Broschüre von mir ins Russische.²⁵ Ich erhielt als Honorar einen Millionenbetrag in Rubeln. Als ich das viele Geld meiner Übersetzerin zeigte, lachte sie und sagte: „Davon können Sie gerade einige Andenken auf dem Flohmarkt kaufen. Aber wir müssen zu Fuß hingehen; denn wenn wir einen Schlitten nehmen, sind Sie schon mehr als die Hälfte des Betrages los.“ Wir pilgerten also zum Flohmarkt, wo die unglaublichsten Dinge zum Verkauf angeboten wurden. Ich erstand schließlich einen geschnitzten Brotteller, eine der charakteristischen russischen Holzpuppen, die beim Öffnen eine Serie immer kleiner werdender Puppen enthalten, und einen silbernen Serviettenring. Nach diesem Einkauf blieben mir von dem Millionenbetrag noch einige hunderttausend Rubel.

Bei einer anderen Gelegenheit erhielt ich eine Einladung zu einer Tagung des Obersten Sowjet, also des allrussischen Räteparlaments. Da ich nur wenige Worte russisch kannte, hatte ich keine große Neigung hinzugehen, aber meine Begleiterin drängte, daß dies eine große Ehre sei und daß ich also der Einladung Folge leisten müsse. Wir gingen hin, und ich habe dort die langweiligsten drei Stunden verbracht, die ich jemals in einem Parlament verlebt habe. Zu meinen eigenen Erfahrungen im Reichstag gehörte die Langweiligkeit und mitunter Sinnlosigkeit des Verfahrens und die Vertrödelung kostbarer Zeit. Aber dies übertraf alles. Nicht nur äußerlich in der Anordnung der Bänke, sondern auch dem Wesen nach war dies einfach eine Schulklasse mit Lehrern. Irgendein Kommissar hielt eine lange Rede, in der eine Maßnahme der Regierung erklärt und begründet wurde. Meine Begleiterin flüsterte mir in Stichworten zu, worum es ging. Am Ende der Rede keine Diskussion, allseitige Zustimmung. Dann begann ein anderer Kommissar den Prozeß über ein anderes Thema von neuem. Nach drei Stunden hielt ich es nicht mehr aus und ging weg. Ich fragte meine Begleiterin: „Wozu wird diese leere Fassade noch aufrechterhalten?“ Ihre Antwort lautete: „Es ist der bequemste Weg, um von oben nach unten und in die Provinzen mitzuteilen, was gemacht wird.“

Ganz anders verlief eine Versammlung des großen Moskauer Sowjets im Bolschoi Theater, der ich, neben den Plätzen des Präsidiums auf der Bühne sitzend, beiwohnte. Tausende füllten die Logen und Ränge. Lenin war anwesend und saß am Tisch des Präsidiums. Zunächst verlief die Tagung ebenso langweilig wie die Sitzung des Großen Sowjets. Mit unglaublicher Länge in eintönigen Reden wurde über irgendwelche kommunalen Fragen von minderer Bedeutung referiert. Mein Eindruck war, daß die Tausende einfach nicht zuhörten, sondern auf Lenin starrten. Plötzlich erhob sich eine Stimme von einem der oberen Ränge und bat ums Wort. Ich konnte den Mann deutlich sehen, als er an die Brüstung vortrat. Er trug ein Lederjackett und hohe Stiefel, was ihn als Teilnehmer am Bürgerkrieg kennzeichnete. Ich habe seinen Namen vergessen, er war einer der dem Sowjet angehörenden lokalen Führer der Sozialrevolutionäre.²⁶ Das Präsidium schien unentschieden, ob es ihn reden lassen sollte. Sie wandten sich an Lenin, dieser zuckte mit den Achseln. Das Wort wurde erteilt. Der Redner griff zunächst unter großem Hallo und Gelächter

²⁵ Um welche Broschüre es sich handelte, war nicht zu ermitteln.

²⁶ Die Partei der Sozialrevolutionäre, 1901 als radikale sozialistische Bewegung mit starkem bäuerlichem Anteil entstanden, war 1917 die stärkste Partei in Rußland mit einer großen Mehrheit in der konstituierenden Versammlung gewesen. Die innerlich heterogene Partei, von der sich 1918 die linken Sozialrevolutionäre abspalteten, wurde 1918 aus den Sowjets ausgeschlossen, anschließend von den Bolschewiki liquidiert.

der Zuhörermassen Mißstände in der Stadtverwaltung an; dann ging er ins Politische über und vertrat die Forderungen der Arbeiteropposition gegen die Diktatur von oben und endete unter stürmischen Protestrufen der großen Mehrheit der Zuhörer mit einem Plädoyer für die Legalität einer zweiten sozialistischen Partei. Als er im Tumult endete, sprang Lenin auf, stellte sich vor den Tisch des Präsidiums, stemmte hinter sich die Hände auf den Tisch und blickte in die Masse der Zuhörer. Ein Orkan von Beifall und Hochrufen brach aus und hielt minutenlang an. Dann redete er, manchmal ironisch lächelnd, aber meist in schneidenden und drohenden Tönen. Meine Übersetzerin konnte in Stichworten kaum nachkommen. Es war ein furchtbarer Angriff auf den Redner und seine Parteifreunde, voll von Anklagen und Beschuldigungen. Die Tendenz war: eine zweite sozialistische Partei ist eine gegenrevolutionäre Parole, ist Hochverrat, wer versucht, eine zweite Partei zu bilden, den werden wir vernichten. Der Oppositionsredner hörte Lenins Antwort an, unerschütterlich an der Brüstung stehenbleibend, obwohl von allen Seiten mit wütenden, feindseligen Zurufen bedroht. Am Ende von Lenins Rede verschwand er. Lenins Rede ließ den Massensturm bald drohend aufbranden, bald in endloses Gelächter über den Angegriffenen übergehen. Lenin zog alle Register aufpeitschender Rhetorik, und seine Beherrschung der Massen und ihrer Reaktionen war absolut. Ich bin überzeugt, daß ich dem letzten erlaubten Auftreten eines nicht-kommunistischen Oppositionsredners in einer Sowjetversammlung beigewohnt habe. Von seiner Bitte ums Wort an lag eine ungeheure dramatische Spannung über dieser Versammlung, die durch Lenins Aufspringen zu einer Explosion der Leidenschaft führte. Der Redner hatte es gewagt, die Anklagen und die Forderungen der Arbeiteropposition Lenin ins Gesicht zu schreien – und die Gesamtheit dieser Forderungen stellte einen revolutionären Angriff gegen die Form der Sowjetdiktatur dar, die sie unter Lenin angenommen hatte. Die Szene war ein Ausdruck der revolutionären Hochspannung, die in diesen Tagen über Moskau lag und dem Aufstand in Petrograd und Kronstadt vorausging.

Die Krise des Sowjetregimes und die „Neue Ökonomische Politik“

Als bald nach meiner Ankunft in Moskau wurde mir erzählt, daß eine Welle der Unzufriedenheit mit dem Sowjetregime durch das Land gehe und auch in der Moskauer Bevölkerung starken Boden finde. Das war es, was Sinowjew gemeint hatte, als er davon sprach, daß das Sowjetregime schweren Monaten entgegengehe. Man konnte nicht in Moskau leben, ohne gewahr zu werden, daß die Situation kritisch wurde. Die täglichen und nächtlichen Schlangen vor den Brotläden sagten genug, aber es gab viele einzelne Zwischenfälle, die, zusammengefaßt, Lenin in seinem Bericht an den Parteitag bewogen, von einer Erschütterung der Sowjetmacht zu sprechen. Die Analyse der inneren Situation, die er in diesem Bericht gab, war beängstigend genug: Banditismus überall als Folge der Demobilisierung der Bauernarmeen des Bürgerkrieges, völliges Versagen der Staatsindustrie, des Kriegskommunismus, katastrophaler Rückgang der Agrarproduktion, absolute Hungersnot in den großen Städten. Lenins Schlußsatz in diesem Bericht erklärte offen: „Wegen der wirtschaftlichen Lage ist die Sowjetmacht erschüttert.“ Sein Heilmittel, das er vorschlug, war die Neue Ökonomische Politik, das heißt eine Rückkehr zu einer beschränkten Marktwirtschaft, die den Forderungen der Bauern nach einem gerechten Anteil am

Ertrag ihrer Arbeit entgegenkam.²⁷ Aber ehe er noch diese Umstellung bekanntgeben konnte, erreichte die Krise des Sowjetregimes einen Höhepunkt im Kronstädter Aufstand.

Was die ökonomische Seite der Transformation anbetrifft, so war ich vollständig und authentisch informiert. Solange die deutsche Parteifrage in der Schwebe war, suchte das Präsidium der Komintern mich mit anderen Dingen zu beschäftigen. Eine Aufgabe, die mir übertragen wurde, war der Vorsitz in der Kommission des EKKI, die sich mit der Organisation der illegalen Kommunistischen Partei in Indien und dem Transport von Propagandamaterial nach Indien beschäftigte. Es wäre naheliegend gewesen, daß Roy den Vorsitz in dieser Kommission geführt hätte. Aber das entsprach nicht den organisatorischen Prinzipien der Komintern, die es erforderten, daß der sachverständige Vertreter des in Frage kommenden Landes einem nicht beteiligten Vorsitzenden untergeordnet wurde. Es war eine subtile Form der Vorbeugung gegen Autonomietendenzen. Da ich englisch sprach, wurde mir der Vorsitz in dieser Kommission übertragen, in der die Verhandlungssprache englisch war. Natürlich sprach ich ausführlich mit Roy über diese Dinge und bemühte mich, ihm die eigentliche Verhandlungsführung zu überlassen. Es ging um Geldbeträge, Transportmittel, Verbindungen und Transportwege teils per Schiff, teils per Kameltransport in Innerasien. Der Umfang des Ganzen war sehr bescheiden. Diese Funktion war nur eine ausgesprochene Nebenaufgabe.

Nach der Sitzung des EKKI über die deutsche Frage wurde ich mit Professor Eugen Varga²⁸ zusammengebracht, der mich ausführlich über die Entwicklungstendenzen in der deutschen Wirtschaft befragte. Gegen meine allgemeine Behauptung, daß die kapitalistische Wirtschaft sich auf ein neues Gleichgewicht hin zu bewegen schien, erhob er viele Einwände im einzelnen, die wir dann in vielen Gesprächen eingehend diskutierten. Schließlich schrieb ich über dieses Thema für die ökonomische Zeitschrift der Sowjetregierung ein sehr ausführliches Exposé.

Im Anschluß daran wurde ich mit der Vorbereitung der Neuen Ökonomischen Politik direkt in Verbindung gebracht. Zur Vorbereitung gehörte die Herstellung von erklärenden Drucksachen in allen Sprachen, die für alle Länder mit kommunistischen Parteien bestimmt waren. Ich arbeitete zusammen mit Borodin,²⁹ der eben von einer Mission in den Vereinigten Staaten zurückgekehrt war. Sein Name ist später weltbekannt geworden, als ihn Stalin zur Zeit des Sowjetbündnisses mit der Kuomintang³⁰ zu Tschiang Kai-schek³¹ schickte. Als Unterlage für die Arbeit dienten die

²⁷ Vgl. Lenins Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR (B) am 8. März 1921, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin (O) 1961, S. 168 ff. S. a. Anm. 15.

²⁸ Eugen Varga (1879–1964), 1918 Prof. der Nationalökonomie in Budapest, 1919 Volkskommissar für das Finanzwesen der ungar. Räterepublik, lebte ab 1920 in Moskau, führender Wirtschaftsexperte der Komintern und der Sowjetunion.

²⁹ Michael Borodin (1884–1951), ursprünglich Mitglied des jüd.-sozialistischen „Bund“, 1903 der russ. Sozialdemokratie, dann der Bolschewiki, 1906–1918 Emigration nach USA, 1919 (unter dem Namen Brantwein) Kominternkurier in USA, Mexiko und Spanien, 1922 (unter dem Namen Brown) in Großbritannien, 1923–1927 sowjetischer Vertreter bei der Kuomintang-Regierung, dann in Moskau publizistisch tätig, 1949–1951 in Lagerhaft.

³⁰ 1894 von Sun Yat-sen in Süchina als nationalistische Befreiungsbewegung gegründet, trat die Kuomintang ab 1912 als politische Partei auf. Ab 1923 wurde sie von sowjetischen Beratern reorganisiert; 1927 Bruch mit den Kommunisten, 1928–1949 Regierungspartei auf dem chinesischen Festland, dann in Taiwan.

³¹ Tschiang Kai-schek (1887–1975), chinesischer General und Politiker, seit 1911 Anhänger (ab

internen Parteibroschüren, die sowohl die Anschauungen Lenins und seiner Freunde, als auch die gegenteiligen Anschauungen der Freunde Trotzki darlegten. Sie waren für den engsten Führungskreis der russischen Kommunistischen Partei bestimmt. Lenin hatte seine Anschauungen bereits durchgesetzt, Borodin übersetzte mir die russischen Texte ins Englische, ich übersetzte seine englische Übersetzung ins Deutsche. Auf diese Weise förderten wir nicht nur unsere beiderseitigen Sprachkenntnisse, sondern stellten auch in mehreren Arbeitssitzungen einen englischen und einen deutschen Text her. Diese Arbeit brachte es mit sich, daß ich mich mit Borodin sehr ausführlich über die innere Lage in der Sowjetunion unterhielt und ihn über Lenins Absichten befragte. Das war ganz unvermeidlich; denn die Übersetzungsarbeit erforderte, daß ein genauer Ausdruck für die wichtigsten Worte in den russischen Texten gefunden werden mußte, und dazu war es wiederum erforderlich, zu wissen, welche realen Vorstellungen mit diesen russischen Begriffen verbunden waren und was sie in der Sowjetrealität bedeuteten.

Diese Arbeit begünstigte mein Nachdenken über meine eigene Position. Ich hatte vieles gesehen und gehört, was mit meinen Vorstellungen von sozialistischer Planwirtschaft auf der Grundlage einer wirklichen Räteverfassung nicht vereinbar war. Die Zurückgebliebenheit der russischen Wirtschaft, die in keiner Weise mit der deutschen Industriewirtschaft verglichen werden konnte, war ebenso offensichtlich, wie die sich daraus ergebende ganz andere soziale Problematik. Ich hatte mich schon in den Gesprächen mit Varga für russische Statistiken interessiert. Als Borodin und ich uns über die Ausdrücke „industrielles Proletariat“ und „die Arbeiterklasse“ unterhielten, fragte ich ihn nach den Dimensionen. Er zögerte zunächst, dann setzte er mir auseinander, daß die Grenzen schwer zu bestimmen seien, besonders nachdem Trotzki die Massen der demobilisierten Bauern in Arbeitsarmeen aufzufangen versucht habe. Aber ich fragte ihn ganz exakt: „Industriearbeiter ist statistisch ein sehr genau zu definierender Begriff. Wie groß ist die Zahl Eurer in Fabriken und Werkstätten arbeitenden industriellen Arbeiter und ihre Reserve?“ Er gab mir Ziffern, die bald darauf auch veröffentlicht wurden. Im ganzen gab es bei der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik in der Sowjetunion rund 1,2 Millionen Industriearbeiter, von denen aber nur achthunderttausend beschäftigt waren. Das war die Klasse, in der das Sowjetregime seine eigentliche und vornehmste Stütze erblickte als eigentlicher Träger des „proletarischen Klassenbewußtseins“. An diesem Zeitpunkt, an dem ich mit Borodin zusammenarbeitete, war völlig unübersehbar, wieviele von den achthunderttausend Beschäftigten wirklich arbeiteten; denn in allen Städten wurden die Restbetriebe, die aus dem Kriegskommunismus noch arbeitend hervorgegangen waren, durch Streiks stillgelegt. Die ganze Wirtschaft wankte, und die Pläne Trotzki wie der Staatsplanwirtschaftler hingen vollkommen in der Luft.³²

Die politische Vertrauenskrise des Sowjetregimes war der Ausfluß dieses Zustandes. Ich hatte gegen Ende des Jahres 1919 in Deutschland eine Schrift unter dem Titel „Sozialismus und Räteystem“ veröffentlicht, in der ich meine Ansichten über die politische Apparatur in einem integralen sozialistischen System niedergelegt hatte.

1925 Nachfolger) Sun Yat-sens, 1923–1924 Aufenthalt in Moskau, 1928–1949 Chef der chinesischen Kuomintang-Regierung, 1949–1975 Staatspräsident von „Nationalchina“ (Taiwan).

³² Vgl. die statistischen Angaben bei I. Larin/L. Kritzmann, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland 1917–1920, Hamburg 1921, insbes. S. 46 u. 61.

Diese Ansichten hielten die Mitte zwischen den ursprünglichen, von den Bolschewiki übernommenen Propagandaideen einer auf einem Rätssystem aufgebauten Staatsorganisation und einer gesunden Zentralisierung, ohne die Planwirtschaft überhaupt nicht möglich ist. Ich verglich nun das aktuelle Regime in der Sowjetunion mit meinen eigenen theoretischen Vorstellungen, die auf wirklich demokratische Repräsentation von unten nach oben in einem Rätssystem abgezielt hatten, und fand, daß es sich um die nackte Diktatur der engen Führungsgruppe einer Monopolpartei handelte. Meine eigenen theoretischen Vorstellungen hätten Platz für eine zweite sozialistische Partei gelassen. Daß Lenin und die Seinen eine zweite Partei für Hochverrat erklärten, hatte ich im Moskauer Sowjet aus seinem eigenen Munde gehört. Nun war es aber für die Führer der Welle der Unzufriedenheit mit dem Sowjetregime ein Leichtes, der Sowjetrealität und den Anschauungen der Führer der Kommunistischen Partei alles das als politische Forderung gegenüberzustellen, was diese Führer selbst vor dem Bürgerkrieg als das Wesen einer Sowjetdemokratie erklärt hatten. Das war schon damals nicht im Einklang mit den wirklichen Vorstellungen Lenins gewesen, es war schon damals nur der propagandistische Schirm vor seinem und seiner Freunde Diktaturwillen gewesen. Jetzt aber mußten angesichts der Sowjetrealität diese wiederbelebten propagandistischen Vorstellungen geradezu subversiv wirken.

Die „Arbeiteropposition“,³³ die eine starke Anhängerschaft im ganzen Lande wie auf den unteren Stufen der Sowjethierarchie hatte, propagierte diese Vorstellung als Forderungen landauf, landab. Sie wurden in einer Reihe von Streikversammlungen in Moskauer Betrieben als Forderungen aufgestellt und die Betriebe dann stillgelegt. Im Hotel Lux war es verpönt, über die Entwicklung zu sprechen. Aber jeder wußte natürlich Bescheid, und die Arbeiteropposition fand geheime Unterstützung bei einigen Kominternvertretern. Einer von ihnen lud mich eines Abends ein, mit ihm um die Zeit des Theaterbeginns auf dem Platz vor dem Bolschoi Theater spazieren zu gehen. Es war ein trüber, sehr kalter und dunkler Winterabend, trotzdem war der Platz mit vielen tausenden in Lumpen gehüllten Gestalten bevölkert. Wie üblich erschienen die zum Theaterbesuch gehenden Kommissare mit ihren Frauen in ihren Schlitten und verschwanden im Theater. Dann stürzte sich die Menge auf die Schlitten, verprügelte die Kutscher und führte die Pferde weg, höchstwahrscheinlich um sie aufzufressen. Die Polizei war vollkommen machtlos. Ganz Moskau erfuhr den Vorfall durch Erzählungen von Mund zu Mund. Am anderen Tage hörten wir von Streiks in weiteren Betrieben Moskaus. Ich hatte in diesen Tagen die moderne Druckerei besucht, welche die Rubel für die Staatskasse druckte, und die riesige Druckerei war mir sonderbar leer vorgekommen. Am Tage nach den Vorfällen vor dem Bolschoi Theater ging ich zusammen mit Radek über den Roten Platz. Ich ging zum

³³ Die „Arbeiteropposition“, die hauptsächlich die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der kommunistischen Parteiorganisation und direkte gewerkschaftliche Kontrolle der Industrie erstrebte, war 1920 entstanden; sie hatte auf dem IX. Parteitag im September 1920 eine Resolution für Freiheit der Kritik und demokratische Arbeitsweise innerhalb der Partei durchsetzen können. Auf dem X. Parteitag im März 1921 wurde die Arbeiteropposition als „kleinbürgerliche, anarcho-syndikalistische Abweichung“ verurteilt, der Parteitag verbot generell organisierte Fraktionen innerhalb der Partei. Eine andere innerparteiliche Oppositionsgruppe, die „Demokratischen Zentralisten“, hatte sich bereits 1919 formiert. Sie propagierte demokratische Methoden in der Partei- und Staatsführung und kämpfte gegen den bürokratischen Zentralismus. Vgl. Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer, Olten und Freiburg 1967.

Angriff über und sagte zu ihm: „Vieles, was ich bei Euch sehe, ist einfach unverstündlich. Vieles ist unendlich schlimmer als die tollste und miserabelste Arbeiterratswirtschaft bei uns am Beginn der Revolution. Das alles ist kein Beispiel für uns.“ Er zuckte mit den Achseln und sagte: „Und wenn Sie noch zwei Jahre hier sind, werden Sie nichts verstehen, wenn Sie an Ihren deutschen Begriffen vom Proletariat festhalten. Lieber Freund, das Proletariat ist eine schmutzige, stinkende Masse – aber das Salz der Weltgeschichte.“ Ich ging darauf nicht ein, sondern fuhr fort: „Als ich heute morgen von einem kleinen Ausgang zurückkam, hing an dem Kleiderständer in meinem Zimmer eine Maschinenpistole mit Munition. Das war deutlich genug. Eure letzten Fabriken streiken. Was werdet ihr tun, wenn morgen auch eure Gelddruckerei streikt?“ Die klassische Antwort, die er gab, lautete: „Wir haben die Panzerwagen, die Artillerie und die lettischen Regimenter.“ Danach sagte ich nichts mehr.

Der Kronstadter Aufstand

Die endgültige Krise flammte in Petrograd auf, wo Sinowjew und sein Regime verhaßt waren. Sie griff auf die Festung Kronstadt über, welche die Einfahrt zur Petrograder Bucht deckt. Ende Februar streikten die wichtigsten Industriebetriebe in Petrograd und stellten politische Forderungen auf, die denen der Arbeiteropposition entsprachen: „Freiheit für die Arbeiter und Bauern, Verwaltung durch gewählte Arbeiterausschüsse, nicht Staatsfunktionäre, Pressefreiheit, Redefreiheit und Versammlungsfreiheit für alle Werktätigen, Legalisierung einer zweiten sozialistischen Partei.“ Die lange Liste dieser Forderungen, die im Original ungleich länger war als diese Zusammenfassung, entsprach genau den propagandistischen Parolen, welche die Bolschewiki für den Zweck ihrer Machtergreifung im Jahre 1917 in die Massen geworfen hatten. Ihre Durchführung hätte jetzt natürlich den Sturz des Sowjetregimes bedeutet.

Die Regierung setzte in Petrograd gegen die streikenden Arbeiter zunächst die Kurstanten (Offiziersschüler der Roten Armee), dann weitere Truppenteile ein, die alle Versuche zu Straßendemonstrationen zersprengten. Die Tscheka trieb die Arbeiter in die Betriebe und leitete eine umfassende Säuberungs- und Verhaftungsaktion ein. Der zehnte Parteitag der russischen Kommunistischen Partei war für den 8. März einberufen. Am 1. März übernahm die Besatzung von Kronstadt, der mitten in der Bucht gelegenen Seefestung, aus fünfzehntausend Mann, davon zehntausend Matrosen, bestehend, die Petrograder Forderungen. Geführt von den Matrosen der Kriegsschiffe „Petropawlowsk“ und „Sebastopol“, schloß sich die Besatzung des ersten und zweiten Geschwaders der baltischen Flotte der Bewegung an. Die Revolutionäre führten ihre Art der Sowjetdemokratie in Kronstadt ein und forderten in Funksprüchen das ganze Land zur Unterstützung auf. Trotzki sammelte Artillerieregimenter und unbedingt ergebene Regimenter und alle Kadetteneinheiten und warf sie nach Norden. Am 5. März forderte er Kronstadt zur bedingungslosen Kapitulation auf. Am 7. März begann das Bombardement, in der Nacht versuchten die Offiziersschüler die Festung über das Meereis hinweg zu stürmen und wurden unter großen blutigen Verlusten zurückgeschlagen.³⁴

³⁴ Zur Kronstadter „Dritten Revolution“ vgl. vor allem: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, S. 283 ff. S. a. A. Berkman, Die Kronstadt-Rebellion, Berlin 1923.

Ich war über die Vorgänge ziemlich genau unterrichtet. Das ging so zu. Einige Tage vor Beginn des Parteitages sagte der Kommandant des Hotel Lux zu mir, als ich von einem Morgenausgang zurückkam: „Der Genosse General X. wollte Sie besuchen, er wird gegen halb zwölf Uhr zurückkommen.“ Ich kannte den General nicht, war also einigermaßen neugierig. Als er dann kam, fiel er mir sofort um den Hals – und siehe da, es war der Mann, den ich seinerzeit unter dem Namen Marmorstein aus dem Leipziger Polizeigefängnis herausgeholt und dann zu Brandler nach Chemnitz geschickt hatte. Jetzt war er Divisionsgeneral im Kaukasus, war mit seinem Sonderzug zum Parteitag nach Moskau gekommen und lud mich sofort zum Mittagessen ein. Wir gingen zu den Abstellgleisen, wo sein Zug stand, dort stellte er mich seinen Offizieren als seinen Retter vor. Wir aßen dann – das heißt, wir vertilgten unglaubliche Mengen besten Kaviars mit Löffeln aus großen Kilobüchsen und tranken dazu ebenso unglaubliche Mengen kaukasischen Sekt. Ich blieb während des ganzen Verlaufs des Parteitages in ständiger Verbindung mit dem General und erfuhr von ihm alles Wesentliche über die Vorgänge.

Der zehnte Parteitag der russischen Kommunistischen Partei wurde am 8. März eröffnet, es war der Parteitag der Transformation der ökonomischen Seite des Sowjetsystems. Ich hatte bei der Eröffnung eine der üblichen Begrüßungsansprachen zu halten, völlig bedeutungslos.³⁵ Ich beschränkte mich auf die üblichen Gemeinplätze, danach wechselte ich ein paar Worte mit einigen Personen auf der Tribüne des Präsidiums der Partei und verschwand dann von der Tribüne. Die elektrische Hochspannung war fühlbar. Der Parteitag hatte Lenins Bericht vor sich, noch am Abend verkündeten die Rundfunksender den Bewohnern der Sowjetunion und der ganzen Welt die Einführung von Lenins „Neuer Ökonomischer Politik“.³⁶ Die Drohung gegen das Sowjetregime war aus dem Versagen der kommunistischen Planwirtschaft entstanden. Mit der NEP entzog die Sowjetführung der auf dieser Grundlage emporgeschossenen sowjetfeindlichen Bewegung, vor allem unter den Bauern, die eigentliche Grundlage. Sie kapitulierte vor den ökonomischen Forderungen und baute nicht nur den Kriegskommunismus, sondern auch wesentliche Elemente der Planwirtschaft überhaupt ab – aber sie schlug zugleich die Vorkämpfer der von dieser Bewegung aufgestellten politischen Forderungen mit blutiger Gewalt zu Boden. Lenin selbst erhob die stürmischste Anklage gegen die Arbeiteropposition: gegenrevolutionäre Forderungen würden von parteilosen Arbeitern unter Führung kleinbürgerlicher Elemente in Moskauer Streikversammlungen aufgestellt, außerhalb der Partei würden die der Partei heiligen Begriffe von „Freiheit“ und „Demokratie“ in Schlagworte transformiert, die zum Sturz der Sowjetmacht führen müßten. Diese Leute seien schlimmer und gefährlicher als die niedergeschlagenen Armeen der gegenrevolutionären Generale im Bürgerkrieg, die Sowjetmacht werde sie vernichten. Ich hatte dies zuvor in allen Einzelheiten in seiner drohenden Rede im Bolschoi Theater gehört. Auf der einen Seite die ökonomische Kapitulation, auf der anderen die Straffung und Verschärfung der Diktatur der Führer der Monopolpartei, kein Nachgeben gegenüber der Forderung von wirklicher Verwaltung durch Sowjets, die

³⁵ Vgl. Desjatj s-ezd RKP (b). Mart 1921 goda. Stenografičeskij otčet [Der X. Parteitag der RKP (B). März 1921. Stenografischer Bericht]. Moskau 1963, S. 13–14 (Erwähnung der deutschen Begrüßungsrede Geyers, die von Radek zusammengefaßt wurde).

³⁶ Dies ist ziemlich unwahrscheinlich: Die Rundfunktechnik befand sich bis 1923 im experimentellen Stadium; die 1920/21 vorhandenen (rund 300) Radiostationen Sowjetrußlands dienten dem Militär, der Administration und der Provinzpresse.

Stärkung des „demokratischen Zentralismus“ in der Kommunistischen Partei, das heißt von Lenins persönlicher Diktatur, ausdrückliche Erklärung, daß jeder Versuch einer Fraktionsbildung in der Partei illegal sei und strafrechtlich verfolgt werde.

Die Absicht, die Revolte von Kronstadt noch am Vorabend des Parteitages niederzuschlagen, war durch den Mißerfolg des ersten Sturmangriffs vereitelt worden. Nun mobilisierte Trotzki im großen Stil. Regimenter in Petrograd, deren Loyalität zweifelhaft erschien, wurden abtransportiert und durch sibirische Regimenter ersetzt. Auch ein zweiter Sturm am 13. März wurde zurückgeschlagen, und nun wurde die Lage so ernst, daß der Parteitag vertagt, alle dort anwesenden Militärs mobilisiert und nach Petrograd transportiert wurden. Der Oberbefehlshaber der Armee, Tuchatschewski,³⁷ übernahm das Kommando der sowjetischen Angriffskräfte.

In der Pause des Kongresses feierte die Sowjetregierung am 18. März den fünfzigsten Jahrestag der Pariser Kommune durch eine Riesenversammlung im Bolschoi-Theater. Ich wurde gebeten, bei dieser Feier zu reden. Radek holte mich im Hotel ab und fragte, was ich ungefähr sagen würde. Ich skizzierte ihm: die Kommune als Grundlage für die Herausbildung des Begriffs der proletarischen Diktatur durch Marx, also die Kommune als der große Vorläufer der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht, Gedenken für die Opfer der Kommune, aber auch für die Opfer der deutschen Revolution, vor allem Liebknecht und Luxemburg, Hinweis, daß Rosa Luxemburg dem Begriff der proletarischen Diktatur die moderne Ausprägung gegeben habe, einige anfeuernde Schlußsätze. Er sagte sofort: „Bringen Sie Rosa Luxemburg nicht in irgendwelche Verbindung mit der Kommune, bitte reden Sie überhaupt nicht über sie. Sie wissen doch, was aus dem Luxemburgismus in den Reihen der Arbeiteropposition geworden ist, das ist nicht opportun. Ich habe mir überhaupt überlegt, was Sie in der nächsten Zeit tun könnten. Der Alte wünscht, daß eine allgemeinverständliche und eindrucksvolle Broschüre über die Fehler der Rosa geschrieben wird, und ich habe Sie für diese Aufgabe vorgeschlagen. Wenn Sie es übernehmen, könnten wir eingehend darüber reden, ehe Sie zu schreiben beginnen.“ Ich antwortete ausweichend, das könne ich mir im Augenblick nicht überlegen, da ich in aller Eile meine Rede umdisponieren müsse. Ich sprach dann im Bolschoi-Theater unter den bei solchen Gelegenheiten üblichen Beifallsstürmen, aber ohne innere Anteilnahme.

Am 18. März war Kronstadt bereits gefallen. In der Nacht vom 16. zum 17. stießen die Angriffstruppen der Regierungstreitkräfte von drei Seiten in Kolonnenformation über das Meereis gegen die Festung vor. Am Morgen waren die wichtigsten Forts gefallen und die Regierungstruppen in die Stadt eingedrungen. In blutigen, bis zum Abend dauernden Straßenkämpfen wurden die letzten Reste der Rebellion niedergeworfen.

Nach der Wiedereröffnung des Parteitags hörte ich von Militärs, die am Sturm beteiligt waren, dramatische Schilderungen wie es zugegangen war. An der Spitze der Angriffskolonnen gingen die politischen Kommissare, hinter ihnen die Offizierschüler in Schneehemden, hinter ihnen die Sturmtruppen. Sie wurden von den Scheinwerfern der Flotte erfaßt. Die Geschütze der Forts rissen große Löcher in das

³⁷ Michail Nikolajewitsch Tuchatschewski (1893–1937), 1920 Oberbefehlshaber im Feldzug gegen Polen, 1925–1928 Chef des Stabes der Roten Armee, 1931–1937 stellv. Volkskommissar für Militärwesen, 1937 verhaftet und hingerichtet.

Meereis, auf der einen Flanke der Festung versanken auf diese Weise ganze Kompanien der Stürmenden. Dann folgte die Einnahme der Stadt, die Massenrepression gegen die Bevölkerung, Massenverhaftungen und Massenerschießungen. Ich war durch die Vorgänge, und erst recht durch diese Erzählungen, tief deprimiert. Als die auf dem Parteitag mobilisierten Militärs nach dem Sieg auf den wiedereröffneten Parteitag zurückkehrten, zogen sie in geschlossenem Zug mit Musikkapellen und wehenden Fahnen vom Bahnhof durch die Straßen der Stadt zum Kreml. Ich stand am Straßenrand und sah sie vorbeimarschieren. Sie marschierten zu den Klängen des Liedes „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“. Seither habe ich dieses Lied nie mehr anhören können.

Die Rebellen von Kronstadt, die kämpfend untergingen oder in die Hand der Tscheka fielen, bei den Massenerschießungen umkamen oder in die Gefängnisse und Konzentrationslager in den Eisgebieten Sibiriens geworfen wurden, waren die treuesten Stützen und Werkzeuge der bolschewistischen Machtergreifung und der Sowjetregierung im Bürgerkrieg gewesen. [...]

Mit dem Fall von Kronstadt war die politische Krise nicht beendet, und Furcht schüttelte nach wie vor besonders jene Männer in der Sowjetführung, welche an die Möglichkeit einer neuen westlichen Intervention während der Krise glaubten. Eine kurze Zusammenstellung der Daten erhellt das Problem, mit dem sie rangen: 1. März Rebellion in Kronstadt; 7. März erfolgloser Sturm auf Kronstadt; 8. März Neue Ökonomische Politik; 13. März erfolgloser Sturm; 16. März Abkommen mit England über Handelsfragen unterzeichnet; 17. März Fall Kronstadts; 18. März Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Polen.

Abgesehen von der Wirkung im Inneren hatte Lenins Neue Ökonomische Politik die Zweckbestimmung, seine auf die Sicherung der Sowjetmacht durch Frieden wie auf die Anerkennung des Sowjetregimes gerichtete Politik durch den Rückzug vom Kommunismus zu unterstützen. Er selbst hatte den Parteitag nicht im Zweifel darüber gelassen, daß damit im Grunde genommen die Weltrevolution geschlossen wurde. Sein Bericht enthielt folgende Sätze: „Während der letzten drei Jahre haben wir Verständnis dafür gewonnen, daß wir uns nicht auf bestimmte Daten verlassen können, wenn wir Hoffnungen auf die internationale Revolution setzen. Aus diesem Grunde müssen wir unsere Aktivität mit den Klassenbeziehungen in unserem Lande und anderen Ländern in Einklang bringen, um die Diktatur des Proletariats für eine lange Periode behaupten zu können.“³⁸ Die Gegner seiner Politik im führenden Kreis seiner Partei hatten ihm entgegengehalten, daß dieser eklatante Rückzug die Interventionisten in den Entente-Ländern zu neuer Intervention ermutigen würde. Ebenso waren die Ansichten darüber geteilt, ob die Niederschlagung von Kronstadt die von Lenin gewollte Entspannung fördern oder im Gegenteil die Interventionisten ermutigen werde. Furcht regierte jedenfalls nach wie vor die Stunde.

³⁸ Vgl. Bericht Lenins über die politische Tätigkeit des ZK der KPR (B) am 8. März 1921: „Wir haben in den drei Jahren zu begreifen gelernt, daß auf die Karte der internationalen Revolution setzen nicht bedeutet, mit einem bestimmten Termin zu rechnen, und daß das Tempo der Entwicklung, das immer rascher wird, zum Frühjahr die Revolution bringen kann, sie aber möglicherweise auch nicht bringen wird. Deshalb müssen wir es verstehen, unsere Tätigkeit so mit den Klassenverhältnissen in unserem Lande und in den anderen Ländern in Einklang zu bringen, daß wir auf lange Zeit hinaus imstande sind, die Diktatur des Proletariats zu behaupten und, wenn auch allmählich, alle die Nöte und Krisen zu heilen, die über uns hereinbrechen. Nur eine solche Fragestellung wird richtig und nüchtern sein.“ W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin (O) 1961, S. 179.

Diese Furcht war konzentriert auf ein politisch-militärisches Problem. Wohl war Kronstadt gefallen, aber im Meereis eingeschlossen lagen weiter unstürmbar die beiden Kriegsschiffe, und über ihnen wehte nach wie vor die rote Flagge, und ihre Besatzungen hatten die Sympathie der Besatzungen des ersten und zweiten Geschwaders der baltischen Flotte. Radek setzte mir auseinander: „Angesichts der politischen Verhältnisse in England können wir uns auf die Diplomatie und auf die de facto Anerkennung im Handelsabkommen nicht absolut verlassen. Elementarste Vorsicht gebietet, die Augen nicht vor der Möglichkeit eines neuen Interventionsversuches zu verschließen. Die beiden Schiffe haben nicht kapituliert. Wenn das Meereis aufgeht und die beiden Schiffe, vielleicht noch von anderen Einheiten unterstützt, in die Newa einfahren, verlieren wir Petrograd, es wird sofort in heller Rebellion aufbrennen und ein Brückenkopf gegen uns werden. Wenn danach die englische Flotte in die Ostsee einfährt, stürzt das Sowjetregime.“ Mir erschien dies ebensowenig wahrscheinlich wie seinerzeit Radeks Kriegsprophezeiungen in den deutschen Zentralsitzungen, aber die Tatsache, daß die beiden Schiffe eine Gefahr darstellten, war unbestreitbar. Am stärksten wurde Sinowjew, der Herr von Petrograd, von diesen Befürchtungen gequält. Als schließlich die endgültige Entspannung kam, war ich Zeuge einer dramatischen Szene.

Die EKKI-Sitzungen wurden wieder aufgenommen. Niemand wagte in diesem Kreis das Wort „Kronstadt“ in den Mund zu nehmen. Bei einer dieser Sitzungen war Sinowjew, der präsiidierte, besonders nervös. Die Diskussion plätscherte über belanglose Dinge dahin. Niemand hörte zu, alle blickten auf Sinowjew. Er bot ein Bild zitternder Furcht. Bald stöhnte er tief auf, bald griff er sich an die Stirn. Unter dem schwarzen krausgelockten Haar war sein dickes Gesicht totenbleich, er hatte Schweißtropfen auf der Stirn. Von Zeit zu Zeit wurden ihm Telegramme gebracht, die er flüchtig ansah und beiseiteschob. Von Zeit zu Zeit legte er den Arm über den Tisch und zerwühlte sich mit der Hand das Haar. Das ging so eine, anderthalb Stunden. Dann kam ein Bote und rief ihn hinaus. Nach kaum einer Minute kam er wieder, völlig verwandelt, mit elastischen Schritten und gerötetem, lächelndem Gesicht. Er schwenkte ein Telegramm hoch in der Luft und rief strahlend: „Genossen, die beiden Schiffe haben die weiße Fahne gezogen!“³⁹

Die „März-Aktion“ in Deutschland: Ablenkungsmanöver und revolutionäres Experiment

Wie schon mitgeteilt, hatte ich mich bewegen lassen, eine weitere Erörterung des deutschen Parteikonflikts zurückzustellen, angesichts der Vorbereitung des Parteitages und der Krise des Sowjetregimes. Aber die Fraktion Sinowjew-Radek, die das Präsidium der Komintern bildete, konnte nach dem Austritt meiner fünf Freunde aus der deutschen Zentrale auf die Willfähigkeit der Zentrale rechnen, aus der neben dem Führer der KPD Levi der zweite Vorsitzende der Partei Ernst Däumig und die prominentesten Führer der linken USPD ausgetreten waren. Ich nahm natürlich an, daß Radek durch seine Verbindungen und Werkzeuge nunmehr auf diese Zentrale einwirken werde, aber ich verließ mich darauf, daß keinerlei Be-

³⁹ Zumindest zeitlich stimmt diese Schilderung nicht mit den Tatsachen überein: die beiden Schiffe kapitulierten gleichzeitig mit dem Fall der Festung Kronstadt am 17./18. März 1921.

schlüsse des EKKI gefaßt worden waren, die sein Eingreifen legitimiert hätten. Daß er eine Fraktion besaß und daß sie organisiert war, wußte ich von vornherein. Ihr Einfluß hatte sich bei dem Beschluß des Zentraleausschusses gegen meine Freunde gezeigt. Formell konnte nun das Präsidium der Komintern darauf verweisen, daß meine Analyse der Lage in Deutschland nicht mehr von der gegenwärtigen Zentrale gedeckt wurde. Ich nahm jedoch an, daß alle Beteiligten, vor allem Sinowjew, durch die Krise der Sowjetmacht so auf ihre eigenen Angelegenheiten konzentriert seien, daß die deutsche Frage als vertagt angesehen werden könne. Schließlich stand Sinowjew schon Ende Februar in Petrograd einer offenen revolutionären Arbeiterbewegung gegen sein Regime gegenüber.

Meine Annahme war indessen irrig, wie sich später herausstellte. Meine Analyse sowie die Vorgänge in der VKPD wurden in der politischen Führungsgruppe der russischen Kommunistischen Partei wieder und wieder besprochen. Ich wußte davon nichts. Erst einige Jahre später erfuhr ich, daß Sinowjew in Gemeinschaft mit anderen vorgeschlagen hatte, die Lage in Deutschland experimentell prüfen zu lassen, und daß Lenin, obgleich innerlich zweifelnd, ihnen dafür freie Hand gegeben hatte. Da die Lage in Deutschland bei allen Beratungen der russischen kommunistischen Führung über die Transformation ihrer Politik eine erhebliche Rolle spielte, lag eine Versuchung darin, in dieser schweren Krise der Sowjetmacht Erleichterungen oder Ablenkung durch einen deutschen Aufstand zu erhalten.

Ich persönlich wurde eingeladen, eine Reise nach Zentralasien zu unternehmen, die mehrere Wochen dauern und mich bis nach Taschkent führen sollte. Die Versuchung war groß. Ich kannte die Reiseliteratur über Zentralasien sehr genau, vor allem Sven Hedins Reisen. Meine romantischen Neigungen drängten mich, diese Gelegenheit zu ergreifen, die mich bis an die Pforten des innersten Asien führen würde. Dagegen sprach die nüchterne Erwägung, daß ich mich damit auf Wochen politisch selbst ausschalten würde, und außerdem die Tatsache, daß mir kaum mehr etwas unverdächtig war, was mir nahegelegt wurde. Es kam mir merkwürdig vor, daß ich spazierenfahren sollte, während die kritische Spannung in Moskau von Tag zu Tag wuchs, und so lehnte ich ab. Ich hätte konkreteren Verdacht schöpfen sollen, aber ich tat es nicht, ich hatte genug zu tun mit den Arbeiten für Professor Varga.

Eines Tages vor der Eröffnung des Parteitages besuchten mich Bela Kun und A. Guralski, die beide meiner Analyse der deutschen Situation in der Exekutive widersprochen hatten. Sie erklärten mir, sie kämen, um sich von mir zu verabschieden, sie führen noch am selben Abend nach Deutschland. Lächelnd sagte Bela Kun: „Wir dürfen dir nichts sagen, aber ich bin sicher, daß du bald sehr gute Nachrichten aus Deutschland erhalten wirst.“ Dann fiel er mir zu meinem großen Erstaunen um den Hals, küßte mich auf beide Wangen und sagte: „Auf Wiedersehen, mein Bruder, in wenigen Wochen in Deutschland.“ Dann gingen die beiden und ließen mich verwirrt zurück. Zunächst nahm ich an, Bela Kun solle anstelle von Radek, der in der russischen Krise unabkömmlich war, die Direktion der neuen Zentrale übernehmen, aber bei weiterem Nachdenken ging mir ein Licht auf. Ich konnte nichts tun, protestieren wäre sinnlos gewesen, ich konnte nur abwarten.

Die Vorbereitung des von Moskau befohlenen Putsches, der unter dem Namen „März-Aktion“ bekannt wurde, die Art seiner Einleitung und Durchführung sind in der Kampfliteratur gegen diese wahnsinnige Unternehmung nach ihrem kläglichen Zusammenbruch hinreichend besprochen worden.⁴⁰ Ich will dazu nur folgende

⁴⁰ Zu Vorgeschichte und Verlauf der „Märzaktion“ vgl. vor allem Angress, Die Kampfzeit

charakteristischen Einzelheiten festhalten. Die feinen Psychologen, die den Putsch vorbereiteten, waren sich darüber im klaren, daß selbst beim Kern der VKPD kein eigentlicher Kampfwille bestand, geschweige denn bei den nicht zur VKPD gehörenden Arbeitern. Sie überlegten, wie sie den Arbeiterzorn wecken könnten, und sie kalkulierten: Wenn rechte Elemente unsere Büros und Einrichtungen überfallen und zerstören, werden sich die Arbeiter zornig erheben. In Abwesenheit solcher Überfälle beschlossen sie, Überfälle zu fingieren. Ein Zentralemitglied erhielt den Auftrag, diese Provokationen zu organisieren. Am 20. März erfolgte ein Sprengstoffanschlag auf die Siegessäule in Berlin, in den folgenden Tagen Sprengstoffexplosionen in kommunistischen Parteibüros in Breslau, Halle und einigen anderen Orten. Um die Sache echt zu machen, war beabsichtigt, in Breslau und Halle die Sekretärinnen der Büros bei den Explosionen mit draufgehen zu lassen; doch hatten die Mädchen Freunde, die sie rechtzeitig warnten. Am 23. März erfolgten dann die Aufstände in Mitteldeutschland und Hamburg, die rasch von Schutzpolizei und Reichswehr niedergeschlagen wurden. Die Streikparole der Zentrale in Berlin versagte völlig, weil meine Freunde die Arbeiter der in Betracht kommenden großen Betriebe ausdrücklich vor einer Beteiligung warnten.

Dann kamen in Moskau die Nachrichten des Deutschlandsenders⁴¹ über die Vorgänge an und die chiffrierten Telegramme der deutschen Zentrale an das Präsidium der Komintern, die großsprecherisch, aber dennoch kläglich waren. Daraus wurde mir gegenüber nun kein Geheimnis mehr gemacht, ich konnte sie alle lesen. Es war von den ersten Nachrichten an klar, daß die Sowjetmacht zusätzlich zu der Tragödie von Kronstadt nun auch noch vor der eklatanten Niederlage eines Aufstandsversuchs in Deutschland stand, den sie befohlen hatte. Radek war sehr kleinlaut, aber verbissen und wollte mir einreden, daß auch eine Niederlage von Nutzen sein könnte. Ich machte ihn und Sinowjew offen für die Torheit verantwortlich. Später in der Auseinandersetzung in Deutschland sagten wir: für das Verbrechen.

Ich hatte eine neue heftige Auseinandersetzung mit Radek und wollte ihm nicht glauben, als er mir sagte, das Präsidium der Komintern habe Bela Kun keine Instruktion zum Losschlagen gegeben, es habe nur seine Anwesenheit in Deutschland gewünscht für den Fall, daß kriegerische Verwicklungen an der Grenze des Reiches eintreten würden. Ich wies ihn auf die Reden Bela Kuns auf der EKKI-Tagung hin und meinte, Bela Kun habe eine deutsche Aktion als Sprungbrett für eine ungarische gewünscht, daher auch die Wahl Josef Pogany's,⁴² eines ungarischen Offiziers, zu seinem militärischen Berater. Ich hielt Radek seine Prophezeiungen solcher kriegerischer Verwicklungen aus den Zentralesitzungen vor. Wir stritten uns heftig, und in diesem Streit erfuhr ich – ob von Radek gewollt oder ungewollt, kann ich nicht sagen –, daß vor ihrer Abreise Bela Kun und Pogany Instruktionen von Trotzki erhalten hatten. Das gab mir zu denken, und ich mußte die Schlußfolgerung ziehen, daß es sich nicht um einen Beschluß des Komintern-Präsidiums, sondern der höchsten Sowjetführung gehandelt hatte.

der KPD, S. 140 ff. Das mißglückte Attentat auf die Siegessäule war am 13. März 1921 verübt worden. S. a. Anm. 52.

⁴¹ Vgl. Anm. 36. Der Deutschlandsender arbeitete ab 1935, sein Vorläufer, die „Deutsche Welle“, ab 1926.

⁴² Josef Pogany (1886–1937), Lehrer und Journalist, 1919 Volkskommissar (Verteidigung bzw. Äußeres) der ungarischen Räterepublik, ab 1920 Komintern-Funktionär (1922–1925 unter dem Namen Pepper in USA), bis 1929 führend im Komintern-Apparat in Moskau, 1937 verhaftet und hingerichtet.

Nicht nur das Komintern-Präsidium und das EKKI, sondern auch das Politische Büro der russischen Kommunistischen Partei und Lenin und Trotzki kannten genau die von mir vorgetragenen Anschauungen der Mehrheit der Levi-Däumig-Zentrale, welche die Möglichkeit sofortiger Massenaktionen oder eines Aufstandes entschieden verneinten. Ich hatte alle meine Kenntnis der Haltung der deutschen Arbeiter eingesetzt, um sie zu überzeugen und zu warnen, und die März-Aktion war die Antwort darauf. Ich hatte das Gefühl, ich hätte gegen eine Wand geredet. Erst später habe ich erfahren, daß Lenin zunächst gezweifelt, aber dann freie Hand gegeben hatte, die Lage „experimentell zu prüfen“ – was ihm bei den späteren Auseinandersetzungen über die März-Aktion die Möglichkeit gab, von der Aktion und der Haltung Bela Kuns abzurücken.

In der Vorbereitungsperiode dieses Putsches hatte mir Radek übrigens ein Beispiel dafür geliefert, wie rasch er taktische Wendungen vollziehen konnte. Er hatte mir gegenüber bisher an dem Standpunkt festgehalten, daß eine deutsche Aufstandsbewegung die Lage der Sowjetmacht erleichtern würde. Da er nun wußte, daß ich nicht putschen wollte, schlug er mir plötzlich etwas ganz anderes vor. Er begann damit, daß ich nun genug vom russischen Leben gesehen hätte, um zu erkennen, daß es der Bevölkerung an allem fehle und daß sie jämmerlich arm sei im Verhältnis zu den deutschen Arbeitern. „Könnten wir nicht“, so sagte er, „eine Hilfsaktion der deutschen Arbeiter für die notleidenden russischen Arbeiter einleiten? Wir könnten den deutschen Arbeitern propagandistisch begreiflich machen, wie arm ihre russischen Kollegen infolge des Bürgerkrieges sind, und eine ständige Sammlung abgelegter Kleider, Mäntel und Schuhe veranstalten. Vor allem Schuhe. Es ist jammervoll wie unsere Bevölkerung umhergeht. Wenn wir zwei bis drei Millionen Arbeiter in Deutschland für eine solche Hilfsaktion gewinnen könnten, so würden diese Millionen das Verständnis für die Probleme der Sowjetunion in die Massen tragen, und dieser Appell an das Mitleid würde uns voraussichtlich neue Mitglieder zuführen.“ Der Gedanke einer solchen solidarischen Aktion war gesund, selbst die ärmsten deutschen Arbeiter waren reicher als die Masse des russischen Volkes. Zwei Überlegungen bewirkten, daß mir dieser Vorschlag geradezu einen Schock versetzte. Der Sprung vom revolutionären Aufstand zur Sammlung alter Schuhe war mir zu plötzlich. Die kommunistische Propaganda in Deutschland beruhte bisher auf dem Hinweis auf die Macht der Sowjetunion und ihrer Bezeichnung als „Arbeiterparadies“. Die Abänderung der Propaganda unter der Parole: „Helft den notleidenden russischen Arbeitern“ mußte zu einem Zusammenbruch aller von der kommunistischen Propaganda erweckten Illusionen führen. Der Gedanke eines Mitgliederfangs mit der Mitleidspropaganda stieß mich ab. Ich sagte zu ihm: „Der Sprung von einer Aufstandspolitik zu einer Mitleidsaktion ist von heute auf morgen sehr groß.“ Er meinte: „Das sind zwei verschiedene Dinge. Man kann beides gleichzeitig betreiben.“⁴³

Nach und nach wurde mir klar, daß andere im Hotel Lux über die Vorbereitung der März-Aktion unterrichtet waren, aber daß das Schweigegebot mir gegenüber eingehalten worden war. So erschien eines Tages, als der völlige Zusammenbruch der Aktion schon feststand, meine ständige Begleiterin völlig aufgelöst in meinem Zim-

⁴³ Hilfsaktionen, namentlich zur Linderung der Hungerkatastrophe in Rußland, wurden ab Sommer 1921 von der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) unter Leitung Willi Münzenbergs organisiert. Vgl. Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 125 ff.

mer, warf sich vor dem Bett auf die Knie und schrie und weinte und schluchzte in die Kissen. Als ich fragte, was geschehen sei, schluchzte sie: „Paul ist gefallen. Paul ist bei der deutschen Aktion gefallen.“ Paul war einer der Komintern-Funktionäre, die als Offiziere für die militärische Leitung des Aufstandes nach Deutschland geschickt worden waren. Ich fragte: „Und was geht Sie das an?“ Und sie schluchzte: „Aber ich trage ein Kind von ihm.“ Sie hatte sich mit dem Helden eingelassen. Sie hatte alles von ihm erfahren, aber befehlsgemäß mir gegenüber dicht gehalten. Das Melodrama war so unernsthaft wie der ganze Putsch. Weder Paul noch irgendeiner der nach Deutschland gesandten politischen Leiter und Offiziere ist irgendwie zu Schaden gekommen, sie kamen alle völlig unbeschädigt nach Moskau zurück.

Zusammen mit den letzten Nachrichten über den Zusammenbruch des Putsches kamen, wie angekündigt, die Zentralemitglieder Otto Braß und Wilhelm Koenen nach Moskau, und ich beschloß, nunmehr mit Hilfe von Braß den offenen Kampf in der Exekutive zur Verteidigung der fünf Ausgetretenen aufzunehmen. Bei der Unterbringung der beiden im Hotel kam wieder die Hierarchie der Komintern ins Spiel. Koenen, weil linientreu, erhielt eine fünfzig Prozent höhere Naturalverpflegung als Braß, der die Opposition vertrat. Aber die Sitzungen des EKKI konnten kaum Kampfsitzungen genannt werden. Sinowjew und Radek wahrten zwar das Gesicht des Präsidiums vor den Exekutivmitgliedern, aber sie waren gefesselt durch einen strikten Befehl Lenins, den Riß in der deutschen Partei nicht zu vertiefen und keine echte Entscheidung für oder wider zu fällen. So wurde eine Resolution angenommen, welche meine fünf Freunde zu verurteilen schien, aber mit der Maßgabe, daß sie nicht veröffentlicht werden dürfe.

Der Kredit Radeks als Berater Lenins über deutsche Fragen war durch die Spaltung der deutschen Zentrale erschüttert. Zu allem Überfluß brachte Braß schriftliche und gedruckte Beweise dafür mit, daß unter Mithilfe von Radeks Werkzeugen die alten Spartakusmitglieder der Zentrale eine eigene fraktionelle Organisation in der Partei gebildet hatten. Ich legte darauf nicht viel Wert; denn dies hatte ich seit meinem Bruch mit Wilhelm Herzog von Anfang an gewußt, da aber soeben in der russischen Kommunistischen Partei jede Fraktionsbildung als ein Verbrechen gegen die Sowjetlegalität geächtet worden war, sprachen diese Beweise sehr stark gegen Radek.

Otto Braß machte davon den stärksten Gebrauch. Er fragte weiterhin, ob es richtig sei, daß Mátyás Rákosi auf der Sitzung des deutschen Zentraleausschusses vom 24. Februar eine vom Komintern-Präsidium beschlossene neue Spaltung der Vereinigten Kommunistischen Partei nach dem Muster des Ausschlusses von Serrati angekündigt habe, er verlangte eine offizielle Erklärung des Präsidiums, ob es eine Spaltung der deutschen Partei beabsichtige. Vor dem Plenum des EKKI bestritten Sinowjew und Radek dies entschieden. Hinter den Kulissen verhandelte Braß mit Radek, und auch bei diesen internen Verhandlungen bestritt Radek, daß namens des Komintern-Präsidiums solche Drohungen ausgesprochen worden seien. Ich beteiligte mich an dieser Debatte nicht; denn formell war ich ein Mitglied der gegenwärtig im Amt befindlichen Zentrale und ihr nicht abberufener Vertreter im EKKI. Ich machte das Radek klar, als er mich bei diesen Debatten mit der Frage überfiel, wen ich eigentlich verträte. Ich hätte in der Debatte erzählen können, daß Sinowjew mir gegenüber selbst die neue Spaltungsandrohung gebraucht hatte, aber ich hielt diese Auseinandersetzungen über den Austritt der Fünf vor dem Plenum des EKKI für völlig belanglos. Ich wußte, daß die Entscheidung in der Führungsfrage gefallen war, und daß kein Kompromiß rückgängig machen konnte, was geschehen war. Ich

persönlich war deshalb gänzlich uninteressiert an der Tatsache, daß Lenin Befehl gegeben hatte, den Konflikt durch einen Kompromiß zu bereinigen. Inzwischen hatte die Exekutive der russischen Kommunistischen Partei erkannt, daß es ein harter Schlag war, daß Persönlichkeiten von der Autorität Clara Zetkins und Ernst Däumigs sich solidarisch mit Paul Levi erklärt hatten. Alle Bemühungen wurden gemacht, um wenigstens diese beiden, und dann vor allem den Organisator Otto Braß aus der Bundesgenossenschaft mit Paul Levi herauszulösen nach dem Prinzip „Teile und herrsche“. Für mich, der ich diesen Kampf um die Führung mit vollem Bewußtsein aktiv durchlebt hatte, war es völlig klar, daß ich den Kampf bis zum Ende völlig kompromißlos weiterführen wollte.

Obwohl Radek sich bemühte, den Wünschen Lenins nachzukommen, hatte ich das bestimmte Gefühl, daß er sehr genau wußte, was ich über die Kompromißversuche dachte. Ich merkte, daß er es müde wurde, sich mit mir zu streiten, obwohl wir nach wie vor freundschaftlich verkehrten.

Ich erinnere mich einer kleinen Szene in einer dieser Sitzungen. Mein Freund Braß referierte über die Auflagenhöhen von Zeitungen und wollte dabei etwas über die Abonnentenzahl des Zentralorgans, der „Roten Fahne“, sagen. Er sagte: „Genossen, was nun die Abonnentenzahl der ‚Freiheit‘ anbetrifft . . .“ Die „Freiheit“ war das Zentralorgan der USPD gewesen und nun das Organ der rechten USPD. Radek saß mir gegenüber, ich grinste ihn an, er grinste zurück, schrieb etwas auf einen Zettel, den er mir zuschob. Darauf stand: „Sie alter Freudianer.“ Abgesehen von unseren politischen Differenzen verstanden wir uns ausgezeichnet.

Ernüchterung und Rückkehr nach Deutschland

Aber auch ich war müde, moskaumüde. Meine eigene Position bedurfte der Klärung vor mir selber, ich verschob sie auf die Zeit, wenn ich mit meinen näheren Freunden in Deutschland gesprochen haben würde. Aber eines wußte ich: Die Forderung der Autonomie der deutschen Partei, der Unabhängigkeit von den Beschlüssen der russischen Kommunistischen Partei hatte nun aufgrund meiner Moskauer Erfahrungen die Kraft eines unumstößlichen Prinzips erhalten. Meine Stellung zur Partei und in der Partei beschloß ich ebenfalls erst nach der Rückkehr nach Berlin zu definieren, aber weder konnte noch wollte ich ein starkes Gefühl der Entfremdung vor mir verleugnen. Ich fühlte in meinem innersten Herzen, daß ich ein zum Westen gehöriger Mensch war. Was die Stellung zur Komintern, zu der Parteiallianzen mit den Bolschewiki anbetraf, so wußte ich nun mit aller Klarheit, daß zwei Parteien in zwei Ländern, die so verschieden in ihrer wirtschaftlichen Potenz, ihrer Wirtschaftsstruktur und ihrer Klassenstruktur sind wie Deutschland und die Sowjetunion, und obendrein mit so verschiedener politischer Geschichte, nichts miteinander zu tun haben und deshalb keine echte Allianz eingehen können, auch wenn sie den gleichen Namen führen und auf die gleichen theoretischen, ideologiebezeichnenden Worte schwören. Mein Stolz war aufs Neue verletzt worden durch die Vorbereitung einer Aktion in Deutschland hinter meinem Rücken. Aber ich hatte eine eindringliche Konfrontierung der theoretischen Vorstellungen des revolutionären Idealismus mit der harten Wirklichkeit der russischen Revolution und der russischen sozialen Zustände erfahren. Ich ging von Moskau fort, ernüchtert, aber erheblich reifer in meinen politischen und theoretischen Anschauungen und meinem politischen Urteil.

Gemeinsam mit Otto Braß betrieb ich nun die Vorbereitungen für unsere Rückreise. Es dauerte erhebliche Zeit bis im Außenministerium unsere Pässe zum Vorschein kamen. Schließlich wurden wir gebeten, sie dort abzuholen. Der Beamte – er hieß Schmidt –, der sie uns, zusammen mit den Fahrscheinen, den Passierscheinen und etwas Reisegeld in Amerikadollars übergab, hielt uns einen kleinen Vortrag wie wir uns auf der Reise benehmen sollten. „Wenn Sie in Kowno oder in Riga übernachten müssen“, so sagte er, „so gehen Sie selbstverständlich nur in das erste Hotel am Platze. Gehen Sie nie zu Fuß, sondern nehmen Sie eine Droschke. Gehen Sie nie mit bloßem Kopf oder einer Mütze. Tragen Sie stets einen guten Hut. Vergessen Sie nicht, daß Sie Fremde von Distinktion sind.“

Meine letzte Begegnung mit Radek in Moskau erfolgte vor dem Eingang des Hotels Lux. Inzwischen war die Jahreszeit fortgeschritten, der Schnee weitgehend verschwunden, und Braß und ich standen im Sonnenschein vor dem Eingang, als Radek kam, um sich von uns zu verabschieden. Wir sprachen einige Worte, dann sagte er, zu Braß gewandt und auf mich deutend: „Über den habe ich ein Kreuz gemacht. Das ist ein Liberaler.“ Ich lachte, aber ich wußte, daß ich nicht mehr nach Moskau zurückkehren würde.

Wir reisten am Abend in einem Zug mit den üblichen russischen Liegewagen für Langstreckenfahrten nach der lettischen Grenze. Nach stundenlangen Kontrollen und peinlich genauer Untersuchung der Pässe und Papiere sämtlicher Insassen des Zuges durften wir schließlich den russischen Zug verlassen und zur lettischen Grenzstation hinübergehen, von der eine Stunde später der Zug nach Riga abgehen sollte. Vor dem Stationsgebäude auf dem Perron in der Sonne standen mindestens ein Dutzend langer weißgedeckter Tische mit Samowaren, Suppenterrinen, Obstschalen, Tellern und Bestecken zum Mittagessen gedeckt, umgeben von einem Heer von freundlich lächelnden, weiß gekleideten Kellnern unter dem Oberbefehl eines würdigen befrackten Oberkellners. Wir rieben uns die Augen, wir sanken in die Stühle und ließen uns bedienen – wir waren aus dem Dunkel der Sowjetwirklichkeit in eine völlig andere Welt zurückgekehrt, aus dem Land der Hungersnot in ein Land des agrarischen Überschusses. Von Riga aus nahmen wir den Zug nach Eydtkuhnen. Wir fuhren in einem alten deutschen D-Zugwagen, der fast leer war. Wir fuhren an grünen Bäumen und Wiesenhängen vorbei, auf denen Wiesenblumen blühten. Wir waren plötzlich im Frühling, während wir eben noch durch tiefverschneite Wälder gefahren waren. Ich fühlte, wie allmählich ein Druck von mir abfiel, der drei Monate lang auf mir gelastet hatte, und meinem Freunde Otto Braß, der viel kürzer in Moskau gewesen war, ging es ebenso. Wir hätten allen Grund gehabt, darüber zu reden, welche Konsequenzen wir ziehen sollten und was wir in Deutschland zunächst zu unternehmen hätten. Stattdessen unterhielten wir uns über den Sonnenschein, den Frühling, die Wiesen und die Blumen, was wir trotz unserer Freundschaft nie zuvor getan hatten.

In Eydtkuhnen wurden wir von den Beamten der Paß- und Zollkontrolle und den Beamten der preußischen politischen Polizei in Empfang genommen. Einer der Polizeibeamten sagte zu mir: „Nun, bringen Sie Anweisungen für ein neues Siegesäulenattentat mit?“ Ich setzte meine arroganteste Miene auf und sagte: „Vergessen Sie bitte nicht, daß ich deutscher Reichstagsabgeordneter bin.“ Er entschuldigte sich, und wir gingen zum deutschen Zug. Noch ehe wir abfuhren, kam dieser Beamte zu mir ans Abteil und sagte: „Darf ich Sie etwas fragen. Mit Ihrem Zug kam auch eine Frau aus Moskau, und sie führte einen ungeheuren Geldbetrag mit sich, wir wissen

nicht recht, was wir tun sollen.“ Ich fragte: „Wieviel hat sie denn?“ Eindrucksvoll und betont sagte er: „Zwei Millionen Rubel.“ Ich lachte und sagte: „Damit kann sie in Moskau gerade eine Droschke vom Hotel zum Bahnhof bezahlen.“ Er schüttelte den Kopf, dann sagte er: „So ist das also dort.“

Das war im Jahre 1921 – zwei Jahre vor der deutschen Hochinflation.

Bei meiner Ankunft in Berlin wurde ich am Bahnhof von Anna in Empfang genommen. Sie hatte in der Zwischenzeit eine neue möblierte Wohnung für uns im Berliner Westen gemietet. Bereits auf der Fahrt dahin berichtete sie mir über die Zustände in der Zentrale, vor allem über die Ansichten und Absichten Walter Stoekers, der zwar wohl mit der Fraktion Radeks zusammenging, aber unter allen Umständen einen politischen und persönlichen Bruch mit mir vermeiden wollte. Vor allem erzählte sie, daß Paul Levi nunmehr zum offenen, rücksichtslosesten Kampf in voller Öffentlichkeit entschlossen sei. Wir kamen kurz vor Mittag in der neuen Wohnung an. Ich schloß alle mitgebrachten Papiere in den Schreibtisch und nahm den Schlüssel an mich. Wir gingen dann Mittagessen.

Als wir vom Mittagessen zurückkamen, fragte die Vermieterin der Wohnung: „Hat Ihr Freund Sie getroffen?“ – „Welcher Freund?“ – „Den Sie geschickt haben, um die Papiere aus dem Schreibtisch zu holen. Er sagte, Sie brauchten sie dringend, und Sie hätten ihm den Schlüssel zum Schreibtisch gegeben, er hat ihn mir als Legitimation gezeigt.“ – Wir gingen sofort zum Schreibtisch. Das primitive Schloß war aufgebrochen. Alle meine Aufzeichnungen über Gespräche in Moskau, über den Gang der Diskussion in den Sitzungen des EKKI, Briefe, die mir Anna nach Moskau geschrieben hatte, Berichte über den Austritt der Fünf, die sie mir geschickt hatte – alles war verschwunden. Ich dachte zunächst an die preußische Geheimpolizei, aber als ich mir das Signalement des jungen Mannes von der Vermieterin genau beschreiben ließ, erkannte ich sofort einen der jungen Leute von Radeks Verbindungs- und Kundschafterdienst. Ich war maßlos wütend. Ein Gefühl der Nicht-mehr-Zugehörigkeit, das mich gegen Ende meines Moskauer Aufenthalts mehrfach beschlichen, und das ich zurückgestellt hatte in der Absicht, keine inneren Entscheidungen ohne vorherige Besprechung mit meinen Freunden zu treffen, wurde unwiderstehlich.

Ich erblickte in diesem Diebstahl eine offene Kriegserklärung. Ich hätte eine Beschwerde bei der Zentrale erheben können, ich hätte sie bis vor die Kontrollkommission der russischen Kommunistischen Partei weiterverfolgen können. Aber dieser Weg hätte zugleich bedeutet, daß ich mich nach wie vor der Legalität der Parteiverfassung und der Komintern unterwarf. Ich überlegte, ob ich sofort öffentlich meinen Austritt aus der VKPD erklären und öffentlich begründen sollte. Nur Loyalität zu meinen Freunden hielt mich von dieser individuellen Lösung ab.

Während ich jetzt schreibe, liegen neben mir alle geheimen Briefe, Berichte und Anweisungen, die Radek in den Monaten Februar, März und April 1921 an seine Fraktion in der deutschen Zentrale gesandt hat. Sie enthalten Anweisungen, welche Taktik seine Freunde im Kampf um die Führung einschlagen sollten, welche Aufgaben den Einzelnen zuzuweisen seien und eine Skizzierung dessen, was der literarische Wortführer seiner Gruppe schreiben sollte, kurzum die Beweise für seine Konspiration in der Zentrale der Partei. Vieles darin stand in offenem Widerspruch zu Kominternbeschlüssen, und vor allem zum Willen Lenins, keine Spaltung der VKPD hervorzurufen, sondern eine Verständigung mit der Levi-Gruppe zu suchen. Mir sagen diese Briefe nichts Neues, sie sind für mich nur letzte Bestätigungen meiner Moskauer Erfahrungen und der Dinge, die ich wußte.

Und nachträglich, vom Standpunkt meiner heutigen Kenntnisse aus, muß ich mich fragen, wie das eigentlich mit dem Diebstahl meiner Papiere war. Denn Dr. Robert Weismann, der im Jahre 1921 Staatskommissar für öffentliche Ordnung im Preußischen Innenministerium war, hatte sie in seinen Geheimakten. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß diese Papiere zu den Akten gehörten, welche die preußische Polizei Clara Zetkin bei ihrer Reise zum Kongreß in Moskau im Sommer 1921 in Eydtkuhnen abnahm. Danach bleibt nur die Schlußfolgerung übrig, daß Radeks Agent zugleich im Dienste der preußischen Polizei arbeitete. Auch die eben erwähnten Briefe Radeks kenne ich aus amerikanischer Quelle.⁴⁴

Bruch mit der KPD

Ich las nun die Anklageschrift, die Paul Levi über die März-Aktion veröffentlichte,⁴⁵ ich ließ mich über alle Einzelheiten dieser Aktion unterrichten. Mir wurde vollkommen klar, daß Paul Levi von vornherein entschlossen war, aus Anlaß der März-Aktion vollkommen mit den Bolschewiki zu brechen. Er führte den Kampf auf der gleichen Grundlage wie seinen Kampf um das Problem „Massenpartei oder Sekte“. Er berief sich gegen die Bolschewiki auf die orthodoxe marxistische Doktrin des Verhältnisses der Kommunisten zu den Arbeitermassen, so wie sie im „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels niedergelegt ist. Seine Vertretung dieser Doktrin bedeutete zugleich eine Verneinung der Existenzberechtigung einer selbständigen kommunistischen Partei neben anderen sozialistischen Parteien und damit eine Ablehnung der Kommunistischen Internationale überhaupt. Auf dieser Grundlage war keinerlei Kompromiß in der Parteikrise möglich, so sehr sich auch Lenin darum bemühte. Paul Levi hat auch in der weiteren Entwicklung diese orthodox-marxistische Doktrin nicht aufgegeben, auch als er Mitglied der SPD war.

Ich war in dieser Kampfsituation sein nächster Mitarbeiter, aber ich ging in meiner ideologischen Entwicklung im Laufe dieses Kampfes weit über ihn hinaus. Zunächst wurde ich mir, zusammen mit meinem Freunde Bernhard Düwell, darüber klar, daß nunmehr der Weg eingeschlagen werden mußte, den wir während des Vereinigungsparteitages der Kommunistischen Partei mit der linken USPD bereits zu sehen geglaubt hatten. Wir waren entschlossen, den Weg zur Wiedervereinigung mit der rechten USPD und der Wiedervereinigung von USPD und SPD zu gehen. Das war natürlich weit mehr als eine parteimäßige Orientierung aus Zweckmäßigkeitsgründen, es schloß vielmehr eine völlige Neuorientierung der politischen Glaubenssätze

⁴⁴ Diese Unterlagen des Staatssekretärs Weismann befinden sich in den Akten des Auswärtigen Amts/Büro des Reichsministers Betr. Rußland, die nach 1945 in die National Archives Washington gelangten. Von diesen Akten wurden Mikrofilme angefertigt (vgl. Index of micro-filmed records of the German Foreign Ministry and the Reich's Chancellery covering the Weimar Period, National Archives, Washington 1958, S. 13). Die Originale sind an das Politische Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn zurückgegeben worden.

⁴⁵ Paul Levis erste Streitschrift „Unser Weg. Wider den Putschismus“ (Berlin (1921), am 3. und 4. April 1921 verfaßt, wurde nach der ZA-Sitzung vom 7./8. April veröffentlicht (eine zweite Auflage, mit neuem Vorwort, erschien ebenfalls 1921). Die zweite Schrift „Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Rede auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD am 4. Mai 1921“ (Berlin 1921) erschien nach der Sitzung des ZA (3.–5. 5. 1921), auf der Levis Parteiausschluß endgültig bestätigt wurde.

über Diktatur des Proletariats und Ostorientierung, wie der Stellungnahme zu revolutionären Vorstellungen überhaupt in sich. Bei mir, der ich gewohnt war, alle Dinge bis in die letzten Konsequenzen durchzudenken, mußte diese Wandlung schließlich zu einer Erschütterung des gesamten marxistischen Glaubensgebäudes führen, das bisher hinter all meiner politischen Aktivität gestanden hatte.

Das Gefühl der Nicht-mehr-Zugehörigkeit wurde völlig überwältigend, als ich vor dem Zentraleausschuß der VKPD Bericht über meine Mission in Moskau erstatten sollte. Die Sitzung fand in einem der Fraktionssäle des Reichstags statt. Am selben Tisch mir unmittelbar gegenüber saßen Arkadij Maslow und Ruth Fischer, die Führer der neuen Berliner Linken, die inzwischen die Berliner Organisation erobert hatten. Es war eine ironische Situation. Im Zentraleausschuß saß auch die Gruppe, die von Radek dirigiert wurde und den Ausschluß Levis verlangte, zugleich aber auch auf Befehl Radeks als Konsequenz der Neuorientierung der russischen Politik die Anschauung vertrat, daß die Stabilisierung des Regimes in Deutschland nur ein Teil der allgemeinen Stabilisierung und die Weltrevolution deshalb geschlossen sei. Ich hätte mir auf diese nachträgliche Schwenkung des Komintern-Präsidiiums zu meinen Anschauungen etwas einbilden und mich darauf berufen können, wenn ich die Absicht gehabt hätte, in der Partei zu bleiben. Aber ich wollte nicht mehr.

Ich referierte vor diesem Ausschuß über meine Moskauer Verhandlungen und wurde dabei ständig durch ironische Zwischenrufe Ruth Fischers unterbrochen, die mir genau gegenüber saß. Während ich mechanisch weiterredete, überlegte ich: „Warum tue ich mir das eigentlich an? Gehöre ich überhaupt noch zu diesen Leuten?“ Und dann, mitten im Weiterreden faßte ich den Entschluß: „Noch ein Zwischenruf Ruth Fischers und ich breche ab und verlasse die Sitzung.“ Der Zwischenruf kam. Ich hörte mitten im Satz zu reden auf. Ich legte langsam und ordentlich das vor mir ausgebreitete Material zusammen, steckte es in meine Aktentasche und verschloß die Aktentasche. Die Teilnehmer der Sitzung sahen staunend und still zu. Dann rief Maslow, der begriff, daß dies einen endgültigen Bruch bedeutete: „Aber das können Sie doch nicht machen. Es war auch nicht so gemeint, Sie verkennen unsere Position, Sie können das nicht machen.“ Ich nahm meine Aktentasche und verließ den Sitzungssaal, ohne ein weiteres Wort zu sagen. Ich wußte: Das ist die endgültige Trennung von der Kommunistischen Partei, eine Trennung von meiner eigenen Vergangenheit und den Illusionen, auf denen sie geruht hatte. Alle Zweifel, die mir bereits auf dem Parteitag von Halle aufgestiegen waren, hatten volle Bestätigung gefunden. Ich zweifelte nicht mehr, ich wußte, und ich ging meinen Weg.

Vor meinen Moskauer Erfahrungen hätte ich in der Zerklüftung der Zentralkörperschaft in zwei Fraktionen die Möglichkeit gesehen, innerhalb der Organisation den Kampf um die Führung der Partei aufzunehmen. Aber schon bevor ich nach Moskau ging, hatte ich feststellen müssen, daß nach Halle ein Teil des Stammes der linken USPD-Mitgliedschaft einfach verschwunden war. Der Rest glitt mir und meinen Freunden weiter aus der Hand. Zur Durchsetzung unserer Führung hätte der Rest der Mitgliedschaft zu einer offenen Oppositionsstellung gegen Moskau bewogen werden müssen, gegen einen von Moskau kräftig gestützten Teil der Zentrale. Das erschien mir sieben Monate nach Halle als ein unmögliches Beginnen. Wenn ich mich von Levi getrennt hätte, so hätten meine Freunde und ich vielleicht beim Kampf um die Führung Lenins Unterstützung gefunden – aber ich war nunmehr eisern entschlossen, nicht mehr mit den Bolschewiki zusammenzuarbeiten.

Nebenbei bemerkt, übernahmen Maslow und Ruth Fischer später die Führung der

Kommunistischen Partei.⁴⁶ Ihre Erfahrungen mit Moskau – schon unter dem Stalin-Regime – brachten sie zu dem Entschluß, den Ruth Fischer in ihrem Stalinbuch in die Worte kleidete: „Und wir beschlossen, unabhängig vom Politbüro der Russischen Kommunistischen Partei zu werden.“⁴⁷ Sie versuchten es, ebenfalls mit dem Ergebnis, daß auch sie sich von der Kommunistischen Partei trennten.

Nach dieser Sitzung fuhr ich nach Düsseldorf, um dort, wie vorher vereinbart, in einer Mitgliederversammlung der VKPD zu sprechen. In dieser Versammlung hatte ich eine stürmische öffentliche Auseinandersetzung mit meinem alten Freund Walter Stoecker, der die März-Aktion verteidigte. Nach dieser Versammlung, die Stellung für Stoecker nahm, wußte ich, daß dies die letzte Versammlung gewesen war, die ich in der VKPD gehalten hatte. Ich fuhr nach Frankfurt und von Frankfurt mit Anna nach Heidelberg, wo wir mit Paul Levi zusammentrafen. Dort verabredeten wir unser weiteres Vorgehen, vor allem die Gründung einer Zeitschrift: „Unser Weg“, die dann von Levi herausgegeben wurde; mit mir und Bernhard Düwell als Hauptmitarbeitern.⁴⁸

Der Zentralaussschußsitzung folgte der Ausschluß Levis⁴⁹ aus der VKPD nach. Düwell und ich arbeiteten trotzdem an seiner Zeitschrift mit, was gegen alle Parteidisziplin verstieß. Die Zentrale der Partei versuchte vergeblich, uns von ihm zu trennen, teils durch Ausschlußdrohungen, teils durch Versprechungen. Sie wußten: Wenn auch wir die Partei verließen, würden allmählich auch unsere anderen Freunde nachfolgen und der Konflikt ins Riesige wachsen. Vor dem Jenaer Parteitag der VKPD [22.–26. 8. 1921] wurden Bernhard Düwell und ich zu einer letzten Besprechung in das neue Gebäude der Zentrale eingeladen. Es hatte erhebliche Summen gekostet, aber nachdem das Präsidium der Komintern eine deutsche Zentrale hatte, die seinen Befehlen unbedingt gehorchte, flossen die Subsidien reichlich. Walter Stoecker bat uns lange und eindringlich, die Mitarbeit an Paul Levis Zeitschrift aufzugeben. Wir waren Freunde, wir hatten aufs Engste in der USPD zusammengearbeitet. Er versicherte uns, wir könnten innerhalb der Partei sagen, was wir in Levis Zeitschrift schrieben. Aber wir waren hartnäckig. Schließlich fragte er: „Was werdet Ihr nun tun?“ Ich antwortete ihm: „Das wirst du schon sehen“, denn wir hatten eine neue Nummer der Zeitschrift in Vorbereitung. Schließlich brachen wir ab, er rief Wilhelm Pieck⁵⁰ im Hause an und bat uns, diesen in seinem Zimmer auf-

⁴⁶ Vom April 1924 bis September 1925; da Maslow im Mai 1924 verhaftet wurde, stand Ruth Fischer de facto allein an der Spitze der KPD.

⁴⁷ Gemeint sind sicherlich folgende Sätze, die sich auf eine Unterredung beziehen, die Maslow und Ruth Fischer am 8. Januar 1924 mit Stalin hatten: „Draußen wechselten wir ein paar Worte, die unseren Eindruck dahin zusammenfaßten, daß jede weitere Unterordnung des deutschen Kommunismus unter das Politbüro verhängnisvoll wäre und in einer Katastrophe enden müßte. Wir waren davon überzeugt, daß wir eine unabhängige Parteiorganisation aufbauen müßten, ohne das offizielle Band mit der Komintern zu zerschneiden, fähig, eine selbständige Politik zu finden, in der der Internationalismus nicht nur ein Deckmantel für nicht endenwollende Opfer ist, für die Ausrichtung der deutschen Politik je nach dem Tageskurs der russischen Staatspartei.“ Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 450–451.

⁴⁸ Vgl. 4. Kapitel, Anm. 67.

⁴⁹ Am 15. April 1921 hatte die Zentrale den Ausschluß Levis aus der Partei beschlossen, als Reaktion auf die Veröffentlichung der Broschüre Levis „Unser Weg“ Anfang April. Levi legte Berufung ein, auf der Tagung des ZA der VKPD vom 3.–5. Mai 1921 wurde der Ausschluß Levis bestätigt.

⁵⁰ Wilhelm Pieck war amtierender Vorsitzender der VKPD in Vertretung des am 18. April verhafteten Heinrich Brandler.

zusuchen. [. . .] Wilhelm Pieck bot mir sofort folgendes an: Das Bezirkssekretariat in Düsseldorf, ein sicheres Reichstagsmandat bei den nächsten Wahlen, den Wiedereintritt in die Zentrale, einen langen Urlaub, um in Moskau Russisch lernen zu können, und baldige Verwendung im Komintern-Außendienst, sei es in den Vereinigten Staaten oder anderswo. Ich verstand, daß dies nicht so sehr ein Zentraleangebot als ein Kominternangebot war. Ich sagte ihm, ich sei kein käufliches Werkzeug der Komintern. Bernhard Düwell und ich ließen ihn enttäuscht zurück.

Unsere Antwort auf dieses Angebot bestand darin, daß wir eine Sondernummer von „Unser Weg“ für den Parteitag vorbereiteten und die Drucklegung so einrichteten, daß eine Auflage von dreitausend Exemplaren zum Parteitag nach Jena gebracht werden konnte. So geschah es. Paul Levi, Bernhard Düwell und Anna und ich fuhren zur Eröffnung des Parteitages nach Jena und warteten im Hotel die Entwicklung auf dem Parteitag ab. Wir wurden laufend unterrichtet. Am zweiten Tage morgens traf unsere Zeitschrift ein, wir ließen sie vor dem Saal der Tagung an alle Parteitagsdelegierten verteilen, unter denen sich sofort ein Sturm der Entrüstung erhob. Dann stand Walter Stoecker am Vorstandstisch auf und beantragte mit tränen-erstickter Stimme „den Ausschluß meiner lieben Freunde Curt Geyer und Bernhard Düwell.“ Das Plenum des Parteitages schloß uns aus. Fünf Minuten später wurden wir durch unsere Vertrauensleute in unserem Hotel darüber informiert.⁵¹

Mich überkam ein ungeheures Gefühl der Befreiung. Es war ein herrlicher Sommermorgen. Die Sonne schien noch einmal so hell wie zuvor. Ich schlenderte nach dem Flußbad in der Saale und lag dort im warmen Wasser und schien meine Vergangenheit von mir abzuspülen. Ich fühlte mich erhoben wie selten. Aber am Nachmittag setzten sich Paul Levi, Düwell und ich zusammen, und wir verfaßten eine umfangreiche Antwort auf den Beschluß des Parteitags. Ich brachte das Manuskript nach der Thüringer Verlagsanstalt, dem Verlag der sozialdemokratischen Zeitung in Jena und gab es dort in Druckauftrag. Am nächsten Morgen ließen wir unsere Antwort wieder vor dem Parteitag verteilen.

Wir drei ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten bildeten zunächst eine „wilde Gruppe“ im Reichstag. Kurze Zeit darauf wurden wir verstärkt durch Ernst Däumig, den zweiten Vorsitzenden der VKPD. Der Rest unserer Freunde bröckelte langsam nach. Er versuchte zunächst, den Weg einer Fraktionsbildung in der Partei zu gehen und Bundesgenossen in Moskau zu suchen. Lenins Verurteilung der März-Aktion – für die er selbst freie Hand gegeben hatte – und die Neuorientierung der russischen Politik schien ihnen diesen Versuch vielversprechend zu machen. Aber was Levi, Düwell und ich wollten, war die völlige Unabhängigkeit von Moskau.

Unsere noch nicht ausgeschlossenen oder nicht aus der Partei ausgetretenen Freunde waren noch auf Wunsch Lenins auf dem Dritten Weltkongreß der Komintern vertreten. Sie konnten eine gewisse Genugtuung daraus ableiten, daß die Werkzeuge der Komintern, die den Befehl zur März-Aktion ausgeführt hatten, verurteilt wurden und daß Radeks Stellung als Berater Lenins in deutschen Fragen prekär wurde.⁵²

⁵¹ Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 2. [d. i. VII.] Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921. Hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin 1922, S. 185 f.

⁵² S. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 465 ff. (Referat Radek), S. 508 ff. (Lenin), S. 527 ff. (Heckert), S. 574 ff. (Reuter-Friesland), S. 594 ff. (Thalheimer), S. 633 ff. (Thälmann).

Lenin, der inzwischen gemeinsam mit Trotzki in großen Zügen die Beurteilung der Lage in Deutschland und im Westen überhaupt, so wie ich sie im Auftrag der Levi-Däumig-Zentrale der Exekutive der russischen Partei vorgetragen hatte, zu der seinen gemacht hatte, glaubte mit der Preisgabe der März-Aktion Clara Zetkin und die wichtigsten Führer der linken USPD in der Partei halten zu können. Aber das trennende Moment war nicht die März-Aktion, die niemals hätte unternommen werden dürfen, sondern die Tatsache, daß sie auf Befehl Moskaus gegen den Rat und den Widerspruch der kompetentesten Führer der deutschen Partei unternommen worden war. Der unheilbare Konflikt war nicht erst über die März-Aktion ausgebrochen, sondern über die Einmischung der Komintern in die Führungsverhältnisse der VKPD. Der Streit ging nicht um die Schuldfrage bei einer Niederlage, sondern um die Autonomie einer politischen Partei in Deutschland, und der Bruch war unkorrigierbar, weil Lenins eigene Ansichten keine Autonomie einer der Komintern angeschlossenen Partei zuließen.

[. . .]

Einige unserer Freunde – und am längsten von ihnen Otto Braß – glaubten noch monatelang, daß Lenins Machtwort die alte Zentralemehrheit ohne Paul Levi wieder herstellen könnte und daß selbst für Paul Levi der Rückweg offengehalten werde. Sie konnten sich darin bestärkt fühlen durch die offenen und geheimen Verhandlungen während des Dritten Weltkongresses der Komintern, bei denen sie unter der Ägide Lenins eine Art von Stillhalteabkommen mit den wildesten Gegnern der Levi-Gruppe schlossen. Aber die abschließende Resolution des Kongresses stellte mit aller Schärfe das Recht des Komintern-Präsidiums zur Intervention in die Verhältnisse der angeschlossenen Parteien fest. Das bedeutete den Sieg des russischen Beherrschungswillens über das Unabhängigkeitsstreben in der deutschen Partei. Meine Freunde hätten Zentralsekretäre bleiben können, aber von Lenins Gnaden, und der Befehlsgewalt des Komintern-Präsidiums unterworfen. Als sie nach dem Stillhalteabkommen über die März-Aktion zu der Frage der finanziellen und politischen Unabhängigkeit der deutschen Partei zurückkehrten, hatten sie die gesamte russische Kommunistische Partei unter Lenins Führung gegen sich, und eine Säuberung setzte ein, die nicht nur sie, sondern auch Levis schärfsten Gegner in der Frage der März-Aktion, Ernst Reuter-Friesland, erfaßte – weil er seinerseits als Generalsekretär der Partei ebenfalls nach finanzieller und politischer Unabhängigkeit strebte. Die Diktatur der russischen Kommunistischen Partei über die der Komintern angeschlossenen Parteien, die ihre krassesten Formen unter Stalin annahm, wurde bereits auf dem Dritten Weltkongreß der Komintern errichtet, und es ist Lenin, der sie gefordert und durchgesetzt hat.

Das Komintern-Präsidium erhielt endlich die Partei, die es von der Spaltung der USPD in Halle erhofft hatte. Aber es hatte dafür zu bezahlen. Etwa hundert höhere und höchste Parteifunktionäre, mit wenigen Ausnahmen die gesamte engere und weitere Führung der linken USPD, die alle das Vertrauen einer wachsenden Zahl der deutschen Arbeiterschaft seit dem November 1918 erworben hatten, und mit ihnen rund zweihunderttausend Mitglieder verließen die Kommunistische Partei. Lenin und seine Freunde begriffen vor allem eines nicht. Sie sahen nicht, oder wollten nicht sehen, welchen gewaltigen Eindruck die Spaltung in Halle und das Schicksal der nach Halle gebildeten Partei auf die deutsche Arbeiterschaft machte. Dies Schicksal vollzog sich vor aller Augen in vollster Öffentlichkeit. Der Tatbestand war: die linke USPD hatte ihre Existenz und ihre Zukunft und die der gesamten

USPD daran gesetzt, ein Bündnis mit den Bolschewiki herbeizuführen – hatte aber erfahren, daß man mit den Bolschewiki nicht in einem Bündnis leben konnte, sondern nur in Unterwerfung. Ungleich stärker noch als die Verluste der Kommunistischen Partei war der Prestigeverlust, den die Sowjetregierung und die russische Revolution bei der deutschen Arbeiterschaft und bei allen Sympathisierenden in Deutschland erlitten. Von da ab lehnte es die große Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ein für allemal ab, kommunistischer Führung zu folgen. Aber weder Lenin noch seine Nachfolger begriffen dies, weil sie die Mentalität und die andersartige Tradition europäischer Arbeiterbewegungen und Völker nicht begriffen.

Mein Ausschluß aus der Zentrale der VKPD erfolgte am 8. Mai 1921. Ich teilte die Illusion einiger meiner Freunde, wie die von Otto Braß, nicht mehr. Ich stand bereits außerhalb der VKPD und arbeitete zusammen mit Paul Levi an dem Ziel der Wiedervereinigung. Ich erwog sogar, ob ich individuell meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei erklären sollte. Bei den sozialistischen Fraktionen des Reichstags ging ein Wort von mir um: „Warum soll ich ein Umsteigebillet nehmen, wenn ich ein direktes Billet haben kann?“ Aber die Solidarität mit meinen nächsten Freunden bewog mich, zunächst die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft⁵³ zu bilden und bald darauf die Verschmelzung der Arbeitsgemeinschaft mit der USPD zu vollziehen, der im Sommer 1922 die Wiedervereinigung von USPD und SPD nachfolgte.

Von allen unseren Freunden ging ich diesen Weg zur organisatorischen Wiedervereinigung am klarsten und entschiedensten, da ich die politische wie die intellektuelle Position in meinen Überlegungen bis in die letzten Konsequenzen durchdachte. Ich zeigte diese Konsequenzen bereits in meinen Beiträgen für „Unser Weg“. Ernst Däumig, der von der ganzen Entwicklung sehr müde geworden war und an dem Zusammenbruch seiner illusionären Hoffnungen auf die Retterrolle der Roten Armee für die deutsche Revolution sehr schwer trug, sagte noch in Jena zu mir: „Gehen Sie nur nicht zu weit nach rechts.“ Er starb im nachfolgenden Jahr. Als ich später literarisch meine Position klärte, hatte ich alle meine Freunde auf meinem Wege bereits hinter mir gelassen. Ich stellte die Verantwortung vor mir selber und unbedingte intellektuelle Ehrlichkeit über alle Bindungen. Als ich viele Jahre später die berühmte Schrift von Kardinal Newman „Apologia pro vita sua“⁵⁴ las, fand

⁵³ Die KAG wurde im September 1921 gegründet, ihre erste Reichskonferenz fand am 20. 11. 1921 statt. Der „Geschäftsführende Ausschuß“ der locker organisierten KAG bestand aus Levi, Däumig, Adolph Hoffmann, Curt Geyer, Otto Kunz, Max Sievers und Georg Handke. Als publizistisches Organ diente – neben der Zeitschrift „Unser Weg“ (vgl. 4. Kapitel, Anm. 67) – das „Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“. Die KAG schloß sich im April 1922 der USPD an. Vgl. Fritz, Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP, S. 88 ff.

⁵⁴ Die autobiographische Rechtfertigung des vom Anglikanismus zum Katholizismus konvertierten Theologen John Henry Newman: *Apologia pro vita sua* (London 1864; deutsch Mainz 1922) war als Antwort auf den Vorwurf entstanden, Newmans Verhalten „sei mit christlicher Aufrichtigkeit und Gradheit nicht vereinbar gewesen“. Die überzeugende Selbstdarstellung des Gelehrten und Kirchenführers dürfte auf Curt Geyer bei der Niederschrift seiner offensivselbstbewußten Apologie des eigenen Denkens und Handelns überhaupt vorbildlich gewirkt haben; Geyer hielt seinen Weg sicherlich für vergleichbar, die Konsequenz der Entwicklung – bei Geyer vom doktrinären Marxisten und politischen Funktionär zum bürgerlich-demokratischen, schließlich parteiunabhängigen Einzelgänger – empfand er im Rückblick auf sein politisches Leben zweifellos als verwandtes Element.

ich eine Stelle, die auf meine Haltung im Jahre 1921 zutraf: „Ich wünschte, daß andere genau so dächten wie ich. Ich nahm sie Schritt für Schritt mit, soweit sie gehen wollten. Ich tat dies in aller Aufrichtigkeit. Aber wenn sie innehalten wollten, so kümmerte mich das wenig, ich ging vielmehr meinen Weg weiter, mit einiger Genugtuung, daß ich sie so weit gebracht hatte.“

Anhang

Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat keine genauen Bedingungen für die Aufnahme in die III. Internationale aufgestellt. Bis zum Augenblick der Einberufung des I. Kongresses existierten in den meisten Ländern bloß kommunistische Richtungen und Gruppen.

Unter anderen Verhältnissen tritt der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammen. Zur Zeit gibt es in den meisten Ländern nicht nur kommunistische Strömungen und Richtungen, sondern kommunistische Parteien und Organisationen.

An die Kommunistische Internationale wenden sich nun oft Parteien und Gruppen, die noch vor kurzem zur II. Internationale gehörten, die jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, die aber nicht in der Tat kommunistisch geworden sind. Die II. Internationale ist endgültig zerschlagen. Die Zwischenparteien und die Gruppen des „Zentrums“, die die völlige Aussichtslosigkeit der II. Internationale einsehen, versuchen sich an die immer kräftiger werdende Kommunistische Internationale anzulehnen. Sie hoffen jedoch dabei eine solche „Autonomie“ zu bewahren, die ihnen die Möglichkeit gewährt, ihre frühere opportunistische oder „Zentrumspolitik“ weiterzuführen. Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen Mode.

Das Verlangen einiger führender Gruppen des „Zentrums“, in die III. Internationale einzutreten, ist eine indirekte Bestätigung dessen, daß die Kommunistische Internationale die Sympathien der überwiegenden Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und daß sie eine mit jedem Tage immer mehr wachsende Macht wird.

Der Kommunistischen Internationale droht die Gefahr, durch wankelmütige und durch Halbheit sich auszeichnende Elemente verwässert zu werden, welche die Ideologie der II. Internationale noch nicht endgültig abgestreift haben.

Außerdem verbleibt in einigen großen Parteien (Italien, Schweden, Norwegen, Jugoslawien u. a.), deren Mehrheit auf dem Standpunkt des Kommunismus steht, bis zum heutigen Tage ein bedeutender reformistischer und sozialpazifistischer Flügel, der nur auf den Augenblick wartet, wieder das Haupt zu erheben, mit der aktiven Sabotage der proletarischen Revolution zu beginnen und dadurch der Bourgeoisie und der II. Internationale zu helfen.

Kein einziger Kommunist darf die Lehren der ungarischen Räterepublik vergessen. Die Verschmelzung der ungarischen Kommunisten mit den sogenannten „linken“ Sozialdemokraten ist dem ungarischen Proletariat teuer zu stehen gekommen.

Infolgedessen erachtet es der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale für notwendig, die Bedingungen der Aufnahme von neuen Parteien ganz genau festzulegen, und diejenigen Parteien, die in die Kommunistische Internationale aufgenommen sind, auf die ihnen auferlegten Pflichten hinzuweisen.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt folgende Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale auf:

1. Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. Alle Preßorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats darf nicht einfach wie von einer landläufigen eingepakten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre

Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenutzt werden müssen.

Die periodische und nicht-periodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Selbständigkeit mißbrauchen und eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht ganz entspricht.

In den Spalten der Presse, in den Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen – überall, wohin sich die Anhänger der III. Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.

2. Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteioorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen) die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders im Anfang an die Stelle von „erfahrenen“ Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und der Ausnahmeesetze nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der Kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmeesetze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale unvereinbar sein.

5. Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu siegen, wenn sie nicht die Landproletarier und wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern hinter sich und die Neutralität eines Teiles der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt gegenwärtig hervorragende Bedeutung. Sie muß vornehmlich mit Hilfe der revolutionären, kommunistischen Arbeiter der Stadt und des Landes geführt werden, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Verzicht auf diese Arbeit oder deren Uebergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände gleicht einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei „demokratische“ Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des „Zen-

trums“ anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, Macdonald, Modigliani u. a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der III. Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, daß die III. Internationale in hohem Maße der zugrundegegangenen II. Internationale ähnlich werden würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe „ihrer“ Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die Kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale“ der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie muß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

11. Parteien, die der III. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, den persönlichen Bestand der Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen, diese Fraktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, indem von jedem einzelnen Parlamentsmitglied gefordert wird, seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation zu unterwerfen.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die Kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht, und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.

13. Die kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Registrierungen)

des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlosen Beistand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unzweideutige Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepubliken; ferner müssen sie unter den zur Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln, legal oder illegal, Propaganda treiben usw.

15. Parteien, die bisher noch ihre alten sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind nun verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm jeder zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder dem Exekutivkomitee bestätigt werden. Im Fall der Nichtbestätigung des Programms einer Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat die betreffende Partei das Berufungsrecht an den Kongreß der Kommunistischen Internationale.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die unter den Bedingungen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralisierter aufgebaut werden, als das in der II. Internationale der Fall war. Dabei müssen selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.

17. Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, ihre Benennung ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, hat den Namen zu tragen: „Kommunistische Partei“ des und des Landes (Sektion der III. Kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist nicht nur eine formelle, sondern in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß jedem einfachen Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen „sozialdemokratischen“ und „sozialistischen“ Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar ist.

18. Alle führenden Preßorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente der Exekutive der Kommunistischen Internationale abzudrucken.

19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, möglichst schnell, aber spätestens 4 Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentralen dafür sorgen, daß allen Lokalorganisationen die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt werden.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, aber ihre bisherige Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihrer Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale

unzweideutig für den Eintritt der Partei in die III. Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung der Exekutive der III. Internationale. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat das Recht, auch für die im § 7 genannten Vertreter der Zentrumsrichtung Ausnahmen zu machen.

21. Diejenigen Parteiangehörigen, welche die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.

Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitage.

Quelle: Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale. Beschlossen vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale Moskau, vom 17. Juli–7. August 1920. o. O. (Hamburg) Verlag der Kommunistischen Internationale 1920, S. 25–30.

Verzeichnis der selbständigen Schriften Curt Geyers

1914

Politische Parteien und öffentliche Meinung in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Maiaufstandes 1848–1849

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, 30. 6. 1914. 212 Seiten

wenig veränderte Ausgabe im Verlag Leipziger Buchdruckerei A. G.:

Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Maiaufstandes 1848–1849

1919

Sozialismus und Räteystem. Anhang: Die Richtlinien der Fraktion der U.S.P.D. auf dem zweiten Rätekongreß für den Aufbau des Räteystems.

Leipzig (Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft) 1919. 32 Seiten

(Vorwort: „Das Nachstehende ist der im wesentlichen unveränderte Inhalt eines Vortrages, den der Verfasser in einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Leipzig des Textilarbeiterverbandes gehalten hat.“)

1920

Für die dritte Internationale! Die U.S.P.D. am Scheidewege. Von Curt Geyer nebst Beiträgen von Walter Stoecker und Paul Hennig mit einem Vorwort von Ernst Däumig.

Berlin (Verlag „Der Arbeiterrat“) 1920. 78 Seiten

1923

Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch.

Jena (Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei GmbH) 1923. 111 Seiten

1924

Drei Verderber Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands und der Reparationsfrage von 1920 bis 1924.

Berlin (J. H. W. Dietz Nachfolger) 1924. 230 Seiten

1927

Führer und Masse in der Demokratie.

Berlin (J. H. W. Dietz Nachfolger) o. J. 123 Seiten.

(Schriften zur Zeit. In Verbindung mit Gustav Radbruch, Karl Bröger, Hugo Sinzheimer hrsg. von August Rathmann und Franz Osterroth)

1934

Max Klinger (d. i. Curt Geyer)

Volk in Ketten. Deutschlands Weg ins Chaos.

Karlsbad (Druck und Verlag „Graphia“, Karlsbad, im Auftrage der SPD) 1934. 104 Seiten

anonym (d. i. Curt Geyer)

Revolution gegen Hitler!

Die historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie.

Karlsbad (Druck und Verlag: „Graphia“, Karlsbad) o. J. 16 Seiten

1939

Die Partei der Freiheit

Paris (In der Schriftenreihe der Verlagsanstalt Graphia. Im Selbstverlag des Verfassers)
1939. 71 Seiten

Neudruck 1974 in:

Drei Schriften aus dem Exil (Miles: Neu Beginnen! Otto Bauer: Die illegale Partei. Curt Geyer:
Die Partei der Freiheit) herausgegeben und eingeleitet von Kurt Klotzbach. Berlin – Bonn –
Bad Godesberg (J. H. W. Dietz Nachf.) 1974 (Internationale Bibliothek. Band 76)

1942

Hitler's new order – Kaiser's old order.

(Translated from the German). (Foreword by Camille Huysmans) London – New York
– Melbourne (Hutchinson & Co.) 1942. 64 Seiten
(A Fight For Freedom Publication)

Gollancz in German Wonderland

by Curt Geyer and Walter Loeb. Foreword by James Walker.

Translated from the German by Ed. Fitzgerald

London – New York – Melbourne (Hutchinson & Co.) 1942. 71 Seiten
(A Fight For Freedom Publication)

1948

Macht und Masse. Von Bismarck zu Hitler.

Hannover (Verlag „Das Andere Deutschland“) 1948. 282 Seiten.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Akten Reichskanzlei/Kabinett Scheidemann

Akten Reichskanzlei/Kabinett Müller I

Akten Reichskanzlei/Kabinett Fehrenbach

= Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen unter Mitw. von Walter Vogel.

Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919. Bearbeitet von Hagen Schulze. Boppard a. Rh. 1971

Das Kabinett Müller I. 27. März bis 21. Juni 1920. Bearbeitet von Martin Vogt. Boppard a. Rh. 1971

Das Kabinett Fehrenbach. 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921. Bearbeitet von Peter Wulf. Boppard a. Rh. 1972

Dokumente und Materialien VII, 1

= Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Band VII, 1. Halbband. Februar 1919–Dezember 1921. Berlin (O) 1966

Regierung der Volksbeauftragten

= Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet von Erich Matthias. Bearbeitet von Susanne Miller unter Mitw. von Heinrich Potthoff. Düsseldorf 1969 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Band 6/I-II)

Zentralrat

= Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik 19.12.1918–8.4.1919. Vom Ersten zum Zweiten Rätekongreß. Bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitw. von Reinhard Rürup. Leiden 1968 (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19 Band I)

Abkürzungen

A- und S-Rat	Arbeiter- und Soldatenrat
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
BVP	Bayerische Volkspartei
CVP	Christliche Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
KAG	Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPO	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KPR (B)	Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberal-Demokratische Partei
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
Ms.	Manuskript
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OHL	Oberste Heeresleitung
RGBl.	Reichsgesetzblatt
SAG	Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sten. Ber.	Stenographische(r) Bericht(e)
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
ZA	Zentralausschuß
ZK	Zentralkomitee

Personenregister

- Adler, Friedrich 131
 Adler, Victor 46, 131
 Aljechin, Alechin 267
 Antrick, Otto 168
 Auer, Erhard 53, 56

 Baden, Max von 67, 70, 84, 117
 Bakunin, Michael 34
 Barth, Emil 78, 82
 Bauer, Gustav 108, 119, 165–168, 179, 187, 189, 192
 Bauer, Johann 47
 Bebel, August, 23 f., 29, 33
 Beck 25
 Beilicke, Gustav 47
 Bernstein Eduard 21, 26, 51, 117, 156
 Bethmann Hollweg, Theobald von 41, 133–136, 165
 Bismarck, Otto Fürst von 29
 Block, Hans 41, 69 f., 72, 127, 162 f.
 Blumtritt, Max 52
 Böttcher, Paul 129, 140
 Bordiga, Amadeo 241 f.
 Borodin, Michael 196, 270 f.
 Brandenburg, Erich 33 f., 40, 65 f.
 Brandler, Heinrich 17, 103, 112, 184, 230, 234, 241, 274, 287
 Braß, Otto 17, 82, 108, 113, 127, 154 f., 171, 174, 197, 214, 221–223, 225, 230, 235, 247 f., 264 f., 281–283, 289 f.
 Braun, Adolf 46 f., 49–55
 Braun, Heinrich 46
 Braun, Lily 46
 Braun, Otto 57
 Braunthal, Berta 225
 Breitscheid, Rudolf 84 f., 116, 150, 170, 215
 Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 207 f., 218
 Buck, Wilhelm 77
 Bücher, Karl 31 f., 40

 Cohen, Max 38 f., 71, 79, 108, 117
 Cohn, Oskar 130, 134, 151 f., 154 f., 224
 Crispien, Arthur 19 f., 90, 152 f., 157 f., 160, 174–177, 185 f., 197, 203–205, 213–216, 225

 Däumig, Ernst 17, 20 f., 64, 83, 85, 89, 92, 94, 108–110, 128, 143 f., 152 f., 159 f., 174 f., 180, 185, 197, 199, 202–204, 209, 211, 213–215, 221–223, 225, 229 f., 236, 239, 241 f., 244, 247 f., 256, 264, 277, 280, 282, 288–290
 David, Eduard 134
 Degoutte, Jean Marie 197
 Delbrück, Hans 40
 Dietz, Johann Heinrich Wilhelm 26
 Dill, Hans 47
 Dißmann, Robert 53 f., 157, 178, 215
 Dittmann, Wilhelm 19, 22, 56, 78, 82, 90, 174 f., 197, 203–205, 213–215, 225
 Düwell, Bernhard 155, 164, 172, 213 f., 229, 231 f., 243, 285, 287 f.
 Duncker, Hermann 53
 Duncker, Käte 53

 Eberlein, Hugo 220 f., 229
 Ebert, Friedrich 55, 78, 82, 96 f., 119, 122, 128, 165, 169, 172, 185–189, 191–193, 201
 Eckstein, Gustav 45
 Ehrhardt, Hermann 185, 188 f.
 Eichhorn, Emil 88, 90–92, 214
 Eisner, Kurt 72, 81
 Elbert, Hans 54
 Elbert, Resi (verh. Ehlen) 54
 Endres, Fritz 47
 Engels, Friedrich 26, 35, 41, 146, 156, 245, 285
 Enver Pascha 250 f., 267
 Erzberger, Matthias 62, 119–121, 132, 136, 166, 176 f., 188, 190

 Fehrenbach, Constantin 125, 169, 172, 193, 198, 201, 246
 Fink, von 104
 Fischer, Ruth 232 f., 245, 286 f.
 Fleißner, Hermann 77
 Franz, Rudolf 129, 140
 Freiligrath, Ferdinand 172
 Freudenberger, Felix 49 f., 57, 178
 Friedrich III. 89
 Friedrich Wilhelm IV. 172
 Frölich, Paul 256
 Fuchs, Eduard 49

- Gäbel, Otto 21, 225, 230
 Geithner, Otto 182
 Gerstenberger, Liborius 48
 Geschwandtner, Erich 74, 76
 Gessler, Otto 189
 Geyer, Anna (geb. Elbert) 11, 13–15, 17–20, 54, 58 f., 61, 66 f., 77, 87, 111, 114 f., 128, 130, 144, 160 f., 172, 174 f., 178–180, 183–185, 195 f., 206, 224, 233, 235, 244, 248 f., 256, 284, 288
 Geyer, Friedrich 9 f., 13, 15, 17 f., 23 f., 28 f., 34 f., 37–40, 43, 50 f., 53, 55, 60, 67, 69 f., 72–77, 86–88, 105 f., 115, 125, 155, 161, 168
 Gilsa, Erich von 113
 Goerdeler, Carl 106
 Götz, Walter 103
 Goldstein, Arthur 261
 Gothein, Georg 134 f.
 Gradnauer, Georg 77, 96
 Graefe, Albrecht von 121, 132
 Groener, Wilhelm 98, 119, 193
 Grünberg, Helene 164
 Guralski, Samuel (August Kleine) 226, 278

 Haase, Hugo 14, 20 f., 43, 51, 55 f., 70, 78, 82, 84–86, 96, 116, 125, 136, 138, 140 f., 143, 152 f., 159
 Haeckel, Ernst 27
 Handke, Georg 290
 Hasenclever, Walter 33
 Hauschildt, Richard 108
 Heckert, Fritz 230, 234
 Hedin, Sven 278
 Heine, Fritz 18
 Heine, Wolfgang 167–170, 173 f., 191
 Helfferich, Karl 121, 134, 166, 177, 190 f.,
 Henke, Alfred 168
 Herre, Alfred 41
 Hertz, Hanna 45
 Hertz, Heinrich 27
 Hertz, Paul 41, 45 f., 190
 Hervé, Gustave 156
 Herzog, Wilhelm 15, 72, 110, 128–132, 163, 167, 169, 176, 194–196, 204–207, 210 f., 215 f., 220, 224, 236, 281
 Hesse, Hermann 35
 Heyer, William (Wilhelm) 13, 140
 Hilferding, Rudolf 19 f., 28, 84–86, 96, 106, 125 f., 136, 138–141, 145, 150 f., 155–157, 159, 172, 175 f., 180, 185 f., 192, 197, 203, 205, 213, 215, 225
 Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von 98, 119, 131, 133, 135
 Hirschfeld, Alwin von 177
 Hitler, Adolf 95, 130, 145, 170, 178 f., 190, 192
 Hoch, Gustav 55
 Hörsing, Otto 169
 Hoffmann, Adolph 17, 225, 230, 244, 264, 290
 Hugo, Victor 25

 Joffe, Adolf A. 70
 Jogiches, Leo 83
 Junck, Johannes 38

 Kabaktschieff, Christo 242
 Kapp, Wolfgang 65, 169, 185, 189
 Karsten, August 52, 56
 Kaufmann, Theo 48
 Kautsky, Karl 20, 25 f., 42, 51, 97, 108, 138 f., 145, 150, 152, 156, 203, 215
 Kautsky, Minna 25
 Kessel, Hans von 167
 Koenen, Wilhelm 109, 152, 160, 164 f., 201, 214, 225, 230, 247, 254, 264 f., 281
 Kopp, Viktor 201
 Korfanty, Wojciech 198
 Krug, Jacob 105 f.
 Kun, Bela 124, 150, 262 f., 278–280
 Kunz, Otto 290

 Lamprecht, Karl 33
 Landsberg, Otto 78
 Lassalle, Ferdinand 33
 Ledebour, Georg 20, 43, 53, 56, 64, 78, 88–90, 92, 153, 155, 160, 215, 225
 Legien, Carl 186–188
 Lenin, Wladimir Iljitsch 20, 37, 62–64, 84, 110, 146 f., 149 f., 176, 198–200, 202, 204–210, 214, 216, 218, 222–224, 227 f., 233 f., 238–240, 242–248, 254–259, 261, 263–265, 268 f., 271 f., 274–276, 278, 280, 282, 284–286, 288–290
 Lensch, Paul 37, 61
 Lequis, Arnold 82
 Levi, Paul 13, 15, 17 f., 20, 94, 111, 147–149, 154, 157, 174 f., 199, 201–203,

205–211, 220–223, 226–233, 235–244,
246–269, 252, 254–256, 259, 261,
263 f., 277, 280, 282, 284–290

Liebermann, Hermann 140

Liebknecht, Karl 10, 36, 43, 45, 51, 68,
70, 78–80, 83, 87–92, 94, 275

Liebknecht, Wilhelm 29, 33, 36

Liebmann, Hermann 13, 68, 72, 76, 110

Lipinski, Richard 13, 20, 72 f., 76–78,
86 f., 94, 140, 184

Litwinow, Maxim Maximowitsch 201,
251, 255

Losowski, Arnold 217

Lotis, Pierre 25

Ludendorff, Erich 66, 131, 133, 135 f.,
166, 177, 228

Lüders, Else 135

Lüttwitz, Walter Frhr. von 167–176, 185,
188 f.

Luxemburg, Rosa 10, 20, 35–37, 43, 62,
68, 70, 80, 83, 87–89, 92, 94, 127,
147 f., 153, 192, 202, 228, 238, 263, 275

Maercker, Georg 99 f., 102 f., 112, 114,
125 f., 163

Malzahn, Heinrich 144 f., 159, 171, 174

Marcu, Valeriu 227, 244

Marmorstein 112, 274

Martow, Julij Ossipowitsch 219

Marx, Karl 26, 29, 34, 36, 41, 128, 146,
285

Maslow, Arkadij, 232 f., 245, 286 f.

Mayer, Gustav 33

Mehring, Franz 35, 61, 192

Meyer, Ernst 207, 228

Meyer, Friedrich 194

Minkowski, Hermann 27

Moellendorff, Wichard von 107 f., 120

Morena, Erna 129–131, 224

Motteler, Julius 34 f., 37 f.

Müller, Adolf 54 f.

Müller, Hermann 186–188, 193

Müller, Richard 64, 83, 108, 159

Münzenberg, Willi 227, 280

Nestriepke, Siegfried 156 f.

Neumann, Paul 144, 159, 171

Neuring, Gustav 114

Newman, John Henry 290

Noske, Gustav 82, 88, 113 f., 123, 125, 130,
141 f. 186, 191

Oncken, Hermann 33

Ostwald, Wilhelm 27

Peter der Große 257

Pieck, Wilhelm 230, 234 f., 287 f.

Pilsudski, Josef 212

Plenge, Johann 31 f.

Pogany, József 279

Poincaré, Henri 27

Prager, Eugen 41, 45, 172

Preuß, Hugo 97

Puchta, Fritz 52

Radek, Karl 20 f., 84, 152, 196, 207 f.,
217 f., 226–231, 233–256, 258 f., 261–
265, 267, 272 f., 275, 277–286, 288

Rákosi, Mátyás 242, 281

Rathenau, Walther 16, 107 f., 121, 188

Rauscher, Ulrich 122

Reinhold, Peter 103

Remmele, Hermann 230, 247 f., 264

Reuter(-Friesland), Ernst 210, 235, 256,
289

Riemann, Hugo 25

Riemann, Robert 25

Röhm, Ernst 179

Rosenberg, Arthur 210

Rosenfeld, Kurt 108

Rothe, Karl 73 f., 76, 104–106

Roy, Manabendra Nath 260, 270

Ruedorffer, J. J. (Kurt Riezler) 42

Rühle, Otto 51

Ryssel, Karl 76 f.

Sadoul, Jacques 250

Salomon, Felix 33

Scheib, Johann 106

Scheidemann, Philipp 78, 116–118, 120,
216

Schiffer, Eugen 185

Schlageter, Leo 254

Schmid 31, 33, 40

Schmidt, Robert 120

Schöning, Johannes 76

Schönkopf, Käthchen 30

Schönlank, Bruno 61

Schöttle-Thalheimer, Bertha 227

Scholze, Paul 88

Schröder, Fritz 108

Schwarz, Albert 77, 102

Schweitzer, Jean Baptiste von 33

Seeckt, Hans von 85, 137

Seger, Friedrich 76, 80 f., 86
 Segitz, Martin 53
 Sender, Toni 54, 175, 180, 215
 Serrati, Giacinto Menotti 241–243, 248 f.,
 255 f., 263 f., 281
 Sievers, Max 290
 Simon, Josef 154
 Simons, Walter 193, 198, 201, 246, 253
 Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch 207 f.,
 217–223, 237, 252–259, 262, 264, 269,
 273, 277–279, 281
 Sinzheimer, Hugo 117
 Sorel, Georges 136
 Stadtler, Eduard 146
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 200, 239,
 270, 287, 289
 Stampfer, Friedrich 61
 Steffen, Gustav 40, 50
 Stoecker, Walter 20, 141, 149 f., 151, 154,
 156, 160, 197, 199, 202–204, 209, 211–
 215, 220, 222–225, 230, 236, 247 f.,
 254, 264, 284, 287 f.
 Strasser, Otto 178 f.
 Streicher, Julius 190
 Stresemann, Gustav 141, 191
 Ströbel, Heinrich 156
 Stürgkh, Karl Graf 131
 Süsskind, Heinrich 235
 Sun Yat-sen 270 f.

Tenner 181
 Thälmann, Ernst 195, 206
 Thalheimer, August 227, 230, 235 f.
 Tirpitz, Alfred von 65

Toller, Ernst 81 f.
 Trotzki, Leo 44, 62, 64, 117, 200, 203–
 205, 214, 218, 228, 239, 251, 253, 255,
 258 f., 264, 271, 273, 275, 279 f., 289
 Tschiang Kai-schek 85, 270
 Tuchatschewski, Michail Nikolajewitsch
 275

Varga, Eugen 270 f.
 Vogel, Hans 47
 Vollmar, Georg von 238
 Voß, Johann 143

Wagner, Oskar 39
 Wallas, Graham 40
 Warmuth, Fritz 134
 Watter, Oskar Frhr. von 187
 Weber, Max 97
 Weismann, Robert 256, 285
 Wells, Herbert George 40
 Wels, Otto 47, 82, 179
 Wendel, Hermann 58
 Wilhelm II. 63, 71, 132
 Winnig, August 169
 Wissell, Rudolf 82, 107 f., 117, 120, 164
 Wolf, Felix 217–220, 226, 244, 249
 Wrangel, Peter Nikolajewitsch Baron von
 200
 Wurm, Emanuel 52 f.

Zetkin, Clara 17, 20, 230, 242, 244, 247,
 264, 282, 285, 289
 Zietz, Luise 90, 214

Sondernummer »Schriftenreihe der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte«

Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert

Aufsätze

Hans Rothfels zum Gedächtnis

**Herausgegeben von Wolfgang Benz
und Hermann Graml**

1976. 304 Seiten

Der Sammelband mit Beiträgen namhafter Zeithistoriker des In- und Auslands, deren Themen zeitlich von dem Verhältnis der deutschen Liberalen zu Versuchen französisch-deutscher Verständigung vor dem Ersten Weltkrieg bis zu den Anfängen der Brandtschen Außenpolitik im Berlin der frühen Sechzigerjahre und räumlich von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum auf die Brüningssche Außenpolitik bis zu den Plänen einer nationalsozialistischen Kolonialherrschaft in Afrika reichen, ist dem Gedächtnis des großen Historikers Hans Rothfels (12. 4. 1891 bis 22. 6. 1976), dem Nestor der deutschen Zeitgeschichtsforschung gewidmet. Zu seinen wesentlichen Verdiensten gehört es, daß die Zeitgeschichte heute als eigenständige Wissenschaft anerkannt ist. Ein Kernstück des Bandes ist ein Essay von Hans Mommsen zu Leben und Werk von Hans Rothfels und ein Verzeichnis seiner Schriften.

Über alle weiteren Veröffentlichungen des

Instituts für Zeitgeschichte

Informieren wir Sie gerne. Schreiben Sie uns!

Deutsche Verlags-Anstalt

Abteilung BI, Postfach 209, 7000 Stuttgart 1

Deutsche
Verlags-Anstalt
dva